



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.









PN.  
6467  
L41  
E36  
1792





**D. Johann Friedrich Eisenhart(s)**

vorm. Herz. Braunschweig. Hofraths und ordentl. Lehrers der  
Rechte und der Juristen-Facultät Ordinarius zu Helmstädt, der  
Societ. der Wissensch. zu Duisburg Mitgl.

**G r u n d s ä t z e**

der  
**d e u t s c h e n R e c h t e**  
in

**S p r ü c h w ö r t e r n**

durch  
**A n m e r k u n g e n e r l ä u t e r t.**

Von neuem vermehrt und herausgegeben  
von

**D. Ernst Ludwig August Eisenhart**  
Prof. der Rechte zu Helmstädt.

---

**Leipzig,**  
in der Meißnerischen Buchhandlung,  
1792.

PN

6467

141

E36

1792

[illegible]

10-10-68

10-10-68

44-38861-92

အုပ်စုစာရင်း၊ အုပ်စုစာရင်း၊ အုပ်စုစာရင်း



702K20re

Kochler

5-16-25

11718

**W o r t e r**

**z u r e r s t e n A u s g a b e.**

**D**aß die Sprüchwörter in der Rechtsgewohnheit einen großen Nutzen haben, ist schon von andern schon gesagt worden <sup>1)</sup>, daher ich es nicht nöthig finde, hiervon weiter etwas anzuführen, indem die Erfahrung denselben noch täglich bestätigt.

Meine Absicht bey der Herausgabe dieser Grundsätze, ist einzig und allein gewesen, der studirenden Jugend die vornehmsten juristischen Sprüchwörter, so zur Erläuterung verschiedener Rechte und Gewohnheiten dienen, bekannt zu machen, weil ich vollkommen überzeugt bin, daß einer, der die Rechte seiner Vorfahren genauer kennen will, eine Kenntniß solcher Sprüchwörter besitzen müsse, in welchen selbige enthalten sind. Ich habe mich hierbei derjenigen Sammlung bedienet, so mein ehemaliger verehrungswürdiger Lehrer, der sel. Herr Obrath Conradi, im Jahr 1745 herausgegeben, und nur hier und da noch einige beygefüget. Ich ersuche daher den geneigten Leser, meine Arbeit nach diesem Endzweck einzig zu beurtheilen.

1) Johann Gottlieb Heimericii vermischte Anmerkungen und Entschlüsse, S. 61.

theilen. Meine Absicht ist mehr gewesen, die eigentliche Bedeutung und Anwendung eines jeden Sprüchworts kürzlich zu zeigen, als eine weitläufige Erläuterung über diese Grundsätze zu schreiben. Ich habe mich hierbei bemühet, gegenwärtige Sprüchwörter mehr aus den deutschen, als römischen Rechten zu erläutern, nur einige ausgenommen, so theils in dem römischen, theils in dem päpstlichen Rechte angetroffen, und auch aus selbigem erläutert werden müssen: Sollte ich hier und da geirret haben, so werde ich fremde Anmerkungen mit Dank aufnehmen, und dasjenige, was ich verbessern, was ich diesmal besetzen. **Prinzstätt, den 22. September 1748.**

~~Ich habe mich bemühet, die eigentliche Bedeutung und Anwendung eines jeden Sprüchworts kürzlich zu zeigen, als eine weitläufige Erläuterung über diese Grundsätze zu schreiben. Ich habe mich hierbei bemühet, gegenwärtige Sprüchwörter mehr aus den deutschen, als römischen Rechten zu erläutern, nur einige ausgenommen, so theils in dem römischen, theils in dem päpstlichen Rechte angetroffen, und auch aus selbigem erläutert werden müssen: Sollte ich hier und da geirret haben, so werde ich fremde Anmerkungen mit Dank aufnehmen, und dasjenige, was ich verbessern, was ich diesmal besetzen.~~

~~Prinzstätt, den 22. September 1748.~~ **Barbe**



## Vorbericht des Herausgebers.

Mein sel. Vater äußerte im Leben mir mehrmalen den Wunsch, eine zweite Ausgabe seiner Grundsätze des teutschen Rechts in Sprachwörtern besorgen zu können, insofern er einem Buche, dessen Werth so allgemein anerkannt worden ist, gern die möglichste Vollkommenheit zu geben wünschte. Da ihn der Tod an der Ausführung seines Vorhabens verhindert hat, schon vor einigen Zeit, aber die erste Auflage bald völlig vergriffen war, so übernahm ich die Besorgung einer zweiten Ausgabe um so viel lieber, je fester ich überzeugt war, daß mein sel. Vater, wenn er noch lebte, und diese Arbeit selbst auszuführen verhindert wäre, meinem Unternehmen seinen Beifall gegeben, ja selbst dazu mich aufgemuntert haben würde. So viel nun meine Zusätze und Anmerkungen betrifft, so habe ich dabei den Zweck vor Augen gehabt, welchen mir der Herr

sicht.

theilen. Meine Absicht ist mehr gewesen, die eigentliche Bedeutung und Anwendung eines jeden Sprüchworts kürzlich zu zeigen, als eine weitläufige Erläuterung über diese Grundsätze zu schreiben. Ich habe mich hierbei bemühet, gegenwärtige Sprüchwörter mehr aus den deutschen, als römischen Rechten zu erläutern, nur einige ausgenommen, so theils in dem römischen, theils in dem päpstlichen Rechte angetroffen, und auch aus selbigem erkläret werden müssen: Sollte ich hier und da geirret haben, so werde ich fremde Anmerkungen mit Dank aufnehmen, und dasjenige, was ich verbeßern, was ich diesesmal übersehen. Frankfurt, den 22. September 1748.

## Vorbericht des Herausgebers.

Mein sel. Vater äußerte im Leben mir mehrmalen den Wunsch, eine zweite Ausgabe seiner Grundsätze des teutschen Rechts in Sprachwörtern besorgen zu können, indem er einem Buche, dessen Werth so allgemein anerkannt worden ist, gern die möglichste Vollkommenheit zu geben wünschte. Da ihn der Tod an der Ausführung seines Vorhabens verhindert hat, schon vor einigen Zeit, als die erste Auflage bald völlig vergriffen war, so übernahm ich die Besorgung einer zweiten Ausgabe um so viel lieber, je fester ich überzeugt war, daß mein sel. Vater, wenn er noch lebte, und diese Arbeit selbst auszuführen verhindert wäre, meinem Unternehmen seinen Beyfall gegeben, ja selbst dazu mich aufgemuntert haben würde. So viel nun meine Zusätze und Anmerkungen betrifft, so habe ich dabey den Zweck vor Augen gehabt, welchen mir der Herr

sichte.

## Vorbericht

sichtspunct, aus dem ich das ganze Werk betrachtet habe, bestimmte. Es scheint mir nämlich dasselbe vorzüglich in folgender doppelter Hinsicht nutzbar: Erstlich um den practischen Rechtsgelehrten mit den wahren Sinn, Gebrauch und Mißbrauch juristischer Sprüchwörter, die unrecht verstanden, ohne richtige Beurtheilung angewendet, zu den schiefsten Urtheilen Anlaß geben können \*), gehörig bekannt zu machen; zweitens aber um den Studierenden auf Academies eine Lectüre zu verschaffen, welche sie mit dem mündlichen Unterrichte, welchen sie über das deutsche Privatrecht genießen, verbinden können. Die jetzt allgemein beliebten Lehrbücher eines von Selchow und Kunde über diesen Theil der Rechtsgelehrsamkeit, führen bey jeder Materie die dahin gehörigen Sprüchwörter an, und geben dadurch dem Zuhörer eine hinlängliche Anzeige, was er jedesmal im gegenwärtigen Buche für sich nachzulesen hat.

Findet nun das gelehrte Publikum meine Arbeit an diesem Werke zweckmäßig und des Ganzen nicht unwürdig,

\*) Vor nicht gar langer Zeit kam in der hiesigen Juristenfacultät ein auffallendes Beyspiel dieser Art vor. Ein ansehnliches auswärtiges Spruchcollegium, hatte nämlich das Zeugniß eines Schäfers aus dem Grunde als ungültig verworfen, weil es im Spruchworte heißt: Schäfer und Schinder sind Geschwister Kinder!

big, so ist mein Wunsch erreicht. Sollte aber dessen Urtheil ungünstig für mich ausfallen, so weiß dasselbe bloß mich, indem sämtliche neue Zusätze und Anmerkungen mein Eigenthum sind. Ich fand zwar in der von meinem sel. Vater nachgelassenen Büchersammlung ein mit Papier durchschossenes Exemplar dieser Grundsätze, allein es war darin nichts bemerkt, als einige Druckfehler und etwa vier bis fünf Allegate. Mir war dieses nicht unermwartet, weil mein sel. Vater sich selten bey seiner ununterbrochenen Lectüre etwas aufzuzeichnen pflegte, indem er theils sich auf sein glückliches und treues Gedächtniß, welches ihm das einmal gelesene leicht wieder gegenwärtig machte, verlassen konnte, theils ihm auch bey seinen überhäuften Berufsgeschäften keine Zeit dazu übrig blieb. — Daß ich die in der vorigen Ausgabe hin und wieder eingerückten Stellen aus französischen und deutschen Dichtern zur Ersparung des Raumes, bis auf einige wenige, nicht wieder habe mit abdrucken lassen, bedarf kaum einer Rechtfertigung. Zu der Zeit, als die erste Ausgabe erschien, brachte es die Mode mit sich, dem Vortrage selbst in wissenschaftlichen Schriften Verse einzumischen, und man glaubte hierin das sicherste Mittel gegen Trockenheit der Rede gefunden zu haben. Man hat aber nachher eingesehen, daß dieses ein sehr unkräftiges Mittel ist, und dadurch die Aufmerksamkeit des Lesers nur gestört wird.



Vorbereitung des Verzeichners.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Käufer dieser zweyten Ausgabe der Verlagsabhandlung Dank wissen, daß sie durch diesen Druck und größeres Format ihr in Ansehung des Lesens einen unübertrefflichen Vorzug vor der ältern verschafft hat. Zugleich ist dadurch auch einer zu starken Erhöhung des Preises, die bey größerm Druck der Vermehrungen wegen übermäßig gewesen seyn würde, vorgebeugt worden.

Leipzig, den 7ten März 1792.

Die Verlagsabhandlung ist in zwey Theile getheilt worden. Der erste Theil enthält die Geschichte der Verlagsabhandlung von ihrer Entstehung bis zu der gegenwärtigen Ausgabe. Der zweyte Theil enthält die Verzeichnisse der Verlagsabhandlungen, welche in der ersten und zweyten Ausgabe erschienen sind. Die Verzeichnisse sind alphabetisch geordnet, und die Verlagsabhandlungen sind nach dem Jahr, in welchem sie erschienen sind, geordnet. Die Verzeichnisse sind in zwey Spalten gedruckt, und die Verlagsabhandlungen sind in zwey Spalten gedruckt. Die Verzeichnisse sind in zwey Spalten gedruckt, und die Verlagsabhandlungen sind in zwey Spalten gedruckt.

---

# Erste Abtheilung

von den

## deutschen Rechten überhaupt.

---

### I.

Willführ bricht Landrecht. Oder: Geding bricht  
Landrecht 1).

### Anmerkung.

#### §. 1.

Unter dem Namen Willführ werden diejenigen Verordnungen und Rechte verstanden, welche die Städte ehemals nach ihrem eigenen Belieben errichteten, oder aber mit Bewilligung ihrer Landesherrschaft einführten 2). Der Name Willführ ist aus den beiden Worten Will oder Röhre, oder Rühr zusammengesetzt, welches letztere eine Wahl bedeutet, und also unter der Willführ ein Recht verstanden wird, welches aus vieler Leute Willen geföhren ist, und allein diejenige verbindet, unter welchen es gemacht worden 3). Diese Benennung behielten auch die Stadtrechte, wenn sie etwa nur von den Gemeinden oder Städten entworfen, dem Landesherrn übergeben und hierauf von demselben bestätigt worden 4). Sonsten hat das Wort Röhre noch andere Bedeutungen, indem auch manchmal die in den Stadtgesetzen verordnete Strafe darunter verstanden wird 5).

Von der Willführ ist wiederum unterschieden das Gedinge, unter welchem hier ein Vertrag, Zusage  
Ueent. Sprüche. II oder

oder Gelübde zu verstehen, so unsere Vorfahren insbesondere ein bedingtes Recht zu nennen pflegten 6).

Das Landrecht, oder Landding 7); wie es auch genennet worden, bestehet in denenjenigen Rechten und Gewohnheiten, so in dem ganzen Lande zur Richtschnur dienen, nach welchen die Streitigkeiten der Unterthanen entschieden worden. Daß in denen mittlern Zeiten aus diesen alten Landesgewohnheiten Sammlungen gemacht worden, ist eine bekannte Sache.

1) Amand. Christ. Dorn program. in quo in veritatem paroemiae: Stadtrecht bricht Landrecht, Landrecht, bricht gemeine Rechte, inquit. Kilon. 1748. 4. d. 3.

2) Riccius im zuverlässigen Entwurf von Stadtgesetzen 1. Buch, 1. Hauptstück, §. 8.

3) Glossa des Sächsisch. Landrechts, Lib. II. Art. 27.

4) Brunquell von den Stadt- und Landrechten, §. 19.

5) Riccius l. c.

6) Wehner in observat. practic. voc. Dingspflichtig.

7) Leiser de judicio honorario Lantiac.

§. 2. Das Sprichwort, von welchem wir handeln, scheint nach der Zeit entstanden zu seyn, nachdem bereits verschiedene Städte in Deutschland theils für sich selbst, theils mit Bewilligung und Genehmhaltung ihrer Landesherrschaft Stadtgesetze gemacht haben. Es enthält dasselbe eine Regel in sich, nach welcher der Richter, die ihm zur Entscheidung vorgetragene Fälle schlichten soll. Er wird dadurch angewiesen, zuvor erst auf dasjenige zu sehen, was unter den Partheien, durch einen Vergleich, oder Contract festgesetzt worden, und wozu ein jeder sich verbindlich gemacht, indem dergleichen Verabredungen oder Verträge, in so fern sie nicht den guten Sitten zuwider laufen, oder solche Verbindlichkeiten in sich enthalten, welche, wenn sie

se in die Erfüllung gebracht werden sollten, der allgemeinen Wohlfarth des Landes entgegen seyn würden, jederzeit für neuen Stadt- und Landrechten den Vorzug haben. Für das andere, wird dem Richter aufgegeben, in dem Fall, wenn kein besonderer Vertrag vorhanden, nach dem Willkühr, das ist, nach dem Stadtrecht zu urtheilen, welchem jederzeit der Vorzug für dem Landrecht, wo mehrere Gesetze zusammen kommen, gebühret.

Man hat nachdem in Deutschland das römische und päpstliche Recht unter dem Namen der gemeinen Rechte auch angenommen, zugleich aber, da das deutsche Recht durch verschiedene Reichsabschiede vermehret worden, dieses Spruchwort mit Zusätzen vermehret, und die Regel festgesetzt: Willkühr bricht Stadtrecht, Stadtrecht bricht Landrecht, Landrecht bricht gemein Recht, um den Vorzug der heutigen Landrechte vor dem Päpstlichen und Justinianischen Gesetzbuch und den Reichsabschieden anzuzeigen.

§. 3. Daß auch noch heut zu Tage in den Städten des deutschen Reichs, dergleichen Stadtrechte gemacht werden, ist eine bekannte Sache. Man muß aber einen Unterschied zwischen den Kaiserlichen freyen Reichs-Städten und solchen Städten machen, so einer Landesherrlichen Hoheit unterworfen sind. Da jene unter der Anzahl der Stände des deutschen Reichs sich befinden, und gleich den übrigen Reichsständen alle Rechte ausüben, so mit der Landeshoheit verbunden sind 1); so ist es ausgemacht, daß selbige das Recht, Verordnungen und Gesetze ergehen zu lassen, ohne Einschränkung genießen, so daß die in diesen Reichsstädten gemachte Gesetze nicht einmal der Kaiserlichen Bestätigung nöthig haben 2). Von den Landständigen Städten aber ist zu merken, daß dieselben heut zu Tage nicht anders Verordnungen machen können, als wenn ihnen

von ihrem Landesherrn die Befugniß darzu zugestanden worden 3), wobei jedoch dem Landesherrn das Recht selbige zu bestätigen, auch, wenn es die Nothwendigkeit erfordert, sie zu erläutern, zu ändern, zu verbessern oder gar abzuschaffen, allemal vorbehalten bleibt 4). Es ist ferner ausgemacht, daß auch noch heut zu Tage den Bürgern eines Ortes erlaubt ist, von den Stadtordnungen abzugehen 5), und durch Verträge und Testamente, ein anderes unter sich festzusetzen; in soferne solches nicht dem gemeinen Besten oder auch einem Dritten zu seinem Nachtheil gereicht, so muß der Richter im Urtheilen die vorhin eingeführte Ordnung beobachten, und daher zuvörderst auf die besondere Verträge, Verordnungen oder andere Verabredungen der streitenden Theile sein Augenmerk nehmen, in deren Ermangelung aber auf die Ordnungen und Rechte des Ortes sehen, und wo in diesen kein Entscheidungsgrund anzutreffen, sich zu dem Landrechte wenden. Sind aber auch diese nicht zureichend, so sind alsdann die Reichsabschiede und das gemeine Recht, die Richtschnur, welche der Richter zu beobachten hat 6).

1) Osm. Fr. I. art. 5. §. 29. und art. 8. §. 1. und 4.  
D. 4.

2) *Knipschild* de jur. et privileg. civitat. imperii Lib. II. c. 10. — Es kann indeß Fälle geben, in welchen die kaiserliche Bestätigung nützlich ist, besonders alsdann, wenn über den Inhalt derselben zwischen dem Rath und der Bürgerschaft bisher Streit gewesen ist. S. von *Selchow* elementa juris germ. §. 53. D. 4.

3) *Boehmer* de natur. statutor. quae in civitat. provinciar. conduntur cap. 2. §. 2. seqq.

4) *Horn* de confirmatione statutor. municipal.

5) *Xiccus* l. c. Lib. II. c. 10.

6) Von der gesetzgebenden Gewalt der Städte überhaupt.  
S. meinen Versuch einer Anleitung zum teutschen  
Stadt.

Stadt- und Bürgerrecht, (Braunschweig, 1791. 8.)  
S. 72, ff. D. 3.

§. 4. Den vorhin angeführten Gebrauch von unserm Sprüchwort bestätigen sowohl die Reichsgesetze, als auch besondere Verordnungen der Stände des deutschen Reichs. Die Cammergerichts-Ordnung 1) befehlet, daß die Besizer im Urtheilen auf Ländliche Ordnungen, Statuten, und redliche ehrbare Gewohnheiten der Fürstenthümer, Herrschaften, und Gerichte, die für sie hergebracht werden, sehen sollen. Die Reichs-Hofraths-Ordnung 2) will haben: daß eines jeden Standes, Landes, Orts und Gerichts, sonderlich die gebührliche allegirte und probirte Privilegia, gute Ordnungen und Gewohnheiten, in Obacht genommen werden. Der Reichsabschied vom Jahr 1654 3) hält ein gleiches in sich. Mit vielen Auszügen aus den verschiedenen Hofgerichts- und Canzley- auch Oberappellations-Gerichtsordnungen, so von Zeit zu Zeit in Deutschland bekannt gemacht worden, will ich den Leser nicht beschweren. Sie besagen alle miteinander, daß die Richter und ihre Besizer nach hergebrachten beständigen Gewohnheiten und Statuten, auch nach den Landesordnungen sprechen sollen, nur in derselben Ermangelung werden sie auf die Reichsgesetze und gemeine Rechte verwiesen. Ich will nur dasjenige zum Beispiels anführen, was von dem hochseligen Herzog Augustus zu Braunschweig und Wolfenbüttel dieser wegen verordnet worden. Es heisset in der Canzleyordnung 4): In *decisionibus* sollen sie sich nicht mehr richten nach Sachsenrecht, als welches in unserm Fürstenthum, Graf-Herrschaften und Landen nicht statt hat, sondern nach des heiligen römischen Reichs Rechten, Constitutionen und Abschieden, imgleichen nach denen  
in

in unserm Fürstenthum, Graf-Herrschaften und Landen vorhandenen oder noch inskünftig publicirenden Landtags, Abschieden, Constitutionen, Statuten, Gewohnheiten und Herkommen.

1) Kaiserl. Cammergerichts-Ordnung, 1. Th. Tit. 19. pr.

2) Reichshof-raths-Ordnung, Tit. 1. §. 15.

3) R. I. N. §. 105.

4) Art. 54.

## II.

### Dörfer haben auch Weichbild-Recht.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist gegenwärtig meine Absicht nicht, die verschiedenen Meinungen der Gelehrten von dem Ursprung des Namens **Weichbildes** anzuführen 1). Die mehresten haben dafür gehalten, daß dieses Wort von den Merkmalen herzuweisen sey, womit man die Grenzen eines Stadtgebietes zu bemerken pflegte, und welche bald in einem Creuz, bald in dem Bildniß eines Heiligen oder Patrons der Stadt, bald in einer Säule bestanden 2). Es hat aber gleichwol das Wort **Weichbild** verschiedene Bedeutungen, welche Riccius an dem angeführten Orte 3) angemerket und mit hinlänglichen Zeugnissen bestätigt. Denn so bedeutet es bald eine Stadt, bald das Gebiete, über welches sich die Gerichtsbarkeit einer Stadt erstreckt, bald das zu einer Stadt gehörige Gebiete, bald das Stadtrecht selbst und endlich wird auch das Gerichte öfters ein **Weichbild** genennet.

1) Man lese hieron folgende Schriften: *Hoffmanni Specimen conjectur. de origin. et natur. leg. germanicar. privat. p. 127. Gryphlander de Weichbild Saxon.*

Saxon, cap. 72. *Richey* Histor Statutor. Hamburg, cap. 2. §. 8. lit. X.

2) *Heineccius* in element. jur. germ. T. I. pr. §. 3,

3) L. c. Lib. I. cap. 1. §. 9.

§. 2. Um dieses Sprüchwort zu verstehen, muß man bemerken, daß schon in den mittlern Zeiten, den Eigenthümern und Gutsherrn der Dörfer nicht erlaubt gewesen, Gesetze und Verordnungen nach Gefallen zu machen, und ihre Unterthanen darnach zu richten. Es heisset hierpon in dem Sächsischen Landrechte 1); Wo Gebauern ein Dorf von neuem besetzen von wilder Wurzel, den mag des Dorfs Herr wohl geben Erbzinß-Recht an den Gütern, ob sie wohl zu den Gütern nicht geböhren seind. Kein Recht aber mag Er ihnen setzen noch sie selber wählen, da sie des Landrichters Recht mit kränken mögen. Die Schöppen zu Magdeburg sagten daher 2): Die Rathmänner mögen wohl Willführ setzen, mit ihrer witzigsten Bürger Rath, zu der Stadt nützen, ohne ihres obersten Herrn Rath und Wissen. Inz dessen hatten doch die Bauern in den Dörfern die Freyheit erhalten, von den Landgerichten sich an einen Ort zu wenden, wo ein Weichbild gewesen, und ihre gegen das wider sie ausgefallene Urtheil gemachte Beschwerden anzubringen. Besonders bedienten sich viele Dörfer des Magdeburgischen Weichbildes, zu dem Ende auch in dergleichen Dörfern, sogenannte Rolands Säulen errichtet worden sind 3). Dieser Ursachen wegen haben die Magdeburgischen Schöppen, das Sprüchwort: Dörfer haben auch Weichbildrecht, erfonnen 4). Ezen dieses ist auch von der Stadt Lübeck zu bemerken, wohin die um diese Stadt und im Mecklenburgischen gelegene Dörfer häufig appellirten, wodurch es denn gefom-



gekommen, daß das lübische Stadtrecht, so wie bei denen um Magdeburg herumliegenden Orten das Magdeburgische Reichbild bekannt und angenommen worden 5).

1) Lib. IH. Art. 79.

2) Respons. Magdeb. P. I. cap. 1. dist. 10.

3) *Gryphiander* l. c. cap. 80. n. 13.

4) Resp. Magd. P. I. cap. 2. dist. 18.

5) *Gryphiander* l. c. n. 21.

§. 3. Ob wohl die heutigen Dörfer den Landesherrenlichen Verordnungen und Landesgesetzen unterworfen sind; so fehlet es doch nicht an Beispielen von solchen Dörfern, so von ihren Landesherren mit eigenen Statuten begnadiget worden. Der Flecken Otterns Dorf in dem Herzogthum Pauenburg, das dem Rath zu Leipzig zugehörige Dorf *Eyderitzsch*, das Dorf *Goburg* in Meissen, das ohnweit Jena gelegene Dorf *Eunitz*, dienen hiervon zum Beweis 1). Man könnte hieher auch die Hofhörigen Rechte nehmen 2); besonders aber die sogenannten Bauerköhren, so in verschiedenen Orten unseres Niedersachsens, annoch üblich sind, Kraft deren die Bauern und Nachbarn eines Dorfes Zusammenkünfte anstellen, und wegen ihrer Gemein-sachen sich mit einander berathschlagen, eine Verordnung unter sich errichten, oder auch diejenigen bestrafen, so wider selbige gefehlet haben. Man hat diese Bauerköhre, so eigentlich in das Polizeywesen einschläget, heut zu Tage der sehr vielen damit verbundenen Mißbräuche wegen, eingeschränket. Wie unter andern unsere Wolfenbüttelische Landesordnung vom Jahr 1647. anweist, welche folgendes davon ordnet: Die bishero üblich gewesene Bauerköhre werden zwar durch diese Verordnung nicht aufgehoben, es sollen sich aber dieselben hiernach  
ohne

ohnweigerlich richten, und soll damit dem Beamten oder Gerichtsherrn, das geringste nicht benommen seyn, sondern es erhalten dieselben billich die Obergewalt über alle in denen Bauerhöfen gemachte Ordnungen. Die Strafe des Bauerhöfs (welche dem Gerichtsherrn aus alten Herbringen allemahl gedoppelt folgen muß) soll auch inskünftig anders nicht als mit Bewilligung der Beamten und Gerichtsherrn, angesetzt und deren Verordnung, wohin dieselbe zu verwenden, untergeben seyn.

1) Riccius l. c. 1. Buch, cap. I. §. 10.

2) *Strodmann de jure curiali litonico*, und die dazu gehörige Vorrede des Geh. J. R. Böhmers, Ueber die Ursachen, warum die eigentlichen Dorfstatuten nicht sehr häufig vorkommen. S. Kunde Grundsätze des allg. deutschen Privatrechts, §. 75. D. 5.

### III.

#### Eine alte Gewohnheit soll man nicht brechen.

##### Anmerkung.

§. 1. Wir verstehen unter der Gewohnheit überhaupt eine an sich willkührliche und immer auf einerley Art vollführte Handlung. Wir nennen sie eine willkührliche Handlung, weil sie solche Sachen in sich enthält, welche in dem Belieben der Menschen stehen, und nicht von den Gesezen bestimmt sind. Die alten Deutschen, so keine geschriebene Geseze hatten, richteten sich lediglich nach ihren guten Sitten 1). Wie sehr dieselben auf ihre Gebräuche und Gewohnheiten hielten, ist aus den Geschichten bekannt genug. In allen bürgerlichen Handlungen sahen unsere Vorfahren bloß

blos nach den Landesgewohnheiten, welche theils allgemein, theils gewissen Völkern eigen gewesen waren. Diese Gewohnheiten wurden durch Sprüchwörter dem Volke bekannt gemacht, und obwohl im fünften Jahrhunderte nach der Geburt unsers Heilandes, die meisten deutschen Völker ihre Gesetze in lateinischer Sprache aufsetzten; so wurden dennoch diese Gesetze nach Abgang der Fränkischen Könige bald wieder unbekannt, und man fing von neuen, nach den altväterlichen Gewohnheiten sich zu richten, und damit sie nicht in Vergessenheit gerathen mögten, Sammlungen davon zu machen, wie solches der Sachsen- und der Schwabenspiegel erweisen 2). Es will demnach dieses Sprüchwort so viel sagen, daß man eine alte Gewohnheit nicht abkommen lassen soll, weil sie ein von Alters hergebrachtes Recht in sich enthält, und man sich derselben bey Gelegenheit bedienen und sich darauf berufen kann.

1) *Tacitus* de morib. Germ. cap. 4.

2) Um alte Gewohnheiten in Andenken und Ansehen zu erhalten, war es in mancher Stadt und manchem Dorfe Gebrauch, jährlich an einem bestimmten Orte nach vorhergegangener Zusammenberufung der Stadt, oder Dorf, Gemeinheit die schriftlich aufgesetzten Gewohnheitsrechte abzulesen. Man nannte dieses in Städten, die Bürgersprache. Es ist aber jetzt dieselbe meistens abgeschafft worden. S. Dreyer Einleitung in die Gesetze der Stadt Lübeck, S. 100. ff. Von diesem Gebrauche bey den Hofhörigen in Westphalen, wo an einem bestimmten Tage (Hoftage) die Hofhörigen in Gegenwart ihres Herrn durch Frage und Antwort zu Recht zeigten, worin des Hofherrn Rechte bestanden, S. G. L. Böhmers Vorrede zu Strodtmann de jure litonico. S. auch den Aufsatz: von alten Weisshämern, insonderheit den von Bischweiler und Hagelhofen in dem Journal von und für Teutschland, Jahrg. 1790. Stück 4. nr. 11. S. 297. D. 5.

§. 2. Wir können nicht leugnen, daß auch noch heut zu Tage alte Gewohnheiten von einer großen Gültigkeit sind, und daß man selbige in soferne sie nichts in sich enthalten, so dem Nutzen eines Landes entgegen ist, auch nicht leichtlich abkommen lassen soll. Weil aber in unsern heutigen Staaten niemanden als dem Landesherrn Gesetze zu geben zukommt, so folget, daß wenn dergleichen Gewohnheiten als ein Gesetz beständig gelten sollen, selbige durch eine ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung des Landesherrn bestätigt werden müssen. Nicht weniger stehet es einem jeden Landesherrn frey, Gewohnheiten aufzuheben 1), wenn auch gleich derselben Alterthum, durch eine Zeit von undenklichen Jahren unterstützet würde, dieses heißt die Gewalt eines Landesherrn zu sehr einschränken, wenn man seine Macht Gesetze zu machen, als einen der ansehnlichsten Vorzüge der Landeshoheit, der Macht alter Gewohnheiten unterwerfen wollte.

1) *Conradi* in *diff. de consuetudin. legem haut vincit.*

#### IV.

Eine alte Gewohnheit ist stärker, als Brief und Siegel.

#### Anmerkung.

§. 1. Wir verstehen unter Brief und Siegel hier nichts anders als Stadt- und Landesgesetze, auch andere Landesherrliche Verordnungen und Rescripte, welche mehrmals Briefe oder Siegel von den darunter gehängten Siegeln oder Wapen genennet worden. Es ist schon aus dem vorigen bekannt, wie sehr die Deutschen auf ihre alte Gebräuche und Gewohnheiten gehalten haben. Dieses Sprüchwort will so viel sagen, daß der Richter im Urtheilen zuvörderst auf die Gewohnheit eines

eines jeden Ortes sehen soll, welche eben deswegen, weil sie als ein altes hergebrachtes besonderes Recht anzusehen, von größerer Gültigkeit, als geschriebene Gesetze, ist. Es ist hiebei zu merken, daß aus den Stadtgewohnheiten, die Stadtgesetze oder Statuten entstanden sind 1). Dieserwegen hat man dafür gehalten, daß selbige auch von einer ungleich stärkeren Kraft im Beweise seyn müssen, wenn man sich auf dieselben beruft, indem sie sich auf die gleichförmigen Handlungen der Stadteinwohner gründen,

1) *Lynk de statut. civitat. provincial.*

§. 2. Es sind auch die Richter heut zu Tage noch verbunden, sich bei Abfassung der Urtheile nach eines jeden Ortes Gewohnheit zu richten. Diejenigen Stellen, so vorhin bei der Erläuterung des ersten Spruchwortes aus den Reichsgesetzen angeführt worden, beweisen dieses hinlänglich, und mit denselben kommen auch die besondern Proceß-Canzley- und Hofgerichtsordnungen überein. Weil aber heut zu Tage nur derjenige einer Gewohnheit die erforderliche Gültigkeit geben kann, welcher die Oberherrschaft führet, so setzen wir abermals zum voraus, daß selbige, wenn sie vor den geschriebenen Gesetzen einen Vorzug haben soll, von dem Landesherrn entweder ausdrücklich oder stillschweigend bestätigt seyn muß. Diesem fügen wir noch bei, daß derjenige, so sich auf eine Gewohnheit gründet, die Gültigkeit derselben erweisen müsse 1). Von welchem Beweis diejenigen Schriftsteller nachzulesen sind, so von den Gewohnheitsrechten in besonderen Werken gehandelt haben 2).

1) *Thomasius de contentione morum cum jur. scripto.*  
*Boehmer de observantia ecclesiastica.*

2) *Kemmerich de probatione consuetudinis et observantiae*

V.

**Ländlich sitlich. Oder: Landes Weise ist Landes Ehre.**

**Anmerkung.**

§. 1. Dieses Sprüchwort betrifft die Fremden; so in einem Lande sich aufhalten, und weist sie an, sich nach den Rechten des Ortes zu richten, wo sie sich aufhalten. Die alten Deutschen bezeugten sich gegen die Fremdlinge, von welchen sie besucht worden, ungemein gütig und leutselig, wie solches Tacitus 1) und Cäsar 2) bestätigen. In den ersten und ältesten Gesetzbüchern unserer Vorfahren sind so gar gewisse Strafen verordnet, womit diejenigen belegt worden, welche ungebührlich sich gegen die Fremden aufgeführt, oder sonst auf einige Weise das Gastrecht beleidiget haben 3), wiewohl bey den Franken die Ausländer verschiedenen harten Gesetzen unterworfen gewesen 4). Da inzwischen ein jedes Land seine eigene Gewohnheit hat, und die alten Deutschen besonders viel auf ihre Landesgewohnheiten und Landessitten hielten, so haben sie das hero auch dafür gehalten, daß das Land nicht verbunden sey, sich nach denen darinnen sich aufhaltenden Fremden zu richten, sondern diesen vielmehr obliege, dasjenige zu beobachten, was die Landesrechte und Gewohnheiten mit sich bringen. Dieses wurde durch das Sprüchwort: Du mußt Recht finden und nicht Recht bringen, ebenfalls angezeigt.

1) de morib Germanor. cap. 21.

2) de bell. gall. Lib. VI. cap. 32.

3) Lex Burgund. Tit. 38. §. 1. capitul. de A. 802. Francor. apud Georgisch. cap. 27. p. 638.

4) L. Salica tit. 45. Capit. Carol. M. de A. 789. cap. 77.

§. 2. Auch heut zu Tage sind Ausländer verbunden, sich nach denen Rechten und Gewohnheiten des Ortes, wo sie sich aufhalten, zu richten; und sowohl bey Errichtung ihres letzten Willens, als auch in Verträgen und andern Handlungen, diejenigen Feyerlichkeiten zu beobachten, welche an dem Ort ihres Aufenthalts in Uebung sind 1). Auch in peinlichen Fällen werden dieselben, nach den Gesetzen des Ortes, wo sie das Verbrechen begangen haben, gestrafet 2). Von dem sogenannten Gastrecht, Kraft dessen, nach den Reichsgesetzen 3) der Ausländer Streitigkeiten auf eine kurze und billige Weise entschieden werden sollen, ist nur zu merken, daß solches auch schon in denen mittlern Zeiten bekannt gewesen 4). Die Reichsstände werden in dem Reichsabschiede vom Jahr 1654. §. 156. besonders angewiesen, den Fremden ohne Weitläufigkeit bey ihren Rechtshändeln eine schleunige Hülfe widerfahren zu lassen.

1) *Schilter* de jur. peregrinorum. — Nähere Bestimmungen des in §. gesagten findet man in A. F. *Schott* diff. de vi legum civilium in subditos temporarios, Lips. 1772. und in der so gründlichen Abhandlung von Freyhelten und Immunitäten in fremden Gebieten §. 11. in Siebenkees Veyträgen zum deutschen Recht, Th. 1. S. 110 ff. D. S.

2) P. G. G. O. Art. 104.

3) *Schottelius* de singularib. quibusdam et antiq. in Germania Jurib. cap. XV. *Moller* de judicio summar. peregrinor. — In vielen Städten sind zur geschwinden Entscheidung der Streitigkeiten fremder Personen besondere Gerichte (Gastgerichte) angeordnet, und besondere Proceßordnungen gegeben worden. S. B. das Gastrecht der Stadt Lüneburg im Appendice des 3ten Theils der Pufendorffschen O. l. V. S. 266. ff. und E. Edler von Strixner Gastrecht der Rurpfalz, Bayerischen Haupt- und Residenzstadt München. München 1784. 8. D. S.

4) Reichs

- 4) Weichbild Art. 45. *Balthasar de jur. peregrinor. singular. circa processum germ. — F. W. Restel diff. justitia et benignitas legum germanicarum erga peregrinos examinata. Rint. 1754. D. 5.*

## VI.

### Der Schöff weist zu recht.

#### Anmerkung.

§. 1. Das Wort Schöff leiten einige von dem alten deutschen Wort schaffen her, welches so viel als für etwas sorgen, sich um etwas Mühe geben, bedeutet, weil die Schöffen fürnehmlich in den Gerichten das hin sehen und sorgen mußten, daß Niemanden Unrecht widerfuhr. Andere behaupten, daß das Wort Schöff, von dem Wort schöpfen herkomme, welches so viel heißt, als beschließen, oder ein Urtheil finden 1). Diese letztere Meinung bestätigt das alte sächsische Land- und Lehnrecht, wenn es in demselben heißt: Die Schöppen sollen für Gericht Urtheil geben und finden. Ja diese Schöffen wurden auch selbst Finder genennet. Endlich so leiten solches einige von dem Wort Schef her, welches den vordersten und fürnehmsten bedeutet 2).

Diese Schöffen sind in den älteren Zeiten Besizer in den Gravengerichten oder Gravengeding gewesen. Als Carl der Große das Gerichtswesen in Deutschland verbesserte, machte er auch zugleich verschiedene Verordnungen, so diese Schöffen angien. Besonders findet man in den alten Gesetzen die Eigenschaften genau bestimmt, die derjenige besitzen mußte, welcher zu der Würde eines Schöffen gelangen wollte. Sie mußten von freyer Geburt und dem Beflaaten an Stande gleich seyn, aus eben dem Gau entsprossen, in welchem das

Ge



Gerecht angeordnet gewesen, und in den altväterlichen Sitten und Gewohnheitsrechten eine ausnehmende Erkenntniß und Erfahrung besitzen. Besonders aber sich der Aufrichtigkeit, der Keuschheit und Liebe zur Wahrheit befleißigen, und einen unsträflichen und tugendhaften Lebenswandel führen 3). In den Gerichten erschienen sie ohne Waffen. Man nannte sie die Weisen, und es ist wahrscheinlich, daß davon die Ehrenbenennung Ihr. Hochweisheit und Hochwohlweisheit entstanden, so noch in den Reichsstädten gebräuchlich ist.

1) Von den verschiedenen Bedeutungen dieses Wortes handelt Brummer de Scabinis cap. 1.

2) c. 81. §. 1.

3) Siehe Brummiern l. c. cap. VII. und Möfers Osnaabrückische Geschichte, Th. 1. 4ter Abschn. §. 10. S. 249. d. 5.

§. 2. Unter dem Wort Recht sind hier eigentlich Gewohnheitsrechte zu verstehen. Denn so lange die alten Deutschen keine geschriebene Gesetze hatten, sondern sich nach ihren guten Sitten richteten, nannten sie diejenigen Gewohnheiten Rechte, nach welchen sie urtheilten. Dahingegen geschriebene Rechte insbesondere den Namen der Gesetze bekamen, von dem Wort setzen, weil sie ein Gebot in sich enthalten, so von einem Obern feste gesetzt worden. Sie wurden auch zuweilen *justitiae* genennet 1). Daher sagt der Verfasser des Sachsenspiegels in der in Reimen verfaßten Vorrede zu seiner Sammlung der sächsischen Gewohnheitsrechte:

Dieses Recht hab ich selber nicht erdacht  
Es habens von Alters auf uns bracht  
Unsre gute Vorfahren.

1) Haebertlin in comment. ad Statut. Solatenf. p. 2.

3. Weil, wie wir oben bereits angeführt haben, von den Schöffen eine große Erfahrung in den alten Gewohnheiten und Rechten erfordert wurde, und man nicht leicht jemand der Ehre und des Amtes eines Schöffen würdig hielt, welcher nicht nach einer angestellten Prüfung und Untersuchung vorgefunden, so das Recht, Schöffen zu wählen und zu ernennen hatten, dazu tüchtig befunden worden; so hatte man dagegen auch in die Erkenntniß und Erfahrung in den alten Sitten und Gewohnheiten dieser Schöffen das größte Vertrauen gesetzt, und sich ihres Rathes bedienet, wo es auf die Erläuterung eines alten Gebrauchs oder Gewohnheit ankam, wie denn überhaupt die Urtheile, oder sogenannte Weisthümer der Schöffen von großem Ansehen gewesen waren, so daß es nicht in allen Fällen eben erlaubt gewesen, von ihren Urtheilen an ein höheres Gericht sich zu berufen 1). Es will also dieses Sprüchwort so viel sagen, daß man sich an den Schöffen halten müsse, wenn man von den alten Gewohnheiten belehret seyn will.

1) *Heineccius* in element. jur. german. Lib. III. §. 290. seqq. *Buder* de consiliis et respons. prudent. Germaniae mediæ ævi. *Möser* a. a. O. §. 15. B. 260. d. 5.

§. 4. Wir können von demjenigen, was von den Schöffen der älteren und mitlern Zeiten vorher and geführt worden, auf die heutigen Land- und Dorf-Schöffen keine Anwendung machen, indem diese Leute theils nur zur Vollziehung und Vollstreckung eines rechtskräftig gewordenen Urtheils gebraucht werden, theils aber der Geuerlichkeit halber, ohne eine Stimme zu haben, mit in den Gerichten sitzen. Die Benfiger in den heutigen Schöffenstühlen können zwar mit jenen noch verglichen werden, aber man findet dennoch einen  
 fies. Sprüche. großen

großen Unterschied. Unsere ehemalige Schöffen führten das Richteramt; die heutigen Besizer in den Schöffenstühlen ertheilen nur allein ihr Gutachten über die ihnen vorgelegten Rechtsfragen, oder sie erkennen nicht anders, als wenn sie um ihr Urtheil ersucht worden. Ueberhaupt kommt es zu gezwungen heraus; wenn man bey der igo veränderten Gerichtsverfassung in Deutschland die ehemaligen Schöffen mit den heutigen Richtern vergleichen will. In verschiedenen Reichsstädten, als zu Nürnberg und Frankfurt am Mayn, ist amoch der Schöffenrath bekannt, und es wird der Name Schöff. auch hier und da den Stadträthen, Besizern der Schöffenstühle und den Dorf-Landrichtern beygelegt.

## VII.

### Zu viel Recht ist unrecht.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort enthält eine Lehre, in sich, welche ein jeder Richter bey der Abfassung eines Urtheils beobachten muß. Es ist nicht wohl möglich, daß man in allen Fällen so genau und nach dem Buchstaben eines Gesetzes mit jemand verfahren kann, ohne öfters ein Unrecht zu begehen. Die strengsten Gesetze lassen auch manchmal eine Ausnahme zu, die man bey derselben Abfassung nicht vorher sehen können, welche aber die Veränderung der Zeit und Umstände hinlänglich rechtfertigen. Oft sind Gesetze nicht deutlich genug abgefaßt, und die Fälle, so dieselben betreffen, nicht hinlänglich bestimmt, daher Vernunft und Willkür, die Strenge des Gesetzes mäßigen müssen. Diese beschäftigen sich damit, die Absichten des Gesetzgebers einzusehen, und nachdem sie solche entdecket, die wahr-

re Anwendung des Gesetzes zu zeigen. Die Vernunft ist die Quelle der Gesetze. Diese muß also zu Rathe gezogen und dem Buchstaben des Gesetzes vorgezogen werden. Die heilige Schrift giebt uns selbst das schönste Beispiel, wie die Billigkeit der Strenge der Gesetze zu Hülfe kommen müsse. Die Pharisäer unter den Juden nahmen das göttliche Gesetz von der Feyer des Sabbath in dem strengsten Verstand, unser Heiland aber zeigte ihnen, in wie fern solches eine Ausnahme zulasse 1). Bey unsern Vorfahren sahe man zu der Zeit, als sie noch keine geschriebene Gesetze hatten, sondern nach den von Alters hergebrachten Gewohnheiten, und besonders in Ermangelung derselben, nach dem Gurdünken urtheilten, vornemlich auf die Billigkeit im Urtheilen.

1) Matth. XII.

§. 2. Es ist daher dieses Sprüchwort auch heut zu Tage noch in dem größten Werth, und der Nutzen desselben äußert sich sowohl in bürgerlichen als peinlichen Fällen, sowohl in gerichtlichen als außer gerichtlichen Handlungen. Ich würde nothwendig das mir vorgesetzte Ziel überschreiten müssen, wenn ich die besondern Fälle anführen wollte, bey welchen einem Richter erlaubt ist, von den Gesetzen abzugehen, und bloß nach Vernunft und Billigkeit sein Urtheil einzurichten. Dieses ist aber ein Werk von einem weit größeren Umfang. Inzwischen setze ich nur noch dieses hinzu, daß auch in dem andern Fall ein Richter nicht von diesem Sprüchwort einen Mißbrauch machen müsse, welcher darinnen besteht, wenn er nur allein nach seinem Eigensinn urtheilen will, oder aus Irrthum eine Strenge in dem Gesetze anzutreffen vermeinet, wo desselben Billigkeit aus allen Buchstaben herfür leuchtet, oder wenn er sich durch ein sträfliches Mitleiden zu einer schädlichen Billigkeit verführen läßt 1).

- 1) Zu mehrerer Erläuterung dieses Sprüchwortes dienen *Kressii* diff. summum jus summa injuria, imgleichen desselben diff. de aequitate. auch *Ziegleri* tract de officio judicis Concl. XXXVI. §. 35. — Der Richter in peinlichen Sachen wird vorzüglich häufig Gelegenheit haben, den Werth dieses Sprüchworts zu empfinden, und traurige Betrachtungen über die gemeinen peinlichen Rechte in Deutschland anzustellen. Der Menschenliebe, sagt *Tafinger* in seiner juristischen Encyclopädie S. 312. wo die Rede von der peincl. Gesetzgebung ist, „wohlwollender weiser Regenten war es „vorbehalten, die alten Gesetze nach dem Maasstab „richtiger Philosophie zu prüfen und abzuändern. „Aber noch scheint die Zeit der Prüfung verlängert werden zu dürfen.“ D. S.

## VIII.

**Hundert Jahr unrecht ist keine Stunde recht.**

## A n m e r k u n g.

§. 1. Durch dieses Sprüchwort wird angezeigt, daß eine unvernünftige und unbillige oder schädliche Gewohnheit, allemal abgeschafft werden müsse, wenn sie auch gleich noch so alt ist, und daß keine Verjährung bey derselben statt habe 1). Denn was einmal von Anfang als unrecht und unbillig befunden worden, kann durch das Alterthum der Zeit nicht als billig und recht angesehen werden. Als die Franken und andere deutsche Völker das Evangelium angenommen, so haben sie auch noch nach ihrer Befehrung zum christlichen Glauben, viele heydnische Gewohnheiten beybehalten 2). Vornehmlich gehöret hieher der unmenschliche Gebrauch, daß sie um geringer Ursachen willen und fast in jeder Sache sich zum Kampf um Leib und Leben anboten, und hiermit die Unschuld und Gerechtigkeit an den Tag bringen wollten. Vergleichen und andere viele unvernünftige Gewohnheiten waren sehr schwer abzuschaffen gewesen

gewesen. Man glaubte, sie müßten nothwendig be-  
halten werden, weil sie durch einen Gebrauch von  
undenklichen Jahren her unterstüget wurden. Sie  
sind endlich durch weise Gesetze und Verordnungen ab-  
gestellt worden, und daher muß man löbliche und  
gesetzmäßige Gewohnheiten von den unvernünftigen  
allemaal unterscheiden.

1) Unrichtig haben einige Rechtsgelehrte dieses Sprüche-  
wort zum Beweise, daß die alten Deutschen zur Ver-  
jährung bonam fidem et justum titulum erfordert hät-  
ten, gebrauchen wollen, allein deutlichere und stär-  
kere Beweise bezeugen das Gegentheil. S. *Riccus*  
*de praescriptione germ. c. 111.* *Rave principia do-*  
*ctrinae de praescriptione §. 47.* nebst der Eichmanns-  
schen Note, d. S.

2) *Stumpfius* in *Histor. Helvet. Lib. III. c. 92.*

§. 2. Daß dieses Sprüchwort auch noch heut zu  
Tage seinen unvergleichlichen Nutzen habe, ist außer  
allen Zweifel gesetzt. Wir treffen in Deutschland hier  
und da noch alte Gewohnheiten an, die, wenn man  
sie genau prüfet, entweder etwas lächerliches oder un-  
vernünftiges und unbilliges in sich enthalten. Beson-  
ders werden dergleichen unter den Handwerksleuten  
und Buren noch hier und da angetroffen, wiewol die  
Erfahrung lehret, daß man selbige sehr heimlich zu  
halten pfleget. Sollten aber dergleichen unrechtmäßige  
und unbillige Gewohnheiten, nur aus der Ursache,  
weil sie vor undenklichen Jahren und zu unserer Väter  
Zeiten schon im Gebrauch gewesen, durch weise Gesetze  
nicht abgeschafft werden können? Gewiß das hieße ein  
allzugroßes Vorurtheil gegen das Alterthum besitzen,  
wenn man dieses als eine richtige Regel annehmen woll-  
te, daß dasjenige, was alt ist, auch nothwendig gut  
seyn müsse. Da eine jede Gewohnheit, welche der  
Billig-

Billigkeit, den guten Sitten, oder der Wohlfahrt des gemeinen Bestens entgegen ist, die Beförderung der Glückseligkeit eines gemeinen Wesens hindert, diese aber allem vorgehet, so behaupten wir mit dem größten Rechte, daß ein Landesherr die schönste Handlung unternimmt, wenn er durch weise Verordnungen unvernünftige Gewohnheiten abschaffet 1).

- 1) *Thomasius* de jur. consuetudinis et observantiae. *Conradi* de consuetud. legem haut vincente. In so fern Gewohnheitsrechte unvernünftig sind, ist es Pflicht des Richters, bey seinen Erkenntnissen keine Rücksicht darauf zu nehmen. Nov. 144. c. 1. c. 11. X. de consuet. Dsn. Fr. J. art. 8. §. 4. Halsgerichtsordn. Karls V. art. 218. *E. Wiefand* Opusc. Sp. 1. obs. 1. und *Ayrer* program. de consuetudine legem vincente. §. 10. D. 3.

## IX.

### Mißbrauch ist keine Gewohnheit.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort hängt mit dem vorhergehenden genau zusammen, und dienet gleichsam zu dessen Erläuterung. Es will so viel sagen, daß es nicht genug sey, wenn man von einer Gewohnheit bishero einen Gebrauch gemacht; sondern daß es vornehmlich darauf ankomme: ob auch diese Gewohnheit mit dem Recht der Natur, der gesunden Vernunft und Billigkeit übereinkomme, und daß eine solche Gewohnheit, welcher diese Eigenschaften fehlen, ein Mißbrauch zu nennen sey, welcher allemal abgeschafft werden muß, indem das Alterthum der Zeit demselben keine Kraft noch Gültigkeit beylegen kann.

In den deutschen Geschichten der ältern und mittlern Zeiten fehlet es nicht an Beispielen von dergleichen Mißbräuchen. . . . . Siehen gehören: die eher dem von der Obrigkeit geschehene Einziehung der geraubten und gestohlenen Güter, welche ihren Eigentümern nicht wieder zurückgegeben worden. Das Second: und Grundrührrecht, die Verdamnung der gefährdeten Personen zur Leibeigenschaft, die mehr zur Peinigung als zur Verwahrung der Missethäter eingerichtete Gefängnisse, der Gebrauch, daß der Schöffsrichter, wenn sich jemand selbst entleibt hatte, alles was in der Kammer, Gemach, Boden oder Stall, wo der Selbstmörder lieget, befindlich, und er ben demselben stehend mit dem Schwerdt erreichen können 1), hinnehmen konnte, wie solches das Spruchwort, was der Zentler mit dem Schwerdt erreichen kann, das ist fein, anzeigt. Die verschiedenen Mißbräuche der Handwerker und Gilden und dergleichen mehr 2).

1) Schottelius de singularib. quibusdam et antiquis in German. juribus.

2) Ludovici de jur. carnific. in bona proprietatem.

§. 3. Alle diese und dergleichen andere Mißbräuche mehr sind heut zu Tage abgeschafft. Carl der Fünfte hat in seiner peinlichen Gerichtsordnung verschiedene dergleichen unvernünftige Gewohnheiten unterdrückt 1). Von dem Grundrecht ist ein gleiches zu sagen, und wo dasselbe noch üblich ist, wird es doch auf eine menschliche Weise ausgeübt 2). Die Mißbräuche der Handwerker sind sowohl durch Reichsgesetze, als auch durch verschiedene Landesordnungen deutscher Reichsstände verboten worden. Man sehe hievon das Reichsgutachten vom 22. Junius 1731. 3). In unserm Vaterland ist bereits im vorigen Jahrhundert 4),

wea



wegen Abschaffung der Mißbräuche und unerlaubten Gewohnheiten unter den Handwerkern eine Verordnung heraus gekommen, welche nach der Zeit zu verschiedenenmalen wiederholt worden 5). Man will in dessen doch versichern, daß noch nicht alle Mißbräuche unter den Handwerkern verbannet sind. Und wenn Vann unbekannt seyn, wie schwer dem gemeinen Manne seine Vorurtheile, so er gegen alte Gebräuche heget, zu benehmen sind.

1) Art. 135. 207. et 218.

2) *Schuback* de jure littoris. S. F. de *Boehmer* de servatitio. H. 1743. d. 5.

3) *Schmauffi* corpus jur. publ. p. 1382. und das Reichsgesetz vom 20. Jul. 1771. Die Abstellung einiger Handwerksmißbräuche, insbesondere den blauen Montag betreffend, ebendaf. S. 1046. d. 5.

4) Herzog Augusts Verordnung vom Jahr 1656. den 2. April wegen allerhand schädlichen Mißbräuchen und bösen unzulässigen Gewohnheiten bey den Handwerksleuten.

5) D. *Rudolphi Augusti et Antonii Ulrici* Verordnung und Reglement, wie es in Dero Fürstenthum und Landen, der in dem Fürstl. Gesammthause genommenen Abrede nach, bey den Aemtern und Gilden, der Künstler und Handwerker zu halten de 1692. d. 26. Sept. D. *Antonii Ulrici* Verordnung gegen die unter den Handwerksgefelln Zeithero eingeschlichene Mißbräuche de 1713. d. 5. Augusti. Mehrere Verordn. die Handwerksmißbräuche in den Herzogl. Braunschweigischen Landen betreffend. S. in *Fredetadors* promptuaria der Br. Landesverordnungen unter der Rubric: Handwerksmißbräuche. d. 5. *Ditbmar* de collegiis opificum apud Germanos emendandis.

## Zweite Abtheilung

von den

### besondern Rechten der Personen.

I.

Nach dem Alter, imgleichen wegen  
Gebrechen.

---

I.

Sieben Jahr ein Kind.

Anmerkung.

**E**s ist sehr wahrscheinlich, daß dieses Sprüchwort erst nach der Zeit in Deutschland bekannt geworden, nachdem man bereits das römische Recht eingeführet. Die Römer pflegten die sieben ersten Jahre des menschlichen Lebens die Jahre der Kindheit zu nennen 1), wiewol ich bey dem folgenden Sprüchwort zeigen werde, daß sie auch manchmal die Kinderjahre weiter hinausgesetzt. Dagegen finden wir nicht, daß die alten Deutschen das menschliche Alter in so viele Stufen eingetheilet, als nachhero geschehen, sondern man machte nur einen Unterschied zwischen unmündigen und mündigen Personen 2), und ob ein Mensch für mündig zu achten, beurtheilte man mehr aus der Stärke seines Leibes und äußerlichen Gestalt, als nach den Jahren 3). Auch noch in den mittlern Zeiten blieb man dabey. Der Verfasser des Sachsenspiegels 4) saget daher: Welches Mannes Alter man nicht weiß, hat

er

er Haar in dem Bart; und denselben am Bauch, und unter jeglichem Arm desgleichen, so soll man wissen, daß er zu seinen Jahren kommen ist. Von jungen Kindern unterschied man nur erwachsene Kinder. Ob die Meinung einiger Naturkundiger, daß alle sieben Jahre eine merkliche Veränderung mit dem menschlichen Körper vorgehe, und die auch dem Alten nicht unbekannt gewesen, dieses Sprüchwort veranlaßt. Will ich jezt nicht untersuchen, ob es hat in Deutschland das Bürgerrecht erhalten. Da in den Rechten verschiedenes zum Besten und Vortheil der Kinder verordnet ist, so ist die Absicht keine andere als diese gewesen, die Zeit der Kinderjahre zu bestimmen.

1) L. 14. D. sponsal. l. 1. §. 2. D. de administrat. et pericul. tutor. L. 18. pr. et §. 4. C. de jur. deliberand.

2) *Leyser* Sp. 328. m. 6.

3) *Tacitus* de Morib. Germanor. (1). Vorzüglich ward darauf gesehen, ob jemand fähig war, die Waffen zu tragen und im Felde zu dienen. Junge Edelknechte wurden daher in Versammlungen mehrere Ritter feyerlich wehrhaft gemacht, d. i. ihnen die Erlaubniß gegeben, einen Degen zu tragen und zu gebrauchen. Die Gothen: Gothaische Landesordnung c. 3. tit. 2. p. m. 153. schreibt dieses ausdrücklich vor. Indes ist selbst im Gothaischen dieser Gebrauch abgekommen, wie *Niceus* in seinem Entwurfe von landsässigen Adel C. 441. bezeuget. S. auch A. H. *Faesterei* tr. de emancipatione equestri. Altenb. 1727. D. 6.

4) *Lie.* 1. Art. 42.

5) *Grell* de jur. infantum.

II.

Zehen Jahr ein Kind.  
 Zwanzig Jahr ein Jüngling.  
 Dreißig Jahr ein Mann.  
 Vierzig Jahr wohl gethan.  
 Fünfzig Jahr stille stahn.  
 Sechzig Jahr gehts Aller an.  
 Siebenzig Jahr ein Greiß.  
 Achtzig Jahr nimmer weiß.  
 Neunzig Jahr der Kinder Spott.  
 Hundert Jahr genade Gott.

Anmerkung.

§. 1. Bey dem vorigen Sprüchwort ist bereits angemerkt worden, daß die Römer die Jahre der Kindheit auch zuweilen über das lebente Jahr hinaus gesetzt 1). Man findet Beispiele, daß Personen, so bereits das achte, zehnte, zwölfte und dreizehnte Jahr erreicht hatten, Kinder genennet worden sind. Es mögen daher auch einige deutsche Völker das zehnte Jahr, als das Ziel der Kindheit angenommen haben. Dieses Sprüchwort bestimmt eigentlich die besondern Rechte der Menschen nach ihrem Alter. In der Kindheit, es mag dieselbe entweder mit dem siebenten oder zehnten Jahre sich endigen, muß der Mensch sich lediglich den Willen seiner Vorgesetzten überlassen, und kann für sich selbst nichts beschließen oder führen. Bis in das achtzehnte Jahr dauerten die Bubenzahre. Binnen dieser Zeit mußten die Anverwandten und Vornämder zu Rathe gezogen werden, wenn jemand ein Geschäft unternehmen wollte, und dieses wurde nicht anders für gültig erklärt, als wenn es jene bestätigt hatten. Nach dem achtzehnten Jahre giengen die Jünglingsjahre an. In diesem Zeitpunkt haben die Personen

nen in Deutschland in Ansehung der Heyrath und Errichtung eines letzten Willens mehrere Freyheit bekommen, besonders, nachdem das römische und päpstliche Recht in Deutschland bekannt geworden. In dem ein und zwanzigsten Jahr wurden bey den mehresten deutschen Völkern die Menschen für mündig erkläret; die Ansprüche, so jemand an den andern zu machen gehabt, konnten nicht eher als nach Erreichung dieses Alters flagbar angebracht werden, und endlich wurde der Mensch, nachdem er dieses Ziel des Lebens erreichter, für würdig gehalten, öffentliche Aemter zu verwalten. Mit dem dreißigsten Jahr nahm das männliche Alter seinen Anfang. In den älteren Zeiten, dachte man nicht eher als bis nach zurückgelegtem dreißigsten Jahr an das Heyrathen. Die übrigen Jahre sind die Dienstjahre, so wie nach dem sechzigsten, mit welchem das Alter seinen Anfang nimmt, niemand weiter mehr zugemuthet worden, dem gemeinen Wesen zu dienen. Die übrigen Jahre sind Jahre der Gebrechlichkeit, in welchen der Mensch eben so als in seiner Kindheit, anderer Pflege benöthiget ist. In dem siebenzigsten Jahre fängt die Hinfälligkeit an, die sich beständig vermehret, alsdenn folget das schwache Alter, und der Tod endet ordentlich vor dem neunzigsten oder hundertsten Jahre Alter und Leben.

Bey dem weiblichen Geschlecht hatte man nach geendigten Kinderjahren ebenfalls die Stufen des Alters durch verschiedene Benennungen unterschieden. Bis in das achtzehnte Jahr wurde eine junge Weibsperson ein Mägdlein genannt, nach diesem hieß sie eine Jungfrau, nach ihrer Verheyrathung eine Frau und endlich wurde sie nach erreichtem hohen Alter, alte Mutter genennet 2).

1) Siehe Gruteri Opus inscription. T. I. p. 671. n. 13. et p. 682. n. 9.

2) S.

2) *S.* des Freyherrn von Senkenbergs Anfangsgründe der alten, mittlern und neuen deutsch. Rechtsgelehrtheit Lib. I. cap. 17.

§. 2. Von dem heutigen Gebrauch dieses Sprüchwort's, haben wir zu bemerken, daß auch noch izo ein jegliches Alter seine besondern Rechte und Vorzüge geniehet, und daher sowohl in bürgerlichen als peinlichen Fällen, einem jeden Richter obliegt, im Beurtheilen der menschlichen Handlungen auch auf das Alter des Menschen sein Augenmerk zu richten. Besonders haben Kinder, Unmündige und Alte, vieles vor andern Menschen in den Rechten zum voraus; es ist aber hiez der Ort nicht, von den besondern Rechten eines jeden Alters zu handeln, da es weder an Lehrbüchern noch andern Schriften fehlet, in welchen man einen hinlänglichen Unterricht davon antrifft. Nur dieses ist noch zu bemerken, daß auch heut zu Tage in Deutschland, wegen der Zeit, zu welcher jemand mündig wird, ein großer Unterschied obwaltet, indem in vielen Ländern, die in den römischen Rechten bestimmte Zeit angenommen, in andern aber diejenige beybehalten worden ist, so man in den alten Landes- und Stadtgesetzen der Deutschen antrifft 1).

1) *Ludewig* de aetate legitima puber. et major. *Hoffmann* de major. aetatis termino legit. et morib. inprimis novissima sanction. Hamburgens. definito.

§. 3. Mit dem Alter hat es eine gleiche Bewandniß. Man siehet, wenn die Frage von dem Genuß gewisser Freyheiten von bürgerlichen Lasten ist, nicht immer auf die Zahl der Jahre, sondern vielmehr auf die Kräfte des Leibes. So kann an den mehresten Orten in Deutschland, derjenige, welchem eine Vormundschaft von der Obrigkeit angetragen worden, durch  
das

das bloße Anführen seines Alters nicht sich davon loß machen, wenn er noch gute Kräfte und ein munteres Wesen besitzt. In manchen Ländern ist wegen des Altvaterrechts verordnet: daß die Bauren ohne Bewilligung der Obrigkeit, oder wenn sie Meyerhöfe besitzen, ohne Genehmigung des Gutsherrn und ehe eine Untersuchung angestellt worden, die Höfe ihres Alters wegen nicht für sich allein an ihre Kinder übergeben sollen 1). In peinlichen Fällen wird ebenfalls nicht immer auf das Alter allein gesehen. Es ist wahr, man hat die Meinung angenommen, daß man die Greise, eben so als wie die Kinder mit der peinlichen Frage verschonen müsse. Aber diese Ausnahme der Alten kann aus keinem Gesetze bewiesen werden. Man hält daher mit besserem Rechte dafür, daß nicht die Anzahl der Jahre, sondern die Schwachheit des Körpers dem Alter in solchen Fällen zur Befreyung gereicht 2).

1) de Goebel de jur. ac judicio rusticor. cap. IV. §. 12.

2) Leyser Sp. 632. m. 6.

### III.

#### Das Alter gehet vor.

##### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort handelt von der Ehrfurcht, die man denen, so älter an Jahren als wir sind, schuldig ist, und daß man denselben den Vorzug sowohl in den öffentlichen Versammlungen, als auch bey andern Gelegenheiten lassen soll. In der heiligen Schrift finden wir dasselbe am besten erklärt, wenn sie sagt: für einem grauen Haupte sollt du aufstehen und die Alten ehren 1). Das Alter wurde bey den Deutschen jederzeit in hohen Ehren gehalten, und man sahe dieses als eine große Ehrenbezeugung an.

an, wenn man jemand einen Alten nannte. Die Vornehmsten unter dem Volke, die Vertrautesten der Könige, Männer, die sich um das Vaterland verdient gemacht hatten, bekamen zur Belohnung ihrer Verdienste, als ein Zeichen der Hochachtung, so man gegen sie hegte, diesen Ehrennamen 2). Man hat noch mehrere Sprüchwörter, so von der den Alten gebührenden Ehrfurcht handeln. So sagte man auch: Die Alten sind gut zu behalten, imgleichen mit den Alten soll man rathschlagen, und mit den Jungen fechten, um anzuzeigen, daß man, wo es auf guten Rath ankomme, den Alten den Vorzug vor den Jüngeren lassen müsse, weil jene die Erfahrung und Klugheit auf ihrer Seite haben, die diesen aber manchmal die Hitze und das Feuer der Jugend die Ueberlegung und Nachdenken verhindert.

1) 3 B. Moses cap. 19. v. 32.

2) Hertius in notit. Veter. Francor. regni cap. III. §. 24.

§. 2. Zu den besondern Vorzügen der Ältern für den jüngeren, ist vornehmlich zu zählen, daß man nur allein die Älteren aus dem Volke zu Richtern über gewisse Gegenden oder Saren ordnete, welche daher die Grauen genennet wurden 1). Zu der Würde eines Schöffen konnten nur Männer gelangen, die andere ihres Standes an Erfahrung und Alter übertrafen, und unter diesen wurde wiederum die Verwaltung des Schuttheißenamtes dem Älteren besonders anvertrauet 2). Bei der Theilung des väterlichen Nachlasses kam es nach der Gewohnheit einiger Völker dem Älteren Bruder zu 3), die Theile zu machen, und nach dem Sachverständigen, hatte derselbe bei der Theilung des Heergetrettes noch einen besondern Vorzug, und was dergleichen mehr gewesen 4).

1) Cas



- 1) *Caesar* de Bell. Gallico Lib. IV. cap. 13.
- 2) *Brummer* de Scabinis cap. IV. §. 6.
- 3) Hierin lag wol nicht so sehr ein Vorzug des ältern Bruders, als vielmehr ein Vortheil für den jüngern, der die Wahl hatte, den Theil der Erbschaft zu nehmen, welcher ihm am vortheilhaftesten zu seyn schien. Es hieß daher auch diese Befugniß des jüngern Bruders das *Kührrecht*. Wo überhaupt von *Kührrecht* in Statuten die Rede ist, wird davon als einem besondern Vorzuge geredet. S. z. B. das *Hadelerische Recht* bey *Pufendorf* T. 1. in append. S. 46. D. 5.
- 4) vid. *Schoepferi* Gerontologia seu de jure senum, Zur Entschädigung, wegen des *Kührrechts* des jüngern Bruder gestand man im Mittelalter dem ältern Bruder bey der Theilung des Heergeräthes das Schwert zum voraus zu. Schwäbisch. Land. R. c. 170. §. 1. und 2. Sächsisch Weichbild, art 16. D. 5.

§. 3. Die Veränderung der Sitten in Deutschland hat, wie in vielen andern Stücken, also auch was das Alter anbelanget, verursacht, daß das Sprüchwort: Das Alter gehet vor, eine große Einschränkung erlitten. Die Rangordnung ist mehrmals willkürlich und bloß allein dem Gutdünken des Regenten überlassen, ob der ältere für dem jüngeren, oder dieser für jenem den Vorzug haben soll, wenn Personen in ein Collegium aufgenommen werden. Das *Seniorat*recht, kraft dessen der älteste von Jahren ohne Absicht auf die Erstgeburth die Landesregierung führet, hat den Beyfall nicht gefunden, welchen vielleicht diejenigen zu erreichen gehoffet, so dasselbe so sehr erhoben 1). Unter Personen bürgerlichen Standes, richtet man sich theils nach den Statuten, theils nach den gemeinen Rechten. Inzwischen ist es doch auch gewiß, daß man noch hier und da viele Vorzüge der älteren für den jüngeren bemerkt 2).

1) Vom Seniorat in Fürstl. Familien, f. G. A. Rudloff de jure senii in familijs illustribus. Buetzovii 1769. — Zu den Vorzügen des Alters gebört auch die Gattung des Seniorats bey Lehen, vermöge dessen der Älteste in der belehnten Familie Lehnsträger aller Lehne ist, welche die Familie besitzt, so, daß die Erneuerung der Investitur nur alsdenn erforderlich ist, wenn sich die Person des Lehnherren oder des Ältesten in der Familie verändert. Es gedenkt dieses Seniorats schon das Kaiserrecht c. 29. in Senckenbergs C. L. F. nach der neuen Ausgabe, S. 25. ff. Es ist derselbe nicht bloß bey den Lehen in den Braunschweigischen Landen eingeführt, (Senckenberg de f. Brunsvicensibus S. 31.) sondern es gilt selbst in Ansehung der Lehne, welche das Gesammthaus Braunschweig, Lüneburg besitzt. S. Ribbentrop Beiträge zu Kenntniß der Verfassung des Herzogthums Braunschweig, 1. Bdr. S. 81. ff. Mehrerer Fürstlicher Häuser, in welchen ein solcher Seniorat vorhanden ist, gedenkt Moser in der Einleitung zu dem Reichshofr. Proceß, Th. 3. c. 4. S. 12. ff. S. 463. ff. Nur ist zu bemerken, daß in denjenigen Fürstlichen Häusern, in welchen das Recht der Erstgeburt eingeführt worden ist, nur die regierenden Herren, als die Erstgebohrnen, des Seniorats fähig sind, wie wol hierüber im Fürstl. Hause Anhalt von den avancirten Prinzen nach dem Tode des Fürsten von Bernburg, Victor Amadäus, (1712) viele Beschwerden erhoben worden sind. Lünig C. L. F. Th. 1. S. 349. D. 5.

2) Schroeter de jure senum. Struvius de jurib. et privilegijs senectut. — Nicht immer ist dem Alter der Vorzug eingeräumt, man findet nämlich, daß in einigen Ländern bey den Bauer Gütern der Minorat eingeführt ist, vermöge dessen der jüngste Bruder bey der Erbfolge ins väterliche Gut den Vorzug vor den älteren Brüdern genießt. S. Kunde Grundr. des allg. u. Privatr. S. 520. und die daselbst in der not. c. angeführten Schriftsteller. D. 5.

## IV.

## Der Eid macht mündig.

## Anmerkung.

§. 1. Obwohl minderjährige Personen ohne Vorwissen und Einwilligung ihrer Vormünder und Pfleger befohlenen, weder von andern einen Eid fordern noch sich selbst auf einen von ihnen geforderten Eid einlassen dürfen. 1), so ist doch dagegen in den Rechten ausgemacht worden, daß, wenn eine minderjährige Person, den von ihr verlangten Eid wirklich geleistet hätte, der Eid von eben der Verbindlichkeit und Kraft seyn sollte, als die Eide sind, so von volljährigen Personen geleistet worden. Es will daher dieses Sprüchwort nichts anders anzeigen, als daß der von einem Minderjährigen geleistete Eid unwiederruflich sey, und eine solche Person eben so angesehen werden soll, als habe sie bereits ihr volljähriges Alter erreicht. Die Ursache hievon hat in der Wichtigkeit der Eide ihren Grund, und der Endzweck eines Eides würde nicht erreicht werden, wenn derselbe darum nur allein für ungültig erklärt werden sollte, weil die Person, so denselben geleistet, ihr vollbürtiges Alter noch nicht erreicht. Wenn jemand schwören soll, so kommt es vornehmlich darauf an, ob der Mensch, von welchem ein Eid verlangt wird, von dem wahren Wesen, Wichtigkeit und Verbindlichkeit eines Eides eine vollkommene Erkenntniß und Ueberzeugung besizet. Findet man diese Eigenschaften bey einer minderjährigen Person, so ist nicht abzusehen, warum man dieselben nicht zu einem Eide lassen soll, wenn es die Nothwendigkeit erfordert, und es folget hieraus weiter, daß eine solche Person, so eine lebendige Erkenntniß von der Wichtigkeit des Eides besizet, eben so gut, als wie derjenige, der bereits seine volle

volle Jahre erreicht hat, durch den Eid verbunden werde.

1) *Stryck de cautel. juram. P. II. Sect. I. esp. 3. n. 33.*

§. 2. Es scheint, daß bey den einem oder andern Volke in Deutschland ehemals der Mißbrauch eingerissen gewesen, daß man auch sogar Kindern einen Eid abgenommen. Carl der Große hat diesen Mißbrauch verboten 1). Personen, so bereits die Jahre der Kindheit zurückgelegt hatten, mögen daher gar wohl zu dem Eide gelassen worden seyn. Doch die Verordnung Kaiser Friedrichs 2) erlaubt den Minderjährigen einen Eid abzulegen: wenn es nur dabey aufsichtig. zugegangen und dieselben nicht durch unerlaubte Mittel dazu gebracht worden.

1) *Ut infantes qui sine rationabili aetate sunt, non cogantur jurare, sicut Gundebada lege viventes faciunt Caroli M. leges apud Georgisch p. 1141. n. 39.* —

*E. Ayrer programm. de impuberibus etiam pubertatis proxima ad nullum jusjurandum admittendis, §. 1.*

*Götting. 1765. und C. F. Walch de legitima jurantis aetate, §. 4. in dessen Opusc. T. II. S. 388. ff. d. 5.*

2) *Auth. Sacrament. puber. C. si advers. vendition. Es* auch das Canonische Recht *c. 14. 15. C. 22. q. 5. Walch a. a. O. §. 6.* Das Canonische Recht gab dem K. Friedrich I. zu der in der angezeigten authentica enthaltenen Verordnung erst die Veranlassung. *D. 5.*

§. 3. Nach der vorhin angeführten Verordnung Kaiser Friedrichs, werden auch heut zu Tage minderjährige Personen zu einem Eide gelassen, in sofern dieselben von der Wichtigkeit eines Eides die nothwendige Erkenntniß besitzen, und durch keine unerlaubte Mittel der Eid von ihnen extorret worden 1). Nur sind die Rechtsgelehrten nicht mit einander wegen der Frage einig, ob eine minderjährige Person in den vorigen

Stand wiederum eingesetzt werden könne, wenn dieselbe nach abgelegtem Eide gewahr wird, daß sie sich dadurch einen großen Schaden zugefüget. Stryck 2) und andere 3) sind dieserwegen auf die Meinung gerathen, daß man noch besonders eine unmündige Person der vorhin angeführten Rechtswohlthat eidlich Verzicht thun lassen soll. Andere lassen dieselbe ohne die geringste Einschränkung zu 4).

1) In verschiedenen Land- und Stadtrechten ist die Eidesmündigkeit über das 14te Jahr hinausgesetzt, und nach einigen das 16te (z. B. im Ulmer Stadtrecht tit. 28.), nach andern das 18te (z. B. im Lüttichschen Rechte B. 1. tit. 7. art. 3. Sadelers Landrechte P. 3. tit. 2. u. a. m.) nach andern das 20ste, 21ste und 23ste Jahr zur Eidesmündigkeit bestimmt worden. S. Walch a. a. O. §. 7. und 8. D. S.

2) I. c.

3) *Wildvogel* de juramento aetatis puber confirmante.

4) *Richter* ad Authent. Sacramenta puber. C. si adversus vendit. — Die richtigste Meinung schien wol die zu seyn, daß die eidlichen Versprechen und Verzicht der Minderjährigen, ohne auf die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Geschäftes, worauf sie sich beziehen, nach dem bürgerlichen Rechte Rücksicht zu nehmen, verbindlich sind, und keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand dagegen statt findet, in sofern nur der Minderjährige zu dem Eide durch keine unerlaubte Mittel gezwungen oder verführt worden ist. Diese Meinung gründet sich in dem Canonischen Rechte und der beym vorhergehenden §. angeführten Verordn. Friedrich I. welche die Anwendung der Römischen Rechte ausschließen. S. Quistorp's Beyträge zur Erläuterung verschiedener, mehrentheils unentschiedener Rechtsmaterien, 2tes St. nr. 8. S. 124. und *Malblanc* doctrina de jurejurando §. 128. n. 171. Jedoch ist die Verbindlichkeit des Minderjährigen aus einem geleisteten Eide nicht auf absolut ungültige Geschäfte auszudehnen. S. Weber systemat. Entwicklung der Lehre von der natürl. Verbindlichkeit, 3. Abth. §. 119. ff. D. S.

V.

**Kinder und Narren reden die Wahrheit.**

**Anmerkung.**

§. 1. Die große Offenherzigkeit und wenige Ueberlegung, so man bey den Kindern und albernem Leuten wahrnimmt, welche gemeinlich, was sie gehört oder gesehen, so fort wiederum andern bekant machen, hat vermuthlich zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben. Man hat also damit so viel sagen wollen, daß, obwol alberne Leute und Kinder ordentlicher Weise keine tüchtige Zeugen sind, derselben Zeugniß doch nicht gänzlich zu verwerfen, sondern in solchen Fällen von einiger Erheblichkeit sey, wenn es eine Sache betrifft, die derselben Begriffe nicht übersteiget oder sie von solchen Dingen ein Zeugniß abstattten sollen, welche sie entweder selbst mit angesehen oder gehört haben.

§. 2. Die Gesetze der ältern und mittlern Zeiten erfordern von einem Zeugen, daß er sowol seinen vollen Verstand besitze als auch ein gewisses Alter bereits erreicht habe. Was das Alter insbesondere anbelangt, so mußten diejenigen, so für tüchtige Zeugen gehalten werden wollten, bereits das vierzehnte Jahr zurückgelegt haben 1). Der Schwaben- und Sachsenspiegel verlangen ebenfalls, daß Personen, so noch nicht das vierzehnte Jahr erreicht haben, keine tüchtige Zeugen seyn sollen 2).

1) Lex Wisigoth. Lib. II. Tit. IV. n. XI. Capitular. Lib. VII. c. 105. ap. Georgisch. p. 1632

2) Spec. Suevic. cap. 76.

§. 3. Daß Kinder heut zu Tage taugliche Zeugen abgeben sollen, läßt sich nimmermehr behaupten, daß  
aber

aber auch derselben Zeugniß ganz und gar zu verwerfen sey, wenn solches durch noch andere dazu kommende wahrscheinliche Umstände unterstützt wird, kann man auch nicht sagen. In dem Herzogthum Würtemberg 1), zu Hamburg 2), und zu Frankfurt am Mayn 3), können diejenigen keine Zeugen abgeben, so noch unter vierzehn Jahren sind. Da in unsern Gerichten erfordert wird, daß die Zeugen ihre Aussagen eidlich bestärken müssen, läßt sich leicht ermessen, daß das Zeugniß von solchen Personen, die zu keinem Eide zugelassen werden können, ohnedem von keiner Erheblichkeit seyn kann. Vieles kommt bey dieser Frage auf die Umstände und die Ueberlegung eines vernünftigen Richters an, und wenn ich betrachte, daß bey annoch jungen Personen die Unschuld selbst redet, und die Verstellungskunst noch nicht in dem Grad wie bey Erwachsenen angetroffen wird, so bin ich mit Leysern 4) einig, daß das Zeugniß einer jungen Person sowohl in bürgerlichen als peinlichen Sachen Glauben verdienet, wenn andere starke Anzeigen und Uebereinstimmung der von dem unmündigen Zeugen angegebenen Umständen dazu kommen.

1) Jur. prov. Würtemb. P. I. tit. 36.

2) Statut. Hamb. P. I. tit. 28. Art. 3.

3) Reformat. Francof. P. I. tit. 33. §. 2.

4) Sp. 23 n. 3. 4. © Schierschmidt program. de testimonio impuberis quandoque admittendo, Erlang. 1747 und Quistorp's Grundsätze des d. peinl. Rechts, §. 693. d. 5.

## VI.

### Jugend hat nicht allezeit Jugend.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort enthält eine Erinnerung für die Richter in sich, mit der Jugend einiges Mits



Mitleiden zu haben, wenn dieselbe was verbrochen hat. Es wird zum voraus gesetzt, daß die Jugend mehr aus Unbesonnenheit und Thorheit, als aus einem bösen Vorsatz sündige, und man dieserwegen nicht nach der Strenge der Gesetze mit derselben verfahren müsse, weil noch immer die Hoffnung zu einer Besserung übrig bleibt, und die Erfahrung gelehret hat, daß die Zeit die Sitten der Menschen sehr verändert, und daß oftmals aus den rohesten Gemüthern die nützlichsten Bürger und Mitglieder des gemeinen Wesens geworden sind. Man soll daher erstlich gelindere Mittel gebrauchen, wenn man die Jugend ihrer begangenen Thorheiten und Fehler halber bestrafen will, ehe man zu der äußersten Strenge schreitet, und besonders bedenken, wie leicht die Jugend zu verführen sey, und welche einen großen Eindruck böse Beispiele in das Herz derselben haben, ja daß mehrmals selbst die Erwachsenen durch ihr der Jugend gegebenes Uergerniß an allem dem Uebel schuld sind, so dieselbe verführet.

§. 2. Das Recht der Natur bestimmet den Verstand eines Menschen nicht nach seinen Jahren. Nach demselben muß man aus den Umständen und aus dem Grad der Bosheit ermessen, in wie ferne die Jugend dem Missethäter zu einer Entschuldigung gereichen oder eine Linderung der Strafe bewürken kann. Carl des Fünfte hat zwar verordnet 1), daß man junge Diebe, so noch unter dem vierzehnten Jahr sind, nicht zu den Todesstrafe verurtheilen soll, aber er nimmt davon den Fall aus, daß man mit denjenigen anders verfahren könne, bey welchen die Bosheit das Alter erfüllet. In dessen ist so viel gewiß, daß heut zu Tage allemal auf die Jugend des Verbrechers gesehen werden muß, jedoch mit dem Unterschied, daß nach Beschaffenheit der verschiedenen Verbrechen, selbige in einem Fall mehr als wie in dem andern in Betrachtung kommt 2).



- 1) P. S. G. O. Art. 164. Böhmer in comment. ad C. C. C. h. l. erklärt diesen Artikel nur von Kindern, welche über 10 Jahr alt sind, weil es sich nicht denken lasse, daß Kinder unter dem 10ten Jahre einen hinlänglichen Begriff von der Größe des Verbrechens eines Diebstahls haben könnten. D. S.
- 2) Kressius in comment. ad C. C. C. Art. 164. Kestner de delictis juventutis. — Zwei merkwürdige Beispiele solcher Verbrechen, welche von einem zehn- und zwölfjährigen Mädchen begangen sind, nebst einer Beurtheilung derselben s. in Aleris Annalen der Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamk. in den Preussischen Staaten, Th. 7. Nr. 4. und 5. S. 37. ff. und S. 55. ff. D. S.

## VII.

## Ein blinder Mann ein armer Mann.

## Anmerkung.

Durch dieses Sprüchwort haben unsre Vorfahren das Elend der Blinden ausdrücken und so viel anzeigen wollen, daß die Blinden eben sowol derjenigen Wohlthaten würdig sind, welche die Rechte den Armen und andern in kläglichen und elenden Umständen lebenden Personen, zum Besten verordnet haben, daß sie aber auch zugleich gewisser Vorzüge beraubet, und von solchen Aemtern, ausgeschlossen sind, zu deren Verrichtung der Gebrauch des Gesichtes erfordert wird. Es scheint sonsten nicht, daß die Blinden in Deutschland besondere Rechte ehemals gehabt. In dem Sächsischen Landrecht heisset es 1): Wird auch ein Kind geboren stumm, Sinn- oder Witzloß, oder blind, oder sonst unvollkommenlich an seinem Leibe, das ist wohl Erbe zu Landrecht, aber nicht zu Lehnrecht. Jedoch saget das Sächsische Lehnrecht 2): Daß man Niemand, der blind geworden, sein Leben nehmen soll. Von den Rich-

ten.

ten der Blinden, haben Stryck 3) und Tenzel 4) ausführliche Abhandlungen geschrieben.

1) Lib. I. Art. 4.

2) I. F. S. cap. 22.

3) De jur. Senf. diff. II. cap. 1. seq.

4) De eo quod justum est circa caecos.

## II.

### Nach dem Adel, Bürger- und Bauer- Stande.

#### I.

Es erhöht nichts des Mannes Schild denn  
Fahnlehn.

Anmerkung.

S. I.

Man findet dieses Sprüchwort in dem sächsischen Lehnrecht 1). Unter dem Schild ist hier der Stand und Adel zu verstehen. Denn es ist bekannt, daß die sogenannten Heerschilde bey den Alten in zweyerley Verstande genommen worden, bald wurde der Stand und Unterschied des hohen und niedern Adels, und die Ehre und Vorzug des einen Standes für dem andern dadurch angezeigt, bald aber die Ritterschaft und Mannschaft darunter verstanden, mit welcher ein jeder Stand dem Kaiser und dem Reiche bey Kriegeszeiten wegen der Reichslehne dienen mußte. Wir nehmen es hier in der ersten Bedeutung, nach welcher die Heerschilde aus sieben Classen bestanden, und nach diesen der deutsche Adel eingetheilet gewesen 2). Unter den Fahnlehen werden solche weltliche Lehen verstanden, welchen die Landesherrliche Hohen anflebet. Sie heißen

auch

auch Regal-Lehen, sind aber deswegen Fahnlehen gehalten worden, weil die Belehnung ehemals mit einer Fahne geschah, so den weltlichen Fürsten, wenn sie die Belehnung empfangen, übergeben worden 3).

1) Art. 21.

2) *Sperl de clypeis militaribus*. Praun von Heerschilden und von deutschen Reichsadel.

3) *Gundling de feud. vexilli* §. 13. *Lynker von Augenwitz de feud. vexillis et eorum in feudis usu*.

Der Ursprung der Belehnung mit der Fahne fällt wahrscheinlich in die Zeiten der Kreuzzüge, in welchen in die Fahnen des höhern Adels erbliche Bilder gekommen sind. (*Pittmanns* obf. I. F. c. V. S. 37. ff.) Im Schwäbischen Landr. c. 34. §. 2. heißt es von dieser Belehnung: „Der Keyser soll leihen allen geystlichen Fürsten ihr Recht mit dem Zepter und allen weltlichen Fürsten mit den Vanen.“ D. S.

§. 2. Aus diesem Sprüchwort fließet nun, daß derjenige, welcher ein Regal- oder Fahnlehn erhalten, auch die demselben anfliehende Würde zugleich empfangen. Daß, wenn daher einer von dem niederen Adel zu einem solchen Fahnlehen gelangt, derselbe auch zugleich durch die Belehnung die damit verbundene Würde erhalten habe, ohne einer besonderen Standeserhöhung bedürftig zu seyn. Es ist dieses von der fürstlichen und gräflichen Würde zu verstehen. So wie nun einer von dem niedern Adel zu dem Besitze eines Fürstenthums oder Grafschaft, durch eine Belehnung gelangte, erhielt derselbe auch die derselben anfliehende Würde.

§. 3. Es hat aber zu unsern Zeiten dieses Sprüchwort seine Gültigkeit verloren, indem der bloße Besitz eines Regallehns die demselben anfliehende Würde nicht ertheilet; sondern wenn ja der Fall sich ereignet, daß eine Person aus dem niedern Adel ein Fürstenthum  
oder

oder Grafschaft erwerben sollte, so wird derselbe doch nur ein bloßer Besitzer oder Inhaber eines Fürstenthums oder Grafschaft genennet. Es fehlet in der deutschen Geschichte nicht an Beispielen, daß Personen von Freyherrlichem oder Gräflichen Stande Fürstenthümer oder Grafschaften erhalten haben, aber sie durften sich dies serwegen weder Fürsten noch Grafen nennen, sondern zu dieser Würde von dem römischen Kaiser erst erhoben werden 1). Die Ursache von dieser Veränderung besteht darinnen, weil der Kaiser die einzige und höchste Quelle alles Adels und aller Würden in dem Reiche ist. Was wegen der Ausübung des Rechtes der Stands-erhöhung und Ertheilung der Ehren und Würden, die neueren Reichsgesetze verordnen, gehet dahinaus: daß bey Ertheilung Fürstlicher und Gräflicher und anderer Würden, dahin zu sehen sey, daß dergleichen nur solchen Personen ertheilet werde, die sich um das deutsche Reich vor andern verdient gemacht haben, in dem deutschen Reiche angesessen sind, auch so viel Mittel besitzen, daß sie ihrem Stande gemäß leben können 2). Daß die Belehnung vermittelst einer Fahne nicht mehr im Gebrauch sey, ist bekannt 3). Von der Streitigkeit, ob unter den Fahnlehen nur allein die Fürstenthümer zu verstehen, und was dieserwegen von Seiten des Reichsgräflichen Collegii auf dem Wahltag im Jahr 1741 angeführet worden, sind die von dieser Materie herausgekommene Schriften weiter nachzulesen 4).

1) *Itter de feudis in perli cap. 3. §. 9.*

2) *Capitulat. Francisci I. Art. 22. §. 1.*

3) Die Belehnung mit der Fahne kam im zoten Jahrhundert ab, indem davon das letzte bekannte Beispiel die Belehnung des Churfürsten von Sachsen Augusts des I. abgiebt. *S. Boeris de investitura cum osculo, vexillo*

vexillo et sceptro in Zepernicks analectis jur. feud.  
T. 1. C. 270. D. 4.

4) Select jur. public. novissim. P. VIII. — G. L.  
*Boechmeri principia juris* F. §. 413. D. 4.

## II.

Wen der Kaiser adelt, der genießt auch des Kaisers  
Adel.

## Anmerkung.

§. 1. Unter dem Adel verstehen wir denjenigen  
Ehrenstand, welcher in Ansehung der Würde und eini-  
ger Rechte für andern Ständen einen Vorzug hat, und  
gemeiniglich bey einem Geschlechte auf die Nachkom-  
men fortgepflanzt wird. Dieser Adel wird entweder  
durch die Geburt erlangt, oder von der höchsten Ma-  
jestät jemand ertheilet. In Deutschland ertheilet der  
Kaiser den Adel, welcher dieserwegen die Quelle aller  
Würden, der Beschützer, Schirmer und Handhaber  
des löblichen deutschen Adels genennet wird 1). Daß  
der alte Adel sich von jeher für dem neuen Adel verschie-  
dene Vorzüge angemahlet, ist eine bekannte Sache 2),  
und hierauf zielt dieses Sprüchwort, welches anzeigen  
soll, daß derjenige, so von der Kaiserlichen Majestät  
in den Adelstand erhoben worden, alle Vorzüge und  
Rechte, so von dem Kaiser dem deutschen Adel erthei-  
let worden, eben so gut, wie diejenigen genießen sol-  
len, so aus alten adelichen Häusern entsprossen sind,  
und eine lange Reihe von Ahnen aufweisen können, in-  
dem ihnen ihre Standeserhebung nichts helfen würde,  
wenn sie mit jenen nicht gleiche Vorzüge und Rechte  
genießen sollten 3).

1) Königs Reichs Archiv Contin. I. Anhang, VI. Ab-  
sa, §. 78.

2) Stru-

2) *Siruben* de origine nobilitat. german. Sect. I. cap. 2. §. 6. *Cramer* de jurib. et praerogativ. nobilitat. avitae cap. 5.

3) Der neue Briefadel ertheilt zwar die Rechte, welche der alte Adel genießt, jedoch mit Ausnahme der Rechte, wozu Ahnen erforderlich sind, indem selbst der alte Geschlechtsadel diese nicht genießt, wenn er nicht rein ist. *S. Klüber* de nobilitate codicillari §. 5. und 6. (Erlang. 1788. 4.) d. 5.

§. 2. Des Adels Vorzüge in Deutschland, bestehen in dem Recht, sich besserer Kleider, als Personen von geringeren Stande, bedienen zu dürfen, in der Befreyung von gewissen Strafen, in dem Vorzug für bürgerlichen Personen. Einem adelichen Zeugen soll mehr als dem gemeinen Manne geglaubt werden, das Versprechen bey adelichen Treuen, Ehren und Glauben, wird anstatt eines Eides angenommen 1). Besondere Vorzüge hat der Adel in Ansehung der Hochzeiten und Begräbnissen, imgleichen in Ansehung der Turnieren und Belangung zu geistlicher und anderer Kriegs- und weltlichen hohen Würden 2). So sogar hatte der Adel in alten Zeiten das Recht, auf Reichstagen zu erscheinen, und der Wahl eines römischen Königs mit beizuwohnen 3).

1) Im Mittelalter scheint dieses zwar ziemlich allgemein gewesen zu seyn. Im Sachsenspiegel B. 3. tit. 54. wird von dem Schöppenbarfrenen (ingenuis) gesagt: „als man dem König wehlet, so soll er dem Reich hulde thuen und schweren — — sonst sol er nimmer mehr keinen Eyd thun, es wäre dann, daß ihn der Papst beschuldigte, daß er an dem rechten Glauben zweifelte. Darnach sol er ein Gezeug seyn aller Dinge, der man solch an ihn zeuher bey den Hulden und Eyd, dem er dem Reich geschworen hat.“ Allein aus dieser Stelle läßt sich kein als Gesetz geltender Grundsatz herleiten. Inzwischen ist so viel richtig, daß Adliche nach verschiedenen Landes- und Proceß-Ordnungen

nungen in bürgerlichen Sachen keinen Zeugniseid abzulegen schuldig sind, und gilt ihr Versprechen bey ablicher Treue u. s. w. statt eines Eides. Baiersches Landesrecht tit. 7. art. 15. Oesterreichische Landesordn. P. 2. tit. 2. art. 7. u. a. m. S. *Walch* de testimonio nobilium injurato in dessen Opusc. T. 11. S. 402. ff. D. 5.

2) *Cramer* l. c. *Matth. de Schulenburg* de privileg. ac praerogativ. nobilium mediator.

3) v. *Ludewigs* Erläuterung der guldernen Bulle 1. Th. S. 48. — Dieses ist jedoch nur von den Freyherrn oder Dynasten zu verstehen, die ehemals zu dem hohen Adel mit gehörten. S. *Effors* kurze Erklärung, daß die Reichsdynasten ehemals Sitz und Stimme auf dem Reichstage gehabt haben, in dessen kleinen Schriften, St. 11. S. 545. D. 5.

§. 3. Das Recht in den Adelsstand zu erheben, kommt außer dem Kaiser auch dem römischen Könige zu 1). Es besitzen es die Reichsverweser 2), imgleichen der König von Böhmen, der Churfürst von der Pfalz, der Erzherzog von Oesterreich 3). Man eignet es auch dem Churfürsten zu Sachsen als Marggrafen von der Lausitz, zu 4). Endlich so behaupten einige, daß solches allen und jeden Ständen des deutschen Reichs zukomme 5). Nach den Reichsgesetzen darf die von dem Kaiser geschehene Erhebung in den Adelsstand nicht zum Nachtheil der Landeshoheit eines Fürsten gereichen 6). Ueberhaupt aber kann man nicht behaupten, daß noch nach diesem Sprichworte der neue Adel heut zu Tage, mit dem alten Adel gleiche Vorzüge und Rechte genieße. Die Erfahrung beweiset das Gegentheil. Und obschon dem Adelsbrief ausdrücklich die Worte, daß dergleichen in den Adelsstand erhobene Personen so angesehen werden sollen, als ob sie von ihren vier Ahnen, Vater und Mutter Geschlechtern von beyden Seiten edelgebohrne, rittermännige Le-  
bens

hens und Turniergenossene Edelleute wären, eingeleibet worden; so ist doch wiederum bekannt, daß, wo bey einem Stift oder Ritterorden eine Reihe von Ahnen erfordert wird, wenn man in dasselbe aufgenommen werden will, zum Nachtheil der Statuten solche Ertheilung der Ahnen keine Wirkung haben kann, zumal da von der Kaiserlichen Majestät versprochen worden, daß selbige in keinem Stücke gekränkt werden sollen 7). So viel aber dergleichen Rechte anbelanget, so der neue Adel mit dem alten Adel gemein hat, ist gar kein Zweifel, daß nicht diejenigen, so in den Adelsstand erhoben worden, sogleich nach ihrer Erhebung dazu gelangen. Und haben dergleichen Personen, die durch ihr Verdienst sich den Adel erworben haben, nicht Ursache genug sich zu freuen, wenn die Welt ihnen das Zeugniß giebt, daß sie nicht dem blinden Glück der Geburt, sondern ihren Tugenden und Verdiensten um das Vaterland, nur allein ihren Adel zu danken haben.

1) Reichsabsch. de 1548. C. aber Moser Betrachtungen über die Wahlcapitulation Kaiser Joseph II. ad articul. 22. §. 2. not. 5. und Klüber a. a. O. §. 27.

D. 6.

2) Wernher de jurib. Vicarior.

3) Struvius in synagm. jur. publ. cap. 11. p. 21.

4) Strauch institut. jur. publ. Lib. I. cap. 23. §. 1.

5) Troppaneger de protestat. elector. et princip. imperii circa jus nobilitat. Es giebt zwar Beispiele, daß Kurfürsten und Fürsten den niedern Adel ertheilt haben, allein sie beweisen noch kein Recht derselben. Der Kaiser kann aber die Ausübung dieses Reservatsrechts durch Privilegien andern übertragen haben.

Klüber a. a. O. D. 6.

6) Capitulat. Francisci I. Art. 22. §. 5.

7) Capitulat. Francisci I. Art. 24. §. 1. Cramer de Nobilitate arita cap. 4. §. 1.



## III.

**Wer kein Edelmann ist, gilt vor einen Bauer.**

## Anmerkung.

So lange der Bürgerstand unbekannt gewesen, ward durch dieses Sprüchwort so viel angezeigt, daß derjenige, welcher seinen Adel nicht beweisen kann, unter die Bauern zu rechnen sey. Es werden zwar unter der Benennung **Bauer** im weitläufigen Verstande alle diejenigen begriffen, die von dem Ackerbau leben, und zu dem Ende auf ihren Landgütern wohnen 1), hier aber bedeutet es einen sogenannten Bauer im engeren Verstande. In denen alten Zeiten theilte man die Einwohner Deutschlands in die Freyen und Knechte ein. Jene machten den hohen und niedern Adel aus. Die Bauern lebten mehrentheils in der Leibeigenschaft 2). Die Bürger sind nach der Zeit zwischen den Adel und Bauernstand gesetzt worden, und machen einen besondern Stand aus. Aus allen diesen dreyen Ständen sind nachhero die Geistlichen entstanden, welche nach den Grundsätzen des päpstlichen Rechts einen besondern Stand ausmachen, und es ist ihnen gelungen, sich über die andern Stände zu erheben.

1) *Schroeter* de notionibus rusticorum in Germania.

2) *de Senckenberg* de conditione servorum.

## IV.

**Bürger und Bauer scheidet nichts, denn die Mauer.**

## Anmerkung.

S. I. Die Bürger haben ihren Namen von den Burgen, oder mit Gräben und Wällen umgebenen Orten, dergleichen schon zu den Zeiten des Tacitus vor-

vorhanden gewesen zu seyn scheinen 1), hingegen sind zu eben dieses Schriftstellers Zeiten, ordentliche mit Mauern umgebene Städte noch unbekannt gewesen 2), obwol an dem Rhein und andern Gegenden, welche die Römer in Besiz gehabt, frühzeitig Städte erbauet worden 3). Die Christliche Religion hat nachhero vieles zu der Erbauung der Städte in dem inneren großen Deutschland beygetragen. Die Bischöfe durften vermöge der Kirchengesetze auf dem Lande nicht wohnen, sondern mußten ihren Aufenthalt in den Städten suchen. Die mehresten hatten ihre Jugend in Italien zugebracht, und sind also von dem Reiz des Stadtlebens eingenommen gewesen. Sie nahmen dahero Gelegenheit, die Flecken und Dörfer, worinnen sie ihren Siz hatten, bald in Städte zu verwandeln. Diesem Beispiele folgten die weltlichen Fürsten, jedoch hat sich kein Prinz mehr um die Errichtung der Städte verdient gemacht, als der große Kaiser Heinrich 4).

1) Annal. Lib. XI. cap. 1.

2) Idem de M. G. cap. 18. de *Knigge de indole et natur. castror.*

3) Tacitus Histor. Lib. IV. cap. 64.

4) Brunnenmann de increment. urbium. Conring de urbib. german.

§. 2. Die mehresten neu angelegten Städte, besonders diejenigen, so ihr Daseyn dem Kaiser Heinrich zu danken hatten, wurden ebenfalls mit einer Burg und Festung versehen. Conring nennet diesen Kaiser den deutschen Theseus, weil dieser die Atheniensier, so wie jener die Deutschen in Städte gebracht 1). Dieses gab Gelegenheit, den neuen Einwohnern dieser Städte, den Namen der Bürger beyzulegen. Ein großer Theil des Adels ließ sich bewegen, in die neu angelegten Städte sich zu begeben. Sie dienten dar-

Einen Spruch.

D

innen

innen theils zur Besetzung, theils mußten sie obrigkeitliche Aemter übernehmen. Von den Leibeigenen wurden die besten Leute frey gesprochen, in die Städte verlegt, um Handel und Gewerbe darinnen zu führen, die sich denn dadurch von den Bauern absonderten, indem sie innerhalb den Mauern wohnten. Jedoch ist es glaublich, daß sie nicht den Namen der Bürger geführt, noch das Bürgerrecht besaßen, sondern bloße Stadteinwohner gewesen. Es bekräftigen solches so viele Stadtgesetze, wodurch Leibeigene von dem Bürgerrecht ausgeschlossen werden. Kaiser Friederich der Zweyte ordnete 1220, daß kein Leibeigener in den geistlichen Stand noch in Reichsstädten als Bürger aufgenommen werden sollte, welche Verordnung 1231 auf die andern Reichsstände erweitert, und nachhero mehrmals bestätigt worden 2). Nach der Zeit fanden sich viele Leute ein, welche außerhalb den Ringmauern einer Stadt, sich häuslich niederließen, wodurch die Vorstädte entstanden sind. Schon zu den Zeiten Kaiser Heinrichs des Ersten, sind Vorstädte hier und da bekannt gewesen. Allein, man ließ denjenigen, welche in dergleichen Vorstädten wohnten, keinen Antheil an dem Bürgerrecht nehmen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die mehresten ersten Einwohner in den Vorstädten, von schlechter Herkunft, entlaufene Leibeigene, Diebe und anderes liederliches Gesindel gewesen waren, welche von den in der Stadt wohnenden Bürgern mit Verachtung angesehen worden 3).

1) de urbib. germanic. n. 82 Ueber die Hypothese, daß K. Heinrich I. in Deutschland Städte erbaut habe, s. Spitzler in comment. de origine et incrementis urbium Germaniae, in den comment. Societ. Reg. scientiar. Goettingensis, Vol. IX, Classis histor. S. 82. ff. und ebendesselben Geschichte des Fürstenthums Hannover, Th. 1. S. 22. ff. D. H.

2) Walch

- 2) *Walch* de homine proprio civitatis experte, in dessen opuse. T. II. S. 95 d. 5.
- 3) *Fritsch* de jur. et statu suburbior.

§. 3. Es wird durch dieses Sprichwort angezeigt, daß die Einwohner, in den Vorstädten, unter den Bauernstand gehören, und an den Rechten, Freyheiten und Ehren, so den Bürgern ertheilt worden, keinen Antheil haben können. Daß sie daher so gut wie die Bauern, zu Frohn- und Herrndiensten verbunden, hingegen weder Kaufmannschaft noch andere bürgerliche Nahrung treiben dürfen. So viel aber solche Rechte und Befugnisse anbelangt, die allen Unterthanen zukommen, kein Unterschied zwischen den Bürgern in der Stadt und den Einwohnern in der Vorstadt, zu machen sey.

§. 4. Die heutigen Vorstädte sind nicht durchgehends in Deutschland von gleicher Verfassung. In einigen Orten machen die Einwohner in den Vorstädten einen Theil der Bürgerschaft aus, und sind ebenfalls der Gerichtsbarkeit des Rathes unterworfen. In diesem Falle sind sie auch an die Statuten eines solchen Orts gebunden. Sie haben aber auch dagegen an allen Freyheiten und Vorzügen, die den Bürgern in der Stadt zukommen, ihren Antheil. Es giebt aber auch hier und da Vorstädte, die mit der Stadt nicht die geringste Gemeinschaft haben, und denen entweder eine besondere Obrigkeit vorgesetzt ist, oder sie stehen unter der Gerichtsbarkeit eines benachbarten Amtes 1). Nach dieser Verschiedenheit der Vorstädte, sind die Fragen zu beantworten, ob derjenige, so aus einer Stadt verwiesen worden, in der Vorstadt sich aufhalten dürfe? ob die Einwohner in den Vorstädten zu Wachtdiensten in den Stadthoren verbunden sind? ob ein im Namen der Bürgerschaft einer Stadt, errichteter Vergleich, auch

auch die Einwohner in den Vorstädten, verbinde? ob die in den Vorstädten geborne, in Ansehung der Stadt als Einheimische oder Auswärtige anzusehen? ob in den Vorstädten Handwerker zu dulden, Kaufmannschaft getrieben werden darf, und die Braunaehrung statt findet? und was dergleichen mehr sind 2).

1) *Wiesand* de quibusd. suburbior. jurib.

2) *E. Bodmann* von dem verschiedenen Verhältniß der Vorstädte zu den Hauptstädten in Deutschland, und dem davon abhängenden Unterschied der Rechte und Privilegien derselben in *Siebenkées* Beiträgen zum teussch. R. Th. 3. S. 81. D. 6.

## V.

### Keine Henne fliegt über die Mauern.

#### Anmerkung.

§. 1. Von den Knechten der alten Deutschen berichtet uns *Tacitus* 1), daß sie ihren Gutsherrn Vieh, Korn oder Kleidungsstücke als einen Zins liefern mußten. Diese Gewohnheit hat sich nach der Zeit beständig erhalten, und die heutigen Leibeigenen sind ebenfalls dergleichen Abgaben von Zinsen unterworfen. Unter andern Dingen, so dieselben ihren Eigenthümsherrn zu entrichten schuldig sind, gehören auch Hühner, welche an einigen Orten Leibhühner, an andern Rauchhühner genennet werden. Die erste Benennung zeigt an, daß derjenige, so diese Hühner entrichten muß, desjenigen Leibeigener sey, welchem selbige gegeben werden müssen. Rauchhühner werden sie genennet von dem Rauchfang, worunter Hof und Heerd zu verstehen, welchen der Leibeigene besizet 2). Die Entrichtung von dergleichen Hühnern wurde daher vor ein Zeichen der Leibeigenschaft gehalten 3).

1) de

1) de M. G. c. 25.

2) *Manzel* in *selectis Rostoch. P. I. S. 240.* zweifelt an der Richtigkeit dieser im §. gegebenen Herleitung des Wortes *Rauchhuhn*. *Rauchhuhn* bedeutet, seiner Meinung nach, so viel als ein raues Huhn (*gallina plumosa*), d. i. ein befiedertes, lebendiges Huhn. Er will diese Herleitung mit einer Urkunde bey *Westphalen T. II. monument. inedit. S. 2059*, wo das *Rauchhuhn Rohon* genannt wird, beweisen. Ihm stimmt auch *Dreyer* in den vermischten Schriften Th. 2, S. 740. bey, widerruft aber diese Meinung Th. 3, S. 1407. Die Erklärung, welche der B. giebt, wird durch Urkunden aus dem 13ten und 14ten Jahrh. hinlänglich bestätigt. S. *Bodmann* vom *Rauchhuhn, Rauchpfund, Heerdschilling, Heerdgeld* in *Siebenbürgers Beyträgen zum teutschen Recht*, Th. 5. S. 12. ff.

q. 2.

3) *Stamm de servitute personali L. 3. c. 22.*

§. 2. Unter der *Henne* oder dem *Huhn* wird in diesem Sprüchwort der leibeigene Unterthan verstanden, und es soll dadurch so viel angezeigt werden, daß ein Leibeigener nicht zu dem Bürgerrecht gelangen könne, so lange er noch nicht von der Leibeigenschaft losgesprochen worden, weil man in den Städten keine Leibeigene duldete, sondern die Bürger und Einwohner in denselben freye Menschen seyn mußten, daß das hero, wenn ein Leibeigener sich schon in eine Stadt begeben, derselbe dennoch dem Gutsherrn auf sein Verlangen wiederum ausgeliefert werden müsse. Es mußten dieserwegen diejenigen, so von fremden Orten in eine Stadt zogen, und darinnen das Bürgerrecht erhalten wollten, allemal darthun, daß sie keine Leibeigene mehr sind 1).

1) *Lehmann* in der *Spenrischen Chronik Lib. II. cap. 2.*

§. 3. Daß die Entrichtung des Raubhuhns hent zu Tage nicht mehr das einige Kennzeichen der Leibeigenschaft sey, sondern auch freye Bauren dergleichen Abgaben unterworfen, ist eine bekannte Sache 1). So viel aber die Leibeigene anbelangt, sind schon in den ältern Zeiten in Deutschland Verordnungen gemacht worden, daß keine Leibeigene in den Städten zu Bürgern aufgenommen werden sollten 2). Es haben aber auch viele Städte, von den Kaisern besondere Gnadenbriefe erhalten, daß diejenigen Leibeigene, welche eine gewisse Zeitlang ruhig in einer solchen Stadt gewohnet, und nicht zurückgefodert worden, von der Leibeigenschaft befreuet seyn sollen. Wie die Städte Bremen, Regensburg, Wien, Lindau, Nordhausen, Speyer, Cölln, Braunschweig, Hamburg, Minden, Stade, und andere mit ihrem Beispiel bezeugen; jedoch findet man in Ansehung der Zeit einen Unterschied, indem an einigen Orten ein Jahr und ein Tag, an andern Orten aber eine längere Frist zur Erhaltung der Freyheit erfordert wird 3).

1) *Gaebel de jur. et judicio Rusticor. cap. III. §. 37.*

2) *Pottgiesser de condition. et statu servor, apud German. Lib. III. cap. 18. §. 5.*

3) *Riccus de praescription. Germanor. cap. XVII. p. 143.*

## VI.

**Herrendienste sind keine Ehegelübde. Oder:  
Herrendienste erbet nicht.**

### Anmerkung.

§. 1. Ehegelübde, wenn sie so vollzogen worden, als in den Kirchengesetzen vorgeschrieben ist, ziehen die Verbindlichkeit nach sich, daß die Zusage durch die Ehe erfüllt

erfüllt werden muß, und die verlobten Personen ohne erhebliche und gesetzmäßige Ursachen sich nicht wiederum von einander trennen können. Es wird also durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß, obwol der Bediente mit seinem Herrn in einer großen Verbindlichkeit steht; dennoch dieselbige so beschaffen sey, daß sie alles mal wiederum aufgehoben werden könne, wenn der Herr dem Bedienten oder dieser jenem den Dienst aufkündigt. Die Verbindlichkeit eines Bedienten gründet sich auf den mit seinem Herrn errichteten Vertrag, wodurch derselbe sich anheischig macht, das ihm aufgetragene Amt oder Geschäfte, nach den ihm vorgeschriebenen Regeln zu verwalten. Zu den Zeiten der Carolingischen Könige sind die Aemter mehrentheils mit einer Lehnsempfängniß verbunden gewesen 1). Dahero verursachte die Lehnspflicht, daß die Beamten nicht nach ihrem Gefallen die Dienste aufkündigen konnten.

1) *Krassius* de jur. officior, et official.

§. 2. Heut zu Tage ist in den mehresten Ländern die willkührliche vierteljährige Aufkündigung einer Bedienung, sowol auf Seiten des Herrn als des Bedienten gebräuchlich, ja es wird dieses sogar in den Bestallungen mit eingerückt. Diese Gewohnheit bestätigt also den Gebrauch von diesem Sprüchwort hinlänglich. Es ist aber eine Ausnahme zu machen, wenn ein Bedienter sich durch den mit seinem Herrn errichteten Vertrag, demselben Lebenslang zu dienen sich verbindlich gemacht, oder unter dieser Bedingung das Amt erhalten hat. In diesem Fall hat sich derselbe seiner Freiheit den Dienst aufkündigen zu dürfen begeben. Hat der Bediente sich von seinem Herrn ausbedungen, daß derselbe ihn Lebenslang in seinen Diensten behalten soll, oder sich die Bedienung erkaufen müssen, so kann auch von Seiten des Herrn keine Aufkündigung gesche-



geschehen, es wäre denn, daß der Bediente durch die Veräumniß und Uebertretung seiner Pflichten dazu Gelegenheit gegeben 1). Die Bedienungen in einem Staate kommen gewöhnlicher Weise nicht durch das Erbrecht von dem Vater auf die Söhne. Es würde dieses auch dem gemeinen Wesen zu einem schlechten Vortheil gereichen, und viele muntere Geister abschrecken, sich dem gemeinen Wesen nützlich zu machen und demselben ihre Dienste zu widmen, wenn die Bedienungen in einem Lande nur an gewisse Familien gebunden seyn sollten. Dieses zeigt das andere Sprüchswort: Herrendienst erbet nicht, an, welches aber doch nicht von solchen Hof- und Ehrenämtern zu verstehen ist, die in vorigen Zeiten jemand Lehnswise dergestalt sind ertheilet worden, daß sie bey den Nachkommen des ersten Erwerbers beständig bleiben sollten, von welchen wir in unserm Deutschland häufige Beispiele antreffen. Von den Rechten des Gesindes wegen Aufkündigung des Dienstes, finde ich nicht nöthig besonders zu handeln. Es kommt hier ebenfalls auf den Vertrag an, welchen dasselbe mit seiner Herrschaft errichtet hat 2).

1) *Fritsch* de resignation. officior.

2) *Scheffer* de jur. famulor.

## VII.

**Einmal Bürgermeister, allezeit Bürgermeister.**

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort scheint mir dem Alter zu Ehren eingeführt zu seyn. Man kann es dergestalt auslegen, daß diejenigen, welche Alters und Schwachheit halber dem Staate nicht mehr dienen können, sondern ihre Aemter niederzulegen sich genöthiget sehen, doch

noch so lange sie noch im Leben sind, den mit der geführten Bedienung verbundenen Rang- und Ehrentitel behalten. Dieses ist in der That die geringste Belohnung, so Personen, die in den Diensten des gemeinen Wesens grau geworden, und bis in ein spätes Alter dem Vaterland nützliche Dienste geleistet haben, wie verfahren kann 1).

1) *Feltmann* de titulis honor. c. 84. n. 4. D. 4.

§. 2. Daß auch noch heut zu Tage diejenigen, so Alters und Schwachheit wegen ihre Bedienungen niederlegen, den mit der geführten Bedienung verbundenen Ehrentitel und Rang nicht verlieren, ist eine bekannte Sache 1). Sie genießen auch zuweilen noch mehrere Vortheile, besonders in Ansehung des genossenen Gehalts, welcher alten Bedienten bald ganz, bald zum Theil bis an das Ende ihres Lebens gelassen wird. Dieses ist aber eine Sache, so mehr auf die Gnade des Fürsten beruhet, als mit Recht gefordert werden kann, wo nicht der mit dem Bedienten errichtete Vertrag, oder eine Landesgewohnheit, demselben zu einer so billigen Forderung einigß Recht giebet 2).

1) *Consil. Halens.* T. 2. p. 2. resp. 88. D. 4.

2) *Baltbrodt* de emeritis.

## VIII.

### Das Brauen bringt den Bürgern eine goldene Nahrung.

#### Anmerkung.

§. 1. Die Braugerechtigkeit gehörte ehemals in Deutschland unter diejenigen willkührlichen Dinge, von denen ein jeder nach seinem Gefallen einen Gebrauch machen

machen kann, ohne zu befürchten, daß ihn die Unterlassung des Gebrauchs seines Rechtes berauben werde. Die Edelleute bedienten sich lange vor der Erbauung der Städte dieses Rechtes auf ihren Landgütern. Allein so bald Deutschland mit Städten ausgezieret worden, und ein neuer Stand von Menschen hervor kam, so mußte man auf Mittel bedacht seyn, dieser neuen Art von Unterthanen, nemlich den Bürgern, Nahrung und Gewerbe zu verschaffen. Wie viele Mühe Kaiser Heinrich der Erste sich gegeben, die neuen Städte in Aufnahme zu bringen, ist aus der Geschichte Deutschlands bekannt genug. Der Adel auf dem Lande büßete hierbey verschiedene Vortheile ein. Denn unter andern Mitteln, wodurch man die neuen Städte in Flor und Aufnahme gebracht, ist dieses das vornehmste gewesen, daß das Brauen zu einer Stadtnahrung und die Braugerechtigkeit eine Stadtgerechtsame geworden, und daß sowol die Kaiser als auch die Fürsten, die in ihren Ländern gelegene Städte damit besonders begnadiget hatten. Ja noch mehr, es wurde das Meilenrecht 1) eingeführet, nach welchen auf den eine Meilweges von der Stadt gelegenen Dörfern kein Bier gebrauet werden durfte, sondern die Landleute wurden angewiesen, ihr Bier aus den Städten zu holen. Man will sagen, daß Kaiser Heinrich der Erste dieses Meilenrecht eingeführet habe, allein der Herr Professor Riccius hat nach meinem Ermessen ganz gründlich gezeigt 2), daß diese Meinung noch einem großen Zweifel unterworfen sey.

1) Warsmann vom Meilenrecht.

2), in Spicileg. jur. german, p. 244. Man sehe auch des Herrn Hofraths Scheids Abhandlung de jur. erigendi caponas et hospitia publica.

§. 2. Aus diesem, was bishero, und zwar besonders von dem Meilenrecht angeführt worden, läßt sich die Absicht dieses Sprüchworts leicht errathen. Man hat damit so viel sagen wollen, daß die Braunnahrung das sicherste Mittel für einen Bürger sey, reich zu werden. Er handelt mit einer Waare, die man nicht entbehren kann. Der Bürger in der Stadt braucht das Bier zu seiner Haushaltung, und die innerhalb der Bannmeile wohnende Landleute sind gezwungen, ihr Geld nach der Stadt zu bringen und das nöthige Bier von daher zu holen.

§. 3. Daß auch noch heut zu Tage dieses Sprüchwort wahr befunden wird, kann die Erfahrung bekräftigen. Denn so ist es noch heut zu Tage das Brauen eine Stadtnahrung. 1), und so viel das Meilenrecht anbelangt, fehlet es nicht an Beispielen von Städten, so mit demselben in älteren Zeiten begnadiget worden. Man will daher den Edelleuten diese Stadtnahrung nicht anders zugestehen, als wenn sie das Recht, eine Schenke oder Wirthshaus zu haben, von Alters her beießen, oder mit der Braugerechtigkeit belehnet worden sind, in welchem Fall sie sowol zu ihrem häuslichen Gebrauch Bier brauen, als auch solches dem Gastwirth in ihrem Dorfe verkaufen dürfen. Man findet überhaupt, was die Frage, in wie ferne denen von Adel die Braugerechtigkeit zukommt, und auf welche Art und Weise sie selbige ausüben können, einen großen Unterschied unter den Rechten und Gewohnheiten der verschiedenen deutschen Länder 2).

1) Nicht in allen deutschen Provinzen wird das Brauen zur Stadtnahrung gerechnet, im Zweifel muß vielmehr vermuthet werden, daß jeder vermöge seiner natürlichen Freyheit dazu befugt sey. In einigen Ländern, z. B. in Bayern, im Würzburgischen, ist aus der Braugerechtigkeit ein Regal gemacht worden, und gehört die-  
selbe

selbe in diesen keinesweges zur Stadtnahrung. S. meinen Versuch einer Anleitung zum deutsch. Stadts- und Bürgerrecht. O. S.

2) *Schaeffer de jure braxandi Scheid de jure coquendi et vendendi cerevilliam.*

## IX.

**Brauerwerk ist keine Kaufmannschaft.****Anmerkung.**

§. 1. Man pfleget die in den Städten wohnende Bürger in gemeine Bürger und Handwerker, in Kauf- und Gewerbkleute, in diejenige, so im Rath von Geschlechtern, oder sonst ehrlichen Handwerks sind, einzutheilen 1). Es wurde gestritten, zu welcher Art die Brauer zu rechnen, ob man dieselben mit den Kaufleuten in eine Ordnung setzen, oder als Handwerker ansehen soll. Das römische Recht scheint den Bräuern günstig zu seyn, und sie unter die Kaufleute zu zählen, weil man das Wort *Commercium* von allen Arten vom Handel verkehret 2). Unser Sprüchwort will aber anzeigen, daß die Brauer keine Kaufleute sind, mithin auch derselben Rechte nicht genießen, weil man im genauen Verstand diejenigen, so Waaren zum Verkauf an sich kaufen, Kaufleute nennet, dieses aber bey den Bräuern nicht eintrifft.

1) Reform. polit. Imp. de 1730. tit. 12. §. 17.

2) L. 3. C. de commerc. et mercator,

§. 2. *Mevius* 1) handelt an dem unten angeführten Orte von einem Streit, welchen die Brauergilde zu Anclam dieser Sache halber erregt, und man siehet, daß dieses Sprüchwort unter andern einen Entscheidungsgrund abgegeben. Indessen bin ich der Meinung, daß gegen denselben Inhalts nichts einzuwenden den

den sey. Die Brauer befinden sich an den mehresten Orten in besondern Zünften, oder die Braugerechtigkei ist an gewisse Häuser gebunden, und wird von solchen Personen ausgeübt, welche ohnedem in anderen Pflichten stehen.

1) P. V. decis. 126.

## X.

Die Aemter und Zünfte müssen so rein seyn, als wenn sie von den Tauben gelesen.

### Anmerkung.

§. 1. Aemter und Zünfte werden hier als Worte von einer Bedeutung genommen, indem in verschiedenen Ländern, wie z. B. in Niedersachsen und Niederhessen die Zünfte auch Aemter genennet werden. An einigen Orten, wie zu Aachen, heißen sie Gassen. Das Wort Gilde wird im weitläufigen Verstande auch von den Zünften gebraucht, und kommt her von dem Wort Giladen 1), das heißt zusammengezogen. Innungen heißen sie auch an einigen Orten. Diese Zünfte bestehen aus Leuten, so verschiedene Handwerker treiben. Die Handwerker waren bey den alten Deutschen eine Beschäftigung der Knechte gewesen 2). Als man aber Städte erbauet hatte, wurden die Knechte, so Handwerker verstanden, frey gelassen, und nebst den Freygelassenen, so ein Handwerk treiben, in die Städte versetzt. Allein man hatte nicht, wie einige behaupten wollen, sogleich Zünfte errichtet, sondern im zwölften Jahrhundert, wurden erstlich in einigen Reichstädten Zünfte angeordnet, welches auch in andern landsässigen Städten geschehen 3). Diesen Zünften wurden besondere Freyheiten verliehen, damit im Besten des gemeinen Wesens die Handwerker empor

vor gebracht werden möchten. Es wurden dieserwegen lauter ehrbare und redliche Leute in die Zünfte aufgenommen, weswegen sie auch den Namen der ehrbaren Zünfte und Handwerksleute erhielten. Außer der Ehe gezeugte Kinder, Leute, so einer üblen Aufführung oder Verbrechens beschuldigt werden konnten, wurden überhaupt nicht zu der Erlernung eines Handwerks gelassen, noch in eine Zunft aufgenommen, und diejenigen aus derselben gestoßen, so eine wider die Gesetze und Ehrbarkeit laufende Handlung begangen hatten.

1) *Heumann* de Sacramento Gildoniae.

2) *Tacitus* de M. G. cap. 25.

3) *Riccus* in Spicil. p. 329.

§. 2. Man hat also durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß demjenigen, welcher in eine Zunft oder Gilde aufgenommen zu werden verlangt, weder in Ansehung seiner Geburt noch seines Lebenswandels etwas im Wege stehen müsse, so denselben der Gesellschaft anderer ehrbaren Zunftgenossen, unwürdig mache. Man sagte daher auch: Was unehrlich ist, können die Meister nicht leiden.

§. 3. Es ist nicht zu läugnen, daß dieses Sprüchwort von einem unvergleichlichen Nutzen ist, und es dem gemeinen Wesen zum Vortheil gereiche, wenn die Zünften aus lauter ehrbaren Bürgern bestehen. Aber es ist auch nichts gewissers, als daß davon ein merkwürdiger Gebrauch gemacht worden. Man hat bey den Zünften oft auf eine gar zu strenge Tugend gesehen, und ist auf den höchsten Grad der Handwerkspedanterien verfallen, die mehr zu tadeln als zu loben gewesen. Berühmte Rechtsgelehrte haben daher in ihren Urtheilen die Vernunft und Billigkeit zur Richtschnur erwählet, wenn in dergleichen Gilden ein Streit wegen der Auf-

Aufnahme eines Meisters entstanden, dem man einige Vorwürfe machte 1). Unter diese Mißbräuche rechnen wir die Ausschließung der legitimirten Kinder, die Ausschließung der Kinder der Müller, Schäfer, Bader, Gerichtsfrohen, die Ausschließung derjenigen, wider welche wegen eines Verbrechens eine peinliche Untersuchung aufgestellt worden, und diejenigen, so die peinliche Frage ausgestanden. Imgleichen derer, so eine Person geschwängert, oder deren Eltern eines Verbrechens wegen mit Leibes- oder Todesstrafen belegt worden, welche, nebst noch andern Mißbräuchen, sowohl durch die Reichsgesetze als auch Landesherliche Verordnungen abgeschafft worden 2).

1) *Mevius* P. 3. et 39. P. 5. et 117.

2) *Dithmar* de colleg. opific. apud German. emendandis. Nicht überall hat man diese Mißbräuche gänzlich abgeschafft, in Nürnberg z. B. kann ein Gesell, welcher sich mit einem Mädchen vergeht, nicht Meister werden. Man nennt dazselbst dergleichen Personen: Weibergesellen, und bey den Kammmachern: Hornrichter. *S. Nicolai Reise durch Deutschland* 1. B. S. 241. d. S.

## XI.

So weit Handwerks-Gewohnheit gehet, so weit können sich auch die Handwerker helfen.

### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort ist die Rede von einem großen Mißbrauch, der unter den Zünften eingerissen war, und ehemals durchgehends gebilliget worden. Es bestand derselbe darin, daß, wenn ein Handwerksmann den andern beleidiget hatte, oder demselben unschuldiger Weise etwas vergewessen, so den Handwerks-Gewohnheiten und Gebräuchen zuwider

der



der liefe, derselbe so lange aus der Zunft gestoßen wurde, bis er zuvörderst dem beleidigten Theil Genugthuung verschaffet. Man hatte die Gewohnheit, den Namen desjenigen, von welchem eine Genugthuung gefordert wurde, an die schwarze Tafel zu schreiben, und ihn so lange da stehen zu lassen, bis er endlich sich eingestellt, und das Seinige geleistet, was man von ihm verlangt. Es will also dieses Spruchwort so viel sagen, daß an einem jeden Ort, wo eine Handwerkszunft ist, die Mitglieder derselben nach denen unter den Handwerkern üblichen Gebräuchen, ihre eigenen Richter seyn können 1).

1) *Beier de collegiis Opificum c. 10. et de conviviiis Opificum P. III. cap. II. n. 1375.*

§. 2. Nach dem Schluß des Reichsgutachtens vom J. 1713. Art. V. ist den Zünften das Recht über gemeine Verbrechen der Handwerksleute zu richten, völlig benommen, auch alle andere Mißbräuche abgeschafft worden. Dahingegen dasselbe verordnet, daß das Recht zu strafen den Zünften nicht anders erlaubt seyn soll, als wenn in der Handwerksordnung der Fall bestimmt ist, und selbige von der Obrigkeit bestätigt worden, wie denn auch zu dem Ende jedesmal die Strafe mit Vorwissen der von der Obrigkeit verordneten Person, welche der Zusammenkunft beynohnet, bestimmt werden muß. Ueberhaupt ist von besserer Einrichtung der Handwerker noch vieles zu sagen, und es ist bekannt genug, wie oft das angeführte Gutachten von den Zünften überschritten wird. Es verdienet hier die schöne Abhandlung bemerkt zu werden, so dem 84. Stück der Hannoverschen nützlichen Sammlungen des vorigen Jahres eingerückt worden, und von der Verbesserung der Handwerker handelt. 1).

1) *Tref-*

- 1) Treffende Bemerkungen über die Handwerksmeisterbräude, S. in Westphals teutschem und reichsständischem Privatrechte, Th. 1. S. 217. D. H.

## XII.

### Das Handwerk hat einen goldenen Boden.

#### Anmerkung.

Es wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß ein Handwerksmann, wenn er anders seine Handthierung fleißig beobachten will, um die Erwerbung seines Unterhalts, und die Erlangung seines Vermögens unbekümmert seyn dürfe, und das Handwerk seinen Meister reichlich ernähre, denn es hat mit den Handwerkern die Beschaffenheit, daß man dieselben nicht entbehren kann, und es daher den Handwerksleuten an Arbeit und Verdienst nicht leicht fehlen wird. Es wird zugleich der Vorzug der Handwerksleute für andern Ständen, besonders der Gelehrten, dadurch angezeigt. Denn da es mit diesem die Bewandniß hat, daß mit ihrem Tode die Besoldung ein Ende nimmt, und derselben Wittwen und Waisen dadurch mehrmals in die kläglichsie Umstände gerathen, die Wittwe eines Handwerksmann desto glücklicher ist, indem doch bey den meisten Handwerkern die Meisters Wittwen nach des Mannes Tod das Handwerk fortsetzen können 1), Man hat noch mehr Sprüchwörter, welche mit dem obgeführten übereinkommen, so saget man auch: Ein Handwerk ruhet wohl bisweilen, aber es gehet doch nicht gar zu Boden, und von dem Rothe und Weißgerber - Handwerk ist das alte Sprüchwort bekannt: Die stinkichte Säure, geben die beste Beute 2).

1) *Beier* in *tyrone* prudent. jur. officiar. cap. III.  
§. 2.

2) Es gehört auch hieher das Sprüchwort: Ein Hand-  
werk ist ein täglich Gult, d. i. eine tägliche Einnahme.  
d. 4.

### XIII.

Vierzehen Handwerke, funfzehn Unglücke 1).

#### Anmerkung.

§. 1. Die Erfahrung hat gelehret, daß diejenige, welche sich auf gar zu viele Künste geleeget, es selten hoch gebracht, sondern in allen nur eine mittelmäßige Geschicklichkeit erlanget haben. Das gemeine Beste leidet hierunter am allermeisten, weil es alsdenn gemeiniglich schlecht bedienet wird. Bey den Handwerkern ist dieses oftmals auch eingetroffen, daß diejenigen, so auf gar zu viele auf einmal sich geleeget haben, selten eines recht gelernet. Ein jedes Handwerk fordert eine besondere Fähigkeit von demjenigen, so sich darauf legen will, und es kann jemand zu dem einen Handwerk eine große Fähigkeit und Neigung besitzen, zu dem andern aber ungeschickt seyn. Wenn daher dergleichen Leute, ohne ihre natürliche Fähigkeit zu prüfen, auf einmal zu viel Handwerker erlernen wollen, so werden sie gemeiniglich in keinem große Meister, und dem gemeinen Wesen würden sie weit mehr Dienste leisten können, wenn sie nur in einem Handwerke es zur Vollkommenheit gebracht hätten. Außerdem gereicht dieses zu solcher Leute größten Schaden, indem sie öfters die nöthigste Handthierung, so ihnen die meiste Nahrung verschaffet, versäumen, und hingegen mit dem Verlust ihres Vermögens, solche Nebehandthierung treiben, wo nicht viel dabey zu gewinnen ist. Dieses Sprüchwort soll also denjenigen, so der

Er

Erlernung einer Kunst oder Handwerks obliegen, zur Bornung dienen, sich nicht mit vielen Dingen abzugeben; sondern sich dahin zu bestreben, daß sie dereinst in einer Handhierung oder Kunst für vollkommene Meister gehalten werden können 2).

1) Es stimmt damit das Sprüchwort überein: Er kann viel Handwerke, aber Betteln ist das beste; welches Herr L. I. par. 120. erläutert hat. D. 4.

2) *Hammcl* Rhaps. Vol. V. obl. 670. D. 6.

§. 2. Die Freyheit, mehr als ein Handwerk treiben zu dürfen, ist an den meisten Orten durch Verordnungen eingeschränket, und die Verfügung gemacht, daß kein Handwerk das andere hindern, sondern ein jeder bey dem seinigen bleiben, und durch dasselbe seine Nahrung suchen soll 1).

1) *Struvius* in decisionib. jur. opificiar. dec. 10.

#### XIV.

### Meisters Sohn bringet das Recht mit sich.

#### Anmerkung.

§. 1. Ein Handwerksgehilfe, welcher nach überstandenen Jahren der Wanderschaft sich an einem Orte niederlassen, und sein Handwerk treiben will, muß für allen Dingen Meister werden. Um das Meisterrecht zu gewinnen, und in der Zunft eine Stelle zu erhalten, wird von ihm erfordert, daß er vorher ein Meisterstück verfertige. Dieser Umstand ist ehemals mit ungemeinen Unkosten verbunden gewesen. Ein jeder Fehler, den man an dem Meisterstück tadelte, wurde mit Geld bestraft; man gab denen, so die Meisterschaft suchten, die schwersten Proben auf, nur damit man viel zu tadeln fand, und also auf gute Strafge-

der sich Rechnung machen konnte, so man nachhero zu einem Trunk bestimmte. Außerdem mußte derjenige, so Meister werden wollte, mit großen Kosten sich ohnedem das Meisterrecht erkaufen. Dieses Sprüchwort zeigt aber an, daß die Meistersöhne vor andern darinnen etwas zum voraus haben, welches darinnen besteht, daß sie für die Erlangung des Meisterrechts nichts bezahlen dürfen, sondern solches ohnentgeltlich erhalten. Manchmal sind sie auch von der Verfertigung des Meisterstückes befreiet 1). Nur wird zum vorausgesetzt, daß sie das Handwerk ihrer Väter erlernen haben müssen, und also in diejenige Zunft aufgenommen werden sollen, von welchen ihre Väter Mitglieder gewesen waren.

1) *Beier, de magistro opificario §. 12.*

§. 2. Die Meister-Söhne sind heut zu Tage an den wenigsten Orten von der Verfertigung des Meisterstückes befreiet 1), allein das Meisterrecht wird ihnen ohnentgeltlich ertheilet. Das Reichsgutachten vom Jahr 1731. §. 12. verordnet des Meisterstückes wegen, daß man keine kostbare noch unnützliche Meisterstücke mehr verlangen, und alle unnöthige Unkosten in Zehrung und Mahlzeiten, so bey der Verfertigung und Vorzeigung der Arbeit die Meister, Führer und theils Obrigkeiten verursachen, vermeiden, und niemand damit beschweren soll.

1) Es ist ein Mißbrauch, wenn Meistersöhne ohne Verfertigung eines Meisterstückes als Meister angenommen werden. N. Schl. von 1731. art. 12. pet. 7. C. Weisser's Recht der Handwerker, S. 165. d. 5.

XV.

Wenn einer ziehet ein, soll man ihm helfen mit Rath; wenn er zieht aus, soll man ihm nehmen was er hat.

Anmerkung.

§. 1. Es werden zwey Sätze in diesem Sprüche-  
wort vorgetragen, von welchen der erste in der Men-  
schenliebe und natürlichen Billigkeit gegründet ist, der  
andere aber mit der Vernunft, Billigkeit und Liebe zu-  
streiten scheint. Der erstere handelt von dem Verhal-  
ten gegen diejenigen, so als Fremdlinge sich in einem  
Land niederlassen wollen, und dienet einem Fürsten  
zur Regel, welcher gern sein Land bevölkern will, wie  
sich derselbe gegen die Fremden bezeigen soll, so seine  
Unterthanen werden wollen. Es lehret, daß man den  
Fremden, um sie zu gewinnen, alle Bequemlichkeit  
verschaffen, und ihnen mit guten Rath beystehen müsse.  
Der andere Satz betrifft die herufene Nachsteuer, oder  
die Befugniß, den Nachschuß von denenjenigen zu for-  
dern, welche aus dem Lande ziehen, und sich an andern  
Orten häuslich niederlassen wollen.

§. 2. Von dem Ursprung des Abzugsgeldes oder  
Nachsteuer, wird gelehret, daß die Losprechung von  
der Knechtschaft, die Gelegenheit zu desselben Einfüh-  
rung gegeben, indem die Freigelassenen, wenn sie nach  
erlangter Freyheit sich anderwärts hinbegeben wollten,  
zur Dankbarkeit wegen der erlangten Freyheit, einen  
Theil von ihren Habseligkeiten dem Gutsherrn zurücke-  
lassen mußten 1). Wegen der Billigkeit dieser Forder-  
ung sind unter den Gelehrten viele Streitschriften ver-  
wechselt worden 2). Man hat behaupten wollen, daß  
nach der natürlichen Freyheit, ein jeder seine Woh-  
nung verändern, und aus einem Land in das andere  
zie,

ziehen könne, aber dieser Meinung setzt man entgegen, daß nach der Natur der bürgerlichen Gesellschaft dieses nicht ohne Einwilligung des Regenten geschehen darf, indem leicht eine Entvölkerung der Länder erfolgen würde, wenn dieser natürlichen Freiheit durch die bürgerlichen Gesetze keine Schranken gesetzt worden wären 3). So haben sich auch die Gelehrten wegen der Frage, ob das Recht, Abzug zu fordern, unter die Regalien gehöre, und also nur allein dem Landesherrn zustimme, oder auch den Gerichtsherrn zustehen, gestritten. Die letztere behaupten, berufen sich auf die Beispiele vieler Landesstädte und Adelichen die dasselbe besitzen 4), man antwortet aber dagegen, daß es denselben von dem Landesherrn erst verliehen worden 5).

1) *a Leyser* Sp. 430. m. 1. 2. 3.

2) *Idem* l. c.

3) *Grotius* de I. B. et P. Lib. II. cap. 5. §. 24. *Puffendorff* de jur. nat. et gent. Lib. VIII. cap. 18. §. 2.

4) *Thomasius* in observation. select. de jur. detract.

5) *Bargow* Einleitung zu der Lehre von den Regalien, Lib. II. cap. 9. §. 2. — Ich würde sehr weitläufig werden müssen, wenn ich hier zur bessern Beurtheilung des im §. gesagten alles dasjenige anführen wollte, was Aenere über das Abzugsrecht geschrieben haben. Folgendes wird aber doch nicht ganz an seinem unrichtigen Orte stehen. Zuerst fingen, etwa im 13ten Jahrh., die Städte in Teutschland an, einen Abzug zu fordern. Es nöthigte sie hierzu die zu häufigen Ein- und Auswanderungen. Edelleute, Stifte und Klöster folgten dem Beispiele der Städte, und nahmen von ihren Hintersassen gleichfalls einen Abzug. Die Landesherrn fingen erst seit dem 16ten Jahrh. an, sich dieses Recht anzumessen. Wie nur erst einige solches eingeführt hatten, so machte das Wiederbergaltungsrecht den Abzug allgemeiner. Mittelbare, welche bisher im Besitze dieses Rechts gewesen waren, ließen sich dasselbe häufig von ihren Landesherrn bestätigen, indem

indem man bald anfang, dieses Recht als ein Regal zu betrachten. Inzwischen schließt die Regalität dieses Rechts Mittelbare nicht gänzlich von der Ausübung desselben in Ansehung ihrer Gerichtsunterthanen aus, wenn sie es nämlich durch einen rechtmäßigen Titel, wohin auch ein unvordenklicher Besitz zu rechnen ist, erworben haben. Die Frage: ob es billig sey, daß ein Landesherr Abzug fodere? ist nach den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts zu bejahen, wenn nur dabey Ziel und Maaß beobachtet wird, indem der Staat Entschädigung für das außer Landes gehende Vermögen verlangen kann, welches bisher als Quelle der Staatseinkünfte betrachtet und behandelt worden ist. S. Bonhöffer Comment. qua jus detractus superioritati territoriali vindicatur ejusque vera indoles ostenditur, Götting. 1773. und Bodmanns pragmatische Geschichte, Grund- und Territorialverhältniß des Abzugs und Nachsteuerrechts in Teutschland überhaupt und im Erztstz Mainz insbesondere. Mainz 1791. d. 4.

§. 3. Das Recht, Abzugsgeld zu fordern, ist in Deutschland durch die Reichsgesetze bestätigt worden 1). Doch haben viele Reichsstände dasselbe durch Verträge theils gänzlich unter sich aufgehoben, theils die Abzugsteuer auf einen gewissen Fuß gesetzt 2). Ein Beweis, daß man in vielen Stücken anders denkt als unsere Vorfahren gedacht haben, die unser Spruchwort oft in einem engen Verstande genommen. Von den Gütern, so dem Abzugsgeld unterworfen, ingleichen von denen Personen, so davon befreuet sind, und wie es ausgeübet wird, findet man bey dem Bilderbeß und andern weitere Nachrichten 3).

1) R. I. de 1555. §. 24. R. I. de 1559. §. 82.

2) *Serenissimi D. Caroli Promemoria* de 27. Julii 1752. S. Fредersdorf promptuar. der Braunschweig. Wolfenbüttel. Landesordn. unter dem B. Abzug. d. 4.

3) *Bilderbeck* ad Schwannemann. de jure detractus. *Eichel* de jur. detractus et emigration.



## XVI.

## Freyp Mann, freyp Gut.

## Anmerkung.

§. 1. Es handelt dieses Sprüchwort von der Befreyung adelicher Güter, von öffentlichen Abgaben, und will so viel sagen, daß, wenn Personen vom Adel Güter erwerben, so vorhin der Entrichtung öffentlicher Abgaben unterworfen gewesen, solche Güter nunmehr, nachdem sie an einem adelichen Eigenthümer gekommen, alle Rechte genießen so andere Rittergüter haben, und unter welchen die Befreyung von Herrschaftlichen Abgaben die vornehmste ist. Die Landgüter derer von Adel haben nach einer in Deutschland in Übung gewesen, uralten Gewohnheit, unter andern Vorzügen auch diesen gehabt, daß sie von Cinquartierung, Schoß und Steuern befreyet gewesen 1). Nur wenn die Königl. oder Fürstliche Kammer durch vielfältige Krieger- und andere Unkosten erschöpft worden, wurde von den Adelichen eine wiewol geringe Schätzung verlangt 2). Besonders mußten die Lehleute, in so ferne sie nicht in Person die Dienste leisten konnten, einen Theil von den Einkünften ihrer Güter hergeben 3). Manchmal haben sie auch eine freywillige Beysteuer in Nothzeiten entrichtet. Diese Befreyung von öffentlichen Abgaben hat mit der Zeit ein Verbot zuwege gebracht, daß Edelleute keine, denen Schätzungen unterworfenen Güter kaufen dürfen, damit solche Güter nicht auf diese Weise eine Befreyung erlangen möchten. Die Ursachen von dieser Befreyung ist in der Verfassung gegründet, worinnen der alte Adel in Deutschland sich befand, der den Kriegesdiensten allein sich widmete, und daher zur Bestreitung der Kriegesdienste nicht mit vielen Abgaben beschweret werden konnte.

1) *Kressius* de privileg. agricultur. cap. II. §. 11. *Leyser* Sp. 665. II. 33.

2) *Lehmann* in *Chronica Spirensi*. L. II. 44.

3) *Auct. vet. de benef.* §. 13.

§. 2. Die Rechte der adelichen Güter haben heut zu Tage nicht in allen Ländern gleiche Freyheiten. Die Einführung des beständigen Soldaten hat verursacht, daß der Adel wegen seiner Lehngüter die Ritterpfende, oder anstatt derselben, eine gewisse Geldsumme entrichten muß 1). Die Befreyung von der Einquartierung, den öffentlichen Schatzungen und Steuern, dem Abzugsgelde, findet man zum Theil aufgehoben, zum Theil doch ungemein eingeschränkt 2). Hier und da ist alles dieses durch Verträge bestimmt. Noch weniger wird ein steuerbares Gut dadurch von den Landesherrlichen Abgaben befreyet, weil es einen adelichen Eigenthümer erhalten.

1) *Engelbrecht* de *Servitiis Vasallorum militaribus*.

2) *Strube* vom *Steuermwesen und deutschen Adels Steuerfreyheit*. In den *Nebenstunden* T. II. p. 495. de *Hopfgarten* de *jur. vectigal.* in *S. R. L. Sect. 9.* *Peisler* de *bonis nobilium juri detract. obnox.*

## XVII.

### Die Lust macht Leibeigen.

#### Anmerkung.

§. 1. Die Leibeigene werden von vielen für Abkömmlinge der alten deutschen Knechte gehalten. *Herz* *tius* 1) an dem angeführten Orte hat aber mit vieler Wahrscheinlichkeit gezeigt, daß die heutigen Leibeignen von denen durch die beiden großen Helden Deutschlands, dem Herzog Heinrich dem Löwen und Marggraf Albrechten zu Brandenburg, endlich nach vielem Widerz

Widerstand besiegten Sklaven entsprossen sind, welche, nachdem sie größtentheils in die Kriegsgefangenschaft gerathen, fast in allen Europäischen Ländern als Knechte vertheilet worden. Der Name Sklave hat daher die Bedeutung erhalten, daß durch dieses Wort ein Leibeigener angezeigt wird. Diese Leibeigenschaft dauert noch fort, und wo sie nicht ist, genießen doch die Bauern eine sehr eingeschränkte Freyheit, nur darin, daß der Leibeigene von dem Bauer von jeher unterschieden gewesen, daß jener sowol mit seinem Leibe, als auch mit noch andern Obliegenheiten dem Gutsherrn verpflichtet ist, so aber bey diesem nicht eintrifft.

1) de hominib. propriis Sect. I. §. 5.

§. 2. Ein Mensch geräth entweder sogleich nach seiner Geburt in die Leibeigenschaft, wenn er von leibseigenen Eltern gebohren worden, oder, er begeheth eine Handlung, so ihn seiner Freyheit beraubet 1), dieses geschieht entweder ausdrücklich, wenn er vermittelst eines Vertrages ein leibeigener Unterthan von einem Gutsherrn geworden, oder aber stillschweigend durch Begehung einer Handlung, so den Verlust der Freyheit nach sich zieht. Von dieser letzteren ist unser Spruchwort zu verstehen, welches anzeigt: daß derjenige, welcher sich an einem solchen Orte niedergelassen, wo die Leibeigenschaft im Schwange ist, auch ein Leibeigener werde.

1) *Hommel* de servitut. per pactum constitutione.  
*Carrach* de additione in servitut. spontanea.

§. 3. Nicht in allen, sondern nur in einigen Ländern Deutschlands, werden diejenigen, so sich an einem Orte, wo die Leibeigenschaft bekannt ist, niederlassen, Leibeigen. Man macht davon Gebrauch im *Altgau* 1) in dem *Zessischen*, besonders in den Fürstlich

lich Hessen, Darmstädtischen Ländern 2). In einigen Gegenden der Wetterau 3), und in den drey Orten, so der Reichsstadt Ulm zugehören, Geißlingen, Losbensen und Rüchen 4). Man kann auch hieher das bekannte Wildfangsrecht ziehen, nach welchen in den Rheinischen Ländern Ankömmlinge und Fremde, so keinen gewissen Aufenthalt haben, zu Leibeigenen gemacht werden 5).

2) *Speidel* sub voc. Frohndienst.

3) *Waldschmidt* de hominib. propriis. cap. 3.

3) *Hertius* de paroem. jur. germ. L. II. n. 12.

4) *Harprecht* de jur. mortuar. cap. ult. §. 10.

5) *Hildebrand* de jure Wildfangiatus. C. Runde Grundf. das allg. deutsch. Privatrechts, §. 316. d. 6.

## XVIII.

Triffst du mein Huhn, wirfst du mein Hahn. Oder:  
Die unfreie Hand ziehet die freye nach sich.

### Anmerkung.

Beide Sprüchwörter haben einerley Bedeutung, und handeln von der andern Art, wie ein Mensch auf eine stillschweigende Weise die Leibeigenschaft sich zuwiebet, nemlich durch eine Heyrath mit einer Person leibeigenen Standes 1). Jedoch fällt dieses weg, wenn eine freye Mannsperson die Leibeigene, die er heyrathen will, loskauft. Schon in den ältesten Zeiten wurde aus Hochachtung gegen den Ehestand die Freylassung allemal zugestanden, und geschah durch einen besondern Freyheitsbrief, welchen man *epistolam conciliatorium* nannte 2). Das erstere Sprüchwort ist in Holland sehr gebräuchlich.

1) *Seuckenbergh* de conditione servor. §. 4.

2) *Marculph* de formul. Lib. II. form. 19. et in append. form. 80. — In einigen teutschen Provinzen hat

hat man den Grundsatz, daß die unfreie Hand die freie nach sich zieht, abgeschafft. z. B. macht in Bayern die Ehe mit einer leibeigenen Person eine ganz freie Person nicht leibeigen. Codex maximil. bavaric. civil. T. 1. c. 8. §. 7. Hofmanns Handb. des teutsch. Ehe-  
rechts, S. 13. N. 22. D. 6.

## XIX. A.

Wenn der Bauer nicht muß, so regt er weder  
Hand noch Fuß.

## Anmerkung.

Jener hatte nicht unrecht, welcher sagte, daß die Bauern unter dem menschlichen Geschlechte eben dasjenige vorstellten, was der Esel in dem Reiche der Thiere ist. Wenn man bedenket, daß der Bauer für den Unterhalt des ganzen Landes arbeiten muß. Wie viele Abgaben, Herrendienste und andere Lasten demselben aufgebürdet sind. Wie wenig ihm für sich und die seinigigen übrig bleibt, nachdem er alles entrichtet hat, was er zu thun schuldig ist. Wenn man diesem hinzusetzt, wie manchmal unfruchtbare Zeiten, lange und strenge Winter, brennende und alles verzehrende Sommer, ihm doppelte Arbeit auf den Hals laden, was ist es dennach Wunder, wenn der Bauer verächtlich, unmuthig und zu gewissen Zeiten sich widerspenstig zeigt, und alle Gelegenheit in Acht nimmt seiner Pflicht sich zu entziehen. Dahero unsere Vorfahren auch sagten: Der Bauer ist ein Lauer. Von diesem letzteren Character, der, wie die Erfahrung lehret, denen Bauern besonders eigen ist, handelt dieses Sprichwort. Es ist von dem Dienstzwang zu verstehen, und wird damit so viel gesagt, daß, weil der Bauer, wenn er zu dem Herrendienste sich einfinden soll, sich gerne erst antreiben läßt, Bitten und gute Worte hingegen bey dem:

demselben wenig helfen, dem Gutsherrn gar wol erlaubt sey, sich der gehörigen Zwangsmittel zu bedienen. Der Dienstzwang, so von der Erbgerichtsbarkeit unterschieden ist, ist heut zu Tage gemeiniglich durch Landesordnungen schon bestimmt. Die Grausamkeit der Gutsherrn gegen ihre arme Leibeigenen, hat dazu Gelegenheit gegeben. Er erstreckte sich selten weiter, als auf eine jedoch mäßige Züchtigung mit Schlägen, oder auf eine zweymal vier und zwanzigständige Gefängnißstrafe bey Wasser und Brod 1).

- 1) *Riccus* in *Spicileg.* p. 97. — Der Ausdruck Dienstzwang hat eine doppelte Bedeutung. Es zeigt: 1) das Recht eines Leihherrn an, daß die Kinder seiner Leibeigenen sich ohne seine Erlaubniß nicht als Gesinde vermiethen dürfen; 2) das Recht eines Gutsherrn, seine Leibeigene oder Bauern zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht durch außergerichtliche Mittel zu nöthigen. (S. Kunde Grundf. des allg. teutsch. Privatr. §. 503. und 548.) Von dem Dienstzwang in der letztern Bedeutung ist hier die Rede. Zu den außergerichtlichen Zwangsmitteln zur Dienstpflicht, gehören, außer denjenigen, welche im §. angeführt worden sind, die Pfändungen, deren sich in manchen Gegenden der Gutsherr gegen seine Bauern bedienen darf. Im Sachsenspiegel L. I. art. 54. ist überhaupt verordnet: „Der Herr mag wohl selbst pfänden auf sein Guth um sein Zins und Geld, daß man ihn davon gelobet hat, ob man es ihm leucknen wolt.“ Viele Landesgesetze erlauben dieses Pfändungsrecht nicht bloß wegen des rückständigen Zinses oder Geldes, sondern auch wegen unterlassener pflichtiger Dienste. In den Herzogl. Braunschweigischen Landen, und im Hannoversch-Calenbergischen sind die Pfändungen der Gutsherrn gegen ihre Meyer gänzlich verboten worden, wenn die Gutsherrn keine Gerichtsbarkeit über ihre Meyer besitzen. *S. Struben de jure villicor.* S. 293. ff. d. 5.

## XIX. B.

**Der Bauer muß dienen, wie er bespannt ist; im-  
gleichen: Der Bauer dient, wie er bespannt  
seyn muß. (D. H.)**

**Anmerkung,**

§. 1. Läßt sich gleich nicht behaupten, daß alle unsere heutigen Bauern ehemals Leibeigene gewesen wären, indem es nicht an hinlänglichen Beweisen fehlt, daß es schon zu den Zeiten der Fränkischen Könige in Deutschland freye Bauern gegeben habe, so ist doch so viel gewiß, daß wenigstens in den meisten deutschen Landen der jetzt freye Bauer ehemals leibeigen war. Die Leibeigenschaft war nicht überall gleich streng, und noch gegenwärtig findet sich in den deutschen Gegenden, wo die Leibeigenschaft der Bauern gilt, eine große Verschiedenheit ihres Zustandes. Die beiden Hauptarten von Leibeigenen waren vormals die der begüterten und unbegüterten Leibeigenen, (*homines proprii casati — non casati* s. *extravagantes*) 2). Jenen hatte ihr Herr den Besiz eines Gutes überlassen, wofür sie ihm gewisse Abgaben und Dienste zu leisten hatten. Im übrigen mußten sie für ihre Erhaltung selbst sorgen, und wurden jedoch mit einiger Einschränkung Eigenthümer dessen, was sie sich ersparten. Diese hingegen, die *non casati*, waren mit keinen Gründen versehen, und der Leibsherr sorgte für ihren Unterhalt, wofür denn ihre Dienstpflicht unstreitig viel strenger und uneingeschränkter war. Im Mittelalter ward in vielen deutschen Provinzen durch mehrere Ursachen allmählig eine Veränderung der Leibeigenschaft bewirkt 3). Vornehmlich trugen die Kreuzzüge, die Entstehung unserer heutigen Städte und deren Verfassung, die Bemühungen der Geistlichkeit, der Bauernkrieg u. s. f. dazu bey, daß die

die Gutsherren theils freywillig theils gezwungen ihre Leibeigenen frey ließen. Meistens geschah die Freylassung nicht ohne Vorbehalt der bisher geleisteten Dienste und Abgaben. — Ob nun diese vorbehaltenen Dienste auf dem Gute oder der Person des Bauers haften, ist eine freitige Frage. Meiner Meinung nach hat Grunpen 4) die Sache aus dem richtigsten Gesichtspuncte betrachtet, wenn er sagt, daß die Beschaffenheit der Frohndienste nicht überall in Deutschland dieselbe sey, und daß man bey Beurtheilung derselben auf die besondern Landesgesetze und Gewohnheiten, auf die Verträge der Gutsherren mit ihren Bauern, und auf die Observanz der Dinghöfe (*curiarum dominicalium*) zu sehen habe. Er führt gleichfalls Gesetze und Urkunden an, nach welchen die Dienste bald als eine dingliche, bald als eine persönliche Last betrachtet worden sind.

1) E. Kunde Grundf. des allg. deutsch. Privatrechts, §. 484. nebst der dazu gehörigen Note und von Schow comment. de statu ingenuorum in Germania, c. 1. §. 20. ff.

2) Möser Osnabrückische Geschichte Th. 1. S. 88.

3) Kunde am a. D. §. 485.

4) in discept. forens. S. 1013. und 1020. ff.

§. 2. Die wichtigste Gattung der Frohndienste, sind die sogenannten Spanndienste, welche der Bauer mit seinem Zugviehe zu leisten schuldig ist. Diese sind es, von welchen in den angezeigten Sprüchworten die Rede ist, davon das erstere: Der Bauer muß dienen wie er bespannt ist; die Regel enthält, daß bey den Spanndiensten gar nicht darauf zu sehen sey, ob und wie viel Land der Bauer besitze, sondern lediglich auf die Anzahl des Zugviehes, welches derselbe hält. Der Gebrauch dieses Sprüchwortes ist aber nicht allgemein, sondern er gilt nur in einigen teutschen Gegenden, z. B. in der Wetterau und den um die Wetterau

geles



gelegenen Länden 1). Besitzt in diesen Gegenden ein dienstpflüchtiger Bauer kein Zugvieh, so ist er nur zu Handdiensten verpflichtet. Es ist leicht einzusehen, daß diese Einrichtung der Spanndienste leicht zum Nachtheil der Gutsherren gereichen kann, indem, wenn der Bauer seinen Vortheil dabei findet, durch Verminderung seines Zugviehes den Gutsherrn um die Spanndienste zu verkürzen berechtigt ist. Deswegen haben in den Gegenden, wo das erwähnte Sprüchwort gilt, die Gutsherren häufig mit ihren Bauern Verträge geschlossen, woin letztere sich verbindlich gemacht haben, beständig eine gewisse Anzahl Zugvieh zu halten. Man nennt die Bauern, welche einen solchen Vertrag eingegangen haben, beständige Anspanner, da hingegen die übrigen freywillige Anspanner genannt werden. Diese Verträge haben zu dem andern Sprüchwort: der Bauer dienet, wie er bespannt seyn muß; Gelegenheit gegeben 2). Von den beständigen Anspannern bemerkt Lauhn ganz richtig, daß auch ihre Spanndienste keinesweges als reel betrachtet werden können, indem zwischen ihren Diensten und den Diensten der freywilligen Anspanner weiter kein Unterschied ist, als daß diese nach einer selbst beliebigen Anzahl Zugvieh, jene aber nach einer bestimmten dienen.

1) von Cramer Wezl. N. St. Th. 5. S. 66.

2) Beide Sprüchwörter erläutert sehr gründlich Lauhn in der Abhandl. von denen Frohndiensten der Teutschen, so entweder auf der Person allein oder dem vorhandenen Zugviehe zugleich lasten, mithin nicht als reel anzusehen sind. Frankfurt am Mayn 1759. 8. und vermehrt herausgegeben von J. C. Kuhn. Weisensfeld und Leipzig. 1785.

III.

InAnsehung der Ehre und guten Leumuths.

I.

Man soll lieber zehen ehrlich machen, als einen zum Schelm.

Anmerkung.

§. 1.

Die alten Deutschen hielten auf die Ehre ungemein viel, deren Beraubung die höchste Strafe gewesen war, welche nur jemand widerfahren konnte. Sie verehrten die Tapferkeit, die Treue, die Keuschheit und Religion, als ihre Haupttugenden. Dahingegen der Betrug, die Hurerrey, die Jaghaftigkeit für die größten Laster von ihnen gehalten wurden. Diese Tugenden setzten ihre Feinde, die Römer, in Bewunderung 1). Wer diese Tugenden verlorste, verlor alle Hochachtung und Ehre. So dachte ein Volk, das in Wildnissen seine Lebenszeit zubrachte. Ich gestehe gern, daß der Mangel, die Armuth und die Umstände, worinnen unsere Vorfahren lebten, so große Tugenden hervor gebracht hat. Sie bestätigten durch ihr Bepspiel, was der Herr Rousseau in seinem Werke von dem Ursprunge der Ungleichheit unter den Menschen, mit so vielem Witz und Beredsamkeit behauptet 2): So lange sich die Menschen, sind seine Worte, begnügen ließen in bürgerlichen Güten zu wohnen, ihre Kleidungen von verschiedenen Säuten mit Fischkräten oder Dornen zu beften, sich mit Federn und Muschelwerk zu puzen, Bogen und Pfeile auszubessern oder mit Zierathen zu versehen, und vermittelst schneidender Steine

einige Sischertähne, oder einige grobe musicalische Werkzeuge zu verfertigen, mit einem Worte, so lange sie sich noch auf Handwerke legten, die ein jeder selbst lernen und ausüben kann, so lange sie noch an keine Künste gedachten, dazu viel Hände erfordert werden, so lange waren sie frey, so gesund, so glücklich, als es ihre eigene Natur erlaubte, und genossen ohne Unterlaß eines freyen unabhängigen Umgangs. Der Begriff von der Ehre und Schande, und die große Sorgfalt, die erstere zu erhalten, ist von der Zeit an bey den Deutschen immer fortgepflanzt worden, und man hat allemal denjenigen für einen unglücklichen Menschen gehalten, welcher mit Beraubung der Ehre bestraft worden. Die alten Gesetzbücher der verschiedenen deutschen Völker, und die Gewohnheitsrechte der mittlern Zeiten, erweisen es zur Genüge, was die Strafe der Ehrlosmachung damals zu bedeuten hatte 3).

1) *Tacitus Annal. XIII. 55. Idem de morib. Germanor. cap. 17. 18. 19.*

2) auf der 109. Seite.

3) *Huth in Specim. jur. Germanic. de his qui notantur infamia.*

§. 2. Die Beraubung der Ehre zog schreckliche Wirkungen nach sich. Vergleichen ächt- und rechtlose Leute wurden für unfähig erklärt, durch einen Reinigungseid sich von dem Verdacht losmachen zu können, wenn sie eines begangenen Verbrechens halber beschuldigt worden 1). Die richterliche Hülfe wurde ihnen versaget, wenn sie einer empfangenen Beleidigung halber, sich zu beschweren Ursach hatten 2), und mit dem Verlust der Ehre war die Aechtserklärung verbunden gewesen. Sie konnten keine Ehrenstellen erlangen, kei-

ne

in thätige Thug ansetzen, und hatten sich weder der Erwerbung eines Lehens, noch einer ehrbaren und öffentlichen Begräbnis zu erfreuen. Von den Ehrlosen muß man die sogenannten verächtlichen Leute unterscheiden, von welchen in verschiedenen Reichsgesetzen gehandelt wird 3).

1) Capitul. Lib. VII. 437. apud Georgisch. p. 1726.

L. P. Sax. Lib. I. Art. 39. Spec. Suv. cap. 172,

2) L. P. Sax. Lib. III. Art. 17. Spec. Suv. cap. 325. §. 3.

3) Reform. polit. imper. de 1530, tit. 35. de 1577. tit. 28.

§. 3. Bey so traurigen Folgen, so mit der Ehrenlosmachung verbunden gewesen, haben unsere Vorfahren dafür gehalten, daß man mit dieser Strafe sehr behutsam seyn und sich nicht übereilen müsse. Das gemeine Wesen würde sehr darunter leiden, wenn man um eines jeden Vergehens willen gleich jemand für ächt und rechtlos erklären wollte. Solche elende Menschen können dem Staate nachhero nicht mehr nützen, und gesetzt, man hebt die Strafe auf und giebt ihnen ihre Ehre wieder, so bleibt doch immer noch etwas zurück, so denenselben zum Nachtheil gereicht. Man hat also durch dieses Sprüchwort die Lehre geben wollen, daß, wenn es noch zweifelhaft ist, ob ein Mensch mit dem Verlust der Ehre bestraft werden soll, die Richter nicht nach der Strenge der Rechte verfahren, sondern die Ehre des Angeklagten zu erhalten suchen soll, von welchem das Vaterland sich noch manchen guten Dienst versprechen kann.

§. 4. Die Strafe der Beraubung der Ehre ist noch noch heut zu Tage im Gebrauch, besonders bey den Kriegsknechten. Wird ein Officier seiner Bedienung entsetzt und dabey ehrlos erklärt, oder ein Soldat als ein Schelm vom Regiment gejaget, so weiß man

wol, daß dergleichen Personen zum Kriegsdienst untüchtig geworden 1). Sie ist aber auch mit andern unehrlichen Strafen verbunden, daher nichts gewöhnlicher ist, als vornehmen Verbrechern bey der Ankündigung des Todesurtheils zugleich zu melden, daß sie jedoch ihrer Ehre nicht beraubet werden sollen. Indessen lehret die Erfahrung, daß, wo jemand nicht ausdrücklich für unehrlich erkläret, oder zu einer schimpflichen Strafe verdammet worden, die Begehung einer schändlichen That, noch niemand seines Bürgerrechts beraubet, und man darinnen ein großes Nachsehen mit dergleichen Leuten hat, welche eine unehrbare Handlung begangen, man hoft allemal, daß sie sich durch einen guten Lebenswandel wieder helfen werden, und in diesem Stück beobachtet man gerne die in dem Sprüchworte enthaltene Lehre 2). Bey den Handwerkszünften hat man, wie viele andere Mißbräuche, auch diesen einreißen lassen, daß man öfters einen Zunftgenossen um eines geringen Vergehens halber, als einen ehrlosen Menschen aus der Zunft gestoßen. Ueberhaupt hat in die ganze Lehre von der Ehre und Schande die menschliche Einbildungskraft einen großen Einfluß.

1) *Waga de eo quod iustum est circa poenas militum ignominiosas.*

2) Meister ausführl. Abhandl. des peinlichen Processes, S. 32. Quistorp Grundsätze des d. peinl. Rechts, S. 77. Not. h. d. G.

## II.

### Ehre verlohren alles verlohren.

#### Anmerkung.

Dieses Sprüchwort enthält die Lehre in sich, daß ein jeder sich um die Erhaltung seiner Ehre und guten Ruhms

Ruhms auf das äußerste bemühen soll, weil diese beide Güter nicht so leicht wieder erhalten sind, wenn man dieselben einmal verlohren hat. Es zeigt auch zugleich an, daß ein jeder Mensch seine Ehre zu vertheidigen befugt sey, weil diese Pflicht in dem natürlichen Gesetze gegründet ist. Jedoch verbietet dasselbe alle unnünftige Mittel, so eine Selbststrafe in sich enthalten.

### III.

Wer eine Hure zur Ehe nimmt, der ist ein Schelm,  
oder will zum Schelm werden.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist schon vorhin angeführt worden, daß die Keuschheit eine der größten Tugenden der Deutschen gewesen. Die Hurerey und den Ehebruch verabscheueten sie auf das höchste 1). Die Huren wurden dieserwegen unter die ehrlosen Leute gezählet, und die Hurenkinder mußten für die Schande ihrer Eltern mit büßen. Man schloß sie als unächte Leute von allen Ehrenstellen aus, und sie konnten in der Folge der Zeit in keine Zunft aufgenommen werden, als bis sie erst ehrlich gemacht worden. Die Benennung eines Hurensohns wurde für das ärgste Schimpfswort gehalten 2). Man glaubte, daß derjenige sich einer gleichen Unehre theilhaftig mache, welcher mit ehrlosen Leuten einen genauen Umgang unterhält, und da nun unter Ehegatten das Band der Ehe eine Gemeinschaft der Rechte und den allergenuesten Umgang stiftet, so hat man durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß diejenige Mannsperson als ein Schelm und ehrvergessener Mensch anzusehen sey, welcher mit einer Hure ein eheliches Bündniß eingehe. Das Wort Schelm kommt von dem Wort schälen her, welches so viel heisset, als ein

ein Nas schinden, und soll daher das Wort Schein einen Menschen bedeuten, der gleich einem faulen Nas unter seinen Mitbürgern sinkend geworden 3), so wie das Wort Hure von Heuren, Vermiethen, herkommt, und eine liederliche Weibsperson, so um schändlichen Gewinnstes willen ihren Leib vermiethet, bedeutet. Setzet man diesem noch hinzu, daß unsere Vorfahren nach ihren Gewohnheitsrechten ausdrücklich verlangten, daß man mit einer tugendhaften und unbefleckten Jungfrau sich ehelich verbinden müßte 4), so wird man die Ursache von diesem Sprüchwort noch mehr einsehen, und schon in den ältesten Zeiten den Gebrauch desselben antreffen.

1) Tacitus de Morib. Germ. cap. 19. — Unzüchtigen Weibspersonen wurde ehemals zur Strafe das Haupthaar vom Büttel abgeschnitten, welches eine infamirende Strafe war. Es geschah dieses in Lübeck noch im vorigen Jahrh. — S. Dreyer Einleit. in die Lübeck'schen Gesetze, S. 403. D. 5.

2) Hurb in Spec. jur. germ. de his qui notant. infam. §. 8.

3) Eccard ad L. Salic. Tit. 31.

4) Tacitus de M. G. cap. 19.

§. 2. Treiben aber die Enkel Thuißons und Mannus den Begriff von der Ehre auch noch so weit, und denken sie so wie ihre Väter?

Ach! sie vergaß die Zeit, und ihren Geist mit ihnen, Von ihnen bleibt uns nichts als etwas von den Mienen

v. Haller.

Man sagt, daß die Liebe blind sey, daß es bey dem Vertrathen auf die Neigung ankomme, und das päpstliche Recht, so dem Ehestand ohnedem sehr geneigt ist, saget demjenigen, der eine Hure zu seiner Ehegattin erwäh-

erwählet, daß er ein Werk der Barmherzigkeit gethan habe 1). Was soll ich also von dem heutigen Gebrauch dieses Sprüchwortes sagen? Untersuchen wir es nach den Regeln der Sittenlehre, so wird derjenige allemal den Namen eines Niederträchtigen verdienen, welcher mit einer in der größten Liederlichkeit lebenden Hure ein eheliches Band eingehen will, indem ein solcher allemal einen gewissen Verdacht auf sich lädet. Aber hier kommt es darauf an, was die Gesetze zu solchen Ehen sagen, und ob diese denjenigen für rechtlos erklären, der eine Hure zur Frau nimmt. Das päpstliche Recht hat gegen diese Ehen nichts einzumenden, und es ist bekannt, daß selbiges in Ehesachen von großer Gültigkeit ist. Allein die Rechtsgelehrten sind mit einander uneinig. Sie sagen, wenn jemand wirklich eine Hure heirathet, so mache er sich seiner Ehre verlustig 2), andere wollen dieses nicht zugeben, sie sagen, das hieße einen Unschuldigen strafen 3). So viel ist gewiß, daß man im bürgerlichen Leben so streng nicht mehr ist, ja selbst dergleichen Personen ihr Zunftrecht darum nicht verlieren 4).

1) C. 20. X. de Sponsal.

2) *Mevius* ad I. Lib. IV. tit. 5. Art. 1. und tit. 13. art. 3. nr. 41.

3) *Struvius* ad tit. D. de his qui notant, insom.

4) Reichsgutacht. vom Jahr 1731. S. 11. Ueber die zu unsern Zeiten verminderte Schande der Huren und Hurefinder, s. *Möser* patriot. Phantasien, Th. 2. S. 291. d. S.

#### IV.

**Eine Frau mag ihre Ehre wohl kränken.**

#### Anmerkung.

§. I. Dieses Sprüchwort ist aus dem sächsischen Landrecht hergenommen 1), aus welchem es auch erkläret



fläret werden muß. Es wird daselbst von dem Erbsrecht des weiblichen Geschlechts gehandelt, und dadurch so viel angezeigt, daß eine Frauensperson, wenn sie auch gleich durch eine liederliche Aufführung und unzüchtiges Leben ihre Ehre verlohren, dennoch von der Erbschaft ihrer Eltern nicht ausgeschlossen werde, weil ihr selbige nach den Rechten gebühret. Die Enterbungen der Kinder sind in Deutschland vor der Aufnahme des römischen Rechts unbekannt gewesen, nur die Westgothen und Longobarden hatten in ihren Gesetzbüchern derselben gedacht 2). In dem sächsischen Landrecht sind keine Ursachen der Enterbung angeführt worden. Der Verfasser des Schwabenspiegels hat hingegen fast eben diejenige angeführt 3), so man in der 115. Novelle antrifft. Inzwischen hat die Beschaffenheit der Güter Gelegenheit gegeben, daß eine gänzliche Enterbung nicht immer statt findet, und den Vätern nur in Ansehung ihrer eigenen und erworbenen Gütern erlaubt ist 4).

1) Lib. I. Art. 5.

2) Lex Wisigoth. Lib. IV. Tit. V. §. 1. et 2, Lex Longob. Lib. II. Tit. XIV. §. 12.

3) Cap. 252.

4) Heineccius de testamentifaction. jur. german. ar. diff. limitib. passim circumscript.

§. 2. In der Lehre von der Enterbung nehmen wir dasjenige an, was das Justinianische Gesetzbuch verordnet. Aus demselben ist bekannt, daß eine Frauensperson, so noch unter der Elterlichen Gewalt stehet, allemal enterbet werden kann, wenn sie einmal als eine öffentliche Hure sich für Geld-mißbrauchen löset, -zumal wenn sie noch minderjährig ist, und der Vater ihr eine Mitgabe hat geben wollen. Wir wissen ferner, daß, wenn eine Ehefrau eine so schändliche Lebensart

bensart erwähnt, und die Pflichten, an welche sie das Band der Ehe bindet, aus den Augen setzt, nach einer erfolgten Ehescheidung, den Brautscap und alle andere Vortheile, so sie nach dem Absterben des Mannes zu genießen gehabt, verlieret.

## V.

Stiehlt mein Vater, so hängt ein Dieb!

### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort ist eine Regel enthalten, die auf Vernunft und Billigkeit sich gründet. Die Kinder sollen keinen Antheil an der Schande und dem Verluste der Ehre haben, welche ihre Eltern sich durch ein lasterhaftes Leben zugezogen. Besonders soll denenselben kein Vorwurf gemacht werden, wenn ihr Vater seines verübten Verbrechens halber, zu einer Strafe verdammet worden, welche mit dem Verlust der Ehre verbunden,

§. 2. Die Strafe, so den Eltern wegen eines begangenen Verbrechens angethan worden, mag wol das Vorurtheil hervorgebracht haben, als ob die Schande der Eltern auch den Kindern anstehe, ob sie gleich an den Tactern und Missethaten ihrer Eltern kein Antheil genommen. Besonders haben die Jüngste die unbillige Gewohnheit ehemals beobachtet, daß sie die Kinder der ehrloßgewordener Eltern nicht annehmen wollten, wenn dieselben gerne ein Handwerk zu erlernen suchten, welcher Mißbrauch aber wegen des vorhin angeführten Reichsgutachtens vom Jahr 1731. heut zu Tage nicht mehr statt findet. Was die Gesetze von den Kindern derjenigen verordnen, so wegen des Hochverraths und Verbrechen der beleidigten Majestät bestraft worden, ist als eine Ausnahme anzusehen 1), wiewol auch selbst  
in

in dergleichen traurigen Fällen die Unschuld der Kinder mehrmals den Richter bewogen hat, von der Strenge des Gesetzes abzugehen.

1) a *Leyser* Sp. 568. m. 19.

## VI.

Der Müller ist fromm, der Haare auf den Zähnen  
(auf der Zung und in der Hand) hat.

### Anmerkung.

§. 1. Die Müller haben das Unglück gehabt, in den Verdacht zu gerathen, daß man ihnen nicht viel trauen dürfe, sondern sie als heimliche Diebe ansehen müsse. Verschiedene Sprüchwörter, so mit dem angeführten überein kommen, zeigen dieses ebenfalls an. So sagt man auch, in der Mühle ist das Beste, daß die Säcke nicht reden können, ferner: der Müller mit der Meze, der Weber mit der Greze, der Schneider mit der Scheer, wo kommen die drey Diebe her? *Sonns* in seinem Betrugslexicon 1), führt vieles von ihren Betrügereyen an. Es ist meine Sache nicht, gegenwärtig zu untersuchen, ob und wie weit der gegen die Müller obwaltende Verdacht gegründet sey, oder nicht. Ich halte es vielmehr für unbillig, ein ganzes Handwerk, mit einem schimpflichen Vorwurf zu kränken, wenn ja bey einem oder dem andern Müller dieses Sprüchwort eingetroffen. So viel ist aber doch gewiß, daß schon zu *Carls* des Großen Zeiten, die Söhne der Müller zu feinen geistlichen Würden und Aemtern gelangen konnten 2). Daß auch die Müller an verschiedenen Orten bey Errichtung eines neuen Galgens, häßliche Hand leisten, die Galgenleiter herbeifahren, oder das Holz zum Galgen aufziehen müssen, ist eine bekannte Sache

de 3). Doch mag auch wol wahr seyn, was Kress an dem angeführten Orte aus dem Kirchgeßner anführt, daß solches deswegen geschehen, weil in den vorigen Zeiten kein Handwerk sich zu der Aufrichtung eines Galgens gebrauchen lassen wollen, und man daher einem jeden Handwerk eine gewisse Arbeit dabey aufgegeben, damit keins dem andern etwas vorzuziehen hätte. Wie denn der ganze 215te Artikel der peinlichen Halsgerichtsordnung von diesem Mißbrauch handelt. Nichtweniger hat man der Müller Söhne von der Erlernung eines andern Handwerks, dieses Verdachtes wegen ausgeschlossen. Dieses zum Spott oder auch aus Haß gegen die Müller gemachte Sprüchwort, will demnach anzeigen, daß ein frommer und ehrlicher Müller eben so selten, als mit Haar versehene Zähne angetroffen werde, und es gewissermaßen unmöglich sey, einen Müller zu finden, welcher nicht Diebstahls halber verdächtig seyn sollte.

1) Seite 260. — Es gehört allerdings zu einer guten Polizei, den Betrügereyen der Müller, so viel wie möglich vorzubeugen. Der Gebrauch, der in den meisten teutschen Gegenden üblich ist, daß den Müllern für das Mahlen kein Lohn im Gelde, sondern ein bestimmter Theil des zu mahlenden Korns (eine Marte, Meße) gegeben wird, macht die Müller zugleich zu Kornhändlern, und verführt sie um so leichter zu Betrügereyen. Es ist nun gewöhnlich durch Polizeygesetze die Größe der Meße genau bestimmt, und den Müllern bey schwerer Strafe verboten worden, dieselbe nicht zu überschreiten. In den Herzogl. Braunschweig. Landen müssen die Müller und Müllerknechte sowol der herrschaftlichen als auch der Privarmühlen nach der Verordn. vom 1ten März 1752 einen eignen Müllereid schwören, worin sie die Vermeidung aller Betrügeryen angeloben. D. S.

1) Hertius Lib. I. paroem. 13.

2) Kressius ad Art. 215. C. C. C.

§. 2. Die gute Meinung, so ein jeder Mensch von seinen Nächsten haben muß, leidet es nicht, daß wir die Müller als gewisse Diebe ansehen sollten. Jemand eines Verbrechens zu beschuldigen, zumal eines so ehrenrührigen, als der Diebstahl ist, erfordert Beweis. Und wer wollte sich erühnen, ein so freches Urtheil zu fällen, daß unter so vielen Menschen, welche in dem gemeinen Wesen ein so nützliches Handwerk treiben, nicht ein einziger redlicher Mann angetroffen werden sollte, und daß das Stehlen mit dem Müllers Handwerk nothwendig verbunden seyn müsse. Die ältern und neueren Reichsgesetze 1) verbieten ebenfalls den Mißbrauch, der wegen Ausschließung der Müller Söhne bey den Handwerksjünften, ehemals im Schwange gegangen.

1) Reformat. pol. imper. de 1548. Tit. 37. et de A. 1577. Tit. 38. Reichsgutachten vom Jahr 1731. §. 4.

## VII.

### Schäfer und Schinder sind Geschwister Kinder.

#### Anmerkung.

§. 1. Daß die Schinder unter die verächtlichen Leute gerechnet werden, ist mehr in dem römischen und päpstlichen als deutschen Rechten gegründet 1). Viele Verrichtungen, so heut zu Tage dem Schinder überlassen worden, wurden ehemals von andern Personen ebenfalls übernommen. Allein, nachdem man die Schinder als verächtliche Leute anzusehen angefangen, so glaubte man berechtiget zu seyn, auch diejenigen mit gleicher Verachtung anzusehen, welche sich mit solchen Arbeiten abgeben, die sich nur für einen Schinder schicken. Unter die den Schindern zukommende Verrichtungen gehöret auch das Abdecken, allein auch dies

Es verächteten die Schäfer, bey ihren verreckten Schaa-  
fen. Dieses also hat verursacht, daß man auch die  
Schäfer unter die verächtlichen Leute gerechnet, weil  
sie mit dem Schinder einerley Arbeit treiben, und die-  
ses ist es, was man durch dieses Sprüchwort anzeigen  
wollen. Man hat ihre Kinder dieserwegen von den  
Zünften ausgeschlossen.

1) *Boehmeri* diss. de executionis poenar. honest. Tho-  
masens Juristische Handel P. III. p. 194. sq.

§. 2. Die Schinder werden auch noch heut zu  
Tage unter die verächtlichen Leute gerechnet 1). Die  
Reichsgesetze befehlen, daß sie sich besonders kleiden  
sollen 2). An vielen Orten haben sie ihre besondere  
Kirchspiele. Lauter Gewohnheiten, so wir als Zeug-  
nisse anzusehen haben, wie weit der Begriff von der  
Ehre bey unsern Vorfahren gegangen. Ihre Kinder  
sind auf die zweyte Zeugung von den Handwerkern aus-  
geschlossen, in soferne die Kinder des ersten Grads eine  
andere ehrliche Lebensart erwählet, und darinnen mit  
den andern wenigstens dreißig Jahr verblieben sind 3).  
Dahingegen die Schäfer unbilliger Weise für verächt-  
liche Leute angesehen werden, indem die älteren Reichs-  
gesetze derselben Kinder halber verordnen 4): daß die  
Schäfer und ihre Kinder, so sich ehrlich und wohl ge-  
halten, hinführo in Zünften, Gassen, Aemtern und  
Gilden keinesweges ausgeschlossen, sondern wie andere  
redliche Handwerker aufgenommen, und dazu gezogen  
werden sollten, welches alles in dem vorhin angeführ-  
ten Reichsgutachten wiederholet worden.

1) *Heineccius* de levis notae macula. — *J. F. Plitt*  
d. de levis notae macula secundum jus Germanicum,  
Marb. 1784. Diese Dissertation ist insonderheit ge-  
gen die Meistersche Meinung (in der ausführlichen  
Abhandl. des peiml. Processus in Teutschl. 1. Th. 1. Ab-  
schn.

ohn. Kap. VI. §. 11.), daß auch die Scharfrichter anrührige Personen wären, gerichtet. Mit Recht beruft sich derselbe auf den Reichschl. von 1731. §. 4. nach welchen, außer dem Schinder, keine Profession und Handthierung von den Handwerkern ausgeschlossen werden soll. D. S.

2) Refor. polit. imp. de 1530. tit. 23.

3) Reichsgutachten vom Jahr 1731. §. 5. — In dem Reichschluß vom 3ten April 1772. art. 5. sind auch die Kinder des Schinders für fähig, in den Zünften aufgenommen zu werden, erklärt worden, wenn sie anders noch nicht die Handthierung ihres Vaters getrieben haben. D. S.

4) Ref. pol. de 1548. tit. 37. §. 1. et de 1577. tit. 38. §. 1.

## VIII.

### Armuth ist keine Schande noch Unehre.

#### Anmerkung.

§. 1. Man findet in den ältesten Gesetzbüchern der Deutschen, verschiedene den Armen zum Nachtheil gereichende Verordnungen. Unter andern hielte man sie nicht für fähig, gültige Zeugen abzugeben 1). Ich übergehe andere unbillige Vorurtheile, so man gegen die Armen gehabt, und die auch heut zu Tage noch nicht ganz unterdrückt sind, wenn man oft zum voraus setzt, daß arme Leute verdächtig wären, und man dieselbe von vielen Rechten ausschließen müßte. Es soll also durch dieses Sprüchwort ein Vorurtheil widerlegt, und dagegen angezeigt werden, daß die Armuth allein keinen Verdacht erwecken, noch jemand zur Schande gereichen könne, es wäre denn, daß ein Armer zugleich lasterhaft wäre. Ja, daß es als keine Beleidigung angesehen werden soll, wenn jemanden seine Armuth vorgehalten wird, indem, wenn man die-

fers

irwegen eine Injurienflagge erheben wollte, daraus folgen würde, daß die Armuth eine Schande sey.

- 1) *Ludovici Pii* addit ad capit. Lib. III. §. 51—78. —  
und *Lex Wisigothor.* L. II. tit. IV. §. IX. in fine. Bey  
Georgisch S. 1903. D. 5.

§. 2. Dieses in der Vernunft und Menschenliebe gegründete Sprüchwort, hat auch noch heut zu Tage seinen guten Nutzen. Das Zeugniß der Armen wird keinesweges für ungünstig angesehen, wenn man sonst aus andern Ursachen, keinen Verdacht auf einen Armen werfen kann 1), und dieses ist auch von der Uebernehmung einer Vormundschaft zu sagen, von welcher die Armuth ganz allein niemand ausschließt. So ist auch die Armuth keine hinlängliche Ursache, ein rechtmäßig geschenes Eheversprechen, wiederum aufzuheben, obwohl so viel gewiß ist, daß Eltern allemal berechtigt sind, ihre Einwilligung zu verweigern, wenn sie sich nicht im Stande befinden, ihrer Tochter einen hinlänglichen Brautschlag mitzugeben, und der Bräutigam ebenfalls in der äußersten Armuth sich befindet 2). In einigen Orten ist es noch üblich, daß man bey Erwählung der Rathspersonen auf das Vermögen mit sieht, und unbemittelte Bürger nicht dazu erwählet 3). Es ist aber die Ursache dieser Ausschließung, keinesweges einer Verachtung zuzuschreiben, sondern vielmehr in der Beschaffenheit dergleichen Ehrenstellen gegründet, welche oft nicht mit vielen Einkünften verbunden sind, und doch eine standesmäßige Aufführung erfordern.

- 1) *S. Hellfeld's repertor. reale practic.* unter dem W.  
Armuth, §. 7. D. 5.

- 2) *Leyser* Sp. 296. m. 2.

- 3) *Statuta Mulhusana* Lib. I. Art. 4. §. 2—6.



## IV.

## Von Heyrathen und Rechten der Eheleute.

## I.

## Anwerbung macht keine Verbindung.

## Anmerkung.

## §. 1.

**W**ir kommen nunmehr auf diejenigen Sprüchwörter, so den Ehestand betreffen. Bey dem Ehestand kommen vier Dinge zu betrachten vor, nemlich, die Anwerbung, das Jawort, die Verlöbniß, und endlich die Trauung, wodurch die Heyrath vollzogen wird. Das gegenwärtige Sprüchwort betrifft die Anwerbung, und wird dadurch angezeigt, daß, so lange auf die geschehene Anwerbung das Jawort noch nicht erfolgt, der Mensch annoch seine Freyheit habe, seinen Antrag zu widerrufen, und in eine andere Verbindung sich einzulassen. Denn das Wesentliche eines Verlöbnisses beruhet auf die Einwilligung beider Personen, so mit einander in den Ehestand treten wollen. Diese muß nach der Anwerbung, von Seiten des Frauenzimmers an den Tag gelegt werden, so lange dieses Jawort noch nicht gegeben worden, wird der ganze Handel als ein in bloßen Tractaten bestehendes Geschäft angesehen, so allezeit wieder rückgängig gemacht werden kann.

§. 2. Es haben einige dafür gehalten, daß, wenn einem Frauenzimmer ein Ring zum Geschenk überreicht werde, daraus allezeit eine Verbindung entstehe, wenn gleich auf den geschehenen Antrag, das Jawort nicht erfolgt i.). Allein es wird in folgenden gezeigt  
wer

werden, daß die Schenkung eines Ringes, heut zu Tage nicht mehr die Würdung habe, welche ehemals damit verbunden gewesen. Man hält vielmehr dafür, daß eine in bloßen Tractaten bestehende Zusage, eben so wenig von einer Verbindlichkeit sey, als eine scherzhafte Anwerbung 2). Eine so wichtige Sache, als der Ehestand ist, erfordert eine deutliche und ernstliche Erklärung von beiden Seiten, indem im zweifelhaften Fall, keine Verlobniß vermuthet wird 3). Doch geht es auch Oerter, wo nach dem gegebenen Jawort, erst ein Tag zum öffentlichen Eheverlobniß angesetzt wird, und daß vor dem Ablauf dieses Tages beide Theile wieder ihr Wort zurück nehmen können 4).

1) *Müller* de annulo pronubo Th. 14.

2) *Brouwerus* de jur. connubior. Lib. I. cap. 20.

3) *Thomasius* de pactis futuror. sponsalior.

4) *Boehmer* in J. E. P. L. IV. Tit. 1. §. 106. Hofmanns Handbuch des teusch. Eherechts, S. 23. ff.

## II.

Seine Antwort, ist auch eine Antwort 1).

### Anmerkung.

§. 12. Man behauptet gemeinlich, daß, wenn ein Mensch auf einen ihm geschehenen Antrag stille schweiget, das Stillschweigen für eine Einwilligung zu halten sey, und es ist auch nicht zu leugnen, daß diese Meinung in denen Rechten ihren guten Grund hat 2). Allein so wie in den Gesetzen vieles enthalten, gegen welches eine Ausnahme billig statt findet; so gilt auch dieses Sprüchwort an, daß, wo auf den von einer Wahnsperson geschehenen Antrag, von dem Frauenzimmer, so zur Ehe verlangt worden, keine

Fisenz. Sprachw.

§

Ant-

Antwort erfolgt, derselben Stillschweigen als eine abschlägige Antwort angesehen werden soll. Es ist nichts gewöhnlicher, als daß man denjenigen, dessen Antrag man keiner Antwort würdig hält, auch keine Antwort ertheilet. In solchen Handlungen, welche eine ausdrückliche Einwilligung und Erklärung erfordern, kann das Stillschweigen nicht für eine Einwilligung gehalten werden. Zu solchen feyerlichen Handlungen rechnen wir auch die Verlobnisse, bey welchen unsere Vorfahren so viele Feyerlichkeit beobachtet, und zu deren wesentlichen, sie die ausdrückliche Einwilligung der Verlobten erfordert haben 3).

1) Dieses Sprüchwort scheint mir nicht gerade auf die Eheverlobnisse zu gehen, sondern eine allgemeine Regel, die bey allen Verträgen gilt, zu enthalten. Inzwischen konnte es hier süglich erläutert, und dessen richtige Anwendung auf die Eheverlobnisse gezeigt werden. D. S.

2) L. 142. de Reg. c. 43. de regul. jur. m. 6.

3) *Heineccii* element. jur. german. L. I. §. 176. sqq.

§. 2. Man erfordert auch heut zu Tage eine deutliche wohlüberlegte Erklärung, und hält ein auf den Antrag erfolgtes Stillschweigen für keine Antwort. Die Kirchen-Ordnungen der Evangelischen Kirche, sagen ohnedem, daß die Verlobnisse öffentlich, und in dem Fall, wenn Brant und Bräutigam keine Eltern mehr haben, in Gegenwart der nächsten Anverwandten, und einiger Zeugen, geschehen sollen 1). Dieses befiehlt auch insbesondere, die Fürstlich-Braunschweig-Lüneburgische Kirchenordnung vom 4. Jan. 1693, und sie erklärt alle Verlobnisse für ungültig, welche nicht auf diese Weise vollzogen worden sind.

1) *Bockmier* in I. E. P. L. IV. Tit. I. §. 105.

III.

Ist der Finger beringet, so ist die Jungfer  
bedinget.

Anmerkung.

§. 1. Um dieses Sprüchwort desto besser zu erklären, müssen wir mit wenigem von den bey denen Verlöbnißnen der alten Deutschen gewöhnlichen Gebräulichkeiten etwas anführen. Zu den Zeiten des Tacitus 1) wurden die Verlobungen in Gegenwart der Eltern und Anverwandten beiderseitigen Verlobten gehalten. Der Bräutigam brachte seine Geschenke mit, die nachher an dem Hochzeitstage übergeben wurden. In den nachfolgenden Zeiten ward es gebräuchlich, daß der Bräutigam die Braut kaufen mußte. Das Kaufgeld wurde *Wirttemon* genennet, dieses machte den Brautschlag aus. Dem Bräutigam wurde auf der Braut Wohlseyn zugetrunken, und sie ward ihm darauf übergeben. Von dieser Zeit an ward ihm erlaubt, sie öffentlich zu küssen, und sie trug zum Zeichen der geschehenen Verlobung einen Ring, den ihr der Bräutigam an den Finger gesteckt 2). Dieser Gebrauch, daß man die Braut kaufen mußte, ist unter den Morgenländern üblich gewesen, nur war die Summe bey den deutschen Völkern verschieden, und bey den Sachsen betrug nach den damaligen Umständen selbige 300 Solidos.

1) M. G. cap. 18.

2) *Gundling* de coemtione uxor. — Es bezieht sich auf diese alte deutsche Sitte das im Mecklenburgischen übliche Sprüchwort: *dree Söslinge iß de olde Koop*. Zu dessen Erläuterung *Manzel* in select. Rostoch. P. 1. S. 191. bemerkt, daß es noch im 16. und 17ten Jahrh. im Mecklenburgischen üblich gewesen, bey Eheverlöbnißnen 3 Söslinge auf die Treue zu geben.

§. 2. Nach der Gewohnheit der vorigen Zeiten durfte nur verheyrathetes Frauenzimmer Ringe tragen. Dahero es als ein gewisses Zeichen angesehen wurde, daß ein Frauenzimmer verlobet sey, sobald sie einen Ring trug 1). Da nun der Ring nicht eher übergeben worden, als bis man mit der Verlobniß zu Stande gekommen war, so hat man durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß nunmehr die Braut dem Bräutigam überlassen, und zur Vollziehung der Ehe verbindlich gemacht worden sey. Denn die Verlobniß wurde eben so heilig als die Ehe selbst gehalten, und konnte nicht wieder leicht aufgehoben werden. Ja es war in den Gesetzen eine schwere Geldstrafe darauf gesetzt, wenn jemand das Verlobniß aufheben wollte 2). Aus dem Tragen des Ringes entstand also nicht eine bloße Vermuthung, daß die Person, so denselben führte, etwa verlobet seyn möchte, sondern er diente zum wirklichen Beweis, daß sie jemand versprochen worden. Denn das Wort bedingen heißt eben so viel als versprechen und zusagen.

1) *Otto* in jurisprudent. symbol. exerc. 2. cap. 11. —

*Hachenbergi* Germania media dissert. V. §. 8. Den Gebrauch des Ringes scheinen die Deutschen von den Römern kennen gelernt zu haben, indem man nur in den Gesessammlungen derjenigen Völkerschaften, welche mit den Römischen Sitten nicht gänzlich unbekannt waren, Erwähnung desselben findet. D. S.

2) *Lex Wisigoth* Lib. III. Tit. 1. 2. *Lex Alem.* tit. 53. *Lex Salica* Tit. 14. 8.

§. 3. Die Sitten unserer jetzigen Zeiten haben dieses Sprüchwort unbrauchbar gemacht. Denn, seitdem das Tragen eines Ringes zu einer allgemeinen Mode geworden, ist der Schluß, daß dasjenige unverheyrathete Frauenzimmer, so einen Ring trägt, eine Braut seyn müsse, unrichtig, weil einem jedem frey steht,

sehen, ~~und~~ dieses Rathes zu bedienen. Es ist zwar gewöhnlich, daß Braut und Bräutigam sich einander Ringe verehren; aber die Gebung eines Ringes ist kein solches Zeichen mehr, aus welchem eine geschlossene Verlobniß vermuthet wird, sondern man muß vielmehr sehen, was sonst unter beiden Personen vorgefallen, und ob der Ring als ein wirklicher Brautring gegeben worden ist 1).

- 1) *Boabmer* in jur. ecclesiast. Protest. Lib. IV. Tit. 1. §. 191. — *E.* auch *Heineccii* Confilia, C. 493. ff. d. 5.

#### IV.

### Heimliche Verlobniß stiftet keine Ehe.

#### Anmerkung.

§. 1. Wir verstehen hier unter der heimlichen Verlobniß, ein ohne Einwilligung der Eltern und Vorgesetzten geschehenes Eheversprechen 1). Es ist bei der Erklärung des vorhergehenden Sprüchwortes schon angeführt worden, daß die alten Deutschen den Ehestand als eine heilige und wichtige Sache angesehen, und bei den Verlobnissen verschiedene Feierlichkeiten beobachtet haben. Zu diesen gehört auch die Gegenwart und nothwendige Einwilligung der Eltern 2). Ein gleiches findet man in den ältesten Gesetzbüchern der Deutschen 3). So war es auch mit der Einwilligung der Anverwandten und aller dererjenigen Personen beschaffen, unter deren Pflege und Vormundschaft die Verlobten sich befunden hatten 4). Es soll also dieses Sprüchwort anzeigen, daß dergleichen heimliche Verlobnisse von keiner Verbindlichkeit seyn können noch bestehen mögen, sondern auf Verlangen der Eltern allemal wiederum aufgehoben werden sollen, indem

ders

dergleichen Personen, so ohne ihrer Eltern Einwilligung, sich mit einander verloben, durch ihre strafbare Handlung den Eltern ein Recht nicht nehmen können, welches das Gesetz der Natur denenselben verliehen hat.

- 1) Ein heimliches Verlöbniß heißt überhaupt dasjenige, welches ohne Beobachtung der gesetzlichen Feyerlichkeiten geschlossen worden ist. S. A. L. Schott Einleitung in das Eherecht, §. 148. D. S.
- 2) *Tacitus* de M. G. cap. 18.
- 3) *Heingccius* in element. jur. german. Lib. I. §. 188.  
— In den LL. Longobard. L. 2. t. 2. war verordnet, daß derjenige, welcher ohne Einwilligung der Eltern oder Vormünder eine Frau nahm, eine Geldstrafe entrichten mußte. Man ließ aber doch dergleichen, wenn sie vollzogen waren, gelten, wie solches der *Interpres receptar. Sentent. Pauli tit. 19. §. 2.* von den gothischen Sitten bezeugt. S. die Abhandl. von einigen Vorzügen des deutschen Frauenzimmers vor dem römischen in den neuen Erweiterungen der Erkenntniß und des Vergnügens, 4ter B. S. 17. D. S.
- 3) *Ludewig* de consens. connub. extra patr. *Jenichen* de necessario tutor. consens. in sponsalib. minor.

§. 2. Es ist nicht zu beschreiben, wie verschieden die Meinungen der Gottes- und Rechtsgelehrten, in Ansehung des Gebrauchs von diesem Sprüchwort, sind. Wir wollen alles miteinander kürzlich zusammen fassen. Die erste Kirche legte nach dem Zeugniß des *Tertullians* 1) den heimlichen Verlöbniß nicht die geringste Wirkung bey. Dieses wurde auf verschiedenen Kirchenversammlungen bestätigt. Es war aber kaum die Lehre von dem Sacrament der Ehe der Christenheit veröffentlicht worden; als man zu behaupten anfing, daß zwar die Kinder ohne Einwilligung ihrer Eltern sich nicht verheyrathen sollten; daß aber jedoch die heimlich vollzogene Ehe nicht getrennet werden könne 2). Auf der Tridentinischen Kirchenversammlung 3) ward die

Mei-

Meinung anzunehmen beliebt, daß die Kirche dergleichen Ehen niemals für ungültig erkannt, sondern nur gemißbilliget hätte. Der unsterbliche Luther vertheidigte die Meinung der ersten christlichen Kirche und die Rechtsgelehrten, so damals noch eifrige Anhänger und Vertheidiger des päpstlichen Rechtes gewesen, tadelten ihn darüber ohne Grund und Billigkeit 4). Nach der Zeit sind unter den Evangelischen Rechtsgelehrten zwey Partheyen entstanden, deren eine die päpstliche Lehre annimmt, ohne jedoch die Ehe als ein Sacrament anzusehen, und diese behaupten, daß heimliche Verlobnisse nur alsdenn von keiner Wirkung sind, wenn die Ehe noch nicht vollzogen worden. Sie geben zu, daß Kinder ohne elterliche Bewilligung sich nicht verloben können, sie wollen aber nicht haben, daß wegen der aus den Augen gesetzten Kindespflicht die einmal vollzogene Ehe getrennet werden soll. Die andere Parthey folget bloß dem Recht der Natur und der gesunden Vernunft, und dieses lehret uns, daß die Kinder, so lange sie unter der Eltern Gewalt stehen, ohne der Eltern Einwilligung keine Verbindung eingehen können 5). Und diese Meinung ist in den meisten Evangelischen Kirchenordnungen gegründet 6).

1) Lib. II. ad uxor. c. ult.

2) *Boehmer* in I. E. P. Lib. IV. Tit. 2. §. 1.

3) Sess. XXIV. de reformat. matrim.

4) *Seckendorff* in histor. Luthetanismi Lib. III. Sect. 38. §. 126.

5) Dieser Meynung sind z. B. *I. H. Boehmer* I. E. Pract. L. 4. tit. 2. §. 22. tit. 3. §. 51. *Stryck* de dissens. spons. S. 4. c. 1. §. 32. *Schott* am a. O. §. 93. in den Not. S. 186. Sie berufen sich hauptsächlich darauf, daß nach dem Römischen und ältern Canonischen Rechten eine solche Ehe nichtig sey, die Trauung aber, als förmliche accessorische Handlung, ein solches ungültiges Geschäft nicht gültig machen könne. Der  
gegen



gegenseitigen Meinung. *And. G. L. Boehmer* in princip. jur. can. §. 369. *Kunze* Grundf. des allgem. deutsch. Privatre. §. 661. jedoch mit der Einschränkung, wenn die besondern Rechte eines Landes nicht ein anders bestimmen. Letztere geben zu, daß die Schlüsse der Tridentinischen Kirchenversammlung für die Protestanten nicht verbindlich sind, sie gründen sich aber auf die Reichsgesetze und zwar auf den Reichsabsch. von 1548. tit. 21. §. 9. (in der Senkenbergischen Samml. Th. 2. S. 565.) in welchen ausdrücklich die Trennung einer ohne elterliche Einwilligung geschlossenen Ehe verboten sey. Da die Reichsgesetze als gemeine Rechte in Deutschland gelten, so verdient unstreitig die letztere Meinung den Vorzug. D. S.

§) *Constitutio D. Rudolphi Augusti* de 1685. tit. von Verbot heimlicher Ehe. *Boehmer* de, necessario parentum consensu in nuptiis liberor.

## V.

Alle Freyer reich, und alle Gefangene arm.

## Anmerkung.

§. 1. Wie nach und nach das rauhe Wesen in Deutschland verschwunden, und die Deutschen durch den Umgang mit auswärtigen Völkern immer mehr gesitteter geworden, so wurde auch der junge Bräutigam weit gakter als sein Großvater gewesen war. Man ließ es nicht mehr bey dem alten Brautschatz bewenden, womit man sich die Braut kaufte, sondern das Herz der Schönen zu gewinnen und den Wohlstand zu beobachten, mußte der Bräutigam seiner Braut außerdem Geschenke von aller Art geben. Man findet, daß dieses schon zu des Fränkischen Königes *Chlodoväus* Zeiten unter den Franken ein allgemeiner Gebrauch gewesen, und worinnen immer ein Volk das andere nachgeahmet 1). Diese Geschenke bestanden theils in Vieh, theils in Geld und Kleinodien, und manchmal gar in Lands

Landgütern, und man pflegte ein schriftliches Verzeichniß davon zu verfertigen, und sogar die Schenkung gerichtlich bestätigen zu lassen 2).

1) *Fredegarius* Gest. Franc. epit. cap. 18. *Baluzius* T. II. p. 533.

2) *Marculphus* Lib. II. c. 15. *Lindenbrag.* cap. LXXXV.

§. 2. Es ist aus diesem Sprüchwort leicht zu ersehen, was dasselbe sagen will. Es enthält nichts anders, als einen Wunsch für die Freyer in sich, welche theils durch Geschenke gute Freunde gewinnen müssen, um durch derselben Vorsprache und Empfehlung mit der Person, so der Vorwurf ihrer Liebe geworden, genau bekannt zu werden, und derselben Herz zu gewinnen, theils auch ihre Geliebte durch dergleichen Geschenke zu noch größerer Zärtlichkeit zu bewegen. Der Freyer 1) wird der Gefangene in diesem Sprüchwort an die Seite gesetzt, vielleicht dadurch anzuzeigen, daß, so wie jenem sein Gold und Puz, Liebe, Hochachtung und Lobsprüche erwerben, dieser durch seine Armuth und Elend das Mitleiden guter Herzen zu erwecken suchen muß, um ihn von seiner Gefangenschaft zu befreien. Es ist nicht nöthig von dem Gebrauch des in diesem Sprüchwort enthaltenen ersten Satzes viel zu sagen, indem die tägliche Erfahrung dafür Bürge ist.

1) Die Benennung: Freyer, so wie das Wort: freyen, kommen wahrscheinlich davon her, daß die Ehe bey den Teutschen die Kinder von der väterlichen Gewalt befreiete. *S. Hert* in notit. veter. Germ. c. 3. §. 3. *Pützmann* in adver. jur. universi, L. 1. §. 137. glaubt, daß der Sinn dieses Sprüchwortes der sey, daß viele Freyer für reich und begütert gehalten werden, hingegen, wenn sie erst Ehemänner sind, sich das Gegentheil zeige. D. S.

## VI.

## Für einen Bräutigam ist gut Bürge seyn.

## Anmerkung.

§. 1. Zu diesem Sprüchwort hat das römische Recht Gelegenheit gegeben. Dieses verbietet, daß eine Ehefrau von ihrem Ehemanne wegen des von ihr eingebrachten Brautshages keine Bürgschaft zu fordern berechtiget seyn soll <sup>1)</sup>. Man findet in den Gesetzen zwey Gründe davon angeführet. Erstlich, weil es einer Frau zur Schande gereiche, wenn sie ihrem Ehemann nicht ihr Gut anvertrauen wolle, da sie doch demselben, welches weit höher zu schätzen ist, ihr Leib und Leben anvertrauen muß, und für das andere hat man dafür gehalten, daß eine solche Bürgschaft zu einer mißvergnügten Ehe Gelegenheit geben, und dem zärtlichen Vertrauen, so Ehegatten gegen einander haben müssen, und worauf die ganze Glückseligkeit des Ehestandes beruhet, hinderlich seyn werde. Nachdem das römische Recht in Deutschland bekannt geworden, und man den Töchtern einen Brautshag mitzugeben eingeführt hatte, so fieng man auch an, diejenigen Gesetze, so von den Rechten der Ehegatten handeln, anzuwenden, und auf diese Weise ist das angeführte Sprüchwort entstanden, welches anzeigen, daß, weil in den Gesetzen einem Frauenzimmer es verboten, von ihrem Ehemann, oder wenn es noch vor der vollzogenen Ehe rath geschiehet, von ihrem Bräutigam Brautshagbürgen zu verlangen, für einen Bräutigam Bürge zu werden, kein Bedenken erfordere, weil eine solche Bürgschaft ohnedem als eine wider die Gesetze laufende Sache ungültig sey und nicht bestehe.

<sup>1)</sup> tit. C. ne fidejussor, dot. dent. C. Groenewegen de LL. abrogalis, C. 199. d. 5.

§. 2. Es fehlet nicht an Rechtsgelehrten, welche dieses auf die Sitten und Denkungsart der Morgenländer sich gründende Gesetz von der Unzulässigkeit der Brautschagbürgen vertheidigen, und desselben Gebrauch in Deutschland behaupten. Andere halten aber nach meinem Ermessen mit besserem Grunde dafür, daß eine solche Bürgschaft in Deutschland für gültig zu achten sey 1). Man findet ja nicht, daß selbige etwas schädliches, oder so mit den guten Sitten streitet, in sich enthalte, und es ist bekannt, daß nach den deutschen Rechten alle unschädliche, und nicht gegen die guten Sitten laufende Verträge von Gültigkeit sind. Es ist auch zu muthmaßen, daß dergleichen Bürgschaften ehemals in Deutschland für erlaubt gehalten worden sind. In dem Weichbild 2) heisset es: Dieweil ihr ihr Ehegeld nicht geleistet wird, das ihr gelobet ward, da sie ihren Mann nahm, darf sie auch die Gewehr des Guts nicht räumen, die Erben weisen sie denn ab mit Recht oder mit Güte. Hat sie aber Bürgen dafür, so darf sie die Erben nicht mahnen, weder in der Güte noch zu Recht, so soll sie die Gewehr räumen, und dem Gelübde der Bürgen folgen. Das päpstliche Recht ist ebenfalls dergleichen Bürgschaften nicht zuwider. Innocentius der Dritte machte sogar eine Verordnung, daß, wenn der Bräutigam oder Ehemann keine Bürgen stellen könnte, der eingebrachte Brautschag so lange einem Kaufmann als ein Darlehn hingegeben werden, und dieser dem Ehemann zur Erleichterung der Ehestandsbürden die Zinsen jährlich davon abtragen soll 3). Ich will nichts von verschiedenen Ländern anführen, in welchen das oben angeführte Justinianeische Gesetz ohnedem in diesem Stücke von keiner Gültigkeit ist, sondern beziehe mich auf dasjenige, was ich an einem andern Orte davon gesagt 4).

Kurz,

Kuh, es ist heut zu Tage nicht immer rathsam für einen  
Bräutigam Bürge zu werden.

1) *Leyser* Sp. § 23. m. 9.

2) Art. 24.

3) C. VII. de donationib. inter. vir. et uxor.

4) Siehe meine Dissert. de fidejussorib. doris in des sel.  
Verfassers Opuscul. S. 19. ff. d. 5.

## VII.

**Es ist niemand schuldig, die Kuh mit dem Kalbe  
zu behalten.**

### Anmerkung.

§. 1. Die Frage, ob dersjenige, welcher auf eine  
listige Weise im Heyrathen betrogen worden, und in  
der Meinung, eine reine Jungfrau zu empfangen, eine  
Surre dafür bekommen, eine Ehescheidung verlangen  
könne, wenn die Person, mit welcher er sich vermäh-  
let, sich von einem andern schwanger befindet, oder  
aber nicht als Jungfrau befunden worden, ist nicht  
immer dem Wunsche dergleichen unglücklichen Mannes-  
personen gemäß, beantwortet worden. Die in den  
vorigen Zeiten der Weltweisheit derer Scholastiker er-  
gebene Gottesgelehrten, haben vermeinet, daß eine  
Ehescheidung in diesem Falle nicht verstattet werden  
könne 1). Man muß merken, daß sie die Hurerey  
unter die sogenannten geringen Sünden gerechnet, und  
die Lehre von dem Sacrament sie in ihrer Meinung bes-  
tärket. Das angeführte Sprüchwort ist dieser Mei-  
nung entgegen, und zeigt an, daß niemand verbunden  
sey, eine von ihm gehehlte, aber vor der Ehe von  
einem andern geschwängerte Weibsperson zu behalten,  
sondern in diesem Fall die Ehescheidung allemal statt  
habe.

1) *Mejer* de uxtr. virgine.

§. 2. Es ist dieses Sprüchwort aus den Sitten der alten Deutschen zu erklären. Sie forderten mehr Keuschheit von einem Frauenzimmer, als von einer Mannsperson 1). Bei dem Heyrathen sahen unsere Vorfahren, wie schon vorher angeführet worden, sehr darauf, daß die Braut noch in ihrer Unschuld sich befände 2), und es ist aus dem Tacitus bekannt, was für ein streng Gericht über unzüchtige Weibsbilder und Ehebrecherinnen gehalten worden 3). Man glaubte, daß dergleichen niederliche Geschöpfe, nicht zu einem glüklichen Ehestand taugten, und man hat nach der Zeit verschiedene Sprüchwörter erfunden, die dieses anzeigen, als z. E. aus einer argen Hure, wird selten ein gut Weib. Hierzu kam noch die Ehre, auf welche der Deutsche so viel hielt, und die er über alles schätzte. Eine Mannsperson, so eine Hure heyrathete, mußte befürchten, allen Ruhm und Ehre zu verlieren, gesetzt, daß er auch ihre Umstände vor der Heyrath nicht gewußt, so lud er doch allezeit einen Verdacht auf sich, wenn er länger mit einer solchen vorher geschändeten Person im Ehestand leben wollte, nachdem er ihr lasterhaftes Leben erfahren, und die Schwangerschaft das Zeugniß davon dargeleget. Man mußte einen solchen nothwendig einer Niedrigkeit beschuldigen. Und obwohl in alten Zeiten die Ehescheidungen in Deutschland sehr selten vorkamen, so ist doch kein Zweifel, daß nicht in dem Fall, von welchem dieses Sprüchwort handelt, eine Ehescheidung erlaubt worden.

1) Gundling in diss. majorem castitat. a feminis quam a viris requiri.

2) Tacit. cap. 19. de M. G.

3) Idem l. c.

§. 3. So viel den heutigen Gebrauch von diesem Sprüchwort anbelangt, muß man zwey Fälle von einander

ander unterscheiden. Hat jemand die von einem andern mißhandelte oder geschwängerte Person wissentlich geheyrathet, so ist an keine Trennung zu gedenken, sondern derjenige hat es sich selbst zuzuschreiben, und muß für seine Unbesonnenheit büßen, daß er sich freiwillig durch eine solche Heyrath Spott und Verachtung zugezogen. Ist er aber betrogen worden, so ist eine solche Ehe, wegen Mangels der Einwilligung, als eine nichtige Ehe zu erklären 1). Man muß hier zum voraus setzen, daß eine solche Person die Absicht gehabt, eine unbescholtene und tugendhafte Ehegattin zu haben. Ist sie nun durch andere hintergangen, und ihr listiger Weise so viel Hindernisse in den Weg gelegt worden, daß sie von den wahren Umständen der Braut, keine wahre Nachricht haben können, so ist die Einwilligung nicht frey gewesen. Die Rechtsgelehrten sagten daher, daß, wenn die Ehe durch einen Betrug veranlaßt worden, dem beleidigten Theil allemal frey stehe, die Aufhebung der Ehe zu verlangen. Auch bey dem Irrthum hält man dafür, daß die Ehe unkräftig sey, wenn man in solchen Dingen irret, so entweder die Eigenschaft der Ehe, oder der Person, mit welcher man sich verbunden hat, betrifft. Aus diesem Grund sagt man, daß, wenn eine Frauensperson sich für eine Jungfer ausgegeben, die Jungferschaft allemal von dem Bräutigam als eine Bedingung zum vorausgesetzt werde, wenn er auch schon nicht ausdrücklich, sich diesermwegen erklärt, und daher demselben, nach befundenen Irrthum wiederum abzutreten erlaubet sey 2).

1) arg. c. fin. X. de conjug. serv. Pufendorf O. I. V. T. I. obl. 161. d. 5.

2) Stryck de dissens. sponsalit. Sect. V. §. 48. et in not. ad Brunnem. jus ecclesiast. Lib. II. cap. 17. §. 25.

VIII. A.

**Schwägerschaft hindert am ehelichen Leben, fördert aber nicht zum Erben.**

**Anmerkung.**

§. 1. Es folgen nunmehr einige Sprüchwörter, so von den Hindernissen handeln, welche öfters Personen, so mit einander in ein eheliches Bündniß treten wollen, entgegen stehen. Unter diese gehöret die allnähe Verwandtschaft, welche hier unter Schwägerschaft zu verstehen. Ob bey denen Deutschen, als sie noch im Heidenthum lebten, schon gewisse Grade von verbotenen und erlaubten Ehen bestimmt gewesen, läßt sich nicht mit Gewißheit behaupten. So viel ist indessen gewiß, daß in den Salischen 1), und andern alten deutschen Gesetzbüchern derselben Erwähnung geschieht 2). Ueberhaupt ist in Deutschland dasjenige zur Richtschnur angenommen, was theils in der heiligen Schrift, theils auf denen Kirchenversammlungen, und von den römischen Päbsten verordnet worden. So viel dieses Sprüchwort anbelanget, ist dasselbe am besten aus dem sächsischen Landrecht zu erklären 3), also wo es heisset: ob nun wohl der Pabst erlaube hat, sich mit einander zu verheirathen, in dem fünften Grad, so mag er doch kein Recht setzen, da er unser Land, oder Lehn, Recht mit andern oder Fränken möge. Da nun nach dem Recht der Erbfolge in Deutschland es heisset: je näher dem Siep, je näher dem Erbe, wie unten angezeigt werden soll, so wurde durch dieses Sprüchwort so viel angezeigt, daß die Anverwandtschaft und Schwägerschaft, jemanden an der Heyrath hinderlich sey und zu Erlangung eines Erbrechts nichts beptrage.



1) Lex Sal. Tit. 14.

2) Lex Longob. Lib. II. Tit. 8. §. 3. 13. 14. Baiuar. Tit. 6. §. 1. Alemann. Tit. 39. Capit. Reg. Francor. Lib. V. n. 168, 304. Lib. VI. 409. Lib. VII. 143.

3) Lib. I. Art. 3. glossa ad L. 1.

§. 2. In wie ferne die Schwägerschaft heut zu Tage eine Hinderniß bey dem Heyrathen verursache, ist aus dem päpstlichen Recht, und den Kirchenordnungen Evangelischer Fürsten zu ersehen. In Ansehung der Erbfolge dienet dieses Sprüchwort ebenfalls zur Regel.

### VIII. B.

#### Heyrathen ins Blut thut selten gut. (d. S.)

#### Anmerkung.

§. 1. Zu den Tugenden der alten Deutschen rechnet Cluver 1) auch die, daß sie aus einem natürlichen Gefühle von Unrecht, die im Mosaischen Rechte verbotenen Ehen zwischen Blutsfreunden vermieden hätten, ohne daß er jedoch historische Beweise für seine Meinung anführt. Wahrscheinlicher ist es, daß die teutschen Nationen nicht eher von verbotenen Ehegraden etwas gewußt haben, als nachdem das Christenthum unter ihnen eingeführt worden war. 2). Man findet schon Verbote der Ehen unter zu nahen Blutsfreunden in den Salischen, Alemannischen, Bayerschen, Longobardischen Gesetzen und in den Capitularien der Fränkischen Könige 3). Es ist aus der Geschichte und dem Canonischen Rechte bekannt, wie die Päbste nach und nach das Verbot der Ehen unter nahen Anverwandten immer mehr erweiterten, wie sie auf die lächerlichste Weise hierbei aus der heiligen Schrift sowohl, als aus der Physik Gründe herwortsuchten, wie sie aber in der That bey diesen Eheverböten nichts anders beabsichtigten, als

als Dispensation Gelder zu erpressen, und Fürsten zu  
manipuliren und nach ihrem Interesse zu lenken 4).  
Viele teutsche Fürsten überschritten zwar diese erweiterten  
Eheverbote, ohne vorher um päpstliche Dispensa-  
tion nachgesucht zu haben. Allein die Verdräglichkei-  
ten, welche sie sich dadurch zugezogen, hatten oftmals für  
sie die unglücklichsten Folgen 5). Die Geistlichkeit  
brachte es dahin, daß man in Deutschland anfang, die  
Heirathen unter Blutsfreunden mit Abscheu zu betrach-  
ten. Der Annalist Albert von Straßburg 6) schreibt  
mit dem größten Unwillen von der zweiten Heirath R.  
Carl IV. mit Anna, einer Tochter des Churfürsten  
von der Pfalz, Rudolph, daß beide, Carl und sein  
Schwiegerpater, einen Urohnvater, den König Ru-  
dolph von Böhmen gehabt hätten, und, welch ein  
Srenel! diese Verbindung der Sage nach ohne vors-  
hergegangene Dispensation geschlossen sey, zumal, da  
auch die Mütter des Bräutigams und der Brant Schwe-  
sterkinder gewesen wären. Dieser Abscheu scheint An-  
laß gegeben zu haben, daß man von den Ehen zwischen  
Blutsfreunden nicht viel gutes hielt, und an ihren  
Segen und Glück zweifelte. In diesem Glauben scheint  
mir die Veranlassung des gegenwärtigen Sprüchwortes  
zu liegen.

1) de Germania antiqua, S. 180.

2) Hainecii element. jur. germ. L. 1. §. 199. und  
das so. hergehende Sprüchw.

3) Palae Systema Jurisprud. civilis Germanicae anti-  
quae, L. 1. c. VII. §. 4.

4) S. vorzüglich Gundlingiana P. XXVII. Nr. 3.

5) Beispiele, s. in Gundlingian. am a. D. D. §. 17.

6) ad a. 1359. in Urstijli script. T. III.

§. 2. Gegenwärtig, besonders bey den Protestan-  
ten, hält es aufser denjenigen Fällen, in welchen das  
Ehen. Sprüchw. Mojai

Mosaische Recht die Ehe zwischen Blutsfreunden: Versagt, so schwer eben nicht, Dispensation gegen Erlegung gewisser Dispensationsgelder zu erhalten 1). Im Preussischen bedarf es nach der Königl. Cabinetsordre vom 3ten Jun. 1740, außer den mosaischen Verböten, gar keiner Dispensation. Da das Mosaische Recht die Eheverböte nicht sowol auf die Nähe der Verwandtschaftsgrade, als auf die besondere israelitische Familienverfassung gründet, so verdient die Meinung der Rechtsgelehrten den Vorzug, welche selbige nur bloß auf die ausdrücklich benannten Fälle einschränken und keine ausdehnende Erklärung zulassen 2). Sollte ein Landesherr aber nicht berechtigt seyn, selbst gegen die Mosaischen Eheverböte dispensiren zu können? Ich glaube, daß in sofern die Gründe, warum Gott durch Moses diese oder jene Ehe zwischen Blutsfreunden verböte, auch bey unserer Familienverfassung eintreten, diese Frage verneint werden muß, weil eine dem allgemeinen Besten an sich schädliche Handlung durch keine landesherrliche Erlaubniß rechtmäßig gemacht werden kann. Sinegegen in sofern gewisse mosaische Eheverböte sich lediglich auf die Israelitische Familienverfassung beziehen 3), und die schädlichen Folgen, welche bey den Israeliten aus solchen unerlaubten Ehen entstanden seyn würden, bey uns nicht zu befürchten stehen, so scheint mir auch die aufgeworfene Frage bejaht werden zu müssen.

1) Nach dem Tridentinischen Kirchenschlusse: Sess. 14. c. 5. sollten die Dispensationen zwar umsonst ertheilt werden, allein die Praxis des Röm. Hofes zeigt das Gegentheil. G. L. H. Boehmer in der Anmerk. zu Fleury institut. jur. eccles. §. 353.

2) G. L. Boehmer princip. jur. can. §. 398. und die daselbst angeführten Schriftsteller.

3) Schott Enleis. in das Eher. §. 121.

IX.

Der Taufstein scheidet.

Anmerkung.

§. 1. Schon zu des Kaisers Justinians Zeiten, war die Meinung bekannt gewesen, daß durch die Taufe eine geistliche Verwandtschaft entstehe 1), und die Päbste haben die Lehre von der geistlichen Verwandtschaft noch weiter ausdehnet 2). Anfänglich sagte man nur, daß die Taufzeugen und das getaufte Kind mit einander in eine Verwandtschaft treten, aber nach der Zeit ist man darinnen immer weiter gegangen, wie solches der sel. Canzler Böhmer umständlich ausgeführt hat 3). Die Wirkung dieser geistlichen Anverwandtschaft äußert sich vornehmlich darinnen, daß die in einer geistlichen Anverwandtschaft stehende Personen einander nicht ehelichen durften, ja die Sache wurde so weit getrieben, daß man solche Personen wiederum von einander durch eine Ehescheidung trennete, wenn sie wider das Verbot der Kirche, unter sich ein eheliches Band geknüpft hatten, und hieraus wird man die Bedeutung dieses Sprüchwortes leicht einsehen 4). Auf der Kirchenversammlung zu Trident, hat man auch in Ansehung der Lehre von der geistlichen Verwandtschaft eine Aenderung getroffen 5).

1) L. 26. C. de nupt.

2) Tit. X. de cognat. Spiritual.

3) in d. E. P. Lib. IV. Tit. 11.

4) Ludovici de effect. baptismi juridico.

5) Sess. 24. de reformat. matrim. c. 1.

§. 2. Die Evangelische Kirche macht von diesem Sprüchwort keinen Gebrauch. Brunnemann hat zwar die Meinung gehabt, daß zwischen den Taufge-  
 2 vattern

vattern und dem getauften Kinde, die Ehe verboten werden müsse 1). Er gründet seine Meinung auf das Justinianische Gesetzbuch, und glaubet, daß man desselben Verordnung so lange nachleben müsse, so lange, daß darinnen befindliche Gesetz von der geistlichen Unverwandschaft, zwischen dem Taufpathen und dem getauften Kinde, nicht durch eine neue Verordnung aufgehoben worden. Aber selbst dieser große Rechtsgelehrte hat nach der Zeit eingesehen, daß das Evangelische Religions- und Kirchenwesen, nicht nach dem Justinianischen Gesetzbuch zu beurtheilen sey 2).

1) ad L. 26. C. de nupt.

2) in I. E. Lib. II. c. 16. §. 19.

## X.

**Wer freyen will muß erst ausdienen.**

### Anmerkung.

§. 1. Es betrifft dieses Sprüchwort die Dienstboten, und zeigt an, daß das Heyrathen den Miethcontract, welchen dieselben mit ihren Brodherrn eingegangen, nicht aufhebe, sondern sie erstlich ihre Zeit ausdienen müssen, ehe sie heyrathen, und ihr eigen Hauswesen anordnen wollen. Denn obwol die heutigen Dienstboten, nicht mit denjenigen Leibeignen zu vergleichen sind, so die Gutsherrn zur Perrichtung ihrer häuslichen Geschäfte brauchten, und Gesinde genennet worden, sondern als freygebohrne Menschen ihre Dienste vermiethen, so bringt es doch das Wesen des Miethscontracts mit sich, daß sie ohne erhebliche Ursache, vor dem Ablauf der Miethsjahre die Dienste nicht verlassen können. Nach diesem Sprüchwort wird also das Heyrathen nicht als eine erhebliche Ursache angesehen, so den Miethcontract aufhebe.

§. 2.

§. 2. Beurtheilet man die Pflichten der Dienstboten gegen ihre Brodherrn nach dem Contract, in welchem dieselbe bestimmt sind, so ist das Ehebrathen ebenfalls keine Ursache, wodurch dieselbe aufgehoben werden sollte, wenn nicht das Gesinde als eine Bedingung sich es vorbehalten hat, daß ihm frey gelassen werde, aus dem Dienst vor der Zeit zu gehen, wenn es sich verheyrathen sollte. Ein anders ist auch zu sagen, wenn ein besonderes Landes- oder Stadtrecht, die Ehebrath unter die, den Miethecontract aufhebende rechtmäßige Ursachen gesetzt hat. Hieher gehöret das sächsische Landrecht 1), in welchem es heisset: Welcher freyer Knecht ein ehlich Weib nimmt, oder eine Vormundschaft aestirbet, von Kindern die nicht bey ihren Jahren sind, der mag wohl aus seines Herrn Dienst kommen. Das Lübsche Recht 2), ingleichen die Statuten der Stadt Hamburg 3), kommen mit dem sächsischen Recht überein. Man wendet in diesen Ländern und Orten das Sprüchwort um, und saget: Freyen gehet vor Miete 4).

1) Lib. II. Art. 32.

2) Jur. Lub. Lib. I. Tit. 4. Art. 5. ibique *Mevius*.

3) P. I. tit. 9. §. 4.

4) Vielleicht ist das Sprüchwort: Wer freyen will muß erst ausdienen; ursprünglich auf die leibigenen Dienstboten (gasindi) angewendet worden, von welchen *Portgiesser de. statu servor. S. 219. ff.* ausführlich handelt. D. S.

## XI.

Hast du mich genommen, so mußt du mich behalten.

### Anmerkung.

§. 1. Es kann dieses Sprüchwort sowol von Verlobten als Eheleuten verstanden werden. Die Verbinds

bindlichkeit der Verlobten gehet dahin, die einander gegebene Zusage durch die Ehe zu vollziehen. Wenn die Verlobung einmal gesetzmäßig geschehen, so findet keine Reue statt, daß etwa der eine Theil durch Erstattung des Schadens sich von seiner Verbindlichkeit losmachen können. Die Verbindlichkeit der Ehegatten ist noch weit stärker. Die einmal rechtmäßiger Weise eingegangene Ehe ist unauflöslich, und kann durch beiderseitiger Einwilligung nicht getrennet werden, und dieses ist es, was das angeführte Sprüchwort besaget, welches sich außer dem auf die Hochachtung der Deutschen gegen den Ehestand gründet, der auch in den ältesten Zeiten als ein unauflösliches Band angesehen worden, so nur der Tod allein trennen kann 1).

1) Tacitus de M. G. cap. 18.

§. 2. In Ansehung der Verlobten und Verheyratheten wird dieses Sprüchwort allemal eintreffen, und keine andere Ausnahme haben, als was die Kirchengesetze wegen Wiederaufhebung der Eheverlöbniß und der Ehescheidung als eine rechtmäßige Ursache festgesetzt haben.

## XII.

Mann und Weib sind ein Leib.

### Anmerkung.

§. 1. Durch dieses Sprüchwort wird die Gemeinschaft angezeigt, in welcher Ehegatten mit einander stehen, und die die Liebe und das Band der Ehe unter denselben errichtet hat. Die alten Deutschen überließen ihren Ehefrauen weit mehr Rechte, als die Römer den Ihrigen zugestanden hatten. Die Frau hatte alles mit dem Manne gemein, und wurde in allen wichtigen

tigen häuslichen Angelegenheiten von ihm zu Rathe gezogen. Sie nahm an den Glücks- und Unglücksfällen des Mannes hinwiederum Antheil. Dieses vertrauliche Bezeigen, so die Ehegatten unter einander hatten, machte dauerhafte, glückliche und gesegnete Ehen, und verbannte die Eifersucht. Um sich einen rechten Begriff von der Beschaffenheit des Ehestandes der alten Deutschen zu machen, muß man die Abbildung lesen, so Tacitus an dem angeführten Orte entworfen 1). Von der Gemeinschaft der Güter unter den Ehegatten, werden wir in dem folgenden handeln. Nach diesem Sprüchwort ist die Gewalt über die Kinder beiden Eheleuten gemein, beide gehören mit einander unter eine Gerichtsbarkeit, und nach dem Kirchenrecht gehören beide in eine gemeinschaftliche Pfarre.

1) de Morib. Germ. cap. 18. — Die genaue Verbindung, welche zwischen Ehegatten vorhanden ist, drückt der Verfasser des Sachsenspiegels, 1 B. art. 3, wo er die Grade der Verwandtschaft mit den Gliedern des menschlichen Körpers vergleicht, sehr gut so aus: „An dem Haupte soll man verstehen Mann und Weib, die ehelich und redlich zusammen gekommen sind.“ D. 5.

§. 126. Der Gebrauch dieses Sprüchworts gehet nur allein solche Rechte an, so aus dem Ehestand herfließen. In Handlungen, so von den Ehegatten als Bürgern des Staates und nicht als Ehegatten begangen worden, läßt sich dasselbe nicht anwenden. Dagegen in peinlichen Fällen, imgleichen in Contracten und andern Dingen, solches von keinem Gebrauch ist.



## XIII.

**Mann und Weib haben kein gezwungenes Gut  
zu ihrem Leibe.**

## Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort wird in dem sächsischen Landrecht angetroffen 1), und handelt von dem Rechte der Vormundschaft, so dem Manne über seine Ehefrau zusteht. Diese Vormundschaft besteht in der Verwaltung der Güter und in dem Recht, den Nutzen davon zu ziehen 2). Es wird also dadurch zu verstehen gegeben, daß während der Ehe die zusammengebrachten Güter beider Ehegatten keiner Theilung unterworfen, sondern der Ehemann der Frauen Güter eben so wie die seinigen verwaltet und die Nutzungen davon genießt. Verschiedene Rechtslehrer haben dasselbe von der allgemeinen Gemeinschaft der Güter unter Ehegatten verstanden wollen, aber der ganze Artikel zeigt deutlich, daß es nur von dem Nießbrauch zu verstehen sey, so dem Ehemann, als ehelichen Vormund seiner Ehefrau zukommt. Denn so steht zuletzt: Denn der Mann mag an seines Weibes Gut keine andere Gewehr gewinnen, denn als er zu dem ersten Empfange in Vormundschaft.

1) Lib. I. Art. 31.

2) Riccius in Specileg. jur. german. p. 431.

§. 2. Daß die Ehefrauen schon in den ältesten Zeiten unter der Vormundschaft ihrer Männer standen, meldet Tacitus in seinem Buche von den Sitten der Deutschen 1). Wenn wir in die mittlern Zeiten zurück gehen, so finden wir dieselbe in den Gesetzen und Gewohnheitsrechten ebenfalls gegründet 2). Wenn ein Mann ein Weib nimmt, sagt das sächsische Landrecht,

recht, so nimmt es sie in sein Gewehr, und alles ihr Gut zu rechter Vormundschaft 3). Diese Vormundschaft wurde eben so, wie alle andere, das mundium genennet, aber hierinnen ist dieselbe von andern unterschieden gewesen, daß sie dem Ehemann den Nießbrauch von der Frauen eingebrachten Gütern zuerziet.

1) cap. 18.

2) *Heineccius* de marito tutore et curatore uxoris legitimo.

3) *Lib. I. Art. 31.*

§. 3. Das römische Recht hat in Ansehung der Lehre von der Vormundschaft des Mannes über seine Ehefrau, eine große Veränderung gemacht, und das hero kommt es, daß dieselbe heut zu Tage sehr verschieden ist, und die besondere Rechte der verschiedenen deutschen Länder und Städte nicht miteinander übereinkommen. In einigen Orten, besonders wo man das Lübische Recht angenommen, gehet dieselbe sehr weit, dahingegen an andern Orten sie wenig zu bedeuten hat 1). Diese Verordnung ist daher gekommen, weil man von dem deutschen Worte, Vormund, die wahre Bedeutung nicht wußte. Man glaubte, es bedeute nur eine solche Person, so einem Unmündigen vorgesetzt worden, und hielte es daher für unbillig, Ehefrauen mit Unmündigen zu vergleichen. Man hätte nur bedenken sollen, daß auch nach dem römischen Recht das erwachsene Frauenzimmer der Vormundschaft unterworfen gewesen 2), so würde dieser Zweifel bald gehoben worden seyn 3).

1) *Tenzel* de cura maritali.

2) *Otto* de perpetua feminar. tutela cap. 1.

3) *Emminghans* de praecipuis feminar. in Germania iurib. cap. III. §. 1. seqq. — S. auch *Balemann* diff.

III. de femina ex antiquitatibus legibusque Romanis, Germanicis et praesertim Lubecensibus, Sect. 11. c. 3. §. 1--10. und Kunde Grundf. des allg. deutsch. Privatr. §. 584. D. S.

## XIV.

## Ein Ritters Weib hat Ritters Recht.

## Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort von den Gerechtsamen adelicher Frauen zu verstehen, und zeigt an, daß auch dieselben an der Ehre, die dem Stande ihrer Männer zukommt, Theil nehmen, und zugleich diejenige Rechte genießen, welche nach alten deutschen Rechten und Gewohnheiten dem verheyratheten adelichen Frauenzimmer gebühren. Zur Erläuterung dieses Sprüchwortes dienet die aus dem sächsischen Landrecht angeführte Stelle 1). Ein Zweifel scheint zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben zu haben, nemlich: ob auch ein Frauenzimmer von geringerem Stande, so an einem von Adel verheyrathet worden, die Vorzüge des adelichen Frauenzimmers genieße. Es ist bekannt, daß die alten Deutschen einen großen Abscheu gegen die Mißheyrathen hegten, und die neueren Zeiten haben Beispiele genug aufzuweisen, daß diejenigen alten Gewohnheiten, so von ungleichen Ehen handelten, nicht von den Heyrathen der Freygebohrnen mit knechtischen Personen zu verstehen, sondern auch noch heut zu Tage die Mißheyrathen von keiner Würkung sind. Es mag also wol seyn, daß die Ausleger des sächsischen Landrechts auf dieses Sprüchwort gefallen, und um das erstere daraus zu behaupten, und daß um diese Zeit die Meinung von einigen angenommen worden, als ob ein Frauenzimmer bürgerlichen Standes in den Adelsstand erhoben werde, wenn

sie an einen Edelmann verheyrathet worden, indem besagtes sächsisches Landrecht von einer Ehefrau weiter sagt: Das Weib ist ihres Mannes Genossen aller Ehren und Würden die der Mann hat, zu Hand als sie in sein Bette tritt 2).

1) Lib. I. Art. 20.

2) Lib. III. Art. 48.

§. 2. Daß die Mißheyrathen heut zu Tage ebenfalls verworfen werden, habe ich schon vorhin angeführt. Es ist daher zu bewundern, wie einige Gelehrte das Gegentheil haben vertheidigen mögen, da doch die Reichsgesetze den Mißheyrathen offenbar entgegen sind 2). Ja selbst aus dem sächsischen Landrecht ist zu ersehen, daß man in einem großen Zweifel gestanden, ob durch die Ehe der Adel erworben werde. Denn so heißt es in demselben von der Ehefrau: Nach des Mannes Tod ist sie ledig von allen seinen Rechten und Ehren 3). Da nun also heut zu Tage der Adel durch die Heyrath nicht der Ehefrau von dem Manne mitgetheilet wird, sondern derselbe nur von der Macht so das Recht besitzt, in den Adelsstand jemand zu erheben, erhalten wird; so ist leicht abzusehen, daß in diesem Verstande das angeführte Spruchwort von keinem Gebrauche seyn kann 4). Will man es aber auch auf andere Rechte ziehen, die mit dem Adelsstand in keiner Verwandtschaft stehen, sondern aus den Rechten des Ehestandes fließen, so wird man dagegen nichts einwenden können 5).

1) *Mannsbach* de matrimonio principis, comitis libe-  
rique domini cum virgine nobili.

2) Capit. Caes. noviss. Art. XXII. §. 4.

3) Lib. I. Art. 45.

4) *Ludolph* de jur. feminar. illustr. Sect. I. §. 10.

5) Der

5) Der Verf. scheint mir bey Erklärung dieses Sprüchwortes weder die Mißheyrathen von den bloß ungleichen Ehen, hinlänglich unterschieden, noch die Veränderungen, welche die Lehre von den Mißheyrathen erlitten hat, richtig genug bemerkt zu haben. Die Teutschen verstanden schon in den ähern Zeiten unter Mißheyrath die Ehe einer freyen Person mit einer unfreyen oder freygelassenen Person, hingegen wurde die Ehe eines Freyen von Ritterart (*ingenui militaris*) mit einer andern freyen Person, obgleich ungleichen Standes, für keine Mißheyrath gehalten. Die Frau erhielt durch eine solche Ehen den Stand und Würde ihres Mannes, und die in dieser Ehe erzeugten Kinder erhielten die Rechte ihres Vaters, und succedirten in die Lehen. Hierauf bezieht sich unser Sprüchwort. Seit dem 12ten Jahrh. erlangten die Freyen von Ritterart vor den übrigen Freyen mancherley Vorzüge. Besonders gehörten dahin die Stills- und Turnier-Fähigkeit. Bey diesen beiden Rechten sah man bald auf die Geburt aus einer Ehe gleichen Standes. Es bildeten sich nach und nach die Unterschiede, welche heutiges Tages zwischen dem alten reinen Geschlechtsadel und dem unreinen Geschlechte, auch dem Briefadel angetroffen werden. Die bloß unstandesmäßige Ehe giebt daher noch der Frau Ritterrecht, nur mit der Einschränkung, daß weder sie noch ihre Kinder auf die bloß dem alten Adel eigenen Rechte Anspruch machen dürfen. S. G. L. Boehmer de impari matrimonio et jure liberorum ex eo natorum circa successionem feudalem, §. 12. und 19. Westphals teutsch. und reichsständisches Privatrecht, Th. 1. Abh. 42. §. 470. Rynde's Grundf. des aßg. deutsch. Privatr. §. 576. und die daselbst angeführten Schriftst. — Nachdem der Unterschied zwischen hohen und niedern Adel aufgekommen war, suchte jener, so viel möglich, sich von den übrigen Ständen abzusondern, und nur dieser sah die unstandesmäßigen Ehen als Mißheyrathen an. Ausdrücklich erklären die Wahlcapitulationen K. Karls VII. und der folgenden Kaiser (art. 22 §. 4.) die Kinder aus unstreitig notorischen Mißheyrathen für unebenbürtig und successionsunfähig, in sofern nicht die wahren Erbfolger einwilligen. Es ist bekannt, wie viel darüber gestritten wird, was unter unstreitig

unstreitig, notorischen Wittensprachen zu verstehen  
 sey. Ich verweise, der Kürze wegen, auf Kunde am  
 a D. §. 577. ff. und auf das Collegialschreiben des  
 Churfürsten in Schmauß C. I. Puhl. S. 1507.  
 d. 5.

## XV. A.

Da Männer Ehre ist der Frauen Ehre, der  
 Weiber Schande ist auch der Männer  
 Schande.

### Anmerkung.

Diese beiden Sprüchwörter handeln ebenfalls von  
 der Gemeinschaft unter Ehegatten, besonders in Anse-  
 hung der Ehre. Das erstere zeigt an, daß die Frau  
 an des Mannes Rang, Titel und andern dergleichen  
 Dingen Antheil habe. Das andere aber lehret, daß  
 es einem Ehemanne nicht weniger zur Schande gereiche,  
 wenn seiner Ehegattin etwas schimpfliches begegnet.  
 Ein Ehemann ist daher verbunden, seiner eigenen Ehre  
 wegen, die gekränkte Ehre seiner Ehegattin zu retten,  
 und wegen der ihr zugefügten Beschimpfung auf eine  
 Genugthuung zu dringen. In den älteren Zeiten war  
 es eine Hauptpflicht der Ehemänner, daß sie auch für  
 den künftigen Unterhalt ihrer Frauen besorget seyn  
 mußten, damit die Frau nach ihrem Absterben, als  
 Witwe, dereinst ein bequemes und sorgenloses Leben  
 führen könnte, indem man dafür hielt, daß es dem  
 Manne zu einer großen Schande gereiche, wenn dessel-  
 ben hinterlassene Witwe nach seinem Tode ein kümmer-  
 liches und armseliges Leben führen mußte. Auf diese  
 Meinung gründet sich das sogenannte Leibgedinge  
 und Wittum, welches auch einer Witwe ihrem  
 Stande gemäß gegeben werden muß, wenn sie auch  
 keinen Heller Geld dem Manne zugebracht hat 1). Es  
 ist

ist aber sowohl was die Ehehung an der Ehre des Mannes, als auch den standesmäßigen Unterhalt anbelangt, zu bemerken, daß, so bald eine Witwe nach ihres Mannes Tod zu der andern Ehe schreitet, beides aufhöre, und sie nunmehr nach ihres andern Ehemannes Würde und Ehre sich richten muß 2).

1) *Ludolph de jur. feminar. illust. S. II. n. 2.*

2) Der Verf. nimmt, wie der Zusammenhang ergiebt, das Leibgeding in einer weitern Bedeutung, wo es eben so viel als Wittum bedeutet. Das Leibgeding im eignen Sinne geht durch die anderweite Verheyrathung der Wittwe nach der richtigern Meinung nicht verloren, wie der B. selbst bey der Erklärung des Sprüchw. Leibgut schwindet Hauptgut; behauptet. d. H.

## XV. B.

Hausehre liegt am Weibe und nicht am Manne.  
(d. H.)

### Anmerkung.

§. 1. Das Wort Hausehre hat in der teutschen Sprache des Mittelalters, unter mehreren Bedeutungen, auch die, daß es so viel als Häuslichkeit und Wirthschaftlichkeit anzeigt 1). In dieser Bedeutung, wie auch schon *Saltaus* bemerkt, wird der Ausdruck Hausehre in dem angezeigten Sprüchworte genommen, welches so viel sagen will, als, daß die Wirthschaftlichkeit mehr eine Pflicht der Ehefrau als des Ehemannes sey. Der alte Deutsche machte es wie der Nordamerikanische Wilde, welcher auf die Jagd geht, seine Feinde scalpirt, und in seiner Hängematte schläft, indeß seine Gattin für seine Erhaltung und Verpflegung sorgen muß. *Tacitus* sagt von den Deutschen: „*Frumenti modum dominus aut pecoris aut vestis, ut colono injungit; et servus hactenus parer. Cetera domus officia*

„*officia uxor ac liberi exsequuntur;*“ und an einem andern Ort: „*fortissimus quisque, ac bellicosissimus, nihil agens, delegata domus et penarium et agrorum cura feminis servibusque et infirmissimo cuique ex familia, ipsi habeat* 2). Die Wirthschaftlichkeit der deutschen Frauen lieferte in der Folge eines der wichtigsten vaterländischen Handelsproducte, die Leinwand. Mit der Verfertigung derselben beschäftigten sich nicht etwa bloß dürftige Personen, sondern selbst Frauenzimmer der höhern Stände schämten sich der Spindel nicht.

1) *Haltax* glossar. germanic. med. aevi unter dem Worte: Hausheere.

2) *de morib. Germ. cap. 25. und 15.*

§. 2. Hat sich gleich die Tugend der Wirthschaftlichkeit bey dem Frauenzimmer unter den neuern civilisirten Nationen fast nirgend so lange als bey den Deutschen erhalten, so hört man doch schon hin und wieder patriotische Klagen über ihren Verfall 1). Läßt sich auch gleich nicht mehr behaupten, daß die Pflicht, sich des Hauswesens anzunehmen, allein eine Last der Ehefrau sey, so bleibt doch so viel richtig, daß selbst der Zweck der Ehe, welcher in einer gegenseitigen Beyhülfe der Ehegatten mit besteht, es erfordert, daß eine Ehefrau nicht gänzlich diese Pflicht vernachlässige 2). Einige Rechtslehrer sind daher der Meinung, daß, wenn ein Frauenzimmer bey Schließung der Ehe über die Erlassung dieser Pflicht mit ihrem künftigen Ehemanne einen Vertrag geschlossen habe, selbiger für schändlich und unerlaubt zu halten sey 3). Meiner Meinung nach läßt sich dieses nicht behaupten, indem die Pflicht der Ehefrau, sich der Wirthschaft anzunehmen, zu den Rechten des Ehemannes gehört, jeder aber sich seiner Rechte gültig begeben kann. Uebrigens verlangen selbst die Reichsge-

setz,



setze, daß die Frau der Wirthschaft sich annehme, hingegen übermäßigen und unnützen Aufwand, auch sonst solche Gelegenheiten, wodurch die Umstände des Mannes in Unordnung gerathen können, vermeide. Sie verordnen daher insbesondere in Ansehung der Ehefrauen der Kauf- und Handelsleute, daß, wenn selbige, es sey aus Vorsatz oder aus Fahrlässigkeit, hierin sich eifriges zu Schulden kommen lassen, und den Ruin des Mannes dadurch bewirkt hätten, sie bey entstandenen Concurse ihre weibliche Priorität oder verlangtes jus separationis honorum verlieren sollen. Hiemehr sollen sie nach der Sachen Umstand mit und neben dem Manne, nach jedes Landes, Stadt und Orte hergebrachten Rechten, habend oder eingeführten Ordnungen, in Zahlungen hafftend 4). Wenn gleich dieses Gesetz nur von den Ehefrauen der Kauf- und Handelsleute redet, so scheint mir doch die Absicht desselben nicht bloß auf diese sich einzuschränken, welche darin überhaupt liegt, daß eine Frau, welche durch ihre Verschwendung und ihren Leichtsinne die Vermögensumstände ihres Ehemannes ruiniert hat, ihre Schuld mit büßen muß, und sich des Vorzuges, welchen ihr die gemeinen Rechte vor den übrigen Gläubigern des Mannes einräumen, unwürdig macht.

1) C. Möfers patriot. Phantasien, Th. 1. Nr. 5. und 66. Th. 2. Nr. 14 — 18.

2) Stryck V. M. Lib. XXIII. tit. 11. §. 42.

3) Stryck a. a. O. §. 54.

4) Reichsschluß vom J. 1670. In der Sentenbergischen Sammlung der R. A. Th. 4. S. 79.

XVI.

Die den Mann trauet, die trauet die Schuld.

Anmerkung.

§. 1. Zu diesem Sprichwort hat die unter den Ehegatten in vielen Ländern und Orten in Deutschland übliche Gemeinschaft der Güter, Gelegenheit gegeben. Von dem wahren Ursprung derselben, sind die Meinungen der Gelehrten, in verschiedene Vermuthungen eingetheilet. Einige behaupten, daß dieselbe schon den Römern bekannt gewesen, einige wollen den Pabst zu derselben Urheber machen, und beziehen sich zu dem Ende auf einige Texte, so in dem römischen und päpstlichen Recht vorkommen 1). Andere suchen ihren Ursprung bey den alten Galliern, von welchen sie den Deutschen bekannt geworden 2). So viel ist gewiß, daß man in den alten deutschen Gesetzbüchern viele Stellen antrifft, welche bezugen, daß sie den Deutschen frühzeitig genug bekannt geworden, die ich aber deswegen anzuführen für überflüssig halte, weil man sie in verschiedenen Schriften miteinander antrifft 3). Doch scheinen die alten Gesetze mehr von der besondern Gemeinschaft der Güter zu handeln. Es wird diese Gemeinschaft der Güter in die allgemeine und die besondere eingetheilet, unter welcher letzteren die Errungenschaft begriffen. Die erstere scheint in den mittleren Zeiten entstanden 4), und durch die besondern Statuten eines jeden Ortes bekräftiget worden zu seyn. Man lese hiervon Hofmanns Abhandlung 5).

1) *Morlinus* de donationib. propt. nupt. c. 10. X. de consuetud. c. 8. X. de integr. restitut. c. 2. X. de donationib. inter vir. et uxor.

*Caesar* de B. G. L. VI. c. 18. *Rodenburg* de jur. conjugum.

*Emminghaus* de praeceptis feminar. in German. juribus c. III. §. 5. *Balemann* de femina Sect. II. cap. 3. *E. Kunde's* Grundsätze des allg. deutsch. Privatr. §. 605. D. 5.

4) *G. L. Boehmer* de jurib. et obligationib. conjugis superstit. et commun. honor.

5) *De communionis honor. voce, natur. atque principis.*

§. 2. Die Gemeinschaft der Güter, bestehet in einem Miteigenthum, so einem Ehegatten während der Ehe über des andern Vermögen zukommt, wiewol einige Güter, als Mannlehen und Erbgüter davon ausgenommen sind 1). Wenn nun unter Ehegatten eine allgemeine Gemeinschaft der Güter festgesetzt worden, so übernehmen auch beide nebst andern Beschwerlichkeiten, die Schulden über sich, nur diejenigen ausgenommen, so ein Ehegatte durch ein begangenes Verbrechen, sich zugezogen hat. Es mag nun entweder die Gemeinschaft der Güter durch eine Verordnung und Gewohnheit an einem Orte schon eingeführet worden seyn, oder die Ehegatten mögen dieselbe in ihren Ehepacten unter sich einführen, so fließet doch aus beiden auch die Gemeinschaft der Schulden, und die daher entstehende Obliegenheit, selbige aus dem gemeinschaftlichen Gut zu bezahlen. Diese Verbindlichkeit wird durch dieses Sprüchwort angezeigt 2).

1) Hierin liegt auch vorzüglich der Grund, warum unter von Adel oder vom Badernde die Gütergemeinschaft unter den Ehegatten so selten angetroffen wird.

*E. Aemil. Lud. Hombergk* zu *Vach* diss. de communiione bonorum inter conjuges nobiles atque illustres per Germaniam exule. §. 21. ff. D. 5.

2) *Boehmer* de communion. acris alieni inter conjuges.

§. 3. Es ist nach diesem Sprüchwort, auch noch heut zu Tage, die Frau des Mannes Schulden zu bezahlen verbunden, jedoch halten die Rechtsgelehrten dafür, daß diese Verbindlichkeit sich nicht auf diejenigen Schulden erstreckt, in welchen der Ehemann vor der Heirath schon gesteckt, es wäre denn, daß sie seine Umstände gewußt habe, oder durch ein Gesetz dazu verbunden würde 1). Inzwischen hat das römische Recht verursacht, daß eine Ehefrau sich von dieser Verbindlichkeit losmachen, und zu der Entsagung der Güter ihre Zuflucht nehmen kann. Will aber eine Wittwe sich auf diese Weise der Schulden ihres Mannes entziehen, so wird auch erfordert, daß sie dieselben nicht selbst gemacht, oder sich dafür verbürget, oder eine offene und gemeinsame Kaufmannschaft mit ihrem Manne getrieben habe 2). Ehemals wurde diese Entsagung mit besondern Gebräuchen an einigen Orten verrichtet. Die Wittve mußte unter der Begräbniß ihres Mannes aus dem Sterbhaus gehen, und den Hausschlüssel, nebst andern Dingen, denen zu der Versiegelung Abgeordneten zustellen. Sie durfte auch nicht wieder in das Haus zurückgehen. Zu Frankfurt am Mayn ist eine alte Gewohnheit eingeführet, daß, wenn eine Frau ihren Mantel oder Pater noster auf ihres Mannes Grab fallen läßt, und nicht mehr denn ein Kleid behält, sie nicht schuldig ist, die Schulden, die ihr Hauswirth gemacht hat 3), zu bezahlen, wenn sie auch gleich nachhero in glückliche Umstände kommt.

1) Riccius in spicileg. p. 141. *Engelbrecht* de m. n. conjugum concursu ad soluendum aes alienum ante nuptias constatum.

2) *Harprecht* de renunciation. ac. quæst. conjugal.

3) *Boechmer* de jurib. et obligationib. conjug. superstit. ex communiione bonor univers. §. 21. n. 4. —

Es gehört auch hieher der Gebrauch, daß, wenn die  
S 2 Witt

Wittve die Schulden ihres verstorbenen Mannes nicht bezahlen will, sie die Schlüssel auf das Grab ihres Mannes niederlegen muß. S. Fischer Versuch über die Geschichte der teutschen Erbfolge, 2ter Band, S. 125. ff. d. S.

## XVII.

Ist das Bett beschritten, so ist das Recht  
erstritten 1).

## A n m e r k u n g.

§. 1. Bey den Deutschen eignete weder die bloße Einwilligung, noch der priesterliche Segen, den Eheleuten die Rechte, so aus der ehelichen Verbindung fließen, zu, sondern es wurden selbige erst durch die Beschreitung des Ehebettes erhalten 2). Diese uralte Gewohnheit, ist als eine Sache von der größten Nothwendigkeit jederzeit angesehen worden, daß man sogar es bey hohen Standespersonen für nöthig erachtet, daß, wo die Ehe durch einen Bevollmächtigten vollzogen worden, die feyerliche Beschlagung der Decke geschehen mußte 3). Wenn nach der geschehenen priesterlichen Zusammenfügung, ein plötzlicher Todesfall des Bräutigams die Hochzeitlust störte, konnte die hinterlassene Braut an die Morgengabe und andern einer Ehefrau zukommende Rechte keinen Anspruch machen, weil die Ehe noch nicht vollbracht worden, welches erst durch die Beschreitung des Ehebettes geschehen. In dem sächsischen Landrecht, aus welchem dieses Sprüchwort hergenommen, heißet es daher von der Ehefrau 4): Sie ist seine Genossin, und tritt in sein Recht, wenn sie in sein Bett tritt. Es ist leicht abzusehen, daß durch dieses Sprüchwort angezeigt werden soll, daß in Deutschland die Beschreitung des Ehebettes Eheleute mache, und nothwendig

zu der Erhaltung der Rechte des Ehestandes erfordert wird. Man hat diese Beschlagung der Decke, auch wol mit gewissen Feierlichkeiten verrichtet, indem Braut und Bräutigam in das Schlafzimmer gebracht, öffentlich entkleidet, und ein Schlastrunk ihnen dargereicht, und darauf die Beschlagung der Decke vorgenommen, das Zimmer zugeschlossen, und den andern Tag feyerlich aufgeschlossen worden. Jedoch ist dieses nicht eine allgemeine Gewohnheit gewesen, sondern vieles kam auf die besondern, an einem jeden Ort eingeführte Gebräuche, an, noch mehr aber auf den Stand der Personen, so mit einander in den Ehestand traten.

- 1) Es stimmen hiermit auch die französischen Spruchwörter überein: *Duaire est acqui aussitot que le mariage est fait et accompli et que les mariés couchent ensemble, et non autrement; und: Femme gagne son douaire à mettre son pied au lit.* C. Henelius ab Hennefeld de jure dotalitii, c. 4. §. 3. d. 5.
- 2) *Harprecht* de consensione thalami. Dreyer de termino effectuum civilium matrimonii a quo.
- 3) *Ludewig* de matrimonio per procurat.
- 4) Lib. I. Art 45. — In Chursachsen ist dieser Grundsatz noch Rechtens, wenn gleich die Gütergemeinschaft unter den Ehegatten nach dem Gerichtsgebrauche, welcher dem Ansehn der lateinischen Glosse zum Sachsenspiegel zum art. 31. des 1ten Buchs folgte, aufgehoben worden ist. C. Schott institut. juris Saxon. c. 5. §. 15. d. 5.

§. 2. Sowol unter Standespersonen als auch Leuten von bürgerlichen Stande, wird die Beschreitung des Ehebettes als das wesentliche heut zu Tage erfordert, und die Rechte der Ehegatten nehmen von der Zeit an, wenn dieselbe geschehen, ihren Anfang 1). So bald demnach dieselbe erfolgt, wird die Frau der Würde, des Namens, und Ranges, die dem Manne zukommt,

zusammen, theilhaft, den Adel ausgenommen, welchen er ihr nicht mittheilen kann. Sie fällt unter die Gerichtsbarkeit worunter er steht, sie erhält einen gerechten Anspruch an die Morgengabe, die Gemeinschaft der Güter nimmt an den mehresten Orten nach der Beschlagung der Decke ihren Anfang. Der Mann wird von dieser Zeit an ihr ehelicher Vormund, und was dergleichen mehr ist.

1) Nach vielen Particulierrechten ist dieser zwar richtig, allein es ist nicht allgemeinen Rechts. Im Zweifel gilt vielmehr die Vermuthung für das Canonische Recht, nach welchem die bürgerlichen Wirkungen der Ehe von Zeit der geschehenen priesterlichen Einsegnung anfangen. A. L. Schott in das Eherecht, S. 167.

D. H.

### XVIII.

Wenn die Decke über den Kopf ist, so sind die Eheleute gleich reich.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort ist besonders von der allgemeinen Gemeinschaft der Güter unter den Eheleuten zu verstehen, und zeigt an, daß dieselbe sogleich ihren Anfang nehme, so bald die Beschreitung des Ehebettes erfolgt. Daß alsdenn nicht mehr darauf gesehen werde, wie viel ein jeder Ehegatte für sich vorher besessen, sondern ein jeder das Miteigenthum von dem Vermögen des andern gehabt, und also beide gleich reich worden. Es haben einige die Beschlagung der Decke nur als eine Feierlichkeit angesehen, so vor dem Hochzeitsmal vorhergegangen, und darin nur bestanden, daß Bräut und Bräutigam sich nebeneinander auf ein Bett gesetzt: Allein dieser Meinung widersprechen so viele Landesordnungen und Statuten, welche

welche mit einander besagen, daß die Eheleute einander ehelich ~~helfen~~ <sup>helfen</sup>, darauf einander bewohnen, und also auf diese Weise rechte Eheleute werden sollen 1).

- 1) *Hoffmann* de commun. honor. conjugal. §. 4. n. 4.

§. 2. Den Gebrauch von diesem Sprüchwort bestätigen die Rechte derjenigen Orter, wo die Gemeinschaft der Güter unter den Eheleuten üblich ist. Nur in einigen wenigen Ländern ist man davon abgegangen. Hieher gehört das Schlesiſche Kirchenrecht, nach welchem dieselbe alsdenn ihren Anfang nimmt, wenn ein Kind geboren worden, doch ist es genug, wenn es nur lebendig zur Welt gekommen 1). In der Lausitz, und besonders in Zittau, entsteht dieselbe auch nicht eher, als nach der Geburt eines Kindes 2). In den Churpfälzischen Ländern wurde ehemals ein gleiches beobachtet, allein, es ist solches als eine überflüssige Gewohnheit, durch die neuen Landesordnungen verworfen worden 3). In dem Bambergischen nimmt dieselbe nach Ablauf eines Jahres und eines Tages ihren Anfang 4). Und an einigen Orten in dem Fränkischen ist es nicht einmal genug, sondern es müssen auch die Kinder sich noch im Leben befinden, wenn der Tod die Ehegatten von einander trennet 5).

- 1) *Henel*. de communione honor. in multis Silesiae locis recepta.

- 2) *Lohe* de differentia jur. statutar. Zittaviensis a jur. civili. *Knohlauch* de Zittaviensi communione honor. inter conjug. c. II. §. 23. — Ebenfalls nach dem Lübischen Rechte und dem Lüneburger Stadtrecht nimmt die Gütergemeinschaft unter den Ehegatten erst ihren Anfang, wenn aus der Ehe ein Kind geboren worden ist. *S. Stein* Einleit. zum Lüb. Rechte, §. 73. und *Pufendorf* O. I. V. T. I. obs. 26. §. 12.

3) *Iur.*

3) *Iur.*



3) Iur. provinc. palat. P. IV. tit. 2.

4) *Veracius* de consuetudinib. Bamberg. P. II.

5) Iur. Prov. Francor. Tit. 39. §. 23.

## XIX.

### Huth bey Schleyer, und Schleyer bey Huth:

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort, besonders in dem Niederhessischen, bekannt, und gründet sich auf einen in etlichen Gegenden üblichen Gebrauch, welchen man bey der Trauung beobachtete. Wenn Braut und Bräutigam vor den Altar standen, um von des Priesters Hand getrauet zu werden, so legte der Bräutigam seinen Huth auf den Altar, und die Braut ihren Schleyer neben denselben 1), und das hieß: nach dem Gebrauch, Huth bey Schleyer, Schleyer bey Huth sich verheyrathen, wodurch denn angezeigt wird, daß in dem Fall, wenn die Eheleute keine Kinder mit einander zeugen würden, alsdenn der Ueberlebende den Verstorbenen allein beerben soll.

1) Io. Georg. Werner in diss. de pactis dotalib. Huth bey Schleyer, Schleyer bey Huth, Marb. 1714. Der wahre Verfasser ist der ehemalige Marburgische Vicekanzler J. W. Waldschmid. d. 6.

§. 2. Den heutigen Gebrauch dieses Sprüchworts hat der angeführte Werner gezeigt. Es wird diese Formel der Ehepacten eingerückt. Es zeigt aber auch belobter Verfasser, daß manchmal dieser Formel noch eine Bedingung hinzugesetzt werde, daß, wenn binnen einer von den Pactirenden benannten Frist zum Exempel von drey oder vier Jahren die Ehe durch den Tod getrennet werden sollten, ohne daß Kinder erzeugt worden, alsdenn der Ueberlebende des Verstorbenen noch

nächsten Blutsfreunden einen gewissen Theil von dessen Nachlaß herausgeben muß. Ist aber diese Zeit verfloßsen, so behält er in dem angeführten Fall das Vermögen ganz allein.

## XX.

**Leib an Leib, Gut an Gut.** Wem ich meinen Leib gönne, dem gönne ich auch mein Gut.

### Anmerkung.

Auch diese beide Sprüchwörter sind von der Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten zu verstehen. Man hat damit so viel anzeigen wollen, daß die Ehegatten ihre Leiber mit einander vereinigen, auch die Güter unter ihnen gemein seyn müssen, und sie also Gut und Blut zusammen verheyrathen. Wenn demnach den Ehepacten dieses Sprüchwort eingerücket wird, so wird dadurch angezeigt, daß die Eheleute, unter sich die Gemeinschaft der Güter einzuführen gesonnen sind. Beide Sprüchwörter sind von der allgemeinen Gemeinschaft der Güter zu verstehen, und sind besonders in den Schwäbischen, Fränkischen und Rheinischen Lande sehr gebräuchlich. Nach demselben beerbet der überlebende Ehegatte den Verstorbenen ganz allein, mit Ausschließung der nächsten Anverwandten, wenn keine Kinder vorhanden: Sind aber Kinder am Leben, so treten diese an des verstorbenen Ehegatten Stelle, und die Gemeinschaft der Güter wird so lange fortgesetzt, bis endlich eine Theilung statt findet. Es ist hier überhaupt nur noch zu merken, daß keine Willensänderung mehr statt findet, wenn die Gemeinschaft der Güter in den Ehepacten einmal festgesetzt wird, und daher diejenigen sehr geirret haben, welche behauptet, daß einem Ehegatten erlaubt sey, auch ohne

Ehe-

Einwilligung des andern, solche Verträge zu widerrufen, oder durch ein nachhero gemachtes Testament ein anders zu ordnen 1).

- 1) Man lese von dem Ungrund dieses Irrthums *Grav. diff. de mixtura incongrua jur. Roman. et Germanici in practico. distinctione pactor. dotalium in simplicia et mixta.* — Gemischte oder widerrufliche Eheverträge werden diejenige genannt, welche ihrer Form und Natur nach die Eigenschaft einer letzten Willensbetätigung haben sollen. Manche Particulatrechte haben sie theils ausdrücklich, theils stillschweigend bekräftigt, (s. Kunds Grundf. des allg. deutsch. Privatr. § 571.) und, wo diese gelten, läßt sich die Widerruflichkeit solcher Verträge nicht bezweifeln. Hingegen, wo dieses nicht der Fall ist, verdient die Meinung derjenigen Rechtsgelehrten allerdings den Vorzug, welche ohne Unterschied alle Eheverträge für unwiderruflich halten. Die gemischten Eheverträge gründen sich blos in einer irrig angewandten Analogie dessen, was das Römische Recht von den Schenkungen auf den Todesfall verordnet hat. Ein anders ist es allerdings, wenn sich die Paciscenten in dem Ehevertrage ausdrücklich das Recht einer einseitigen Widerrufung vorbehalten haben. Außer den bey Kunds am a. O. §. 570. und 71. angeführten Schriftstellern. S. Struben R. B. Th. 4. B. 166. D. 4.

## XXI.

### Reiche Welber machen arme Kinder.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist bereits angeführt worden, daß bey den alten Deutschen der Brautsohn von dem Ehemann gegeben werden mußte. Derselbe diente der Ehefrau, wenn sie zur Wittwe geworden war, zu ihrem Unterhalt, weil einem jedem Ehemann die Versorgung seiner Ehegattin oblag, und es ihm eine Schande gewesen,

ten, wenn noch erfolgtem Absterben des Ehemanns, die hinterlassene Witwe nicht in seinem Stande gemäses Leben führen konnte 1). Hierzu kam noch, daß das Frauenzimmer von den unbeweglichen Gütern des Vaters nichts erbt, sondern diese zur Erhaltung und Fortsetzung des Stammes und desselben Ehre, den Töchtern allein zufließen. Eine anständige Bildung, ein angenehmes Wesen, ein gutes Herz waren die Schätze gewesen, so die Braut dem Bräutigam zubrachte, und gegen welche er ihr einen Brautschatz zu ihrem Unterhalt nach seinem Absterben verordnete, welchen man mit dem Namen des Wittums belegte. Denn die wenige Aussteuer, so die Braut von ihren Eltern bekam, wollte nicht viel bedeuten. Sie bestand in dem Fahrniß 2).

1) *Estor de iurib. quibusd. viduar. mulier. equestr.*

2) *Idem de apparatu et instructu nuptiarum.* — S. auch J. A. Hofmanns Handbuch des teutschen Eherechts, S. 90. ff. d. 5.

§. 2. So war es mit dem Wittum in den alten Zeiten beschaffen, ehe noch das römische Recht, und mit demselben der römische Brautschatz bekannt geworden. Allein desselben Einführung hat eine große Aenderung bey dem Heyrathen verursacht, und man begehret wol keinen Fehler, wenn man saget, daß, seitdem der weibliche Brautschatz für nothwendig gehalten wird, weit mehr unglückliche Ehen erlebt werden, als vorher gefunden worden. Man fieng an, den Töchtern einen Brautschatz mitzugeben. Die Fürsten machten den Anfang. Einige tadelten dieses, andern gefiel es. Ein jeder urtheilte nach seinem Geschmack, jener beklagte sich darüber, daß man von den alten Gewohnheiten abgegangen, dieser war für das Neue eingenommen. Der Verfasser des Lebens Herzogs Magnus

Lors

Torquatus 1), schreibt von Herzog Wilhelm zu Braunschweig, Agnaten: gaff er dem Herzoge von Sassen, mit einem gar groten Brutschatte an Gelde, so tho der Tide unter den Fürsten nicht gebructlich, und scheint durch diese Worte seinen Unwillen, oder seine Bewunderung an den Tag zu legen. Man fieng nummehr das Wittum von dem Leibgedinge zu unterscheiden an. Dieses setzt einen Brautschatz zum voraus, und bestehet in einem in den Ehepacten nach der Gleichheit des Brautshatzes ausbedungenen Unterhalt, denn es ist bekannt, daß das Wort Gedinge, so viel als ein Vertrag bedeutet. Das Wittum hingegen gründet sich auf die Beschaffenheit des Standes, und bestehet in dem standesmäßigen Unterhalt, welcher der Witwe gehöret, wenn sie gleich bey ihrer Verheyrathung keinen Brautschatz dem Manne zugebracht hat 2).

1) apud *Leibnitium* Scriptor. rer. Brunsvicens. Tom. III. P. 219.

2) de *Ludewig* de dote mariti.

§. 3. Das Leibgedinge bestehet zuweilen in Zinsen, welche der Witwe von ihrem eingebrachten Heyrathsgut gegeben werden, und es ist nichts ungewöhnliches, daß sich ein Frauenzimmer auch wol vierfache Zinsen ausbedungen hat. Ist nun der Brautschatz in einer ansehnlichen Summe bestanden, so läßt sich leicht ermessen, daß es den Kindern zur großen Last gereiche, wenn dieselben von den Einkünften des Lehn- oder Stammgutes das Leibgedinge abtragen müssen.

§. 4. Es wird gegen die Wahrheit dieses Sprüchwortes nichts einzuwenden seyn, nachdem die Erfahrung es genugsam bekräftiget, wie sehr das Leibgedinge die Güter öfters beschweret. Man hat daher denjenigen, wel-

welchen das Glück eine reiche Braut bescheret, den guten Rath gegeben, nur ein mäßiges Capital zum Brautschaz sich verschreiben zu lassen, weil das Recht der Vormundschaft, so dem Ehemann über seine Ehegattin zukommt, ihm die Verwaltung und Nüzung von den übrigen Vermögen ohnedem zuerignet 1). Welches Recht, ohnerachtet mit der ehelichen Vormundschaft merkwürdige Veränderungen vorgefallen, doch sich noch erhalten hat.

- 1) *Heineccius* de marito tutore et curatore uxoris legitimo. *Gaertner* de distinction. inter dot. et paraphern.

## XXII.

Eingebrachtes Gut ergreife auch ererbtes Gut.

### Anmerkung.

§. 1. Unter dem eingebrachten Gut, von welchen in diesem Sprüchwort die Rede ist, werden die Paraphernalgüter der Ehefrau verstanden, das ist diejenigen, welche eine Ehefrau außer dem Brautschaz dem Manne zubringt 1). In Deutschland hatte man diese Art Güter von dem Brautschaz, nachdem desselben Gebrauch einmal eingeführet worden, nicht unterschieden, sondern dem Ehemann kam nach der ihm zustehenden Vormundschaft über seine Ehegattin, das Recht zu, sowol diese Güter zu verwalten, als auch die Nüzungen davon zu genießen. Nachdem aber das römische Recht immer mehr und mehr sich ausgebreitet hatte, so feng man auch an, den Unterschied der eingebrachten Güter einer Ehefrau genauer zu bestimmen, und da in zweifelhaften Fällen, wenn man nicht weiß, ob dieses oder jenes von dem eingebrachten Gut, zu dem Brautschaz gerechnet wird, oder unter die Parapher-

phernalgüter gehört, Vermuthet wird, daß das streitige Gut zu den Paraphernalien gehört; so hat man besonders durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß unter den Paraphernalien auch diejenigen begriffen seyn sollen, so eine Ehefrau durch eine Erbschaft erhalten.

2) *Berger* de discrimin. bonor. ux. §. 13.

§. 2. Die Rechtsgelehrten haben über die Frage, ob die während der Ehe von einer Ehefrau erworbene Güter für Dotal- oder Paraphernalgüter gehalten werden sollen, sehr gestritten. Die meisten Meinungen kommen aber darinnen mit einander überein, daß man selbige als Paraphernalgüter ansehen soll 1). Auf diesen Satz gründet sich auch der heutige Gebrauch von diesem Sprüchwort, nach welchem die aus einer Erbschaft einer Ehefrau zugefallene Güter zu den Paraphernalgütern gerechnet werden, deren Verwaltung und Genuß das deutsche Recht dem Ehemann zueignet 2). An den Orten, wo unter Eheleuten die Gemeinschaft der Güter eingeführet ist, oder in der Ehestiftung dieselbe beliebt worden, wird der vorhin angeführte Unterschied nicht bemerkt 3).

1) a *Leyser* Sp. 302. m. 2. — Gegenseitiger Meinung ist *C. F. G. Meister* diff. bonis uxoris ex Romani juris praesumptione non paraphernalibus sed dotalibus. Dieser gründet sich hauptsächlich auf den l. 70. ff. de jure dot., wo die Regel gegeben wird, daß in zweifelhaften Fällen zum Vortheil des dotis zu erkennen sey. Allein theils ist dieses Gesetz von dem bey dem Anfange der Ehe festgesetzten dote zu verstehen, theils bezieht es sich vornehmlich auf die im l. 69. ff. l. c. angeführten Fälle, zu welchen es den Entscheidungsgrund angiebt. C. außer den angeführten *Leyser* m. 4. und 5. auch *Pufendorf* O. I. V. T. I. obf. 206. §. 14. O. §.

2) *Stryck*

- 1) *Stryck* in *dist. de jur. mariti in bonis uxor.* —  
 Daß die Verwaltung und der Ertrag des Paraphernalvermögens der Ehefrau nach einem allgemeinen teutschen Gewohnheitsrechte dem Ehemann zukomme, läßt sich wol nicht behaupten, vielmehr sind im Zweifel die Grundsätze des Römischen Rechts zu befolgen.  
*C. Pufendorf* T. 1. obs. 12. und 207. d. 5.
- 3) *Mevius* ad *Ius Lubec.* Lib. II. Tit. II. Art. 12. n. 133.

### XXIII.

#### Leibgut schwindet Hauptgut.

##### Anmerkung.

§. 1. Es ist von dem Leibgedinge schon vorhin angeführt worden, daß dasselbe von dem Wittum unterschieden sey. Weil das Leibgedinge einen Brautschlag der Ehefrau zum voraus setzt, und nach desselben Beschaffenheit bestimmt wird, und in diesem Falle der eingebrachte Brautschlag gleichsam erkaufet wird; so hat man durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß der Brautschlag, welches hier durch das Hauptgut verstanden wird, nach der Witwen Tod nicht von derselben Erben zurück gefordert werden könne, sondern so, als ob er verschwunden wäre, anzusehen sey.

§. 2. Daß nach dem Tod der Witwe ihr Heyrathsgut in den Gütern des Mannes auch heut zu Tage verbleibet, und den Erben derselben nicht wieder zurückgegeben werde, ist eine bekannte Sache. Die Witwe hat nach des Mannes Tod die freie Wahl, ob sie den eingebrachten Brautschlag wieder haben, oder das gegen denselben ihr bestimmte Leibgeding genießen will. Erwählet sie dieses letztere, so trifft alsdenn das bekannte Sprüchwort ein, wenn anders wegen der Zurückgabe in den Ehepacten nichts verabredet worden.

Ob



Ob aber eine Witwe ihr Leibgeding verliere, wenn sie zu der andern Ehe schreitet, ist noch zweifelhaft. Einige Rechtsgelehrten haben behauptet, daß solches aufhöre 1). Andere haben das Gegentheil vertheidiget 2), welche letztere Meinung den mehresten Beifall findet. Es fehlet nicht an Beyspielen, welche bezeugen, daß das Leibgedinge durch die Verrückung des Witwenstuhls verlohren gegangen, aber diesen werden auch andere wieder entgegengesetzt, aus welchen zu ersehen, daß die Wittwe dieser Veränderung ohnerachtet es Zeitlebens genossen hat 3). Die Glosse über das sächsische Lehnrecht 4), scheint so viel zu beweisen, daß man in den mittleren Zeiten dafür gehalten habe, daß solches durch eine anderweitige Heyrath nicht verlohren gehe. Der beste Rath ist, daß man sich in den Ehepacten darüber vergleiche. Indessen muß ihr doch allemal das Eingebrachte wieder gegeben werden, wenn sie sich wiederum vermählet.

1) *Estor de dotalitio propter nuptias cessante.*

2) L. B. de *Senckenberg* de dotalitio prioris matrimonii durantib. secundis uxor. votis ipsius relinquendo.

3) Vom Leibgeding ist das Wittum im engern Sinne zu unterscheiden, welches, da es der Frau nicht wegen ihres eingebrachten Heyrathsgutes, sondern zum Unterhalte auf den Fall, wenn sie Witwe werden sollte, ausgesetzt wird, durch die Verrückung des Witwenstuhls der Regel nach verlohren geht. Als die neueste Schrift über diese Materie, s. I. A. H. *Thalwitzer* diss. de vidualitio ad statum viduitatis adstricto. Wittenb. 1791. D. 6.

4) Cap. 17.

XXIV.

**Theyer im Sack, theuer wieder heraus.**

*Anmerkung.*

Wenn die hinterlassene Witwe ihr eingebrachtes Heyrathsgut nach des Mannes Absterben wiederum zurückerfordert, solches aber theils in unbeweglichen, theils in beweglichen Stücken bestehet, so ist alsdann die Frage: ob ihr dasselbe wiederum nach dem Preise, als solches damals, wie sie es eingebracht hat, bestimmt worden, angesetzt werden soll, oder aber, ob sie selbiges in den Stand wieder zurücknehmen muß, in welchem sich solches zu der Zeit der Theilung oder Zurückergabe, befunden. Diese Frage wird durch das angeführte Sprüchwort entschieden, und damit angezeigt, daß die Witwe das Ihrige so wieder zurücknehmen muß, wie sich solches zu der Zeit der Theilung befindet. Daß derselben der Vortheil allein zukomme, wenn der Werth der Güter gestiegen, hingegen aber auch sie den Schaden über sich nehmen müsse, wenn die eingebrachten Güter nicht mehr so viel werth sind, als sie es zu der Zeit, da sie eingebracht worden, gewesen wären 1).

1) *Lauterbach de periculo rerum in societatem conjugum illatarum.*

XXV.

**Kinderzeugen bricht Ehestiftung 1).**

*Anmerkung.*

§. 1. Die Ehestiftungen der Deutschen sind mit den römischen Ehepacten nicht zu vermischen. Diese handelten bloß allein von dem eingebrachten Heyrathsgut, dahingegen jene mehrere Dinge in sich enthalten, so die Rechte und Verbindlichkeiten beider Ehegatten

*Eigent. Sprüche.*

*2*

*sowol*

sowol während als nach aufgehobener Ehe betreffen. In den ältesten Zeiten bestanden dieselben in einer mündlichen Verabredung, nachhero wurden die Punkte schriftlich verfaßt, worüber die Ehegatten sich mit einander verglichen hatten 2). Die Erbfolge unter den Ehegatten ist der wichtigste Punkt, welcher unter andern in denen Ehestiftungen verabredet wird. Da nun aber die Ehestiftungen nach den deutschen Rechten, weder durch einen von dem einen Ehegatten errichteten letzten Willen, noch auf eine andere Weise widerrufen werden können 3), sondern die Aufhebung derselben mit beider Einwilligung geschehen muß; so hat man doch eine Ausnahme gemacht, daß die Ehestiftung aufgehoben werden soll, wenn die Ehegatten mit einander Kinder zeugen würden. Es scheint, daß unsere Vorfahren die billige Gedanken geheget haben, daß die Kinder ihr Erbrecht mit auf die Welt brächten, und dasselbe ihnen von den Eltern durch keinen Vertrag noch andern Verordnungen entzogen werden könne. Man hat daher dafür gehalten, daß, wenn schon in dergleichen Ehestiftungen ein Ehegatte den andern, auf den Fall des Todes, zu seinem Erben ernannt hätte, diese Verordnung ihre Kraft verliere, so bald sie mit einem Kinde erfreuet worden, welches das Recht der Geburt zu einem Erben seiner Eltern bestimme.

1) Es gehört hieher auch das Sprüchwort: Wenn das Kind geboren ist, ist das Testament schon gefertigt. D. 4.

2) *Heineccius* in *element. jur. germ.* L. I. §. 237.

3) *Risch* in *diff. non dari pacta dotalia per testamentum unius conjugis invito altero revocabilia.*

§. 2. Der heutige Gebrauch von diesem Sprüchwort ist nicht dem geringsten Zweifel unterworfen. Das einzige ist nur zu bemerken, daß solches nur allein von der

der in der Ehestiftung verabredeten Erbfolge der Ehegatten zu verstehen, und nur in diesem Punkt dieselbe durch die Geburt eines Kindes aufgehoben werde; in Ansehung der übrigen aber ihre Kraft behalte 1). Das sächsische Recht machet in Ansehung des Ehemanns eine Ausnahme, und ordnet, daß derselbe den Brautschlag seiner Ehefrau, in soferne solcher in beweglichen Gütern bestanden, mit Ausschließung der Kinder allein erben soll 2).

1) Bey Anwendung dieses Sprüchwortes ist, wenn in der Eheveredung über die künftige Erbfolge der Ehegatten disponirt ist, zu unterscheiden, ob der Kinder, die in der Ehe gezeugt werden könnten, Erwähnung geschehen ist, oder nicht. Im letztern Falle findet die Anwendung der Regel: Kinderzeugen bricht Ehestiftung, völlig statt, weil vermuthet werden muß, daß die Ehegatten die Gültigkeit der Eheveredung nur auf den Fall haben einschränken wollen, wenn keine Kinder aus der Ehe erzeugt würden. Im erstern Fall aber macht Kinderzeugen die Ehestiftung nicht ungültig, und nur in so weit würde sie aufgehoben werden müssen, als dadurch der den Kindern gebührende Pflichttheil verletzt seyn würde, indem die Kinder, außer in Absicht des Pflichttheils, keine Befugniß haben, das Recht der Eltern, über ihr Vermögen zu disponiren, einzuschränken. C. des Verfassers diss. de pactis dotalibus ob supervenientiam liberorum hanc tollendis, §. 28. ff. in dessen Opuscul. C. 269 Pütters Rechtsfälle, 1 B. 1 Th. C. 51. d. 4.

2) Lyncker in analect. ad Struvii syntagm. jur. Tit. soluto matrimon.

## V.

## Von den Rechten der Eltern und Kinder.

## I.

Die Mutter sagt es, der Vater glaubt es,  
ein Narr zweifelt daran.

## Anmerkung.

## §. 1.

Dieses Sprüchwort scheint denjenigen zu Gefallen erfunden zu seyn, so das Unglück gehabt, daß man ihnen ihre rechtmäßige Geburt in Zweifel gezogen hat. Gewiß eine betrübte Sache für diejenigen, welchen man das Kindesrecht abspricht, so in Ansehung der Erbfolge die verdrießlichste Wirkung nach sich ziehet. Man bedenke, wie viele empfindliche Wunden der Ehre des Menschen versetzt werden, welcher nicht für ein eheliches Kind seiner Eltern erkannt wird, wie viele Lästerungen liebloser Menschen den Zustand einer solchen bedauernswürdigen Person verschlimmern. Der Beweis der Kindschafft ist einer der schweresten. Die Gesetze haben deswegen denselben auf alle Weise zu erleichtern gesucht. Die Kinder werden nicht allein ihren Vätern, sondern auch dem gemeinen Wesen geböhren; sie bekommen von ihren Eltern ihre Güter, allein der Stand ihrer Person gehöret mehr dem gemeinen Wesen als ihren Eltern. Aus dieser Ursache begnüget man sich mit Muthmaßungen, so oft die Kindschafft bey einem Menschen in Zweifel gezogen wird. Es ist nicht in dem Vermögen eines Sohnes zu beweisen, wer sein Vater ist. Die Gesetze haben daher verordnet, daß der für den wahren Vater eines Kindes gehalten werden soll, der es wegen des Ehestandes zu seyn scheint.

scheinet 1). Sie halten sich nur an das äußerliche, und überlassen die unsichtbaren Geheimnisse der Natur demjenigen, der allein in das Verborgene sieht und dessen Augen nichts verborgen bleibt. Aus diesem wird man leicht sehen, daß dieses Sprüchwort nichts anders anzeigen soll, als daß zu dem Erweis der Kindschafft das Geständniß der Eltern schon genug sey, wenn nemlich die Mutter bekennet, daß sie das Kind zur Welt gebohren, und der Vater dasselbige für das seinige erkennet.

1) L. 5. D. de in jus vocando.

§. 2. Die Rechtsache des Herrn von Saint Geran, so in dem ersten Theil der sonderbaren Rechtshandel des Herrn von Pitaval erzehlet wird, zeigt, daß bey der Geburt eines Menschen so viel Betrieges reyen gespielt werden können, daß selbst die Mutter, in den größten Zweifel und Ungewißheit, ob sie wirklich ein Kind zur Welt gebohren habe, gesetzt werden kann. Aber man kann doch weit mehr, wenn es auf den Beweis der Kindschafft ankommt, dem Bekenntniß der Mutter, daß sie das Kind gebohren, trauen, als auf die Aussage des Vaters, daß das Kind von ihm gezeuget worden, sich verlassen. Ein Augenblick kann die Vaterschaft in Ungewißheit setzen. Will man sagen, daß, so lange der Vater das Kind nicht für das seinige erkennet, das bloße Bekenntniß der Mutter demselben zum Beweis der Kindschafft auch nichts helfe, so ist hier schon genug, wenn das Kind während der Ehe gezeuget worden. Ist dieses dargethan, so wird es auch bey dem Besiz der Kindschafft so lange beschützt, bis derjenige das Gegentheil erwiesen, welcher demselben seine Kindschafft abstreiten will 1). Die Gezeze wollen sogar haben, daß, wenn ein Kind von seinem Vater bishero nicht erkannt worden, derselbe aber dennoch

nach

nachher in seinem letzten Willen ihm den Namen seines Sohnes oder Tochter bezaelegt habe, über die Kindenschaft weiter kein Streit geführt werden soll 2). Es ist dieserwegen das angeführte Sprüchwort als eine Regel in dergleichen Fällen zu gebrauchen. Doch muß man hierben zugleich bemerken, daß, wenn der Vater das Kind für sein eheliches Kind erkennt, die Mutter aber solches von einem andern empfangen zu haben vorgiebt, die Aussage der Mutter demselben zu keinem Nachtheil gereicht, weil die Gesetze nicht wollen, daß man solchen Personen Glauben bemessen soll, welche ihre Aussage durch Entdeckung ihrer eigenen Schande und Laster unterstützen 3), um dadurch einem Dritten ein Nachtheil zu erwecken. Genug, in solchen Streitigkeiten steht man zum Besten der Kinder nur auf die Geburt, von welcher es immer einige Zeugen giebt, nicht aber auf die Empfängniß, davon man unmöglich welche haben kann.

1) *Boehmer* de Actionib. Sect II. cap. I. §. 24.

2) L. 27. §. 1. D. de inoffic. testam.

3) L. 19. §. 1. D. de probationib. et praesumptionib.

## II.

Das ehelich geborne Kind behält seines Vaters Heer-Schild.

### Anmerkung.

§. 1. Was unter dem Heerschild verstanden werde, ist oben schon angeführt worden. Dieses Sprüchwort betrifft die aus einer Mißheyrath erzeugte Kinder, und wird in dem sächsischen Landrecht angeführt 1). Es soll dadurch angezeigt werden, daß die aus einem rechtmäßigen Ehebette entsprossene Kinder den Stand, Wapen und Güter ihres Vaters erben, wenn

wenn schon die Mutter mit dem Vater nicht von gleichem Stande entsprossen ist, und daß dieser Umstand dem Kinde zu keinem Nachtheil gereiche, sondern dasselbe dennoch ein Erbe des Standes und Wapens seines Vaters werden soll. So erklärt *Gertrius* 2) dieses Sprüchwort. Allein wenn man an den großen Haß gedenket, welchen die Deutschen überhaupt gegen die Mithenrathen hegten, so ist es wahrscheinlich, daß dieses Sprüchwort nicht schlechterdings von einem ehelich, sondern auch aus einem ebenbürtigen Ehebette geborenen Kinde zu verstehen sey 3); wie solches auch eine andere Stelle aus dem sächsischen Landrecht bestätigt 4).

1) Lib. III. Art. 72.

2) de paroem. jur. German. Lib. II. par. 6.

3) *Riccus* in *Spicileg.* p. 523.

4) Lib. I. Art. 9 et 17. — Sowol diese Stellen des *Sachsenspiegels* als die in der ersten Note angeführte verlangen erstlich eine eheliche, und zweitens eine freye Geburt. Von Erzeugung aus einer Ehe gleichen Standes ist der Ausdruck: ebenbürtig; dessen sich der Spiegler bedient, nicht zu verstehen. Es ergibt sich solches aus dem art. 73. des 3ten B. des *Sachsenspiegels*. Der *Geh. H. Böhm* in *diff. de impari matrimonio et jure liberorum ex eo natorum circa successionem feudalem*, §. 1. Not. 2. hat dieses sehr richtig bemerkt. D. 4.

§. 2. Daß in Ansehung des hohen Adels heut zu Tage, eine standesmäßige Geburt erfordert werde, wenn die Kinder als Prinzen der Vorzüge des Fürstlichen Hauses, aus welchen sie entsprossen sind, theilhaftig werden wollen, ist aus verschiedenen Reichsgesetzen, besonders der Kaiserlichen Wohlcapitulation bekannt 1). Von dem niedern Adel kann man dieses nicht behaupten. Man kann aber auch nicht sagen, daß die Folgen der Mithenrathen unter demselben aufgehoben worden.

Es



Es scheint mehr, daß durch eine widrige Gewohnheit eingeführet worden, daß man so sehr heut zu Tage nicht darauf siehet. Wir sehen an den meisten Orten, daß solche Kinder den Adel ihres Vaters erben, und der Erbfolge in die Stämme und Lehngüter theilhaftig werden. Nur einige Rechte sind es, die sie mit denenjenigen nicht gemein haben, welche von Vater und Mutter Seite her, ihre adeliche Ahnen zählen können 2).

1) Capitulat. novissima caesarea Art. 22. §. 4.

2) Cramer de jurib. et praerogativa nobilitat. avitae cap. 5. S. meine Note zum 14ten Sprüchwort §. 2. des vorigen Abschnitts. D. S.

### III

## Das Kind geböret zu der ärgern Hand.

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort wird in dem Schwäbischen Landrecht angeführet 1), und das sächsische Landrecht enthält ebenfalls dasselbe in sich 2). Unter der ärgern Hand wird derjenige Ehegatte verstanden, welcher mit dem andern nicht von gleichem Stande ist, es mag nun der Vater oder Mutter seyn. Daß man in Deutschland den Mißheyrathen nicht gewogen gewesen, ist aus den deutschen Geschichten genugsam bekannt. Die Gesetze der Friesen, Sachsen, Longobarden und Franken, können solches bezeugen. Ungleiche Ehen wurden als ein bloßer Concubinat angesehen 3). Die Frau hatte dahero keinen Antheil an ihres Ehemanns Würde, die Kinder bekamen nichts weiter als was ihnen zu ihrem Unterhalt ausgesetzt worden. Lehngüter konnten gar nicht auf dieselben fallen. Hatte ein Frauennimmer sich mit einer Person vom geringeren Stande verheirathet, so konnte sie ihre Kinder ihres Adels

Adels nicht theilhaftig machen, sondern sie würden nach dem Stande ihres Vaters erzogen 4). Solchemnach hat man durch dieses Sprüchwort so viel sagen wollen, daß die Kinder, so aus einer ungleichen Ehe entsprossen sind, allemal nur den Stand erlangen, woraus der ungleiche Ehegatte entsprossen ist 5).

1) C. 322. nach der Königssthalischen Ausgabe c. 328.

§. 3. — Unter der ärgern Hand wird nicht der Ehegatte bloß niedrigeren Standes, sondern unfreyen Standes verstanden. Es ergiebt sich solches deutlich aus dem §. 5. des angeführten Kapitels aus dem Schmaubenspiegel, wo es heißt: „nympt sy einen Mann nach ihm, der frey ist als sie selbe. So gewinnet sy so frey Kind als sy selber ist.“ War aber einer der Ehegatten eine unfreye Person, dann wurden die Kinder der Bößgebahrne, Bastarde, Wahnbürtige genannt, indem sie der ärgern Hand folgten. Chr. Gottl. Hommel. diss. de recto sensu et usu paroeniae germanicae: das Kind gehört zur ärgern Hand. Wittenb. 1767. D. S.

2) Lib. I. Art. 51.

3) Estor de odio in matrimon. inaequal.

4) Gundling in diss. an nobilitat. venter.

5) L. B. de Senckenberg de jurib. nobilitat. Germ. §. 9.

§. 2. Ungleiche Ehen werden heut zu Tage nicht mehr als ein Concubinat betrachtet, nachdem besonders die priesterliche Trauung, welche auch bey dergleichen Ehen gebraucht wird, dieselbe von dem Concubinat unterscheidet, allein sie haben doch in Ansehung der Kinder die Wirkungen einer rechtmäßigen Ehe nicht. Es entstehen dergleichen Ehen, wenn jemand von dem hohen Adel eine Person vom niedern Adel, oder einer vom niedern Adel eine Person von bürgerlichen oder Bauernstand, oder ein Freygeböhrender eine leibeigene Frauensperson heyrathet. Was die Reichsgesetze von der-

dergleichen ungleichen Ehen, in Ansehung des hohen Adels, verordnen, ist vorhin schon angeführt worden. Von dem niedern Adel habe ich gesagt, daß man heut zu Tage so sehr nicht darauf sehe, und Kinder, so aus dergleichen Ehen gebohren worden, den Adel ihres Vaters erben und Lehnfähig sind. Indessen hat man doch auch Verordnungen, welche solche Kinder von der Lehnfolge ausschließen. So machte Churfürst Friedrich zu Brandenburg im Jahr 1697 eine Verordnung, daß, wenn künftig sich vom Adel jemand gelüsten lassen sollte, mit Bauren und andern Leuten, so von gar zu geringen Herkommen, Töchtern, sich zu verehlichen, derselbe zwar Zeit seines Lebens die Lehngüter besitzen, auch Helm und Schild behalten, die Söhne aber, die in solchen Ehen erzielet, sich dessen nicht anmaßen noch zur Erbfolge im Lehen gelassen werden, sondern beide, Söhne und Töchter, sich an dem Erbe, so ihr Vater verläßt, begnügen lassen, die Lehen aber an die Anverwandten und Mitbelehnten versallen sollen 1). Es haben auch manchmal adeliche Familien gewisse Verträge unter sich errichtet, wodurch sie solche Mißheyrathen zu verhindern gesucht 2). Die Reichthümer der Bürger haben dem niedern Adel Gelegenheit gegeben, dieses politische Vorurtheil abzutragen, und solche Eheverbindungen zu treffen, die mit wesentlichen Vortheilen verbunden sind. Ein reicher Brautswag kann leicht den Mangel der Ahnen, so der Ehegattin fehlen, ersetzen. Was endlich die Ehe eines Freygebohrnen mit einer Leibeigenen anbelanget, so ist es in den mehresten Ländern, wo leibeigene Unterthanen sind, eingeführt, daß die Kinder nur alsdann leibeigen werden, wenn sie von einer leibeigenen Mutter gebohren worden 3).

1) Riccius vom Landsässigen Adel P. II, c. 51. §. 5.

2) *Idem* in Specileg. jur. Germ. p. 519.

3) Wald-

- 3) *Waldschmidt de hominib. propriis. Haereticis.* — Die Particularrechte weichen in Bestimmung der Frage, wessen Stande das Kind folgen soll, oft von einander ab. Z. B. nach dem Bayerischen Landr. Art. 8. und der Osnabrückischen Eigenthumsordn. c. 2. §. 2. wird das Kind leibeigen, wenn es die Mutter gewesen ist. Nach der Mecklenburgischen Gesindzordn. §. 4. hingegen folgt das Kind dem Vater. *E. Pottgiesser de statu servorum, S. 832. ff. d. 6.*

#### IV.

### Keine Mutter trägt einen Bastart.

#### Anmerkung.

§. 1. Der Name Bastart ist ehemals den natürlichen Kindern der Könige und Fürsten eigen gewesen. Des Burgundischen Herzogs Philipps natürlichen Sohn Aimon, ward *de groote Bastard van Burgund* genannt 1), und dieser Name gereichte denenselben nicht zum Nachtheil. Die unehelichen Prinzen der Fränkischen Könige, erbten sogar den Thron ihrer Väter, wie *Sigebert, Theodoricus, Theobald, Chilperich* und andere mit ihrem Bepfeil bewiesen 2). *Arnulph*, der natürliche Sohn des *Carolomannus*, erlangte die römische Kaiserswürde. Die natürlichen Söhne Kaiser *Friederichs des Zweyten*, erhielten die Kronen von *Sardinien* und *Sicilien*, auch ansehnliche Fürstenthümer. Wieswol man auch Bepfeile findet, daß die natürlichen Kinder großer Herren schon unter Kaiser *Conrad des Zweyten* Zeiten vieles von ihrem Ansehen verlohren. Unter der Regierung Kaiser *Rudolph des Zweyten*, kam es erstlich an, daß dergleichen natürliche Kinder großer Herren legitimiret wurden, wovon der *Margraf zu Meissen Heinrich* den Anfang machte, als er

seis

seinen mit der Elise von Maltitz erzeugten unehelichen Sohn Friederich legitimiren ließ 3). Nach der Zeit legte man allen unehelichen Kindern den Namen des Bastards bey. Von dem Ursprung dieses Wortes sind die Meinungen verschieden 4).

1) *Car. du Fresne* in glossar. T. I. p. 502.

2) *Hertius* in notitia veter. Francor. regni cap. IV. §. 9.

3) *Weckens* Beschreibung der Stadt Dresden S. 159. S. des Freyherrn von *Cramm's* Beyläufige Nebenstunden P. IV. n. 6. — Das angeführte Beyspiel des Markgrafen Heinrich von Meissen gehört eigentlich nicht hieher, da Elisabeth von Maltitz rechtmäßige, wiewol unstandesmäßige Gemahlin des Markgrafen war, und folglich die in dieser Ehe erzeugten Kinder keiner Legitimation bedurften. Kaiser Rudolph ertheilte dieser Elisabeth von Maltitz einen Gnadenbrief, worin ihr die Rechte einer freyen edlen Geburt, der Titel einer gräfin beygelegt, und Friedrich, der Prinz, welchen sie mit Heinrich erzeugt hatte, für ebenbürtig und lehnfähig erklärt wurde. *S. Hornii* Henricus illustris c. VI. §. 38 und in dem dazu gehörigen codice diplomatic. diplom. L. II. Statt dessen gehört hieher das Beyspiel Albrecht des Unartigen, ein Sohn des angeführten Heinrichs. Dieser hatte mit einer Hofdame, Kunigunde von Jsenberg, außer der Ehe, einen Sohn (Albrecht den jüngern) erzeugt. Weil der Vater diesen unehelichen Sohn außerordentlich begünstigte, so gerieth er darüber mit seinen in der Ehe erzeugten Söhnen, in viele Streitigkeiten (*Säckerlins* teutsch. Reichsgeschichte Th. 2. S. 587. ff.) Kaiser Rudolph legte diese Streitigkeiten ums Jahr 1287 in Güte bey, und legitimirte zugleich auf Nachsuchen des Landgrafen Albrecht seinen mit der Kunigunde von Jsenberg erzeugten Sohn. *S. Historia Erphesfordensis de Landgravio Thuringiae* c. 73. in *Pistoris* Scriptor. Rer. Germ. T. 1. S. 1334. D. A.

4) *Bejoldus* in thesaur. pract. voc. bastart. *Hoffmann* in observationib. jur. German. Lib. I. cap. XI.

§. 2. Mit den unehelichen Kindern der Privatpersonen hat es von jeher eine ganz andere Beschaffenheit gehabt. Sie wurden für unehelich gehalten, sie konnten zu keinen Ehrenstellen gelangen, und die Erbschaft ihres Vaters nicht theilhaftig werden 1). Besonders konnten sie keine Lehen erwerben 2). Nur die Longobarden bewilligten denen mit einer Concubine erzeugten Kindern einen gewissen Theil von dem Nachlaß ihres Vaters, wenn gleich rechtmäßige Kinder vorhanden gewesen waren 3); andere uneheliche mußten mit demjenigen zufrieden seyn, was die rechtmäßigen Kinder ihnen abgaben 4). Das römische Recht, welches unehelichen Kindern das Erbrecht, in Ansehung der Mutter, gleich denen ehelichen Kindern zuerthet 5), hat endlich gemacht, daß man dieselben nach ihrem mütterlichen Ursprung für rechtmäßige Kinder hielt. Dem Verfasser des Sachsenspiegels kommt dieses sehr ungereimt vor. Er sagt daher 6): Man sagt, daß kein Kind seiner Mutter Rebskind sey, das ist doch nicht. Diese Worte dienen zur Erläuterung des angeführten Sprüchwortes, womit man anzeigen wollen, daß uneheliche Kinder nur in Ansehung des Vaters Bastarde heißen, weil sie nicht von demselben als Kinder erkannt werden, von der Mutter aber als rechtmäßige Kinder betrachtet werden müssen, weil diese die Kinder unter ihrem Herzen getragen, und von ihrem Ursprung die beste Ueberzeugung hat.

1) *Eccard* ad L. Salicam p. 200. — Unter den Fränkischen Königen wurden uneheliche Kinder Leibeigene des Königs, man nannte sie daher Königsfinder, und dieses Recht des Königs: das Bastardrecht (*jus Bastardarii*). G. von Selchow diss. de infamia und Walchs vermischte Beyträge zu den deutschen Rechten Th. 3. S. 165. in der Note. Bodmann's Abhandl. von der Makel der Bastarden u. s. w. in Siebenkees's Beyträgen zum teutschen R. Th. 6. Nr. 1. D. S.

2) 1.

- 2) I. F. A. c. I. §. 4. I. F. S. cap. 2.
- 3) Lex Longobard Lib. II. Tit. 14. §. 2.
- 4) Lex Longob. Lib. II. Tit. 8. §. 6.
- 5) §. 4. l. de SC. Orphit. L. I. §. 2. D. ad SC. Tertulian. et Orphitian.
- 6) I. P. Sax. Lib I. Art. 51. — In meiner Dissertation de legitimatione liberorum illegitimorum praecipue secundum jus Germanicum hodiernum, c. 1. §. 4. Note c habe ich aus dieser Stelle des Sachsenspiegel das Gegentheil erweisen wollen, daß nämlich nach der Meinung des Spieglers die unehelichen Kinder die Mutter nicht beerben könnten. Ich nehme hier diese irrige Erklärung zurück, und glaube hierdurch meinen Fehler, der hoffentlich keinen großen Schaden angerichtet haben wird, wieder gut zu machen. So viel ist indeß richtig, daß Chassenaüs de Consuetud. Burgund rubr. 8. §. 3. bezeugt, daß im Burgundischen die Bastarde von der Erbschaft ihrer Mutter wären ausgeschlossen worden, und daß auch verschiedene Stadtrechte, z. B. das Lüneburgische Stadtr. P. I. tit. 2. die Freybergischen Statuten in Walchs vermischten Beyträgen zu den deutschen Rechten Th. 3. S. 165. Stöcker Schrae in *Einminghaus* memorabil. Susat. P. III. nr. 3. §. 172. S. 194. u. a. m. ein gleiches verordnen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sowol der Verfasser des Sachsenspiegels am a. O. als auch des Schwabenspiegels c. 415. die Regel: Keine Mutter trägt einen Bastard, aus dem römischen Rechte entlehnt haben. S. Pufendorf O. L. V. T. 1. obs. 88. S. 223. d. S.

§. 3. Der Gebrauch von diesem Sprüchwort ist von einem weiten Umfang, und überhaupt von demselben zu bemerken, daß auch heut zu Tage uneheliche Kinder in Ansehung ihrer Mutter gleiche Rechte mit den ehelichen Kindern genießen, und eine Mutter eben diejenige Rechte und Gewalt über ihre außer der Ehe gebohrne Kinder hat, so ihr in Ansehung der rechtmäßigen Kinder zukommen. Nur in einem und dem andern

andern Fall wird eine Ausnahme gemacht, wovon aber diejenigen Schriftsteller nachzulesen, welche von den Rechten der unehelichen Kinder gehandelt haben 1), deren ausführliche Erzählung gegenwärtig mein Vorhaben nicht leidet 7).

- 1) *Feltzii excerpta controversiar. illustrium de liber. legitimis. Mencken de successione liberor. naturalium ad spurios non pertinente. Stryck de liber. naturalib. Regum et Princip. Breithaupt de jur. Bastardorum.*

## V.

### Kein Vater kann seinen Sohn schelten.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort entscheidet die Frage, ob Kinder von ihren Eltern der Ehre beraubet, und wegen erlittener Beschimpfungen ihre Eltern deswegen gerichtlich belangen können. Es wird dieselbe verneinet, und es fehlet nicht an Gründen, so dieses Sprüchwort unterstützen. Das Band der Natur, so zwischen Eltern und Kindern obwaltet, läßt nicht einmal die Vermuthung statt finden, daß Eltern in der Absicht ihrer Kinder Ehre zu kränken schelten sollten, denn der Schimpf würde allemal gewissermaßen auf sie zurückfallen, die Ausübung der Hauszucht und das Recht, die Kinder mit Zwangsmitteln zu demjenigen anzuhalten, was zu derselben Besten gereicht, macht, daß Eltern mit harten Worten manchmal ihre Kinder anreden müssen, und eine mäßige Beschimpfung kann bey ehrliebenden Gemüthern mehr Gutes stiften, als Schläge, endlich so würde es nimmermehr mit der Ehrfurcht übereinkommen, so die Kinder den Eltern schuldig sind, wenn ihnen frey stünde, die von ihren Eltern



Eltern wider sie ausgestoßene Scheltwörter als eine Beleidigung und Schmach anzusehen, und deswegen eine Injurienklage zu erheben.

§. 2. Es kann gegen dieses Sprüchwort eine Ausnahme gemacht werden, wenn Eltern die ihnen von Gott über ihre Kinder verliehene Gewalt, missbrauchen, und mehr ihren Zorn und Haß bey der Zuchtigung der Kinder an den Tag legen, als die Absicht hegen, solche zu bessern. Wer kann es alsdenn Kindern verdenken, wenn sie nach so vieler ausgestandener Schmach und harten Begegnen, endlich zu der Obrigkeit ihre Zuflucht nehmen, und in den Armen der Gerechtigkeit den Schutz suchen, welchen die elterliche Liebe ihnen verweigert. Ich glaube auch nicht, daß Kinder in diesem Falle so lange zu warten nöthig haben, bis sie erst von der väterlichen Gewalt frey sind. Die Pflicht gegen sich selbst macht hier eine Ausnahme 1).

1) *Wildvogel de increpatione paterna.* — Ein Beispiel einer gegründeten Injurienklage eines Sohnes gegen seinen Vater, welcher jenen wegen eines fälschlich angeschuldigten unerlaubten Umgangs mit seiner Mutter bey seinen Anverwandten verläumdet hatte, findet man in Cramer's Obl. I. V. T. III. obl. 878.

D. S.

## VI.

Ein Vater kann eher zehen Kinder ernähren, als zehen Kinder einen Vater.

### Anmerkung.

§. 1. Die Bedeutung dieses Sprüchworts ist schon aus desselben Inhalt deutlich zu ersehen. Es gründet sich auf eine lange Erfahrung, und enthält eine Wahrheit in sich, die unsere späten Nachkommen eben so richtig befinden werden, als unsere Vorfahren

das

davon überzeugt gewesen. Die natürliche Liebe der Eltern gegen die Kinder ist der Grund davon. Sie beschäftigt die Eltern mit tausenderley Sorgen, um die Erhaltung derjenigen, denen sie das Leben gegeben haben. Und so sauer es auch dem Vater wird, seinen Kindern das Brod zu verschaffen, so überwindet doch die natürliche Liebe gegen die Kinder alle Beschwerlichkeiten. Aus diesem Grundsatz von der natürlichen Liebe der Eltern gegen die Kinder hat man geschlossen, daß ein Vater eher im Stande sey, zehn Kinder zu ernähren, als zehn Kinder einen Vater. Ein Vater hat stärkere Bewegungsgründe er siehet sein Bildniß in seinen Kindern wieder aufleben. Er wünschet die Erhaltung seines Namens und Angedenkens, und da Dieser durch die Kinder am besten fortgepflanzt wird, so giebt er sich alle Mühe, für derselben Erhaltung zu sorgen. Er siehet, wie seine Lebenskräfte mit dem Alter abnehmen, und der Tod ihn erwartet. Sein Trost bestehet darinnen, daß sein Gedächtniß durch seine Kinder erhalten wird. Eingegen hat man gefunden, daß die Liebe der Kinder gegen die Eltern so stark nicht ist, und die Eltern dasjenige nimmermehr von den Kindern erwarten können, was sie an ihnen gethan haben.

§. 2. Ich will eben nicht behaupten, daß dieses Sprüchwort allemal eintreffe. Wie viele arme und abgelebte Eltern sind nicht in der Welt, die der kindlichen Verpflegung genießen? und diese auf eine solche Weise, die den Kindern zum größten Ruhm gereicht. Man hat also durch dieses Sprüchwort, mehr dasjenige anzeigen wollen, was gemeiniglich geschieht, als daß man dadurch den Fall, daß ein Kind seine Eltern ernähren könne, als was unmögliches ansehen wollen. Zugleich aber wird durch dieses Sprüchwort allen Eltern, die schon genug bewährt gefundene Regel gege-

ben, daß sie ihre Güter nicht bey ihren Lebzeiten ihren Kindern übergeben, damit sie nicht Ursache haben mögen, ihre Unvorsichtigkeit zu bereuen 1).

1) *Ittig de obligatione reciproca parentum et liberorum ad alimenta praestanda.*

## VII.

Wer eine Stiefmutter hat, der hat auch einen Stiefvater.

### Anmerkung.

§. 1. Die andere Ehe ist bey den alten Deutschen eben so verhaßt als bey andern Völkern gewesen. Sie hielten dieselbe für einen unerlaubten Verschlag, und in einigen Gegenden hatte man die Gewohnheit eingeführt, daß nur die Jungfrauen, nicht aber die Witwen heyrathen durften 1). Bey verschiedenen deutschen Völkern gereichte es einer Ehefrau, deren Ehemann in einem Treffen sein Blut für das Vaterland vergossen, zum größten Schimpf, wenn sie nach desselben Absterben noch länger leben bleiben wollte. Sie erwählte entweder einen Strick und erhing sich, oder sie sprang voller Muth und Freude in die Glut des Feuers, und endigte auf einen Scheiterhaufen ihr Leben 2). Bey den mehresten Völkern ist die andere Ehe zwar nicht gänzlich verboten gewesen, man hatte aber doch dieselbe nicht so schlechterdings für erlaubt gehalten, sondern die zur andern Ehe schreitende Witwe, mußte eine gewisse Buße an Geld dafür erlegen, so die *Keupus*, oder wie es eigentlich mag geheißen haben, *Kad* oder *Reidbuß*, genennet worden ist 3), und verlor außerdem die Rechte der vorigen Ehe. Dieser Widerwille gegen die andere Ehe hat auch zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben. Eine betrübte Ers-

fah-

fahrung hat gewiesen, daß die Väter, so zu der andern Ehe schreiten, sich von ihrer neuen Ehegattin leicht einnehmen lassen, und die Liebe zu den Kindern der ersten Ehe verlieren. Daß die Stiefmutter sich des Herzens ihres Ehemannes bemächtigt, und nach und nach denselben einen Widerwillen gegen seine Kinder erster Ehe einflößet. Man hat geglaubt, daß dergleichen Kinder wenig Liebe von ihrer Stiefmutter zu erwarten haben, und daß diese ihre Stieffinder nur als Fremdlinge betrachtete, so sie nichts angingen. Ich will nicht behaupten, daß dieses Sprüchwort untrügbar sey. Man wird Väter genug finden, welchen die andere Heyrath nicht im geringsten die Neigung aus dem Herzen gegen ihre Kinder erster Ehe rauben wird, und sind nicht auch so viele edle Beispiele von Stiefmüttern vorhanden, die durch ihr liebevolles Bezeugen gegen ihre Stieffinder manche leibliche Mutter beschämen.

1) *Tacitus* de morib. german. cap. 19.

2) *Cluverus* in Antiquitatib. german. Lib. II. p. 369.

3) *Gundling* de coemptione ukor. c. 1. §. 22. *Hoffmann* in observat. jur. Germanici Lib. I. c. 6.

§. 2. Der ehemalige Haß gegen die andere Ehe hat auch noch heut zu Tage viele Spuren hinterlassen. Es ist noch an verschiedenen Orten üblich, daß Witwer und Witwen, wenn sie zu der andern Ehe schreiten, etwas Geld anstatt der Strafe abtragen müssen. In Zülzburg und dem dazu gehörigen Amte, muß eine Witwe, welche sich in oder außerhalb der Stadt wiederum verhehelicht, dem Amtsverwalter sieben Groschen, und dem Landknecht vier Pfennig nebst einem Beutelschen, eins oder zwey Pfennige werth geben 1). Zu Halle auf dem Amte Giebichenstein ist ein gleiches eingeführt, und die Braut muß um das daselbst gewöhn-

gewöhnliche Geld einen Stechschein oder Stechzettel einlösen 2). Das Geld muß in einem rothen ledernen Beutel entrichtet werden 3), man nennet daher diesen Beutel den **Witwen- oder Bocksbeutel** 4). Die übrigen Wirkungen, so die andere Ehe nach sich zieht, bestehen in dem Verfangenschaftsrecht, in der Aufhebung der Gemeinschaft der Güter, dem Verlust der Würde, Gerichtsbarkeit und anderer Vorzüge, so die Witwe in Ansehung ihres Ehemannes erster Ehe genossen, in der Einziehung des Wittums und dergleichen mehr 5). Doch ist die sogenannte Statutarische Portion nicht darunter begriffen 6).

1) *Dondorff* de sacco sine futura.

2) *Boehmer* de secundis nuptiis personar. illustr. c. I. §. 60.

3) *Dondorff* l. c. §. 17.

4) *Westphal* de consuetudine ex sacco et libro vulgo vom Bocksbeutel und Wästenbock. Mehrere, besondere Gewohnheiten findet man angeführt in Hofmanns Handbuche des teutschen Eherechts, S. 718. ff. d. 3.

5) *Alßen* de eo quod hodie juris est circa poenas secundae nuptiis scriptas.

6) *Ayrer* de portione statutaria poenis secundas, nuptiar non obnoxia — Nicht durchgängig läßt sich dieses behaupten, nach den Harburger Statuten, z. B. behält zwar die Witwe, wenn sie zur andern Ehe schreitet, den Nießbrauch der statutarischen Portion, allein das Eigenthum, wenn Kinder aus der ersten Ehe vorhanden sind, fällt an diese zurück. S. *Pufendorf* T. IV. obs. 173. d. 3.

VIII.

Ein Stiefvater, eine Stiefmutter. Wenn die Henne zum Hahn kommt, so vergift sie ihre Jungen.

Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort mit dem vorhergehenden von gleichem Inhalt, und man hat damit so viel sagen wollen, daß, — wie gemeinlich ein Vater seine Kinder erster Ehe weniger achtet als vorhin, wenn derselbe zu der andern Ehe geschritten, es mit der Mutter eben so gehe, und diese gemeinlich die mit ihrem andern Manne erzielte Kinder mehr, als die Kinder der ersten Ehe liebe. Man befürchtet, die eheliche Liebe werde die mütterliche Liebe leicht überwinden, und die Kinder der ersten Ehe, so ohnedem von dem Stiefvater wenig geliebet werden, auch die mütterliche Neigung verlieren. Was ich indessen von der Richtigkeit des vorigen Sprüchworts angeführt, ist bey diesem ebenfalls zu bemerken, daß der Haß gegen die andere Ehe dazu Gelegenheit gegeben, tausend Beispiele von liebreichen Müttern und gutthätigen Stiefvätern können dieses Sprüchwort widerlegen.

§. 2. Das Vorurtheil, so man gegen eine zu der andern Ehe schreitende Mutter gefasset, hat indessen verursacht, daß man derselben die Erziehung der Kinder nicht weiter überlassen wollte. Das Justinianische Gesetzbuch will solches ausdrücklich haben 1). Man ist aber, mit Recht der Meinung, daß in Deutschland dieses Gesetz keinen Beifall verdiene, so lange nicht ein wahrscheinlicher Verdacht sich äußert, daß die Kinder eine schlechte Erziehung erhalten werden. Jene Verordnung gehöret unter diejenigen Gesetze, so in dem Naturel eines Volkes ihren Grund haben. Vergaß

gaß eine Römerin oder Griechin nach ihrer zweyten Ehe die Mutterpflichten gegen ihre Kinder erster Ehe, so lehret uns selbst ein griechischer Schriftlehrer 2), daß die deutschen Mütter desto heiliger dieselbe beobachtet, und deutsche Stiefmütter manche römische leibliche Mutter an Liebe übertroffen habe. Die alten Sitten sind zwar in vielen Stücken verdorben worden; aber die Denkungsart hat sich doch nicht ganz verlohren.

1) L. h. C. ubi pupilli educar. debeant. N. XXII. c. 38.

2) *Procopius* de bello Gallico Lib. IV.

## VI.

### Von den Rechten der Anverwandtschaft.

#### I.

Im siebenten Grad endet sich die Sippe.

#### Anmerkung.

§. 1.  
Sippe oder Sippenschaft, heißet so viel als Anverwandtschaft, und obwol Wachter 1) dafür hält, daß auch die Schwägerschaft darunter gehöret, so ist dieses doch ungegründet, und andere haben schon genugsam dargethan, daß die Sippenschaft von der Schwägerschaft unterschieden worden. Wenn Carl der Fünfte in seiner peinlichen Halsgerichtsordnung 2), von einer an gesippten Freunden begangenen Mordthat redet, so verstehet er darunter Blutsfreunde. Denn das Wort Sippe bedeutet eigentlich so viel, als die Quelle oder den Ursprung. Man verstehet darunter das Geblüt, Sippenschaft heißet daher die Blutsfreundschaft 3). Die Blutsfreunde oder Anverwandten heißen bey den  
Deuts

Deutschen Mägen, und insbesondere wurden die väterlichen Anverwandten Schwerdmägen, so wie die von der mütterlichen Seite Spiel- oder Spindelmägen geneunet 4). Die ganze Anverwandtschaft wurde mit einem Leib verglichen.

1) In glossar. germ. V. Sippe.

2) Art. 137.

3) Wachter am a. O. leitet Sippe vom alten fränkischen Worte cippus, d. i. truncus, her, dessen Caesar de bello Gallico I, 7. c. 73. gedenkt. F. E. J. Fischer im Versuch über die Geschichte der teutschen Erbfolge S. 124. ff. macht sich diese Herleitung zur Unterstützung der Hypothese des Gesamteigenthums als Grund der teutschen Erbfolge zu Nutze. Die vom Verf. bemerkte Herleitung ist aber bey weitem wahrscheinlicher. Das platdeutsche in unseren Gegenden übliche Wort, sippen, sipen, welches so viel als rinnen bedeutet, unterstützt sie ungemein. Wenn Herr Fischer am a. O. glaubt, daß Sibbe in der teutschen Sprache nicht die Blutsfreundschaft, sondern den Stamm bedeutet, so kann ich ihm daher auf keine Weise beypflichten. S. Fulda's Sammlung und Abstammung Germanischer Wurzelwörter S. 281. Bremisches Wörterbuch unter dem W. Sibbe. D. S.

4) Gebauer in praefation. ad Hanesenii lucubrationes selectiores circa doctrinam de computatione graduum, in dessen vestigiis jur. Germ. antiquissimis in C. Taciti Germania obviis, nr. 13. D. S.

§. 2. Man hat durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, wie weit die Blutsfreundschaft sich erstrecket. Das Ripuarische Gesetz endigte dieselbe mit dem fünften 1), hingegen erstreckte sich dieselbe nach dem Longobardischen Recht, bis auf den siebenten Grad 2). Dieses ist auch bey den Sachsen üblich gewesen. In dem sächsischen Landrecht 3) wird die Eintheilung der Sippschaft folgendermaßen beschrieben. An dem Haupt stehen Mann und Weib. Die erste



erste Sippe machen aus die Geschwister, die zweite, Geschwisterkind, die dritte, Geschwister Enkel, die vierte, Geschwister Urenkel, die fünfte, derselben Kinder, die sechste, die Kinder so von diesen abstammen, und die siebente dieser letzteren Kinder, so auch *Naselmagen* genennet worden. Weil sie, da man die Anverwandtschaft unter dem Bilde eines Leibes vorstellte, an dem Nagel der Hand stunden. Auf die Zahl der Sipperschaft gründet sich das Erbfolgerecht, wie solches die Sprüchwörter: *Jeh näher dem Siep, jeh näher dem Erbe*, ferner: nach rechter Sippzahl, anzeigen. *Repfow* beschließt daher seine Beschreibung mit den Worten: ob nun wohl der Pabst erlaubet hat, sich mit einander zu verheyrathen, in dem fünften Grad, so mag er doch kein Recht setzen, da er unser Land, oder Lehenrecht mit ändern oder fränken möge.

1) Tit. LVI. §. 2.

2) Lex Longobard. Lib. II. Tit. XIV. n. 135. apud *Georgisch* p. 966.

3) Lib. I. Art. 3.

## II.

Art läßt nicht von Art. Keine Ael heft eine Taube.

### Anmerkung.

§ 1. Daß auch die guten und bösen Eigenschaften der Eltern, an derselben Kinder wahrgenommen, und gleichsam mit dem Geblüte fortgepflanzt werden, ist durch die Erfahrung genugsam bestätigt. Ob es also eine richtige Folge sey, daß, weil der Vater diesen oder jenen Fehler an sich gehabt, der Sohn denselben nothwendig auch haben müsse, getraue ich mir nicht

nicht zu behaupten, vieles hängt auch von der Erziehung ab. Wenn daher durch dieses Sprüchwort angedeutet werden soll, daß Eltern sich an Gemüthsgaben ähnliche Kinder zeugen; so wird doch allemal hierbey eine Ausnahme statt finden. Es ist zwar an dem, daß man an ganzen Nationen besondere Eigenschaften von jeher bemerkt hat, wodurch immer sich eine von der andern unterscheidet 1). Von den verschiedenen alten Völkern Deutschlands, hat ein jedes etwas eigenes an sich gehabt, so bey den andern nicht angetroffen wurde. Die Gothen hielten wenig auf Treu und Glauben, aber das Gesetz der Keuschheit beobachteten sie auf das genaueste. Die Sachsen hatten eine große Neigung zur Grausamkeit, allein nichts gieng über ihre Treu und Glauben. Den Franken war das Leugnen und Verstellen was gewöhnliches, aber an der Tugend der Keuschheit giengen sie andern vor 2). Wie manchmal hat man bey ganzen Familien bemerkt, daß in denselben eine gewisse Tugend herrschet, oder ein besonderes Laster oder Fehler angetroffen wird, so von dem Vater auf den Sohn, von diesen auf dem Enkel, und so ferner mit einer jeden Zeugung fortgepflanzt wird. Man lese hiervon Krügers Seelenlehre. Es wird aber auch nicht geleugnet werden können, daß man unrichtig schließet, wenn man als ausgemacht annimmt, daß, weil der Vater ein Dieb gewesen, der Sohn auch die Neigung zum Stehlen haben müsse.

1) *Montesquieu* Esprit. des nations. Der Verfasser des Buches von dem Nationalstolze. *Lindingers* Character denkwürdiger Nationen.

2) *Salvianus* Episc. Massiliens. L. VII. de gubernation. Dei.

§. 2. Man hat von diesem Sprüchwort ehemals in peinlichen Fällen eine unglückliche Anwendung gemacht,

macht, und wo jemand eines Verbrechens halber in Verdacht gerathen, dessen Vater oder Mutter um eines gleichen Verbrechens bestraft worden, machte man aus diesem Umstand den ungegründeten Schluß, daß der Verdächtige nothwendig der wahre Thäter seyn müsse. So lange der unvernünftige Hegenproceß noch Mode gewesen, konnte eine unschuldige Frauensperson bald zum Scheiterhaufen verdammet werden, deren Mutter für eine Hexe gehalten wurde. Man sagte: Die Mutter eine Hexe, die Tochter auch eine Hexe. Ein anderes Sprüchwort: Die Mutter eine Hure, die Tochter eine Hure, geht ebenfalls dahin. Manche Verbrecher vermeinen daher ein Mittel zu ihrer Vertheidigung gefunden zu haben, wenn sie vorgeben, daß sie die Neigung zu dem begangenen Verbrechen von ihren Eltern ererbet hätten. Ich erinnere mich einigemal schon in Acten von begangenen Diebstählen gelesen zu haben, daß die Diebe sich damit entschuldigen wollen, indem sie vorgeben, daß das Stehlen von ihren Eltern ihnen angeerbet sey. Crassius in seinem Werk von den Anzeigen 1), hat den Gebrauch von diesem Sprüchwort mit vielen Gründen vertheidiget. Aber die peinliche Halsgerichtsordnung verwirft dergleichen Anzeigen 2).

1) P. I. cap. 24. n. 3. sq. P. III. c. 4. n. 106.

2) *Kraffius* ad Art. 21. et 22. C. C. C.

### III.

Das Hemd ist mir näher als der Rock.

#### Anmerkung.

§. 1. Durch dieses Sprüchwort hat man so viel anzeigen wollen, daß ein jeder Mensch ohne Unterschied seinen Nächsten zu lieben schuldig sey, daß aber auch die

die Liebe wiederum ihr gewisses Maas habe. Nach diesem ist der Mensch sich selbst der größte Liebe schuldig, und seine eigene Erhaltung die Erhaltung anderer vorzuziehen. Diese Pflicht, so er sich selbst schuldig, erlaubt ihm die Nothwehr, wenn sein Leben in Gefahr ist. Die eheliche Liebe nimmt unter den Pflichten gegen andere den ersten Platz ein. Von der Erhaltung des einen Ehegatten rühret öfters die Erhaltung des andern. Ehegatten sind so einander auf der Welt die größte Liebe zu erweisen schuldig, weil von ihrer Eintracht die Wohlfarth ihres ganzen Geschlechts abhänget. Die Liebe der Eltern gegen die Kinder übertrifft die Liebe der Kinder gegen die Eltern. Man liebet mehr seine Anverwandten, als Personen, mit welchen man in keiner Blutsfreundschaft steht, und unter diesen nehmen allezeit vertraute und gute Freunde einen Platz in unserm Herzen ein, als andere, mit welchen man weniger Umgang gehabt. Auch die Glaubensgenossen haben nach der heiligen Schrift 1) einen größeren Antheil an unserer Liebe, als diejenigen, so hien innen von uns abgehen.

1) Galat. IV. v. 10.

§. 2. Es kommen in den Rechten verschiedene Fälle vor, bey welchen dieses Sprüchwort angewendet werden kann. Wenn Personen ein Vermächtniß von jemand hinterlassen worden, und es ist aus den Worten des Testaments nicht deutlich genug zu ersehen, welchen der Erblasser gemeinet hat, so urtheilet man nach einer Vermuthung, daß es demjenigen gebühre, welchen er am meisten geliebet 1). Man sagt daher, daß derjenige der nächste Erbe sey, welchen der Verstorbene am meisten geliebet habe. In Fällen, wo es auf die Vertheidigung seines oder anderer Leben ankommt, und

dergleichen mehr, kann man von diesem Sprüchwort einen Gebrauch machen.

1) *Lauterbach* de magis dilecto.

## IV.

Niemand schändet sein eigen Gesicht. Niemand speiet in seinen eigenen Bart.

## Anmerkung.

*Tacitus* meldet bereits 1), daß, wenn bey den alten Deutschen jemand mit dem andern in Feindschaft gerathen, die ganze Blutsfreundschaft einen Haß auf denjenigen geworfen, welcher ihres Unverwandten Feind geworden. Es ist also wahrscheinlich, daß, wenn jemand den andern beleidiget, auch die ganze Unverwandschaft an der Beleidigung Theil nahm. Die Schändung des Gesichts, das Speien in den Bart, oder das Ausreißen einiger Haare, war eine der schimpflichsten Beleidigungen gewesen, die einem Freygebohrnen nur immer wiederfahren konnte, indem bekannt ist, daß der Bart bey den alten Deutschen in der größten Hochachtung gestanden 2). Ich will die Rechte des Bartes hier nicht wiederholen. Die angeführten Schriftsteller haben selbige weitläufig ausgeführt. Es scheint, daß man durch dieses Sprüchwort habe anzeigen wollen, daß derjenige, welcher einen Schimpf erlitten, oder durch eine schimpfliche Handlung sich eine Verachtung zugezogen, dadurch seine ganze Blutsfreundschaft ebenfalls in eine gewisse Verachtung gesetzt habe, und daß daher niemand leicht eine solche Handlung, die ihm eine Schande zuziehet, unternehmen soll, weil dergleichen seinen Unverwandten nachtheilig ist 2). Es hat also dieses Sprüchwort seinen Grund in dem Begriff, den unsere Vor-  
fahren

fahren sich von der Ehe gemacht; und es ist bekannt genug, wie weit sie denselben getrieben haben.

1) de M. G. c. 21.

2) *Pagenstecher* de barba. *Bardt* de barba.

3) In der Halsgerichtsordnung Carls V. art. 168. ist daher verordnet, daß, wenn der nächste Intestaterbe seinem Erblasser etwas entwendet, oder, wenn dieser verstorben ist, aus der ihm zugefallenen Erbschaft etwas heimlich zu sich genommen, und dadurch seine Miterben verletzt hat, oder wenn Ehegatten sich unter einander etwas entwendet haben, der Richter in diesen Fällen nicht von Amtswegen gegen den Thäter verfahren, sondern erst eine Anklage erwarten soll. Hierdurch erhält der Verletzte den Vortheil, bey sich zu überlegen, ob er eine mit ihm so nahe verbundene Person der Schande einer schimpflichen Bestrafung aussetzen will, oder nicht. Jedoch nimmt die Carolina den Fall aus, wenn sich der Thäter eines hohen Grades von Bosheit schuldig gemacht, wie dieses aus den Anfangsworten: „Item so eyner aus leichtfertigkeit oder unverschämtheit etwas heimlichs nem von den gütern u. s. w.“ erhellet. S. de *Boebmer* comment. ad C. C. C. art. 165. d. 5.

## V.

Wenn die Frau todt ist, so hat die Schwägerschaft ein Ende.

## Anmerkung.

§. 1. Daß dieses Sprüchwort aus dem römischen Rechte hergenommen worden, ist sehr wahrscheinlich. Es ist bekannt, daß bey den Römern die Schwägerschaft mit dem Tode des einen Ehegatten gänzlich aufgehört, und es daher gar nichts neues gewesen, daß einer seines Bruders Witwe geheyrathet 1). Das Julische Gesetz verbot nur einige Ehen unter gewissen Personen so mit einander in Schwägerschaft stunden,

1. E. die Ehen zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, der Schwiegereltern und den Schwiegersöhnen und Schwiegertöchtern 2). Ob bey den alten Deutschen ein gleiches beobachtet worden, und nach dem Tode eines Ehegatten die Schwägerschaft aufgehört, läſſet ſich nicht mit Gewiſſheit ſagen. Aus den alten deutſchen Geſezbüchern kann man ſolches nicht ſehen, denn es wird in denſelben das Wort *affinitas* im weitläuftigen Verſtande genommen, und bedeutet ſo viel als Blutsfreundschaft 3). So viel iſt aber doch gewiß, daß, nachdem in Eſachen das päbſtliche Recht angenommen worden, man in Deutschland auch die Ehen unter beſchwägerten Perſonen nicht ohne Unterſchied verſtattet. Es heiſſet in dem ſchwäbiſchen Landrecht 4): Als fere du dein ſelbs Sippe meiden ſolt, zu der vierdren Sippe, als fere du ſolt auch meiden zu der Ehe, alle die Menſchen, die dem geſippet ſint, bey dem du nun einmahl gelegen biſt, zu der Ehe, oder zu der Unehe, und das heiſſet ſchwägerlich Sippe.

1) L. 3. §. 1. D. de poſtulant.

2) §. 6. 7. I. de nupt.

3) L. *Wiſigoth* Lib. IV. tit. 1. §. 2. Capitular. Reg. Francor. apud Georgiſch. p. 529.

4) C. 370. n. 5. nach der Königsſtaſſen Ausgabe cap. 375. C. 447. D. 5.

§. 2. In gewiſſen Fällen kann auch noch heut zu Tage das angeführte Sprüchwort gelten, z. B. ob eine Perſon, ſo mit der andern in Schwägerschaft ſtehet, ein Zeugniß gegen dieſelbe ablegen kann. Es giebt ja manchmal Fälle, bey welchen es auf das Zeugniß der Anverwandten und Schwäger vornemlich ankommt 1). Auch in peinlichen Sachen ſiehet man darauf, ob das Band der Schwägerschaft noch beſtehet oder bereits getrennet

kennt worden. Dahingegen, so viel Ehesachen anbelangt, sowohl das päpstliche Recht als auch die Kirchenordnungen der Evangelischen zur Regel dienen. Diese aber befehlen uns, in wie fern auch heut zu Tage unter beschwägerten Personen die Ehen erlaubt oder verboten sind, in welchem Stücke die Rechtslehrer nicht immer mit einander übereinkommen.

1) a *Leyser* Spec. 283. m. 23.

## VI.

### Nimmer gut, der Schwäger Rath thut.

#### Anmerkung.

§. 1. Man hat durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß Verwandte, oder in Schwägerschaft mit einander stehende Personen in kein Rathscollégium in einer Stadt aufgenommen werden sollen, indem zu besorgen, daß sie mehr um die Vortheile ihrer Familien, als um des gemeinen Bestens, Nutzen und Wohlfahrt, sich bekümmern würden, oder wenn einer oder andere wider seine Pflicht und Gewissen handelt, die andern durch das Band der Schwägerschaft und Blutsfreundschaft abgehalten werden möchten, ein solches Rathsglied zur Verantwortung zu ziehen. Ein andres Uebel, so dem gemeinen Wesen daraus erwächst, besteht auch darinnen, daß gemeiniglich die Rathskellen unter gewissen, in Blutsverwandtschaft oder Schwägerschaft stehenden Personen erblich gemacht werden, ja auch bey Besetzung anderer Aemter mehr auf die Anverwandtschaft als auf die Geschicklichkeit und gute Eigenschaft gesehen wird.

§. 2. Daß dieses Sprüchwort oftmals wahr gemacht worden, bezeugen so viel Beispiele in Städten, deren Bürger es dahin gebracht haben, daß man die-  
sen



sen Mißbrauch aufgehoben hat 1). Die mehrſten Stadtordnungen kommen hierinnen mit einander überein, daß keine Anverwandte und Schwäger zugleich im Rath ſitzen ſollen. Das Lübeckiſche Stadtrecht ordnet davon folgendes 2): Vater und Sohn, ſo wohl auch zweien Brüder, können zugleich nicht Rathmann ſeyn noch geföhren werden. In den Statuten der Kaiſerlichen freyen Reichsſtadt Mühlhauſen 3) heiſet es: Hinfort ſollen weder in den regierenden innern Rath, noch auch andere Rathſcollegia geföhren werden, noch ſitzen Vater und Sohn, Großvater und Enkel, Schwiegervater und Eidam, wie nicht weniger zwey Brüder, ſie ſeyn Voll- oder Halbbrüder. Von andern Orten findet man in des berühmten Göttingiſchen Rechtsgelehrten, Herrn Riccius, Buche, an dem angeführten Orte mehrere Nachricht 4).

1) Riccius im Entwurf von Stadtgeſetzen Lib I. cap. 14. §. 21 — S. auch die alten Statuten der Stadt Dortmund in Dreyers Nebenſtunden, S. 417. wo es heiſt: „Iudicem noſtrum eligimus in hunc modum. Ipſe „non debet eſſe de familia majoris judicis noſtri etc.“ d. 5.

2) Lib. I. Tit. I. Art. 5.

3) Lib. I. Art. 8.

4) Es beſtimmen die meiſten Statuten den Grad der Verwandſchaft oder Schwägerschaft, weſwegen Perſonen, welche darin mit einander ſtehen, nicht zugleich im Rathe ſitzen ſollen. Wie aber, wenn ſie denſelben nicht beſtimmen, auch keine Obſervanz darüber entſchieden hat? Ich glaube, daß in dieſem Falle, wie ich auch in meinem Verſuche einer Anleitung zum Stadts und Bürgerrechte, S. 64. in der Not. 4. behauptet habe, auf die Analogie deſſen zu ſehen iſt, was die gemeinen Rechte in Abſicht des Grades der Verwandſchaft oder Schwägerschaft, welcher einen Zeugen verächtlich macht, verordnen. d. 5.

VII.

Von Vormundschaften.

I.

Es wird nie ein treuer Vormund gefunden.

Anmerkung.

§. 1.

Die deutschen Völker haben ebenfalls, wie andere, dafür gesorget, daß denen Unmündigen Vormünder befohlen werden möchten, so für derselben Erziehung sorgen und ihre Güter verwalten. Man hatte dreierley Arten von Vormundschaften, wovon die erste auf die Gesetze sich gründete, die andere auf einen Vertrag, und die dritte auf das Recht der Obrigkeit. Die erstere kam den nächsten Anverwandten zu, die andere demjenigen, der durch einen Vertrag selbige zu übernehmen sich verbindlich gemacht hatte, und in Ermangelung dieser beiden, mußte die Obrigkeit einen Vormund bestellen, der Landesherr aber besaß das Recht der Obervormundschaft 1). In den ältesten Zeiten, und so lange die Gemeinschaft der Güter noch im Gebrauch gewesen, wurden Vater- und Mutterlose Waisen von den Anverwandten erzogen. Nachdem aber das Eigenthum eingeführt worden, fiel die Vormundschaft dem nächst Anverwandten zu, welcher die Felder seines Pflegebefohlenen bestellte, denselben ernährte, und für seine Mühe die Früchte für sich genoß. So bald der Unmündige nach dem damaligen Gebrauch für mündig erklärt worden, nahm die Vormundschaft ein Ende, und der Anverwandte trat ihm die bisher verwaltete Güter ab 2). Daß der Vormund

Eisenb. Sprachw.

M

Recht

Rechnung' ablegte, ist damals noch nicht gebräuchlich gewesen 3).

1) *Heineccius* de suprema principum magistratuum-que tutela.

2) *Ludewig* de differentiis jur. Romani et Germanici in tutelis. Mit Recht sagt Kunde in seinen Grundsätzen des allg. Deutsch. Privatr. §. 631: „daß ein Vormund die Güter seines Pflegebefohlenen für sich selbst „haben benutzen können — — hat erweislich nur in „gewissen Fällen bey Lehnvormundschaften statt gefunden.“ Die Westgothischen Gesetze B. 4. Tit. 3. §. 3. worauf man sich zu berufen pflegt, beweisen nur, daß man bey den Westgothen dem Vormunde den 10ten Theil der Einkünfte von dem Vermögen des Pflegebefohlenen als ein Salar dem Vormunde überlassen habe. Der Sachsenspiegel B. 1. Art. 23. sagt zwar: „wo aber der Vormund auch Erbe mit ist, so darf er „niemand des Kindes Gut berechnen;“, es folgt hieraus aber noch nicht, daß der Vormund Eigentümer der Früchte geworden. Die bey Bauergütern übliche Interimswirtschaft, wenn der Anerbe noch minderjährig ist, ist für keine Vormundschaft zu halten. Von dieser handelt eigentlich Pufendorf in der Abhandl. de tutela fructuaria, welche zuerst in Estors kleinen Schriften Th. 3. S. 416. ff. und nachher in seinen O. I. V. T. 1. obs. 47. abgedruckt worden ist. D. S.

3) *Crell* de tutore aneclogisto.

§. 2. Dieses Sprüchwort ist vermuthlich zu solchen Zeiten bekannt worden, ehe man in Deutschland das Vormundschaftswesen besser eingerichtet hatte. In der deutschen Geschichte werden genugsam Beispiele angetroffen, daß oftmals die nächsten Anverwandten mit ihren Pflegebefohlenen treulos umgegangen, die Güter, wovon sie inzwischen die Einkünfte zu genießen hatten, denenselben nach der Zeit vorenthielten, oder durch eine schlechte Erziehung es dahin brachten, daß der Pflegebefohlene, welchen sie seinen wilden Trieben

und

und Lüften überließen, frühzeitig starb, damit die Güter an sie als die nächsten Erben fallen möchten 1.).

1) Bey den Lehnen kam im Mittelalter dem Lehn Herrn die Administration der Lehnsgüter nebst dem Nutznießungsrecht über die Lehnsgüter, während der Unmündigkeit des Vasallen, zu, welche bis zum 13ten Jahre dauerte. (G. L. Boehmer princip. jur. feud. §. 3. 1. und C. F. Walch de tutela extraneorum legitima §. 8. ff.) Wie drückend dieses Recht des Lehnsherrn, welches man Angetälle nannte, für die Vasallen war, darüber findet man Beispiele in Buder's amoenit. jur. feud. S. 139. ff.) D. S.

§. 3. Es würde was hartes seyn, wenn man dieses Sprüchwort als eine allgemeine Regel ansehen wollte, gegen welche keine Ausnahme statt fände. Es ist bekannt, daß, sowol nach den Reichsgesetzen, als auch verschiedenen Landesordnungen und Stadtrechten, das Vormundschafswesen dergestalt eingerichtet worden, daß Unmündige ihrer Person und Güter wegen, weniger Gefahr als vorhin unterworfen sind 1). Nach den Reichsgesetzen ist die Vorsorge für die Unmündigen von dem Kaiser und dem Reich allen Reichständen in ihren Landen übertragen. Alle Vormünder müssen, außer in Sachsen, einen Vormundschafseid ablegen, und denen Obrigkeiten kommt es zu, dieselben nur allein zu bestätigen, mit der Ablegung der Rechnung hat es eine gleiche Bewandniß, welche, wenn der Mißbrauch nicht mit der Vormundschaf verbunden ist, jährlich abgelegt werden müssen, wobei die gespielten Betrügereyen bald entdeckt werden können, und es kommt nur auf die Obrigkeit eines jeden Orts an, auf die Vormünder ein achtsames Auge zu werfen.

1) Reformat. Polit. de A. 1548. tit. 31. §. 11. de 1577. tit. 32. §. 2.

## II.

**Wey viel Hirten wird übel gehütet 1).****Anmerkung.**

§. 1. Man kann dieses Sprüchwort von allen solchen Fällen sagen, wenn ein Geschäft mehreren Personen zugleich aufgetragen wird, weil die Erfahrung lehret, daß gemeiniglich unter mehreren eine Uneinigkeit und Mißverständnis entsteht, wie dasselbe verwaltet werden soll, und ein jeder gerne haben will, daß die andern sich nach seiner Meinung richten sollen. Wey einer mehreren zugleich aufgetragenen Vormundschaft trifft solches gemeiniglich ein, und man hat daher das durch anzeigen wollen, daß unmündige Personen mehrtheils den größten Schaden davon haben, wenn man ihnen mehr als einen Vormund vorgesetzt hat. Denn wenn die Verwaltung der Vormundschaft mehreren überlassen worden, so wird sie gemeiniglich nachlässig verwaltet, weil immer einer mit dem andern unzufrieden ist, und der Unmündige leidet darunter am meisten. Die Gesetze haben daher einen Unterschied gemacht, ob die Vormundschaft weitläufig oder gering sey. Ist das erstere, so wird die Verwaltung derselben getheilet, besonders wenn die Güter in verschiedenen Ländern liegen. Ist aber die Vormundschaft sehr geringe, und der Unmündige hat wenig Güter, so wird alsdenn die Vormundschaft nur einem einzigen aufgetragen 2).

1) Imgleichen: Viel Köche versalzen den Brei; s. Herz B. 1. paroem. 76. D. 3.

2) L. 3. §. 1. D. administrat. et pericul. tutor.

§. 2. Nachdem durch die deutschen Reichsgesetze das Vormundschaftswesen anders eingerichtet worden, als

als solches bey den Römern gewesen, und die Bestellung der Vormünder mehr von der obrigkeitlichen Gewalt abhänget, als dem Gutdünken der Väter überlassen; so bringet es auch derselben Pflicht mit sich, dahin zu sehen, daß die Vormundschaft nicht unter so viel getheilet werde. Es ist daher sehr gewöhnlich, daß, wenn die Verwaltung der Vormundschaft den Auserwählten zufällt, und derselben viele von gleichem Grad vorhanden sind, alsdann die Obrigkeit durch einen die Vormundschaft verwalten läßt, doch so, daß die übrigen den Namen eines Ehrenvormundes beibehalten 1).

1) *Lauterbach* de tutorè honorario.

### III.

**Wer die meisten Stimmen hat, der hat das meiste Recht.**

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort enthält eine allgemeine Regel in sich, wodurch angezeigt werden soll, daß, was die mehresten beschloßen haben, die andern sich gefallen lassen müssen. Wenn die mehresten Personen, so ein Collegium ausmachen, einerley Meinung hegen, so entstehet daher die Vermuthung, daß dieselben mit mehrerer Ueberlegung und Einsicht die Sache beurtheilet haben, als die geringere Anzahl derjenigen, so eine andere Meinung hegen. Man kann aber nicht sagen, daß eben diese Vermuthung allemal richtig sey. Es machet auch nicht immer die größte Anzahl die meisten Stimmen aus, wie man bey verschiedenen Fällen, als z. E. bey dem Reichshofrath in Religionsachen, und dergleichen findet.

§. 2.

§. 2. Es läßt sich dieses Sprüchwort vornemlich auf die Lehre von denen Vormundschaften anwenden. Nachdem in Deutschland einmal die Verfügung gemacht worden, daß alle Vormünder von der Obrigkeit bestellt und bestätigt werden müssen, so folget auch, daß, wenn mehrere Personen in Vorschlag gebracht worden, oder wo ein Vater in seinem letzten Willen verschiedene Personen zu Vormündern über seine Kinder ernennet hat, doch allemal derjenige die Vormundschaft erhält, welcher durch die meisten Stimmen der Mitglieder eines Rathscollegiums dazu ernennet worden.

## IV.

## Eine Jungfer stehet vor einen Mann.

## Anmerkung.

§. 1. Unter der Jungfer ist hier ein unverheyrathetes und mündig gewordenes Frauenzimmer zu verstehen. Es ist vorhin schon angeführet worden, daß die deutschen Frauenzimmer unter einer beständigen Vormundschaft leben müssen 1). Daß diese Vormundschaft nach den Gesetzen entweder gewissen Personen, z. E. dem Ehemann über seine Ehefrau zukommt, oder durch einen Vertrag errichtet, oder von der Obrigkeit bestellet werde, daß aber auch zugleich in vielen Ländern Deutschlands die weibliche Vormundschaft aufgehoben worden. Wenn es demnach in diesem Sprüchwort heißet: Daß eine Jungfer vor einen Mann stehe; so ist dieses nur von außergerichtlichen Handlungen zu verstehen, und wird dadurch angezeigt, daß, wo ein unverheyrathetes mündiges Frauenzimmer, keinen Vormund über sich hat, dieselbe die freye Verwaltung ihrer Güter habe, und daher nach ihrem  
eigen

eigenen Gutdünken, ohne jemand's Rath und Einwilligung, von dem ihrigen etwas veräußern könne, denn so viel die gerichtlichen Handlungen anbelangt, ist bekannt, daß auch nach den gemeinen Rechten ein Frauenzimmer unfähig ist, selbige in eigener Person zu verwalten, nur solche Fälle ausgenommen, wo derselben Gegenwart nothwendig erfordert wird 2).

1) Ursprünglich bestand die Vormundschaft über das freygebohrne unverheyrathete Frauenzimmer in einer Art von elterlicher Gewalt (mundium), welche den Aeltern, oder nach deren Tode den Brüdern und Verwandten zukam. Verheyrathete sich ein Frauenzimmer, so gieng sie in die Gewalt des Mannes über, jedoch war dieser verbunden, das mundium von den muldvaldis, d. i. von den Personen, welche diese Art der elterlichen Gewalt bisher über die Frau ausgeübt hatten, erkaufen. Man nannte die Kaufsumme gleichfalls mundium. S. LL. Longobardorum bey Georgisch S. 976. §. 184. und die im codice diplomatico civitatis et eccles. Bergomatis a Mario Lupo digeste (Bergamo 1784. fol.) erläuterte Quittung vom J. 773, welche über den Empfang eines mundii ausgestellt ist.

D. S.

2) Westphals teutsches reichständ. Privatr. Th. 2. Abhandl. 50. S. 107.

D. S.

§. 2. In denjenigen Ländern, als z. E. in Obersachsen, Pommern, in dem Herzogthum Würtemberg, Fürstenthum Ostfriesland, wie auch zu Hamburg, Lübeck, Ulm und andern Orten mehr, wo das Frauenzimmer unter einer beständigen Vormundschaft lebet, ist dieses Sprüchwort in keinem Gebrauch, dahingegen dasselbe in andern Ländern, wo diese weibliche Vormundschaft aufgehoben ist, seinen Nutzen hat 1). Der berühmte Berger 2) meldet, daß man in Obersachsen diese weibliche Vormundschaft zu verschiedenenmalen abschaffen wollen. Er füget



führt auch Gründe an, welche dieses rathen, wovon die wichtigsten diese sind, daß gemeiniglich Schwierigkeiten sich äußern, wenn jemand mit einer Frauensperson sich in eine Unterhandlung einlassen will, welche an solchen Orten, wo das Frauenzimmer eine freyere Gewalt hat, niemals gehört werden, nicht zu gedenken, daß die Gewalt eines solchen weiblichen Vormunds mit der Gewalt der über Unmündige gesetzten Vormünder gar nicht in Vergleichung kommt. Jener hat weiter kein Recht als nur dieses, daß ohne seine Einwilligung der Handel nicht zu Stande kommen kann. Gesetzt, er weigert denselben durch seine Bewilligung zu bekräftigen, so ist es einem Frauenzimmer unverwehret, denselben abjudanken, und einen andern Vormund anzunehmen. Man hat daher geglaubt, daß, weil ein solcher Vormund doch nur ein bloßer Rathgeber ist, es besser seyn werde, wenn die nächsten Anverwandten desselben Stelle vertreten würden 3).

1) *Otto* de perpetua feminar. tutela cap. 2.

2) in *Elect. discept. forens* tit. 8. c. 1. n. 2.

3) a *Layser* Sp. 350. m. 4. — Eben so denkt auch *Hömmel* in seinen *Rhapsodien* obs. 274. wo er sagt: „adde hos curatores sexus supervacaneas fere in omnibus contractibus personas et legitimas quidem pupas, sed pupas tamen esse, quibus foeminae et ipsae dicasteria ludunt.“  
D. S.

## Dritte Abtheilung

von den

# Rechten der Sachen und Güter.

I.

## Von dem Eigenthum und dessen Erlangung.

---

I.

In der Noth sind alle Güter gemein.

Anmerkung.

§. 1.

**W**ie in den äußersten Nothfällen alle menschliche Gesetze ihre Kraft verlieren, das Eigenthum aufhört, und die Menschen in ihren vorigen natürlichen Zustand zurückfallen, hat der unsterbliche Grotius 1) gründlich erwiesen. In diesem Zustand sucht ein jeder nur seine eigene Erhaltung und der Trieb zur Selbsterhaltung, läßt den Menschen nicht lange vorüberlegen, ob es recht oder unrecht sey, um sich selbst zu erhalten, andern das Leben durch Hinwegnehmung der nöthigen Nahrungsmittel zu rauben. Stehet in diesem kläglichen Zustande, einem Vater frey, sein eigen Kind sogar zu verkaufen, wie kann es denn einem in Noth stekenden Menschen verdacht werden, wo er kann, und wenn es auch aus einer Kirche geschehen sollte, was zu nehmen, und sich dafür Brodt zu kaufen. Es wird also durch dieses Sprüchwort so viel angezeigt, daß die Nothfälle die Gemeinschaft der Güter wieder herstelle, und derjenige keinen Raub und Diebstahl begehe, welcher um den Hunger, als den ärgsten

größten Feind des Menschen abzuwenden, sich so gut als möglich zu retten suchet.

1) de iur. Belli et Pacis Lib. II. cap. 2. §. 6.

§. 2. Wir lassen diesem Sprüchwort seinen Gebrauch, wenn in einer allgemeinen Hungersnoth, die Obrigkeit sich außer Stand gesetzt siehet, den Nothleidenden zu helfen. So lange dieses noch nicht ist, kann keiner sich selbst helfen. Carl der Fünfte hat in seiner peinlichen Halsgerichtsordnung 1) zwar haben wollen, daß ein solcher in der Noth begangener Diebstahl an Eßwaaren begangen seyn müsse, allein die Ausleger haben mit Recht alle Arten von Gütern hieher gezogen, sie mögen in Gelde bestehen, oder zu Gelde gemacht werden können, genug, daß die Entwendung nicht um Gewinnstes willen geschieht, sondern der Erhaltung wegen unternommen worden ist. Wir können eine solche Entwendung nicht einmal einen Diebstahl nennen. Denn hört das Eigenthum in der Noth auf, wird der Mensch wiederum in seinen natürlichen Zustand versetzt, und die erstere Gleichheit wiederum eingeführt, so weiß man von keinem Richter, von keiner Strafe, von keinem Diebstahl mehr, und derjenige, so in Nothfällen andere Güter angreifen müsse, ist nicht einmal zu einer Schaden-Ersetzung verbunden, wenn die Noth vorüber ist, und er zu Vermögen gelangt 2).

1) Art. 166.

2) Fritsch de praesidio necessitatis contra legem.

## II. A.

### Der Wind gehöret der Herrschaft.

#### Anmerkung.

§. 1. Ob die alten Deutschen die Luft und das Wasser als gemeine Güter angesehen haben, läßt sich nicht

nicht mit Gewißheit behaupten, denn man findet, daß die Landesherrn in ihrem Gebiete sich die Herrschaft darüber angemahlet, und diese Dinge zu den Regalien gerechnet haben 1). Die Geschichte stellet uns verschiedene deutsche Völker dar, welche das Meer als eine Sache betrachtet haben, die dem Eigenthum eines Volkes unterworfen seyn könne. Sie haben ansehnliche Flotten unterhalten, Seeräuberereyen getrieben, und andere Völker von dem Gebrauch des Meeres ausgeschlossen, und denselben sich allein zugeeignet. Tacitus beschreibt die Seemacht der Swioner, und giebt zugleich von der Beschaffenheit ihrer Schiffe einige Nachricht 2), und von der Seemacht der alten Franken saget ein anderer Schriftsteller 3), daß nichts für ihnen verwahrt werden könne, wo sie nicht hinkommen sollten. Was die Normänner in dem neunten Jahrhundert nach unsers Heilandes Geburt für eine fürchterliche Seemacht gehabt, und welche kühne Thaten dieses Volk damit verrichtet, ist aus der Geschichte Frankreichs und Engellands bekannt 4). Mit der Luft ist es eben so beschaffen. Man hat die Herrschaft über die Luft von derselben unterschieden, und daher durch dieses in dem Bremischen sehr gewöhnliche 5) Sprüchwort anzeigen wollen, daß, obwol die Luft an sich betrachtet, unter die gemeinsamen Sachen gehöre, dieselbe dennoch der Herrschaft eines Landesherrn in gewissen Stücken unterwürfig seyn könne.

1) *Pauli de jur. princip. circa res nullius. Hertius de superioritat. territoriali.*

2) *de M. G. c. 44.*

3) *Eumenius in panegy. in Constantio Caesar. dicto.*

4) *Rapin von Thoyras allgemeine Geschichte von Engelland T. I. Lib. V.*

5) *Kressius in Spec. jurispr. Lib. I. tit 2. §. 3.*

§. 2. Nachdem in Deutschland dieses Sprüchwort zu einer Rechtsregel geworden, und dem Landesherrn die Herrschaft über die Luft, so weit die Grenzen seines Landes gehen, zugehört, so folget, daß die Bürger eines Landes nicht den freyen Gebrauch von der Luft in allen Stücken haben. So kann niemand ohne Erlaubniß des Landesherrn eine Windmühle anlegen, ja man findet Exempel, daß manchmal Edelleute mit dem Winde auf ihren Gütern belehnt worden, welches den Nutzen hatte, daß in dem Bezirk ihrer Gerichtsbarkeit niemand eine Mühle bauen dürfe. Mit der Freyheit zu schießen und dem Vogelfang hat es eine gleiche Verwandtschaft 1). — Es giebt aber doch auch Länder, in welchen die von Adel die Freyheit haben, auf ihren Gütern Wind- und Wassermühlen anzulegen, in soferne solches dem Nachbar nicht zum Schaden gereicht, wie denn unter andern in dem Herzogthum Mecklenburg sich hiervon ein Beispiel findet 2).

1) *Stryck de jur. princip. circa aerem Cladenius de jure phasianorum.* — Vom Vogelfang wird in der Folge noch ausführlicher gehandelt werden. Was aber das Recht des Mühlenbaues betrifft, so läßt sich die Anlegung einer neuen Mühle der Regel nach für kein Landesherrliches Regal halten, sondern jeder Eigenthümer ist befugt, auf seinen Grund und Boden eine Mühle anzulegen. Es versteht sich aber von selbst, daß an einem öffentlichen Flusse niemand ohne landesherrliche Erlaubniß eine Mühle bauen darf. *S. Westphals teutsch. und reichsständisches Privatrecht, Th. 2, S. 159. §. 3.* Sieht man aber auf die besondere Verfassung einzelner teutscher Reichsländer, so ist es außer Streit, daß in vielen Landen der Mühlenbau zu den Hoheitsrechten gehört, und wovon *Ayrer in diss. de jure principis circa molas* und in *program. de diversitate legum ac consuetudinum Germanicar. circa regale molarum* viele Beispiele gesammelt hat. Daß die Regalität des Mühlenbaues, wenn sie nicht zu weit

weit ausgedehnt wird, selbst für die Unterthanen nützlich sey, zeigt Möser im 2ten Theile der patriotischen Phantasten Nr. 72. S. 410. — Noch bemerke ich, daß in Chursachsen (Cod. Aug. P. 4. S. 166.) jedem Gutsbesitzer die Anlegung einer neuen, sowohl Wasser- als Windmühle auf seinem Grunde und Boden erlaubt ist, wenn er nur 1) die Gerichtsbarkeit über den Ort, wo die Mühle angelegt werden soll, besitzt; und 2) er dadurch keinen Nachtheil den Churfürstl. Mühlen zufügt. Außer Chursachsen kommt aber, der Regel nach, der Besitz der Gerichtsbarkeit bey dem Recht zum Mühlenbau nicht in Betracht S. des Verfassers Erzählung von besonderen Rechtshändeln Th. 7. S. 687. ff. d. 4.

a) Jargow Einleitung zu der Lehre von den Regalien Lib. II. cap. 2. §. 10.

## II. B.

Was die Sackel verzehrt ist Fahrniß. (d. 5.)

### A n m e r k u n g.

§. 1. Es ist eine bekannte Eintheilung der Sachen, daß man sie in bewegliche und unbewegliche abtheilt. Unter erstern versteht das Römische nicht bloß die, welche ihrer Natur nach einer Versetzung nach einem andern Ort unfähig sind, sondern auch die, welche wenigstens nicht unbeschadet ihrer Substanz fortbewegt werden können 1). Zu den letztern gehören insonderheit Gebäude, welche nach jetziger Bauart, ohne an ihrer Substanz Schaden zu leiden, keine Bewegung vertragen können. Bey den alten Deutschen, zu Tacitus Zeiten, hatte es damit eine andere Beschaffenheit. Man hatte damals noch keine bestimmte Wohnsitze, sondern veränderte dieselbe; nachdem es die Bedürfnisse erforderten 2). Bey einer solchen nomadischen Lebensart würden steinerne, und festgebaute Wohnhäuser unnütz und zweckwidrig gewesen seyn. Der Deutsche bauete sich

sich daher nur eine Hütte von Holz, bedeckte sie mit Stroh, und umgab sie mit einem Graben 3). Die Einrichtung seiner Wohnung war die Arbeit eines Tages. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß man damals die Gebäude zum beweglichen Vermögen gerechnet habe, indem sie, wie ein Zelt, ohne Schaden abgeschlagen und an einem andern Ort wieder aufgerichtet werden konnten 4). Nachdem aber die Deutschen die herum-schweifende Lebensart verließen, so fingen sie auch an ihre Häuser dauerhafter und unbeweglich zu bauen, und es hörten seitdem die Gebäude auf zu den beweglichen Sachen gerechnet zu werden.

1) L. 10. ff. quodvi aut dam. l. 7. §. 10. ff. de A. R. D. l. 18. ff. de act. emt. vend.

2) Tacitus de morib. Germ. c. 26.

3) Tacitus am a. D. c. 16.

4) Man s. hierüber vorzüglich: Dreyer diss. de restricta facultate alienandi bona hereditaria, ad hereditaris mobilia non pertinente, S. 55. ff.

§. 2. Nach dem angezeigten Sprüchwort soll alles, was die Fackel oder das Feuer verzehren kann, und folglich sollen auch Gebäude, zu den beweglichen Sachen gehören. Es hat sich der Gebrauch dieses Sprüchwortes in einigen Gegenden Deutschlands erhalten, und ist entweder durch Gewohnheitsrecht oder durch ausdrückliche Gesetze bestätigt worden. Es gehören z. B. zufolge dieses Sprüchwortes im Hessendarmstädtischen Amte Breitenbach 1), und in einigen Württembergischen Aemtern 2) die Gebäude zu dem beweglichen Vermögen. Nogen am angeführten Orte §. 18. behauptet, daß nach den deutschen Rechten des Mittelalters auch die Bäume, welche noch mit der Wurzel in der Erde stehen, zu den beweglichen Dingen gerechnet worden wären, allein ohne, daß er seine Meinung durch triftige Gründe

Gründe unterstützt hätte. Inzwischen findet man in einigen Stadtrechten Stellen, welche sie zu unterstützen scheinen. So heißt es z. B. in dem 63ten Artikel der Galsfeldischen Statuten aus dem 13ten Jahrhundert: „Was uff lengute stet, daz der wint bubet und „dy sonne beschint, daß ist vörne habe 3)... Zu den Dingen, welche der Wind bubet, d. i. bewegt, gehören natürlich auch Bäume. Da inzwischen in dieser Stelle der Bäume nicht ausdrücklich gedacht wird, auch andere Zeugnisse, welche die Mogensche Behauptung unterstützen könnten, fehlen, so glaube ich, daß selbige nur von der Saat und den Früchten auf dem Felde redet, welche nach dem Sachsenspiegel zur fahrenden Habe gerechnet werden 4).

- 1) G. L. Mogen meditatio de aedificiis et arboribus radicatis jure Germanico non inter res immobiles sed mobiles referendis, ad illustrandam juris Breidenbaccensis parociniam. was die Fackel verzehrt ist Fahrnuß. Gießen 1759. 4.
- 2) S. Sijchers Geschichte der teutschen Erbfolge, 2ter Band, 1ter Theil, nr. 35. S. 117. ff.
- 3) In Walchs Beyträgen zum deutschen Recht, Th. 1. S. 29.
- 4) Buch 2. Artikel 58. S. auch die Erfurtischen Statuten von 1306. art. 44. Bey Walch am a. O. Th. 1. S. 120. und die Statuten der Stadt Altstadt bey ebenens. Th. 6. S. 231.

### III.

## Kirchengut hat eiserne Zähne.

### Anmerkung.

§. 1. Durch die Kirchengüter werden solche Sachen verstanden, welche weder Gott noch einem Heiligen gewidmet sind, noch zu der Verrichtung des Gottesdienstes unmittelbar gebraucht werden, sondern der Kir-



Kirche zu dem Endzweck gegeben worden, daß davon die Kirchengebäude, Bediente und Zugehörige unterhalten werden mögen. Es giebt derselben weperley Arten, einige, so man **Dotalgüter** zu nennen pfleget, sind bey der ersten Stiftung, oder nachhero zum Unterhalt der Geistlichen gewidmet worden, anvere, so **gemeine Kirchengüter** heißen, hat die Kirche nachhero erst erworben 1). Von den Kirchengütern haben die Rechte verordnet, daß sie auf keine Weise veräußert, ja nicht einmal auf erblich verpachtet werden sollen 2), und ob schon diese Gesetze nicht so genau beobachtet worden, auch die Kirchen oftmals sich genöthiget sahen, von ihrem Ueberfluß vieles wegzugeben und um sich in dem ruhigen Besiß ihrer Güter zu erhalten, andere damit zu belehnen; so findet man doch, daß diese Freyheit, besonders wegen der Tafelgüter, sehr eingeschränket worden. Es ist also leicht einzusehen, was die Bedeutung von diesem Sprüchwort sey. Man will damit anzeigen, daß keine Hoffnung zu der Wiedererhaltung derjenigen Güter vorhanden sey, so einmal dem Eigenthum der Kirche zugefallen, indem wegen des Verbotes und anderer Ursachen willen nicht zu vermuthen, daß die Kirche dergleichen einmal erworbene Güter dereinsten wieder veräußern solle, im Gegentheil die Kirche eher noch mehrere Güter an sich zu bringen suche. Das Eigenthum der Kirche wird mit **eisernen Zähnen** verglichen, die Dauer desselben anzuzeigen, und daß solches der Kirche nicht wieder entrisßen werden könne 3).

1) *Ziegler de dote ecclesiae.*

2) *L. 14. C. de SS. eccles. c. 5. et 9. X. de reb. eccles. alienand.*

3) Dieses Sprüchwort und folgende: Kirchengut hat Adlersfedern; Kirchengut kommt nicht an den dritten Erben; erklärt der verstorbene Dichter B um in

in seinem Spruchwörterbuche (Leipz. 1780. 8) I. B. S. 47. von der Unverletzlichkeit des Kirchengutes. Diese Erklärung scheint mir auch wahrscheinlicher als die vom B. gegebene zu seyn, indem das Spruchwort: Kirchengut hat eiserne Zähne, vollständig noch den Zusatz hat: frißt eines mit dem andern hin, und bringt dem dritten Erben keinen Gewinn. D. S.

§. 2. Daß die Kirchengüter auch heut zu Tage nicht ohne erhebliche Ursachen veräußert werden dürfen, ist eine bekannte Sache. In den Evangelischen Ländern stimmen die Kirchenordnungen ebenfalls damit überein, und erfordern gewisse Feyerlichkeiten, wenn von Kirchengütern etwas veräußert werden soll 1). Aber eben die eiserne Zähne haben Gelegenheit gegeben, daß nicht nur in Evangelischen, sondern auch in verschiedenen Catholischen Ländern, ein ernstliches Verbot gemacht worden, Kraft dessen die Kirchen der Erwerbung unbeweglicher Güter für unfähig erklärt worden 2).

1) *Boehmer* in I. E. P. T. II. Lib. III. Tit. XIII. §. 18 seq.

2) *Eisenhard* de manu mortua c. 4. *Pertsch* diss. de jure amortizationis, Helmst. 1743. *Crainers* Wehl. Nebenst. Th. 10. Nr. 8. S. 121. D. S.

#### IV.

Die Edelleute im Bayerlande mögen jagen, so weit sich das Blaue am Himmel erstreckt.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Spruchwort geht nur allein die in dem Churfürstenthum Bayern Angeseßene von Adel, und zwar nicht alle und jede, sondern nur einen Theil des Adels an. Es hat nemlich Herzog Otto in Bayern in dem Jahr 1311 seinen Landesständen zur Vergeltung  
Eiserne Sprüche. M. ihrer

ihrer Verdienste und geleisteten Geldvorschusses, ein Privilegium ertheilet, wodurch denselben die niedere Gerichtsbarkeit gegeben worden, woben jedoch der Landesherr sich die Bestrafung einiger Verbrechen, als des Todschlages, Nothzucht, Straßenraubes, ausdrücklich vorbehalten hat. Dieses Privilegium erstreckte sich nur auf derer von Adel Hofmark, allein in dem Jahr 1557 hatte Herzog Albrecht der Bayerischen Ritterschaft auch die Gerichtsbarkeit über ihre in den Herzoglichen Landgerichten und Pflegschaften liegende Untertanen ertheilet. Dieses Privilegium wird die **Edelmannsfreyheit** genennet, und begreift, außer der niedern Gerichtsbarkeit, auch den **Wildbann** unter sich, dergestalt, daß denen von Adel nicht nur auf ihrem eigenen Grund und Boden die Jagd zustehet; sondern auch dieselben auf anderer Eigenthümer Grund und Boden, ja so gar in denen dem Landesherrn zugehörigen Gegenden jagen dürfen 1). Dieses besondere Vorrecht des Bayerischen Adels hat durch dieses Spruchwort angezeigt werden sollen.

1) Ertel von der Niedergerichtsbarkeit Cap. I. Obl. 10.

§. 2. Es ist aber von dieser Freyheit noch zu beobachten, daß diejenigen von Adel, so in dem Jahr 1557 diese Edelmannsfreyheit nicht besaßen, nur in ihrer Hofmarks-Grenzen den sogenannten **kleinen Wildbann** haben, hingegen unadeliche Besitzer adelicher Güter, nach Inhalt der Churfürstlich-Bayerischen Verordnungen vom 4. April 1667 und 19. April 1673 sich sogar des **kleinen Weidwerks** enthalten müssen, ob schon nach der Zeit in den Adelsstand erhoben worden 1).

1) Ertel an dem angeführten Orte — Ein gleiches ist im Herzogthum Cleve und in der Grafschaft Mark Neapens, wo die Jagdgerechtigkeit eines Gutes so lange

lange aufhört, als selbiges einen bürgerlichen Besitzer hat, hingegen wieder anfängt, so bald das Gut wieder in Besitz eines Adlichen kömmt. S. Lünig von Landsäss. Ritterschaft Th. 11. S. 1044. und Coll. 1. S. 1101. Riccius in dem zuverlässigen Entwurfe von der in Teutschland üblichen Jagd, Berechtigung S. 72. macht bey diesem Beispiele die richtige Bemerkung, daß hierin ein Ueberbleibsel des alten teutschen Grundsatzes vorhanden sey, daß das Jagen nur eine Beschäftigung des freygebohrnen und adelichen Mannes sey. d. S.

V.

Allen Thieren ist Friede gesetzt, außer Bären und Wölfen.

Anmerkung.

§. 1. Nachdem die Jagdgerechtigkeit in den meisten deutschen Ländern unter die Regalien gerechnet worden, und man auch von den Grundsätzen des natürlichen und römischen Rechtes abgegangen, so ist man doch in Ansehung der Raubthiere dabey geblieben, daß diese keines Herrschaft unterworfen seyn, sondern von einem jeden gefangen und frey getödtet werden sollen. Denn da dergleichen Raubthiere einem Lande, und besonders der Hegung des Wildes überaus schädlich sind, so hat man deswegen jedem selbige zu verfolgen und auszurotten erlaubt; dahingegen es ein Verbrechen ist, wenn sich jemand an einem andern Wilde vergreift. Es lehret also dieses Sprüchwort, daß die übrigen wilden Thiere von den Unterthanen weder gefangen noch getödtet werden dürfen, daß aber hingegen Bären und Wölfe, zu welchen alle andere Arten von Raubthieren zu rechnen, keine gleiche Sicherheit genießen sollen, sondern frey getödtet werden können.

§. 2. Es haben bereits die Fränkischen Könige, um die Ausrottung der Raubthiere, und besonders der Wölfe, sich Mühe gegeben. Man hatte eigene Bediente, so Luparii genennet worden, welche zu der Vertilgung der Wölfe bestellet gewesen waren. Sie hatten dafür die Freyheit, daß sie keine Kriegesdienste leisten, noch in den öffentlichen Zusammenkünften (placitis), außer in ihren eigenen Angelegenheiten erscheinen durften. Sie bekamen von einem jeden Unterthanen des Bezirks, in welchem sie die Wölfe ausrotteten, jährlich einen Scheffel Getraide, die Bälge der getödteten Wölfe mußten sie aber nach Hofe liefern 1). Sie stunden unter denen Vicariis, von welchen allemal ein jeder über zwey von diesen Jägern die Aufsicht hatte. Nach der Zeit ward in dem Königreich Frankreich die Würde des Magni Franciae Luparii, Grand Louvetier de France eingeführet, welcher die Aufsicht über diese Luparios in allen Provinzen hatte 2). Durch diese gute Anstalten ist in Deutschland und Frankreich das Geschlecht der Wölfe ziemlich vermindert, jedoch nicht gänzlich vertilget worden. In Engelland aber hat man ihre völlige Ausrottung zu Stande gebracht. Es erwähnt dieses Sprüchwort auch der Verfasser des sächsischen Landrechts, und sezet noch die Füchse hinzu 3).

1) Capitular. reg. Francoor. apud *Georgisch* p. 778. Ut Vicarii luparios habeant unusquisque in suo ministerio duos. Et ipsi de hoste pergendi et de placito Comitum vel Vicarii ne custodiat, nisi clamor super eum veniat. Et ipsi certare studeant de hoc ut perfectum exinde habeant, et ipsae pelles luporum ad nostrum opus dentur. Et unusquisque de illis qui in illo ministerio placitum custodiunt, detur eis modium unum de annona.

2) *du Fresne* in gl. v. Luparius.

3) Lib. II. Art. 61.

§. 3. Wenn Bären und Wölfe, so wie mit andern Raubthieren es zu geschehen pfleget, nicht besonders aufbewahret werden, so ist allemal zu vermuthen, daß einem jeden dergleichen Raubthiere zu tödten frey stehe 1). Doch man darf hieran um so weniger zweifeln, weil in Deutschland die Verfolgung und Ausrottung der Wölfe und anderer schädlichen Raubthiere zu den Jagddiensten gehöret. Ja die Rechtsgelehrten behaupten, daß auch sogar die Bürger in den Städten, welche doch ordentlicherweise keine Jagddienste leisten, wenn die Noth es erfordert, sich auch zu der Wolfsjagd gebrauchen lassen müssen, übrigens aber von den Unterthanen, wenn keine Wölfe in dem Lande sich zeigen, und die Wolfsjagddienste nicht nöthig sind, kein Geld unter dem Namen eines Dienstgelds verlangt werden könne 2).

1) *Müller de persecutiōne luporum.* — In verschiedenen Jagdordnungen sind für die Ausrottung wilder Thiere, besonders der Wölfe, den Unterthanen zu ihrer Aufmunterung Belohnungen versprochen worden, z. B. im Chursächsischen Mandate vom 8ten Nov. 1713. S. Stiffers Forst- und Jagdgeschichte c. 7. §. 32. Riccius am a. O. S. 186. ff. D. A.

2) *Estor in der bürgerlichen Rechtsgelehrtheit der Deutschen, II. Theil. §. 255.*

## VI.

### Otter und Biber haben keine Hage.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist zwar dieses Sprüchwort mit dem vorhergehenden von gleichem Inhalt, aber mit desselben heutigen Gebrauch hat es eine andere Bewandniß. Die Biber und Fischottern sind der Fische gefährlichsten Feinde. Dieserwegen hat dieses Sprüchwort anzeigen  
soll

sollen, daß um des gemeinen Bestens und der Erhaltung anderer unzähliger Fische willen, 'selbige' allermächtigst ausgerottet werden können.

§. 2. Die Fischerey ist schon in den alten Zeiten zu der Jagd gerechnet worden 1), und sie gehöret ebenfalls zu den Regalien, ob es schon mit den Teichen und Seen, so auf den Gütern der Adelsichen sind, eine andere Bewandniß hat. Von dem Biber- und Otterfang sagt man besonders, daß derselbe als ein Anhang von der Jagd dem Landesherrn allein zukomme 2), und es hat auch damit seine Richtigkeit, indem die mehresten Jagdgesetze denen Unterthanen das Fangen oder Tödten derselben verbieten. Dohingegen werden besondere Otterfänger bestellet, welche selbige fangen müssen. Denn man weiß diese beiden Geschöpfe heut zu Tage besser als zu unserer Vorfahren Zeiten zu nützen.

1) *Reinhardt* de jur. forestali cap. I.

2) *Resoldus* v. Fischerey — So rechnet auch *Joh. Rhode* in seinem *registro honorum castri Verde* S. 63. den Fang der Bieher mit zu den vorzüglichsten Vorrechten der Landesherrschaft. D. S.

## VII.

So weit ein Strafgericht gehet, so weit gehet auch der Forst.

### Anmerkung.

§. 1. Unter dem Strafgericht wird in diesem Sprüchwort die peinliche Gerichtsbarkeit verstanden, und es wird dadurch angezeigt, daß, so weit jemand die Gerichtsbarkeit besitzt, auch die Jagd- und Forstgerechtigkeit demselben gehöre. Es gründet sich dieses Sprüchwort auf die Meinung, als ob das Forst- und Jagd-

Jagdrecht zu der peinlichen Gerichtsbarkeit gehöre, wie viele berühmte Rechtslehrer des vorigen Jahrhunderts in ihren Schriften behauptet haben 1). Es kann seyn, daß dieser Irrthum daher entstanden, weil manchmal die von Adel mit der hohen Gerichtsbarkeit, und dem Forst- und Jagdrecht zugleich belehnet worden sind. Die sogenannte forstliche Herrlichkeit ist schon in den ältesten Zeiten ein wesentliches Stück der Landesesherrschaft und auch außer denen Deutschen, andern Völkern nicht unbekannt gewesen. Die heilige Schrift gedenket eines Assaphs des Holzfürstens, an welchem der König Arrasastha einen Befehl wegen zu liefernden Holzes ergehen lassen 2). Die Fränkischen Könige haben das Forstregal ebenfalls ausgeübet. Sie hielten ihre forestarios, welche die Aufsicht über die Forste hatten. Diejenigen, so über die königlichen Forste gesetzt gewesen waren, bekleideten eine der höchsten Würden, so oftmals Herzoge verwalteten 3). In Deutschland gehört dieselbe auch noch jetzt unter die Regalien, so die Stände des teutschen Reichs, vermöge ihrer Landeshoheit, besitzen 4).

1) Klockius Vol. I. conf. 50. n. 151.

2) Nehemia cap. 2. v. 8.

3) du Cange v. Foresta.

4) Hertius de superioritate territoriali §. 48.

§. 2. Wir können heut zu Tage dieses Spruchwort nicht mehr in dem vorangeführten Verstande nehmen. Die peinliche Gerichtsbarkeit, das Forst- und Jagdrecht, sind solche Rechte, die eben nicht von einander abhängen, und von welchen jemand das eine besitzen kann, ohne das andere ausüben zu dürfen. Ueber beide gehet die forstliche Herrlichkeit, welche in der Gewalt bestehet, Forst-, Wald- und Jagdgesetze zu machen. Von dieser sind die forstliche Obrigkeit und Forstrecht



recht, so gemeiniglich für eins genommen werden, unterschieden. Dieser werden auch zugleich Adelige theilhaftig. Jene eignet dem Besitzer nur eine Aufsicht zu, ohne daß die Jagdgerechtigkeit eben damit verbunden seyn müsse 1).

1) *Reinbard de jure forestali* Sect. 2. §. 2. — Die forstliche Herrlichkeit ist von weitem Umfange, als die bloße Befugniß, Forst- und Jagdgesetze machen zu können. Ich verweise aber in Ansehung des Unterschiedes der Begriffe von forstl. Herrlichkeit, oder Forstbann, und von Waldrecht oder Forstrecht, und von Jagdrecht, und der Beschaffenheit dieser Rechte auf Runders Grundr. des allgem. deutsch. Privatr. B. 1. Abschn. 1. 3. Hauptst. §. 139 — 161. d. S.

### VIII.

Wohin der Dieb mit dem Strang, dahin gehört  
der Hirsch mit dem Fang.

#### Anmerkung.

§. 1. Es hat dieses Sprüchwort mit dem vorhergehenden gleiche Bedeutung, und soll ebenfalls anzeigen, daß demjenigen auch die Jagd zukomme, welcher die peinliche Gerichte besitze. Das Wort Fang, bedeutet einen Strick, eigentlich aber ist das Netz darunter zu verstehen, dessen man sich bey der Jagd bediente.

§. 2. Da bey dem vorhergehenden Sprüchwort schon gezeigt worden, daß die Gerichtsbarkeit mit dem Jagdrecht in keiner Verbindung stehet, sondern jemand eins ohne das andere besitzen könne, so folget auch, daß derjenige, so nur die bloße Jagd besitzt, kein Recht habe die Wildddiebe zu bestrafen. Der Wildddiebstahl ist in Deutschland allemal gleich andern Diebstählen für strafenswürdig gehalten, und manchmal noch weit

weit empfindlicher, als ein gemeiner Diebstahl bestraft worden. Was in den alten Gesetzbüchern der Deutschen dieserwegen verordnet gewesen, führet der sel. Sanyler von Ludewig an dem unten angeführten Orte an 1). Die schweren Strafen, womit die Wildddiebe belegen worden, dienen zum Beweise, daß die Gesetze in der Denkart eines Gesetzgebers ihren Hauptgrund haben. Die Neigung der Großen in Deutschland für die Jagd hat es veranlaßt, daß die Wildddiebe noch ärger als andere Diebe angesehen worden. Nachdem der Landesherr sich die Herrschaft über die Thiere ganz allein zugeeignet hat, mußte man den Wildddiebstahl auch von einem gemeinen Diebstahl unterscheiden. Es ist nach diesem Grundsatz ein ungleich schweres Verbrechen, wenn jemand landesherrliche Güter raubet, als wo nur Unterthanen bestohlen werden. Unter so vielen außerordentlichen Strafen treffen wir in den Geschichten Beispiele an, daß den Wildddieben die Augen ausgestochen, und die Mannheit genommen worden. Der fränkische König Gunttram ließ dieselben steinigen 2). Ja man hat sogar die Diebe lebendig auf einen Hirsch geschmiedet, und sie ihrem Schicksal überlassen 3). Die Rechtsgelehrten haben mehrmals über die Frage gestritten, ob der Wildddiebstahl mit dem Tode bestraft werden könne. Mich dünkt, dergleichen Streitigkeiten sind allemal überflüssig, wenn die Gesetze klar sind 4). Betrachtet man das Wild als ein der Herrschaft und dem Eigenthum des Landesherrn unterworfenen Gut, so weiß ich nicht, ob derjenige nicht eine höhere Strafe verdienet, der an den Gütern des Landesherrn sich vergreift, als wie ein anderer Dieb.

1) in diss. de venatu, item de ferarum furto. — J.  
A. Kleinschrodt Abh. von dem Wildddiebstahle, dessen  
St.

Geschichte, Strafe und Gerichtsstande. Erlangen  
1790. D. S.

2) du Cange v. foresta.

3) Besold in thesaur. pract. voc. Jagen ibique Dieth.  
in addit.

4) Entweder ist die Strafe des Wilddiebstahls in einem  
Lande durch besondere Verordnungen bestimmt, deren  
viele Riccius in seinem Entw. der in Deutschl. üblichen  
Jagdgerechtigkeit im 1ten Hauptst. S. 467. ff. an-  
führt, oder es ist das nicht. Im letzten Fall muß der  
Wilddiebstahl nach den Grundsätzen des gemeinen pein-  
lichen Rechts vom Diebstahl bestraft werden, da die  
Halsgerichtsordn. Carl V. nichts besonders in Ansehung  
desselben verordnet hat. S. Quistorp Grund. äße des  
deutschen peim. Rechts, Th. 1. S. 367. nach der 3ten  
Ausfl. D. S.

### IX.

Wenn der Busch gehet dem Reuter an die  
Sporn.

So hat der Unterthan sein Recht verlorn.

### Anmerkung.

Der Vicekanzler Estor zu Marburg, berichtet  
von diesem Sprüchwort, daß solches in dem Gräflichen  
Solms-Laubachischen Gebiete gewöhnlich sey,  
und zur Regel diene, nach welcher, wenn ein Unter-  
than seinen Acker oder Wiese dergestalt verwildern läßt,  
daß große Sträucher hervormachsen, ein solches  
Stück dem Landesherrn zufalle 1).

1) Siehe desselben bürgerl. Rechtsgelahrtheit der Teut-  
schen, 1. Th. S. 2469.

X.

Wer mag Jagen, der darf auch Hagen.

Anmerkung.

§. 1. Der Hag ist ein um einen Wald aufgerichteter, und gemeiniglich mit einem Graben umgebener Zaun. Die Befugniß, einen Wald mit einem Zaun oder Gehege zu umgeben, ist ein Theil des Forst- und Jagdregals, daher auch dieses Sprüchwort lehret, daß die Jagd ein Regal sey. Das Recht zu Hagen, oder den Wald zu umzäunen, ist in diesem Verstande mit dem Recht zu jagen allemal auf das genaueste verbunden gewesen. Hieraus folgte nun, daß derjenige, so mit der Jagdgerechtigkeit belehnet worden, oder sonst dieselbe sich erworben, auch das Recht einen Hag zu ziehen darunter erhalten habe. Weil man dafür hielt, daß das eine ohne das andere nicht wohl ausgeübet werden könne. Die Freyheit zu hagen, enthielt auch das Recht in sich, das Holz zu dem Gehäge aus dem Walde zu nehmen 1).

1) Wehner voc. Forstrecht.

§. 2. Heut zu Tage ist das Recht zu jagen nicht immer mit der Befugniß zu Hagen verbunden, und das erstere kann auch füglich ohne das letztere ausgeübet werden. Viele Adelige haben auch das Jagdrecht in andern Holzungen auszuüben, allein des Hagens dürfen sie sich nicht anmaßen, noch weniger Holz fällen. Auch diejenigen, so mit der Jagdgerechtigkeit belehnet worden, können doch nicht anders den Wald mit einem Gehäge umgeben, als in soferne ihnen dieses Recht ausdrücklich zugestanden worden, oder sie von alten Zeiten her dasselbe besessen, und also mit einem Besiße von undenklichen Jahren sich schützen können.

nen. Es sind zwar einige Rechtsgelehrten anderer Meinung gewesen 1), allein es haben andere schon nugsam gezeigt 2), daß das Jagen nur dem Landesherrn zukomme, und kein Unterthan einen Zaun u seine Wildbahn ziehen dürfe 3).

1) *Struvius* in S. I. T. cap. 6. §. 2. n. 6. *Meure* vom Forstrecht P. I. Tit. ob der zu jagen auch zu hgen habe.

2) *Gail* Lib. II. obs. 68, n. 6.

3) *Biedenbach* Qu. 17 n. 1. p. 105. — *S.* auch *Riccus* Entwurf von der in Teutschland üblichen Jagdgerechtigl. S. 271. d. S.

## XI.

**Man muß der Kalbzeit ihr Recht lassen.**

### Anmerkung.

§. 1. Daß man die ersten Jugendjahre die Kalbzeit zu nennen pfleget, ist bekannt, und man saget auch von derselben, daß man der Kalbzeit ihr Recht lassen soll, vermuthlich anzuzeigen, daß die Munterkeit der ersten Jahre, die Hitze des jugendlichen Feuers erst verbrauchen müsse, ehe der Mensch zu ernsthafteren Geschäften angeführet werden könne, besonders hat man dadurch ein Mitleiden für die Jugend erwecken wollen, den Richter zu bewegen, um wo möglich, mit derselben, wegen begangener Verbrechen, nicht mit der äußersten Strenge zu verfahren. Allein in diesem Verstand wird das angeführte Sprüchwort hier nicht genommen. Die Jäger pflegen die sogenannte Brunst und Satzzeit auch die Kalbzeit zu nennen, und man will mit diesem Sprüchwort so viel sagen, daß man binnen dieser Zeit sich des Jagens zu enthalten habe.

§. 2. Die Brünst- und Satzzeit zu beobachten, befehlen alle Jagdordnungen, in welchen man dieselbe auch bestimmt findet. Man macht erstlich einen Unterschied zwischen Raubthieren, und dem andern nützlichen Wildpret. Bey jenen wird gar keine Satzzeit gehalten. Das rothe Wildpret darf gemeiniglich von Johannis- Tag bis Martini, das schwarze von Lambertus bis Nicolai- Tag, nicht gefället werden. Des Hasenschießens muß man sich von Anfang des Merzes, bis Bartholomäi enthalten, anderswärts erstreckt sich diese Zeit von Fastnacht bis Jacobi überhaupt. Doch erlauben auch viele Jagdordnungen, daß man außer der ordentlichen Zeit ein Wild fallen darf, wenn man einen Ehrentag zu feyern hat 1).

1) Bayers Jagd- und Forstordnung c. 3. §. 1. — Man vergleiche auch Riccius Entwurf u. s. w. 9tes Hauptst. §. 17. S. 398. ff. und Westphals teutsches reichsständisches Privatr. Th. 2. Nr. 56. S. 227. ff. d. 2.

## XII.

### Wogelfang gehört zu dem Wildbann.

#### Anmerkung.

§. 1. Der Wildbann und die Wildbahn müssen nicht mit einander vermischt werden. Diese bedeutet eigentlich den Ort, wo sich das hohe Wildpret aufhält und geheget wird, der Wildbann hingegen bestehet in einer Befugniß, andere von der Jagd auszuschließen 1). Von den Königlichen Forsten findet man, daß selbige mit einem solchen Bann versehen gewesen, und niemand darinnen jagen durfte. Unter den Französischen Königen haben einige den Wildbann dergestalt bestimmt, daß auch nicht einmal die Königlichen Prinzen, auf eines andern Grund und Boden, oder in

in des Königs Wald jagen durften 2), ob schon sonst die Jagd eine Hauptlust der Prinzen und anderer Großen gewesen, weil man glaubte, daß diejenigen, welche sich der Jagdlust bedienten, dadurch ihren Körper in den Stand setzten, die Unbequemlichkeiten des Krieges desto leichter zu ertragen. In den Gesetzen der Fränkischen Könige werden viele solcher Königsforsternahmhaft gemacht. Der Verfasser des Sachsenspiegels erwähnt ebenfalls einiger dergleichen Bannforste, wenn er schreibt 3): Und diß sind drey Bannforst; der eine ist die Heyde zu Koyne. Der andere ist der Hartz. Der dritte, die Mager Heyde, oder Prettinische Heyde. Wer hierinnen Wild fähet, der soll werten des Königes Bann. Es soll also dieses Sprüchwort lehren, daß auch der Vogelfang zu der Jagd gehöre, und derjenige, so dieselbe ausüben darf, auch einen Vogelheerd anlegen, und sonst des Vogelfangens sich bedienen könne.

1) *Mylius* in pr. de different. jur. venandi et banniferini de *Ludewig* de venatu diff. V. u. 10.

2) du *Cange* voc. venatio. ?

3) I. P. Sax. Lib. II. Art. 61. .

§. 2. So viel den heutigen Gebrauch von diesem Sprüchwort anbelangt, ist es wohl so weit richtig, daß der Vogelfang mit zu der Jagd gehöret, und unter dem Wildbann mit begriffen sey. Aber da es mit der Jagdgerechtigkeit in Deutschland eine ganz andere Beschaffenheit, als bey den Römern hat, und die Jagd in verschiedene Gattungen eingetheilet wird, bey Privatpersonen aber, so mit derselben belehnet worden, es darauf ankommt, welche Art von der Jagd denselben ertheilet worden; so kann man nicht behaupten, daß der Vogelfang dem Wildbann aller Orten anhängig sey 1). Die Rechtsgelehrten halten dafür, daß,

so lange noch nicht erwiesen, ob jemanden nur die Jagd allein oder auch der Vogelfang mit ertheilt worden, allemal die Vermuthung statt finde, daß unter dem Wildbann der Vogelfang mit begriffen, weil derselbe gemeiniglich von der ganzen Jagd zu verstehen, wozu auch der Vogelfang gehöret, dahero auch ein solcher so lange bey dem Besiz des Vogelfangs zu schüzzen sey, bis das Gegentheil gegen ihn erwiesen worden 2). Man findet auch öfters in verschiedenen Ländern besondere Ordnungen, daß gewisse rare und seltene Vögel nicht einmal von denjenigen geschossen werden dürfen, so sonst den Vogelfang besizzen. Es ist gleichfalls der Unterschied zwischen dem großen und kleinen Vogelwaidwerk bekannt, welches alles zu Tage leget, daß dieses Sprüchwort heut zu Tage keine allgemeine Regel ausmachet 2).

1) Auch in Urkunden aus dem Mittelalter werden unter weilen Jagd und Vogelfang unterschieden. S. z. B. Pfeffinger Vitriar. illustr. T. III S. 1082. d. 5.

2) Meichsner T. IV. dec. 7. n. 36. — Ein Herr von Adel in Herzogl. Braunschweigischen Ländern, verlangte vom Herz. ein Responsum über die Frage: Ob die Anlegung einer Schießhütte, um Raubvögel zu vertilgen, ein Ausfluß oder *annexum* des Jagdrechtes sey? Der gedachte Edelmann besaß nicht nur die niedere, sondern auch die hohe Jagd. Inzwischen wurde die Beantwortung der vorgelegten Frage dadurch etwas schwierig, weil im Herzogthum Braunschweig die Jagdgerechtigkeit zu den Regalien gerechnet wird, und nach dem Landtagsabschiede von 1597. §. zum acht und dreißigsten u. s. w. einschränkend zu erklären ist. Da aber den erwähnten Herrn von Adel die niedere und hohe Jagd ohne alle Einschränkung verliehen war, so hielt der B. dafür, daß 1) die Rechtsregel eintreten müsse: „*generalis provisio tantum operatur ac si quaelibet species nominatim expressa et comprehensa sit*“, l. 147. ff. de R. I. und l. 1. §. 1. ff. de legat. prae-stand. contra tabul.; 2) daß dem Besitzer der Jagd-  
gerech-



gerechtigkeit auch die Mittel zustehen müßten, welche die Ausübung der Jagdgerechtigkeit erfordern; l. 3. §. ff. de servitut. praedior. rusticor l. 4. ff. de iun. actuque privat.; und 3) die Ausrottung der Raubvögel eine Sache sey, die zum gemeinen Besten gereiche, und selbige den Jagdbefugten insonderheit obliege, wie solches Sessendorff im teutschen Fürstenstaat P. III. Reg. V. §. 2. bemerkt. d. S.

3) Webner Obl. pract. V. Vogel Waidwerk. Bed. von der forstlichen Obrigkeit c. 11. et 15. §. 3.

### XIII. A.

**Die Tauben haben keine Gall, und sind der Leute überall.**

#### A n m e r k u n g.

§. 1. Dieses Sprüchwort, so aus dem römischen Recht hergenommen zu seyn scheint, zeigt an, daß auch die Tauben unter diejenigen Geschöpfe gehören, von welchen dasselbe lehret, daß derjenige, so dergleichen in Besitz nimmt, das Eigenthum erhalte. Justinianus leget den Tauben eine wilde Natur bey 1), wenn es hingegen in unserm Sprüchwort heißt: Daß die Tauben keine Galle haben, so wird unter der Galle die wilde Natur der Thiere verstanden, und damit so viel gesagt, daß, obwol bey den Tauben keine wilde Natur angetroffen wird, dieselben dennoch von jeden gefangen werden dürfen, so ferne sie nicht dergestalt zahm gemacht worden, daß, wenn sie gleich ausfliegen, dennoch sich in dem Taubenschlag wieder einfänden.

1) §. 15. l. de Rer. division. — Zunächst ist dieses Sprüchwort wol aus dem Sächsischen Wächtbilde genommen worden, wo es Art. 119. heißt: „Tauben, „Krähen, Kestern, Pfauen under Federspiel, das „nicht grimmend ist,“ (d. i. welches nicht mit scharfen

sen Klauen versehen, folglich kein Raubvogel ist, der zur eigentlichen Jagd mitgehört) „fliehet es zu Felde, es „ist gemein; grimmende Federspiel aber nicht. „Wahr- scheinlich ist aber diese Stelle aus dem Römischen Rechte genommen. — Die Worte: Tauben haben keine Gall; sollen vermuthlich so viel sagen, als daß sie kein grimmend Federspiel wären. D. H.

§. 2. Man theilet die Tauben in die Wilden und Fahmen ein 1). Nach dieser Einteilung ist das Fangen der Tauben nicht einem jeden erlaubt. Die wilden Tauben rechnet man zu der Classe des zur niedern Jagd gehörenden Federwildes, und können also ohne Befehligung der einem andern zustehenden Jagdgerechtigkeit nicht gefangen werden. Das Fangen der Tauben ist ebenfalls ein Diebstahl, welcher auf mancherley Weise bestraft wird 2). In vielen Ländern ist das Tauben halten eingeschränket, weil man aus der Erfahrung weiß, daß solches den Feldfrüchten schädlich ist. Man pfleget daher eine gewisse Anzahl festzusetzen, über welche niemand mehr halten darf, und diejenigen, so darwider handeln, zu bestrafen, dieserwegen auch die Taubenschläge bisweilen bestraft werden. Besonders leidet man es nicht, daß dieselben in der Saatzeit ausfliegen dürfen, welches, wenn es geschieht, einem jeden frey steht, solche zu fangen, oder zu tödten. Uebrigens werden zwar die Tauben unter die beweglichen Dinge, jedoch nicht unter die Gerade gerechnet 3).

1) Pegius Juristische Ergänzlichkeiten von Hunde, Tauben, und Hühner, Recht.

2) F. B. Lüneburgische Landesordnung §. 4. — Altenburgische Landesordn. Tit. 81. Sächs. Voithaische revidirte Landesordn. von 1653. P. 2. Tit. 14. u. a. m.

D. H.

3) Müller de jure columbar. c. 3. th. 7.

## XIII. B.

## Der Eichbaum für die Stadt. (D. H.)

## Anmerkung.

§. 1. Eine sehr gründliche Erläuterung dieses in Lübeck geltenden Sprüchwortes haben wir den verdienstvollen Probst Dreyer zu verdanken 1), aus welcher ich nur nöthig habe, das vornehmste hier auszugswise mitzutheilen. — Sobald Teutschland mehrere Cultur erhielt, fing man an, die Nothwendigkeit des Holzes einzusehen, und auf Spörung desselben zu denken. Insbesondere hatten die Städte das harte Holz, und unter diesem vorzüglich das Eichenholz unumgänglich nöthig. Ihre Privat- und öffentlichen Gebäude wurden ehemals mehrentheils von Ständerwerk aufgeführt, Mühlen, Brücken, Fahren und deren Unterhaltung erforderten dauerhaftes Holz, ihre Befestigungswerke bestanden größtentheils in Planken und Pallisaden, und in Seestädten kam noch der Schiffsbau hinzu. Die Vorsicht erforderte es daher, auf die Erhaltung des in der Nähe der Stadt oder in deren Landwehre befindlichen harten Holzes Bedacht zu nehmen. In der Lübeckischen Landwehre liegen nun verschiedene Güter, ihrem Ursprunge nach meistens Meysergüter. Die Stadt behielt sich bey der ersten Verleihung dieser Güter das harte Holz vor, und sicherte solches dadurch gegen Ausradung 2). Nach und nach entstand hieraus ein Gewohnheitsrecht, so, daß in Lübeck wider das gemeine Recht 3) die Eich- und Buchbäume auf den Meysergütern als ein vom Grunde und Boden abgesonderter Körper betrachtet werden. Dieses Gewohnheitsrecht wird dadurch außer Zweifel gesetzt, daß, 1) in verschiedenen Urkunden, welche Dreyer am a. O. anführt, bey dem Erwerbe des Meysergutes die Eichbäume

bäume ausdrücklich mit überlassen worden sind, welches sonst nicht nöthig gewesen seyn würde; und 2) nach verschiedenen Rathsdecreten die Einwohner der Bauer-  
güter bestraft worden sind, wenn sie sich an den auf  
ihren Gütern stehenden Eichen und Buchen vergriffen  
hatten. Auch beym Stifte Lübeck sind gleiche Grund-  
sätze hergebracht worden 4).

1) In J. C. Koppens Niedersächsischen Archive für Ju-  
risprudenz und juristische Literatur, 2ter Band, S.  
306. ff.

2) Urkunde von 1314 in Nordts Beyträgen zur Holstei-  
nischen Geschichte, B. 1. S. 590.

3) l. 42. ff. de act. emt. vend.

4) von Westphalen monument. inedit. T. II. S. 2448.

§. 2. Der Gebrauch dieses Sprüchwortes schränkt  
sich nicht gänzlich auf Lübeck ein. Bey dem Hambur-  
gischen Landgerichte werden bey der obrigkeitlichen Be-  
stätigung der Verpfändungen, welche Unterthanen mit  
ihren Grundstücken vornehmen wollen, allemal die Eichen-  
bäume, als für die Herren gehörig, ausgenom-  
men 1). Im Calenbergischen darf der Gutsmann kein  
hartes Holz hauen oder fällen lassen 2). Ein gleiches  
ist auch bey den Bauern auf der Insel Rügen Rech-  
tens 3), wo das harte Holz auf den Bauergütern ein  
Eigenthum des Gutsherrn ist.

1) von Westphalen am a. O. T. IV. S. 3034.

2) Carstens de success. villicali in ducatu Lüneb. c. 1.  
§. 15. Note y.

3) Normann wendisch, rügianischer Landesgebrauch nach  
der Ausgabe des Prof. Gadebusch, S. 128.

## XIV.

Was ich von meinem Feind bekomme, das ist mein.

## Anmerkung.

§. 1. So bald zwischen zwei Völkern ein öffentlicher Krieg entstanden, höret alle Sicherheit und Freundschaft auf einmal auf. Ein jedes Volk hält sich derowegen verbunden, dem andern auf alle Weise Abbruch zu thun, und das andere in solche Umstände zu versetzen, daß man von demselben weniger zu befürchten hat. Dieses Recht des Krieges hat verursacht, daß man alle Güter, so der Feind besizet, so ansiehet, als ob sie keinem Eigenthum unterworfen wären, und daher kommt es, daß Handlungen, so zu Friedenszeiten ein Verbrechen sind, und die schweresten Strafen nach sich ziehen, in dem Kriege zu einer Pflicht werden, weil alsdann die Gesetze, so sonst dergleichen Handlungen verbieten, in einer gewissen Absicht unwirksam sind. Hierzu gehöret auch, daß man den Feind durch Hinwegnehmung seiner beweglichen und unbeweglichen Güter allen möglichen Abbruch thun muß, um ihn durch den Mangel an den nöthigen Dingen zum Weichen zu zwingen, oder ihn in solche Umstände zu setzen, daß man wegen Zufügung eines Schadens für denselben sicher ist. Die Erbeutung feindlicher Güter ist daher nach dem Völkerrecht auch ein Mittel, ein Eigenthum zu erwerben, und das angeführte Sprüchwort, so in dem sächsischen Weichbild steht 1), zeigt nichts anders an, als daß man sich die von dem Feind gemachte Beute mit allem Recht zueignen könne.

1) Art. 2. n. 11.

§. 2. Es ist dieses Sprüchwort ein Zeugniß von der Denkungsart unserer Vorfahren, von denen be-  
fann

kannt ist, daß sie auf das Beutemachen besonders sich gelegt hatten. Sie sind gewohnt gewesen, mit großen Schaaren in die Länder ihrer Nachbarn zu fallen, und in solchen Streifereien alles mitzunehmen, was sie mitschleppen konnten. Was ein jeder erbeutete, gehörte ihm 1). Sie lebten daher mit ihren Nachbarn in beständigen Kriegen, die mehrentheils in dergleichen Raubereien bestanden sind, und thaten eben dasjenige, was wir noch jezo von den Cartern, Algierern und amerikanischen auch andern wilden Völkern lesen. Doch diese Streifereien sind keine ordentliche Kriege zu nennen. Ob aber, wenn ein rechtmäßiger Krieg geführt worden, die Beute auch den Soldaten zugefallen, oder der Kriegführende Fürst sich dieselbe zugeeignet, oder dieselbe eine Belohnung der Feldherren gewesen, ist nicht so leicht zu bestimmen. Tacitus 2) läßt uns so viel muthmaßen, daß die Beute den Kriegsführenden Prinzen zugehöret, diese aber vieles unter die Soldaten verschenkt. Als Chlodovikus, der große Fränkische Monarch, über den König der Westgothen einen Sieg erhielt, und große Beute machte, eilnete sich dieser Prinz die erbeuteten Schätze zu. Es fehlet aber nicht an Beispielen, daß die Soldaten auch ihren Antheil davon erhalten und die Prinzen dadurch denenselben Proben ihrer Großmuth empfinden ließen. Die Heiligen haben gemeiniglich auch einen Theil davon bekommen 3).

1) *Caesar* de bello gallico L. VI. cap. 25.

2) de M. G. cap. 14.

3) *Gregorius Turonens.* Lib. II. cap. 37.

§. 3. Wie es mit der Kriegsbeute heut zu Tage gehalten wird, solches kann man aus den Kriegsrechten großer Prinzen sehen. Die Reuterbestallung vom Jahr 1570 sagt 1): Da auch Städte, Schlösser,

ser, Flecken, Land und Leute erobert würden, sollen dieselbigen, samt dem darzu gehörigen Geschütz, Munition und dem Vorrath Proviant, in alle Wege uns und dem H. Reich zustehen, folgen und bleiben. Doch ist auch der andern Dingen halber versehen, daß die Beute den Soldaten verbleiben soll 2). Daß die Soldaten außerdem die Beute für sich behalten, wenn der Feldherr ihnen dieselbe versprochen hat, welches gemeiniglich zur Aufmunterung der Soldaten geschieht, wenn eine mit vieler Gefährlichkeit verbundene That unternommen werden soll, ist eine bekannte Sache. Es ist auch zu Kriegeszeiten gewöhnlich, daß Privatpersonen auf ihre Kosten im Kriege dienen, oder zur See Caperen treiben und darzu ein Schiff ausrüsten lassen. Diese bekommen die gemachte Beute zwar für sich, jedoch müssen sie einen Theil davon an den Landesherrn bezahlen 3). Dasjenige, was in dem gegenwärtigen Kriege zwischen Engelland und Frankreich einige Engelländische Damen gethan, so auf ihre Unkosten ein Kriegsschiff ausgerüstet, und unter dem Namen, die Entschließung der Engelländischen Damen, auslaufen lassen, wird von dieser Art das einzige Beispiel in den Geschichten seyn.

1) Art. 96.

2) R. Schluß 1682. §. 75. S. v. Beust observ. militares, Th. 3. S. 381. und Th. 4. S. 345. D. H.

3) *Wildvogel de praeda militari.*

## XV.

### Dein Fund, mein Halb.

#### Anmerkung.

§. 1. Es wird schon bey den Römern die Gewohnheit angetroffen, daß, wenn einige Personen mit-

ein

einander giengen, und die eine etwas liegen sah, die andere aber solches sofort ergriffe, jene zurief: in commune. Es heiſet daher bey dem Dichter 1):

*Invenit calvus forte in trivio pectinem,  
Accessit alter, aequae defectus pilis  
Heja, inquit, est commune, quodcunque est lucri.*

In Deutschland giebt derjenige, so von der gefundenen Sache, welche sein Spielgefelle ergreiffet, auch seinen Theil verlangt, solches dadurch zu verstehen, indem er *Satzpart* ausrufet. Diese Gewohnheit wird durch unser Sprüchwort bestätigt, welches lehren soll, daß die gefundene Sache nicht demjenigen allein gehöre, welcher sich derselben zuerst bemächtigt und den Besitz davon ergriffen, sondern daß auch die andern Gefährten ihren Antheil davon haben müssen.

1) Phaedr. Fab. V. 6.

§. 2. Das römische Recht eignet demjenigen nur allein das Eigenthum einer Sache zu, welcher sie aufhebet und zu sich nimmt. Dieses Sprüchwort hingegen will haben, daß die gefundene Sache getheilet werde, nach demselben kann also auch derjenige seinen Antheil mit Recht verlangen, welcher die Sache zuerst liegen gesehen, ohne dieselbe zu ergreifen. Das römische Recht hat durch sein Ansehen die Billigkeit des deutschen Sprüchworts verdrungen, wiewol wir sogleich bey dem folgenden Sprüchwort zeigen wollen, was die deutschen Rechte wegen der gefundenen Sachen versordnen.



## XVI.

Ein Fund verhohlen, ist so gut als gestohlen.

## Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort lehret, daß derjenige einen Diebstahl begehe und auch als ein Dieb zu bestrafen sey, welcher die von ihm gefundene Güter nicht bekannt macht, damit der Eigenthümer dieselben wieder erhalten könne. In verschiedenen alten deutschen Gesetzen trifft man die Verordnung an, daß die gefundene Güter an den Richter gebracht werden sollen 1), doch bekam der Finder eine Belohnung an Geld, so in den angeführten Gesetzen *Wegium* genennet wird. Der Verfasser des *Sachsenspiegels* sagt ebenfalls 2): Leugnet er es aber, so man darnach fraget, so ist er einem Diebe gleich, und ob man es darnach unter ihm findet, so muß er es wieder geben mit Buße und Wette, sintemal er es dieblichen gehalten hat. Er sezet aber doch noch hinzu, daß die Verhehlung gefundener Güter keine Todes- oder Leibesstrafe nach sich ziehe, wenn er schreibt: Keine Dieberey hat er aber erstlichen daran gethan, die ihm an seine Ehre oder seinen Leib gehet, oder an sein Gesund, alldieweil er es nie dieblich noch räublich aus jenes Gewehren brachte.

1) L. Baijuvar. tit. II. cap. XIII. §. 11, L. Longobard. Lib. I. tit. XXV. §. 1.

2) B. 2. Artif. 37.

§. 2. Der Gebrauch von diesem Sprüchwort findet auch noch heut zu Tage statt. Wenn verlorne Sachen wiederum gefunden werden, kann derjenige, so selbige gefunden, sich auf keine Weise das Eigenthum davon zueignen. Denn es ist allezeit zu vermuthen,

then, daß derjenige, welcher selbige verlohren hat, sich seines Eigenthums daran nicht begeben. Daher müssen dergleichen gefundene Güter angezeigt werden, oder wenn derjenige, welcher dieselben verlohren, den erlittenen Verlust öffentlich bekannt machen lassen, so müssen ihm selbige wieder ausgeliefert werden. Daß aber dem, der solche gefunden, eine Belohnung gegeben werde, erfordert die Billigkeit, ja wenn diese vorher bei der Bekanntmachung versprochen worden, so ist auch derjenige, dem die Sache gehört, schuldig, sein Versprechen zu halten, und die Belohnung zu entrichten. Man kann sich also nur allein solche gefundene Sachen zu eignen, welche von ihrem vorigen Eigenthümer in der Absicht, sie nicht wieder zu besitzen, weggeworfen werden. Daß auch diejenigen Sachen, so ihrer Natur nach als keinem Eigenthum unterworfenene Dinge angesehen werden, als z. E. Steine, Muscheln, Edelsteine, und was sonst das Meer auswirft, heut zu Tage in den mehresten Reichen zu den Landesherrlichen Gütern gehören, ist eine bekannte Sache. Carl der Fünfte hat endlich in seiner peinlichen Halsgerichtsordnung das harte Recht, nach welchem ehemals die Güter derer, so Schiffbruch erlitten hatten, ihrem Eigenthümer entrissen worden, so wie viele andere Mißbräuche, so noch von der Barbarey der vorigen Zeiten Ueberbleibsel gewesen, abgeschafft 1).

1) Art. 213. C. C. C.

## XVII.

**Es hat jedermann ein freyes Schurffen.**

### Anmerkung.

§. 1. Es folgen nunmehr einige Spruchwörter so von Bergwerksachen und in wie fern auch Unterters

terthanen Metall auffuchen dürfen, handeln. **Schürffen** heißet so viel, als am Tage einschlagen und Gänge und Klüfte unter der Erde zu suchen, anfangen. Dieses ist, wie in dem Sprüchwort angezeigt wird, einem jeden erlaubt, nur müssen besetzte Aecker, und wie die Bergordnungen sagen, Dörfer, wo Tisch, Bette und Heerd stehen, verschonet werden. Man hat in Chursachsen gewisse Schürffgelder ausgesetzt, wozu jährlich dreihundert Thaler bestimmt werden, so diejenigen erhalten, welche Gänge erschürffet habet 1). Das Schürffen nach Salzquellen ist ebenfalls jedem erlaubt, und hin und wieder in Deutschland gewisse Belohnungen festgesetzt, so diejenigen empfangen, welche dergleichen entdecken 2).

1) Baussens Einleitung zu denen in Deutschland üblichen Bergrechten P. I. Tit. 2. c. 5 §. 1.

2) Eb. derselbe P. III. S. 2. c. 3.

§. 2. Da es zu des gemeinen Wesens Nutzen und Vortheil gereicht, wenn durch den Fleiß und die Mühe der Unterthanen die unterirdischen Schätze, womit die gütige Natur ein Land beglückt hat, hervor gesucht werden; so läßt sich der Grund von diesem Sprüchwort leicht einsehen. Es war nöthig, denen Bürgern eines Landes die Freyheit des Schürffens zu geben, oder Belohnungen auf dasselbe zu setzen, damit dieselben zu einer solchen Arbeit ermuntert werden möchten. Es stehet dahero das Schürffen einem jeden sowol auf seinem eigenen als auch auf eines andern Acker, unter denen im vorigen §. angeführten Bedingungen frey. Wenn jemand durch das Schürffen einen Gang antrifft, so erhält er zwar heut zu Tage kein Recht daran, und darf auch den Bau nicht weiter fortsetzen, allein er kann denselben doch als ein Lehn erhalten 1). Dahingegen derselbe, wenn er nichts ange-

troffen

troffen hat, den Ort wieder einzufallen und eben zu machen schuldig ist 2).

1) Die Bergwerke gehören zwar in Deutschland zu den Regalien, allein es können auch Privatpersonen selbige entweder durch eine ausdrückliche Verleihung, oder durch eine stillschweigende, d. i. durch einen unvordenklichen Besitz rechtmäßig erworben haben. Die Verleihung wird gewöhnlich eine Belehnung und das verliehene Bergwerk ein Lehn genannt. Es ist eine bestrittene Frage, zu welcher Gattung von Rechten das Recht gehöre, welches dem Belehnten an dem Bergwerke zusteht. J. F. E. Mähler über die Frage: ob den Bergwerksverwandten an ihren Bergwerken ein sogenanntes dominium utile, oder was sonst für ein Recht, und welche vorzügliche Befugnisse dem Landes- und obersten Bergherrn der Verleihung ungeachtet zustehen (ohne Druckort 1785)? behauptet, daß den Bergwerksverwandten ein vollkommenes Eigenthum zukomme, dessen Ausübung aber durch Polizeygesetze beschränkt sey. Sein Grund ist, weil dergleichen Bergwerke keine eigentliche Lehne und keine eigentliche Erbenzinsgüter wären. So viel ist freylich richtig, daß kein wahrer Lehncontract bey den Verleihungen der Bergwerke zum Grunde liegt, wie Struben in seinen rechtl. Bedenken Th. 4. S. 85. ebenfalls bemerkt. Hingegen mit den Erbenzinscontracte ist eine größere Aehnlichkeit vorhanden. Man wendet zwar ein, daß die Bergwerke sich abbauen, und die Metalle nicht wieder wachsen. Diese Zweifel hat aber schon längst Horn in jurisprud. feudal. c. 9. §. 13. ff. gehoben. Uebrigens gebe ich zu, daß bey der Beurtheilung der Verleihungen der Bergwerke zuvörderst auf die Verträge der Interessenten und auf die besondern Bergordnungen und Observanzen zu sehen ist, ehe man die Analogie von den Erbenzinsgütern zu Hülfe nehmen darf.

D. 5.

2) Horn in jurisprud. feudal. cap. 9. §. 20.

## Der erste Finder ist auch der erste Muther.

### Anmerkung.

§. 1. Es ist bey der Erklärung des vorhergehenden Sprüchwortes gesagt worden, daß man einen durch das Schürffen entdeckten Gang zu Lehn empfangen könne. Dieses erfolgt nach vorhergegangenen Muthen, welches geschieht, wenn der Finder eines Ganges, dem Bergmeister durch einen Zettel zu verstehen giebet, daß er an einem gewissen Orte auf dem unverliehenen Felde eine Grube, Stollen, Wasser, Puch, oder Schmiede, Statt, oder eine in das freye Feld gefallene Sache aufzunehmen, und zu bauen begehre 1). In diesem Verstande wird das Wort muthen in Sachsen genommen. Außerhalb Sachsen wird auch das Muthen von andern Dingen verstanden, so sonst nicht in das mineralische Reich gehören. Sinden hat mit dem Wort schürffen einerley Bedeutung, und überhaupt wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß derjenige, welcher zuerst einen Gang entdeckt hat, auch zuerst damit belehnet werde.

1) Ründens Grundf. des allg. deutsch. Privatr. §. 167. d. 5.

§. 2. Nach der Thürsächsischen Bergordnung vom Jahr 1589 soll der Muther dem Bergmeister einen Zettel übergeben, des Inhalts: Herr Bergmeister ich muthen und begehre meines gnädigsten Herrn freyes, als eine Sundgrube, samt denen ober und unter nächsten Maasen auf einen stehenden flachen Gang auf N. Gütern. Sodann muß er binnen 14 Tagen nach der Muthung seinen Gang entblößen, damit auf nichts anders als auf Gängen und Klüften die Lehn gegeben werde.

Wenn

Wenn jemand die Muthung gegen den Bergmann mündlich verrichtet, so muß er alsdenn bes. Verzicht des Vorzugsrechts innerhalb dreier Stunden einen Muthgetzel übergeben. Nach der gescheneen Muthung wird die Belehnung binnen 14 Tagen gefordert 1).

1) Brausen l. c. P. I. Tit. II. c. 1. §. 1. seq.

### XIX.

Nicht die Muthung, sondern die Einbauung eines Ganges erlangt das Alter im Felde.

#### Anmerkung.

Man sagt sonst im Sprüchwort, wer zuerst kommt, der mahlet zuerst, allein dasselbe findet immer nicht statt. Das gegenwärtige Sprüchwort gehöret ebenfals zu der Ausnahme. Es lehret dasselbe, daß demjenige, so um die Belehnung mit einem Gange anhält, dem Sinder nicht vorgezogen werden soll, wenn schon jener sich zuerst meldet. Der Sinder hat also das Vorzugsrecht, und wird vor allen mit dem Gang belehnet, und ist also dieses Sprüchwort mit dem vorhergehenden vorgleichem Inhalt. Es ist indessen gewöhnlich, daß demjenigen, auf dessen Grund und Boden eine Grube angelegt wird, zur Vergütung des Schadens etwas von der Ausbeute zu Theil werde 1).

1) Schönberg Berg. Informat. voc. Grube.

### XX.

Aller Schatz unter der Erden begraben, tiefer denn ein Pfing gehet, gehöret zu der Könighchen Gewalt.

#### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort, so aus dem sächsischen Landrecht genommen ist 1), wird von dem Rechte

te der Schätze gehandelt. Der Glossator über die angeführte Stelle, nennet einen Schatz: ein verborgenes Geld eines unbekannten Herrn oder verstorbenen Leute, von denen niemand eine Wissenschaft hat, oder in der Erde vergrabenes Gut und Gut, daß also lange darinnen gelegen, daß niemand mehr weiß, wem es eigentlich zugehört haben mag. Daß bereits unter den Fränkischen Königen, die gefundenen Schätze zu den Landesherrlichen Einkünften gehört, ist aus den Verordnungen, so dieselben ergehen lassen, zu ersehen 2). Die nachherigen deutschen Kaiser Heinrich der Erste, und Heinrich der Vierte, Carl der Vierte, haben nicht nur die Schätze den Königl. Rechten unterworfen, sondern auch manchmal Reichständen das Privilegium ertheilet, vermöge dessen, die Schätze, so in ihren Landen gefunden werden, ihnen eigenthümlich zugehören sollten 3). Hingegen hat der Kaiser Friederich der Erste, in der bekannten Verordnung von den Regalien 4) nur die Hälfte eines auf des Kaisers eigenen Grund und Boden oder an einem heiligen Orte von ohngefähr gefundenen Schatz, den Landesherrlichen Einkünften einverleibet, und nur alsdenn den ganzen Schatz demselben zugeeignet, wenn jemand geflissentlich nach demselben gegraben hatte. Das Schwäbische Recht scheint wegen der Schätze nichts gewisses zu ordnen, sondern vielmehr einen Widerspruch in sich zu enthalten. Es heißt in der einen Stelle 5): Wer Schatz under die Erd begrebet tiefer den ein Pflug gar, der gehört zu dem Königlichem Gewalt. Hingegen steht an einem andern Orte: 6) Und ist daß jemand icht vint uff synen eygnen Gut, daß ist seyn mit recht ob er es under der Erd nit findet, und das Erdrich seyn eygen ist. Und findet ein Mann Gut an einer fremden statt, die ihm nit

nicht zu stat: Weß das Erdrich ist, da das Gut uff funden ward, deß ist auch das Gut. Das bewert das heylig Evangelium, das spricht also: Das Himmelreich gleychet einem Acker, do der Schatz in lyt verborgen, wann den ein Mann vind, der verkauft alles syn Gut, und kauft den Acker, daß ihm der Schatz werd. Er soll dem Vinder der Viertheil geben, das ist syn recht. Vindet ein Mann Gut uff freyer Straßen under der Erden, das ist des Rychs; und dem Vinder soll auch der vierde Theyl werden. Und findet ein Mann Gut uff der freyen Straßen über der Erde, dasselbig soll er dem nächsten Pfarrer geben zu behalten. Es ist aber leicht zu sehen, daß in diesen Worten ein unter der Erde verborgener Schatz von solchen Dingen unterschieden werde; so auf der Fläche der Erden liegend gefunden worden. Schilter 7) hat indessen behauptet, daß die oben angeführte Stelle aus dem 218. Kapitel in alten Handschriften nirgends angetroffen werde, und beziehet sich auf eine andere Stelle 8), aus welcher er beweisen will, daß die Schätze bey den Alemanniern nicht der Königlichen Gewalt unterworfen gewesen. Sie heißet: Ist das jemannt ichts vinder auf dem feinen, das sein Gut haisset, was er darauf vinder, das ist sein mit recht, ob er es unter der Erde vinder. Und ob das Erdrich sein eigen ist.

1) L. P. Sax. Lib. I. Art. 35.

2) Capitular. Carol. M. de A. 789. allwo es heißet: mandamus vobis ut fortunam (i. e. thesaurum) siue inventa fuit intra 15. dies nos habere faciatis.

3) Hertius de superioritate territoriali §. 45.

4) II. F. 56.

5) L. P. Suev. c. 218. §. 1.

6) cap. 388. 389.

7) ex-



7) exercit. ad n. 41. §. 31. S. auch Ruchsch-Pand.  
recht B. 11, c. VII. im Königsbalschen C. L. Germ.  
T. I. P. I. S. 211. D. 3.

8) c. 320.

§. 2. Die Frage, wem ein gefundener Schatz zugehöre? ist von den Rechtsgelehrten jederzeit ungleich beantwortet worden. Die Ursache ist gewesen, weil einige die Findung zu einer Gattung der Occupation machten, andere aber als eine Art der Accession betrachteten. Diejenigen, welche der ersten Meinung zugehörten, sprechen den Schatz dem Finder zu, die aber das letztere vertheidigen, glaubten, daß derselbe dem Herrn des Orts, wo er gefunden wird, zugehöre. Die Kaiser löseten diesen Knoten glücklich auf, und eigneten demselben ihrem Fisco zu, wie Nero 1). Doch ist dieses nicht von allen zu sagen, einige wollten haben, daß der Finder die Hälfte haben sollte. In Deutschland, wo man die Schätze von Alters her der Landesherrlichen Gewalt unterworfen hat, hält man dafür, daß ein jeder Landesherr, vermäge der Landesherrlichen Hoheit, verordnen könne, daß alle sowol auf Fürstlichen als auch der Unterthanen Gütern gefundene Schätze dem Landesherrn zugehören, weil selbige als Herrenlose Güter anzusehen 2). Es ist aber doch so viel gewiß, daß in vielen Ländern Deutschlands das römische Recht beobachtet wird, und derjenige, welcher auf seinen eigenthümlichen Grund und Gütern einen Schatz findet, auch das Eigenthum davon erlangt, und es ist billig, daß, so lange die gefundenen Schätze nicht durch eine Landesherrliche Verordnung unter die Regalien gerechnet worden, es mit denenselben nach dem römischen Rechte gehalten werden muß 3). In Chursachsen selbst ist in den neuern Zeiten eine besondere Erklärung des angeführten, und aus dem sächsischen Lande

Landrecht gezogenen Sprichworts ergangen, nach welcher dasselbe nur allein von den Bergwerken verstanden werden soll 4). Dieses hat viele Gelehrte auf die Meinung gebracht, daß der Text des sächsischen Landrechts auch nur allein von den Bergwerken zu verstehen sey, welches aber nicht wohl wahrscheinlich ist, wie man aus dem Zusammenhang urtheilen kann 5).

1) *Tacitus* Annal. Lib. 16. cap. 1.

2) *Jargow* Einleit. zu der Lehre von den Regalien. L. II. c. 4. §. 4.

3) *Franckenstein* de eo quod iustum est circa thesauros.

4) *Carpzov*. P. 2. C. 52.

5) Gerade der Zusammenhang scheint mir die Meinung der Gelehrten, welche den Art. 35. im 1sten B. des Sachsenspiegels von den Metallen und Erzen erklären, noch mehr zu bestätigen. Denn gleich nach den Worten: „Alle Schatz unter der Erde begraben — gehören z. L. „Gewalt;“, heißt es: „Silber mag auch kein Mann „brechen u. s. w.“ Silber, welches auch zu den Erzen gehört, wird hier dem Schatz nicht entgegengesetzt, sondern, nachdem der Spiegler vom Schatz, den Erzen, überhaupt geredet hatte, will er noch etwas von einer besondern Art derselben, dem Silber, anführen. Die Glosse zu dieser Stelle des Sachsenspiegels bestätigt dieses, indem es in derselben heißt: Merk, daß „ein Unterschied ist zwischen Schatz und Erz, davon er „nht saget, daß er dem Reich gehöre. Denn ob er wohl „allhie Erz vor ein Schatz nimpt, so ist doch unehr- „gentlich geredt u. s. w.“. Indes ist es auch möglich, da immer die angeführte Stelle dunkel bleibt, daß *Repgow* den im Römischen Rechte bemerkten Fall, wenn sich jemand zur Auffindung eines Schatzes böser Künste bedient hat, vor Augen gehabt hat. Dieses meint auch der Verfasser des Richtigich-Landrechts in der beym vorigen §. Note 6. von mir bemerkten Stelle.

D. 5.

## XXI.

Ist die Henne mein, so gehören mir auch die Eier.

## Anmerkung.

§. 1. Es handelt dieses Sprüchwort von der Erwerbung des Eigenthums einer Sache durch den Zuwachs, welcher theils durch die Natur allein, theils durch den Fleiß des Menschen, theils durch beides zugleich entsteht. Zu der ersten Gattung des Zuwachses gehöret das junge Vieh, welches demjenigen zugesignet wird, dem das Thier zugehöret, von welchem dasselbe geboren worden. Dieses ist es, was durch das gegenwärtige Sprüchwort angezeigt werden soll. Man findet eben nicht, daß die Gesetze der Deutschen, so viel diese Art der Erwerbung des Eigenthums anbelanget, von dem römischen Recht abgehen, welches aber in Ansehung der Inseln und andern Arten des natürlichen Zuwachses geschehen.

§. 2. Es wird auch noch igo nach diesem Sprüchwort gehalten. Der Eigenthümer der Kuh bekommt die junge Zucht, und entrichtet dafür, wie an den mehresten Orten üblich ist, das Springgeld, so der Hirte empfänget. Man kann auch füglich dieses Sprüchwort von Kindern verstehen, so von einer leibseigenen Mutter geboren worden, über welche der Gutsherr ebenfalls die Herrschaft erlanget, wie schon vorhin angeführet worden.

## XXII.

Wer säet der mähet.

## Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort ist die Rede von der Erlangung eines solchen Zuwachses, der theils durch die

die Natur, theils durch des Menschen Fleiß entstanden ist. Hieher gehöret die auf eines andern Land geschehene Einsaat, bey welcher die Frage entsteht, wer alsdenn die künftige Erndte haben soll. Das römische Recht spricht die Früchte dem Herrn des Grund und Bodens zu 1), und betrachtet denselben als die Hauptsache, so den Zuwachs nach sich zieht. Das angeführte Sprüchwort zeigt hingegen, daß man in Deutschland den Grund nicht als die Hauptsache angesehen, sondern die geschene Arbeit, die angewandten Kosten und Mühe von höherm Werthe als den Acker gehalten habe, und daher die Erndte demjenigen zugeeignet, welcher den Acker besäet und bestellt hat 1). Unsere Vorfahren haben mehr als eine Ursache gehabt, demjenigen die Erndte zu überlassen, welcher die Bestellung des Ackers verrichtet hat. Sie hielten es der Billigkeit gemäß, daß derjenige selbst die Früchte seiner Arbeit genieße, der die Mühe und Unkosten angewendet, ohne welche solche nicht hervorgekommen seyn würden, und daß es die größte Ungerechtigkeit seyn würde, wenn ein anderer da erndten sollte, wo er nicht gesäet hat. Eine andere Ursache war gewesen, die Faulheit und Nachlässigkeit der Bürger zu bestrafen, welche die Bestellung ihrer eigenen Aecker aus Trägheit unterlassen, und dagegen die Unterthanen zum Fleiß und Arbeit zu ermuntern. Man muß hierbey sich erinnern, daß, so lange in Deutschland der Handel noch nicht blühet, der Ackerbau die einzige Quelle gewesen, dem Lande Reichthum und Unterhalt zu verschaffen, so daß man Ursache genug hatte, alle Mittel anzuwenden, die Unterthanen zu fleißiger Bestellung des Landes anzuhalten. In dem sächsischen Landrecht heißet es daher 3): Was er aber säet unverbotten vor der Klage, da behält er auch die Saat an, womit auch das schwäbische Landrecht übereinstimmt, wenn dasselbe sagt 4):

**Des Mannes Saet, die er mit seinem Pflug würket, ist verdient, als die Egde darüber geht.**

1) L. 25. pr. D. de usur.

2) *Kressius* de privilegiis agricultur. Sect. II. §. 17. in not.

3) Lib. II. Art. 49.

4) Cap. 334.

§. 2. Heut zu Tage ist dieses Sprüchwort von seinem Gebrauch mehr. Der Freyherr von Puffendorf hatte desselben Billigkeit erkannt, und die Meinung vertheidiget, daß nach dem natürlichen Rechte derjenige die Früchte bekommen müsse, welcher eines andern Grund und Boden besäet hat 1). Wer auf einem fremden Acker aus gutem Glauben säet, kann weiter nichts als die Unkosten verlangen, oder er pachtet das Feld und giebt dafür sein Pachtgeld. Hat er es mit Vorsatz und wissentlich gethan, so werden ihm auch nicht einmal die Unkosten wiederum ersetzt 2).

1) de I. N. et G. Lib IV. c. 7. §. 1. S. auch *Schilter* exercit. ad P. exc. 16. §. 59. ff. D. 4.

2) §. 32. I. de rer. division. *Cocceius* de jur. seminis.

### XXIII.

## Gartenwerk Bartewerk.

### Anmerkung.

§. 1. So wenig die Deutschen anfänglich den Gartenbau achteten, und lieber in den rauhesten Wildnissen lebten, so findet man doch, daß sie in den nachfolgenden Zeiten einen Geschmack daran bekommen; diejenigen Völker, so ihr Vaterland verlassen und in angenehmere und wohlbebaute Gegenden gezogen, wo die

die Römer bereits das Erdreich unter andern mit schönen und prächtigen Gärten, von welchen sie besondere Liebhaber gewesen waren, ausgezieret hatten, fiengen an sich besonders auf den Gartenbau zu legen, und der Natur durch die Kunst eine noch größere Anmuth und Zierde zu geben; zugleich aber die Fruchtbarkeit der Erde besser als vorhin zu nützen. In den Gesetzbüchern einiger alten deutschen Völker, finden sich viele Verordnungen, so die Erhaltung derselben betreffen, und mehrentheils von der Bestrafung des Gartendiebstahls und Wiederersetzung des darinnen verübten Schadens handeln 1). So groß aber auch das Vergnügen immer ist, welches mit dem Gartenbau verbunden, so erfordert doch derselbe besondere Mühe und Gedult, ehe man die gehofften Früchte seiner Arbeit genießen kann. Man hat durch das gegenwärtige Sprüchwort dieses anzeigen wollen, welches lehret, daß man sich keine Mühe noch Arbeit verdrießen lassen müsse, wenn man die Schätze erhalten will, so die Menschen durch eine fleißige Bestellung der Gärten von der Milde der Natur zu hoffen haben, daß daher die Gärten in Acht genommen und die Zeit erwartet werden müsse, bis sie etwas hervor bringen.

- 1) Lex Salic. Tit. VIII. Lex Wisigoth. Lib VIII. Tit. 3. l. 2. Lex Burgund. Tit. 45. §. 1. L. Baiuvarior tit. 8. cap. 12. *E. Heumann* initia juris politiae, §. 228.

§. 2. Der Gebrauch dieses Sprüchworts wird durch die Erfahrung sattem bekräftigt. In allen Ländern wird der Gartenbau als eine sowol nützliche als nöthige Beschäftigung angesehen; und Landesherren pflegen auch in dieser Absicht durch weise Verordnungen ihre Unterthanen zum Gartenbau anzuhalten, damit das Land mit fruchtbaren Bäumen, Kräutern und

andern Gewächsen, so die Menschen zu ihrer Nahrung nöthig haben, versehen werde. Wie denn auch kein Vieh auf einen solchen Ort getrieben werden darf, welcher das Gartenrecht hat, so allezeit vermuthet wird, wenn der Platz mit einem Zaun umgeben. Auf denjenigen Plätzen, so vorhin Wiesen gewesen, aber in Gärten verwandelt worden, kann nicht weiter gehütet werden, welches das Gartenrecht genennet wird 1). Wenn daher die Frage entsteht, ob an allen Orten ohne Unterschied Gärten angelegt werden können, so kommt es darauf an, ob ein solcher Ort, der zu einem Garten gemacht werden soll, auch das Gartenrecht habe, und mit einem Zaun umgeben werden könne. Dieses Gartenrecht haben aber keine gemeine Weide und Wiesen, auch keine zehnbare Ländereien, indem bei der Absicht und Beschaffenheit es nicht ist, daß sie in Gärten verwandelt werden dürfen, hingegen ist es jedem erlaubt aus seinem Garten eine Wiese zu machen 2).

1) *Fritsch* de jure hortorum.

2) *Gericke* in *Spicileg. ad Schottellii tractat. de singularib. et antiquis in German. jurib. cap. XVI.* Run-  
de *Grundf. des allg. deutsch. Privatr. §. 510. d. 5.*

## XXIV.

Was in des Nachbars Garten fällt, das ist sein.

### Anmerkung.

§. 1. Sowol in dem sächsischen Landrecht 1) als auch in dem Reichsrecht 2) ist dieses Sprüchwort gegründet, welches demjenigen das Eigenthum der Früchte zu-  
eignet, so aus des andern Garten in den seinigen fallen. Der Glossator übet das erstere soget daher bey der angeführten Stelle: *schüttelst du dein Obst,*  
was

was in deines Nachbarn Hof fällt, das bleibet sein. Nach dem römischen Rechte konnte der Eigenthümer des Baumes die von demselben in des eines Nachbarn Grund und Boden gefallene Früchte einsammeln 3), welches aber binnen drei Tagen geschehen mußte. Die Deutschen haben aber dafür gehalten, daß demjenigen zur Vergütung des Schadens, so durch den Schatten verursacht wird, welchen die auf seinen Grund und Boden herüber ragenden Aeste der Bäume machen, billig das Obst oder die Frucht des Baumes zuzueignen sey. Ja es war auch sogar erlaubt, die herüberhängenden Aeste abhauen zu lassen. Wo auch ein Baum, heißt es im Weichbild an dem angeführten Orte, zwischen zweyen Reinen steht, und breitet die Zelgen in eines andern Mannes Hof, der Herr mag ihn wohl verhauen, (ob er will) und hängen Obst in seinen Hof, das ist zu Recht sein. Es ist aber unser Sprüchwort nicht nur von Obstbäumen, sondern auch von andern Büschen und Gewächsen zu verstehen, die nur in Hecken gezogen werden. Selbst das sächsische Landrecht gedenket des Hopfens, welcher sich um einen Zaun sichtet.

1) I. P. Sax. Lib. II. Art. 52.

2) Art. 126.

3) L. un. D. de glande legenda.

§. 2. Eine fast allgemeine Gewohnheit in Deutschland bekräftiget den heutigen Gebrauch dieses Sprüchwortes, und eignet aus der vorhin angeführten Ursache den Ueberhang der Früchte einem jeden zu, dessen Grund und Boden durch die Aeste der Bäume überschattet wird 1). Die herüberhängende und einem Schatten verursachende Aeste abzhauen, ist ebenfalls erlaubt



erlaubt, hingegen die Wurzeln, so in das Eigenthum des Gartens schlagen, auszurotten verboten 2).

1) *Hildebrand* de fructib. in alienum praedium praependentib. cap. 11. §. 13.

2) *Wildvogel* de eo quod justum est circa arbores.

## XXV.

Dem der Hagen, dem ist auch der Graben.

### Anmerkung.

§. 1. Der Hagen bedeutet hier ein Zaun, wor mit jemand seinen Garten umgeben. Es ist auf den Dörfern gewöhnlich, daß man die Gärten mit einem Zaun umgiebet 1). Ja es sind in vielen Ländern die Unterthanen vermöge der Landesgesetze verbunden, lebendige Hecken und Zäune um ihre Gärten anzulegen 2). Es ist auch gewöhnlich, den Zaun mit einem Graben zu umgeben, theils um zu verhindern, daß das Vieh nicht so leicht selbigen beschädigen möge, theils aber auch um desto besser gegen die Gewalt des Wassers zu befestigen, damit selbiges sich an dem Zaun nicht setzen, sondern seinen gehörigen Abfluß haben möge. Da nun die Gärten oftmal nahe an einander liegen, und es leicht geschehen kann, daß, wenn dergleichen um den Garten-Zaun gemachte Gräben verdorben worden und wiederhergestellt werden sollen, unter den Nachbarn, deren Gärten an einander stoßen, ein Streit entsteht, welcher von beiden zur Wiederherstellung des Gartens die Unkosten hergeben soll, so wird durch dieses Sprichwort angezeigt, daß das Eigenthum des Grabens demjenigen zugehöre, welchem der Hagen oder Zaun eigen ist, der mit einem Graben umgeben.

- 1) C. J. Vettinger gründlicher Bericht von den Gräben und Marksteinen, B. 1. c. 13. §. 10. und c. 18. §. 18. D. 4.
- 2) *Fritsch* de jure hortic.

§. 2. Es kann die in diesem Sprüchwort enthaltene Regel auch auf mehrere Fälle angewendet werden. Wenn also z. E. es mit dem Graben die Beschaffenheit hat, daß von demselben Nuzungen und Vortheile zu erhalten, kommen auch diese demjenigen zu, welchem der Graben gehöret. Es fließet ferner daraus, daß, wo ein gemeinschaftlicher Zaun sich befindet, auch das Eigenthum des darum gezogenen Grabens gemeinschaftlich sey, und daher beide Nachbarn sowol zu der Wiederherstellung der verwüsteten Hecke, als auch die zu der Ausbesserung des Grabens, erforderlichen Unkosten mit einander tragen müssen.

## XXVI. A.

Dem Zweifler gebühret nichts.

### Anmerkung.

§. 1. Es folgen nunmehr einige Sprüchwörter, welche zu der Erläuterung der Lehre von der Verjährung gehören. Zu den Zeiten des Tacitus ist dieselbe noch eine unbekannte Sache gewesen, allein nach dem eingeführten Eigenthum haben besonders diejenigen Völker, so sich außer Deutschland begaben, dafür zu halten angefangen, daß man auch durch einen vieljährigen Besitz das Eigenthum einer Sache erwerben könne 1). Hierzu wurde eine Zeit von dreißig Jahren erfordert, welche, wie viele dafür halten, bey den alten Deutschen ein *Säculum* ausmachte 2), und man glaubte, daß nach einer solchen Zeit, niemand mehr vorhanden seyn wird, welcher einen rechtmäßigen Anspruch

spruch an die Sache machen könne. Hierinnen kamen die Gesetze der Deutschen mit einander überein, nur wenige Völker, so mit dem römischen Recht frühzeitig bekannt geworden, haben die Grundsätze ihres Rechts von der Verjährung angenommen, so Heineccius an dem angeführten Orte bemerkt. Auch in den mittlern Zeiten ist es bey dieser Zeit geblieben, nur daß die Sachsen noch ein Jahr und einen Tag der Zeit von dreißig Jahren hinzugefüget. Der Verfasser des sächsischen Landrechts saget daher 3): an eigen und Erbe mag sich der Sachs verschweigen bey dreißig Jahren, Jahr und Tag. Hingegen schreibt derselbe von den Schwaben: Des Reichs Schatzkammer und die Schwaben, mögen sich nimmer verschweigen an ihrem angefallenen Erb, dieweil sie es bezeugen mögen. Zum Verständniß dieser Stelle hat man zu bemerken, daß die Verjährung eine Verschweigung, ingleichen Versäumung bey den Deutschen genennet worden.

1) *Riccus* de praescriptione Germanor.

2) *Heineccius* in element. jur. German. T. I. Lib. 11. §. 100. *Riccus* I. C. c. 1. §. 5. — Meine Erinnerungen gegen die im §. vorgetragene Meinung ergeben sich bey der Erklärung des folgenden von mir erst hinzugefügten Spruchworts. D. 5.

3) Lib. I. Art. 29.

§. 2. Es gieng aber doch auch in den mittlern Zeiten in Ansehung der zu einer Verjährung erforderlichen Zeit in Deutschland eine große Veränderung vor. Den Beyfall, welchen das päpstliche und römische Recht erhielten, oder vielmehr die Neubegierde der Deutschen, so desselben Ansehen beförderte, machte, daß die Lehrsätze des ausländischen Rechtes zur Richtschnur, so wie in andern Stücken, also auch in der Lehre von der Verjährung

jährrung, hier und da angenommen worden sind. In den vornehmsten Städten Deutschlands, worinnen die Handlung blühte, wurde gleichermäße eine besondere Art der Verjährrung eingeföhret, so darinnen bestanden ist, daß nach Ausgang eines Jahres und Tages bewegliche, ja an manchen Orten auch unbewegliche Güter 1) demjenigen, welcher dieselben diese Zeit hindurch ruhig besessen, zugeeignet worden. Keine Stadt hat hierinnen die Fälle der Verjährrung umständlicher bestimmt, als das berühmte Lübeck, das Haupt der Hanseatischen Bundesgenossen 2), deren weise Geseze von vielen andern Städten hierinnen angenommen worden 3). In diesen Lübeckischen Recht findet sich auch ein Beispiel von einer weit kürzeren Frist, nach deren Ausgang gewisse Rechte verjähret werden können.

1) *Stürmer* de annali rer. immolib. praescription. germanica et potissimum Norimberg.

2) *Heineccius* de praescriptione annali jur. Lubecens. a jur. communi diversa. *Bencken* de praescriptione germanica annali.

3) *Ins* Lubec. Lib. I. Art. VII. tit. 1.

§. 3. So lange die Deutschen dafür hielten, daß nach 30 Jahren der Besitz einer Sache nicht mehr angefochten werden könne, sondern das Eigenthum derselben völlig erworben werde, erforderten die wenigsten Böcker den guten Glauben, welchen man allezeit nach einem ruhigen Besitz von so vielen Jahren vermuthete 1). Aber die Longobarden sahen darauf 2). Und nach der Aufnahme der ausländischen Rechte wurde derselbe für nothwendig erachtet. Das gegenwärtige Sprüchwort ist erst entstanden, nachdem die Lehre des päpstlichen und römischen Rechts von dem guten Glauben bey der Verjährrung in Deutschland bekannt geworden. Es zeigt, wie der gute Glaube beschaffen seyn

seyn soll, und will so viel sagen, daß derselbe auch durch einen Zweifel umgeworfen werde, und daß derjenige, so bisher eine Sache besessen, aber nunmehr in derselben rechtmäßigen Besitze zu zweifeln anfängt, nicht mehr als einwürdiger Besitzer anzusehen sey, weil nunmehr erst für allen Dingen auszumachen ist, in wie ferne der Besitz für rechtmäßig zu achten sey, oder nicht, indem derjenige unmöglich für den wahren Eigenthümer einer Sache gehalten werden kann, welcher zweifelt, ob er es auch sey.

1) *Thomasius* in not. ad Inst. p. 161.

2) *L. Longob. lib. II. Tit. 35. l. 9. Si quis possederit qualemcunque rem per chartam falsam, nunc ipsi neque XXX. annorum possessio tutum facit, sed res quam ita mala fide possedit, restituenda domino.*

§. 4. Nachdem heut zu Tage in der Lehre von der Verjährung, mehr das päpstliche und römische Recht, wenn man von einigen besondern deutschen Land- und Stadtgesetzen abgeht, welche die alte Verjährungszeit noch beybehalten haben, zum Grunde gesetzt wird, so ist auch dieses Sprüchwort von guten Nutzen, und es kann auch derjenige nicht das Eigenthum einer Sache durch die Verjährung erwerben, welcher noch im Zweifel steht, ob er auch die Sache mit guten Glauben besitzt 1). Wiewol, da das römische und päpstliche Recht in der Lehre von dem guten Glauben nicht mit einander übereinkommen, so kann nach jenem ein nachher entstandener Zweifel dem Besitzer wenig schaden. Wenn man aber nach dem päpstlichen Recht urtheilen soll, dessen Lehre von einigen für billiger gehalten wird, ob schon die von dem Papst angegebene Ursache unrichtig ist 2), so schadet auch der nachhero entstandene Zweifel der Verjährung.

1) *Riccus* l. c. cap. V.

2) *C. ult. X. de praescript.*

XXVI. B.

Es ist schon über Jahr und Tag. (d. §.)

Anmerkung.

§. 1. Die Hypothese, daß bey den alten Teutschen die dreißigjährige Verjährung anfänglich nur üblich gewesen sey, welche auch der Verf. wie aus der Erläuterung des vorhergehenden Sprüchwortes erhellet, mit Riccius, Gundling 1) u. m. a. annimmt, ist von andern Gelehrten mit guten Gründen bestritten worden. Diese Meinung gründet sich erstlich auf eine Stelle des ältern Plinius, nach welcher bey den Teutschen ein Sæculum dreißig Jahre gedauert haben soll 2), und zweptens auf verschiedene Stellen aus den Gesetzen der Longobarden 3), Westgothen 4), den Verordnungen Chiliberts 5), und anderer Fränkischer Könige 6). Allein die Stelle aus dem Plinius läßt noch auf keine Verjährungszeit schließen, und was die angeführten Gesetzstellen betrifft, so ist man in denselben in Bestimmung der Verjährungszeit wahrscheinlich dem Römischen Rechte gefolgt, aus welchem man mehrers aufgenommen hat. Weit mehr hat die Meinung für sich, daß die Teutschen anfänglich nur die einjährige Verjährung kannten. Die Benennung: Verjährung; giebt schon dafür einen Beweis. Wenn gleich Cäsar und Tacitus nichts ausdrücklich davon sagen, so bezeugen doch beide 7), daß die Teutschen jährlich ihre Wohnsitze verändert haben, woraus mit vieler Wahrscheinlichkeit zu schließen ist, daß man bey ihnen den Grundsatz, nicht länger als ein Jahr die Rechte seines Eigenthums zu verfolgen, sehr natürlich finden mußte. Das Galische Gesetz 8) erwähnt der einjährigen Verjährung ausdrücklich, indem dieses weit weniger die teutschen Gewohnheitsrechte mit dem Römischen

Rech:

Rechte vermischt hat, als in den Gesetzen der Longobarden und Westgothen geschehen ist 9). Auch darin liegt für den einheimischen Ursprung der einjährigen Verjährung ein Beweis, daß, als man die dreißigjährige Verjährung nach und nach anzunehmen anfang, man selbiger noch ein Jahr und Tag hinzufügte 10).

1) *Riccus* de praescript. Germ. c. 1. und 2. *Gundling* in *Gundlingian*. P. 26. Obl. 1. §. 18.

2) *Plinii* histor. natural. L. 16. c. 44.

3) L. 2. tit. 35.

4) L. 4. tit. 2.

5) *Beym* Baluz. T. I. S. 17.

6) *Ebendas*. L. VII. S. 1077. T. I. S. 1232. u. a. m.

7) *Caesar* de bello Gall. L. VI. c. 1. *Tacit.* de m. G. c. 26.

8) tit. 43. §. 2.

9) *S. Biener* comment. de orig. LL. Germanic. T. 1. S. 30. ff.

10) *S. Walch* vom Nöhrrecht, Hauptst. 5. §. 11. nebst den Noten; und *Westphals* teutsches und reichsständisches Privatr. Th. 2. S. 288 ff.

§. 2. Unser Sprüchwort erwähnt, außer dem Jahre, auch eines Tages. Das Salische Gesetz am angezeigten Ort, weiß von letztern noch nichts. Erst in der Folge scheint man es für billig gehalten zu haben, dem Jahre noch diese Frist beizufügen. Das Wort Tag hatte im Mittelalter außer seiner gewöhnlichen, auch noch die besondere Bedeutung, daß man darunter die Frist verstand, welche einem Beklagten zur Bernehmung auf die wider ihn angestellte Klage eingeräumt wurde. Es wird daher in den deutschen Gesetzen, welche von der Verjährung binnen Jahr und Tag handeln, unter Tag nicht immer einerley Zeitraum verstanden. In einigen versteht man darunter eine Zeit von vier und zwanzig Stunden 1), in andern aber

aber eine längere und zwar meistens von 6 Wochen 3 Tagen. Letzteres hat seinen Grund in der alten Gerichtsverfassung. Bey den meisten Gerichten enthielt eine Ladung eine Frist von 14 Nächten 2), welche dreymal wiederholt ward, ehe sie gegen den ungehorsamen Theil für peremptorisch gehalten wurde 3). Jeder Ladung ward außerdem noch ein Tag, wo der Beklagte im Gerichte erscheinen mußte, zugerechnet, welches denn zusammen 42 und 3 Tage ausmachte. Nach verschiedenen Gesetzen fallen indeß die 3 Tage weg 4).

1) *Mevius* ad I. Lubecense, L. 1. t. VIII. art. 1. nr. 16; *Walch* am a. O. §. 13.

2) *Sachsenspiegel* B. 1. Art. 2. und 67.

3) *Sachsensp.* B. 3. Art. 5. *Sächsisches Reichsb.* Art. 75. und 86.

4) Beispiele, s. bey *Riccus* am a. O. esp. 12.

§. 3. Der Gebrauch des Sprichwortes: es ist schon über Jahr und Tag; ist durch die fremden Rechte nicht gänzlich verdrängt, und in vielen Statuten, besonders der Handelsstädte, findet man denselben bestätigt 1). — Unterweilen kommt in Verträgen und Contracten vor, daß sich die Contrahenten zu diesem oder jenem binnen Jahr und Tag verbindlich machen. Wenn Contracte dieser Art an Orten geschlossen sind, wo man bey der Verjährung binnen Jahr und Tag den Tag zu 6 Wochen und 3 Tagen rechnet, so kann die Frage entstehen, ob der im Contract erwähnte Tag eine Zeit von 24 Stunden, oder von 6 Wochen 3 Tagen anzeigen soll? Zuerst hat man hierbey wol auf den Inhalt des Contractes selbst zu sehen, ob aus diesem nicht etwa abzunehmen stehet, was unter dem Tage zu verstehen sey. Ist dieses aber nicht, so muß vermutet werden, daß die Contrahenten von den gemeinen Sprachgebrauch nicht haben abweichen wollen, und unter



unter dem Tage einen Zeitraum von 24 Stunden ver-  
stehen 2).

1) Kunde Grundsätze des allg. deutsch. Privatr. §. 270.  
Walch am a. O.

2) *Manzel selecta Iuridica* Rostoch. P. 1. S. 159. ff.

## XXVII.

### Ein Jahr böse, hundert Jahr böse.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort ist erst nach der Einführung des päpstlichen Rechts bekannt worden. Denn die Deutschen hielten dafür, daß nach einem beständigen und ruhigen Besitz von dreißig Jahren der gute Glaube schon genug erwiesen sey. Nach dem päpstlichen Recht wird aber gelehret, daß ohne denselben ein ununterbrochener und über das Alter eines Menschen steigender Besitz zu der Erlangung des Eigenthums nichts befrage 1). Denn so bald der Mensch überzeugt wird, daß seine Erlangung des fremden Gutes oder des Nächsten Sache den Gesetzen nicht gemäß ist, so weiß er auch, daß er solches mit Unrecht besizet, weil der gerechte Besitz, außer der gehörigen Zeit auch den guten Glauben zum voraus sezet. Die Rechtslehrer sind aber unter einander in der Beschreibung des guten Glaubens nicht einig. Einige nennen denselben die innere Ueberzeugung des Gewissens, daß derjenige, von welchem wir das Eigenthum einer Sache erhalten, selbst der wahre Eigenthümer davon gewesen sey 2). Allein dieses heißt dem Menschen zu viel aufbürden, wenn man in allen und jeden Fällen diese Ueberzeugung von ihm verlangen wollte. Andere sagen daher, daß derselbe in einer Unwissenheit, daß die Sache, so ich besize, jemand zugehöre, bestehe, und diese letztere Be-

Beschreibung kommt mit den Gesetzen und der Billigkeit mehr überein 3).

1) C. ult. X. de praescript.

2) Voetius ad ff. tit. de usurpat. §. 6.

3) Leyser Sp. 455. m. 1. Thomaeus de fide juridica cap. I. §. 6. cap. 2. §. 2.

§. 2. Es lassen sich gegen dieses Spruchwort verschiedene Einwürfe machen. Man kann zugeben, daß ein hundertjähriger Besitz von keiner Wirkung seyn könne, wenn der gute Glaube offenbar fehlet, aber dieses ist doch auch allemal gewiß, daß ein hundertjähriger Besitz dem gegenwärtigen Besitzer allemal zu staten kommt, und die Vermuthung hervorbringt, daß die Sache vormals rechtmäßig erworben worden, welche Vermuthung, so lange das Gegentheil nicht erwiesen ist, gelten muß 1). Die Deutschen haben allezeit dafür gehalten, daß dasjenige, was einer über Menschen Gedanken besessen, sein bleiben soll, und dieses ist in den Reichsgesetzen gegründet 2). Es ist ferner bekannt, daß selbst das päpstliche Recht 3) den guten Glauben nur alsdann erfordert, wenn jemand eine fremde Sache durch die Verjährung an sich zu bringen sucht, hingegen derselbe nicht nöthig ist, wenn man wegen einer Forderung in Anspruch genommen wird, bey welcher die Klage an eine gewisse Zeit gebunden ist 4). Ein gleiches ist auch von den peinlichen Klagen anzuführen 5).

1) Leyser l. c. m. 11.

2) A. B. tit. VIII. §. 1. 4. tit. IX. §. 2. tit. XXVIII. §. 5. R. L. de 1548. §. 56-59. de 1576. §. 100. L. P. W. Art. XV. §. 1.

3) C. 20. X. de praescript.

4) de Bode de praescriptione ex solo temporis lapsu procedente.

5) Engau von der Verjährung in peinlichen Fällen.

Wien: Geyssler.

Q

XXVIII.

## XXVIII.

**Jahr und Tag ist die rechte Gewähr.****Anmerkung.**

§. 1. Dieses Sprüchwort ist aus dem sächsischen Landrecht genommen 1), und handelt von der Gewährleistung verkaufter beweglicher Güter. Der Verstand ist dieser, daß derjenige, so Jahr und Tag eine solche bewegliche Sache besessen, das Eigenthum davon erwerbe, und daher der Verkäufer, nachdem diese Zeit verflossen, nicht weiter mehr, die Gewähr zu leisten schuldig sey. Jahr und Tag machen aber nach dem sächsischen Recht eine Zeit von einem Jahr und sechs Wochen aus, wozu nachhero noch drey Tage hinzugesetzt worden 1). Das Wort Gewähr bedeutet erstlich, den Besitz einer Sache, für das andere die Gewährleistung, so der Verkäufer übernehmen, und drittens den gerichtlichen Vorstand, so der Beklagte von dem Kläger der Unkosten und Wiederklage halber zu verlangen pfleget 2). Es wird aber zum voraus gesetzt, daß jemand die Sache mit gutem Glauben besitze.

1) *Besold* in thesaur. pract. voc. Jahr und Tag. S. Sachsenspiegel B. 1. Art. 28. B. 2. Art. 31. und 34. Dieses Sprüchwort dient ebenfalls zum Beweise dessen, was zur Erläuterung des Sprüchworts Nr. XXVI. B. §. 1. angeführt worden ist. d. 5.

2) *Webner* voc. Gewähr.

§. 2. Es ist aber dieses Sprüchwort nur allein von Sachen zu verstehen, und findet auch in Ansehung der unbeweglichen Güter keine Statt, weil derselben Eigenthum erst nach einem Besitz von 31 Jahren 6 und 3 Tagen erworben wird 1).

- 1) *S. Sachsenspiegel B. 1. Art. 29: „An eigen und „Erb mag sich der Sachs verschweigen bey dreyßig Jaha- „ren und Jahr und Tag, und eher nicht.“ Diese Verjährungszeit entstand bloß aus einer Vermischung der teutschen Verjährung mit der fremden. I. G. Bauer de Saxonica rei immobilis praescript. in dessen opusc. T. 1. S. 308. D. 5.*

## XXIX.

**Es übergiebt sich niemand leicht.**

### Anmerkung.

§. 1. Das gegenwärtige Sprichwort, gehöret zu der Lehre von der Schenkung, und der Verstand ist dieser, daß eine Schenkung niemals vermuthet werde. Man rühmte an den alten Deutschen ihre große Freygebigkeit, daß sie gerne von dem ihrigen etwas verschenkten, aber sich auch gerne wieder beschenken ließen 1); und es ist zu vermuthen, daß in den damaligen Zeiten, welche Tacitus beschrieben, die Schenkungen mehr aus einem guten Herzen gekommen, als aus Nebenabsichten geschehen. Es ist so gar eine Pflicht gewesen, jährlich und zu gewissen Zeiten eine Schenkung zu thun, wohin diejenigen zu nehmen so ein jeder Fürst empfing 2), und die aus Liebe gegen den Obern geschah. Die alten Gesetze, so von den Schenkungen handeln, befehlen uns, daß man mit der Zeit bey denselben gewisse Feyerlichkeiten erfordert, damit sie nicht widerrufen werden möchten. Nach diesen mußten die Schenkungen gerichtlich und in Gegenwart einiger Zeugen geschehen, oder ein Schenkungsbrief darüber ausgefertigt werden. Man sah darauf, daß derjenige, welcher von den feinsigen etwas verschenken wollte, die freye Verwaltung seiner Güter hatte, und die Schenkung nicht durch Zwang und Gewalt

welt: erpreßet worden 2). Eine unter Lebendigen geschehene Schenkung hatte die Kraft, daß sie nicht widerrufen werden konnte, als nur in dem Fall einer erwiesenen Undankbarkeit oder groben Beleidigung 4). Durch die Schenkungen haben nach der Zeit, als die Deutschen das Christenthum angenommen, die Kirchen so viele Reichthümer und Güter erhalten, welche die Sterbenden vor ihrem Ableben, und gemeiniglich für die Ruhe ihrer Seele nach dem Tod, für die baldige Erlösung aus dem Fegfeuer und aus andern guten Absichten errichteten, ja man unterließ nicht, gemeiniglich einen Fluch dergleichen Schenkungsbriefen anzuhängen, welcher diejenigen treffen sollte, so sich erkühnen würden, die geschenkte Sache der Kirche zu entziehen 5). In den mittlern Zeiten beobachtete man ebenfalls alle diese vorhin angeführte Feyerlichkeiten, und es wurde denselben noch hinzugefügt, daß von unbeweglichen Gütern, ohne der Erben Erlaubniß, niemand etwas verschenken konnte, und die Schenkung bei gesunden Selbe geschehen mußte 6). Auch die Schenkung aller Güter konnte geschehen, wenn nur der Unterhalt auf Lebenszeit ausbedungen worden war. Die Westgothen erlaubten nicht, daß eine solche Schenkung widerrufen werden könnte, wenn die Uebergabe auf dieselbe einmal erfolgt 7).

1) Tacitus de M. G. cap. 21.

2) Id. de M. G. cap. 15.

3) Lex Wisigoth. Lib. V. Tit. II. §. 6. et Tit. XI. §. 1.

4) E. Burgund. addition. Tit. 43. et 61. L. Bajuvarior.

5) Tit. XV. cap. 11. §. 2. L. Longobard. Lib. II. Tit. XV.

6) L. Longob. Lib. II. Tit. XIV. §. 24.

7) Prodom. Chronic. Gottwicenf. Lib. II. cap. III. §. 17.

cap. IV. §. 4. cap. 5. §. 12.

8) I. P. S. Lib. I. Art. 52.

9) Wisigoth. Lib. V. Tit. II. §. 6.

§. 2. Ob schon heut zu Tage in der Lehre von den Schenkungen das päpstliche und römische Recht zum Grund gesetzt worden, so sind doch hier und da noch Spuren von den alten deutschen Gesetzen und Verordnungen übrig geblieben. Die Schenkungen unbeweglicher Güter müssen nach dem Lübschen Recht gerichtlich geschehen 1). In verschiedenen Orten erlaubt man den Kranken nicht mehr, so wenig durch ein Testament als Schenkung, von dem ihrigen etwas zu vermachen 2), und in Ansehung aller Güter wird in Sachsen erfordert, daß solche gerichtlich geschehen müsse 3). Es ist aber auch, so viel den eigentlichen Verstand von unserm Sprüchwort anbelangt, richtig, daß man eine Schenkung nie vermuthet, und wenige Fälle statt finden, welche eine solche Vermuthung zulassen 4). Es gründet sich aber diese Vermuthung vornemlich auf das römische Recht 5), indem nach demselben allemal dafür gehalten wird, daß der Mensch eher das Seinige zu behalten und zu vermehren suche, als daß derselbe durch eine Schenkung sein Vermögen vermindern sollte. Ein anderer Grund ist auch dieser, daß sowol von Seiten des Schenkers als auch des Beschenkten, eine deutliche Erklärung vorher gehen müsse, wenn die Schenkung für gültig angesehen werden soll. So wie es aber in den Rechten viele Regeln giebt, gegen welche eine Ausnahme statt findet, so ist es auch mit diesem Sprüchwort beschaffen, und der sel. Hofrath von Leyser 6) führet einen solchen Fall an, der von demjenigen, in welchen sonst wol die Vermuthung für die Schenkung angenommen wird, unterschieden ist.

1) Inq. Lub. Lib. I. tit. 1. Art. 2. S. auch die frankenhäussischen Statuten art. 44. in Walch's Beyträgen zum teutsch. Recht, Th. 1. S. 286. Jedoch machen diese bey den Schenkungen an fromme Stiftungen eine Ausnahme. D. S.

2) Hei-

- 2) *Heineccius de testamentifaction. jur. german. ser-*  
*vis limitib. passim circumscript. Crollis diff. corpo-*  
*ris integri robusti et proceri privilegium.* — In mehr  
 als einer Rücksicht bleibt die Verordnung in den Geset-  
 zen des R. Rotharis merkwürdig, wo es im l. 176.  
 (bey Georgisch S. 973.) heißt: „Si quis leprosus  
 „fuerit effectus, cognitum fuerit Iudici vel populo,  
 „quia certa sit rei veritas, et expulsus sit a civitate,  
 „vel a casa sua, ita ut solus inhabitet, non sit illi li-  
 „centia res suas alienare, aut *thingare* cuilibet perso-  
 „nae. Quia in eodem die, quando a domo expulsus  
 „est; tanquam mortuus habetur. „ *Thingare* heißt  
 in dieser Stelle so viel, als jemanden gerichtlich etwas  
 überlassen, schenken. Ohne Zweifel kommt dieser Aus-  
 druck von dem deutschen Worte: Ding, d. i. iudicium  
 her. S. *Eccard ad leg. Salic. tit. 47. c. 1* D. 5.  
 3) *Moller ad Part III. Const. Aug. l. n. 7.*  
 4) L. 34. D. de negot. gest. *Mevius P. 8. d. 194.*  
 5) L. 25. pr. D. de probationib.  
 6) Sp. 325. m. 6.

## XXX.

Wider Willen kann man einem wohl was  
 nehmen, aber nicht geben.

## Anmerkung.

§. 1. Bey den Schenkungen wird vornemlich  
 erfordert, daß die zum Geschenke angebotene Sache  
 auch angenommen werde. Denn wenn jemand das  
 Eigenthum seiner Güter auch durch eine Schenkung  
 dem andern übertragen will, so muß man auch wissen,  
 ob der andere die Sache haben will, damit das Eigens-  
 thum der Sache in Gewißheit gesetzt werde, und künf-  
 tig kein Zweifel darüber erhoben werden möchte. Es  
 ist bekannt, daß die Schenkungen unter Lebendigen,  
 einige Fälle ausgenommen, unwiderruflich sind. Sol-  
 ten sie aber diese Eigenschaft erlangen, so muß die  
 Schenkung

Schenkung vorhero auch angenommen worden seyn, indem von selbst folgt, daß alsdann der Schenker sein Wort allemal zurücknehmen kann, so lange die Erklärung von Seiten des andern noch nicht erfolgt. Die Nothwendigkeit der Annahme des angetragenen Geschenks wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, und damit gelehret, daß niemand wider seinen Willen eine Schenkung aufgetragen werden könne. Eine andere Ursache, welche die Nothwendigkeit der Annahme erweist, ist diese, weil die Schenkung unter Lebendigen auf einem Vertrag beruhet, dieser aber ohne des einen Theils Versprechen und des andern Annahme nicht wohl eingegangen werden kann. Daß diese Annahme der geschenkten Sache, welche nach dem römischen Recht bey den Schenkungen unter Lebendigen von so großer Nothwendigkeit gewesen 1), auch bey den Deutschen erfordert worden, ist um so mehr zu glauben, als bereits bey dem vorigen Sprüchwort angeführt worden, daß die Schenkungen vor Gericht und in Gegenwart einiger Zeugen geschehen, und allemal ein feyerlicher Schenkungsbrief darüber ertheilet worden, welches eine vorhergegangene Untersuchung und an die Personen geschehene Fragen vermuthen läßt.

1) L. 55. de Obligat. et Actionib.

§. 2. Es ist bekannt, daß der sel. Canzler von Ludwig in einer besondern Schrift 1) erweisen wollen, daß weder nach dem römischen, päpstlichen noch deutschen Rechten die Annahme der geschenkten Sache erfordert werde, welchen aber der sel. Geheimte Rath Gundling widerleget 2). Und es ist auch in der That die Annahme, welche aber sowol mündlich als auch durch andere Kennzeichen an den Tag gelegt werden muß, vornöthen; daher gegen den heutigen Ge-



Gebrauch dieses Sprüchworts nicht einzumenden ist. Es ist solche auch darum um desto nothwendiger, weil sich dadurch eine Schenkung unter Lebendigen von einer Schenkung auf den Todesfall merklich unterscheidet, und diese letzteren, weil sie mit den in einem letzten Willen gestifteten Vermächtnissen gleiche Rechte haben, auch einem Abwesenden, der von der ganzen Sache gar nichts weiß, gethan werden können.

- 1) de Donatione ejusque barbaro adnexu acceptatione.
- 2) in Gundlingian. P. 19. obs. 2. und 3.

## XXXI.

Einem geschenkten Gaul soll man nicht sehen ins Maul.

## A n m e r k u n g.

§. 1. Es ist bey dem Pferde-Handel eine Gewohnheit, daß man, um das eigentliche Alter zu errathen, selbigem das Maul eröffnet und nach den Zähnen siehet, überhaupt aber die Mängel eines Pferdes aus den Zähnen, Füßen und Augen beurtheilet 1). Es ist aber bekannt, daß die Hauptmängel nach den verschiedenen Landesgesetzen von einander unterschieden sind, und daß der Verkäufer, wenn er nicht überhaupt für alle Mängel einzustehen versprochen hat, nur wegen der in dem Landesgesetz bestimmten Hauptmängel die Gewehrleistung zu leisten schuldig ist 2). Von dieser Gewohnheit ist dieses Sprüchwort hergenommen, dessen eigentlicher Verstand darinnen besteht; daß man eine geschenkte Sache so annehmen müsse, wie sie ist, und wegen derselben anklebenden Fehler keine Gewehrleistung von dem Schenker verlangen könne, wenn auch ein anderer sich dieselbe zueignet. Denn ob schon das Sprüchwort nur von einem geschenkten Gaul allein

allein handelt, so ist doch leicht einzusehen, daß solches von allen geschenkten Sachen zu verstehen sey, indem es in den Rechten gegründet ist, daß die Gewehrleistung der geschenkten Sachen nicht statt habe 3).

1) Winters wohlerfahrner Rechts, cap. 12.

2) *Masrou* de redhibitione equor.

3) L. 2. C. de eviction.

§. 2. Es gilt dieses Sprüchwort auch von solchen Dingen, die jemand in seinem letzten Willen einem andern als ein Vermächtniß hinterlassen hat, wenn dieselben, ohne des Erben Versehen, verloren gegangen oder sonst beschädiget worden 1). Die Rechtsgelehrten haben aber auch verschiedene Fälle ausgenommen, und halten dafür, daß der Schenker die Gewehrleistung leisten müsse, wenn derselbe aus einem bösen Vorsatz und Arglist, um jemand zu hintergehen, eine Sache verschenkt habe, oder aber es eine solche Schenkung ist, die zur Wiedervergeltung eines geleisteten Dienstes geschehen mußte 2).

1) §. 18. I. de legat.

2) *Lauterbach* in coll. theor. pract. P. VI. p. 157.

*Brunnemann* ad L. 2. C. de eviction.

## XXXII.

Wo einer sein Gut findet, da spricht er es an.

### Anmerkung.

Es gehöret dieses Sprüchwort zu der Lehre von dem Eigenthumsrecht. Dieses giebt dem Menschen die Befugniß, das Seinige wieder hinzunehmen, wo er dasselbe findet. Er wird dahero berechtigt, gegen diejenige Person eine Klage anzustellen, welche die Sache besitzt, ohnerachtet sie durch die dritte Hand dies

dieselbe erhalten, und man niemals das geringste Geschäft mit derselben eingegangen. Dieses ist also der wahre Sinn von dem angeführten Sprüchwort. Es ist kein Zweifel, daß mit dem eingeführten Eigenthum zugleich die aus der Lehre von dem Eigenthum fließende Rechte in Deutschland zugleich eingeführt worden 1). Die Deutschen erlaubten daher einem jeden, sich in seinem Eigenthum, so gut er konnte, zu vertheidigen, welches in den mittlern Zeiten durch die Befehdungen geschehen, denn man glaubte, daß es am besten sey, sich mit bewehrter Hand bey dem Besiz des Seinigen zu schützen, wiewol es auch nicht an Beyspielen fehlt, welche erweisen, daß viele auch oftmals zu der richterlichen Hülfe ihre Zuflucht genommen, und der Richter Verwarnungsbefehle an diejenigen ergehen lassen, so andere in dem ruhigen Besize ihres Eigenthums gestört haben. Jeder war demnach auch berechtigt gewesen, seine Sache hinzunehmen, wo man dieselbe fand, wiewol der Beweis so schwer nicht gewesen war, weil gemeinlich das Eigenthum von einem dem andern gerichtlich aufgetragen wurde 2).

1) *Heineccius* in *element. jur. german.* T. I. L. II. §. 32.

2) Es leidet der Gebrauch dieses Sprüchwortes an dem Orten eine Ausnahme, wo das Sprüchwort gilt: Hand muß Hand wahren; dessen Erklärung in der vierten Abtheilung Nr. 9. folgen wird. *S. Rumpff* *diff. de rei vindicatione ex jure Romano atque Hamburgensi*, Sect. II. §. 25. ff. (Götting. 1764.) D. 4.

XXXIII.

Das Gut folget seinem Herrn.

Anmerkung.

§. 10. Auch dieses Sprüchwort, so aus dem Römischen Rechte genommen ist 1), hat mit dem vorhergehenden einerley Bedeutung, und gehöret zu der Lehre von dem Eigenthumsrechte. Wir wollen nunmehr die Gebräuche anführen, welche man beobachtete, wenn man sich seine Sache wiederum zueignen wollte. Es ist bekannt, daß bey den Römern die Rei vindictio nicht eher angestellt werden konnte, als bis man vorhero ausgemacht hatte, wem von den Klagen das Recht zu flagen, oder die vindiciae zufämen. Daß zu diesem Ende die Römer einer angestellten Gewaltthätigkeit sich bedienten, wovon Sigonius 2) und andere, die Gebräuche beschrieben haben. Diejenigen deutschen Völker, welche frühzeitig mit den römischen Gesetzen bekannt geworden, haben ebenfalls dergleichen Gebräuche unter sich eingeführet, die mit den römischen Vindictiis eine große Aehnlichkeit gehabt haben. Das Alemannische Gesetz verordnet folgendes hiervon 3): Si qua contentio orta fuerit inter duas genealogias de termino terrae eorum et unus dicit: Hic est noster terminus, alius revadit in alium locum et dicit: Hic est noster terminus, ibi praesens sit Comes de plebe illa et ponat signum ubi iste voluerit, et ubi ille alius voluerit terminum, et girent ipsam contentionem. Postquam girata fuerit, veniant in medium, et praesente comite tollant de ipsa terra quod Alemanni *Curffode* (i. e. terra avulsa) dicunt, et ramos de ipsis arboribus infigant in ipsam terram quam tollunt, et illae genealogiae, quae contendunt, levent illam terram praesente comite, et comen-

mendent in sua manu: ille involuat in fanone (i. e. Fahne vexillum judiciale) et ponat sigillum et commendet fidei manu usque et statutum placitum. Tum spondeant inter se pugnam duorum. Quando parati sunt ad pugnam, tunc ponant ipsam terram in medio, et tangerant ipsam cum spatis suis, cum quibus pugnare debent et testificentur Deum creatorem, ut cujus sit justitia, ipsius sit et victoria, et pugnant. Qualis de ipsis vicerit, ipse possideat illam contentionem; et illi alii praesumptiosi, qui proprietatem contradixerunt, duodecim solidos componant. . Gleicherweise steht in dem Lege Bajuvariorum 4): Si autem suum voluerit vindicare illum agrum aut pratum vel exartum, vel unde illa contentio est, taliter vindicet. Iuret cum sex sacramentalibus et dicat: Ego tua opera priora non invasi contra legem, nec cum sex solidis componere debeo, nec exire quia mea opera et labor prior sui est quam tuus. . Tunc dicat ille qui quaerit: Ego habeo testes qui hoc sciunt, quod labores de isto campo semper ego tuli, nemine contradicente exartavi, mundavi, possedi usque hodie, et pater meus reliquit mihi in possessione sua. Ille homo qui hoc testificare voluerit, commarchanus ejus debet esse et debet habere sex solidorum pecuniam et similem agrum. Tunc ille testis juret taliter: Quia ego hoc meis auribus audivi et oculis meis vidi, quod istius hominis priora opera fuerunt in isto agro quam tua et labores fructuum ille tulit. Post sacramentum reddat agrum. Tunc ille defensor, si sperat quod justitia de illo agro suo fuisset et hoc in praesenti populo fiat, ne per invidiam aliquis pereat, dicat ad illum testem: Mendacium jurasti contra me. Sponde mihi pugnam duorum, et manifestet Deus si mendacium an veritatem jurasti contra

a me; et componere debes cum duodecim solidis, et illam terram reddere quam mendaciter abstulisti. Si vicerit ille qui quaerit, componat cum duodecim solidis, et illam terram reddat. Et si illam terram non potuerit donare, donet aliam in proximo quam jactus est de securi saiga valeat. Et si in primo non habet, nec comparare potest, juret secundum pretium agri ut ipsum agrum cum pretio valente nec cum duplo nec cum triplo conquirere potuisset, donet ubi habet, et ipsum agrum quem donaverit, juret quod talia sit qualis suus fuerat.

1) L. III. Tit. IV. Art. 8.

2) De judic. Lib. I. c. 11. *Rechenberg* in dist. vindictas manibus confertis sumendas est L. XII. tab.

3) Tit. 84.

4) Lex Bajuvarior. Tit. 16. C. 1. et 2.

§. 2. Auch der Sachsen 1) und Schwabenspiegel 2), beschreiben umständlich, was man zu beobachten hätte, wenn man sein Eigenthum gerne behaupten wollte. Sie kommen mit einander überein, daß der Richter einen Tag angesetzt, an welchem die streitende Theile in ihr Gewehr sich begeben mußten, daß sie darauf mit einander gestritten, wer die Gewehr behalten sollte. Ob nun schon heut zu Tage solche Gebräuche nicht mehr üblich sind, so ist doch sonst der Gebrauch sowol von dem vorhergehenden als diesem Sprüchwort außer Zweifel gesetzt, und ist dasselbe auch in dem römischen Rechte gegründet 3). Das Lübische Recht, in welchem, wie vorhin schon erinnert worden, dieses Sprüchwort angetroffen wird, sagt hierbey, daß derjenige, welcher wissentlich gestohlen, oder geraubtes Gut als ein Pfand angenommen habe, und deswegen in Anspruch genommen wird, solches mit dem Verlust

lust seines daran habenden Pfandrechts wieder heraus geben soll 4).

- 1) Lib. 2. Art. 31. n. 2.
- 2) Cap. 119. edit. Berger.
- 3) L. 25. D. de obligat. et actionib.
- 4) I. Lub. Lib. III. Tit. IV. Art. 8.

### XXXIV.

## Das Gut löset seinen Herrn.

### Anmerkung.

§. 1. Zu den Rechten des Eigenthums gehöret auch, daß jemand das Seinige nach Gefallen zu veräußern, berechtigt ist. Dieses wird nicht nur durch das gegenwärtige Sprüchwort angezeigt, sondern auch dadurch gelehret, daß derjenige, so mit Schulden beschweret ist, zu derselben Tilgung seine unbeweglichen Güter veräußern, und mit dem daraus gelöseten Geld die Schuld bezahlen könne, auf diese Weise wird von dem verkauften Gut gesagt, daß es seinem Herrn von der Schulden Last losmache. Aber dieses kann auch von dem Gut gesagt werden, ohne daß man solches völlig veräußere. Der Eigenthümer kann seine Gläubiger nach und nach aus den jährlichen Einkünften des Gutes befriedigen, und auf diese Art sich einer der beschwerlichsten Bürden entladen.

§. 2. Daß dieses Sprüchwort nicht, in Ansehung solcher Güter statt habe, worüber jemand nach seinem Gefallen zu schalten keine Befugniß hat, ist leicht zu errathen. Dahero Lehnsgüter, Fideicommiss und andere dergleichen Güter allemal davon ausgenommen bleiben, und so wenig der Schulden wegen als auch anderer Umstände halber anders veräußert werden können,

nen, als mit Bewilligung derjenigen, denen entweder das Ober- oder Miteigenthum daran zusteht 1).

1) Brandt de natur. et indole bonar. avitor. und  
G. L. Boehmeri principia Iur. Feud. §. 259 ff.

D. 6.

## II.

### Von Dienstbarkeiten der Güter.

#### I.

Kein Müller hat Wasser und kein Schäfer  
Weide genug.

#### Anmerkung.

§. 1.  
Die Dienstbarkeiten sind, wie Puffendorf 1) sehr gründlich erwiesen, durch die Nothwendigkeit entstanden. Denn da die Güter der Natur unter die Menschen gar verschiedentlich ausgetheilt worden, und das eine Land an Schätzen oftmals reich ist, woran das andere Mangel leidet, und dieses den Handel hervor gebracht; so ist es auch geschehen, daß diese Menschen, die mit einander in einem Bezirk wohnen, nicht alles mit einander gleich besitzen, was eines jeden Nothwendigkeit, Bequemlichkeit und Nutzen erfordert. Man hat daher sich von einem andern die Freyheit, anhebungen, sich gewisser Rechte bedienen zu dürfen, die dem andern theils zum Nachtheil gereichen, theils aber ihn verbinden, und an der Erreichung eines gewissen Vortheils nicht hinderlich zu seyn. Ich will hier nicht untersuchen, ob die Dienstbarkeiten der Güter bey den alten Deutschen schon bekannt gewesen. In den alten deuts



deutschen Gesetzbüchern trifft man wenig davon an, das Burgundische Gesetz erwähnt einer einzigen 2), und beziehet sich auf das Theodosianische Gesetzbuch. Es ist natürlich, daß die Deutschen in den ältesten Zeiten wenig daran gedacht haben. Viele Dienstbarkeiten sind durch die Bequemlichkeit entstanden, viele hat die mit der Zeit nach der Ergöglichkeit und Vergnügen eingerichtete Lebensart eingeführt, auf welche die Vorwelt, die mehr um das Mögliche sich bemühte, noch nicht sah. Hierbei ist es auch noch zu der Zeit, da der Sachsenspiegel zum Vorschein kam, geblieben, dessen Verfasser wenig von den Dienstbarkeiten der Güter redet. Man nannte die Dienstbarkeiten der Güter auch Gerechtigkeiten, und ist in Deutschland von dem römischen Rechte darinnen abgegangen, daß auch eine Dienstbarkeit darinnen bestehen könne, wenn der Besitzer des einen Guts auf dem herrschenden Gute gewisse Handlungen verrichten muß, wie solches die Herrndienste und Zwangsgerechtigkeiten erweisen 3).

1) De iur. Nat. et Gent. Lib. IV. cap. 8. §. 1.

2) Lex Burg. Addit. I. T. 1. §. 7.

3) Titius de servitute faciendi. Gerard de servitutibus in faciendo consistentibus. S. auch Kunde Grundstücke des allg. deutsch. Privatt. §. 274. ff. d. 4.

§. 2. Es betrifft das gegenwärtige Spruchwort eine den Mühlen und Weyden zustehende Gerechtig-  
keit. Das Recht der Mühlen erstreckt sich auf den Lauf des Wassers, daß solcher weder gehemmt noch entzogen werden darf. Das Wasser darf zur Wässerung der Wiesen, oder zum Bleichen, nicht abgetheltet werden, wenn solches zum nothwendigen Gebrauch der Mühlen erfordert wird. Der Müller ist berechtigt seines Nachbarns Mühle zu besichtigen, und die Mängel derselben, die einen Einfluß in die Leistung haben, anzu-

anzuzeigen 1). Mit der Hütungsgerechtigkeit, von welcher dieses Sprüchwort ebenfalls handelt, hat es gleiche Beschaffenheit, daß die Wiese allezeit in gehörigen Stande erhalten werden müsse; damit derjenige, welchem auf derselben die Huthgerechtigkeit gebührt, nicht verletzt werde. Es ist bekannt, wie sehr über die Frage gestritten worden, wie es gehalten werden soll, wenn zu viel Vieh vorhanden und die Weide für beide Heerden nicht hinreichend ist, wer alsdenn dem andern weichen müsse 2). Einige haben dafür gehalten, daß alsdenn nur der Eigenthümer von der Wiese, sein Vieh auf dieselbe zu treiben allein berechtigt sey, andere vermeineten, daß derjenige den Vorrang habe, welchem die Huthgerechtigkeit zukommt 3). Die Juristen kommen darinnen überein, daß beide ihr Vieh, jedoch nach einer gleichen geringeren Anzahl auf die Wiese zu treiben berechtigt sind. Zugleich wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß, wo der Müller über den Mangel des Wassers, und der Schäfer über den Mangel der Weide sich beschweren, ohne denselben bewiesen zu haben, es auf das Urtheil und Ermessen eines Dritten ankomme, weil beide gemeiniglich nie genug haben können. Ob derjenige, welcher seine Mühle verpachtet, dem Pächter den Schaden zu ersetzen schuldig ist, welchen der Mangel des Wassers verursacht, kann man so schlechterdings nicht bejahen, sondern es kommt hier auf die Untersuchung der Umstände an, ob der Mangel dem Verpächter bekannt gewesen oder zufälliger Weise entstanden 5).

1) *Hering de molendinis eorumque jure. Born de eo quod iustum est circa molendina.*

2) Zur Vermeidung aller hierüber entstehenden Irrungen, pflegen sehr häufig zwischen dem Eigenthümer der Wiese und dem Weideberechtigten über die Art und Weise, wie letzterer die Weidagerechtigkeit auszuüben beauftragt zu werden.

Eigent. Sprach.

3

seyt

seyn soll, Verträge (Weiderecesse) geschlossen zu seyn, aus welchen denn vorzüglich die Befugnisse des Weidberechtigten beurtheilt werden müssen. Ueber die Einrichtung solcher Weiderecesse s. *Claproth jurisprudentia heurematic*. T. II. §. 81. ff. d. 5.

- 3) *Lauterbach* in colleg. theoretic. pract. Lib. VII. tit. III. §. 9.
- 4) *Rivinus* de aequali jure dominantis et servientis praedii si pascua non sufficient.
- 5) *Mevius* P. IV. dec. 40.

## II.

Die Wiese gehet in das Heu zu St. Georgen-Tag.

## Anmerkung.

§. 1. Es ist eine bekannte Sache, daß die Huth- und Weiderechtigkeit, nicht immer auf einerley Weise ausgeübet werde, sondern es darauf ankommt, was in dem sogenannten Huthbrief verglichen und ausgemacht worden. So viel hat aber seine Richtigkeit, daß, wenn auch jemand dem andern die Huthgerechtigkeit zugestanden, dennoch zu den geschlossenen Zeiten nicht mehr gehütet werden darf. Man nennet dieses das Heurecht 1), welches darinnen bestehet, daß die Wiese, worauf jemanden die Huthgerechtigkeit zustehet, auf eine Zeitlang von dieser Last befreyet ist, damit der Eigenthümer das Heu erndten kann. Diese Zeit ist nicht aller Orten gleich. An einigen Orten gehet dieselbe den ersten May an, und dauret bis Michaelis, an andern Orten währet selbige bis Jacobi. In Thüringen, wo dieses Sprüchwort seine Geburt erhalten haben mag, nimmt dieselbe von dem St. Georgen-Tag ihren Anfang, und dauret bis

bis Michaelis 2). Aus diesem wird der Verstand dieses Sprüchworts zu errathen seyn.

1) *Besold* in thesaur pract. v. Wiese.

2) *Barth* de jur. pascendi cap. III. §. 3.

§. 2. *Sritsch*, welcher von dem Recht der Wiesen eine besondere Abhandlung geschrieben 1), versichert, daß in **Westphalen**, **Holstein**, in dem **Königreich Ungarn** und **Pohlen** wegen des Ueberflusses an Wiesen, und daher wenig zu besorgenden Heumangels dieses Sprüchwort nicht im Gebrauch sey, und daß man daselbst von geschlossenen Zeiten nichts wisse. Außerdem kann es auch kommen, daß durch einen besondern **Vertrag**, oder durch eine **Dorfordnung** ein anders ausgemacht wird. So kann auch jemand durch eine **Verjährung** das Recht zu geschlossenen Zeiten zu Hüten erlangen. Wer im vorigen Jahrhundert nach dem alten Calender die Huthgerechtigkeit ausgeübt hat, wird auch iho dabey gelassen 2).

1) de jur. prator. membr. II. §. 7.

2) *Crellius* de fructibus pratorum ante tempus pascendi perceptis.

### III.

## Das Holz muß pfleglich gehalten werden.

### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort wird von einer **Gerechtigkeit**, z. B. der **Jagd** oder **Blumenhuth** gehandelt, die jemand in eines andern Walde zustehet. Es enthält eine Lehre für den **Eigenthümer** eines solchen Waldes in sich, und zeigt ihm, worinnen seine **Verbindlichkeit** bestehe, wenn einem andern die **Jagd** gerechtigkeit in seinem Gehölze zukommt. Denn will

er nach Gefallen die Bäume ausrotten, so wird der andere mit der Zeit von der ihm gehörigen Gerechtigkeit keinen Gebrauch mehr machen können. Man nennt dieses einen **Neubru**ch, wenn in einem ganzen Gehölze oder einem großen Theil desselben, die Bäume samt der Wurzel ausgerottet werden <sup>1)</sup>. Das Holz pfleglich halten, bedeutet demnach nichts anders, als nach den Regeln der **Haushaltungskunst** und den **Forstordnungen** gemäß, das Holz nutzen. Es kann die Anwendung von diesem Sprüchwort auch auf denjenigen gemacht werden, welcher die volle Nutzung von einem andern Holz zu genießen hat, weil auch ein solcher dahin zu sehen verbunden ist, daß er mit der Sache dergestalt haushalte, damit der Eigenthümer zu seiner Zeit, sie in einem solchen Zustand wiederum zurückbekomme, daß er noch ferner den gehörigen Nutzen davon haben könne.

- 1) G. Besold unter dem Worte **Neubru**ch in addit. Es pflegt von dergleichen Neubrüchen ein **Neubru**chzehend (Forst, oder **Sto**ck **Gar**be) entrichtet werden zu müssen. Verschiedene Rechtsgelehrten eignen den Forstzehend dem Jagdherrn, andere dem Landesherrn, noch andere der Geistlichkeit zu. Meiner Meinung nach ist bloß auf die **Particulairgesetze** zu sehen, ob 1) überhaupt ein solcher Zehend entrichtet werden muß, und 2) wem solcher gebühret; indem der **Novalk**ehend an und für sich weder als ein **Hoheitsrecht**, noch als ein **ausschließendes Recht** der Geistlichkeit betrachtet werden kann. Was den Jagdherrn aber betrifft, falls dieser nicht zugleich **Eigenthümer** der Forst ist, so kann dieser allerdings, in sofern die ihm zustehende Jagd durch die Ausrodung eines **Holzdistrictes** geschwächt worden ist, dieserhalb vom **Waldherrn** eine **Entschädigung** verlangen, allein, daß diese gerade in einem **Zehenden** bestehen soll, läßt sich aus einem **gemeinen teutschen Rechte** nicht erweisen. ~~Beziehend~~ diese Materie betreffende **particulair** Dispositionen, s. in **Wrendel** - **Tractat**

Tractat vom Zehend: Recht, B. IV. c. 5. Beck  
tract. de jurisdict. forestali, c. 8. §. 1. und besonders  
in Stritters Forst- und Jagdhistorie der Teutschen,  
c. 6. §. 41. und 42. S. 204. ff. D. 3.

§. 2. Nachdem in den mehresten Holz- und Forst-  
ordnungen, den Eigenthümern der Holzungen nicht  
einmal erlaubt ist, nach ihrem Gefallen so viel Holz,  
als sie etwa wollen, schlagen zu lassen, sondern die  
Geseze, um einen künftigen Holzmangel vorzubeugen,  
daß dabei forstmäßig verfahren werde, haben wollen 1),  
so ist an dem Gebrauch dieses Sprüchworts um so we-  
niger zu zweifeln. Die Forstordnungen verlangen,  
daß das Fällen und Schlagen der Bäume ordentlich,  
pflöglich, redlich, treulich und forstmäßig geschehen  
soll, nach diesen aber sind die Unterthanen in ihren  
eigenen Wäldern sich zu richten verbunden. Es gilt  
dieses Sprüchwort auch von einem Lehmann, welcher,  
ob er gleich das nutzbare Eigenthum von dem Lehngute  
hat, diessermwegen die zu demselben gehörige Holzungen  
nicht ausrotten darf 2), daher auch durch Strafbes-  
ehle dergleichen Verheerungen der Wälder, sobald als  
man selbige erfähret, untersaget werde.

1) *Reinhardt* de jur. privator. circa silvas caeduas ad-  
modum restricta.

2) *Stravius* in synagm. jur. feud. Cap. VI. §. 2. n. 2.  
S. Stritters Forst- und Jagdhistor. in den Beylagen  
Lit. N. D. 3.

## IV.

**Was die Egde bestrichen und die Hacke bedeckt,  
Das folget dem Erbe.**

**Anmerkung.**

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort aus dem sächsischen Landrecht genommen, wo es heisset 1): Des Mannes Saat, die er mit seinem Pflug wirket, die ist verdienet, als die Egde darüber gehet, und des Gartens als er geordnet, gesäet und gehacket ist, und es wird damit so viel gesagt, daß die Früchte von den bereits bestellten Aekern den Erben desjenigen zugehören, welcher dieselben zu erheben berechtiget gewesen, aber darüber hin verstorben. Es ist hierbey dasjenige zu wiederholen, was schon vorhin bey der Erklärung des Sprüchworts; Wer säet der mähret, angeführt worden, nemlich, daß die alten Deutschen die Früchte von einem höhern Werth angesehen haben, als das Land oder den Acker, worauf dieselben gewachsen sind. Diesermwegen wurden zur Be-  
setzung der Bestellungskosten, auch die Früchte demjenigen zuerkannt, der diese Kosten getragen hatte, und in so ferne er die Erndte nicht erlebet, wurde selbige seinen Erben hinterlassen. Die Longobarden hatten in ihren Gesetzen verordnet 2): daß, wenn ein Lehmann zwischen dem März und August mit Tode abgegangen, die Landerben die Früchte bekommen sollten, weil alsdenn nicht allein die größte Arbeit gethan gewesen, sondern man auch sagen konnte, daß der verstorbene Vasall den größten Theil des Jahres überlebet habe, indem in Italien das öconomische Jahr vom September angieng und mit dem August sich endigte. Die Sachsen sahen, daß man wegen der ungleichen Beschaffenheit des deutschen Climatis sich nach dieser  
Zeit

Zeit nicht richten konnte, daher glaubten sie, daß die Landerben allemal die Früchte haben müßten, wenn die größte Arbeit einmal gethan ist 3). Die Allemannen haben ebenfalls diesen Grundsatz angenommen, wie man aus dem schwäbischen Landrecht sehen kann 4), wo es heisset: **Des Mannes Saat, die er mit seinem Pflug würbet, ist verdient, als die Lge darüber gehet.**

1) L. II. Art. 58. et Lib. III. Art. 76.

2) II. F. 28. Der Grund dieser Vertheilung des Lehnsfrüchte lag wol nicht darin, daß die Longobarden das ökonomische Jahr mit dem September angefangen hätten, sondern gründete sich wahrscheinlicher in der Gewohnheit der Franken und anderer teutschen Völkerschaften, den Anfang eines Jahres vom Monat März anzurechnen. Ueber die verschiedenen Auslegungen des angeführten Textes aus dem Longobardischen Lehn. S. *Plättmanni* observat. jur. feud. c. 83. D. 5.

3) *Boehmer* de jurib. divers. ex divers. climat. natis §. 21.

4) cap. 3. 4. — Auch in vielen statutarischen Rechten findet sich dieser Grundsatz bestätigt, z. B. in den Statuten der Stadt A. Stadt in Wales Wynndgen zum teutsch. Recht, Th. 5. S. 231. in den Erfurtischen Statuten von 1306. art. 44. Vey ebendens. Th. 1. S. 120. D. 5.

§. 2. Nach diesem Sprüchwort, genießen die Erben, welche den Nießbrauch von eines andern Gute gehabt, annoch die Erndte, nachdem die Bestellung der Felder einmal geschehen. Ein gleiches ist auch in Ansehung der Landerben des letztverstorbenen Vasallen zu sagen, desgleichen hat auch ein Witwer von dem Lande; so ihm von seiner Frauen zum Heyrathsgut eingebracht worden, auf eben diese Weise die Erndte zu erheben, welche man auch den Erben einer Witwen zusignet, wenn nach derselben Absterben das Wittumsgut



gut an den Besitzer der Güter zuwachst. Aber alles dieses ist nur allein von dem sächsischen Rechte zu verstehen. Nach dem Longobardischen Recht bekommen die Lehnsfolger alle Lehende, natürliche und erbaute Früchte, wenn der Besitzer vor dem ersten März gestorben, ist er aber nach dieser Zeit mit Tode abgegangen, so bleiben die Früchte bey den Landerben 1). Das römische Recht betrachtet die Früchte als ein Zubehör des Landes, und eignet selbige demjenigen allemal zu, welchem das Land anheim fällt 2). In den Herzoglich Braunschweigischen Landen ist durch eine besondere Verordnung feste gesetzt worden, wie es mit den Früchten in diesem Fall gehalten werden soll 3).

1) II. F. 28.

2) L. 44. D. de R. V. L. ult. §. 6. D. quae in fraud. creditor.

3) Serenissimi Constitutio de 27. Novembr. 1749. Steht anzugsweise in Fredersdorf's promtuar. der Fürstl. Braunsch. Wolfenbütteleischen Landesord. 2ter B. S. 429. Vom Hessischen giebt Nachricht Trier in diss. de transmissione fructuum feudalium in heredes allodiales, §. 5. D. 4.

## V.

Du heist Urban bist weder gerathen noch verdorben.

### Anmerkung.

§. 1. Auch dieses mit dem vorhergehenden genau zusammenhängende Sprüchwort ist aus dem sächsischen Landrecht hergenommen. Es saget dasselbe 1): Am S. Urbanstag ist Weingarten und Baumgarten zehend verdienet. Wenn dahero diejenigen, so die Nutzung von einem Weinberg gehabt, oder der Lehmann diesen Tag erlebet und nachhero mit Tode abge-

abgehet; so haben sich alsdenn desselben Erben, oder bey den Lehngütern des Vasallen; Erben der Weinlese zu erfreuen. Es will zwar Colerus 2) behaupten, daß in Thüringen darauf gesehen werde, ob der Besitzer die letzte Arbeit oder sogenannte Ruhr überlebet habe, welches sich im Julius erst begiebet, welche Meinung aber Richter widerleget 3), ja es hat der erstere selbst nachhero seinen Irrthum eingesehen 4).

1) Lib. II. Art. 58.

2) de process. execut. P. II. c. 3. n. 303.

3) Decis. 56. n. 5. 6.

4) P. II. dec. 286. n. 106. — Struv Syntag. jur. feud. c. 15. §. 16. nr. 4. und ebendesselben Centur. declaration. quænam res feudales? quænam allodiales? nr. 11. und 12. D. S.

§. 2. Nun ist zwar durch dieses Sprüchwort die Zeit der Weinlese wegen entschieden worden, allein da es mit dem Weinbau die Beschaffenheit hat, daß von St. Urbanstage noch eine gute Zeit hingehet, ehe die Zeit der Weinlese einfällt, und der Weinstock vielen Zufällen binnen derselben unterworfen ist, daß man dahero nicht vorher sagen kann, ob man auch eine reiche und gesegnete Weinlese haben wird; so hat durch dieses Sprüchwort so viel angedeutet werden sollen, daß, obwol die Weinlese, wenn der Besitzer nach St. Urbanstag verstorben, sofort auf desselben Erben versället, es doch noch ungewiß sey, ob ihre Hoffnung zu einer gesegneten Weinlese eintreffen werde.

## VI.

Was nicht eine bestimmte, gemessene, gewidmete Zeit hat, wird allwege auf ewig verstanden.

## Anmerkung.

§. 1. Daß eine Dienstbarkeit jemand auf des andern Gut nur auf eine Zeitlang zugestanden werden könne, ist aus den Rechten bekannt. Ein Beispiel haben wir an dem Nießbrauch, welcher, wenn er nicht auf eine gewisse bestimmte Zeit an jemand gegeben worden, mit dem Tode desjenigen, der denselben gehabt, aufhört. Eben so ist es auch beschaffen, wenn die Person, so denselben jemand verliehen, kein vollkommenes Eigenthum an dem Gute gehabt hat. Wenn daher nach des Vasallen Tod das Lehn an den Lehnsheerrn zurückfällt, so ist es ganz natürlich, daß auch das Gut von der Dienstbarkeit befreiet werde, welche der Vasall während der Zeit, binnen welcher er selbiges besaß, darauf geletet, indem der Lehnsheerr nicht als sein Erbe anzusehen ist, welchen für die Handlungen des vorigen Besitzers einzustehen obliegt 1), es wäre denn, daß das Lehn so lange bey dem Vasallen und desselben Nachkommen geblieben, daß endlich aus Mangel der Nachricht, die darauf hastende Dienstbarkeit durch eine Verjährung erworben worden. Soll aber jemanden nur auf eine gewisse Zeit der Gebrauch von einer Dienstbarkeit überlassen werden, so wird erfordert, daß diese Zeit durch einen Vertrag bestimmt und ausgemacht werde. Ist dieses nicht geschehen, so entsteht die Vermuthung, daß dieselbe auf immerwährend jemand verliehen worden, und dieses ist es, was durch das gegenwärtige Sprüchwort angezeigt werden soll. Diese Vermuthung gründet sich auf das römische Recht, nach welchem unter einer unbestimmten

stimmten Zeit, eine immerwährende manchmal verstanden wird.

1) II. F. 8.

§. 2. **Sertius** 1) und **Pistorius** 2) haben die Anwendung dieses Sprüchworts noch auf andere Fälle gezogen, die aber hieher eigentlich nicht gehören. Was aber jedoch das letztere von der Verleihung eines Erbenzinsgutes anführet, hat seinen völligen Grund, und in wie ferne keine Zeit bestimmt worden, auf wie lange der Erbenzinsmann und desselben Erben solches behalten sollten, allemal dafür zu halten ist, daß selbiges auf immerwährend verliehen worden.

1) *Paroem. jur. Lib. I. par. 93.*

2) *Centur. VIII. n. 75.*

---

### III.

## Von Erbschaften.

---

### I. A.

Wer will wohl und selig sterben, laß sein Gut  
dem rechten Erben.

### Anmerkung.

#### §. 1.

In diesem schönen Sprüchwort ist eine der trefflichsten Lehren enthalten, mit welcher es so beschaffen ist, daß, wenn die Menschen mehr daran gedächten, unzählige Streitigkeiten vermieden werden würden. Es ist meine Absicht nicht, den Gebrauch der Testamente zu verwerfen, eine Bemühung, die unnöthig und unnütz.

nützlich seyn würde, wenn man gegen denselben etwas anführen wollte; allein dieses bleibt doch allemal gewiß, daß die natürliche Erbfolge vieles vor derjenigen zum voraus hat, welche sich auf einen letzten Willen gründet, zumalen wenn dieser zum Nachtheil der rechten Erben errichtet worden. Es werden in dem gegenwärtigen Sprüchwort die Testamente nicht verworfen, sondern nur das Vorzügliche der rechtmäßigen und natürlichen Erbfolge, die so lange den Deutschen, nebst der Erbfolge, durch einen Vertrag allein bekannt gewesen, gezeigt. Man hat dadurch anzeigen wollen, daß es wider die Natur gehandelt heisset, wenn man seinem Bruder oder Schwester einem Fremden vorziehet, daß es dem Verstorbenen selbst zur Ehre gereiche, wenn nach seinem Tod keine Zänkereien über diese oder jene Clausul des Testaments entstehen, keine unbillig enterbte Personen sich über des Verstorbenen letzten Willen beschweren, und das Angedenken des Verstorbenen verfluchen, keine Geldgierige Rabulisten Verwirrungen unter den Testamentserben stiften, und zu langwierigen Processen durch tausenderley Ränke Anlaß geben.

§. 2. Die alten Deutschen beobachteten nach dem Zeugniß des Tacitus 1), die natürlichste Art der Erbfolge. Man gedachte noch an kein Testament. Die Kinder waren der Eltern nächste Erben, und in deren Ermangelung kam das Vermögen auf die Geschwister und andere nahe Blutsfreunde, so daß allemal der nächste den entfernten ausschloß. Tacitus gedenket zwar der Eltern nicht, allein wer wollte zweifeln, daß dieselben nicht eben sowol als die Brüder, Vater und Mutter Brüder zu der Erbschaft ihrer Kinder zugelassen worden. Vielleicht hat sich nur selten der traurige Fall ereignet, daß Kinder von ihren Eltern zu Grabe begleitet worden, und daß daher der

rdm

römische Schriftsteller es nicht der Mühe werth geachtet, desselben zu gedenken 2). Genug, unsere Vorfahren sind vollkommen überzeugt gewesen, daß denen nächsten Anverwandten des Verstorbenen Erbschaft für allen andern gehöre. Aus diesem Grunde sind alle deutsche Völker darinnen mit einander überein gekommen, daß die väterliche Erbschaft den Kindern nicht entzogen werden könne, weil diese das Gesetz der Natur, so bald sie das Licht der Welt erblicket, schon zum voraus zu Erben ihrer Eltern bestimmt hat, nur trifft man hier und da einen Unterschied darinnen an, daß in Aufsehung der unbeweglichen Güter bey einigen die Töchter mit den Söhnen zugleich, bey andern aber nur in Ermangelung derselben zu der Erbfolge gelassen worden sind. Der Grund von diesem Unterschied ist in der Beschaffenheit der damaligen Zeiten zu suchen, und von den Kriegesdiensten herzuleiten. Denn da die Söhne zu diesen verbunden gewesen waren, so mußte wegen des dazu gehörigen Aufwandes gesorget werden, damit es an keinem Mittel fehlen möchte, die Unkosten zu bestreiten 3). Daß aber dieses nicht bey allen deutschen Völkern so gewesen, lehren die Gesetze verschiedener Völker. Die Westgothen, die frühzeitig mit den römischen Gesetzen bekannt geworden, machten keinen Unterschied zwischen den Söhnen und Töchtern 4). Eben dieses liest man auch von den Ostgothen, bey welchen sogar die Prinzessinnen Königreiche erben, wie das Beyspiel der Amalasuntha der Prinzessin des Königes Theodorich bezeuget 5).

1) de M. G. c. 20. Heredes successorisque sui cuique liberi: nullum testamentum, si liberi non sunt, proximus gradus in successione fratres, . . . parvi, avunculi.

2) Gebauer de jure success. apud veteres Germanos ad Tacit. de m. G. c. 20. in dessen vestigiis jur. germ. anti-

antiquiss. nr. 73. getrauet sich nicht zu behaupten, daß bey den Deutschen zu Tacitus Zeiten die Eltern von der Erbfolge in das Vermögen ihrer Kinder durch die Seitenverwandten wären ausgeschlossen worden, indem theils Tacitus der Eltern, wo er von der Erbfolge handelt, gar nicht gedenkt, theils daß gesetzliche Erbfolge überhaupt ganz etwas willkührliches ist. Doch gleich bey dem folgenden von mir hinzugefügten Sprüche werde ich mehr über diese Materie reden.

d. 4.

- 3) L. B. de *Senckenberg* de succession. filiar. in regn. et principat.
- 4) L. Wisigoth. Lib. IV. Tit. 2. §. 9.
- 5) *Procopius* de bell. Goth. Lib. I.

§ 3. Von der Erbfolge der Eltern findet man in verschiedenen der ältesten Gesetzbüchern der Deutschen die deutlichsten Zeugnisse, hingegen ist in den Longobardischen und Sächsischen Gesetzen davon nichts befindlich. Das Alemannische Gesetz gedenket derselben auf eine besondere Art 2). Es heisset, daß nach Absterben der Mutter, und wenn das gebohrne Kind bald darauf gestorben, die dem Kind anheimgefallene mütterliche Erbschaft derselben zu Theil werden soll. In den mittlern Zeiten findet man ganz deutlich, daß die Eltern ihrer verstorbenen Kinder Erben geworden. Das schwäbische und sächsische Landrecht kommen darinnen überein 3), außer daß in einigen Punkten das letztere von dem ersteren abgeheth. Es ist bekannt, daß man in Sachsen diese Erbfolge den **Schoßfall** nennet, wovon bald ein mehreres.

- 1) Lex Wisigoth. Lib. III. Tit. II. §. 2. L. Salica Tit. LXII. §. 1. L. Ripuar. Tit. LVI. §. 1.
- 2) L. Alemann. Tit. XCII.
- 3) L. P. Suv. cap. 260. L. P. Sax. Lib. I. Art. 17.

§. 4. Von der Erbfolge der Seitenverwandten ist schon oben aus dem Tacitus angeführt worden, wie es damit beschaffen gewesen. In den unten angeführten Stellen aus verschiedenen alten deutschen Gesetzen, findet man dieselbe umständlich beschrieben 1). Es wird bey Erklärung der folgenden Sprüchwörter von derselben hier und da mit mehreren gehandelt worden. Indessen ist man von dieser Art der Erbfolge, besonders so viel den Unterschied zwischen den Söhnen und Töchtern anbelangt, abgegangen, nachdem das Justinianische Gesetzbuch in Deutschland ein Ansehen erhalten. Die in der 118ten Novelle enthaltene Verordnung des Kaisers Justinians von der Erbfolge, ist durchgehends als das billigste Gesetz bewundert worden. Und so wie man in Deutschland gegen das Neue ohnedem mit einem Vorurtheil eingenommen ist, so kam auch dieses Vorurtheil denen aus einem adelichen Geschlechte entsprossenen Töchtern zu statten. Kurz man hielt die Ausschließung derselben für ein barbarisches Recht, man verdammete es, ohne davon den wahren Grund einzusehen, und nur die Folgen haben die Eiferer für das Fremde überzeugen müssen, daß man geirret habe. Verschiedene deutsche Völker sind bey der Ordnung und Weise ihrer Vorfahren geblieben, und der Adel hat bald eingesehen, daß die Billigkeit dieser Novelle seinen Glor und Erhaltung am meisten entgegen stehe.

1) L. Wisigoth. Lib. IV. Tit. II §. 5. L. Burgund. Tit. XIV. §. 2. L. Salic. Tit. LXII. §. 2. LL. Angilor. et Werinor. Tit. VI. §. 2. L. Longob. Lib. II. Tit. XIV. §. 1. 22. 24.



## I. B.

**Es stirbt kein Gut zurück, sondern vorwärts.**  
(d. H.)

## Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort ist aus dem **Rehdinger Landrechte** Tit. 16. 1) genommen, wo es heißt: „Hier  
„saget das alte **Rehdinger Landrecht**: **Es stirbt kein**  
„**Gut zurück, sondern vorwärts**, darum wenn  
„**Kindern oder Kindeskindern** verstorben, und ihr **Va-**  
„**ter und Mutter** in **Leben** wären, haben dieselben ih-  
„**ren Nachlaß** nicht erben können, sondern ist in **linea**  
„**collaterali** in der **Seitenlinie** auf die nächsten **Bluts-**  
„**freunde** vererbet. Solcher Gebrauch ist ebenmäßig  
„abgeschafft und einhellig bewilliget, daß nach beschrie-  
„benen kaiserlichen Rechten verfahren werden solle.“  
Der Grundsatz, daß die Eltern bey der Erbfolge von  
der Seitenlinie ausgeschlossen werden sollen, scheint  
dem alten deutschen Rechte sehr gemäß gewesen zu seyn.  
Schon bey dem vorhergehenden Sprüchworde ist bemerkt  
worden, daß **Tacitus** bey der Materie von der Erbs-  
folge die Eltern mit **Stillschweigen** übergeht. In den  
Gesetzen der **Burgundier** 2) findet man gleichfalls  
über das Erbrecht der Eltern nichts gesagt, sondern es  
heißt darin: „**Si forte defunctus ne filium nec filiam**  
„**reliquerit, ad sorores vel propinquos parentes he-**  
„**reditas redeat.**“ Aus den Gesetzen der **Sachsen** 3)  
läßt sich auch auf eine Ausschließung der Eltern von  
der Erbfolge in die Nachlassenschaft ihrer Kinder  
schließen. Von allen deutschen Völkern kann man freys-  
lich ein gleiches nicht behaupten, indem z. B. in den  
Gesetzen der **Sakier** 4) und **Ripuarier** 5) nicht nur aus-  
drücklich der Eltern gedacht, sondern ihnen sogar der  
Vorzug vor den Geschwistern des Erblassers eingeräumt  
wird.

wird. Vielleicht folgte man in diesen Gesetzen dem Römischen Rechte, da jenen Nationen das Theodosische Gesetzbuch nicht unbekannt war. Zwar wird selbst im Theodosischen Gesetzbuche den Eltern kein ausschließendes Erbrecht vor den Geschwistern zugestanden 6), allein wie häufig findet man nicht Römisches Recht in den Gesetzsammlungen der teutschen Nationen willkürlich modificirt. Vielleicht auch, und dies scheint mir noch wahrscheinlicher, waren selbst die teutschen Wohnheitsrechte, in Abicht des elterlichen Erbfolgerechtes nicht übereinstimmend. So viel ist übrigens gewiß, daß sich in einigen teutschen Gegenden bey der Erbfolge der Vorzug der Seitenverwandten vor der aufsteigenden Linie sehr lange erhalten hat, wie z. B. selbiger noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts im Oestreichischen üblich war 7).

1) In Pufendorfs O. I. V. T. I. in app. S. 153.

2) tit. 14. §. 2. bey Georgisch S. 350.

3) tit. 7. §. 2. ebendas. S. 459.

4) tit. 62. §. 1. ebendas. S. 122.

5) tit. 56. §. 1. ebendas. S. 167.

6) Cod. Theod. Lib. V. tit. 1.

7) S. Bedict. Flinsterwalder practic. Observat. ad Consuetud. Archiducatus Austriae L. II. obs. 119.

§. 2. Selbst gegenwärtig kann man diesem Sprüche Worte nicht allen practischen Gebrauch absprechen. Nach dem Lübischen Rechte werden die Eltern von der Erbfolge in das Vermögen ihrer Kinder sowol durch die abgesonderten als unabgesonderten Geschwister des Verstorbenen ausgeschlossen 1). Eben dieses findet man auch im Hamburgischen Stadtrecht 2) und mehreren anderen Particulairgesetzen verordnet, welche der Geh. Justiz. Walch 3) mit vieler Sorgfalt gesammelt hat. Ferner sind bey der Erbfolge in die Lehen, sowol

Eltern. Sprachs. nach

nach den teutischen als den longobardischen Lehngesetzen die Hfrendenten der Regel nach von der Erbfolge ausgeschlossen 4). Auch bey der Erbfolge in die Bauergüter findet in vielen Gegenden von Teutschland unser Sprüchwort seine Anwendung, in welchen nach dem Tode des Besitzers des Bauergutes, selbiges, wenn er kinderlos verstorben seyn sollte, nicht auf dessen Eltern zurückfällt, sondern auf die Seitenverwandten übergeht 5).

1) Römisch. N. D. 2. Tit. 2. Art. 1. und 7.

2) R. II. Tit. 3. Art. 2.

3) in diss. de principiis juris Germanici in success. feudali, §. 3. In dessen Opusc. T II. S. 186. ff.

4) Sächsisch. Lehn. Cap. 6. in Senkenbergs C I. F. (S. 181.) und Cap. 21. (S. 186.) Schwäbisch Lehn. Cap. 44. (S. 46.) Auct. Vet. de benef. Cap. 1. §. 24. (S. 161.) II. F. 50.

5) S. *Carstens* de success. villicali in ducatu Luneburgico §. 128 - 135. und §. 156. de *Selchow* de differentiis praedior. rusticor. et feudalium praesertim quoad successionem, §. 13.

## II.

**Es ist nichts liebers als Kindes Kind.**

### Anmerkung.

§. I. Dieses Sprüchwort gründet sich auf eine Erfahrung, von der man eben nicht behaupten kann, daß sie allgemein sey. Man findet gemeinlich, daß die Enkel von ihren Großeltern mehr als von ihren leiblichen Eltern geliebet, aber auch wenn die Großeltern derselben Erziehung über sich nehmen, in vielen Stufen verzärtelt werden, und daß manche Eltern, so sehr sie auch ihren Kindern gewesen waren, doch de-  
mehr Rücksicht mit ihren Enkeln haben. Dieses  
Groß-

Großelterliche Bezeigen hat seinen Grund in der natürlichen Liebe. Ist es ihnen eine wahre Freude, wenn sie an wohlerzogenen Kindern die Früchte ihrer weisen Erziehung sehen, und gleichsam ihr Bildniß in denselben wieder lebendig betrachten, wie viel größer muß die Freude seyn, wenn sie ihren Stamm in viele Nester sich ausbreiten, und das frohe Gemüth der Enkel um sich her sehen, die durch ihre unschuldiges und zärtliches Bezeugen sie ein Glück erleben lassen, welches hundert Ehegatten die wenigsten erleben, und welche ihnen das angenehmste Vergnügen verschaffen, ein Vergnügen, welches sich nicht genug beschreiben läßt, sondern selbst empfunden werden muß.

§. 2. Man hat also durch dieses Sprüchwort nicht nur die natürliche Liebe der Großeltern gegen die Enkel anzeigen, sondern auch damit lehren wollen, daß in dem Falle, wenn die Kinder nicht mehr leben, die Enkel alsdann die nächsten Erben sind, indem ihre Erbrecht sich auf die natürliche Liebe eben so gut als wie das Erbrecht der Kinder gründet. Es war bey den Hebräern schon ein bekanntes Sprüchwort, daß eines des Kinder der Kinder ersten Grads Stelle vertreten 2), und von dem vortrefflichen Kaiser Marcus Aurelius sagte der römische Rechtsgelehrte Callistratus 2), daß er in einer seiner Verordnungen sich erkläre, wie man nicht sagen könne, daß derjenige, so einen Enkel hinterlassen, ohne Kinder zu hinterlassen, mit Tode abgegangen sey, und dieser schöne Ausdruck, den auch andere Völker gegründet gefunden haben, ist die Ursache, weswegen in Erbschaftsfällen die Enkel ihrer verstorbenen Eltern Stelle vertreten, und denjenigen Theil bekommen, welchen ihr verstorbener Vater erhalten haben würde, wenn er am Leben geblieben wäre 3).

nach den teutschen als den longobardischen Lehngesetzen die Ascendenten der Regel nach von der Erbfolge ausgeschlossen 4). Auch bey der Erbfolge in die Bauerngüter findet in vielen Gegenden von Teutschland unser Sprüchwort seine Anwendung, in welchen nach dem Tode des Besitzers des Bauerngutes, selbiges, wenn er kinderlos verstorben seyn sollte, nicht auf dessen Eltern zurückfällt, sondern auf die Seitenverwandten übergeht 5).

1) Römische N. B. 2, Tit. 2. Art. 1. und 7.

2) P. II. Tit. 3. Art. 2.

3) in diss. de principiis juris Germanici in success. feudali, §. 3. In dessen Opusc. T II. S. 186. ff.

4) Sächsisch. Lehn. Cap. 6. in Senkenbergs C I. F. (S. 181.) und Cap. 21. (S. 186.) Schwäbisch Lehn. Cap. 44. (S. 46.) Auct. Vet. de benef. Cap. 1. §. 24. (S. 161.) II. F. 50.

5) S. *Carstens* de success. villicali in ducatu Luneburgico §. 128. 135. und §. 156, de *Selchow* de differentiis praedior. rusticor. et feudalium praesertim quoad successionem, §. 13.

## II.

**Es ist nichts liebers als Kindes Kind.**

### Anmerkung.

§. I. Dieses Sprüchwort gründet sich auf eine Erfahrung, von der man eben nicht behaupten kann, daß sie allgemein sey. Man findet gemeinlich, daß die Enkel von ihren Großeltern mehr als von ihren leiblichen Eltern geliebet, aber auch wenn die Großeltern derselben Erziehung über sich nehmen, in vielen Stücken verzärtelt werden, und daß manche Eltern, so scharf sie auch ihren Kindern gewesen waren, doch desto mehr Rücksicht mit ihren Enkeln haben. Dieses  
Groß-

Großelterliche Bezeigen hat seinen Grund in der natürlichen Liebe. Ist es ihnen eine wahre Freude, wenn sie an wohlerzogenen Kindern die Früchte ihrer weisen Erziehung sehen, und gleichsam ihr Bildniß in denselben wieder lebendig betrachten, wie viel größer muß die Freude seyn, wenn sie ihren Stamm in viele Nester sich ausbreiten, und das frohe Gemüth der Enkel um sich her sehen, die durch ihr unschuldiges und zärtliches Bezeigen sie ein Glück erleben lassen, welches unter hundert Ehegatten die wenigsten erleben, und welche ihnen das angenehmste Vergnügen verschaffen, ein Vergnügen, welches sich nicht genug beschreiben läßt, sondern selbst empfunden werden muß.

§. 2. Man hat also durch dieses Sprüchwort nicht nur die natürliche Liebe der Großeltern gegen die Enkel anzeigen, sondern auch damit lehren wollen, daß in dem Falle, wenn die Kinder nicht mehr leben, die Enkel alsdann die nächsten Erben sind, indem ihr Erbrecht sich auf die natürliche Liebe eben so gut als wie das Erbrecht der Kinder gründet. Es war bey den Hebräern schon ein bekanntes Sprüchwort, daß Kindes Kinder der Kinder ersten Grads Stelle vertreten 2), und von dem vortrefflichen Kaiser Marcus Aurelius sagte der römische Rechtsgelehrte Callistratus 2), daß er in einer seiner Verordnungen sich erkläret, wie man nicht sagen könne, daß derjenige, so einen Enkel hinterlassen, ohne Kinder zu hinterlassen, mit Tode abgegangen sey, und dieser schöne Ausdruck, den auch andere Völker gegründet befunden haben, ist die Ursache, weswegen in Erbschaftsfällen die Enkel ihrer verstorbenen Eltern Stelle vertreten, und denjenigen Theil bekommen, welchen ihr verstorbener Vater erhalten haben würde, wenn er am Leben geblieben wäre 3).

- 1) *Grotius* de I. B. et P. L. II. c. 7. §. 6. *Seldenus* de succession. in bona defuncti C. 1.
- 2) L. 220. §. 2. de V. S. *Divus* quoque *Marcus* rescripsit, non videri sine liberis defunctum qui nepotem suum heredem reliquit.
- 3) *Gebauer* de jur. succession. apud veter. Germanos ad Taciti cap. XX.

§. 3. So viel besonders das Erbschaftsrecht der Enkel bey den alten Deutschen anbelanget, so ist es ausgemacht, daß die Enkel in dem Fall, wenn ihre Eltern bereits mit Tode abgegangen, der Großeltern nächste Erben geworden. Allein das sogenannte Eintrittsrecht (*jus repraesentationis*) ist nicht sogleich bekannt gewesen. Bey den Westgothen hat solches der König *Childeswinth* zuerst eingeführet 1). Der Fränkische König *Childebert* hat ein gleiches in seinem Königareiche gethan 2). Die Longobarden haben ebenfalls von demselben Gebrauch gemacht 3). In den mehresten übrigen Gesetzbüchern der Deutschen geschieht desselben keine Erwähnung, und an den mehresten Orten ist solches in Ansehung der Seitenverwandten nicht im Gebrauch gewesen. Unter der Regierung Kaisers *Otto* des Großen, wurde durch einen Zwistkampf bey den Sachsen dasselbe eingeführet, und von dem Kaiser bestätigt 4), wiewol ich mir die Einswendungen nicht zu widerlegen getraue, so gegen dieses Kaisers Verordnung gemacht worden sind. In den mittlern Zeiten ist das Eintrittsrecht gemeiner geworden 5), besonders aber hat das römische Recht desselben Gebrauch sehr befördert. Von dem heutigen Gebrauch hat *Stryck* in seinem Werke von der Erbfolge umständlich gehandelt 6).

1) L. Wisigoth. Lib. IV. Tit. II. §. 1.

2) Decret. *Childeberti* cap. I. Ita Deo auxiliante Antonico Kal. Mart. ann. XX. regni nostri convenit, ut nepo-

nepones ex filio vel ex filia ad agnatos res cum avunculis sic venirent in hereditatem, tanquam si pater aut mater vivi fuissent. De illis tamen neponibus id placuit observari, qui de filio vel filia nascuntur, non qui de fratre.

3) L. Longob. Lib. II. Tit. XIV. §. 12.

4) *Witichindus Corbeiensis* Lib. II. Annot. p. 644. De legem quoque varietas facta est conventio, frequenterque qui dicerent, quia filii filiorum non deberent computari inter filios, hereditatemque legitime cum filiis forini, si forte pater eorum obisset, ad superstites. Unde ex eo edictum a Rege, ut universalis populi conventio fieret apud villam quae dicitur *Stela* factumque est, ut causa inter arbitros iudicaretur, debere examinari. Rex autem meliori consilio usus noluit, viros nobiles ac senes populi inhoneste tractari, sed magis rem inter gladiatores decerni iussit. Vix igitur pars, qui filios filiorum computabant inter filios, et firmatum est, ut aequaliter cum parvis hereditatem dividerent pacto sempiterno.

5) I. P. Sax. Lib. I. Art. 5.

6) de S. A. I. Diff. I. cap. 2.

### III.

## Das Kind fällt wieder in der Mutter Schooß.

### Anmerkung.

§. 1. Unter dem mütterlichen Schooß, werden hier überhaupt Eltern und Großeltern verstanden, und es ist eigentlich hier die Rede von der Verlassenschaft eines Kindes, welche nach dem wahren Verstande dieses Sprüchworts den Eltern nach des Kindes Tode noch anheim fallen soll. Nach dem römischen Rechte haben die leiblichen Geschwister eines Kindes mit den Eltern an desselben Erbfolge gleiches Recht 1). Was es mit der Beschaffenheit der elterlichen Erbfolge bei den alten Deutschen für eine Verwandtschaft gehabt, ist bereits angeführt worden 2). Diesem ist nur noch be-



hinzufügen, daß der gegenwärtige Gebrauch von diesem Sprüchwort nicht mehr allgemein sey, nachdem in den mehresten Ländern das römische Recht in der Lehre von der Erbfolge zum Grunde gelegt worden.

1) N. 118. c. 1.

2) Dieses Sprüchwort scheint mir aus den Statuten der Stadt Budissin P. II. tit. 1. art. 4. (in Schotts Sammlungen zu den deutschen Land- und Stadtrechten Th. 2. S. 19) genommen zu seyn, wo es heißt: „Hat auch die Frau Kinder und verstirbet deren eines oder mehr, deren angeerbtes Guth soll der Mutter in den Schoß fallen, doch also, daß die Mutter solch angeerbtes Guth ihren andern Kindern, als des verstorbenen Kindes leibliche Geschwister, nicht entfremde, sondern sie soll dasselbe gedachten Kindern vor Gerichte oder vor ihren Vormunden also versichern, daß sie daran ein Genügen haben können.“ Man sieht, ohne mein Erinnern, daß durch diese Verordnung die Mutter nicht Eigenthümerin der zugestorbenen Kindesheile, sondern nur Nutznißerin desselben wird. Eine ausführliche Erklärung dieses Statutes s. in *L. F. Rivini* diss. de success. matris ex statuto Budissensi vulgo: vom Schoosfall, Lipsiae 1735. — Will man das Sprüchwort so ausgedehnt erklären, als es unser Verfasser gethan hat, so scheint selbiges demjenigen gar sehr entgegen zu entstehen, was ich zur Erläuterung des Sprüchwortes Nr. 1. dieses Abschnitts angeführt habe. Walch in diss. de principiis juris Germanici in success. feudali §. 3. Note f. glaubt, daß dieses Sprüchwort erst nach Einführung des Römischen Rechts eingeführt worden sey. Dieses scheint mir aber unwahrscheinlich, indem 1) das Röm. Recht die Geschwister mit den Eltern zugleich zur Erbfolge des Verstorbenen zuläßt; 2) im Sachsenspiegel B. 1. Art. 17. es schon heißt: „Stirbet ein Mann ohne Kind, sein Vater nimmt sein Erbe. Hat er des Vaters nicht, es nimmt es seine Mutter mit mehreren Rechten, denn seine Schwester oder Bruder;“ 3) sagt auch die Würzburgische Landesgerichtsordnung, welche der W. §. 2. Nr. 1. anführt, daß nach einem uralten lang hergebrach-

brachten Gebrauch des Stoffs und Herzogthums Franken die Eltern und Ascendenten die Geschwister bey der gesetzlichen Erbfolge ausschließen, s. *Schneid* diff. de success. collateralium in dessen Thesaur. iur. Francor. Sect. I. Opusc. 39. S. 2546. ff. Demohngeachtet bewegt mich dieses alles nicht, meine Erklärung zum Sprüchmorte: Es stirbt kein Gut zurück, sondern vorwärts; zurückzunehmen, indem ich dabey bemerkt habe, daß nicht alle deutsche Völkerschaften diesen Grundsatz befolgt haben. Im Mittelalter waren daher die Gewohnheitsrechte über das Erbfolgerecht der Eltern wenig übereinstimmend. Dieses erhellt schon aus den Worten: mit mehrern Rechten, welche in der angeführten Stelle des *Sachsenspiegels* vorkommen, welche eine gewisse Verschiedenheit der Meinungen zum voraussetzt. Der uralte Gebrauch, dessen die *Wirzburgische Landesgerichtsordnung* erwähnt, ist wahrscheinlich ein Ueberbleibsel aus dem *Salischen Gesetze* tit. 62. §. 1. und 2. D. 4.

§. 2. Inzwischen gilt doch dieses Sprüchwort in dem Herzogthum Franken 1), und wegen Sachsen ist ebenfalls bekannt, daß die Eltern mit Ausschließung der Geschwister des Kindes einzige Erben werden. Das sächsische Landrecht 2) ist zwar dem Vater gewogener als der Mutter, welche nur alsdann das Kind beerbet, wenn der Vater nicht mehr am Leben ist, allein es ist bekannt, daß durch die neueren Verordnungen die Mutter mit dem Vater ein gleiches Recht erhalten 3), jedoch genießet der Vater auch von dem der Mutter zugefallenen Theil die Nutzung, wogegen diese die von einer Tochter hinterlassenen Grabe allein empfänget. Bey den Lehen- und Stammgütern findet die Erbfolge der Eltern keine statt, denn sie werden nur für die Abkömmlinge erworben 4).

1) Landgerichts-Ordnung des Herzogth. Frankens P. III. Tit. 84. p. 3. und tit. 86. §. 1.

2) Lib. I. Art. 17.

3) *Stryck*

3) *Stryck de S. A. I. Diff. II. t. 3. §. 1.*

4) *Beiori problem. jur. ascendent. in feodo millan-  
esse succession.*

#### IV.

**Das Goet moet gaen van dar et gekomen ist.**

#### Anmerkung.

§. 1. Durch dieses Sprüchwort hat man das in einigen Ländern bekannte Rückfallrecht 1) auszudrücken gesucht, welches zu den besondern Arten der Erbfolge gehöret, so nur hier und da angetroffen werden. Es hat aber mit dem Rückfallrecht die Bewandniß, daß die Stammgüter, so der Verstorbene hinterläset, dem Stamm wiederum anheim fallen, von welchem sie hergekommen sind, und daher die Güter, so der Verstorbene von seinem Vater erhalten, dem Vater oder Großvater, und diejenigen, so ihm von mütterlicher Seite zufallen, an die Mutter oder den Großvater mütterlicher Seite zurückfallen 2), und so wird es auch mit den Seitenverwandten gehalten, unter welchen sonst der nächste allemal nach den gemeinen Rechten der einzige Erbe wird. Die Ursache, warum dieses Recht eingeführet worden, ist keine andere als diese, damit die Güter bey der Familie beständig bleiben mögen, indem der Glor der Häuser auf die Verbehaltung der Güter beruhet. Man mocht von diesem Rückfallrecht nicht nur in Holland und Seeland Gebrauch 3), sondern es ist solches auch in einigen Provinzen Deutschlands, als in dem Herzogthum Jülich und Bergen, der Grafschaft Mark und Ostfriesland üblich, und die Ostfriesischen Gesetze sagen davon: Alles Erbgut fällt wieder auf die Seiten, woher es erstlich gekommen ist, und nicht

nicht auf die Sielbeste und nächst Freunde, daher es nicht auskommen ist 4).

- 1) Das Revolutionäre: Recedens: Rückfalls Recht wird erstlich im eigentlichen Sinne genommen, wo es dasjenige Recht bedeutet, vermöge dessen die nächsten Erben der Seite oder Linie, woher der Erblasser gewisse Güter erhalten hatte, in Absicht derselben sowohl den überlebenden Ehegatten als auch die Verwandten der andern Linie ausschließen, wenn gleich diese mit dem Erblasser im gleichen oder gar im nähern Grade verwandt seyn sollten. Die Güter, in Absicht welcher dieses Recht statt findet, sind gewöhnlich unbewegliche Güter, welche man Revolutar: Rückfalls: Stock: Stamm: Güter zu nennen pflegt. Von dieser Art des Rückfalls redet eigentlich unser Sprüchwort. Zweytens wird es genommen in einer uneigentlichen Bedeutung, und zwar wiederum auf zweifache Weise, nämlich entweder im Sinne des teutschen, oder des römischen Rechtes. Im Sinne des teutschen Rechtes bedeutet der Rückfall, die Wiederkehr, das hin und wieder unter Personen bürgerlichen Standes übliche Erbfolgerecht der Blutsfreunde eines ohne Kinder verstorbenen Ehegatten in Absicht des dritten Theiles seines ehelichen Vermögens, welches selbiger dem überlebenden Ehegatten hinterlassen hatte. Es ist diese Art des Rückfalls, z. B. in der Stadt Osnabrück üblich, s. Hofmanns Handbuch des teutsch. Eherechts, S. 576. ff. Endlich im Sinne des römischen Rechtes, oder vielmehr im Sinne verschiedener Ausleger des römischen Rechtes wird unter den Rückfall dasjenige Recht verstanden, vermöge dessen bey der gesetzlichen Erbfolge unter Ascendenten gleichen Grades, oder unter zugebrachten Halbgeschwister auf den Ursprung der Güter des Erblassers gesehen werden soll, damit sie der Seite wieder zufallen, woher sie gekommen sind. Wiewol dieser Rückfall in der Novell. 118. nicht gegründet ist, so ist selbiger doch bey einigen Gerichten, besonders bey der Erbfolge unter den zugebrachten Halbgeschwistern öftmal angenommen worden. Diese Art des Rückfalls ist es eigentlich, von welchem die angeführte Dissert. von Brückner handelt. Uebrigens kann das teut-

teutische Rückfallsrecht, man mag es in eigentlicher oder uneigentlicher Bedeutung nehmen, sich entweder in einem Particulargesetze oder in einem Vertrage gründen. Das bisher angeführte findet man weiter ausgeführt in des Cangler Koch Dissert. de jure revolutionis sive recadentiae, Giesae 1772. und wieder abgedruckt 1784. v. S.

2) *Bruckner* de jure recadentiae.

3) van *Leeuwen* in cens. forencl. Part. I. Lib. III. cap. 14. n.

4) *Hortius* in diss. de collision. leg. Sect. IV. §. 26.

§. 2. In denjenigen Ländern, wo dieses Rückfallsrecht im Gebrauch ist, können die denselben unterworfenen Güter durch keinen letzten Willen, dem Stamm, auf welchen sie wiederum zurückfallen, entzogen werden 1), sondern des Besizers Freiheit zu restituirn, erstreckt sich nur allein über die von ihm selbst erworbene Güter. Von diesem Rückfallsrecht ist übrigens das sogenannte Verfängenschaftsrecht (*jus devolutionis*), unterschieden, vermöge dessen nach Absterben eines Ehegatten das Eigenthum der von demselben hinterlassenen Güter, und manchmal des noch lebenden Ehegatten Güter zugleich denen in der ersten Ehe erzeugten Kindern anheim fällt 2). Es ist ebenfalls ein besonderes Recht, so in dem Oberfürstenthum Hessen, in der Wetterau und Thüringen hier und da üblich ist, jedoch nicht auf einerley Weise, indem dasselbe sich bald auf das ganze Vermögen erstreckt, so in der ersten Ehe beisammen gewesen, so daß der überlebende Ehegatte nur den Nießbrauch davon hat, oder den Besitz lebenslang behält, bald aber fällt nur das Eigenthum von den Gütern des verstorbenen Ehegatten den Kindern erster Ehe zu. Der Haß gegen die andere Ehe, und die Furcht, daß die Güter den Kindern der ersten Ehe entzogen werden möch-

möchten, haben zu der Einführung dieses Rechts Gelegenheit gegeben. So sehr übrigens dieses Recht von dem Rückfallsrecht unterschieden ist, so kommen doch dieselben in ihrem Endzweck mit einander überein, daß die Güter, so von den Vorfahren herkommen, bey der Familie beständig erhalten werden möchten.

1) *Sorber de jure revolution.*

2) *Estor de jur. devolutionis*, und des Cenzler Koch angeführte Dissert. §. 3. Note 3. D. 3.

## V.

Der nächste zur Sibbe, der nächste zur Erbschaft.

### Anmerkung.

§. 1. Dieses aus dem sächsischen Landrecht 1) hergenommene Sprüchwort, soll anzeigen, daß jedesmal derjenige der einzige Erbe seyn soll, welcher dem Verstorbenen dem Grade nach am nächsten gewesen 2). Da bereits oben angeführt worden, was unter der Sibbe verstanden, und wie dieselbe eingetheilet werde: so ist hier nur noch beizufügen, daß die Sachsen von dem Eintrittsrecht keinen Gebrauch gemacht, sondern es bey ihnen, nachdem unter den Seitenverwandten ein Sterbefall sich ereignete, so gehalten wurde, daß des verstorbenen Bruder als die nächsten Erben mit Ausschließung der von ihren ebenfalls verstorbenen Geschwistern hinterlassenen Kinder, die Erbschaft ganz allein erhielten, wiewol dieses nur allein von den Allodialgütern zu verstehen, indem in Ansehung der Lehen in den neueren Zeiten die in den gemeinen Rechten vorgeschriebene Ordnung der Erbfolge eingeführt worden 3).

1) Lib. I. Art. 3.

2) Es

2) Es wird eben dieses auch durch das Sprüchwort: Der nächste im Blut, der nächste im Gut; ausgedrückt. — Hommel in Rhaps. Q. obl. 792. und Fischer in dem Versuche der Geschichte der teutschen Erbfolge B. 1. S. 125. erklären das Sprüchwort: Der nächste zur Sibbe, der nächste zur Gesellschaft, vom Vortrage des Stammes, dergestalt, daß derjenige, welcher mit dem Verstorbenen zu einem Stamm gehöre, den aus anderen Stämmen entsprossenen, bey der Erbfolge vorgehen müsse. Diese Erklärung setzt zum voraus, daß es mit der Bedeutung des Wortes: Sibbe für: Stamm seine Richtigkeit habe, welches von mir aber bey dem schon oben erklärten Sprüchwort: Im siebenten Grade endigt sich die Sibbe; bezweifelt worden ist. So viel wenigstens scheint klar zu seyn, daß im 3ten Artikel aus dem 1sten B. des Sachsenspiegels Sibbe keinen Stamm, sondern einen Grad in der Blutsfreundschaft bedeutet. Man lese nur die Schlussworte dieses Artikels: „Die Sib endet sich in den siebenden Gliede Erbe zu nehmen. Ob nun wol der Papst erlaubet hat, sich mit einander zu verheyrathen, in dem fünften Grad, so mag er doch kein Recht setzen, da er unser Land, oder Lehn, Recht mit endern oder kränken möge.“

3) Stryck de S. A. I. Diff. III. c. 3. §. 3.

§. 2. Es ist also leicht zu ersehen, daß dieses Sprüchwort eine von dem Justinianischen Rechte in Ansehung der Erbfolge der Seitenverwandten abgehende Regel in sich enthält: indem bekannt ist, daß der Kaiser Justinian das Enterbrecherecht auch in dem Fall, wenn der Verstorbene Brüder und Brüder Kinder hinterlassen hätte, beobachtet wissen wollte, so daß diese mit jenen Erben werden, und den ihrem verstorbenen Vater anheimgefallenen Theil erhalten sollten 1). Es ist auch in Deutschland die Erbfolge der Enkel durch den Reichsabschied vom Jahr 1498 §. 37. eingeführt worden. Man hatte aber lange gestritten, ob man es hierinnen bey dem sächsischen Rechte lassen, oder

oder sich nach dieses Kaisers Verordnung richten sollte. Die Sache kam bereits auf dem Reichstage zu Augsburg 1500 vor, und auf dem Reichstag zu Worms vom Jahr 1521. 2) wurde endlich die in der angeführten Novelle vorgesehene Erbschaftsfolge bestätigt, auch nachhero durch das Nürnberger Edict vom 28. November eben desselben Jahrs noch ernstlicher bekräftigt. Es haben aber alle diese Verordnungen nicht zuwege bringen können, daß man in Sachsen von dem alten Rechte abgegangen wäre, indem sowohl der damalige Churfürst als auch die übrigen sächsischen Fürsten, gegen die Bekanntmachung dieses Reichsgesetzes in Sachsen protestirten.

1) Nov. 118. c. 3.

2) §. 2.

3) *Schneidewin* ad Instit. in tertio ordine succedendi n. 14.

## VI.

### So viel Mund so viel Pfund.

#### Anmerkung.

§. 1. Durch den Mund wird hier eine Person und durch das Pfund das derselben gebührende Erbtheil verstanden, und durch dieses in den gemeinen Rechten 1) gegründete Sprüchwort zu verstehen gegeben, daß die Erbschaft in so viel Theile einzutheilen sey, als Häupter vorhanden. Es ist aber wegen der Anwendung dieses Sprüchworts gleichwol zu bemerken, daß nicht alle Erbschaftsfälle nach demselben entschieden werden, sondern solches nur bey einigen eintreffe 2). Hiesher gehört, wenn nach der Eltern Tod die Kinder ersten Grades allein vorhanden sind, denn wenn die Stube von den Enkeln ist, oder Bruder und Bruders Kinder zusam-



zusammen kommen, so ist bekannt, daß in Ansehung der letzteren das Eintretungsrecht statt findet. Dahingegen wenn jemand seiner Brüder Kinder als seine einzige Erben hinterläßt, dasselbe nicht weiter in Betrachtung kommt, sondern nach unserm Sprichwort mit der Theilung verfahren wird 3). Die übrigen Fälle anzuführen, wird um so weniger nöthig seyn, nachdem Stryck und Richter nebst andern in ihren Werken von der Erbfolge solche weitläufig berührt 4).

1) N. 118. c. 3.

2) S. *Deinlin* dubia quaedam in success. ab intestato collateralium secundum regulam: so viel Mund, so viel Pfund. Altorf 1743. Estor bürgerl. Rechtsgelahrtheit der Deutsch. Th. 3. §. 3005. D. S.

3) N. 118. c. 3.

4) Die Anwendung dieses Sprichwortes auf die in Franken übliche Grundtheilung, wodurch das während der Ehe zwischen den Ehegatten gemeinschaftliche Vermögen, nach Trennung derselben zwischen dem überlebenden Ehegatten und den in der Ehe erzeugten oder angewünschten Kindern getheilt wird, zeigt Rossmann von der Grundtheilung nach der Regel: So viel Mund, so viel Pfund. In Siebenkees Veyträgen zum teutsch. Recht Th. 4. Nr. 1. In einigen Fränkischen Gegenden nämlich erhält der überlebende Ehegatte zufolge unserer Regel nur Kindestheil. Jedoch wird hin und wieder dem überlebenden Ehegatten erlaubt, sein Vermögen von dem Vermögen des verstorbenen Ehegatten abzusondern, und selbiges auf Lebenszeit zu behalten. S. z. B. Fürstl. Brandenburgische C. Landes-Constitut. Tit. 7. §. 7. D. S.

§. 2. So viel aber jedoch den letztern Fall anbelangt, ist unter den Rechtsgelehrten der mittlern Zeiten ein Streit entstanden, ob nicht in diesem Fall das Eintretungsrecht statt habe. Azo und seine Anhänger haben solches verneinet, diejenigen aber, so aus der Schule des berühmten Accursius gekommen, haben sol-

solches bejahet 1). Wer da weiß, wie groß das Ansehen eines Glossators in den damaligen Zeiten gewesen, wird sich leicht einbilden, daß man in Zweifel gestanden seyn müsse, welche Meinung der andern vorzuziehen sey, wenn anders der Richter nicht ein besonderer Anhänger von dem einen oder andern dieser Männer gewesen. Unter der Regierung Carls des Fünften, ist endlich durch eine eigne auf den Reichstag zu Speyer 1529 errichtete Verordnung die Meinung des Azo angenommen und bestätigt worden 2).

1) *Rotgericus* Apodicticar. demonstrat. c. 1. §. 28.

2) *Schmaus* in corp. jur. publ. acad. p. 83. und in der Senkenbergischen Sammlung der Reichsabschiede, Th. 2. S. 299. und 301. ff. Auch bey der ordentlichen Erbfolge in die Lehne leidet es keinen Zweifel, daß, wenn bloß Bruderskinder concurriren, unter selbigen das Eintretungsrecht wegfällt. *E. G. L. Boehmer* diss. de successione feudali fratrum fratrisque liberorum, cap. 1. §. 14. d. 5.

## VII.

### Halbgeburt tritt ein Glied weiter.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort aus dem sächsischen Landrecht gezogen 1), in welchem es heiet: In des Hauses Glied die Kinder die ohne Zweyung vom Vater und Mutter geboren sind, das ist, so Geschwister sind von voller Geburt. Ist aber einige Zweyung unter ihnen, so mögen sie an einem Glied nicht stehen, sondern schreiten fort biß in ein ander ferner Glied. Es ist schon vorhin angeführt worden, daß bey den Deutschen die ganze Anverwandtschaft mit einem Leib verglichen worden, und Geschwister das erste Glied davon ausgemacht haben.

haben. Sind es leibliche Geschwister gewesen, so stunden sie einander gleich gegen über, einseitige oder Halbgeschwister wurden einen Grad weiter hinunter gesetzt. Da nun nach dieser Abbildung die Näherchaft zu der Erbschaft voran bestimmt worden, und man diesermassen sagte: je näher dem Siep, je näher dem Erbe, so soll durch das gegenwärtige Sprüchwort diese Näherchaft angezeigt werden. Hierbey ist nur noch zu erinnern, daß Kinder, so von einem Vater und zwey Müttern gebohren worden, Halbgeschwister, die aber von einer Mutter und zwey Vätern abstammen, Stiefgeschwister, heißen. Stief bedeutet so viel als an statt 2).

- 1) I. P. S. Lib. I. Art. 3. S. auch Schwäbisches Landr. Cap. 256. nach der Königsthal. Ausgabe, wo es heißt: „Brüder und Schwester nemens ungezwaleter Kinder und Schwester erb vor den Brüdern und vor den Schwester die gezwalene sint von Vater und von Mutter, „Ungezwaletiu Brüder Rint sint auch gelich nahen den „gezwalieten Brüdern an dem Erb zu nehmen.,, D. S.
- 2) Wachter in glossar.

§. 2. Die Halbgeschwister haben vor den Stiefgeschwistern noch vieles zum voraus. Sie erben die väterlichen Lehen auch Stamm und andere Güter, und es heißet auch von ihnen: der nächste im Blut, der nächste im Gut. Mit den Stiefgeschwistern verhält es sich anders 1).

- 1) Zwischen dem ehemaligen Lübeckischen Syndicus H. G. Krohn und dem verstorbenen Oberappellationsrath J. C. Bacmeister zu Celle sind verschiedene Schriften über die Fragen: ob der Vorzug der vollen Geburt im teutschen Rechte gegründet sey, und ob nach selbigen sich derselbe weiter als auf die Geschwister und deren Kinder erstreckt? gewechselt worden, welche in der Abhandl. von dem Rechte der vollen und halben Geburt (Lübeck 1748. 4) zusammen gedruckt sind. Krohn hat

hat die erwähnten Fragen zu behaupten, Bacmeister aber zu widerlegen gesucht. Beider Meinungen haben ihre Anhänger und Vertheidiger gefunden. Mir scheint der Vorzug der vollen Geburt vor der halben, als ein ursprünglich deutsches Recht betrachtet, nicht nur unermiesen, sondern vielmehr das Gegentheil durch die Französischen und Holländischen Gewohnheitsrechte, welche Pufendorf T. II. obs. 193. anführt, hinlänglich dargethan zu seyn. Erst seit dem 12ten und 13ten Jahrhundert, als das römische Recht in Deutschland nach und nach in Ansehn zu kommen anfing, findet man von dem Vorzuge der vollen Geburt vor der halben in deutschen Gesetzen sichere Spuren. Die Verfasser des Sachsen- und Schwabenspiegels folgten dem Römischen Rechte. Sehr deutlich erhellet dieses aus der von mir angeführten Stelle des Schwabenspiegels, und aus dem 20ten Art. im 2ten Buche des Sachsenpiegels, aus welchem der 3te Art. im 1sten Buch zu erklären ist. In diesen Stellen wird offenbar in Gemäßheit des römischen Rechts der Vorzug der vollen Geburt vor der halben nur auf die Geschwister und deren Kinder eingeschränkt. In eben der Weise findet sich auch derselbe in vielen Landes- und Stadt-Gesetzen bestätigt. S. von Saltb. element. jur. Germ. §. 654. und Cramers Bechl. R. Entz. VI. Nr. 6. Es ist nun freylich nicht zu leugnen, daß in der Folge in manchen Gegenden durch den Gerichtsgebrauch diese Particularrechte erweiternd erklärt sind, und der Vorzug der vollen Geburt vor der halben dergestalt auf alle Seitenverwandten ausgedehnt worden ist, daß nicht nur bey der Concurrenz zweyer Seitenverwandten gleichen Grades, davon der eine dem Erblasser durch die volle, der andere nur durch die halbe Geburt verwandt ist, der erstere den letztern ausschließt, sondern auch, wenn der Halbbürtige einen Grad näher mit dem Erblasser als der Vollbürtige verwandt ist, beide zugleich zur Erbfolge zugelassen werden. S. Westphals reusch. und reichstädtisches Privatr. Th. 2. S. 485. Eine solche ausdehnende Erklärung ist z. B. in Charlsachsen eingeführt worden. S. Schott institut. jur. Sax. elect. S. 230. Wo aber der Ger.

richtsgebrauch solche nicht angenommen hat, glaube ich nicht, daß man den Vorzug der vollen Geburt vor der halben weiter ausdehnen darf, als die Particulairrechte ihn bestimmen. Daß das römische Recht gegenwärtig im Zweifel befolgt werden muß, versteht sich ohnehin. d. S.

## VIII.

## Längst Leib längst Gut.

## Anmerkung.

§. I. Dieses Sprüchwort erläutert die Erbfolge unter den Eheleuten, in wie fern selbige aus der Gemeinschaft der Güter entsteht, von welcher bereits oben gehandelt worden. Es gilt vornemlich von der allgemeinen Gemeinschaft der Güter, von der bekannt ist, daß, wenn ein Ehegatte verstirbt und keine Kinder vorhanden sind, der überlebende, welcher unter dem längsten Leib hier verstanden wird, das sämtliche Vermögen zusammen behält 1). Denn so viel den andern Fall, wenn Kinder vorhanden sind, anbelangt, so ist bekannt, daß die gemeinschaftlichen Güter zwischen diesen und den hinterklassenen Ehegatten getheilet werden, wenn derselbe zu der andern Ehe schreitet, oder sonst erhebliche Ursachen vorhanden sind, außer welchen Kinder den überbliebenen Ehegatten zu einer Theilung ordentlicherweise sonst nicht zwingen können 2). Nach dem Inhalt dieses Sprüchworts schließt der überlebende Ehegatte alle Anverwandte des Verstorbenen aus, und gesetzt, der Verstorbene hätte sogar ein Testament hinterlassen, und von denen von ihm eingebrachten Gütern ein und das andere an andere zu vermachen beliebte, so ist doch bekannt, daß ein solcher letzter Wille, so groß auch die Hochachtung ist, die man sonst gegen dergleichen Verordnungen hat, von

von keiner Gültigkeit ist, indem die einmal unter den Ehegatten verabredete Gemeinschaft der Güter nur mit beider Zufriedenheit aufgehoben werden kann.

1) *Mashev* in progr. de paroem. jur. german. längst Leib längst Gut. S. auch Ehr. Con. Schröder vermischte Abhandl. zur Erläuterung des teutschen Privats, Kirchen- und peinl. Rechts, B. 2. S. 102. d. 3.

2) *Boehmer* de jurib. et obligationib. conjug. superstit. ex communion. bonor. universal. § 17. — Falls die Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den vorhandenen Kindern fortdauert, so treten letztere in die Stelle des verstorbenen Ehegatten, so daß der überlebende Ehegatte nicht einseitig über das gemeinschaftliche Vermögen disponiren kann. S. *Cramer* Wehl. N. Et Th. 13 Nr. 10 S. 162. *Knorren's* rechtliche Abh. und Gutachten, S. 300. ff. Was aber in diesem Falle die Verwaltung des gemeinschaftlichen Vermögens betrifft, so gebührt selbige mit Ausschließung der Kinder dem überlebenden Ehegatten allein, ohne daß derselbe darüber Rechnung abzulegen verbunden ist. In der Grafschaft Ravensberg erstreckt sich diese Gütergemeinschaft auch selbst über dasjenige Vermögen, welches den Kindern nach dem Tode eines ihrer Eltern zufällt. S. *Boehmer* novum jus controversum, obs. 118. d. 3.

§. 2. Der Gebrauch dieses Sprüchworts äußert sich an allen denjenigen Orten, wo die Gemeinschaft der Güter unter den Eheleuten üblich ist. Es kann aber auch manchmal dasselbe seinen Gebrauch verlieren, wenn Eheleute in ihren Ehepacten ein anders verabreden, oder aber ein Landesgesetz vorhanden ist, vermöge dessen den Eltern oder Geschwistern des Verstorbenen ein gewisser Theil der Güter hinterlassen werden muß 1). Denn es hat mit der Erbfolge der Ehegatten in Deutschland die Beschaffenheit, daß die Rechte und Gewohnheiten der deutschen Länder und Städte, unter sich

sich hierinnen verschieden sind 2). Es ist nur noch hinzuzufügen, daß, wenn es in den Ehepacten heißt: sie verheyrathen sich längst Leib längst Gut; durch diese Formel jedesmal angezeigt worden, daß der Ueberlebende den Verstorbenen beerben soll. Dieses kann auch unter Eheleuten verglichen und ausgemacht werden, wenn gleich an dem Orte ihres Aufenthalts die Gemeinschaft der Güter nicht im Gebrauch ist. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die Rede von solchen Gütern sey, die ein Ehegatte dem andern auf eine gültige Weise verschenken kann.

1) *Serottissimi* Verordnung von der Erbfolge der Eheleute, de dato Braunschw. den 30. Decembr. 1754.

2) *Estors* teutsche Rechtsgelahrtheit, 2ter Theil, §. 30. 37. seq. S. vorzüglich Hofmanns Handbuch des teusch. Eherechts, Hauptst. 15. u. f. d. S.

## IX.

### Der Letzte schließt die Thür zu.

#### Anmerkung.

Dieses in den Braunschweigischen und einigen andern Ländern sehr bekannte Sprüchwort, ist ebenfalls von der Erbfolge der Ehegatten zu verstehen 1). Ich will daher dasjenige nicht wiederholen, was ich von derselben schon vorhin angeführt habe. Da es nun mit der Erbfolge unter den Eheleuten ohnedem die Verwandniß hat, daß man sich in dem Fall, wenn in denen Ehepacten nicht ein anders festgesetzt worden, allezeit nach denen Statuten und Landesordnungen eines jeden Ortes und Landes richtet; so hat es auch mit diesem Sprüchwort die Beschaffenheit, daß, wo dasselbe im Gebrauch ist, der überlebende Ehegatte mit Ausschließung aller übrigen Anverwandten, wenn

Feiz

keine Kinder vorhanden sind, des Verstorbenen einziger Erbe wird 2). Denn was von dem Pflichtheil der Eltern und Geschwister des verstorbenen Ehegatten vorhin angeführt worden, findet alsdenn nur statt, wo durch eine besondere Verordnung selbige denselben ausgemacht worden.

- 1) Es gedenkt dieses Sprüchwortes ausdrücklich die Verordnung der Herzöge von Braunsch. Rudolph Augusts und Anton Ulrichs von 1689. d. 5.
- 2) *Knorre* progr. de usu paroem. jur. german. der. Letzter thut die Thür zu. S. auch *Pufendorf* T. I. obs. 86. §. 12. d. 5.

## X.

### Wer den Kopf hat, schießt den Bart.

#### Anmerkung.

Auch dieses in den Schwäbischen und Fränkischen Landen sehr gebräuchliche Sprüchwort, handelt von der Erbfolge der Ehegatten 1). Man sieht wohl, daß hier unter einem Gleichniß dieses Erbschaftsrecht vorgestellt worden. Der Kopf wird als die Hauptsache und der Bart als das Zubehör derselben betrachtet, und damit so viel angezeigt werden, daß der Kopf die Person des Ehegatten, der Bart hingegen die von derselben mitgebrachte Güter vorstelle, und daher den überlebenden Ehegatten, welcher die Person des Verstorbenen gleichsam besessen, auch derselben Güter als ein Zubehör zufallen sollen. Das übrige, so zur Erläuterung dieses Sprüchworts gehört, ist bereits bei Erklärung der vorhergehenden angeführt worden.

- 1) *Lauterbach* in colleg. theoret. practico P. II. tit. de success. ab intest. th. 20.



## XI.

## Die nächste Niffel erbt die Gerade.

## Anmerkung.

§. 1. Es ist bekannt, daß die Beschaffenheit des Kriegswesens bey den alten Deutschen einen großen Einfluß in die Erbfolge der Kinder hatte. Die Söhne, und in Ermangelung derselben die väterlichen Anverwandten, erbten die unbeweglichen Güter, theils weil sie den Stamm fortsetzten, theils weil sie gemeiniglich den Kriegstand erwählten, und also diesermwegen besondere Unkosten anwenden mußten 1). Außer den Gütern wurde denen Söhnen auch das Rüstzeug des Vaters gelassen, jedoch bekamen die Töchter zur Schadloshaltung von dem mütterlichen Nachlaß etwas zum voraus. Auf diese Weise trifft man in dem Gesetzbuch der Anglen und Weriner die Erbfolge der Kinder beschrieben 2), und dieses ist der Grund, warum das Heergewette den Söhnen, die Gerade den Töchtern zum voraus anheimfällt, wie solches auch in dem sächsischen Landrecht hier und da angeführt wird 3). Man versteht unter dem Heergewette dasjenige Geräthe, welches zu eines Mannes Leib bey seiner Heersfahrt gerechnet w. d. Es wird Hereodum genennet, von dem Wort Heer und Od, und bedeutet Sachen, so zum Feldzug gebraucht werden. Die Sachsen nannten es das Heergewette, so nach einiger Meinung von Heer und Bete herkommen soll, weil Bete eine Abgabe bedeutet, und es bey den Lehen üblich gewesen, daß nach des Vasallen Tod der Lehnsherr desselben Rüstzeug wieder zurückgenommen 4). Wiewol der Glossator über das sächsische Lehnrecht eine andere Ableitung anführt 5). Dieses Heergewette ist ehemals nur unter dem Adel üblich gewesen 6), nachdem aber auch

auch unter Bürgern und Bauern gebräuchlich gewesen 7).

1) *Senckenberg* de succession. filiar. in regn. et principat. cap. V. §. 41.

2) *L. Anglor. et Werinor. Tit. VI. Hereditatem defuncti filius, non filia suscipiat. Si filium non habuit qui defunctus est, ad filiam pecunia et mancipia, terra vero ad proximum paternae generationis consanguineum pertineat. Und ferner: Ad quemcunque hereditas terrae pervenerit, ad illum vestis bellica, id est lorica, et ultio proximi, et solutio leudis, debet pertinere. Mater moriens filio terram, mancipia, pecuniam dimittat, filiae vero spolia colli, id est murenas, nulas, monilia, inaures, vestes, armillas, vel quidquid ornamenti proprii videbatur habuisse.*

3) *Lib. I. Art. 6. 19. 23. sq.*

4) *Sommels akademische Reden über Mascovs Buch de jur. feudor.*

5) *Wachter in glossar. voc. Herwede I. feud. Sax. cap. 56.*

6) *J. P. S. Lib. I. Art. 27.*

7) *Richter de S. A. I. S. I. m. 1. n. 16.*

§. 2. Die Gerade, welche so viel als Geräthe bedeutet, begreift diejenigen beweglichen Güter in sich, so nach den besondern Rechten und Verordnungen eines jeden Landes oder Ortes allemal gewissen derselben fähigen Personen zufallen. Was sowohl zu dem Heergewette als der Gerade gerechnet wird, haben *Hoffmann* 1) und *Barth* 2) mit vielem Fleiß zusammen getragen. Es wird dieselbe in die Witwen- und Nisttelgerate, adeliche oder bürgerliche die volle oder Nisttelgeräthe, und die kleine Nisttelgerade eingetheilet. Unter der Nisttel wird zwar sonst eine Enkelin verstanden, allein in weitläufigem Verstande bedeutet dieses Wort die nächsten Anverwandten einer Frau,

Frau, so keine Töchter oder Söhne, die den geistlichen Stand erwählen, und welch, da sie von dem Heergewette ausgeschlossen sind, von der Gerade erben, hinterlassen 2). Das sächsische Landrecht sagt hievon 4): Ein jeglich Weib vererbt zweyerley: ihr Gerade auf ihr häßste Nissel, so ihr von Weibs halten zugehörig ist, und das Erb auf den nächsten Freund, es sey Mann oder Weib. Es werden auch die Nisseln, Gespinnen genennet. Es ist aber die Nisselgerade von der vollen Gerade darinnen unterschieden, daß jene weniger beträgt, und es verdienet hier nachgelesen zu werden, was der Glossator über das sächsische Landrecht davon bemerkt 5). Die Ursache, warum in Ermangelung der Töchter die nächste Anverwandtin die Gerade erbet, rühret daher, weil das Heergewette auf den nächsten Schwertmagen oder Anverwandten kommt.

1) Hoffmann von der Gerade und dem Heergewette.

2) Barth von der Gerade. — Auch C. F. Hommel in dem Pertinenz- und Erbsonderungs-Register (2te Ausgabe, herausgegeben von K. G. Kößig, Leipzig 1782.) §. 49 — 65. und §. 77 — 81. D. 5.

3) *Lange de successione clerici in geradam maternam.* — Das Sächsische Landrecht B. 1. Art. 5. sagt: „Der Pfaffe nimmt gleichen Theil mit der Schwester in der Mutter Gerade;“ und die Glosse setzt hinzu: „welches geschieht um ihres Vetens willen, denn alle Welt genießt ihres Vetens.“ D. 5.

4) Lib. I. Art. 27.

5) Lib. I. Art. 24.

§. 3. Ob wol diese Nisselgerade, wo dieselbe annoch üblich ist, durch kein Testament den nächsten Anverwandten entzogen werden kann, so hat doch eine Ehefrau die Freyheit, die dazu gehörige Stücke ihrem Ehemann zu verkaufen, wenn auch schon der Werth, so

so dafür gegeben wird, noch so geringe wäre 1). Es fällt dieselbe ebenfalls hinweg, wenn die Niffel sich in einem solchen Lande befindet, wo die Gerade nicht eingeföhret ist. Man ist aber darinnen uneinig, ob in diesem Fall der Obrigkeit die Gerade anheim falle, oder vielmehr dem Ehemann oder den Söhnen zukomme. In denen Chursächsischen Landen ist in verschiedenen Orten festgesetzt, daß, wenn der Werth der Gerade nur 200 Gulden beträget, selbige dem Rath anheimfalle, ist es aber mehr, so gebühret dieselbe dem Landesherren 2). Barth hält aber dafür 3), daß dieselbe dem Ehemann als Erben der beweglichen Güter seiner Ehefrau gebühre, und führet an, daß zu Leipzig, Wittenberg, Chemnitz und Weissenfels, und in einigen andern Chursächsischen Städten, solche dem Ehemann, wenn er Bürger ist, oder den Söhnen, überlassen werde. Aber auch selbst die Niffel wird an einigen Orten den Söhnen nachgesetzt 4).

1) *Berlichius* P. II. concl. 25.

2) *Riccus* von Stadtgesetzen Lib. II. cap. 19. §. 7.

3) in *hodog. for.* p 607.

4) *Beyer* in *jur. Germ.* Lib. II. Tit. 14. th. 47.

## XII.

### Gerade hat viel ungerades.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses ein sehr bekanntes und in der Wahrheit gegründetes Sprüchwort, und wer die igiten Zeiten mit den ehemaligen vergleicht, wird von desselben Wahrheit sattfam überzeuget werden. Nach der igiten Einrichtung der Haushaltung und Lebensart, begreift die Gerade so viel Sachen in sich, daß nothwendig die ungleichste Theilung der Güter unter die Söh-

Söhne und Töchter daher entsteht. Und was kann nicht eine Mutter, so mehr Liebe gegen ihre Töchter als Söhne hat, zu dieser letzteren Nachtheil unternehmen, wenn sie ihren Ehemann zu bereden weiß, viel solche Geräthschaft anzukaufen, so näher denen Töchtern als Erben der Gerade anheimfällt. Wie oft wird nicht über ein und anderes Stück Streit erhoben, ob solches zu der Gerade gehören soll oder nicht, denn es ist bekannt, daß in Ansehung derjenigen Dinge, so zur Gerade gehören, die Gewohnheiten nicht mit einander übereinkommen 1).

1) *S. F. A. Schott* *diff. de successione filiorum in res nitenfiles maternas ex juribus civitatum Dresdens. et Lipsiens. c. 1. §. 1. und Kunde Grundf. des allg. Deutsch. Privatr. §. 682. Note b. D. S.*

§. 2. Was ist es daher Wunder, daß in Erthölung dieser aus dem Unterschied zwischen dem Heergewette und der Gerade entstandenen Ungleichheit, die Gerade in den meisten Ländern außerhalb Ehursachsen abgeschafft, und dagegen die Gleichheit unter den Kindern eingeführt worden. Was imit derselben für Veränderungen in den Braunschweig-Lüneburgischen Landen vorgegangen, erzählt *Mascov* 1). Von den Beschwerden; so die Stadt Helmstädt in dem vierzehnten Jahrhundert wegen der Gerade erregt, und wie sie endlich nach und nach abgeschafft worden, hat der jetzige Abt *Schmidt* eine eigene Abhandlung geschrieben 2). Es ist aber doch diese Frauengerade, wie *Mascov* anführt, hier und da in Niedersachsen noch bekannt 3).

1) in *notit. jur. et judicior. Brunsvic. Lüneburg. in praefat.*

2) De

2) De Helmstadio Secul. 14. et 15. per Frauenradam  
valde inflicto.

3) S. auch Pufendorf introduct. in process. civil.  
Brunsv. Luncb. P. III. c. 22. §. 19. d. 5.

### XIII.

#### Die Gerade geht nicht über die Brücken.

##### Anmerkung.

§. I. In diesem Sprüchwort wird von einer Gewohnheit gehandelt, so darinnen bestehet, daß an diesen Orten, wo das Heergewette und die Gerade noch im Gebrauch sind, man dieselben gar nicht oder doch nur in dieser oder jenen Stadt abfolgen läßt. Diese geht so weit, daß man sie sogar an solche Orte nicht einmal verabfolgen lassen will; welche fremde Erben niemals davon ausgeschlossen haben, sondern solchen eben diejenigen Rechte genießen lassen, so den eingebornen Bürgern zukommen. In den Statuten einiger sächsischen Städte heißet es ausdrücklich: daß kein Heergeräthe, auch weder volle noch kleine Gerade an andere Dörter verabfolget werden soll, ohngeachtet man in vorkommenden Fällen dieselbe den Fremden nicht entziehet, sondern es wird verlangt, daß derjenige, welchem das Heergewette oder Geräthe nach dem Erbrecht zugehöret, sich an dem Orte, wo die Erbschaft ist, niederlasse, und zehn Jahre daselbst wohne, in dessen Entstehung aber der nächste folgende Erbe, so an dieser Bedingung sich bequemet, die Gerade haben soll. An andern Orten ist man hingegen so streng nicht, sondern man nimmt nur diejenigen Dörter aus, in welchen die Gerade entweder nicht üblich ist, oder Fremden nicht verabfolget wird. Die verschiedene Gewohnheiten führet der berühmte Herr Professor Riccio

cina in seinem Werke von Stadtgesetzen an 1). Auf diesen letzteren Fall ist auch diese Gewohnheit durch eine kaiserliche Verordnung in den Chursächsischen Landen eingeführt worden 2): es heißt in derselben: Daß nicht unbillig sey, daß man wieder die Oerter, von denen man die Erbschaft, Gerade, Heergewette und dergleichen gar nicht, oder allein eines Theils folgen läßt, solches *jus retorsionis* oder *talionis* hinwieder auch gebraucht, und des Endes solche Stücke mehr, und weiter, denn sie gegeben werden, nicht folgen lasse. Die Gewohnheit, die Gerade nicht abfolgen zu lassen, wenn auch schon dieselbe an dem Orte, wo der Erbe, welchem solche gehört, wohnet, üblich ist, ist hart und kaum zu billigen, und ist noch als ein Ueberrest von solchen strengen Verordnungen anzusehen, die unsere Vorfahren zum Nachtheil der Fremden eingeführt haben.

1) Lib. II. c. 19. §. 20.

2) Part. III. const. 38. corp. const. Saxon. — Es geschieht wol, daß die Gerade und das Heergewette in eine Stadt, dahin sie sonst nicht pflegt verabsolget zu werden, dennoch gegeben wird, wenn der Magistrat desselben einen Revers ausstellt, die Gerade und Heergewette wiederum verabsolgen zu lassen. Inzwischen bemerkt Kersten, von der Intestat, Erbfolge, dem Heergewette und der Gerade (Dresden 1775. 4.) Hauptst. 5. §. 38. mit Recht, daß sowol mit Ausstellung als Annehmung solcher Revers behutsam verfahren werden müsse, indem der Revers des Magistrats den beweglichen Sachen an einem Orte, wo keine Gerade üblich ist, auch nicht die Eigenschaft der Gerade beylegen kann. Nur alsdenn hat der obrigkeitliche Revers Nutzen, wenn zwar die Gerade schon in eben der Waage an dem Orte, wo der Revers ausgestellt wird, als sie es in dem Orte, welche den Revers erhält,

hält, ~~noch~~ gewesen ist, und nur bisher auf ~~Äußerem~~  
keine Gerade auswärtig verabsolget worden war.

D. G.

§. 2. Ich will mich iho nicht bey denen vielen Fra-  
gen aufhalten, welche von den berühmtesten Rechtsge-  
lehrten aufgeworfen worden: ob man, wenn in einer  
Stadt keine Gerade üblich, sondern dieselbe mit der  
ganzen Erbschaft an auswärtige Erben verabsolget  
wird, nicht in einer andern Stadt, wo die Gerade im  
Gebrauch ist, denen in jener sich aufhaltenden Bürgern,  
ein gleiches wiederfahren, und also ohne Zurückbehal-  
tung der Gerade die ganze Erbschaft verabsolgen lassen  
müsse. Inaleichen ob deshalb das Wiedervergeltungs-  
recht statt findet, wenn eine Stadt von der andern in  
gewissen Rechten und Gewohnheiten abgeht 1). So  
lange das Wiedervergeltungsrecht nicht durch Verträge  
oder Landesherrliche Gesetze aufgehoben wird, muß  
man die Sache nur so betrachten, wie sie gegenwärtig  
beschaffen ist. In dieser Absicht ist unser Spruchwort  
auch heut zu Tage noch im Gebrauch, und die mehres-  
ten Stadtrechte stimmen darinnen mit einander übere-  
in, daß man keine zu dem Heergewette oder zu der  
Gerade gehörige Stücke an solche Oerter verabsolgen  
lassen soll, von welchen selbige nicht verabsolget wird.  
Ich finde indessen die Meinung dererjenigen sowohl der  
Vernunft als auch der Billigkeit gemäß, die dafür hal-  
ten, daß es nicht genug sey, daß eine Stadt derglei-  
chen uns beschwerliche und unbillig scheinende Verord-  
nungen habe, sondern wenn man zu dem so hassens-  
würdigen Wiedervergeltungsrecht schreiten will, noth-  
wendig dargethan werden müsse, daß dieselbe von ih-  
rem harten Rechte bereits einmal gegen uns Gebrauch  
gemacht habe 2). Diese Meinung ist auch ehemals von  
dem Kaiserlichen Cammergericht in einer von der Stadt  
Worms



Morgens erhobenen Beschwerde, wie Lauterbach 3) berichtet, angenommen worden.

1) *Rechenberg* in vindiciis jurium reipubl. et Fisci in doctrina retorsionum.

2) *Carpzov* P. III. const. 38. def. 8.

3) *de jur. in cur. mercator. ult.* §. 67.

#### XIV.

### Nahrung ist kein Erbe.

#### Anmerkung.

§. 1. Unsere Vorfahren haben von der Zeit an, als das Eigenthum unter ihnen eingeführt worden, ihre Güter in Stamm- und Erbgüter, und in eigene Güter, und in Lehngüter eingetheilet. Von den Rechten der ersteren handelt das gegenwärtige Sprüchwort. Durch die Nahrung werden hier eigentlich solche Güter verstanden, welche theils der Eigenthümer durch seinen Fleiß, Arbeit und Bemühen sich erworben hatte, theils in Küchen- und Kellervorrath bestehen. Ueber diese konnte er nach seinem Gefallen ordnen, und selbige, an wen er wollte, durch einen Vertrag, Schenkung oder letzten Willen vermaschen. Ganz anders war es mit den Stamm- und Erbgütern beschaffen, welche vom Vater oder den Vorfahren auf den Sohn und die Nachkommen, nach dem Erbrecht gekommen, und woran alle Nachkommen des ersten Erwerbers ein Recht hatten, daher auch der jedesmalige Besitzer sie nicht veräußern durfte, sondern dem nächsten Erben hinterlassen mußte 1). Was den Ursprung dieser Eintheilung anbelangt, so schreibt man denselben von den Zeiten her, in welchen die deutschen Völker die römischen Provinzen hier und da unter sich gebracht, und es sollen damals ihre Anführer

ter von den eroberten Ländern einen Theil, theils wegen ihres eigenen Unterhalts, theils wegen Besoldung ihrer Bedienten, zu ihren Cammergütern gemacht, die andern den vorigen Besitzern und Eigenthümern gelassen, und den übrigen Theil ihren hohen Kriegs- und Staatsbedienten erb- und eigenthümlich übergeben haben. Nach der Zeit haben viele dergleichen Stamm- und Erb- und Güter theils von den Königen geschenkt erhalten, theils durch Verträge an sich gebracht 2).

1) *Brandt* de natura bonorum avitorum cap. II.  
*Dreyer* de restricta facultate alienandi bona hereditaria.

2) *Burf* in der Erläuterung des Schilterischen Lehnrechts p. 375. sq.

§. 2. Es führet zwar der berühmte *Burf* an dem angeführten Orte Zeugnisse an 1), aus welchen zu ersehen, daß bey den Veräußerungen dieser Güter es nicht immer auf die Einwilligung der Anverwandten angekommen, allein er erweist zugleich, daß nachher die Gesetze verschiedener deutschen Völker die Einwilligung der ganzen von dem ersten Erwerber abstammenden Anverwandtschaft zu einer Nothwendigkeit gemacht haben, und es ist wahrscheinlich, daß nachher solches auch bey andern Völkern eingeführt worden sey, und diese Güter mit der Zeit die Eigenschaft angenommen haben, daß sie nicht anders als mit Einwilligung der Anverwandten veräußert werden konnten, da man einem kranken Menschen nicht einmal erlaubte, von seinen selbst erworbenen Gütern etwas zu veräußern oder an andere zu vermachen 2), so läßt sich leicht ermessen, daß man in Ansehung dieser Stamm- und Erb- und Güter noch mehr Sorgfalt geheget habe, damit selbige nicht dem Geschlecht entrißen werden mögen. In den mittlern Zeiten hat man ein gleiches beobachtet, wie sol-

solches theils aus dem sächsischen Landrecht 3), theils aus andern Gesetzen und Stadtordnungen erhellet 4).

1) P. 389.

2) *Heineccius de testamentifac. jur. germ. art. limit. tit. passim. circumscript.*

3) I. P. Sax. Lib. I. Art. 92.

4) *Dreyer* I. c.

§. 3. Wir müssen heut zu Tage die adelichen Stamm- und Erbgüter von denjenigen unterscheiden, welche Bürger und Bauern besitzen. Die Stamms- und Erbgüter des Adels, haben ihre alten Eigenschaften annoch behalten, und können ohne der Anverwandten Einwilligung nicht veräußert werden 1); diejenigen aber, so von Personen der beiden niedrigen Ständen besessen werden, haben in den mehresten Ländern dieselben verlohren 2), allein in dem Lübschen Recht 3), dem Hamburger 4) und Lüneburger Stadtrecht 5), findet man dieses alte Recht noch beybehalten, jedoch so, daß ja den Erbgütern auch diejenigen gerechnet werden, so jemand von seinen Kindern oder Seitenverwandten ererbet 6). Wenn es daher heisset, daß *Nahrung* kein Erbe sey, so bedeutet dieses nichts anders, als daß niemand wegen seiner Erbgüter in seinem letzten Willen etwas ändern könne, sondern selbige seinem rechten Erben ungeschmälert zu lassen schuldig, hingegen die erworbenen Güter des Erwerbers freyen Willführ unterworfen seyn.

1) *Hellfeld de restricta illustrium alienandi facultate, und de Bode opusc. de successione gentilitia c. 1. §. 3. und c. 2. §. 9. ff. D. 5.*

2) *Stryck de S. A. I. Diff. VI. cap. 1. §. 23.*

3) Lib. I. tit. 10. Art. 6.

4) R. III. tit. 1. Art. 4.

5) Art.

5) Art. 10. S. aber das neue Lüneburger Stadtrecht vom 30sten Nov. 1779. §. 16. in Pufendorfs animadversionibus juris, S. 237. d. 5.

6) Ius Hamb. P. III. tit. 1. Art. 7. Ius Lubec. Lib. I. tit. 10. Art. 6. Ludovic. de diverso jur. honor. adquisitionor. S. auch Ankelmann diss. de herede ab intestato per consensum in testamentum imperfectum bono hereditar. non alienante. Goetting. 1758. d. 5.

## XV.

### Gleiche Brüder gleiche Rappen.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort setzt die Regel fest, daß, wo der Verstorbene Kinder hinterläßt, desselben Nachlaß unter dieselben zu gleichen Theilen getheilet werden soll, weil die sämtlichen Kinder, so von einem Vater und Mutter abstammen, sich einander gleich sind, und daher zu dem elterlichen Nachlaß ein gleiches Recht haben. Ob schon in dem Sprüchwort selbst nur der Bruder gedacht wird, so werden doch darunter die Kinder beiderley Geschlechts verstanden. Es hat aber dasselbe seinen Grund, theils in dem natürlichen Rechte, oder vielmehr in der natürlichen Liebe der Eltern gegen die Kinder, welche nicht leidet, daß die Eltern mit ihren Kindern auf eine ungleiche und unbillige Weise verfahren. Es kommt auch darauf nicht an, ob die Theilung der Erbschaft des Vaters oder der Mutter Vermögen betrifft, denn das Recht der Natur macht die Kinder zu Erben von beiderseitigen Eltern. In dem Justinianischen Gesetzbuch findet man die Erbfolge der Kinder nach diesem Sprüchwort auf das deutlichste vorgetragen 1).

1) L. 1. C. famil. etatisc.

Eisenh. Sprach.

§. 2. In unserm Deutschland fällt der Gebrauch von diesem Sprüchwort in vielen Fällen weg. Denn wenn, ich auch gleich nichts von dem Recht der Erbschaft anführen will; so sind doch noch außerdem Fälle genug vorhanden, welche uns bezeugen, daß nicht immer die Kinder zu gleichen Theilen die elterliche Nachlassenschaft empfangen, ob schon zu des Tacitus Zeiten es so eingeführt gewesen 1). Unter den alten deutschen Völkern ist aber nachher eine große Veränderung vorgefallen, wozu die Beschaffenheit der Güter und die Erhaltung des Stammes Gelegenheit gegeben, welche auf die Erhaltung des Geschlechts zu sehen anriethen. Einige Völkerschaften, denen die römischen Rechte früher als andere bekannt geworden, machten zwischen den Söhnen und Töchtern keinen Unterschied, da hingegen die mehesten, selbige der väterlichen Stammgüter beraubten. Man lese hievon des großen Rechtsgelehrten Freyherrn von Senkenberg unten angeführte Abhandlung 2), welcher die Gewohnheiten der verschiedenen deutschen Völker zusammengetragen. Es hat diese Ausschließung der Töchter manchen hart und unbillig geschehen, und jener Vater sprach darüber in folgende wehmuthsvolle Worte aus, wenn er sagte: *Dulcissima filia mea, illa ergo diuturna, sed in pia inter nos consuetudo tenetur, ut de terra paterna sorores cum fratribus portionem non habeant* 3). Der Unterschied zwischen der Heergewalt und der Größe der Erbfolge in Ansehung der Lehngüter und andern dergleichen Fällen mehr, lehren genug, wie weit man in Deutschland von der in diesem Sprüchwort enthaltenen Regel abgeht. Scheinet dieses hart und streng zu seyn, so bedente man dagegen auch, daß die Gesetze in der Beschaffenheit eines jeden Staates ihren Grund haben, und dieser allezeit dasjenige rechtfertiget, was die Billigkeit bey dem ersten Anblick für tadelnswürdig hält.

1) de M. G. c. 20.

2) de successione filiar. in regn. et principat. c. V.

3) *Marculphus* Lib. II. form. 12. — Was diese Stelle in *Marculphus* Formeln betrifft, so halte ich sie nicht sowohl für den Ausdruck der Gesinnung und Empfindung eines teutschen Vaters, als vielmehr für den Kunstgriff eines Mönchs, welcher wol einsah, daß die Ausschließung der Töchter vom unbeweglichen Vermögen dem Vortheile der Geistlichkeit zuwider lief, und daher bemüht war, selbige der Nation verhaßt zu machen. Wenn man nicht mehr so sehr darauf hielt, daß die Güter bey der Familie bleiben mußten, so ward es der Geistlichkeit leichter, selbige an sich zu ziehen. Vielleicht hatte auch *Marculphus*, als Mönch, schon die Erfahrung gemacht, daß es leichter sey, dem Frauenzimmer, das von Natur stärker als das männliche Geschlecht durch eine bewegliche Rede gerührt wird, zu Gunsten der Kirche etwas abzuschwächen, als dem Manne. Gelangten nur erst die Töchter zu dem unbeweglichen Vermögen, so dachte der Schlaupopf, dann wird auch schon die Kirche dazu gelangen. D. H.

## XVI.

Der ältere theilet, der jüngere kiesel.

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort wird in dem sächsischen Landrecht angetroffen 1), wo es heißt: Wo zween Manne ein Erbe nemen sollen, da sol der älteste theilen, und der jüngste sol kiesen, das ist wählen. Es gehet also von dem römischen Rechte ab, welches verordnet, daß die Erbschaft durch das Loos getheilet oder der Richter die Theile machen soll 2). Diese Art zu theilen, ist eben keine Erfindung unserer Vorfahren, indem schon in der heiligen Schrift derselben gedacht wird 3), und sie ist auch von den Päbsten gebilliget 4), in Deutschland aber als eine allgemeine

Gewohnheit durch einen Ausspruch des Reichs-Cammergerichts bestätigt worden 5). Die Absicht dieser Art zu theilen, ist vornemlich dahin gegangen, allen Hervortheilungen zuvor zu kommen, welche gemeiniglich bey den Theilungen auf eine oder andere Weise entstehen, so aber nicht zu besorgen ist, wenn die eine von den Personen die Theile machet, die andere aber die freye Wahl hat. Es ist ein Zweifel entstanden, ob nach diesem Sprüchwort auch die Theilung geschehen könne, wenn drey Erben vorhanden sind. Nach dem Reichbildsrecht 6) ist dieses gar nicht in Zweifel gezogen, denn daselbst heisset es ausdrücklich: **Wo aber zween Mann oder drey zu einem Erbe gehören, oder Heergewette theilen sollen, da mag der jüngste kiesen.** Geschiehet dieses, so wählet alsdenn der jüngste zuerst, und sodann die andern, so nach dem Alter demselben am nächsten vorgehen 7). Wies wol es nach dem Zeugniß des Carpzovs in Ehrensachsen nur, wenn zwey Brüder oder Schwestern vorhanden sind, statt findet 8). Man will auch dafür halten, daß, wo Landes- oder Stadtordnungen dieses Rohrrechtes Erwähnung thun, aber nur von zwey reden, die Theilung, wenn mehrere Erben vorhanden sind, nicht nach diesem Sprüchwort einzurichten sey 9).

1) I. P. S. Lib. III. Art. 29. S. auch das Schwäbische Landrecht Cap. 270, §. 3. nach der Königlich-sächsischen Ausg. Hingegen die leges Normann. bey Ludewig Reliq. MSC. T. 7. §. 213. verordnen gerade das Gegentheil, nämlich, daß der jüngere theilen, und der ältere wählen solle.

2) L. ult. D. famit. ercisc. L. 2. C. commun. delegat.

3) 1 Mose XIII. v. 9. 10. 11.

4) C. 1. X. de paroch. et alienation. prohib.

5) Webner voc. Theilungschur. Bersius de statut. et pact. familiar. illustrium cap. 4 §. 10. Gailus

Lib. II. Obs. 116. n. 14. *Buder* in amoenitat. jur. feudal. p. 145. — Daß das Rührrecht als ein gemeines Recht in Deutschland gelte, ist unerweislich. Beym Reichscammergerichte hat man dieses zwar wegen des c. 1. X. de paroch. behauptet, allein in dieser Stelle ist nicht die Rede vom Rührrechte bey Erbtheilungen, sondern von dem Falle, wenn einem Bischof wegen Kezerei ein anderer Bischof substituirt worden ist, ersterer aber von seiner Kezerei zurückkömmt und von der Kirche wieder aufgenommen wird. Alsdenn sollen nämlich beide sich in die Diocesen des Bisthums theilen, jedoch auf die Weise, daß der ältere Bischof die Theilung macht, der jüngere aber wählt. Wo daher das Rührrecht durch kein ausdrückliches Gesetz oder erweisliches Gewohnheitsrecht eingeführt worden ist, muß der richtigern Meinung nach das römische Recht befolgt werden. *S. Manzel Selecta Rostochiensia P. I. C. 12. D. 5.*

6) Art. 26.

7) *Beufus* l. c. c. 4.

8) P. III. c. 15. def. 11.

9) *Beyers* Diss. de proverbio: major dividit minor eligit.

§. 2. Es ist aber mit dieser Theilungsart so beschaffen, daß dieselbe nicht mehr zugelassen wird, wenn lauter Brüder-Kinder vorhanden sind. Es wird ferner erfordert, daß alles dasjenige, was einem oder dem andern der Erben zum voraus gebühret, imgleichen die Schulden und andere dergleichen Dinge, vorher abgetragen werden müssen. Daß ferner die Sachen einer Theilung fähig sind 1). Ob auch die Theilung eines Lehens nach diesem Sprüchwort geschehen könne, darüber sind die Rechtslehrer nicht einig. Man muß einen Unterschied zwischen den Reichs- und Landsfässigen Lehn machen. Jene sie ehemals schon keiner Theilung unterworfen gewesen 2), und heut zu Tage läßt das Recht der Erstgeburt dergleichen Theilungen nicht



nicht zu, welches in Ansehung der Churfürstenthümer durch die güldne Bulle eingeführet worden 3). So viel aber die Landsässigen Lehen anbelanget, ist es weniger Bedenken unterworfen 4), ob schon solches von einigen geleugnet worden 5).

1) *Hoffmann* de jur. rer. individuar.

2) A. B. cap VII. §. 2.

3) *Buder* Amoen. jur. feud.

4) *Schnatterbach* an option. minor. in feudalib. locus lit.

§. 3. Es ist diese Theilungsart außerhalb denen Chursächsischen Landen, auch in denen Fränkischen, Westphälischen, Niedersächsischen und andern Ländern üblich 1). Die Statuten der Heinrichstadt zu Wolfenbüttel vom Jahr 1602. Art. 16. eignen dem jüngsten Sohn das Kührrecht ebenfalls zu, und es ist in dem Braunschweigischen, in Ansehung der Ackerhöfe, bey den Bauern auch im Gebrauch, kraft dessen der jüngste Sohn die Wahl hat, den väterlichen Hof zu behalten, allein es kommt doch dabey auf die Bestätigung des Gutsherrn an, indem, wenn derselbe rechtmäßige Ursachen hat, dem jüngsten Sohn nicht den Hof zu lassen, derselbe auch einem der älteren Söhne übergeben werden kann 2). Es ist auch demjenigen, welchem die Wahl zustehet, gar wohl erlaubt, solche um Geld einem andern Miterben zu überlassen. Man nennet dieses das Kührgeld 3).

1) *E. Mascov* notit. jur. et judicior. Brunsv. Luneb. C. 1379. ff. und *Pufendorf* O. I. V. T. 1. app. C. 46. nebst der daselbst befindlichen Note. D. 5.

2) *de Goebel* de jur. et judicio rusticor. cap. IV. §. 16. und *Nolten* de jure circa villicos. C. 26. ff. D. 5.

3) *Leyser* in jur. Georgic. P. I. c. 30. n. 67.

XVII.

Die Schulden sind der nächste Erbe.

Anmerkung.

§. 1. Sowol in den römischen als auch deutschen Rechten ist dieses Sprüchwort gegründet, dessen Inhalt dahin gehet, daß die Erben des Verstorbenen nicht eher desselben Nachlaß unter sich theilen können, so lange noch nicht von dem hinterlassenen Vermögen die Schulden bezahlt sind, und daß daher die Gläubiger vor den Erben ihrer Forderungen wegen den Vorzug haben. Es müssen aber die Gläubiger dreißig Tage zuerst vorbegehen lassen, ehe sie sich ihrer Forderungen halber messen dürfen, weil man diese dreißig Tage zu den täglichen Seelmessen bestimmte, welche für die Seelenruhe des Verstorbenen gehalten worden sind, und denen desselben hinterlassene Freunde und Erben bewohnen mußten 1). Man sehe es demnach als eine strafbare Beleidigung an, wenn jemand binnen dieser Zeit die Erben gerichtlich belangte, oder sonst auf eine Weise denenselben beschwerlich fiel, und ob wol in Evangelischen Ländern heut zu Tage die Ursache hinwegfällt, um welcher willen diese dreißig Tage abgewartet werden müssen, so hat sich doch die Gewohnheit noch erhalten.

1) *Horn de die tricesimo. Capitular. Lib. VI. cap. 198. Fideles pro defunctis amicorum et parentibus eorum ieiunia et oblationes triginta dies adimplere faciant.*

§. 2. Es ist auch gewöhnlich, daß binnen dieser Zeit die Versiegelung geschiehet, das Gesinde wird so lange, bis zum Ablauf der dreißig Tage im Dienst behalten. Der Erbe kann auf keine Weise sich der Erbschaft halber zu erklären gezwungen werden.

## XVIII.

## Erbsiis ist geen Winste.

## Anmerkung.

§. 1. Dieses niederländische Sprüchwort lehret, daß die Erhaltung einer Erbschaft nicht immer zu unserm Vortheil gereiche, und daher nicht als ein Gewinn oder durch das Glück erworbenes Gut anzusehen sey, sondern zuweilen mit des Erben größten Schaden verbunden, indem der Erbe an die Stelle des Verstorbenen tritt, und alles dasjenige leisten und erfüllen muß, wozu der Verstorbene verbunden gewesen. Es soll bey der Erklärung des folgenden Sprüchwortes angeführt werden, was unsere Vorfahren von der Verbindlichkeit der Erben in ihren Gesetzbüchern verordnet. Hier ist nur noch anzuführen, daß nach den niederländischen Rechten der Erbe sowohl die Geldstrafen, welche dem Verstorbenen zuerkannt worden, als auch den Schaden, welchen derselbe jemanden zugefüget, ersetzen müsse, wenn er auch nicht einen Heller von dem Verstorbenen 1) ererbet.

1) *Simon van Leeuwen* in censura forensi ad tit. C. ex delicto defunct. in quant. hered. und *Graenewegen* de L. L. abrogatis. P. III. S. 127. d. 4.

§. 2. Bey uns kann dieses Sprüchwort nur insoferne eintreffen, wenn der Erbe sich übereilet und sich ohne des sogenannten zum Vortheil der Erben eingeführten Rechtes ein seyerliches Verzeichniß zu verfertigen, nach welchem der Erbe nicht gehalten ist, die Schulden weiter zu bezahlen als sich das Vermögen erstrecket, zu bedienen, sich schlechterdings zum Erben erklärt.

XLX.

Wer einen Heller erbet muß einen Thaler bezahlen.

Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort ist die Rede von der Verbindlichkeit eines Erben die Schulden des Verstorbenen zu bezahlen, welche daher entsteht, daß, wenn der Erbe einmal die Erbschaft angetreten, er alsdann die Person seines Erblassers vorstellet, und daher auch die Schulden des Verstorbenen bezahlen muß, ob sie schon das hinterlassene Vermögen übertreffen, und die Erbschaft ihm zum größten Schaden gereicht 1). In den alten Gesetzen unserer Vorfahren finden wir von dieser Verbindlichkeit verschiedenes verordnet, und es kommen dieselbe in dieser Sache nicht mit einander überein. Bey den Franken mußte der Erbe, nachdem er einmal die Erbschaft angetreten, die Schulden ohne Unterschied bezahlen, wenn auch gleich selbige das Vermögen, so der Verstorbene hinterlassen, weit überstiegen 2). Ein gleiches legte auch das Burgundische Recht dem Erben auf 3). Etwas gelinder verfahren die Westgothen mit den Erben, welche denselben die Bezahlung der Schulden nicht weiter zumutheten, als so weit sich das Vermögen erstreckte 4). Der einzige Fall war ausgenommen, wenn der Erbe sich ausdrücklich alle Schulden zu bezahlen verbindlich gemacht hatte. Nachdem die Testamente bey den Deutschen üblich geworden und dieselben angefangen haben, selbige wegen ihrer Seelen Heil zu verfertigen, so hat man auch geglaubt, daß die Erben zu der Vollziehung des Verstorbenen letzten Willen eben so gut verbunden wären, als wenn sie sich dazu ausdrücklich verbindlich gemacht hätten.

1) Es ist daherhalb gefährlich, Erbschaften an sich zu kaufen, wie das Sprüchwort: Wer will verderben, der borge Geld und kaufe Erben; lehrt, welches man in Pistor's Thesaur paroem. Cent. III. nr. 19. erklärt findet. Weil der Sinn dieses Sprüchwortes sich aus dem, was der B. anführt, von selbst ergibt, so hielt ich es auch nicht für nöthig, selbiges besonders zu erläutern. d. S.

2) Lex Ripuaria tit. LXVII. §. 2.

3) Lex Burgund. tit. LXV. §. 2.

4) Lex Wisigoth. Lib. VII. tit. V. §. 8.

§. 2. Daß die alten Rechte der Sachsen von dem Gesetz der Westgothen in diesem Stück wenig unterschieden gewesen, kann man aus dem sächsischen Landrecht ersehen 1), weil es in demselben heißt: Wer das Erb nimt, der soll zu Recht die Schulden gelten, als ferner das Erb währet mit der farenden Haab. Die unbeweglichen Güter konnten zur Tilgung der Schulden nicht einmal an gegriffen werden, weil sie Erbgüter gewesen, deren Beschaffenheit es nicht zugab, daß sie ohne der Erben Erlaubniß veräußert oder mit Schulden beschweret durften. Ja was noch mehr ist, es verordnet, daß der Gläubiger durch siebenzig Schöppenbare oder sonst freye Leute überführet werden müsse, wenn ihm von der Schuld des Verstorbenen nichts bekannt seyn sollte. Dieses hatten Umstandes halber soll der Pabst Gregorius der Fülfte unter andern bewogen worden seyn, die Replovische Sammlung von sächsischen Gewohnheitsrechten zu verwerfen und für ein gefährliches Buch zu erklären, weil er glaubte, daß es wider die heilige Schrift liefe, einem Gläubiger die Erhaltung seiner Forderung so schwer zu machen. Das Alemannische Recht gehet von dem sächsischen ab, und saget 2): Wer Erbe nimmt, der soll auch zu Recht die Schuld gelten, die der Tod man gelten soll, die man weiß.

weiß. Nur in Ansehung des Gebes eines Bürgen kommt es mit dem sächsischen überein 4). Aus diesem ist nun leicht die Ursache zu ersehen, warum man in Deutschland kein ordentliches und feyerliches Verzeichniß alles desjenigen, was dem Verstorbenen zugestanden, verlangt, und mit einer bloßen Aufzeichnung zufrieden gewesen war.

1) I. P. S. Lib. I. Art. VI.

2) Cap. 254. edit. Berger. Nach der Königsthalschen Ausgabe Cap. 260. D. H.

3) Cap. 325. ibid. Nach der Königsthalschen Ausgabe, Cap. 297. D. H.

§. 3. Heut zu Tage hat der Erbe keinen so harten Stand mehr zu befürchten, und ist nicht schuldig des Verstorbenen Schulden zu bezahlen 1), wenn dieselben das ererbte Vermögen übersteigen, wenn er die von dem Kaiser Justinian eingeführte Rechtswohlthat ergreift, und ein Inventarium verfertigen läßt 2), denn derselben Wirkung bestehet hauptsächlich darin, daß er nicht gehalten ist, die Schulden weiter zu bezahlen, als sich das Vermögen erstreckt. Es ist aber ohne mein Erinnern bekannt, daß bey der Verfertigung eines solchen Verzeichnisses nicht nothwendig ist, alle diejenigen Feyerlichkeiten zu beobachten, so der Kaiser Justinian vorgeschrieben hat 3), und man in Sachsen mit einem bloßen Verzeichniß zufrieden ist, wenn der Erbe dasselbe durch einen körperlichen Eid bestärket 4).

1) An einigen Orten, wo ehemals das Sächsische Recht gegolten hat, hat sich der Grundsatz: „Wer nimmt, der soll zu Recht die Schuld gelten, als ferne das Erb, be weret, mit der fahrenden Haabe;“, lange erhalten. So wurde z. B. in der Stadt Lüneburg über die Gültigkeit desselben bis zum Jahre 1779 noch viel gestritten. Er ward aber durch die in diesem Jahre bekannt gemacht,

gemachten neuen Statuten abgeschafft und dagegen dem römischen Rechte in diesem Punkte völlige Gültigkeit beygelegt. „*E. Pufendorf animadvers. juris*, S. 237. d. 5.

- 2) *L. ult. C. de jur. delib. N. I. cap. 2.*
- 3) *Thomafius ad Inst. Lib. II. Tit. 19.*
- 4) *Carpzovius P. III. Const. 33. def. 19.*

## XX.

## Die blöedige Hand neemt geen Erfnis.

## Anmerkung.

§. I. Bey den Niederländern ist dieses Spruchwort mehr als in Deutschland im Gebrauch, und es ist eigentlich im römischen Rechte gegründet. Durch die blutige Hand wird derjenige verstanden, so einen andern umgebracht, oder doch wenigstens verwundet hat, wenn schon die Wunde nicht tödtlich gewesen 1). Ist der Mörder eine Person, welche nach dem Erbgangsrecht des Ermordeten nächster Erbe geworden wäre, oder vermöge eines Testaments desselben Erbe zu werden Hoffnung gehabt, oder auch ein Vermächtnis erhalten hätte, so wollen die Geseze haben, daß derselbe nicht das geringste erhalte 2), sondern daß dem Fisco, oder wie einige Ausleger meinen, den übrigen Miterben des Erblos gewordenen Theil anheimfallen soll, wiewol, was Hubertus 3) von Frießland behauptet, daß selbiger von dem Fisco eingezogen werde, denen Rechten gemäßer ist 4). Ja man ist der Meinung, daß ein gleiches auch statt finden müsse, wenn jemand eine dem Erblasser nah angehende Person ermordet oder verwundet hat 5).

1) *E. Lucas van de Poll de exheredat. liberor. C. 48. §. 17. d. 5.*

2) *L. 3. D. de his quae ut indign.*

3) Hu-

3) *Huberus* in praelect. ad Tit. citat. §. 6.

4) *de Leyser* Sp. 393. m. 2. *E. Hommel* in Rhaps. quaest. opf. 640. welcher aus sehr guten Gründen zeigt, daß im angezeigten Falle die Erbschaft nicht dem Fiscus, sondern den nächsten Erben zuerkannt werden müsse. Da in Teutschland das Recht des Fiscus zweifelhaft ist, so findet er im l. 10. ff. de jur. filii enthaltene Grundsatz, daß in zweifelhaften Fällen wider den Fiscus zu erkennen ist, seine Anwendung. *Schilter* in Exercit. ad ff. exercit. 38. und 182. beruft sich zwar auf den bekannten Text im longobardischen Lehnrecht II. F. 56. nach welchem: „quae ut ab indignis aufertur, et bona condemnatorum et proscriptorum;“, zu den Regalien gerechnet werden, allein dieser ganze Text kann nicht als eine Verordnung, wornach in Teutschland die Regalität dieses oder jenes Rechts beurtheilt werden müsse, betrachtet werden. D. 5.

5) *Stryck* de S. A. I. diff. II. cap. 1. §. 13.

§. 2. Die Gesetze, und zum Theil die Ausleger derselben, zählen viele Fälle mehr hieher, um welcher Willen jemand einer Erbschaft verlustig wird, wenn er auch gleich den Verstorbenen weder ermordet noch tödtlich verwundet hat. Hieher gehöret die Entziehung des Bespandes in derselben letzten Krankheit, die Unterlassung der nöthigen Pflege; ferner, wenn er unterlassen, bey Zeiten einen Arzt rufen zu lassen, und dergleichen mehr, wovon *Stryck* an dem angeführten Orte alles zusammen getragen, was nur immer von dieser Materie gesagt werden kann, und da heut zu Tage in der Lehre von der Erbfolge das Justinianische Gesetzbuch von gar großem Ansehen ist, so ist kein Zweifel, daß auch dasselbe, was von der Beraubung einer Erbschaft darinnen enthalten ist, beobachtet werden müsse. In Teutschland ist man um Gesetze von dieser Art in den alten Zeiten unbekümmert gewesen, und so gewöhnliche Gedanken fielen unsern Vorfahren, nicht



nicht ein, daß sie damit einer den andern bald beerben möchte, sich einander des Lebens beraubt hätten, bey den Römern sind dergleichen gottlose Frevelthaten nicht unbekannt gewesen, und man trifft häufige Beispiele genug in ihren Geschichten an, wie weit der Geiz und eine schändliche Geldbegierde manchen verleitet haben, der ohne Bedenken durch Gift oder auf andere Weise seinen nächsten Freund hingerichtet hat, nur damit er bald desselben Güter bekommen möchte. Nur diejenigen deutschen Völker, so nach der geschehenen großen Völkerwanderung näher mit den Römern bekannt geworden und auch römische Sitten angenommen haben, sind auch durch die Laster derselben verderben worden. Man trifft in denselben Gesetzbüchern schon so viel an, daß ein Kind, welches seine Eltern schlägt, enterbet werden soll, wie das Gesetzbuch der Westgothen lehret 1).

1) Lex Wisigoth. Lib. IV. T. V. §. 1.

#### IV.

### Vom Pfandrechte.

#### I.

### Pfand giebet oft Land.

#### Anmerkung.

#### §. 1.

Das Wort Pfand hat in den Rechten eine doppelte Bedeutung, denn bald bedeutet es die Sache, welche verpfändet wird, bald einen Contract; bald aber wird das Recht darunter verstanden, daß der Schuldner

get

ger an der verpfändeten Sache erlangt. In diesem Spruchwort wird es in der ersten Bedeutung genommen, und es wird damit soviel gesagt, daß es sich oftmals begiebet, daß, wenn der Schuldner sich nicht im Stande befindet, das verpfändete Gut wieder einzulösen, der Gläubiger endlich dasselbe als sein Eigenthum behält. Es kann sich aber auch zutragen, daß der Gläubiger so viele Unkosten an die Erhaltung des Pfandes angewendet hat, daß es mit der Zeit dem Schuldner unmöglich wird, solches einzulösen, oder es kann auch der Gläubiger, wenn ihm von dem Richter nachgesehen wird, auf eine unerlaubte, und in den Rechten verbotene Weise sich des Eigenthums von dem verpfändeten Gut anmaßen.

§. 2. Die Gesetze der alten deutschen Völker gedenken des Pfandcontrakts ebenfalls. Es mußten aber nach denselben die Verpfändungen der unbeweglichen Güter gerichtlich geschehen 1), und nur diejenigen, die auf diese Weise geschahen, wurden für gültig erklärt. Man hatte dabey verschiedene Feierlichkeiten gebraucht, worauf die Deutschen bey allen wichtigen Handlungen sahen 2). Ueberhaupt ist zu bemerken, daß die Deutschen von Pfandverschreibungen und Hypotheken nichts wußten, sondern der Gläubiger bekam allezeit das Pfand in seine Gewalt, es mochte entweder in einer beweglichen oder unbeweglichen Sache bestehen. Man hat über die Frage sehr gestritten, ob der Pfandinhaber das Eigenthum an dem Pfand allezeit erhalten habe 3)? Vieles kommt dabey auf die Untersuchung der errichteten Pfandcontrakte an 4). Es haben bey den alten Deutschen die Verpfändungen unbeweglicher Güter, mehemals in einem Kauf und Verkauf bestanden, wobei jedoch die Bedingung beugefügt worden, daß der Gläubiger nach abgetragener Schuld das Pfand dem

dem Schuldner wiederum überlassen mußte. Es hat dieserwegen der Gläubiger die Benennung eines Pfandherrns erhalten 5). Zu den Ueberbleibseln alter Gewohnheiten gehört auch dieses, daß die Juden verschiedene Sachen, als heilige Geräthe, und dergleichen, nicht als Pfänder annehmen dürfen, und daß denselben an verschiedenen Orten keine unbewegliche Güter verpfändet werden können 6).

1) *Heineccius* in *Elem. iur. Germ.* T. I. L. II. §. 443. *Ayrer* de different. iur. german. et Roman. circa pignora.

2) *du Fresne* in *glossar mediae et infimae latinitat.* T. III. p. 1835.

3) *Kopp* de iur. pignorand. conventionali. *Riccus* de dominio pignor. germanici. *Potgießer* de indole et natur. pignor. de *Hackmann* diss. de domini translatione in pignore Germanico. d. 5.

4) *Dreyer* de usu genuino iur. Anglo Sax. p. 136.

5) *Strauchius* de oppignorat. rer. imperii. *Gundling*. de iur. oppignorat. territor.

6) *von Senkenberg* Anfangsgründe der alten, mittlern und neuen teutschen gemeinen Rechtsgelehrsamkeit, Lib. II. cap. 4. §. 32.

§. 3. Da dieses Sprüchwort nur von dem handelt, was geschehen kann, nicht aber was gemeiniglich geschieht, so ist leicht einzusehen, daß dasselbe auch heut zu Tage seine Anwendung haben kann. Jedoch wird auch ein solcher Vertrag für ungültig erklärt, wenn der Gläubiger sich ausdrücklich das Eigenthum vom Pfand in dem Fall ausbedingen wollte, wenn der Schuldner solches zu der bestimmten Zeit nicht wieder einkaufte, als welches durch den bekannten *legem commissariam* verboten 1). Was die Reichs-Pfandschaften anbelangt, so ist bekannt genug, daß derselben

ben Wiedereinlösung, vermöge des Westphälischen Friedensschlusses, entsaget worden 2), und eben dieses findet man in der neuesten Wahlcapitulation wiederholt, wo es heißt 3): Die Churfürsten, Fürsten und Stände aber bey denen ihnen verschriebenen und innhabenden Reichs-Pfandschaften, nach Maaßgebung des *Instrumenti Pacis*, ohne Wiederlösung und Wiederrufung zu schützen, und ruhig dabey, bis auf anderweite Vergleichung zwischen den römischen Kaysern und Reichsständen, bleiben. Ob dasjenige, was ein Stand des Reichs dem andern verpfändet hat, oder auch Privatpfänder wiederum eingelöst werden können, ist um so weniger einem Zweifel unterworfen, nachdem die Reichsgerichte mehrmals durch ihre Urtheile diese Frage bejahet 4).

- 1) *Stryck* in V. M. Lib. XIII. tit VII. §. 9.
- 2) I. P. W. Art. c. §. 27. *Harprecht* de oppignorationum imperialium reuisione.
- 3) Art 10. §. 4. — Auch Art. 1. § 9. Die Reichspfandschaften bestehen in Gütern und Gefällen, welche ehemals zu den Cammergütern der teutschen Könige gehörten, allein in der Folge von den Kaisern an Reichsstände oder Privatpersonen verpfändet worden sind. Man muß damit nicht die Verpfändungen verwechseln, welche von Reichsständen geschehen sind, wie auch der B. bemerkt. S. Moser Betrachtungen über die Wahlcapitulat. R. Joseph II. S. 61. ff. D. 5.
- 4) *Brückner* de jur. reuision. debitori contra creditorem competente.

## II.

**Versatz verjähret nicht.**

## Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort wird die Regel feste  
gesetzt, daß der Gläubiger, wenn er auch noch so  
Eisenh. Sprüche. K. lange

lange das Pfand im Besiz habe, doch durch keine Verjährung das Eigenthum davon erwerben könne, weil er solches zu der Zeit des zwischen ihm und dem Schuldner vollzogenen Contracts nur zu seiner Sicherheit und unter der Bedingung empfangen, solches allemal wieder herauszugeben, so bald die Abtragung des Darlehns erfolgt, weil die Wiedereinlösung des Pfandes unter diejenigen Dinge gehöret, so von des Menschen freyer Willführ abhängen. In den römischen Gesetzen ist dieses klar enthalten 1), allein die Ausleger, deren fruchtbarer Wit tausenderley Ausnahme gegen die Gesetze erfunden, sind gleichwol nicht immer mit einander darin einig gewesen. Einige machen einen Unterschied zwischen der Befugniß das Pfand wieder einlösen zu können, und der aus dem Pfandcontract entstehenden Klage. Von jenen behaupten sie, daß selbiges keiner Verjährung unterworfen sey, wohl aber diese, wenn der Schuldner nach abgetragener Schuld den Gläubiger in dem ruhigen Besiz des verpfändeten Gutes dreißig Jahr hindurch gelassen hätte 2).

1) L. 9. §. 3. D. de pignorat. action.

2) Stryck in V. M. L. XIII. Tit VII. §. 12.

§. 2. Aus demjenigen, was bey dem vorhergehenden Spruchwort von den Reichs-Pfandschaften angeführt worden, ist zu erschen, daß solches auf dieselben nicht angewendet werden kann, besonders, nach dem in den jedesmaligen nach der Zeit gemachten Wahlcapitulationen, die Stände des deutschen Reichs des Eigenthums ihrer innehabenden verpfändeten Länder, mehrmals versichert worden. In Ansehung anderer Verpfändungen findet dasselbe allemal statt. Bey den Reichsgerichten wird die Einlösung des Pfandes allemal für gültig erkannt 1), und in vielen Landesgesetzen

ist.

ist ein gleiches ausdrücklich enthalten, ja es wird derjenige, so ein Pfand abläugnet, sogar bestraft 2).

1) *Gaius* Lib. II. obs. 18. n. 4. seq.

2) *Frankfurt. Stadt-Reformation*, X. Th. tit. 1. §. 6.

### III.

#### Die ältesten Briefe gehen vor.

##### Anmerkung.

§. 1. Wie *Hertzius* 1) bemerkt hat, ist dieses Sprüchwort in der *Nassau-Cazeneubogischen* Landesordnung befindlich 2), wo es heisset: Welcher nun in solchen Fällen die älteste Pfandverschreibung hat, derselbe wird einem andern, der eine jüngere hat, vorgezogen, und heisset diesfalls nach dem gemeinen Sprüchwort: Die ältesten Briefe gehen vor. Aus diesen Worten ist der Verstand dieses Sprüchworts schon deutlich abzunehmen. Es ist dieses Vorzugsrecht der älteren Hypotheken in den gemeinen Rechten ebenfalls gegründet 3), und es ist dabei einerley, ob jemand ein ausdrückliches oder stillschweigendes Pfand hat, und ob er solches durch eine freiwillige Verschreibung, oder durch eine gerichtliche Einweisung in die Güter des Schuldners, oder durch einen Arrest erlangt 4). Dieser Vorzug gründet sich auf das Alter der geschehenen Verschreibung, und man ist damit so genau, daß es auch sogar auf die Stunde ankommt, wenn etwa jemand zwei oder mehreren Personen zugleich in einem Tage seine Güter zum Unterpand verschrieben hätte. Ist aber die Zeit nicht ausgedrückt und unbekannt, welche von beiden Pfandverschreibungen die älteste ist, so geht keiner dem andern vor, sondern beide müssen sich darein theilen 5).

- 1) de paroen. jur. germ. Lib. I. par. 49.
- 2) P. I. cap. 14. §. 5.
- 3) L. 2. et 4. C. qui potior in pignor.
- 4) *Brunnemann* de proc. concurs. Creditor. cap V. §. 57.
- 5) L. 16. §. 8. D. de pignorib.

§. 2. Der Gebrauch von diesem Sprüchwort äußert sich auch noch heut zu Tage bey allen Concursen, wiewol verschiedene Ausnahmen dabey statt finden, so ich aber der Weitläufigkeit wegen übergehe, zumal da *Hertius* an dem angeführten Orte selbige umständlich bewiesen. Hierzu gehöret auch das, was in der Herzoglich Braunschweig Lüneburgischen Wechselsordnung 1) unter andern verordnet ist, daß derjenige, dem einige Effecten zum Unterpfande gesetzt sind, solche Waaren oder Effecten bey entstandenem Concurs zwar dem Gericht mit anzeigen und gerichtlich schätzen lassen soll, jedoch wenn gleich selbige mit Arrest oder Verbot belegt, oder mit Hypotheken beschweret wären, dennoch vor andern Gläubigern die Priorität daran behalten, auch ein mehreres davon herauszugeben nicht schuldig seyn soll, als was nach seiner völligen Befriedigung davon übrig bleibt, welche Verordnung nach der Zeit dahin erkläret worden, daß sie von allen und jeden Inhabern und Besizern der verpfändeten und übergebenen beweglichen Sachen und Effecten verstanden werden soll 2), wodurch der Zweifel, als ob die Gesetzgeber nur in Absicht auf die Kaufmannschaft dieses Recht den Faustpfändern begelegt hätten, aufgehoben worden.

1) de Anno 1715. Art. 53.

2) *Serenissimi* Constitution, wie bey entstandenen Concursen mit den Faustpfändern es zu halten, de dato Woffenbüttel den 21. May 1705.

## V.

Vom Besitz.

## I.

Selig ist der Besitzer.Anmerkung.

## §. 1.

Dieses in Deutschland sehr bekannte Sprüchwort, ist bereits in dem römischen Rechte gegründet 1), und es handelt von den Vortheilen, welche derjenige zum voraus hat, welcher die streitige Sache wirklich besitzt. Es ist hier die Rede von einem bürgerlichen Besitz, der darinnen bestehet, daß man eine Sache auf eine in den Rechten bestätigte Weise erhalten habe, indem man dadurch ein Recht zugleich erhält, sich bey dem Besitz der Sache auf alle Art und Weise behaupten zu können, ob schon der bloße Besitz kein dingliches Recht jemanden an einer Sache zueignet, sondern diese angeführte Befugniß nur so lange mit sich führet, bis der Richter einen Bescheid darüber abgefasset. Hievon ist nun der natürliche Besitz sehr unterschieden, indem derselbe nur darinnen bestehet, wenn jemand eine Sache bloß in Händen hat, und also nur derselben Inhaber ist. Die Absicht bey der Einführung dieser Regel ist wol keine andere gewesen, als die Ruhe und den innerlichen Frieden unter den Bürgern eines Staates zu erhalten, und allen Gewaltthätigkeiten vorzukommen, so gar leicht entstehen können, wenn einer dem andern so schlechterdings in dem Besitze seiner Güter stören, oder den Besitzer gar aus demselben verdrängen dürfte, wodurch demselben die Erlangung seines Besitzes schwer gemacht würde. Dieserwegen wird der Be-



Besitzer selig oder glückselig genennet, weil er nicht anders um seinen Besitz gebracht werden soll, als wenn ihm selbiger nach geschener Untersuchung durch einen Ausspruch des Richters aberkannt wird.

1) L. 9. §. 4. De de public. in rem action. L. 10. D. de pignorib.

§. 2. Die Vortheile des Besitzers sind folgende: Er ist von der Beweisführung, ob er auch die Sache, so in Anspruch genommen worden, auf eine von dem Gesetze gebilligte Weise, erhalten, befrenet 1). Als ein mit gutem Glauben Besitzender, kann er allen Nutzen erheben, und ist, wenn ja des Richters Urtheil widrig für ihn ausfällt, nur allein die noch vorhandene Früchte herauszugeben schuldig. Er behält die streitige Sache so lange in seinen Händen, bis ihm dieselbe durch ein Endurtheil abgesprochen wird 2). Welch ein glücklicher Umstand für den Besitzer, wenn der Streit an einem Gerichte anhängig gemacht worden, wo man sich mit einer baldigen Endigung der Processen eben nicht übereilet. Er kann sich ferner gegen denjenigen eigenmächtiger Weise vertheidigen, welche ihn aus dem Besitz der Sache vertreiben will, ja die Rechte erlauben ihm, sogar den gewalthätigen Widersacher auf frischer That mit Gewalt wegzujagen und zu vertreiben, wenn ihm seine Vertheidigung mißlungen ist, und er durch die Stärke und Gewalt seines Gegners gezwungen, weichen müssen 3), so scharf sie auch die Selbststrafe verbieten und nicht haben wollen, daß jemand sein eigener Richter sey 4). Und endlich legen die Gesetze dem Richter auf, in zweifelhaften Fällen, wenn der Gegner auch schon ein gleiches Recht an der Sache hätte, seinen Bescheid zum Besten des Besitzers einzurichten 5). Außer diesen Vortheilen ist der Besitzer unbeweglicher Güter auch von der Leistung einer

Eaus

Cautio befreiet, anderer nicht zu gedenken, welche den Gebrauch dieses Sprüchworts bekräftigen 6).

- 1) L. 28. C. de rei vindicat.
- 2) §. 4. I. de interdict.
- 3) L. 3. §. 9. L. 17. D. de vi et vi armata L. 1. C. Unde vi.
- 4) L. 176. D. de R. I.
- 5) L. 125. 128. D. eod.
- 6) *Bodinus* de beatitudine juridica.

## II.

### Der Todte erbet den Lebendigen.

#### Anmerkung.

§. 1. Die Ergreifung des Besizes wird in den römischen Rechten für höchstnöthig gehalten, und aller derjenigen bey dem vorigen Sprüchwort angeführten Vorthelle, kann sich kein Mensch nicht erfreuen, welcher nicht auf eine gesetzmäßige Weise den Besiz ergriffen hat 1). Dahero wird auch ein Erbe so lange noch nicht als der wahre Besizer einer Erbschaft angesehen, so lange er noch nicht den Besiz davon ergriffen 2). Aber dieses Sprüchwort erweist wegen des Erbens das Gegentheil. Denn es will so viel sagen, daß der Verstorbene den lebenden nächsten Anverwandten in die Gewähr seiner Verlassenschaft sezet, oder der Besiz davon sofort auf denselben fällt, ohne daß es einer besondern Besizergreifung bedürfe 3). Es ist nicht zu leugnen, daß in der deutschen Sprache dieses Sprüchwort einiger Dunkelheit unterworfen ist, und das Wort *erben*, auf eine andere Art verstanden werden kann, als in welcher es hier genommen wird. Die Franzosen, bey welchen dieses Sprüchwort ebenfalls im Gebrauch ist, sagen dafür: *le mort saisit le vif*. Das Wort *saisit*, bedeutet so viel als *setzen*, und es scheint,

net, daß es von diesem letzteren Wort abstamme. Da nun also nach dem Inhalt dieses Sprüchworts der Erbe nicht nöthig hat, von der ihm zugefallenen Erbschaft den Besitz zu ergreifen, so folgt, daß er sich aller Rechtsmittel bedienen könne, welche einem Besitzer in den Rechten verstattet sind, wenn jemand sich der Erbschaft anmaßen oder ihm derselben Besitz streitig machen will.

1) *Schilter* exorcit. XV. §. 13.

§. 2. Die älten Gesetzbücher unserer Vorfahren, gedenken dieses Sprüchworts nicht, und es ist auch aus denselben nicht zu erschen, ob sofort der Besitz von dem Nachlaß des Verstorbenen auf den Erben ges fallen, und dieser denselben zu ergreifen nicht nöthig gehabt. Simon van Leewen 1) hat aber doch mit vieler Wahrscheinlichkeit erwiesen, daß dieses Sprüchwort eine allgemeine Regel gewesen, so vermuthlich nochher in Frankreich durch das angeführte Sprüchwort noch deutlicher entworfen worden 2). Daß in den mittlern Zeiten in Deutschland die in demselben enthaltene Regel schon gegolten, ist sowol aus dem sächsischen Landrecht als auch aus dem Schwabenspiegel zu erschen. In jenen heißet es ausdrücklich 2), was sie aber mit Clag er fordern, oder auf sie geerbt wird, das dörrfen sie nicht besizen, dieses aber kommt mit demselben überein 3), und der Glossator seget noch zu mehrerer Deutlichkeit hinzu: Kommt einer also in eines Dinges Besizung, ob ihm Erb anstirbt die Gut hat er albereit in seinen Gewehren und besizet es.

1) in censura forensi Lib. III. §. 3.

2) Der Gebrauch dieses Sprüchwortes hat sich überall verbreitet, wo Völkerschaften teutschen Ursprunges sich niedergelassen haben, oder ursprünglich wohnten, s. B. in

in Holland, Frankreich, Spanien und Italien. S.

*Goudelinus* de jure noviss. L. 2. c. 18. *Chassaneur*

de moribus Burgund. tit. 7. §. 1. *Tiraquelli*

tr. le mort saisit le vif u. a. m. D. 5.

3) I. P. S. Lib III. Art. 36.

4) I. P. Suev. cap. 145.

§. 3. Aber was hat es mit dem heutigen Gebrauch dieses Sprüchworts für eine Bewandniß? Wir finden die Meinungen der Rechtsgelehrten darüber sehr getheilet. Einige behaupten, daß dasselbe noch gelte, andere führen dagegen an, daß es igo an allen Orten durch das römische Recht verdrungen sey. Unter so vielen Streitschriften, so von dieser Materie geschrieben worden, sind die unten angeführten, die gründlichsten 1), in welchen von beiden Seiten alle Gründe hervorgesucht worden, womit ein jeder Theil seine Meinung zu behaupten sich bemühet. So viel ist wol gewiß, daß hier und da in Deutschland noch Dörfer gefunden werden, wo von demselben ein Gebrauch gemacht wird 2), aber wo solches nicht als eine alte Gewohnheit noch übrig ist, oder durch ein Statutum bestärket worden, läßt sich der heutige Gebrauch nicht wohl behaupten, welcher ohnedem auf die Erbschaften, so jemanden durch ein Testament zufallen, nicht behauptet werden kann.

- 1) *Braun* in Diff. de possessione ipso jure in herodem transeunte tam secundum jura Romana quam Germanica examinata. Erl. 1744. *Schöpf* de hereditatis additione cum beneficio legis et inventarii. Tubing. 1750. S. Kunde Grundr. des allg. deutschen Privatr. S. 627. und die daselbst angeführten Schriftsteller. Mit Recht verwirft Kunde die Meinung, welche K. E. J. Fischer in der Abhandl. das erbchaftliche Verbandsrecht ohne Beschränkung aus dem Cameralrechte des Mittelalters beleuchtet und aus dem Europäischen, teutschen und Preussischen Privatrechte erwiesen

sen (Regensburg 1786. 8.), behauptet hat. Fischer stellt §. 14. den Satz auf, daß gegenwärtiges Sprüchwort ein allgemeiner Grundsatz des Europäischen (!!!) Privatrechtes sey dessen alle ältere Statuten und Gesetzbücher, alle ältere Glossatoren und Praktiker gedächten, und welcher daher als eine allgemeine teutsche Rechtsgewohnheit so lange als gültig anzunehmen sey, bis die ausdrückliche Aufhebung desselben durch ein besonderes Gesetz erwiesen werden könne. Er will diesen Grundsatz daraus herleiten, daß bey der ersten Staatseinkichtung die Stammgüter sich im Gesamteigenthume der ganzen Familie befunden hätten, also nach der Natur der Stammfolge der Erbe sein Recht nicht vom letzten Besitzer hergeleitet, und keine Besitzergreifung nöthig gehabt habe, daß das Gesetz auf jeden Intestaterben, welcher vom ersten Erwerber abstamme, den Besitz forspizle, und kein Zwischenraum zwischen dem Besitze des Erblassers und des Erben vorhanden sey, und daher der Erbe ohne Besitzergreifung sich aller Rechtsmittel, welche einem Besitzer zustehen, bedienen könne. Mit Grunde haben aber schon mehrere der Fischerschen Behauptung den Vorwurf gemacht, daß dabey der Unterschied zwischen Antretung und Besitzergreifung einer Erbschaft übersehen worden sey, und daß unser Sprüchwort nur von ersterer rede, indem dessen Sinn dahin gehe, daß ein gesetzlicher Erbe unmittelbar nach dem Tode des Erblassers in dessen Rechte eintrete, und dazu keine Antretung der Erbschaft, welche das römische Recht der Regel nach erfordert, nöthig sey. Rechte hingegen, welche den wirklichen Besitz einer Sache erfordern, konnte auch selbst nach dem teutschen Rechte kein Erbe ohne Besitzergreifung sich anmaßen. Daß ferner dieses Sprüchwort, so wie ich es erkläre, in einem Gesamteigenthume der Stammgüter seinen Grund habe, scheint mir ebenfalls eine unerwiesene Hypothese zu seyn. Vielmehr liegt wol der Grund desselben darin, daß die Antretung einer Erbschaft bloß eine nützliche Erfindung des römischen Rechtes ist, und so wenig in der Natur der Sache selbst liegt, daß man, ohne zu einer Hypothese seine Zuflucht zu nehmen, es begreiflich finden kann, das selbige dem teutschen Rechte unbekannt war. Wenn endlich Fischer unser

unser Sprüchwort zu einer Regel des gemeinen teutschen Rechts machen will, so liegt dieses in seinen unrichtigen Begriffen von der Wirkung der Aufnahme des römischen Rechts in Deutschland, welche hier zu widerlegen nicht der Ort ist. D. S.

a) *Beyer* in posit. ad ff. tit. de adquir. vel amittend. heredit. §. 11.

### III.

**Wer nicht kann fechten, gewinnet nichts  
im rechten.**

#### Anmerkung.

Es ist schon bey dem Sprüchwort: **Selig ist der Besizer**, angeführt worden, daß einem jeden erlaubt sey, sich bey seinem Besitz auf alle Weise zu erhalten, und die Rechte dieserwegen sogar die Selbstrothe zulassen, wenn man nur sogleich, als man aus seinem Besitz verjaget worden, seinen Gegner mit gleicher Gewalt wiederum daraus jaget 1). Es wird also in diesem Sprüchwort eine Lehre gegeben, daß man sich des Besitzes seines Guts auf das Beste annehmen, und sofort gleicher Gewalt sich gegen seinen Gegner bedienen müsse, von dem man vertrieben worden, indem man sonst befürchten muß, durch eine genommene Rücksicht sich zu schaden, und sich nachhero den Weg zu der Wiedererlangung seines Besitzes schwer zu machen, auch sich zugleich um die Vortheile zu bringen, so mit dem Besitze verbunden sind. Denn wenn es gleich nicht an gerichtlichen Mitteln fehlet, welcher man sich gegen denjenigen bedienen kann, von welchem man aus dem Seinigen vertrieben worden, so lehret doch die Erfahrung, wie lange Zeit darüber hingehet, ehe man wiederum zu dem Seinigen gelanget, und wie

wie viele Geduld dazu erfordert wird, so viel Verschiedlichkeiten zu überwinden, die gemeinlich mit dem Proceß verbunden sind. Kurz diese Lehre bestärket den Nutzen dieses Sprüchworts.

r) *Struvius de vindicta privata cap. 6.*

## Vierte Abtheilung

von den

# Verbindlichkeiten die aus allen Bedingen entstehen.

### I.

Der Wille ist des Werkes Seele. Der Wille  
gibt dem Werk den Namen.

### Anmerkung.

#### §. 1.

In allen Handlungen, welche die Menschen unternehmen, kommt es hauptsächlich darauf an, ob sie dieselben wohlbedächtlich und aus freiem Willen unternommen haben. Denn ein jeder muß sich nach seinen Handlungen beurtheilen lassen. Der Mensch wird durch seine Handlung verbindlich, welche Verbindlichkeit die Folge derselben ist, und daher wird erfordert, daß diese Handlung aus einem freiem Willen entstanden seyn müsse, hingegen ist eine solche Handlung, die jemand gezwungener Weise unternommen hat, von gar keiner Gültigkeit. Denn ob wol die stoischen

sehen Weltweisen und die ihren Lehren ergeben gewesene römische Rechtsgelehrten dafür hielten, daß ein gezwungener Wille auch ein Wille sey 1), so ist doch dieser strenge Satz längstens aus der Rechtsgelahrtheit verbanner, und dieses ist auch von dem Betrug und Irrthum zu bemerken. Denn da der Wille aus dem Bewegungsgründen entsteht, so in unserer Seele eine Neigung zu einer gewissen Handlung hervorbringen, so setzt derselbe allemal eine freye Ueberlegung zum voraus, welche die Würfung nach sich zieht, daß der Mensch dasjenige, was seine Handlung nach sich zieht, verantworten muß. Wenn hingegen diese Freyheit hinwegfällt, und der Mensch nach eines andern Willen handeln soll, so wird er gleichsam desjenigen Knecht, dem er sich unterwerfen müssen, und ist in diesem Fall mehr als ein Werkzeug eines andern zu nennen, als daß man ihn den Urheber seiner Handlungen nennen könnte. Und so verhält es sich auch, wenn durch natürliche Hindernisse die Freyheit des Willens gehemmet worden, welches ebenfalls verursacht, daß niemand eine Handlung begemessen werden kann, so nicht aus einem freyen Willen entsprungen. Und das hin gehet auch der Verstand dieses Sprüchworts, welches lehret, daß, wenn man jemand etwas zurechnen will, allemal darauf zu sehen sey, ob der Mensch die Handlung aus freyem Willen unternommen habe.

1) L. 21. §. 5. D. quod metus causa.

§. 2. Daß auch unsere Vorfahren die Freyheit des Willens bey allen Handlungen zum vorausgesetzt, und allemal einen Unterschied gemacht haben, ob jemand freywillig oder gezwungen eine Handlung begangen oder sich dem andern etwas zu leisten verbindlich gemacht habe, läßt sich leicht ermessen, wenn man nur bedenket, was für eine große Treue sie bey ihren Verträgen



tragen und Zusagungen beobachtet haben, wie bey Erklärung der folgenden Sprüchwörter angeführt werden soll. Mit dem Scherze hat es eben die Bewandniß, weil bey demselben der Vorsatz, sich verbindlich zu machen, fehlet. Ich setze also nur noch dieses hinzu, daß das gegenwärtige Sprüchwort sowol auf bürgerliche als peinliche Fälle anzuwenden ist, jedoch mit der Ausnahme, daß auch diejenige Handlung den Menschen zugerechnet wird, so aus einem uneigentlichen Vorsatz entstanden ist.

## II.

## Ehrenworte binden nicht.

## Anmerkung.

§. 1. Wenn aus einer Zusage eine Verbindlichkeit entstehen soll, so wird vor allen Dingen erfordert, daß jemand im Ernst und in der Absicht etwas versprochen haben müsse, dasselbe zu halten und zu erfüllen. Eine so ernsthafte Sache leidet weder einen Scherz noch bloße Ehrenworte, indem beide nicht mit den Gedanken noch mit dem Willen übereinkommen, sondern wenn der Mund anders spricht als das Herz denkt, so kann niemals eine Verbindlichkeit entstehen 1). Hierinnen kommen sowol das römische als auch das deutsche Recht mit einander überein, und dieses wird auch durch das gegenwärtige Sprüchwort angezeigt. Man versteht unter den Ehrenworten, hier solche Versprechungen, die nur in der Absicht geschehen, jemanden auf eine höfliche Art loß zu werden, der etwas von uns verlangt, da also nur, um den äußerlichen Wohlstand zu beobachten, aus Höflichkeit dem andern etwas zugesaget wird, wiewol man auch die Ehrenworte von solchen Zusagen verstehen kann, so  
sich

sich auf eine Ruhmräthigkeit, Schmeicheley und bloße Gefälligkeit gründen, und denen also die Haupteigenschaft fehlet, so eine jede Verbindlichkeit zum voraus setzt 2).

1) L. 19. §. 3. de aedilit. Edict.

2) *Schöpfer* de verbis honoris, und *Stryck* diff. de civilitate nociva. Es kann insbesondere dieses Spruchwort bey Rangstreitigkeiten seine Anwendung finden, in sofern einer daraus, daß man ihm bey dieser oder jener Gelegenheit aus einer freywilligen Höflichkeit den Vorzug gelassen hat, sich selbstigen noch als sein Recht anmaßen kann. *E. Hommel* Rhaph. quaest. obs. 605. S. 1269. d. 4.

§. 2. Auf dergleichen Ehrenworte hielten unsere Vorfahren nichts. Sie folgten bey ihren Verträgen bloß dem natürlichen Rechte. Sie wollten haben, daß man nichts ohne Bedacht zusagen und versprechen, aber daß man auch sein einmal gegebenes Wort halten sollte. Sie setzten Treu und Glauben zum voraus, und bekräftigten ihre Zusagen durch einen Handschlag, der eben von so guter Wirkung gewesen war, als kaum ein Eid heut zu Tage seyn kann. Sie sahen einen Mann, der sein Wort nicht hielt, als das nichtswürdigste Geschöpfe an 1).

1) *Dreyers* Sammlung vermischter Abhandlungen II. Th. S. 911.

### III.

#### Eine Nothlüge schadet nicht.

##### Anmerkung.

§. 1. Es lassen sich gegen dieses Spruchwort verschiedene Einwendungen machen. Denn es scheint demselben überhaupt entgegen zu stehen, daß man nicht

nicht lügen soll, daß der Mensch im Gegentheil verbunden ist, sich aller falschen Worte zu enthalten, und dagegen die Wahrheit zu reden. Aus diesem Grunde haben sowohl Gottesgelehrte als auch Rechtsgelehrte die Nothlügen für sündlich gehalten 1), weil selbige doch allemal in einer Vorenthaltung der Wahrheit bestehen, und man dieserwegen sich lieber eines andern Mittels als der Nothlüge zu seines Nächsten Besten bedienen soll. Sie setzen hinzu, daß das Lügen allemal ein Kennzeichen eines gewissenlosen Menschen sey, daß solches allemal ein schändliches Laster bleibe, und daher auch eine Nothlüge zu vermeiden sey, als wodurch ebenfalls jemand zu einem Abscheu vernünftiger und ehrliebender Leute werde, und den Verdruß sich zuziehe, daß man ihm keinen Glauben mehr beymisset, indem nichts gewisser ist, als daß derjenige, welcher belogen worden, einen Haß gegen den Lügner bekommen muß. Es scheint auch, daß unsere Vorfahren von der Nothlüge so gedacht haben. Denn so viel ist gewiß, daß dieses eine der größten Beleidigung bey ihnen gewesen, wenn einer den andern einen Lügner genennet, und das alte Sprüchwort: auf eine Lüge gehöret eine Mäuschelle, kann hiervon zum Beweis dienen 2).

1) *Bernardi* de l'excellence de la religion. *Io. Andr. van der Muelen* in foro conscientiae P. I. q. 10. et P. II. q. 27.

2) *Struvius* de vindicta privata cap. X. n. 9.

§. 2. Allein es läßt sich dieses Sprüchwort dennoch rechtfertigen, wenn man nur dasselbe nach dem wahren Begriff, welchen man sich von der Lüge machen muß, untersucht. Wir verstehen unter der Lüge eine unwahre Rede, so zu des andern Schaden gereicht. Wo man aber, wie bey der Nothlüge geschieht, durch unwahr-

unwahre Worte niemand schadet, sich aber nuzet, so ist solches eigentlich keine Lüge, sondern eine Verstellung zu nennen. Und eine solche Verstellung ist auch erlaubt, wenn wir eines andern Schaden abwenden wollen. Man muß also nur die Fälle von einander unterscheiden. Das Lügen bleibt allemal eine unerlaubte Sache, aber da es Fälle giebt, in welchen man zu seinem Vortheil und ohne zu des andern Schaden, oder wol gar zu des andern Nutzen Unwahrheiten zu reden verbunden ist, so kann man nicht alle und jede unwahre Erzählungen und Reden für Lügen ausgeben 1).

1) a *Leyser* Sp. 614. m. 8. *Otto de dolo bono.*

#### IV.

Wenn die Füße gebunden sind lauft die Zunge am meisten.

#### Anmerkung.

*Stryck* 1) und andere 2) behaupten, daß dieses Sprüchwort von solchen Personen zu verstehen sey, so mit dem Podagra behaftet sind, und daß damit angezeigt werden soll, daß dergleichen nicht unter diejenigen zu rechnen sind, so keine Testamente mehr machen dürfen, vielmehr da das Podagra eine solche Krankheit ist, welche den Gebrauch der Seelenkräfte noch nicht hindert, auch dergleichen Personen das Recht, den letzten Willen zu errichten, unverwehret sey. Allein es scheint dieses nicht die wahre Absicht dieses Sprüchworts zu seyn, es läßt sich vielmehr so erklären, daß derjenige Mensch, welcher in eines andern Gewalt ist, gar leicht sich bereitwillig finden läßt, alles einzugehen, was man nur von ihm verlangt, um nur seine Freyheit wiederum zu erhalten 3).

1) de cautelis testamentor. cap. IV. §. 38.

2) *Pistorius* cent VII. n. 84.

3) Vielleicht hat dieses Sprüchwort einen noch allgemeis-  
nern Sinn, als denjenigen, welchen der B. selbstigen  
beylegt. Die Worte nämlich: wenn die Füße gebun-  
den sind; scheinen mir metaphorisch von demjenigen  
gebraucht zu seyn, welcher sich in einer dringenden Noth  
befindet, aus der er sich nicht gut loshelfen kann. Per-  
sonen, welche sich in einer solchen Lage befinden, spar-  
ren gewöhnlich keine Veredsamkeit, um aus ihrem  
schlechten Zustande herauszukommen. Ferner pflegen  
sie am wenigsten bedenklich bey Schließung eines Ver-  
trages zu seyn, gerade weil sie nichts mehr zu verliere-  
n haben. Auch kann die Noth, wenn keine Retz-  
tungsmittel übrig sind, auf jemanden die Wirkung  
haben, daß er nun seine Zunge nicht mehr im Zaume  
hält, und ohne Schonung, ohne Ansehen der Person  
seine Galle über die ausschüttet, welche, wie er glaubt,  
an seinem Unglücke Schuld sind. D. S.

## V.

### Ein Wort ein Wort; ein Mann ein Mann.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort ist noch ein Zeugniß  
von der großen Treue, welche unsere Vorfahren in  
ihren Verträgen und Zusagen beobachtet, und wo-  
durch sie die Bewunderung anderer Völker, ja selbst  
ihrer größten Feinde sich erworben haben. Tacitus  
meldet 1), daß kein Volk auf dem Erdboden sie darin-  
nen übertroffen, und daß sie selbige sogar bey dem  
Spiel auf das strengste in acht genommen haben, der-  
gestalt, daß derjenige, so zuletzt seine Freiheit auf das  
Spiel gesetzt, ohne die geringste Ausflucht dagegen  
zu machen, des andern Knecht geworden 2). Ruhm  
und Ehre giengen verloren, wenn jemand sein Wort  
nicht hielt. Ein solcher wurde für Ehr- und Rechts-  
los

loß erläßt, und lebte sich nachher nur selbst zur Last und Schande. In den Gesetzen der alten Deutschen finden wir ebenfalls noch Spuren, wie sehr die Gesetzgeber um die Beobachtung der Treue und Glauben in Zusagen und Festhaltung über die Verträge bemühet gewesen, aber man sieht auch aus denselben, wie doch mit der Zeit, und vermuthlich hat solches die Bekanntschaft mit den Römern verursacht, die strenge Beobachtung der Treue nach und nach gefallen. Wenigstens erhellet aus dem Gesetzbuch der Westgothen 3), Bajuvarier 4) und Longobarden 5), daß diejenigen Verträge, so schriftlich aufgesetzt worden, auf das strengste beobachtet werden müssen, und unter den Fränkischen Königen wurden verschiedene Gebräuche eingeführt, wodurch man die Verträge und Verheißungen gleichsam auf eine feyerliche Weise bekräftiget 6), unter welchen die Aufrichtung des Fingers und der Handschlag die vornehmste gewesen waren 7).

1) Annal. Lib. XIII. cap. 45.

2) Idem de M. G. cap. 24. — Tacitus hat in dieser Stelle unsern alten Vorfahren sein Lob ertheilen wollen, indem er sagt: „Victus voluntariam servitutem adit. „Quamvis junior, quamvis robustior, alligari se ac „venire patitur. Ea est in re prava pervicacia; ipsi „fidem vocant.“ Beyläufig gesagt, so macht Gebauer de alea ac fide veter. German. (Götting. 1741.) bey dieser Stelle des Tacitus die feine Bemerkung, daß der römische Schriftsteller mit Unrecht die Treue der Deutschen beym Spiel pervicaciam nenne, denn, wenn gleich ihre Spielsucht diesen Namen verdiene, so sey doch die Gewissenhaftigkeit, mit der sie ihr Wort selbst beym Spiele gehalten hätten, einer der edelsten Züge in ihrem Charakter. Man s. auch J. G. Böhmers Anmerkung von der alten teutschen Treue und Redlichkeit; in Schotts juristischen Wochenbl. Th. 4. S. 348. ff. D. 3.

3) Lex Wisigoth. Lib. II. tit. V. §. 1. sq.

4) Lex Bajuvar. tit. XV. cap. 13.

5) Lex Longob. Lib. III. tit. 38.

6) Capitular. Reg. Francor. Lib. VI. §. 149.

7) Otto in jurisprudentia symbolica Exercitat. II. cap. 10.

§. 2. Unterdeffen ist doch dieses Sprüchwort nie durch das römische Recht verdrungen worden, sondern man hat allemal dafür gehalten, daß derjenige, so sein Wort von sich gegeben, auch sein gegebenes Wort erfüllen müsse, dahingegen die bloßen Zusagen nach den römischen Rechten von keiner Verbindlichkeit gewesen. Nicht als ob die Römer gelehret hätten, daß eine simple Zusage nicht zu halten sey. Man würde einem solchen vernünftigen Volke Unrecht thun, wenn man dieses denken wollte, sie haben vielmehr denjenigen mit Verachtung angesehen, welcher sein gegebenes Wort nicht hielte, sondern weil die Menschen gemeinlich vorgeben, daß sie nicht im Ernste sondern im Scherze etwas gesagt haben, sahe man sich genöthiget, ein ander Mittel zu erfinden, dieselben zu verbinden, ihr Wort zu erfüllen. So viel aber die Verträge und Zusagen der Deutschen anbelangt, so ist aus dem Sächsischen 2) und Schwäbischen Landrecht 3) zu ersehen, daß man auch in den mittlern Zeiten dafür gehalten, daß alles, was von jemand angelobet und verheißen worden, gehalten werden müsse. Man hat solchemnach durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß ein jeder dasjenige, was er versprochen, als ein redlicher Mann erfüllen müsse. Man hat aber doch auch in den mittlern Zeiten nicht unterlassen, durch verschiedene feyerliche Gebräuche die Zusagen zu bekräftigen, so vermittelt eines Handschlages geschehen 4).

1) Seneca de beneficiis Lib. V. cap. 24.

2) I. P. Sax. Lib. I. Art. 7.

3) Spes

3) Specul. Suor. cap. 347. nach der Königsheischen Ausgabe, Cap. 265. §. 1. d. 5.

4) Joachims Einleitung zur deutschen Diplomatie. Cap. 2. §. 3. 1791.

§. 3. Wir können dieses Sprüchwort auch heut zu Tage noch als einen Ueberrest einer allgemeinen alten teutschen Gewohnheit betrachten. Es ist wenigstens gewiß, daß man in Deutschland von der römischen Eintheilung der Verträge keinen Gebrauch macht, sondern mit besserer Rechte lehret, daß eine jede aus gutem Vorbedacht und mit Ueberlegung geschehene Zusage, die Verbindlichkeit, sie zu erfüllen, nach sich ziehe 1), und man daher gegen denjenigen, welcher sein Wort nicht hält, allemal berechtiget sey, eine Klage zu erheben. In einigen Ländern beobachtet man auch noch besondere Gebräuche, besonders wenn ein Vertrag gerichtlich bestätigt wird 2). Und ob wol nach der Zeit verschiedene Sprüchwörter, als: zu Ehren sprechen ist edelmännisch, halten ist bürgerlich, imgleichen: es ist niemand ein Schen seiner Worte, eingeführet worden, welches das Gegentheil anzuzeigen scheinen, so sind doch diese neue Sprüchwörter mehr ein Zeugniss von denen nach und nach verstorbenen Sitten der Deutschen, als daß sie zum Beweise dienen sollten, daß auch die Kraft der Zusage verändert worden. Denn wie sehr man diese zu erhalten gesucht, bezeugen die besonderen Verbindungen bey der Acht, dem Kirchenbann, Gefängniß, Schelm schelten, und dergleichen mehr 3).

1) Stryck in V. M. Lib. II. Tit. 14. §. 3. — Hammer diff. de non usu stipulationum usque pactor. in foris Germaniae, in dessen Opuscul. Nr. 3. S. 155. Wiewol ich es für besser halte, daß man in Deutschland die Formlichkeiten, welche das Römische zur Gültigkeit der Verträge erfordert, nicht eingeführet hat, in dem



dem sie eine fruchtbare Mutter von Processen seyn würden, so hat doch die Einführung derselben an Mösser im 2ten Theile der patriotischen Phantasien Nr. 33. S. 248. einen scharfsinnigen Verteidiger gefunden.

D. 5.

2) *Schiller* Exercit. VIII. §. 5.

3) *Rumpf* de nonnullis conventionib. Germanor. accessoriis quibus debitores suos arctius obligare nitentur.

## VI.

### Zusagen macht Schuld.

#### Anmerkung.

Dem Verstande nach kommt dieses Sprüchwort mit dem vorhergehenden überein, und zeigt ebenfalls an, daß man sein gegebenes Wort erfüllen müsse, indem derjenige, so einmal sich dem andern etwas zu leisten verbindlich gemacht, nicht mehr seinen freyen Willen hat, von seinem Versprechen abzugehen, sondern solches zu erfüllen schuldig ist. Es haben zwar einige Rechtsgelehrte behauptet, als ob derjenige, welcher sich etwas dem andern zu leisten verbindlich gemacht habe, dadurch von seiner Verbindlichkeit sich los machen könne, wenn er jenen den dadurch zugefügten Schaden ersetzen wolle. Allein ein solches Anerbieten ist der Natur und Eigenschaft der Verträge ganz entgegen. Denn der, so die Zusage angenommen, hat dadurch an dem andern einen gegründeten Anspruch erhalten, von jenem zu verlangen, daß er sein Wort halte, so ihm aber durch des andern Reue nicht entzogen werden kann. Ueber dieses können dergleichen Verträge nicht anders als mit beider Theile Bewilligung wiederum aufgehoben werden, so wie dieselbe mit

mit beider Theile Einwilligung geschlossen worden. Die Deutschen sagen: Zusagen und halten, steht wohl bey Jungen und Alten.

## VII.

Schweigst du still, so ist's dein Will 1).

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort soll lehren, daß derjenige, welcher auf die an ihn geschehene Anfrage nicht antwortet, so angesehen werden soll, als habe er seine Einwilligung zu demjenigen gegeben, was in der Anfrage von ihm verlangt worden. Die Ursache hies von ist diese, weil, wenn man seine Erklärung über eine Sache von sich geben soll, nicht eben nöthig ist, daß solches durch Worte oder mündlich geschehe, sondern zu vermuthen steht, daß derjenige, welcher nicht darauf antwortet und gleichwol nicht widerspricht, durch sein Stillschweigen an den Tag lege, daß er das mit zufrieden sey. Denn gesetzt, wenn man auch schon sagen wollte, daß ein solcher gleichwol das noch nicht zugegeben habe, was in der Frage von ihm verlangt worden, so hat er doch auch nicht sich erklärt, daß er einer andern Meinung sey. Daher sowohl im päpstlichen als römischen Rechte dieses Sprüchwort als eine Regel festgesetzt wird 2).

1) Es gehört hieher auch das Sprüchwort: Stillschweigen ist nicht allwege gut. Welches in sofern mit dem vom B. angeführte. Sprüchworde einerley Sinn hat, daß jemand, wenn er hätte reden können und müssen, durch sein Stillschweigen sich eine gewisse Verbindlichkeit anzusehen kann. D. 4.

2) C. 43. de R. l. in 610. L. 142. D. de R. l.

§. 2. Es ist aber dasselbe doch nicht so ebenhin anzunehmen, als ob ein jedes Stillschweigen für eine Einwilligung anzunehmen sey. Denn man kann gleich dagegen einwenden, daß derjenige, welcher auf den an ihn geschienenen Antrag stille schweiget, sich gleichsam in einem mittlern Zustand befindet, und durch sein Stillschweigen so viel anzeigen will, daß er sich erst einige Bedenkzeit nehmen wollte. In den bürgerlichen Rechten kommen viele Fälle vor, wo es auf eine ausdrückliche Erklärung ankommt, und aus dem bloßen Stillschweigen noch nichts geschlossen werden kann, welches mit einander anzuführen, mein gegenwärtiges Vorhaben nicht leidet. Das Stillschweigen kann überhaupt nur in solchem Falle als eine Einwilligung angesehen werden, wo jemand eine gewisse Handlung unternehmen siehet, die zu seinem Nachtheil gereicht, und doch dazu stille schweiget. Wenn zwei Personen sich mit einander verloben wollen, wird die ausdrückliche Einwilligung ebenfalls verlangt, und noch weniger kann das Stillschweigen eines Verbrechers als ein Bekenntniß der Missethat angesehen werden. Mit einem Worte, in solchen wichtigen Handlungen, wo die Gesetze die ausdrückliche Einwilligung verlangen, hat dieses Sprüchwort keinen Nutzen 1).

1) de Cramer de recente differentia.

## VIII.

### Geborgt ist nicht geschenkt.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist aus den Rechten bekannt, daß eine Schuldforderung zu der bey der Schließung des Handels bestimmten Zeit wiederum abgetragen werden muß. Gesezt nun, daß der Schuldner an dem gesetzten Tage

Lage die Schuld nicht abträgt, der Gläubiger auch auf die Wiedererstattung nicht dringt, so folgt doch noch nicht, daß dieser letztere die Absicht gehabt habe, nunmehr jenem die Schuld zu schenken, indem eine Schenkung niemals vermuthet wird, sondern eine ausdrückliche Erklärung erfordert. Nach der gemeinen Meinung soll demnach dieses Sprüchwort lehren, daß, wenn schon der Gläubiger nicht sogleich auf die Wiederbezahlung des Darlehns dringet, aus desselben Verzug noch nicht folge, daß derselbe dem Schuldner die Schuld zu erlassen gesonnen sey.

§. 2. Allein es kann auch dieses Sprüchwort von einem Darlehn verstanden werden, daß damit so viel gesagt wird, daß dasjenige, was einem andern Darlehnsweise gegeben wird, nicht als eine Schenkung anzusehen sey, weil eine Schenkung ebenfalls nicht vermuthet wird. Die alten Deutschen haben von dem *Contractu mutui*, so lange sie noch kein Gold und Silber gehabt, nichts gewußt, und wenn man das einzige Gesetz der Westgothen ausnimmt. 1), so wird in den andern Gesetzen gar keine Spur davon angetroffen. Es fehlte sogar den Deutschen an Worten, wodurch sie das *mutuum* von dem *commodato* unterscheiden konnten, indem sie beides leihen oder leihen nannten 2). Ja in den mittlern Zeiten ist dieser Contract noch nicht gar sehr gewöhnlich gewesen. Der Kaiser Ludwig der Bayer, konnte nicht eher eine mittelmäßige Summe, als ein Darlehn empfangen, als bis er sich zuvor verbindlich gemacht hatte, sich besäßen zu lassen, wenn er nicht zu der gesetzten Zeit wiederum bezahlen würde 3). Allein so bald derselbe im Gebrauch kam, so hat man dieses Contracts halber strenge Rechte eingeföhret, so darinnen bestanden sind, daß der Schuldner zu der bey dem Handel bestimmten Zeit,

Zeit, die Schuld ohne weiteren Verzug abtragen, oder Befürchten mußte, seinen Gläubigern zur Hand und Halfter geschlagen zu werden 4). Es kann also wohl seyn, daß, weil das *mutuum* in einer Veräußerung besteht, jedoch, daß der Schuldner so viel wieder gebe, als er empfangt, man dadurch anzeigen wollen, daß solches niemals als eine Schenkung angesehen werden soll.

1) Lib. V. Tit. IV. §. 4.

2) de *Ludewig* in different. jur. Roman. et German. in *mutuo*.

3) *Casp. Leonh. von Durnstein* von Reichsritterlichen Herkommen P. I. §. 5.

4) I. P. A. c. 130, nach der Königsbalschen Ausgabe, Cap. 133. d. 4.

## IX.

### Hand muß Hand wahren.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprichwort ist aus dem Lübischen Rechte hergenommen 1), mit welchem aber auch das sächsische Landrecht übereinkommt 2). Es heiet davon in jenem: Was ein Mann dem andern lehnet, das soll er ihm unverdorben wieder geben oder bezahlen nach seiner Würde, wenn es verlohren wäre. Verkauft, vergebet, versetzt oder alieniret er aber das gelehnte Gut, es sey welcher Hand es wolle, so hat der *Commodant* oder Ausleiher keine Ansprüche wieder diejenigen, welchen es verkauft, vergeben oder versetzt worden, sondern muß bey seinem Manne dem *Commodatario*, dem er es gelehnet, oder bey seinen Erben, auf den Todesfall bleiben, denn Hand muß Hand wahren. Aus dieser Stelle ist  
der

der Verstand dieses Sprüchworts schon genug zu erkennen, welcher dieser ist, daß derjenige, welcher jemand mit gutem Willen etwas geliehen, das geliehene Gut nicht von einem dritten Besitzer fordern könne, in dessen Gewalt es gekommen, sondern sich lediglich an denselben, welchem er die Sache Darlehnsweise gegeben, halten, oder es von demjenigen, der solches besitzt, lösen müsse, wie solches auch das Sprüchwort: Da jemand seinen Glauben gelassen, da muß er ihn wieder suchen, anzeigt. Es hat dieses Sprüchwort seinen guten Grund, denn ob schon die Deutschen keinesweges dafür gehalten haben, daß das Eigenthum einer geliehenen Sache demjenigen, welcher selbige empfängt, übertragen werde, so hat man dafür gehalten, daß es zu der Beförderung der allgemeinen Sicherheit im Handel und zu desselben Nutzen gereichen würde, diese Regel einzuführen, indem sonst die Käufer abgeschreckt werden würden, wenn eine Vindicationsklage gegen sie in Ansehung desjenigen Guts stattfinden sollte, was sie mit gutem Glauben an sich gebracht haben 3), besonders aber geht die Absicht dieses Sprüchworts dahin, weitläufigen Processen vorzuzukommen. Wir finden daher, daß dieses Sprüchwort auch in andern Ländern und Städten als eine Regel angenommen worden, wie solches aus dem Hamburger Stadtrecht 4) erhellet, welches auch von dem Königreich Schweden bekannt ist 5), und von den Niederländischen Staaten hat Grönwegen ein gleiches behauptet 6), wiewol ihm von andern hierinnen widersprochen worden 7). Doch dem sey wie ihm wolle, so ist es doch wahrscheinlich, daß ehedem alle deutsche Völker diese Regel vor der Einführung des römischen Rechts beobachtet haben 8), welche auch von demjenigen, so einem andern zur treuen Hand anvertraut worden, zu verstehen 9).

- 1) Ius Lubec. Lib. III. tit. 2. Art. 1. et 2.
- 2) I. P. Sax. Lib. II. Art. 60. und des Schwäb. Landr. Cap. 248. nach der Königsstallschen Ausgabe. D. 5.
- 3) Es kann demnach derjenige, welcher die Sache nicht in guten Glauben besitzt, dieses Sprüchwort, wo es üblich ist, nicht dem Eigenthümer entgegensetzen, wie Stein in der Erläuterung des Lübschen Rechts §. 226, und Heineccius in element. I. G. Lib. II. §. 368. behaupten. Sie gründen ihre Meinung in dem unermessenen Satz, daß im Mittelalter durch den Pande oder Leihungs-Contract das Eigenthum auf den Pandenhhaber oder Commodator übergegangen sey. Heineccius beruft sich auch auf die Worte der angeführten Stelle aus dem Sachsenspiegel: „Wird es ihm gestohlen oder abgeraubet u. s. w.“ Allein diese Worte wollen nur so viel sagen, daß gegen den dritten thürlichen Besitzer die vindicationssklage wegfalle, er möge sie von einem Räuber oder Diebe durch einen rechtmäßigen Titel erhalten haben. Hiermit stimmt auch das Lübsche Recht L. 4. tit. 2. art. 9. überein. S. Willenberg d. de abusu canon. Lubecens. Hand muß Hand wahren, und Hertii diff. de conventionibus domini translativis, §. 29. in dessen Opusc. V. I. P. III. §. 44. D. 5.
- 4) Stat. Hamburg. Lib. II. tit. II. Art. 7.
- 5) Locrenius Synops. jur. Succici diff. XII. quest. V.
- 6) de legib. abrogat. ad §. 16. l. de obligat. quas ex delict.
- 7) Sim. van Leeuwen Censur. P. I. Lib. IV. cap. 7. §. 15.
- 8) Amfel de rationabilitate canon jur. Lubecens. Hand muß Hand wahren, S. auch E. C. Westphals Abh. von Verpfändung fremder Güter §. 7. in Schottas jur. Wochenbl. Th. 1. S. 689. Runde Grundf. des allg. deutsch. Privatr. §. 199. D. 5.
- 9) I. Lub. Lib. III. Tit. II. Art. 2.

§. 2. Es ist demnach dieses Sprüchwort dem römischen Rechte gänzlich entgegen, welches dem Verleiher einen jeden Besitzer der ausgeliehenen Sache in gericht;

rechtlichen Anspruch zu nehmen, und selbige wiederum zurückfordern zu können, verstattet 1). Da aber das selbe heut zu Tage in Deutschland so ein großes Ansehen erhalten, so kann das angeführte Sprüchwort nur allein an solchen Orten als eine Rechtsregel angesehen werden, wo es durch ein ausdrückliches Stadtgesetz oder Gewohnheit bestätigt worden. Das Hamburgische Stadtrecht erfordert nur noch, daß derjenige, so das einem andern geliehene Gut besitzt, solches mit einem guten Titel an sich gebracht haben müsse 2).

1) L. 9. D. de Rei vindicat. L. 23. C. eod. L. ult. C. de furt.

2) L. II. tit. 2. Art. 7. *Ayrer* de comparatione commodat. et pignor. secund. jura statutaria.

## X.

### Freundschaft oder guter Wille macht kein Recht.

#### Anmerkung.

Man hat mit diesem Sprüchwort anzeigen wollen, daß niemand dasjenige sich als eigenthümlich anmaßen könne, was ihm auf sein Bitten aus guter Freundschaft verstattet worden, oder wo ihm die Ausübung eines gewissen Rechts vergönnet worden, derselbe solches nicht so ansehen soll, als wenn es ihm mit Recht zustehe, sondern daß dergleichen allemal auf Verlangen wiederum zurückgegeben werden müsse. Es ist also von dem precario zu verstehen. Denn derjenige, welcher eingestehen muß, daß ihm bloß aus Freundschaft eine gewisse Sache überlassen oder die Ausübung eines Rechtes vergönnet worden, gesteht dadurch schon von selbst ein, daß ihm solches von Rechtswegen nicht gebühre, und derjenige, welcher dem andern auf sein Bitten den Gebrauch gewisser Dinge oder Gerechtsame über-



überläßt, hat allemal die Vermuthung auf seiner Seite, daß er sich seines daran habenden Rechtes nicht begeben, sondern die Wiederzurückforderung vorbehalten habe. Ob unsere Vorfahren so wie die Römer das *precarium* von dem *commodato* unterschieden haben, ist aus den Ueberbleibseln der alten Gesetze nicht zu ersehen, es ist aber doch denselben vermuthlich nicht unbekannt gewesen, wie man aus so vielen Urkunden abnehmen kann, in welchen jemand öfters aus Gnaden gewisse Rechte verliehen worden. Daß aber auch dasjenige, was jemand aus Freundschaft vergönnet worden, durch mancherley Weise unwiederruflich werden könne, ist aus den Rechten bekannt 1).

1) *Wolf de jure familiaritatis cap. ult.*

## XI. A.

**Man muß mit andern Sachen behutsamer umgehen, als mit seinen eigenen.**

### Anmerkung.

§. 1. Der Nutzen von diesem Sprüchwort äußert sich bey verschiedenen Geschäften. Es kann von dem Verrichter fremder Geschäfte verstanden werden, welchen die Gesetze aus der Ursache, weil er sich freywillig zu der Verwaltung der Geschäfte eines Unwissenden aufgeworfen, verbinden, für das geringste Versähen zu stehen 1). Man kann es aber auch auf einen jeden anwenden, welcher fremde Güter in seinen Händen hat. Und ob wol das römische Recht viele Ausnahmen zuläßet, und verschiedene Grade eines Versäehens bestimmt, und weiter nichts erfordert, als daß ein Mensch eben denjenigen Fleiß bey anderer Leute Güter, so er unter seiner Verwahrung oder Verwaltung hat, bezeige, welchen er bey seinen eigenen anzuwenden

anwenden pfleget, so haben doch die Deutschen bey einem Schaden, welcher aus einer Nachlässigkeit entstehet, nicht so genau die verschiedene Grade des Verschuldens aus einander gesetzt, als die Römer gethan haben 2). Sie haben vielmehr dafür gehalten, daß derjenige, welcher fremde Güter unter seinen Händen habe, dahin sehen müsse, daß selbige unbeschädiget ihrem Eigenthümer, wieder zurückgegeben werden können. Denn so wie das Leihen in der deutschen Sprache eine gar weitläufige Bedeutung hat, und von allen Dingen zu verstehen ist, so jemand zum Nutzen und Gebrauch, ob schon unter verschiedenen Bedingungen überlassen worden 3), so ist es auch mit dem in den alten deutschen Gesetzen vorkommenden lateinischen Wort *commendare* beschaffen, welches auch von andern Contracten als dem anvertrauten Gut zu verstehen ist 4). Es mag also daher gekommen seyn, daß man mehr auf die Wiedererstattung des Schadens gesehen, als die verschiedene Geschäfte von einander unterschieden hat.

1) L. 21. D. de Reg. jur.

2) *Thomasius de usu practico doctrinae juris Romani de culparum praestatione.*

3) *Conradi de vero significato vocis feode et Lehen.*

4) *du Fresne in glossar. Tit. I. p. 1106.*

§. 2. So viel man aus den Ueberbleibseln der alten deutschen Gesetze siehet, so findet man, daß unsere Vorfahren die Fälle, ob jemand wissentlich und aus bösen Vorsatz dem andern einen Schaden an seinen Gütern zugefüget, oder der Schade von ohngefehr oder aus Nachlässigkeit entstanden, von einander unterschieden haben, ohne gewisse Grade der Nachlässigkeit zu bemerken. Ein wissentlich und mit Vorsatz zugefügter Schaden mußte nicht nur wiederum ersetzt werden, son-

sondern der Thäter wurde auch außerdem bestraft 1). In dem andern Fall, wurde jemand von der Wiedererstattung des Schadens völlig befreiet, wenn er durch einen Eid bekräftigen konnte, daß der Schaden nicht durch seine Schuld oder Versehen, sondern durch einen unvermutheten Zufall entstanden 2), und das unten angeführte Gesetz verlangt nur, daß derjenige, so ein fremdes Pferd oder anderes Thier in seiner Gewahrsam gehabt, so von, ungefehr umgekommen, den Eigenthümer das abgezogene Fell zurück schicke. In dem dritten Fall, heißt es zwar, daß derjenige, so durch sein Versehen den Schaden veranlasset, selbigen wiederum ersetzen müsse, allein bey verschiedenen Contracten sahe man darauf, ob der Vortheil nur auf einer Seite gewesen, oder das Geschäfte beider Contrahenten Nutzen betroffen hatte, in welchem letztern Falle beide zu gleichem Fleiß verbunden gewesen waren 3). Doch da dieses nur in den Gesetzbüchern eines und des andern Volkes angetroffen wird, so ist es nur eine bloße Muthmaßung, wenn man behaupten wollte, daß die deutschen Völker hierinnen allgemeine Regeln beobachtet hätten, und es ist vielmehr wahrscheinlich, daß vieles dem Gutdünken des Richters überlassen worden.

1) Capit. Lib. V. cap. 254.

2) Lex Wisigoth. Lib. V. tit. V. §. 1. L. Bajuvar. tit. XIV.

c. 1. §. 123.

3) Lex Wisigoth. l. c. L. Frison, addit. tit. XI. §. 1. 2.

§. 3. Was man in den mittlern Zeiten für Regeln angenommen, ist aus dem Sächsischen und Schwäbischen Landrecht zu ersehen 1). Beide kommen darin überein, daß ein jeder fremdes Gut so sorgfältig als das Seinige in Acht nehmen, und dasselbe unverdorben wieder bringen, oder dafür stehen soll. Daß die Bestimmung des Grades eines Versehens in

in vielen Stücken auf das Ermessen eines Richters auskommt, ist eine bekannte Sache. Daß aber auch gewisse Grundsätze statt finden, nach welchen dieselbe beurtheilet werden können, hat der Herr von Puffendorf gründlich erwiesen 2).

1) Jus. Prov. Sax. Lib. III. Art. 5. I. P. Suev. c. 243. 244. 246. Nach der Königschallschen Ausgabe, Cap. 247. 248. und 249. d. S.

2) In tract. de culpa.

## XI. B.

**Der ist fromm, welcher ungezahlt Geld wieder giebt. (v. S.)**

### A n m e r k u n g.

Es ist schon bey dem Sprichworte: ein Wort ein Wort, ein Mann ein Mann; bemerkt worden, wie gewissenhaft die Deutschen in Erfüllung ihres gegebenen Wortes waren. Verschiedenen Verträgen suchte man indeß dadurch noch mehrere Festigkeit und Heiligkeit zu geben, daß man sich auf die Erfüllung derselben einen Handschlag gab, welchen man die Kraft und Wirkung eines Eides beylegte 1). Man nannte dergleichen Verträge: die treue Hand, und es gehörten dahin alle diejenigen Geschäfte, in welchen sich jemand auf Treue und Glauben verbindlich gemacht hatte, dem andern unentgeltlich etwas zu leisten oder zu geben. Zu diesen Verträgen gehörte auch die Niederlegung zur treuen Hand (contractus depositi), wiewol, wenn in Statuten von der treuen Hand die Rede ist, nicht allezeit gerade dieser Contract darunter verstanden werden muß 2). Aus den Quellen des alten teutschen Rechts erhellet, daß man strenge über die Verbindlichkeit des Depositors, die ihm

ihm anvertraute Sache dem Deponenten wieder herauszugeben gehalten habe. Einige alte teutsche Gesetze gehen hierin so weit, daß sie in verschiedenen Fällen den Depositar verbinden, für den zufälligen Verlust der ihm anvertrauten Sache zu haften. Nach den Gesetzen der Longobarden 3) soll der Depositar den Werth des Depositum, wenn es ihm aus seiner Wohnung (casa) gestohlen worden ist, dem Eigenthümer ersetzen, und sich sowol wegen seiner Schadenersetzung, als auch wegen seiner Privatgenugthuung (compositio) an den Dieb halten. Die Gesetze der Bayern 4) verlangen zwar nicht, daß der Depositar das Depositum ersetzen soll, wenn es in einer Feuersbrunst verlohren gegangen sey, und er beschwören könne, daß er es nicht bey der Gelegenheit entwandt habe, indeß nehmen sie den Fall aus, wenn das Depositum in Gold oder Silber bestanden habe, weil dieses von der Flamme nicht verzehret werde. Nach den Gesetzen der Fränkischen Könige 5) soll derjenige, welcher die deponirte Sache in seiner Gewehr zu haben ableugnet, nachher aber dessen überführt wird, dem Eigenthümer außer der deponirten Sache auch ein Drittel des Werthes derselben ersetzen. Im Mittel hielt man zwar ebenfalls auf die Treue in Absicht der Aufbewahrung und Zurückgabe des anvertrauten Guts, allein man ging nicht so weit, daß man dem Depositar für zufälligen Verlust einer deponirten Sache zu haften aufgebürdet hätte, wenn er sich nur hinlänglich rechtfertigen konnte, daß er dazu keine Veranlassung gegeben hatte 6).

1) Diplom. vlt. in *du Fresne* Gloss. T. III. C. 1612: „Promisit Bäterius hoc ipsum concedere se facturum; unde et manum suam posuit in manu mea, quod loco juramenti habetur.“

2) S. Dreyers Anmerkung von der Bestimmung der treuen Hand. In dessen vermischten Schriften Th. 2. C.

§. 907. ff. Die Dreyersche Erklärung von der treuen Hand wird durch den 39 Artik. der Erfurtischen Statuten vom J. 1306. in Walchs vermischten Beyträgen zum teutsch. Rechte, Th. 1. S. 115. ff. gar sehr erläutert,

3) Lex Longobardor. lib. II. tit. 27. bey Georgisch S. 1098. ff.

4) Lex Bajuvar. tit. 14. c. 2. bey Georgisch S. 307.

5) Capit. Reg. Francor. lib. VI. c. 30. bey Georgisch S. 1517.

6) Sachsenspiegel B. 3 Artik. 5. Schwabenspiegel Cap. 247. 253. 254. nach der Königthalschen Ausgabe.

§. 2. Gegenwärtiges Sprüchwort handelt insbesondere von der Niederlegung ungezählten Geldes zur treuen Hand, und enthält eine Warnung, sehr vorsichtig bey der Wahl dessen zu seyn, dem man solches anvertrauen will, indem die Versuchung, sich an ungezähltem Gelde zu vergreifen, um so stärker ist, je schwerer eine daran begangene Untreue entdeckt werden kann. Die beste Vorsicht, wenn man jemanden ungezähltes oder auch nicht vorgezähltes Geld angetraut, wenn nicht anders eine dringende Noth dieselbe unmöglich macht, wird die seyn, daß man das Geld dem Depositar versiegelt in Gegenwart einiger Zeugen einhändige, indem der Depositar sich einen starken Verdacht, daß er sich an dem Depositum vergreifen habe, zuzieht, wenn man das Siegel beschädigt findet. Nach verschiedenen besondern teutschen Gesetzen, soll der Depositar, welcher das Siegel des Deponenten erbrochen zu haben überführt worden ist, als ein Dieb betrachtet und bestraft werden 1).

1) S. Neumünstersche Kirchspiele, Gebräuche, Art. 29. In Dreyers Samml. vermischter Abhandl. Th. 2. S. 1081.

## XII.

**Sequester machen leere Nester.****Anmerkung.**

Ich will nicht behaupten, daß bey einer jeden Sequestration dieses Sprüchwort eben eintreffe, sondern ich glaube nur, daß eine betrübte Erfahrung Gelegenheit gegeben, daß man darauf verfallen ist. Eine Sequestration soll ordentlicher Weise nicht statt finden, und sie ist ein außerordentliches und dabey verhaßtes Mittel, von welchem man lehret, daß ein Richter nicht leichtlich darzu schreiten soll, und viele berühmte Rechtslehrer sind daher der Meinung, daß derjenige von aller Strafe frey sey, welcher einem solchen Richter, der ungerechter Weise ein Sequester verhänget, sich widersetzt 1). Die Ursache aber warum man einen solchen Haß auf die Sequestration geworfen, mag wol diese seyn, daß, wenn eine streitige Sache bis zum völligen Austrag des Processes auf obrigkeitlichen Befehl in Besitz genommen wird, gemeiniglich dergleichen Sequestration zum Schaden der Partheyen gereichen. Denn so ist nicht nur die Sequestration selbst mit Unkosten verbunden, sondern es wird oft die sequestrirte Sache so unordentlich und schlecht verwaltet, daß der obliegende Theil, welchem die Sache wieder zurückgegeben werden soll, schlechten Nutzen davon hat.

1) *Mevius* P. V. dec. 307.

## XIII.

**Bürgen soll man würgen.****Anmerkung.**

§. 1. Man kann aus diesem Sprüchwort deutlich sehen, wie unsere Vorfahren die Bürgschaften betrachteten.

trachtet haben. Wenn sie sagten, daß man den Bürgen würgen müsse, so ist dieses Wort von der gewaltsamen Ladung und Ziehung nach dem Gerichte zu verstehen, so wie solches auch aus dem Evangelio von dem Schalksfnechte zu ersehen ist, in welchem es heisset 1): er griff ihn an, und würgete ihn. Die Bürgschaften sind bey den alten deutschen Völkern sehr gebräuchlich gewesen. Man hatte zweyerley Arten von Bürgen, einige wurden *Gisiles*, andere *Radli* genennet. Jene wurden zur Sicherheit von einem Volke dem andern gegeben. *Radli* hießen aber diejenigen, welche für andere Privatpersonen in Schuldsachen sich verbindlich gemacht hatten 2). Ja, so oft einer belanget oder eines Verbrechens wegen angeklaget worden, mußte er Bürgen stellen oder er wurde in gefängliche Verhaft gezogen. Es erhellet aus den meisten alten Gesetzen, daß der Bürge als ein Selbstschuldner angesehen und auch Frauenspersonen zum Bezahlen angehalten worden sind, wenn sie sich für jemand verbürget hatten 3). Die meisten deutschen Völker ließen dem Gläubiger die freye Wahl, ob er den Hauptschuldner oder den Bürgen zuerst belangen wollte, und dieser Umstand hat vermuthlich zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben. Schilter 4) hat die Zeugnisse von dieser strengen Verbindung bey den mehresten deutschen Völkern angeführt, daher ich selbige übergehe. Nur die Burgunder, die viele Rechte von den Römern frühzeitig angenommen haben, ließen es nicht zu, daß der Bürge eher belanget werden konnte, bevor der Hauptschuldner noch nicht ausgeklaget worden war 5), und sie erlaubten auch nicht, daß die Erben nach des Bürgen Tod belanget werden konnten. Die Franken hielten es so wie die andern Völker, nur giengen sie von ihnen darinnen ab, daß, wenn der Gläubiger den Schuldner zuerst belanget, mit seiner Klage aber abgewiesen



gewiesen worden, er nachmals dem Bürgen nicht weiter mehr mit einer Klage beschwerlich werden durfte 6). Die in dem römischen Rechte denen Bürgen zum Besten verordnete Wohlthaten, sind, wenn man die Burgunder ausnimmt, unsern Vorfahren übrigens unbekannt gewesen.

1) Matth. XVIII. v. 28.

2) *du Fresne* voc. fideiussores. Von der Herleitung des Worts Gisel, s. Gruben Abhandl. vom Obstagio, dessen Alterthume und Benennungen §. 1. in Schott's juristischen Wochenblatt, 1ster Jahrg. S. 52. Gruben zeigt, daß das celtische Wort Gwystel und das teutsche Wort Gisel von sellen, d. i. tradere stipulando, promissione, herzuleiten sey. Vom Worte Gisel kommt das noch heut zu Tage übliche Wort Geißel her.

d. 5.

3) *Boehmer* de efficaci mulierum intercessione.

4) in prax jur. Rom. in for. German. Exercit. XLVIII, § 19 — 22.

7) L. Burgund. Tit. 82. §. 2.

6) Capitular. Reg. Francor. Lib. VII. §. 334.

§. 2. Daß unsere Vorfahren auch in den mittlern Zeiten von den Bürgschaften gleiche Grundsätze beobachtet haben, erhellet unter andern aus dem Gesetze Kaisers Otto des Zweyten 1). Das sächsische Landrecht 2) bezeuget solches ebenfalls, und in dem Weichbild 3) wird ein gleiches angetroffen. Aber der Verfasser des Schwabenspiegels gedenket schon derjenigen Rechtswohlthaten, welche das römische Recht denen Bürgen verstatet 4). Er schreibt dieselben, welches man nicht ohne Pachen lesen kann, einem Meister, der da heißet Adrianus, der Landrechts viel gemacht hat, zu. Es ist merkwürdig, daß man in verschiedenen Auflagen des schwäbischen Landrechts diese Stelle entweder gar nicht, oder sehr verändert antrifft, wel-

welches wol daher gekommen seyn mag, daß viele mit der Einführung des römischen Rechtes nicht zufrieden gewesen, und deswegen diese angeführte Stelle ausgelassen haben.

- 1) apud Goldast Constitut. imperial. T. III. p. 309.
- 2) Lib. III. Art. 27. — Die Glosse zu dieser Stelle bemerkt, daß die Verordnung des K. Otto, deren der B. gedenkt, in diesem Artikel des Sachsenspiegels aufgenommen worden ist. D. S.
- 3) Art. 31.
- 4) cap. 325. edit. Berger. Nach der Königssthal'schen Ausgabe, Cap. 331. D. S.

§. 3. Die Einführung des römischen Rechtes hat zwar gemacht, daß die Verbindlichkeit der Bürgen nicht mehr so strenge ist, als sie ehemals gewesen, allein man findet doch noch verschiedeneörter in Deutschland, wo die alten Rechte sich bis auf den heutigen Tag noch erhalten haben. Die Nürnbergsche Reformation 1) überläßt es einem Gläubiger, ob er zuerst den Hauptschuldner oder den Bürgen belangen will. Die Frauenspersonen, so sich verbürgert haben, sind hier und da schlechterdings verbunden, für den Selbstschuldner zu bezahlen, ohne daß eine Verzicht der weiblichen Wohlthaten vorher erfordert werde 2). Ja man will behaupten, daß bey ermangelnden Landesgewohnheiten und Rechten die von einer Frau geleistete Bürgschaft so lange für gültig zu halten, bis der Gebrauch des Pellerjanischen Rathschlusses erwiesen worden 3). Des Bürgen Erben sind zu Mühlhausen vor einen gerichtlichen Anspruch sicher und der Schuldner muß einen andern Bürgen bestellen 4).

- 1) Lib. I. tit. 19. Finsterwalder Obl. jur. II. 12. Schilter Exerc. 48. §. 23.

2) de *Ludewig de Scto Velleiano* in German. exalc.

3) *Thomasius de exiguo usu Scti Velleiani*. — Die Meinung des *Thomasius* läßt mit Grunde nicht behaupten, indem das römische Recht den alten und mittlern teutschen Rechte vorgeht, und, in sofern es durch kein Reichsgesetz oder allgemeines teutsches Gewohnheitsrecht abgeändert worden ist, die Vermuthung für sich hat, daß es gelte. Nur bey den Handelsfrauen, welche selbst eine Handlung treiben, ist eine Ausnahme zu machen, indem bey diesen wegen des Gewerbes, das sie treiben, vorausgesetzt werden muß, daß sie von der Bürgschaft gehörige Kenntniß haben, und folglich bey ihnen der Grund wegfällt, warum das römische Recht die Bürgschaften der Frauenzimmer für ungültig erklärt. S. Joh. Sam. Fried. Böhmers Untersuchung der Frage: Ob und in wie weit eine Weibsperson, so eine Handlung treibet, aus ihrer Bürgschaft verbunden sey oder nicht. In Schottens jur. Wochenbl. 3ter Jahrg. S. 535. D. 5.

4) Statut. Mulhus. Lib. III. Art. 67. §. 1.

#### XIV. A.

### Bieten und Wiederbieten macht den Kauf.

#### Anmerkung.

§. 1. Es folgen nun einige Sprüchwörter, so zu der Lehre des Kaufcontractes gehören. Mit diesem Contract ist es den alten Deutschen eben so gegangen, wie andern Völkern mehr. So lange das geprägte Geld ihnen noch unbekannt gewesen, war das Tauschen das einzige Mittel, wodurch man die zu der Nothdurft des Lebens benöthigte Dinge zu erhalten suchte 1). Die Deutschen trieben mit dem Umsetzen der Waaren ihren Handel, so wie solches noch jezo die Europäer mit den wilden Völkern in Amerika zu thun pflegen. Der Handel der alten Deutschen bestand mehrentheils in Vieh und Leinwand, bey den Wenden in Tuch und Pelzwerk,

werk, doch sind die Freygebohrnen der Kaufmannschaft nicht ergeben gewesen, sondern haben selbige den Knechten und Freygelassenen überlassen 2). Nachdem aber das Verkaufen eingeführet worden, so fieng man auch an besondere Feyerlichkeiten dabey zu beobachten, so darinnen bestunden, daß der Kauf in Ansehung unbeweglicher Güter, wie auch andern Sachen von Wichtigkeit, schriftlich geschlossen, oder Zeugen dabey gebraucht wurden, wiewol bey dem Vertauschen dieses ebenfalls um diese Zeit geschah. Der Kauf ward für richtig gehalten, so bald das Handgeld angenommen worden, denn dasselbe ward zum Zeichen des vollkommenen Contracts gegeben, und der Käufer verlor nichts, wenn er binnen gesetzter Zeit seine Schuldigkeit nicht beobachtet hatte, wobey er aber dennoch den Werth zugleich bezahlen mußte 3). Daß auch fremde, freitige, und außer dem Handel gesetzte Sachen nicht verkauft werden konnten, daß niemand durch Gewalt oder Furcht zu dem Verkauf seiner Güter gezwungen werden soll, daß der Verkäufer die Gewehr leisten muß, von allen diesen Dingen findet man in den alten deutschen Gesetzen ebenfalls Spuren, ja in einigen trifft man sogar an, daß der Kauf nicht getrennet wurde, wenn auch schon der eine Theil über eine Verletzung sich beschweret, so groß sie auch immer gewesen 4). Denn man sah nicht darauf, ob die Sache einen Fehler hatte, es wäre denn, daß der Verkäufer selbige bösslich verschwiegen.

1) Tacitus de M. G. c. 5. Es beweiset das höhere Alter des Tausches vor den Kauf selbst das Wort bieten, welches jetzt vom Kaufe gebraucht wird, ursprünglich aber so viel als tauschen, bedeutete. Im Habelschen Landrecht P. 2, tit. 11. und 14. bey Pufendorf O. I. V. Tom. I. app. C. 19. und 21. heißt es: „Wann Gut ausgelegt und verbeutet wird, als  
„Sand

„Sand um Sand, Land um Land, ohne einige Zugabe  
„u. s. w.“ Auch im Lüneburger Stadtrechte Art. 7.  
Bey Pufendorf T. III. app. S. 1329. kommt das  
Wort Deuten in dieser Bedeutung vor. D. S.

2) *Böhm. de commercior. apud German. initiis.* —

Als sich Juden in Deutschland niederzulassen anfingen,  
wurde von diesen besonders stark die Handlung geriet-  
ten. S. S. C. S. Sischers Geschichte des deutschen  
Handels, Th. I. Cap. I—IV. D. S.

3) *Dreyer de restricta alienandi facultate.*

4) *Schilter Exercit. XXX §. 41. Dreyer de diffe-  
rent. jur. Rom. et Germ. in arrhis emtion.*

§. 2. Alles dieses findet man mehrentheils auch  
in dem sächsischen und schwäbischen Landrecht verord-  
net 1). Eine schadhafte Sache konnte aber wieder zur-  
ückgegeben werden, weil der Verkäufer schuldig ge-  
wesen, die Gewehr zu leisten, von welcher Schuldig-  
keit jedennoch die Juden frey gewesen, von welchen der  
Verfasser des Sachsenspiegels schreibt 2): Was  
aber der Jude anders Ding kauft oder zu  
Pfande nimmt, unverhohlen und verstoßen,  
bey Tages Licht, und nicht in beschlossenen  
Häusern, und mag er des zeugen selbst dritte,  
er behält seine Pfennige daran, die er darum  
gab, oder darauf that, mit seinem Eide ob es  
wohl gestohlen ist. Gebricht es ihm aber an  
den Gezeugen, er verlost seine Pfennige. Diese  
Satzung hat mit der Zeit das Halberstädtische Privile-  
gium veranlaßt, wovon Stryck 3) ausführlicher  
handelt. Es ist inzwischen in verschiedenen Ländern  
denen Juden nicht erlauber, unbewegliche Güter zu  
kaufen.

1) *Ius Prov. Sax. Lib. III. Art. 4. Ius Prov. Suev. cap. 247.  
§. 2. nach der Königschaffschen Ausgabe, Cap. 318.*

D. S.

2) *Lib.*

2) Lib. III. Art. 7.

3) In usu moderno tit. de furtis §. 27.

§. 3. So viel nun das angeführte Sprüchwort anbelangt, soll durch dasselbe angezeigt werden, daß es bey dem Kauf und Verkauf vornehmlich auf die Einwilligung der Contrahenten ankomme. Daß hiezu nichts weiter erfordert werde, als daß der Verkäufer seinen Willen, die Sache zu verkaufen, anzeige, und den Werth, so er für dieselbe verlange, bekannt mache, der Käufer hingegen seine Erklärung, ob er sie für den angesetzten Werth annehmen will, an den Tag lege, oder sonsten darauf biete, daß daher weder die Errichtung eines schriftlichen Kaufcontracts, noch die wirkliche Uebergabe des verkauften Gutes zu dem wesentlichen desselben erfordert werde, sondern es genug ist, wenn die Contrahenten sich des Kaufgeldes verglichen haben. Es erfordern aber auch die deutschen Gewohnheiten und Rechte, bey dem Verkauf der unbeweglichen Güter die gerichtliche Verlassung, weil so lange diese noch nicht erfolgt, der ganze Handel für ungültig gehalten wird 1).

1) *Klein de resignatione judiciali. Bastineller de investitur bonor. allodial. immobil.* — Die gerichtliche Uebertragung ist nicht gemeinen Rechts in Teutschland, sondern nur da erforderlich, wo sie durch besondere, es sey ausdrückliche oder stillschweigende Gesetze hergebracht worden ist. S. Kunde Grundsätze des allgemeinen deutsch. Privatr. §. 260. Die gerichtlichen Verlassungen haben ursprünglich nicht bey allen unbeweglichen Vermögen statt gefunden, sondern nur bey den Stammgütern, indem diese ohne Einwilligung der sämtlichen Agnaten nicht veräußert werden konnten, und daher die gerichtliche Uebertragung dazu diente, heimlichen Verkaufungen solcher Güter vorzubeugen. Das sächsische Landrecht B. 2. Art. 30. nebst der Glosse reden zwar hiervon, aber mit einiger Dunkelheit.

Das

Das meiste Licht giebt das Magdeburgische Recht, welches die Schöppen zu Magdeburg der Stadt Götting mittheilten, Art. 84. in Schotts Samml zu den deutsch. Land- und Stadtrechten Th. 1. S. 73. wo selbst es heißt: „Gibbet ein Man sineme wibe sin gut  
 „vürme libgedinge. in gehegrem dinge oder siner kint  
 „deren an eigene oder an lehne. mit der erben er  
 „lobe. unde wirt dar ein recht vride vür geworche.  
 „vnd wil her darnach an deme gute iemanne icht gē  
 „ben. jene die mugenz wol wider reden mit rechte. Dem  
 „die gabe gegeben ist vor gerichte. Hat aber ein  
 „man Kopschag oder varende habe. swelcherhande  
 „sie is. die her mit sineme wibe ererbeitet hat. Daz  
 „mac her wol die sineme gesonden libe geben. swer  
 „me her wil. an jemandes widersprache.“ Nach dem  
 gemeinen sächsischen Rechte ist daher die gerichtliche Vera  
 lassung nur in Ansehung der Stamm- und Zinsgüter  
 üblich. In Chursachsen ist selbige erst in neuern Zei  
 ten in Ansehung aller Immobilien eingeführt worden.  
 Codex August. T. I. S. 349. S. Schott's Insti  
 tut. Iur. Sax. S. 255. 1ste Ausg. d. 2.

## XIV.

## Geld macht den Markt. (d. P.)

## Anmerkung.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das Alter die  
 ses Sprüchwortes in die Zeiten fällt, wo man in Deutsch  
 land das eigentliche Wechselgeschäft noch nicht kannte.  
 Damals war es auf Märkten und Messen viel unsiche  
 rer Credit zu geben, als wie jetzt, indem theils es den  
 Mitteln, seine Bezahlung, besonders von einem Aus  
 wärtigen, zu erhalten, an der schnellen Wirksamkeit  
 fehlte, welche aus der Strenge der Wechselverbindlich  
 keit entspringt, theils aus der Verschiedenheit der  
 Münzsorten leicht Schwierigkeiten und Irrungen ent  
 stehen konnten. Tausch und baares Geld waren dem  
 nach

nach die vornehmsten Mittel, Waaren an sich zu bringen. Um den Handel mit baaren Gelde zu erleichtern, und die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheit der Münzsorten veranlaßte, zu haben, waren gewöhnlich in den Meßorten Münzen und Wechselbänke angelegt, wo die fremden Kaufleute ihr mitgebrachtes Geld in Münzsorten, welche an den Meßorten gültig waren, umsetzen oder ausprägen lassen konnten 1). Inzwischen will ich nicht leugnen, daß man nicht zwischen durch auch auf Credit gehandelt, über geborgte Waaren Schuldscheine ausgestellt, und darin zur Sicherheit des Gläubigers sein Vermögen verpfändet, sich dem Pfändungsrechte unterworfen, oder auf andere Weise den Gläubiger sicher zu stellen gesucht habe.

1) Sischer Geschichte des deutschen Handels, Th. 1. S. 258. ff.

## XV. A.

### Kauf erfordert Kaufmannsgut und Kaufmanns Glauben.

#### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort wird von zwey Pflichten gehandelt, welche ein jeder Verkäufer beobachten soll. Die erste ist, daß das zu verkaufende Gut von der Beschaffenheit sey, daß selbiges verkauft werden könne. Denn es ist bekannt, daß viele Güter öfters nicht verkauft werden dürfen, wenn durch ein Landesherrliches Verbot der Handel mit demselben untersaget worden. Man findet hievon sowohl in den ältern als neuern Zeiten Exempel, daß Regenten das Verkaufen gewisser Waaren verboten, oder derselben Ausfuhrung in fremde Länder untersaget haben. Manchmal hat solches den Nutzen und Vortheil des Staats



Staates erfordert, manchmal aber hat auch eine besondere Staatsursache ein solches Verbot veranlassen. Hieher gehöret unter andern, daß in dem römischen Recht vorkommende Verbot der Weine, Obst und andern delicates und zur Wollust nützenden Waaren an auswärtige Völker 1), weil man glaubte, diese Varsbaren möchten von einem Verlangen angereizet werden, sich der Länder zu bemächtigen, welche dergleichen angenehme Waaren hervorbringen. So ist es auch nach verschiedenen deutschen Landesordnungen nicht erlaubt, daß man an diejenigen Jagdhunde verkaufen darf, so keine Jagd haben. Sachen, so dem Feinde zum Nutzen gereichen können, dürfen ebenfalls nicht an denselben verkauft werden. Apotheker dürfen nicht an jedermann Gift verkaufen 2). Es werden daher diejenigen mit dem Verlust der Waaren bestraft, so damit handeln 3).

1) L. 1. C. Quae res exportari non debeant.

2) *Stephani* de reb. exportari prohibitis.

3) *G. L. Böhmer* de jur. princip. libertat. commercior. restringendi in utilitat. subditor. S. auch *Ayrer* diss. de principe potestatis circa commercia et studia civium suorum rite adornante. Goetting. 1746.

D. 5.

§. 2. Die andere Pflicht, so dem Verkäufer obliegt, bestehet in der Beobachtung des Glaubens. Er ist schuldig alle Arten von Betrügereyen zu vermeiden. Die Eigenschaften des Kaufcontrakts leidet es nicht, daß ein Betrug darunter vorgehe 1), sondern erkläret den ganzen Handel für nichtig, wenn der Verkäufer des begangenen Betruges überführt wird. Dieser wegen verbinden die Geseze den Verkäufer, daß er auch die Mängel, so an der zu verkaufenden Sache sich befinden, anzeige, und wenn dieses von ihm geschehen,

sehen, wird derselbe von aller Wiederersetzung des Schadens befreiet, auch nicht für schuldig geachtet, das verkaufte Gut wieder zu sich zu nehmen 2). Hieraus fließet zugleich, daß man nicht nöthig habe, den Unterschied anzunehmen, welchen einige Ausleger zwischen dem Betrug gemacht haben, sondern da es in dem Handel und Wandel auf Treu und Glauben hauptsächlich ankommt, aller und jeder Betrug zu vermeiden sey 3).

1) L. I. §. 1. D. de Act. emt. L. 6. §. ult. cod.

2) L. 14 §. 1. D. de aedilit. edict.

3) Der Verfasser scheint hier auf die bekannte Eintheilung des doli in causam dantem und incidentem zu zielen. Sollte dieses seine Meinung gewesen seyn, so kann ich ihm hierin nicht beypflichten, indem diese Eintheilung theils in den Gesetzen des römischen Rechts hinlänglich gegründet ist, s. l. 13. §. 4. und 5. ff. de emt. vend; theils an sich nicht unbillig ist und dem verletzten Theil keinen Schaden zufügt. Am besten hat selbige gegen Woodt u. a. m. Viertelblatt in diff. de dolo caus. dante et incidente vertheidigt.

D. S.

## XV. B.

Was mir einer gewähren muß, das kann er mir selbst nicht entwähren. (D. S.)

### Anmerkung.

Geware, Gewehr heißt in der deutschen Sprache des Mittelalters so viel als ein ruhiger, unangesochtener Besitz 1). Gewähren oder gewehren will demnach so viel sagen, als jemanden einen ruhigen Besitz zu versichern, zu leisten. Schon in den ältesten Zeiten war nach den deutschen Rechten ein Verkäufer dem Käufer zur Gewehrleistung verbunden 2). Die Sammlungen von den Gewohnheitsrechten aus dem Mittelalter

alter haben ein gleiches verordnet 3). Es würde daher widersprechend gewesen seyn, wenn dem Verkäufer selbst das Recht zugestanden haben sollte, seinen Käufer zu entwähren, d. i. dessen Besitz der erkauften Sache anzufechten. Dieses ist auch der Sinn des gegenwärtigen Sprüchwortes, welches mit der Regel des römischen Rechts: *quoniam de evictione tenet actio, idcirco agentem multa magis repellit exceptio*; übereinstimmt 4).

1) S. *Haltaus* gloss. m. aevi unter dem Worte: *Gesware*.

2) S. *Schilter* Exercit. ad π. Exercit. XXXIV. §. 21.

3) *Sachsenspiegel* B. 3. Art. 83 *Schwabenspiegel* nach der Königsbachschen Ausgabe Cap. 314.

4) tit. ff. de except. rei v. et traditae. *Grünker* O. I. V. Tom. IV. obs. 1066. S. 155.

## XXVI.

Ein Verkäufer lobet seine Waare.

### Anmerkung.

Einem Kaufmann ist unverwehret sich Käufer zu erwerben, so ihm seine Waaren abnehmen. Diesen ~~Satz~~ zu erhalten, ist ihm erlaubt, die guten Eigenschaften derselben gegen die Verkäufer zu rühmen, und sie dadurch zu bewegen, sich mit ihm in einen Handel einzulassen, wenn nur mit dem Ueberreden kein Betrug verbunden wird 1). Dieses ist es, was das gegenwärtige Sprüchwort sagen will. Mit dem Päbstlichen Rechte kommt dieses Sprüchwort nicht überein, denn dasselbe sagt, daß kein Christ mit gutem Gewissen eine Handlung anrichten und verrichten könnte 2). Allein die Ausleger verstehen diese Stelle mit Recht nur von dem gar zu großen Pöbel und Uebersetzung der Waaren. Es ist auch hier nicht die Rede von einer

2. d. Verbindlichkeit als aus dem Beding. entst. 369

ungestümen und gefährlichen Ueberredung, welche den ganzen Handel ungültig macht 3).

1) Ulpian im l. 19. pr. ff. de Aedilit. edicto unterscheidet, ob der Verkäufer, bloß seine Waare lobt, um sich zu empfehlen, oder ob er zugleich dabei die Absicht hat, dasjenige, was er an derselben lobt, wirklich zu liefern. Nur in diesem letzten Falle entspringt aus der Empfehlung der Waare für den Verkäufer eine Verbindlichkeit. D. 5.

2) C. 11 12. 13. D. 22.

3) Stryck, de jure persuasion.

## XVII.

**Kaufmannschaft leidet keine Freundschaft.**

### Anmerkung.

Das Wesen des Handels bringt es mit sich, daß Kaufleute dahin sehen müssen, wie sie mit Vortheil ihre Waaren wiederum verkaufen können, ohne den Käufer jedoch zu verletzen. In dieser Betrachtung hält man dafür, daß im Handel und Wandel kein Freund angesehen werden müsse, und ein Kaufmann als ein Kaufmann nicht verbunden sey, seinen Anverwandten, Freunden und guten Bekannten, die Waaren um einen geringeren und wohlfeilern Preis als andern zu verkaufen. Es würde ihm dadurch der gebührende Gewinnst entzogen werden, welcher dem Kaufmann zur Fortsetzung seiner Handlung so nothwendig ist.

## Kauf und Backenstreich sind ungleich.

### §. 1. Immerwährend.

§. 1. Obwohl die Gesetze verordnen, daß dasjenige, was für die Waare bezahlt wird, mit dem innern Werth derselben eine Gleichheit haben soll, so ist doch so viel gewiß, daß diese Gleichheit selten so vollkommen und übereinstimmend seyn kann, und es schwer zu behaupten ist, in allen Stücken so genau zu handeln, daß eine Ungleichheit völlig vermieden werde. Daher hat man durch dieses Sprüchwort anzeigen wollen, daß, so wenig Schläge und Streiche, einander gleich sind, sondern gemeiniglich ein Streich empfindlicher und schmerzhafter als der andere ist, eben so wenig in dem Handel eine vollkommene Gleichheit zwischen dem Werth der Waare und dem Gelde, so dafür bezahlt wird, verlangt werden könne. Ein jeder sucht bey dem Handel seinen Vortheil, der Verkäufer denkt an den Gewinnst, der Käufer sucht die Sache um weniger Geld zu erhalten, als man sonst dafür bezahlen muß, man bietet und handelt, der Verkäufer läßt an der Kauffumme, so er verlangt, etwas nach, der Käufer setzt etwas hinzu, der Handel kommt endlich zu Stande, doch bleibt immer noch eine Ungleichheit zwischen dem Werth der Waare, und dem, was dafür bezahlt worden, über.

§. 2. Da nun also das Verhältniß zwischen der Waare und dem dafür bezahlten Werth nicht so genau bestimmt werden kann, so haben die Gesetze verordnet, daß, um einer jeden Ungleichheit wegen, der geschlossene Handel nicht aufgehoben werden soll, sondern sie erfordern eine Verlegung über die Hälfte 1). Man würde

manche nichts als Noceffe haben, wenn nur einer jeden: Manlegung halbes der Handel ungültig seyn sollte, und: was kann dem Handel mehr Schaden bringen, als die: Proceffe?

§ 1. C. de rekind. venditioni.

## XIX.

Das Befehen hat man umsonst.

### Anmerkung.

Dieses Sprüchwort ist unter den Kaufleuten sehr gewöhnlich. Es ist auch desselben Verstand leicht einzusehen. Denn da es bey dem Kaufen und verkaufen der Waaren hauptsächlich auf die Einwilligung der Contrahenten ankommt, diese aber erfordert, daß sie sich wegen des Werthes, so für die Sache gegeben werden soll, mit einander vereinigen, und ihren Willen gegen einander erklären, so hat man dadurch zu verstehen geben wollen, daß das bloße Befehen der Waare nicht so auszulegen sey, als ob derjenige, der dieselbe beziehet, auch stillschweigend in den Werth einwillige, wofür sie angesetzt worden, und also verbunden sey, selbige nunmehr zu behalten.

## XX.

Wer die Augen nicht aufthut, der thue den Beutel auf.

### Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort besonders auf den Viehhandel zu ziehen, ob schon die Anwendung auch auf den Handel mit andern Waaren und Gütern, als mit Getraide, gemacht werden kann. Man pfleget die Mängel, besonders bey dem Vieh, in Haupt, Erb-

und zufälligen Mängel eingutheilen, und von diesen letzteren ist dieses Sprichwort zu verstehen, welches anzeigt, daß derjenige, so dergleichen Waaren nicht genau betrachtet, es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn er nachher einige Mängel wahrnimmt, die ihn betheuren, daß er das Vieh über den wahren Werth bezahlt habe.

§. 2. Da die alten Deutschen ohnedem auf die Redlichkeit im Handel viel gehalten haben, so ist es kein Wunder, daß man wenig von dieser Materie in den alten Gesetzen antrifft. Man findet nur in einigen die vornehmsten Mängel der Pferde und andern Viehes bestimmt, und haben verordnet, daß der Verkäufer das Vieh wiederum zurücknehmen soll, wenn er wissenschaftlich die Mängel verheulet, und der Käufer vor Ablauf dreier Tage solches anzeigt 1). In den mittlern Zeiten sind die Mängel in den Sammlungen der alten Gewohnheitsrechte deutlicher bestimmt worden. Das Magdeburgische Weichbild 2) giebt folgende vier Hauptfehler bey einem verkauften Pferde an: Wenn es stetig ist, oder starrblind, oder unrechter Anfunft, oder hartschlegig, welches letztere der Uebersetzer des alten Sachsenrecht in das Hochdeutsche durch haarschlechtig ausgedrückt, als wenn darunter ein Pferd verstanden würde, so mit dem Schorff behaftet. Da doch dieses Wort eine ganz andere Bedeutung hat, und heutzschlägig heißen soll.

1) Lex Bajuvarior. Tit. XV. cap. IX. §. 2. seqq.

2) Art. 97.

3) Heineccius ad edict. aedilit. c. III. §. 13.

§. 3. Die Hauptmängel sind so wie schon ehemals, also auch heut zu Tage in Deutschland sehr unterschieden, und in den verschiedenen Provinzen durch Stadts- und Landgesetze bestimmt, welche mit einander anzuführen

führen zu weislich seyn würde 1). Hier fragt es sich nur, ob das angeführte Sprüchwort heut zu Tage noch statt findet. Man könnte sagen, daß die in demselben enthaltene Rechtsregel der Billigkeit zuwider sey, und einen offenbaren ungerechten Satz in sich enthalte, weil es die Pflicht eines jeden Verkäufers erforderte, auch die zufälligen Mängel dem Käufer zu entdecken. Indessen ist doch dasselbe in den Gesetzen gegründet 2), aber man muß auch bemerken, daß die Rede von solchen äußerlichen Mängeln ist, welche jedem in die Augen fallen, und die der Käufer bey dem ersten Anblick der Sache hat bemerken können 3). Wenn daher bey Schließung eines solchen Handels der Verkäufer für alle Mängel zu stehen nicht versprochen hat, so wird der Käufer um solchen in die Augen fallenden Mangel halber auch nicht gehöret, sondern muß die Wahrheit dieses Sprüchworts mit seinem Schaden erfahren.

1) *Mascov* de Redhibirione equor. *Stryck* in V. M. tit. de sedilit. edicto. *Kohr* Haushaltungsrecht. — Es gehört hieher auch das Sprüchwort: Wider Aon und Spath ist kein Rath, welches *Estor* in der bürgerl. Rechtsgelahrtheit der Deutschen, Th. 3. S. 1098. S. 665. anführt. D. 3.

2) L. 15. §. 1. L. 43. §. 13. de contrah. emtion.

3) *Stryck* l. c.

## XXI.

Es ist ein Ding wie man es achtet.

### Anmerkung.

Unter dem Ueberfluß so vieler Dinge, womit Handel und Wandel getrieben wird, kommen oftmals einige vor, deren Werth bloß von den besondern Neigungen der Menschen abhänget. Von dergleichen Waren ist dieses Sprüchwort zu verstehen, welches lehret, daß



daß der Werth einer Sache oftmals nach der Meinung, so die Menschen zu derselben tragen, sehr hoch seyn könne, da andere für dieselbe ein geringes geben würden, und die Erfahrung bestätigt, dieses in der Welt zur Gnüge. Es lieget öfters an der Zeit, daß man einer Sache mehr zu dieser als zu einer andern bedürftig ist, und um dieselbe nur zu erhalten, gern mehreres dafür giebet als andere dafür bezahlen würden, oder die Seltenheit der Sache, die herrschende Mode, und andere Umstände machen, daß man, gerne dieselbe theurer bezahlt, als sie werth ist, oder sie höher schätzt, als man sie sonst schätzen würde. 1).

1) Ich zweifle, daß dieses Sprüchwort zu den juristischen Sprüchwörtern gehört, und eine juristische Wahrheit enthalten soll. Indes, wenn man es dafür gelten lassen will, so hätte man sich, daraus die Regel hernehmen zu wollen, daß in Fällen, wo es auf Ersehung des Werthes einer Sache ankommt, nicht auf den wahren, sondern auf den eingebildeten Werth zu sehen sey, welchen es für den gehabt hat, welchem der Werth zugeföhrt werden muß. Es ist zwar richtig, daß nach dem römischen Rechte letzterer zu dem juramento in li-  
tem *affectionis* zulassen würde, wenn er von dem andern bößlicher und betrüglicher Weise um eine Sache gebracht war. Allein verschiedene Rechtsgelehrte, z. B. *Malblanc* in *doctrina de jurando* §. 73. C. 191. leugnen mit Recht, daß bey uns in Teutschland auf das *juramentum affectionis* erkannt werden könne, indem der Grund, weswegen dasselbe bey den Römern eingeföhrt sey, darin lag, damit dadurch der bößliche Betrug zugleich vermittelst einer Privatstrafe, welche dieser Eid enthielt, geahndet würde, weil nicht in allen Fällen wegen eines bößlichen Betruges eine öffentliche Strafe fand. In Teutschland hingegen findet letztere immer statt, folglich fällt bey uns der Grund zu dem *juramento affectionis* weg. D. 15.

Einen Tar kann ein jeder machen, aber Leute zu schaffen, die auf den gemachten Tar kaufen, ist nicht eines jedweden Thun.

### Anmerkung.

§. 1. Wenn der Werth der Dinge nicht schon durch öffentliche Gesetze bestimmt ist, so hat der Verkäufer die Freiheit selbigen nach seinem Gutdünken anzusetzen. Denn einem jeden steht frey, das Seinige so hoch zu schätzen, als er vermeinet, daß der angelegte Werth mit seiner Meinung übereinkomme. Es entsteht daher keine Verbindlichkeit in Ansehung des Käufers, indem diesem vielmehr frey steht, ob er für die Sache geben oder ein geringeres bieten will. Dies ist es, was durch das geistwärtige Sprüchwort angedeutet werden soll.

§. 2. Es ist öfters gewöhnlich, daß man auch durch eine dritte Person bey dem Handel den Werth einer Sache bestimmen läßt. Die römischen Rechtsgelehrten haben darüber gestritten, ob dergleichen Convention den Rechten gemäß sey oder nicht. Dieses hat den Kaiser Justinian bewogen, diesen Streit dergestalt zu entscheiden, daß es bey dem von einem dritten bestimmten Werth sein Verbleiben haben soll, wenn die Person denselben rechtmäßig bestimmt hat, und dieselbe den Werth dergestalt festsetzt, daß keine Verletzung über die Hälfte dabey vorgefallen, hingegen ist die Bestimmung des Werthes durch eine dritte ungewisse Person verworfen worden. Diese Verordnung hat heut zu Tage ebenfalls ihren Nutzen, es ist aber allemal zum voraus zu setzen, daß die Partheyen durch einen ausdrücklichen Vertrag unter sich ausgemacht haben müssen, daß die Bestimmung des Werthes auf einen

einen dritten ankommen soll, indem sonst nicht abzusehen ist, wie der Käufer verbunden seyn kann, für denjenigen Preis die Waare anzunehmen, welchen ein dritter ohne seine Einwilligung festgesetzt hat.

1) L. ult. C. de contrahend. emtion. vendit.

### XXIII.

Man giebt nicht viel Goldes um ein Ey.

#### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort ist ebenfalls die Rede von dem Verhältniß zwischen der Waare und dem Werth, so dafür bezahlet werden soll, und es gehet desselben Verstand dahin, daß, nachdem die Waare ist, nach derselben auch der Preis sey, so für die Sache gegeben werde, daß man daher für wenig Geld auch wenig Waare bekommen könne 1).

1) Das Sprüchwort: darnach Geld, darnach die Waare; stimmt hiermit ebenfalls überein. *E. Pistor thesaur. paroem. Cent. 3. par. 99.* D. 5.

§. 2. Es fließet aber auch aus diesem Sprüchwort, daß es kein Kauf, sondern eher eine Schenkung genennet zu werden verdienet, wenn der Verkäufer um ein gar zu geringes Geld dem Käufer mit seinem guten Willen und Wissen die Waare überläßt 1). Es folget ferner daraus, daß, weil die Gesetze allemal ein Verhältniß zwischen der Waare und dem Werth erfordern, ein sogenannter Scheinkauf den Gesetzen zuwider laufe, ob schon in Sachsen es einer Frau erlaubt ist, die Gerade auf eine solche Weise zu verkaufen 2). Außer dem giebt es noch einen Handel, welchen man einen **Schadenkauf** nennet, und dieser bestehet darinnen, daß

daß der Verkäufer dem Käufer den größten Theil des vorher ausgemachten Werthes freiwillig erläßt 4).

1) In diesem Falle ist ein sogenannter Freundskauf vorhanden, welcher darin besteht, daß entweder der Verkäufer dem Käufer einen Theil der Kaufsumme schenkt, oder der Käufer in der Absicht zu schenken, eine größere Kaufsumme verspricht, als die Sache werth ist. In wie weit ein solcher Kauf nach den Grundsätzen einer Schenkung beurtheilt werden muß, darüber s. *Harprecht* diss. de venditione gratuita, Germanis ein Freundskauf. In dessen dissert. academ. V. 1. S. 803. d. 5.

2) L. 36. et 38. D. de contrahend. emtion.

3) *Carpzov* de jür. singular. feminar. decad. 3.

4) *Wildvogel* de venditione gratiae.

## XXIV.

Wer sagt A der muß auch wol B sagen.

### Anmerkung.

Man kann dieses Sprüchwort sowol von dem Handel insbesondere, als auch von allen und jeden Verträgen überhaupt verstehen. Es will nichts anders sagen, als daß derjenige, welcher in das eine williger, auch in das andere stillschweigend einwillige, so mit jenem auf das genaueste verbunden ist 1). Wo also der Käufer einmal in den vorgeschlagenen Werth eingewilliget, so hat er auch dadurch sich verbindlich gemacht, alles dasjenige zu erfüllen, wozu die Gesetze einen Käufer verpflichten. Eben so ist es auch mit dem Verkäufer beschaffen, welcher, wenn er einmal seine Einwilligung gegeben, für den verglichenen Werth die Waare zu überlassen, nunmehr sein Wort nicht wieder zurücknehmen kann. Und gleiche Behandlung hat es mit allen Contrahenten, wie denn überhaupt dieses

Eisenh. Sprüchw. (1811) 56 Sprüch-

Sprüchwort nicht sowol in den Gesetzen als in der gesunden Vernunft selbst gegründet ist.

- 1) Es stimmt dieses Sprüchwort mit der römischen Rechtsregel: *qui dat jus ad finem etiam jus ad media dedisse est censendus*; überein. l. 2. ff. de jurisdic. l. 56. ff. de servitut. d. 5.

## XXV.

Wer ein Haus bauet, der bezahlet es, wer eines kauft, der findet es.

### Anmerkung.

Dieses Sprüchwort soll den Unterschied der Vortheile anzeigen, welchen derjenige, so ein Haus kauft, vor einem andern, welcher erst ein Haus bauet, zum voraus hat. Jener hat die Bequemlichkeit, das neugekaufte Haus sogleich zu beziehen, und gemeiniglich werden die Häuser weit wohlfeiler verkauft, als was sie gekostet haben. Dahingegen der andere so lange Geduld haben muß, bis das Haus erst erbauet und in den Stand gesetzt ist, daß man solches bequemlich bewohnen könne, nicht zu gedenken, daß die Unkosten mehrentheils ungleich größer sind. Jedoch Zeit und Umstände können manchmal machen, daß der Preis der Häuser an einem Orte steigt, und die Erkaufung eines Hauses mehr Geld erfordert, als das Bauen gekostet hat.

## XXVI.

Ein Haus ein Brand.

### Anmerkung.

§. 1. Es ist hier die Rede von der Feuergefahr, welcher Häuser, so wie andere Gebäude, unterworfen sind, aber es wird zugleich denenjenigen, welche Geld  
der

der auf Häuser leihen, die Lehre gegeben, daß sie es wohl bedenken, welcher Gefahr ihr Geld ausgesetzt sey, wenn das ihnen zum Unterpfand verschriebene Haus durch das Feuer aufgezehret worden, und zu des Gläubiger Befriedigung keine andere Mittel vorhanden sind. Es scheint, daß man in Deutschland ehemals in den Gerichten die Meinung angenommen gehabt, daß, wenn ein zum Unterpfand gesetztes Haus abgebrannt sey, das Pfandrecht völlig erlösche, eben so wie nach dem römischen Rechte der Nießbrauch von einem Hause nicht weiter mehr auf dem leeren Plage verbleibe, wenn solches abgebrannt ist 1), da doch von dem Pfandrecht die Gesetze ein anders verordnen.

1) L. 36. pr. D. de usufruct.

§. 2. Heut zu Tage folget man den Grundsätzen des römischen Rechtes, welches ausdrücklich lehret, daß, wenn ein verpfändetes Haus auch durch eine Feuersbrunst aufgezehret worden, der wüste Platz auch noch so lange dem Gläubiger zum Unterpfande haften und die Hypothek darauf ruhen soll, bis die Schuld abgetragen worden 1), und es wird der Platz, worauf das abgebrannte Haus gestanden, als ein Zubehör von demselben angesehen. Hieraus folget nun weiter, daß, wenn nach der Zeit ein solches Haus wiederum von neuem aufgebauet wird, auch das neue Gebäude dem Pfandrecht unterworfen bleibe, weil die Brandstätte bey Verpfändung der Häuser allemal mit verpfändet wird 2).

1) L. 16. §. 2. D. de pignori. L. 29. §. 2. D. eod. L. 21. D. de pignorat. action.

2) Der B. macht von diesem Sprichworte eben die Anwendung, welche Her in epid. parox. Germ. par. 14. davon gemacht hat. Allein dieselbe setzt als ausgemacht zum voraus, daß bey den Deutschen normal das Pfandrecht an einem Hause nicht auch auf der

Brandstätte desselben gehaftet habe. Allein es fehlt dieser Behauptung an einem hinlänglichen Beweise. Mir scheint daher das Sprüchwort eher die Regel in sich zu enthalten, daß, sobald ein Kauf geschlossen sey, die Gefahr der verkauften Sache auf den Käufer übergehe, und daß daher, wenn jemand ein Haus kauft, derselbe gleich nach geschlossenem Kaufcontracte, gesetzt er sollte auch noch nicht Besitzer seyn, den Schaden tragen müsse, wenn das Haus abbrennt. Daß dieser Grundsatz dem mittlern teutschen Rechte nicht zuwiderläuft, beweiset das Schwäbische Landrecht nach der Königsrathschen Ausgabe Cap. 252. §. 2., wo es heißt: „Und gib ich eynem man eyn gut zekaufen und „gibt er mir seyn Leyloff daran, und das gut beleibet „in meiner Gewalt. und wirdt es mir verstorlen der „schado ist seyn und meyn nicht hab ich seyn gehätet als „ich von recht solt „. Wo zu dem Verlaufe unbeweglicher Güter erst eine gerichtliche Verlassung erfordert wird, leidet der Regel nach der gegebene Grundsatz keine Ausnahme, indem dadurch nur das Eigenthum auf den Käufer übertragen wird, der Kaufcontract aber gleich als vollendet betrachtet wird, so bald die Contractanten gegenseitig in den Kauf eingewilligt haben. Inzwischen gehen einige Landesgesetze hiervon ab, nach welchen erst nach gescheneher gerichtlichen Verlassung die Gefahr auf den Käufer übergehen soll. *S. Stryck V. M. Lib. XVIII. tit. 6. §. 8. Wernsdorf de periculo et commodo praedii venditi ante resignationem in Sax. electoral. Wittenb. 1782. D. 5.*

## XXVII.

**Eigen Heerd ist Goldes werth.**

## Anmerkung.

§. 1. Dieses sehr bekannte Sprüchwort gehet ebenfalls dahin, die Vortheile, welche der Eigenthümer eines Hauses hat, anzuzeigen. Dieser kann nicht nur mit dem Seinigen nach Gefallen ordnen, sondern der Besitz eines eigenen Hauses verschaffet ihm noch mehr



mehrere Bequemlichkeiten, welche diejenigen nicht haben, so nur Miethsweise andere Häuser bewohnen, und nachdem die Nothdurft des Eigenthümers es erfordert, das Haus räumen müssen 1), von welchem Fall insbesondere dieses Sprüchwort zu verstehen, welchem noch hinzukommt, daß der Eigenthümer des Hauses dasselbe nach seiner Bequemlichkeit und Gefallen verändern und einrichten kann, so demjenigen, der nur Miethsweise ein Haus bewohnt, verboten ist.

1) L. 3. C. de locat. conduct.

§. 2. Ohnerachtet die Wohnungen der alten Deutschen nur Hütten gewesen waren, so findet man doch, daß nach ihren Gewohnheitsrechten es allemal als ein großes Verbrechen angesehen worden, wenn jemand den andern in seiner Wohnung störte. Die Verletzung der Sicherheit in den Häusern ist daher in Deutschland zu allen Zeiten, als ein großes Verbrechen angesehen, und der Hausfriedensbruch auf mancherley Weise bestraft worden 1). Die Capitulationen der Fränkischen Könige gedenken der verschiedenen Strafen, womit dergleichen Hausfriedensstörer belegt worden 2). Diejenigen wurden mit dem Tode bestraft, welche an Häusern durch eine gewaltsame Erbrechung und Plündern Gewalt verübt hatten. Von dieser großen Sicherheit, so den Häusern bezeuget worden ist, handeln ebenfalls die in Deutschland hier und da vorhandenen Verordnungen 3), und sie hat verursacht, daß man demjenigen, welcher in seinem Hause feindlich angegriffen wird, eigenmächtiger Weise sich ungestraft zu vertheidigen erlaubt hat 4). Das römische Recht leget zwar denen Häusern ebenfalls eine gleiche Unverletzlichkeit und Sicherheit, aber aus einem andern Grunde, bey, weil die Hausgötter in denselben ihre Wohnungen hatten 5), allein in Deutschland haben die innerlichen Krie-



ge, und Befehdungen, besonders in den mittlern Zeiten, zu dergleichen Verordnungen Gelegenheit gegeben.

1) *Baier* de violatione securitatis domesticae. *Leyser* in M. ad P. Spec. 591. enthält verschiedene Zusätze zu der Bayerischen Schrift. Vorzüglich s. *C. F. Walch* pr. de pace domestica. In dessen Opusc. T. II. C. 116. ff. d. 5.

2) Lib. III. cap. 65.

3) D. *Henrici Julii* Burg- und Hausfriede de 25. Martii 1592. Privilegia und Statuten der Hainrichsstadt de anno 1602. *Baier* l. c. und *Walch* am a. D. § 14. und 15. d. 6.

4) *Baier* l. c.

5) *Cicero* in orat. pro domo cap. 41.

## XXVIII.

Wer das Bett verheuret, muß auf dem Stroß schlafen.

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort gehöret zu der Erläuterung des Pachtcontrakts, von welchem man in den alten deutschen Gesetzbüchern weiter nichts antrifft, als daß man die Ueberlassung des nutzbaren Eigenthums an einen andern für einen jährlichen gewissen Zins darsunter verstanden, und denselben manchmal mit dem Darlehn vermischte 1). Die Benennungen, heuren, verheuren, vermairen, in Bestand nehmen, leihen, bedeuten eben so viel als pachten. Es soll durch das gegenwärtige Sprüchwort angezeigt werden, daß derjenige, welcher seine Sache an andere vermiethet, es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn der Mangel derselben ihm einige Unbequemlichkeit verursacht. Denn als ein Verpächter oder Vermiether ist er schuldig, den

Eons

Contract zu halten, indem er den Gebrauch der Sachen an andere überlassen, so hat er auch stillschweigend darein gestilliget, daß er selbige entbehren will.

1) Heineccius in elem. jur. german. Lib. II. §. 407.

§. 2. Insofern verliert dieses Sprüchwort seine Anwendung, wenn der Vermiether selbst seiner Sache höchst bedürftig ist, und diese Nothwendigkeit von ihm gehörig erwiesen worden 1), wobei jedoch der Miethmann schadlos gehalten werden muß. Ob aber das Gesetz in dem Codex, so nur allein von vermiethten Häusern handelt, auch von Landgütern zu verstehen ist, ist noch einem großen Zweifel unterworfen. Wie sind die Gründe derjenigen, so dieses leugnen, allenmal weit stärker vorgekommen 2).

1) L. 1. C. de locat. conduct.

2) Hierin bin ich des W. Meinung nicht. Der Grund des angeführten Gesetzes liegt darin, daß es hart seyn würde, wenn der Eigenthümer den Gebrauch seiner Sache entbehren sollte, wenn er ihn selbst nachwendig ist und solches nicht hat vorher wissen können. Dieser Grund tritt zu gut bey einem verpachteten Landgute als bey einem vermiethten Hause ein. In dem Herzogthum Braunschweig, Wolfenbüttel und Calenberg wendet man diese Verordnung des römischen Rechts auf die Meyergüter an, zufolge des Salzdtälischen Landtagsabsch. von 1597. §. 19, welchen in diesem Punkte im Braunschweig, Wolfenbüttelschen die Verordnung Herzogs Anton Ulrich vom 15ten Aug. 1717 mit einiger Einschränkung von neuem bestätigt hat. Der Gutsherr soll nach dieser Verordnung wegen eigener unumgänglicher Nothdurft seinen Meyer abzumeyern und das Gut einzuziehen befugt seyn. C.

Stranden de jure villicor. c. 8. §. 18. und G. L. Mencken diff. de jure expellendi colorum ob superverniptem necessitatem. §. 16. in den Opusc. (Halle 1779) Nr. 14. C. 592. D. 6.

## XXIX.

## Gedingt Pferd macht kurze Meilen.

## Anmerkung.

§. 1. Die Erfahrung lehret, daß die Menschen um dasjenige, was ihnen eigen gehöret, weit mehr besorget sind, als um die fremden Güter, welche sie in ihren Händen und Gewahrsam haben. Dieses hat man auch durch gegenwärtiges Sprüchwort anzeigen wollen. Man will damit so viel sagen, daß derjenige, welcher fremde Pferde gemiethet, gemeiniglich derselben nicht so zu schonen pfleget, als wenn er seiner eigenen sich bedienete, sondern dieselben durch das öftere anspornen, zu einem geschwinden Lauf antreibe, damit er bald an den Ort gelangen möchte, wohin seine Reise gerichtet ist, weil ihm besonders zu Statten kommt, daß, wenn ein solches Pferd todt geritten wird, der Schaden dem Eigenthümer zufället, wie solches gemeiniglich mit den umgefallenen Postpferden gehalten wird.

§. 2. Allein es stehen diesem Sprüchworde die Gesetze entgegen. Das römische Recht sagt ausdrücklich, daß derjenige, so die gemiethete, oder ihm zum Gebrauch geliehene Sache mit Vorsatz oder durch ein Versehen, umkommen läßt oder sonst dieselbe beschädiget, den Werth derselben dem Eigenthümer vergüten müsse 1). Die deutschen Rechte kommen damit überein. Man findet zwar, daß zwischen dem Vermiethen und Leihen eines Pferdes kein Unterschied gemacht, sondern ersteres auch unter dem andern begriffen gewesen, wie man in dem Schwabenspiegel liest, wo es heisset 2): leihet ein Mann dem andern ein Pferd um Lohn, aber es ist auch daraus zu ersehen, daß derjenige, so etwas gemiethet hat, zugleich eben zu dem-

jenis

jenigen verbunden gewesen, was in Ansehung der geliebten Sache Rechts war 3).

1) L. 9. §. 2. L. ult. D. commod.

2) I. P. Spec. c. 246. nach der Königsbalschen Ausg. Cap 248. §. 3. d. 3.

3) *Thomasius* in not ad ff. Lib. 19. Titl. *Schilter* Ex. XXXI. §. 92.

### XXX.

**Wer auf Gnade dienet, soll mit Barmherzigkeit belohnt werden.**

#### Anmerkung.

§. 1. Es handelt das gegenwärtige Sprüchwort von denenjenigen, so zwar einem andern zu dienen sich verbindlich machen, aber dabei keine gewisse Besoldung oder Lohn sich ausbedungen, sondern es lediglich demjenigen, welchen sie ihre Dienste erweisen, überlassen haben, was man ihnen dafür geben will, und also mit demjenigen zufrieden seyn wollen, was sie bekommen werden. Der Verstand dieses Sprüchworts gehet daher dahin, daß dergleichen Personen von Rechts wegen nichts verlangen können, sondern es bloß von des andern Großmuth abhängt, was und wie viel sie haben sollen. Daher heißet er in dem sächsischen Landrecht 1), aus welchem dieses Sprüchwort genommen ist: **Wer auf Gnade dienet, der muß die Erben auf Gnade mahnen.** Das Recht von dem andern wegen der geleisteten Dienste eine Belohnung fordern zu können, setzt allemal zum voraus, daß etwas versprochen seyn müsse 2), es mag nun etwas gewisses oder ungewisses zugesagt seyn worden. In diesem letztem Fall, wenn es heißet, ich will ihm geben was billig ist, oder daß er damit zufrieden seyn könne, schei-

net.

net es, zwar, daß nach den Rechten ebenfalls nichts verlängert werden kann, weil nichts gewisses zugesaget worden, allein die Billigkeit will doch das Gegentheil haben, daher in diesem Fall es auf das Ermessen des Richters ankommt, wie viel der andere geben soll 3).

1) Als Brok. Sax. Lib. I. Art. 12. In den Berdenschen Statuten Nr. 123. in Pufendorfs O. L. V. Edm. I. in app. ist dieses Sprüchwort so ausgedrückt: „So wo „up Gnade denet, de mag der Gnade wachen.“

d. 3.

2) S. Pufendorf O. L. V. Tom. I. obs. 105. und Hommel Rhaps. Quaest. obs. 67. V. 1. S. 59. und obs. 160. S. 143. In der obs. 67. bemerkt Hommel, daß der Leipziger Schöppenstuhl die Frage: Ob Kinder, welche nicht mehr unter der väterlichen Gewalt stehen, in väterlichen Hause aber Dienste leisten, dafür einen Lohn verlangen könnten, wenn sie eidlich zu erhärten im Stande wären, daß sie kein Ersatz für ihre Arbeit erhalten hätten? nicht immer gleichförmig entschieden habe, indem man bey den Entscheidungen bald dem gegenwärtigen Sprüchworte, bald dem römischen Rechte, nach welchen von niemanden vermuthet wird, daß er für jemanden eine Arbeit umsonst habe verrichten wollen (arg. l. 1. C. de neg. gest. l. 46. ff. de probat.), gefolgt sey. Hommel hält es mit der ersten Meinung, und meint, sie werde auch durch die Rechtsregel unterstützt, daß im Zweifel gegen denjenigen, welcher deutlicher hätte reden können und müssen, zu erkennen sey. Mir scheint aber die gegenseitige Meinung richtiger, indem 1) das römische Recht im Zweifel die Vermuthung für sich, daß es gelte, solange es nicht durch ein ausdrückliches Gesetz, oder erweislich durch ein Gewohnheitsrecht abgeändert worden ist; 2) die angeführte Rechtsregel nur alsdenn bey Verträgen, wenn dadurch einer Contrahenten ein außerordentliches Recht, welches die Natur des Vertrages nicht mit sich bringt, erwerben muß, ihre Anwendung findet. S. L. H. Barkmer diss. de interpretat. adversus amn. qui Champs; loqui debuisse §. 29. in dessen Exercit. ad P. Tom.

Tom. II. S. 383. Man sieht also, daß jene Regel auf den erwähnten Fall nicht paßt, weil die Natur der Sache es schon mit bringt, daß den Kindern ein Lohn gebührt. d. 5.

3) a Leyser Sp. 668. m. 5.

§. 2. Es giebt aber doch auch Fälle, da einer dem andern dienet, ohne eine gewisse Befoldung vorher auszubedingen, und gleichwol von Rechtswegen eine Belohnung fordern kann. Hieher gehören die Dienste, so Advocaten, Sachwalter, Aerzte, Lehrmeister, Hausbediener, und dergleichen Personen, andern leisten, welchen allemal die Belohnung gebührt, wenn auch nichts davon abgeredet worden. Verschiedene berühmte Rechtslehrer halten überhaupt dafür, daß dieses Sprüchwort nur auf die sogenannten negotia gratia anzuwenden sey, keinesweges aber bey solchen Diensten statt finde, welche nach einer allgemeinen Obervornahme gegen eine billige Belohnung geleistet werden, vielmehr allemal dafür zu halten sey, daß dergleichen Dienste unter der stillschweigenden Bedingung jederzeit übernommen werden, daß derjenige, so die Dienste zu verrichten, sich anheischig gemacht, solches unter keinen andern Bedingung gethan habe, als daß ihm dieselben auch belohnt werden sollen, indem allemal die Vermuthung obwaltet, daß eine solche Person mit Verachtung ihrer eigenen Angelegenheit, nicht eine beschwerliche Arbeit übernehmen werde, wenn sie keine Belohnung dafür erwarten soll. Man lese hiervon das bey dem Herrn von Leyser 1.) angeführte Erkenntniß der hiesigen Juristen-Facultät.

2) Leyser Sp. 519. m. 25.

## XXXI. A.

## Kauf geht vor Miete.

## Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort hat ehemals unter einigen berühmten Rechtsgelehrten zu einem weitläufigen gelehrten Streit Gelegenheit gegeben. Hermann Jölle gab eine Streitschrift heraus, in welcher derselbe das gegenseitige Sprüchwort erläuterte und vertheidigte, nemlich: Kauf hebet Miete nicht auf 1). Diesem widersetzte sich Otto Philipp Jaunschliffer 2), und vertheidigte die gemeine und in dem Justinianischen Gesetzbuch gegründete Meinung, daß die Miete durch den Kauf aufgehoben werde. Der erstere bestritt seine Meinung, von neuen und widerlegte Jaunschliffers 3), welcher aber darauf antwortete 4). Endlich hat in diesem Jahrhundert Ephraim Gerhard eine besondere Abhandlung von diesem Sprüchwort geschrieben, und dieser beiden angeführten Männer Gründe erwogen 5). Es ist hier der Ort nicht, die Gründe weitläufig anzuführen, welche ein jeder zur Behauptung seiner Meinung angegeben, sondern es wird genug seyn, dasjenige angebracht zu haben, was eigentlich zur Erläuterung dieses Sprüchworts gehört. Eine umständliche Erzählung des ganzen Streits trifft man in den Hallischen Beyträgen zu der juristischen Gelehrten Historie an 6).

<sup>1)</sup> Herm. Jölle Disp. ad L. 9. C. de locat. conduct. Rintel. 1687.

<sup>2)</sup> Vindiciae secundum communem interpretationem L. 9. C. de locat. conduct. welche in dessen zu Frankfurt am Mayn 1698. 4to herausgekommenen Werken steht.

<sup>3)</sup> Defensio sententiae novae, Kauf hebet Miete nicht auf. Rintel. 1690.

<sup>4)</sup> Vin-



v. d. Verbindlichk. die aus allerley Beding. entst. 309

4) *Vindicac vindiciarum triti illius*, Kauf geht vor Miethen: 1691.

5) in *Diss. de regula jur. German.* Kauf geht vor Miethen.

6) In dem siebenten Stück S. 525.

§. 2. Es wird aber durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß der Käufer den Miethsmann, mit welchem er nicht contrahiret, aus dem Hause treiben könne, und dieses ist in dem römischen Recht nicht nur gegründet 1), sondern auch die Praxis der mehresten Provinzen in Deutschland bekräftiget den Gebrauch von diesem Sprüchwort. Aber es ist doch auch gewiß, daß das andere Sprüchwort, Kauf hebt Miethen nicht auf, durch verschiedene Statuten in Deutschland einen Gebrauch hat. Von einigen Ländern Westphalens ist solches bekannt, und das Hamburgische Stadtrecht 2) saget ebenfalls: Wenn einer sein Haus auf ein oder mehr Jahre verheuret hat, und mittlerweile dasselbige verpfändet, verkauft oder sonst alieniret, so soll solcher Contract allezeit dem Heurer an seinen habenden Rechte und noch restirende Zeit unverfänglich seyn. Fragt man nun, welche Meinung der andern vorzuziehen sey, so ist allemal so viel gewiß, daß die in dem vorstehenden Sprüchwort enthaltene Regel den Grundsätzen der Rechte weit gemäßer ist, als die andere, Kauf hebt Miethen nicht auf 3). Es hat der Miethsmann kein dingliches Recht an dem Hause, aus welchem er den Käufer zwingen könnte, daß er ihn nicht auswerfe. Er hat auch kein persönliches Recht an denselben, weil er dieserwegen mit dem Käufer niemals contrahiret, und dieser nicht schuldig ist dasjenige zu erfüllen, was der vorige Besitzer als Verkäufer des Hauses versprochen hat. Es kann also das gegenseitige Sprüchwort nur an



an solchen Orten von Nutzen seyn, wo es durch eine  
 Observanz bestätigt worden.

1) L. 9. C. de locat. conduct.

2) P. II. Stat. tit. 9. Art. 23. Denselben Grundsatz hat  
 auch die Frankfurter Reformat P. II. tit. XIV. §. 11.  
 welche mir Cramer in den Wehl. N. S. Th. 33. nr. 3.  
 S. 29. nicht richtig verstanden zu haben scheint. Ein  
 sehr reichhaltiges Verzeichniß der Particulairrechte,  
 welche über diese Frage etwas bestimmen, s. in I. C.  
 Ludewig diss. de emtore non stante locatione ante-  
 cessoris, §. 48. ff. (Götting. 1762.) so wie es Herr  
 von Seichow dem Verfasser dieser Dissertation mitge-  
 theilt hatte. Von den Herzoglich-Braunschweigischen  
 Landen ist zu bemerken, daß nach der Verordnung vom  
 25. Octob. 1760. bey Vermietbung oder Verpachtung  
 der Häuser oder anderer Grundstücke, wenn sie auf  
 gewisse Jahre geschehen und ein schriftlicher Contract  
 darüber aufgesetzt worden ist, Kauf die Miete nicht  
 brechen soll. D. S.

3) Daß positive Gesetze den Grundsatz festsetzen können,  
 daß Kauf Miete aufheben soll, leidet keinen Zwei-  
 fel. Hingegen nach dem Naturrechte läßt er sich nicht  
 vertheidigen. Der Verkäufer kann nicht mehr Recht  
 auf den Käufer übertragen, als er selbst hatte, folge-  
 lich, so wenig jener berechtigt war, dem Miethsmann  
 den Miethcontract nach Gutdünken aufzukündigen, eben  
 so wenig ist es auch dieser, der Käufer. S. Hufeland  
 Lehrsätze des Naturrechts, §. 637. D. S.

§. 3. Man kann daher denenjenigen, so Häuser  
 miethen, keinen bessern Rath geben, als daß sie von  
 dem Vermiether sich ein Pfandrecht an dem Hause ver-  
 schreiben lassen. Ist dieses geschehen, so hat man als-  
 dann ein dingliches Recht und kann nicht ausgetrieben  
 werden, oder man mache, daß bey Schließung des  
 Kaufcontracts ausdrücklich ausgemacht werde, daß der  
 Käufer als der neue Eigenthümer dem Miethsmann so  
 lange noch das Haus lasse, bis die Miethsjahre ver-  
 flossen

fließen sind. Ferner so kann sich auch der Miethsmann dadurch in Sicherheit setzen, wenn er mit dem Eigenthümer einen ausdrücklichen Vertrag errichtet, daß vor Endigung der Miethsjahre das Haus nicht verkauft werden soll. Trägt es sich aber dennoch zu, daß in Ermangelung eines von diesen Umständen derselbe vertrieben wird, so muß jedoch der Vermiether ihm den hierunter erlittenen Schaden wiederum ersetzen.

### XXXI. B.

Was der Hirt in seiner Hirt verliert, das soll er gelten. (d. H.)

#### Anmerkung.

Dieses Sprüchwort ist aus dem Sachsenspiegel genommen, und nachher im Schwabenspiegel wiederholt worden 1). Gelten bedeutet in der deutschen Sprache des Mittelalters so viel, als einen Schaden ersetzen 2). Der Sinn des angeführten Sprüchwortes ist also, daß ein Hirt, wenn er von der ihm anvertrauten Heerde ein Stück verliert, dem Eigenthümer den Schaden wieder ersetzen soll. Es ist dieses aber nur von dem Falle zu verstehen, wenn der Hirt an dem Verluste Schuld ist, indem auch das deutsche Recht die Regel, daß ein zufälliger Schaden den Eigenthümer trifft, annimmt, wie aus dem Schwäbischen Landrechte Cap. 226. §. 7. aus den Worten erhellet: „Was im (den Hirten) „die wolff oder die rauber nement beleibt „er unbefangen und beschreyet er sy nit er muß es geltten. Hat er cymen Mann die das horten und sahent „dass er nach luffe und ruffet. er bleibt on schaden.“ Das römische Recht kommt hiermit überein, nach welchem derjenige, welcher um Lohn die Gewahrsam einer Sache übernommen hat, zum höchsten Grade von Fleiße verbunden wird 3).

- 1) Sachsensp. B. 11. Art. 48. Schwabensp. c. 226. §. 3. nach der Königsthalischen Ausgabe
- 2) O. Haltans gloss. med. aevi unter dem Worte: gelten.
- 3) l. 40. ff. loc. conduct. Voet commentar. ad Pand. cod. tit. §. 30. Pom. I. S. 678. nach der Genuet Ausgabe in fol.

## XXXII.

Die Henne trägt das Handlohn auf dem Schwanz mit sich.

## A n m e r k u n g.

§. 1. Es ist bekannt, daß die alten Deutschen ihren Leibeigenen gewisse Güter zur Unterhaltung überlassen, jedoch aber dabey sich das Eigenthum vorbehalten haben. Sie mußten aber wegen dieser Güter allernachst übernehmen und davon gewisse Gaben entrichten 1). Und obwohl der Gutsherr hatte, allemal das Gut wieder hinwegzuhaben, so war doch nicht leichtlich, wenn er auf dem Gute haftende Beschwerden hatte, und dasselbe sonst in gutem Stande hatte, diese Gelegenheit gegeben, daß er erblich theils auf eine gewisse bestimmte Zeit ausgethan worden sind 2). Die Gutsherrn hatten sich aber auch gewisse Bedinungen vorbehalten, unter welchen unter andern verschiedene Abgaben gewesen, so unter der Benennung eines Zinses begriffen sind. Einige Zinsen bestanden in Hühnern, so zu gewissen Zeiten entrichtet werden mußten, als z. B. Fastnachthühner, Erndtreuhühner, Herbsthühner und dergleichen. Dieses gab Gelegenheit, daß nachher unter der Henne oder dem Huhn das Zinspflichtige Gut selbst verstanden worden, von welchem dergleichen entrichtet werden mußte.

richtet wird. Das andere, so hierbei vorkommt, ist dieses, daß, wenn der Besitzer eines solchen Gutes dasselbe mit Genehmigung eines Gutsherrn veräußert, der neue Käufer an den Gutsherrn die Lehnwaare bezahlen muß 3). Diese besteht in einer gewissen Abgabe an Geld, so für die Bestätigung des Contrakts und Annahmeung des neuen Gutsmannes anstatt des vorigen bezahlt wird. Es ist dasselbe unter den Namen des Weinfalles bekannt, in Schwaben aber wird es das Handlohn genennet 4).

- 1) Pottgießer de statu fervor. Lib. I. cap. 4. §. 34. 35.
- 2) Struben de jur. villior. cap. II. §. 1. seq.
- 3) Deinlin de praestationib. gallinavis. — Aber den Ursprung der Lehnwaare (laudemium in lat. speliat.) sowohl bey den Bauergütern als bey den Lehnen, sind die Meinungen der Rechtsgelehrten sehr getheilt. So viel den Ursprung derselben bey den Lehnen betrifft, findet man die verschiedenen Meinungen darüber angeführt in J. C. R. Schröters Abhandlung von der Lehnwaare und andern Belehnungsabgaben (Berlin und Straß. 1789.) Cap. 3. S. 16. ff. Darin stimmen die meisten, welche über die Materie geschrieben haben, überein, daß die Lehnwaare bey den Bauergütern älter sey, als die bey den Lehnen. S. de Selabow diss. de differentiis praedior. rusticor. et feudor. praesertim quoad successionem. Sect. 1. §. 7. Hingegen ist es wiederum sehr streitig, ob in Ansehung der Bauergüter die Entrichtung der Lehnw. ursprünglich eine teutsche Einrichtung sey, oder dazu das römische Recht und die darin verordnete quinquagesima emphyteuticaria (l. 3. C. de jure emphyteutico) die Veranlassung gegeben habe. Letztere Meinung scheint mir den Vorzug zu verdienen, indem sie die meisten Beweise für sich hat. R. Ludwig der Fromme verordnete (Capitul. Reg. Francor. L. III. t. 1. c. 37. bey Georgisch S. 1214. c. 35.), daß die Geistlichen und die geistlichen Güter nach dem römischen Rechte zu beurtheilen wären, dergestalt, daß die Erbsenzinsen

tracte, welche zum Nachtheile der Kirche gerichtet, als ungültig betrachtet und nach Maßgabe des römischen Rechts aufgehoben werden mußten. Dieses Gesetz macht es mir wahrscheinlich, daß zuerst bey den stiftlichen Bauergütern in Teutschland die Lehnwaare eingeführt, und nachher auch bey den übrigen üblich geworden sey. D. S.

- 4) *Besoldus* voc. Handlohn. — Mehrere Benennungen, s. in Lennep Abhandl. von der Leihe zu Landsiedelrecht, tit. 3. §. 6. S. 250 — 268. D. S.

§. 2. Der Verstand von diesem Sprüchwort besteht demnach darinnen, daß von denenjenigen Gütern, von welchen dergleichen Häner gegeben werden, auch die Lehnwaare entrichtet werden müsse, und daß man das letztere als eine Folge des erstern anzusehen habe. Es haben zwar einige solches nur von den Erbenzinsgütern behauptet, allein Schilter hat schon erwiesen, daß diese Güter anfänglich der Lehnwaare nicht unterworfen gewesen 1). Es ist vielmehr von allen Arten von Bauergütern zu verstehen, bey welchen ein doppeltes Eigenthum angetroffen wird. Denn man findet, daß es bey den mehresten von dergleichen Gütern so eingeführt worden, daß der neue Besitzer ein solches Gut nicht rechtmäßig in Besitz nehmen konnte, wenn er nicht von dem Herrn in den Besitz desselben gesetzt worden, welches aus einer Nachahmung der bey den eigentlichen Lehngütern gewöhnlichen Investitur oder Belehnung entstanden ist. Weil aber der Bauer von seinem Gut keine Kriegesdienste leistete, so mußte er außer der Verrichtung der Frohnen und Abtragung der gewöhnlichen Beschwerden vor die Einweisung in den Besitz seines Guts gleichfalls etwas an Geld oder Früchten abtragen 2). Daher das Wort *Hand* so viel als Uebergabung oder Einweisung bedeutet, und also unter dem Handgeld das Geld verstanden wird, so dafür gegeben werden muß 3).

1) Schil-

1) *Schilter* de bonis laudemialib.

2) *Idem* l. c. §. 25.

3) *Buri* in der Erläuterung des Schilterischen Lehnsrechts, p. 268. — *Buri* gehört zu den Rechtsgelehrten, welche die Lehnwaare bey den Bauergütern als ein ursprünglich deutsches Institut betrachten, welches mit dem bey den römischen emphyscutischen Gütern üblichen *Laudemium* nicht zu verwechseln sey. In so fern hat er allerdings Recht, daß man die Lehnwaare bey den Bauergütern nicht immer nach dem römischen Rechte beurtheilen darf, sondern zuvörderst auf Verträge, Gewohnheitsrecht, Local- und Landesgesetze bey Beurtheilung derselben zu sehen hat. *S. Runde* Grundf. des allg. deutsch. Privatr. §. 531. v. H.

### XXXIII.

Gemein ist selten ein.

#### Anmerkung.

§. 1. Das gemeinschaftliche Eigenthum, so mehreren an einer Sache zustehet, ist unter verschiedenen Benennungen bekannt. Es heißet auch das Gesamteigenthum, Gemeindoeigenthum, Mitherrschaft, Ganerbschaft 1). Einer solchen Gemeinschaft sind nicht nur Güter, sondern auch zuweilen gewisse Rechte und Berechtigkeiten unterworfen 2), und ein jeder von den Miteigenthümern hat in Ansehung des aus dem Eigenthum entstehenden Rechtes, die Sache von andern zu schützfordern, dieselbe zu vertheidigen und dergleichen, mit dem andern gleiche Befugniß. Nur darf keiner ohne der andern Bewilligung die gemeinschaftliche Sache veräußern oder in eine andere Gestalt verwandeln 3). Die alten Deutschen sind insbesondere für die Gemeinschaft der Güter sehr eingenommen gewesen, und vornemlich die Franken, bey welchen auch, als schon die Theilungen eingeführt

worden, die Söhne dennoch in der Gemeinschaft der Güter blieben. Allein die Erfahrung hat nach der Zeit zu diesem Spruchwort Gelegenheit gegeben, weil man wahrgenommen, daß der gemeinschaftliche Besitz der Güter zu den größten Uneinigkeiten mehrmals Ursache gegeben.

- 1) *Dn. de Senckenberg* in prim. lineis condominii pro indiviso sive ganerbinatus Gotting. 1736.
- 2) *Schilter* de condominio circa sacra. *Pestel* de communione perpetua metallifodinar inter constatus imperii.
- 3) *Grafs* de jure condominii.

§. 2. Es ist daher in den Rechten verordnet, daß niemand wider seinen Willen mit andern in einer Gemeinschaft zu stehen gezwungen werden kann 1), wenn er auch gleich durch einen Vertrag sich verbindlich gemacht hätte, niemals aus der Gemeinschaft zu treten, sondern selbige mit andern beständig fortzusetzen 2). Wenn nun die gemeinschaftliche Besitzer nicht länger bey einander bleiben wollen, so wird gemeiniglich auf Verlangen desjenigen, welcher die Theilung begehret, das Gut geschätzt, und es hat in diesem Fall der andere die Freiheit, ob er seinen Theil dem ersten überlassen, oder desselben Theil für den angesetzten Preis an sich bringen will. Will aber einer den ihm zustehenden Theil an Fremde verkaufen, so steht den Mit-eigenthümern allemal das Einstandsrecht daran zu 3). Allein in Deutschland giebt es dennoch Fälle, welche beweisen, daß von gemeinschaftlichen Herren nicht ein jeder die Theilung verlangen kann, sondern es wird öfters auf die nähere Sippschaft gesehen 4). Ja, manchmal ist auch oft der Vorwurf so beschaffen, daß man keine Theilung vornehmen kann.

1) L. ult. C. cummuni dividund.

2) L. 14. §. 3. D. de comun. dividund.

3) Stryck in V. M. Lib. X. Tit. III.

4) Estor in element. jur. pub. Hassiaci. Stryck l. c.

### XXXIV.

## Viel Köpfe viel Sinn.

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort zeigt ebenfalls an, daß mit der Gemeinschaft, in welcher einige mit einander stehen, gemeiniglich eine große Unordnung verbunden sey. Denn wo viele mit einander gleiche Rechte haben, verlangt ein jeder, daß man sich nach ihm richten soll, und hält seine Meinung für die gründlichste. Dieses trifft besonders ein, wo eine gemeinschaftliche Herrschaft eingeführet ist, dergleichen in Deutschland bey vielen fürstlichen Häusern mehrmals geschehen. Wenn die Gesamtregenten unter sich selbst uneinig sind, so leiden mehrentheils die Unterthanen darunter, weil gemeiniglich die Verschiedenheit der Meinungen verursacht, daß die Wohlfahrt des Landes darüber veräußert wird. Und welches ein Unglück trifft nicht die Räte und Bedienten, wenn ein jeder der gemeinschaftlichen Regenten von ihnen verlangt, daß sie bloß nach seinen Befehlen sich richten sollen, welches nothwendig macht, daß dergleichen Personen, um es mit keinem zu verderben, an der Vollziehung solcher Befehle verhindert werden.

§. 2. Dem Uebel vorzubeugen, so aus der Verschiedenheit der Meinungen entstehen kann, pfleget man durch einen Vertrag auszumachen, daß alles von der Mehrheit der Stimmen abhängen soll, oder man läßt



läßt einen nach dem andern das Regiment wechselsweise verwalten. Es wird aber doch allemal ein Land am glücklichsten seyn, wenn es nur von einem weisen Oberhaupt allein regieret wird.

## XXXV.

Gesammt Gut, verdammt Gut.

## Anmerkung.

Auch dieses Sprüchwort ist von der Unbequemlichkeit, die mit der Gemeinschaft gar zu oft verbunden, zu verstehen. Das gemeinschaftliche Gut wird aus keiner andern Ursache ein verdammt Gut genennet, als weil die Gemeinschaft der Güter mehrentheils zu vielen Zankereien und Streitigkeiten Anlaß giebt, von welchen die traurigsten Folgen nachher entstehen.

## XXXVI.

Wer ungebeten zur Arbeit gehet, der gehet auch ungedanket davon.

## Anmerkung.

In diesem Sprüchwort wird von der Verrichtung fremder Geschäfte gehandelt, so jemand ohne Vorwissen eines Herrn, oder dessen Auftragung übernimmt. Da es nun mit derselben die Bewandniß hat, daß die Verwaltung fremder Geschäfte freywillig und ohne Entgelt geschehen muß, so ist der Verstand von diesem Sprüchwort leicht zu errathen. Denn es kann nicht anders ein Lohn gefordert werden, als wenn derselbe ausdrücklich versprochen worden, daher ein solcher zufrieden seyn muß, wenn er nur sonst schadlos gehalten wird 1).

1) Die

- a) Die Sprüchwörter; Ungebetener Dienst ist nicht Dankens werth; unbedingt gearbeitet, unbelohnt davon gegangen; da der arme Mann seine Dienste anbot, da war sein Lohn gering; stimmen mit dem erklärten Sprüchwort überein. d. S.

### XXXVII.

Man hüte sich vor der ersten Auslage.

#### Anmerkung.

Es ist dieses Sprüchwort eine Warnung, daß ein jeder sich versehen soll, für niemand etwas zu bezahlen, weil man selten zu dem Seinigen wieder gelanget, ja im Gegentheil dergleichen Leute, denen man eine solche Gefälligkeit erwiesen, mancherley Einwendungen zu erdichten wissen, sich von der Verbindlichkeit, das für sie bezahlte oder ausgelegte wiederum abzutragen, loszumachen. Ist auch dieses nicht, so hat man doch zu befürchten, der Schuldner möge in solche schlimme Umstände gerathen, daß nachher nichts mehr von ihm zu erhalten ist.

### XXXVIII.

Getauscht ist getauscht.

#### Anmerkung.

§. 1. Durch dieses Sprüchwort wird angezeigt, daß ein einmal getroffener Tausch nicht wiederum aufgehoben werden kann, wenn etwa einer von den Contrahenten aus Reue selbigen widerrufen wollte. Daß dieser Contract, so wie bey andern Völkern, also auch bey den Deutschen schon zu den Zeiten des Tacitus im Gebrauch gewesen, und auch nachher, als unsere Vorfahren von dem Gelde Gebrauch machten, noch

noch immer sich erhalten hat, ist schon oben angeführt worden. Hier ist nur noch hinzuzufügen, daß aus denjenigen alten Gesetzen, so von diesem Contract handeln, deutlich zu ersehen ist, daß derselbe durch keine Reue widerrufen werden konnte 1), weil die Deutschen überhaupt dieses als einen Grundsatz angenommen haben, daß alle Verträge genau erfüllt werden sollten.

1) L. Wisigoth. Lib. V. Tit. 4. §. 1. L. Bajuvar. Tit. XV. cap. 8.

§. 2. Die Regel, so in diesem Sprüchwort enthalten, ist dem römischen Rechte entgegen. Dieses rechnet den Tauschcontract unter die unbenannten Contracts, bey welchen eine Reue statt fand; so daß man von seiner Zusage wieder abgehen konnte. Allein da dieser Unterschied der Contracts in dem deutschen Rechte nicht gegründet ist, so wird billig dafür gehalten, daß durch die Reue des einen Theils der Tausch nicht aufgehoben werde, wenn der andere auf die Erfüllung des Contracts bestehet 1).

1) Schilter Exerc. 32. §. 11.

### XXXIX.

**Wer acceptiret, muß bezahlen 1).**

#### Anmerkung.

§. 1. Acceptiren heißt hier so viel als einen Wechsel annehmen, welches durch die eigenhändige Untersreibung oder Besetzung des Namen und der Zeit verrichtet wird. Dieses unter den Kaufleuten sehr bekannte Sprüchwort, soll nichts anders sagen, als daß derjenige, so einen Wechselbrief einmal angenommen, sich auch dadurch verbindlich gemacht, die darin enthaltene Summe zu bezahlen. Der Acceptant wird

wird des Präsentanten wahrer Schuldner, und kann nicht wiederum zurückgehen, wenn auch gleich der Trassant immittelst gestorben oder fällt geworden, oder die Acceptation aus Irrthum geschehen, und der Acceptant bey Annehmung des Wechselbriefes nicht die gehörige Vorsichtigkeit gebräuchet 2). Diese strenge Verbindlichkeit, so aus der Acceptation eines Wechselbriefes entsteht, ist in allen Wechselordnungen gegründet. Die Erhaltung des öffentlichen Credits, die Wohlfahrt des Handels, erfordern selbige, und in Deutschland hat man diesen Grundsatz ebenfalls angenommen, nachdem das Wechselgeschäfte unsern Vorfahren bekannt geworden, und die Verbindlichkeit nach Wechselrecht anstatt anderer strengen Mittel den Schuldner im Nichtbezahlungsfalle zu nöthigen, ihren Verfall erhielt 3).

- 1) So wie das ganze Wechselgeschäfte italienischen Ursprungs ist, so ist es auch dieses Sprüchwort. Sert Lib. I. paroen. 28. setzt daher seiner Erklärung dasselbe italienisch: *chi accetta, paga*; vor. D. S.
- 2) *Stryck* de cambial. litter. acceptat. Heydigers Anleitung zum Wechselrecht c. 8.
- 3) *Reinhardt* de differentia et convenientia in obligation. ad carceres et litteras cambial.

§. 2. Es verlieret aber dieses Sprüchwort seine Anwendung bey den eigenen Wechseln, welche der Schuldner jedesmal zu der Verfallzeit bezahlen oder erwarten muß; daß, wofern die Bezahlung nicht erfolgt, nach Wechselrecht mit ihm verfahren werde. Es findet auch nicht statt, wenn die Acceptation mit Einwilligung des Präsentanten Bedingungsweise geschehen, und endlich wenn der Acceptant solche Einwendungen macht, welche klar am Tage liegen und die Befreyung von der Schuldigkeit zu zahlen sofort nach sich ziehen. Indessen ist es aber gleichwohl damit so beschaf-

(chaffen, daß nicht alle und jede Einwendungen statt finden, sondern es kömmt auf eines jeden Landes oder Ortes Wechselordnung an 1), indem verschiedene Wechselordnungen ganz und gar keine verögerlichen Einwendungen zulassen.

1) Ludovici Einleit. zum Wechselproceß cap. X. et XI.

## XL.

**Köstliche Mahl heißen Giestmahl.**

### Anmerkung.

§. 1. Die Verbindlichkeit zum Einlager, ist ehedem nicht bey den Deutschen allein, sondern wie der berühmte Lübeckische Syndicus, Herr Dreyer 1), gar gründlich erwiesen, bey allen Europäischen Völkern im Gebrauch gewesen, und die allgemeine Meinung, daß nichts über Treu und Glauben gehe, und daß man sein Versprechen auf das genaueste erfüllen müsse, hat vermuthlich zu dessen Einführung Gelegenheit gegeben. So vielleicht kann es seyn, daß solches besonders in Deutschland zu der Zeit bekannt worden, als die alte deutsche Treu und Redlichkeit ihren Glanz zu verlieren anfing, und man daher sich genöthiget sahe, solche Mittel zu erfinden, wodurch die Menschen angetrieben werden konnten, ihr Wort zu erfüllen, oder den Verlust ihrer Ehre zu befürchten. Denn was Besold von dem Ursprung dieses Rechtes anführet 2), als habe solches Herzog Berchtold von Züringen erfunden, als der Adel zwey von seinen Söhnen mit Gift getödtet, ist noch ungewiesen, und es fehlet nicht an Zeugnissen, welche an den Tag legen, daß die Verbindlichkeit zum Einlager, nach welcher der Schuldner, im Fall der zu der gesetzten Zeit nicht erfolgten Bezahlung, in dem von dem Gläubiger ihm angewiesenen Orte

Orte so lange verharren müsse, bis die Schuld abgetragen worden, schon vor den Zeiten dieses Herzogs bekannt gewesen 3). In dem Sachsenspiegel geschieht desselben schon Erwähnung 4).

1) in diff. observat. jur. Holsat. et cimbrici meletem. secundum de obstagio juris Europaei, und in dessen Neb.stunden, S. 352. D. 5.

2) in thesaur. pract. voc. Leistung.

3) Maderus in Antiquitat. Brunsvic. n. 10. 12.

4) L. II. Art. II. S. Christ. Ulr. Grupen Abh. von dem Obstagio, dessen Altershum und Benennungen. In Schotts jur. Wochenbl. Th. 1. S. 52. ff. und Anorrens rechtliche Abhandl. und Gutachten, S. 132. D. 5.

§. 2. Zu diesem Einrit, Einlager oder Leistung, pflegten nicht nur die Hauptschuldner sich zu verbinden, sondern auch die Bürgen, imgleichen die Käufer, Verkäufer und alle andere Contrahenten. Ja Personen von dem hohen Adel schickten manchmal ihre Lehnleute an ihre Stelle an dem zu dem Einlager bestimmten Orte, so lange zu verharren, bis die Schuld abgetragen werden konnte 1). Es ist aber mit diesem Einlager der beschwerliche Umstand verbunden gewesen, daß der Schuldner nicht sowol von seinen Gläubigern als andern guten Freunden Besuch empfangen, welches die größten Unkosten verursacht, indem er einem jeden nach seinem Stande begegnen mußte. Diese Unbequemlichkeit hat daher zu dem gegenwärtigen Spruchwort Gelegenheit gegeben, daß man die von dergleichen Schuldnern an ihre sie besuchende Freunde und Bekannten gegebene Mahlzeiten, kostbare Mahlzeiten genennet, weil der arme Schuldner gemeinlich das durch vollends an den Bettelstab gebracht worden 2).

1) de Senckenberg in Select. jur. et histor. T. II. — Selbst ganze Corpora, z. B. Domcapitel und Stadtgemein

gemeinen verpflichteten sich zum Einlager, indem einige ihrer Mitglieder die Verbindlichkeit zum Eintritt nöthigen Falls übernehmen mußten. Beispiele davon finden sich in Meanders Abh. von dem ehemals in Nissersachsen üblich gewesenen Einlager oder Eintritt, und dessen Abschaffung. In Schotts jur. Wochenbl. Th 3. S. 1. ff. d. S.

2) Diese kostspieligen Schmausereien waren dem Endzweck des Einlagers völlig gemäß, weil sie den Schuldner zur Bezahlung nöthigen sollten. Knorre a. a. angf. S. 6. 12. führt aus Moller Semestr. L. III. c. 30. n. 7. an, daß sich in einigen Obstagialverschreibungen die Clausel befunden: „Daß sie von ungedingeten Mahlen zu Mahlen, von Knechten zu Knechten, von Pferden zu Pferden, ohne Aufhören leisten und zehren sollen und wollen, wie Leistens Recht und Gewohnheit ist.“ Man sieht hieraus, daß man mit dem Aufwande beim Einlager stufenweise stieg, um dadurch den Zustand des Schuldners immer drückender zu machen, und ihn zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit zu nöthigen. d. S.

S. 3. Aber eben diese unmäßigen Schmausereien und die daher entstandene Unordnungen haben Gelegenheit gegeben, daß theils durch Reichsgesetze, theils durch besondere Landesherrliche Verordnungen, die Verbindlichkeit zum Einlager, entweder abgeschafft oder doch wenigstens dieser Mißbrauch abgestellt worden. Zu den ersteren gehört die Polizeyordnung vom Jahr 1577. Tit. 17. In Sachsen ist dasselbe schon vorher aufgehoben worden 1). In den Hollsteinischen Landen haben der König von Dänemark Christian der Vierte, und der Herzog Adolph von Holstein, durch eine gemeinschaftliche Verordnung befohlen, daß jeder bey Verlust seiner Ehre das Einlager an dem ihm angewiesenen Orte halten soll, so bald er daran erinnert worden, daß aber dadurch alle dergleichen Schmausereien nicht erlaubt seyn sollen 2). Dieweil auch die Verbind-

bindlichkeit zum Einlager in den Holsteinischen Banden, um des öffentlichen Credits und anderer Ursachen halber, nicht wohl abgeschafft werden können, so ist solches, in dem Westphälischen Friedensinstrument, in Aufsehung der Holsteinischen Länder, von neuem bestätigt 3), und auch in dem neuesten Reichsabschied wiederholt worden 4).

- 1) Const. elect. P. II. capit. 22.
- 2) Revidirte Landgerichtsordnung der Herzogth. Schleswig und Hollst. P. IV. tit. 14, 16. S. Meander am a. D. S. 15. ff. d. 3.
- 3) L. P. W. VII. §. 5.
- 4) K. I. 1654. §. 171. — Ueberbittelsel des ehemaligen Einlagers, haben sich noch in verschiedenen Orten und Gegenden erhalten. S. z. B. die Statuten der Stadt Einbeck von 1658. Cap. 8. §. 3. in Putendorf's O. I. V. T. II. app. S. 216. Statuten der Stadt Lüneb. P. IX. tit. 16. Habelsche Polizey-Ordn. art. 15. Jedoch ist das hin und wieder noch übliche Einlager von dem ehemaligen darin unterschieden, daß der Schuldner nicht von selbst einfährt, sondern daß es als ein gerichtliches Executionsmittel gebraucht wird. S. Putendorf Process civil. Brunsvic. Luneb. P. V. c. 6. S. 3. §. 3. I. Fr. Müldner obs. I. et II. de singulari modo coercendi cives morosos per obstagium vel arrestum, quod vulgo nominare solemus: den bürgerk. Gehorsam. Frankfurt. 1753. und 94. Mein Versuch einer Anleitung zum Stadt- und Bürgerrechte, §. 145. und §. 151. Note 3. d. 2.

## XLI. A.

### Die Tochter frist die Mutter.

#### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort wird von ausgeliehenen Capitalien und denen davon fälligen Zinsen gehandelt. Diese werden unter der Mutter, und diese



diese unter der Tochter verstanden, weil sie gleichsam wie eine Tochter von der Mutter abstammen. Daher soll durch dieses Sprüchwort angezeigt werden, daß die Zinsen mit der Zeit das Capital, von welchem sie gegeben werden, gleichsam verschlingen, indem selbige nach einem gewissen Zeitlauf dem Capital gleich sind. Es ist aber hiebei zu bemerken, daß die Deutschen in den ältesten Zeiten, so lange ihnen das baare Geld noch fehlte, auch von dem Ausstehen desselben gegen gewisse Zinsen nichts wußten 1). Die ältesten Gesetze erwähnen derselben ebenfalls nicht, außer daß in dem Gesetzbuch der Westgothen der Zinsen-gedacht wird 2), hingegen sind sie in den Capitulationen der Fränkischen Könige, hier und da auf das strengste verboten 3). Allein der öffentliche Credit, und der Glor des Handels machte sie doch nothwendig, so daß man der strengen Kirchensgesetze obachtet das Zinsnehmen als eine erlaubte Sache angesehen, der die natürliche Billigkeit gar nicht entgegen steht 4). Denn ob wol das Verbot der Zinsen als ein guter Rath der Religion angesehen werden kann, so würde doch das Gewerbe der menschlichen Gesellschaft darnieder liegen, und niemand würde als denn dem andern Geld ausleihen wollen. Es ist aber auch dem Recht der Natur und der Billigkeit gemäß, daß für den Gebrauch des Geldes etwas gegeben werde 5). Der verbotene Wucher ist es, auf welchen in gewisser Absicht dieses Sprüchwort gedeutet werden kann.

1) Tacitus de M. G. cap. 16.

2) Lib. V. Tit. IV. §. 5.

3) Lib. I. cap. 5.

4) Der zunehmende Handel in den teutschen Städten, der steigende Aufwand des Adels, welcher insonderheit auf Pracht bey Turniren, und auf die Begleitung der Kaiser verwendet wurde, die Menschen und Geld verschlingende Kreuzzüge, und der vor der Entdeckung Amer

Unter andern höhere Betriß des Geldes machten Anleihen, diese wiederum Zinsen, und zwar zu einem hohen Zinsfuße, als jetzt erlaubt ist, notwendig. Im 13ten Jahrh. riß der Geldwucher schon stark ein, theils die kaiserlichen Kammerknechte, die Juden, theils die italienschen Kaufleute, welche man Caorcin (S. du Fresne gl. m. a. unter diesem W.), deutsch Raumerz oder Lamparter (S. Pufendorf O. I. V. T. 41. obs 1.) nannte, machten hieraus vorzüglich ihr Gewerbe. So sehr die Geistlichkeit gegen den Wucher eiferten, so streng ihn auch die Kirchengesetze verbot, so wenig ward damit ausgerichtet. Ja das Uebel ward dadurch noch schlimmer, weil man durch mancherley Gefindungen die Zinsen zu verschleiern, und den Wucher nunmehr unter einen andern Namen ganz ohne Scheu zu treiben anfing. S. Runde Grundr. des allg. deutsch. Privatr. S. 203. D. S.

5) Grotius de I. B. et P. Lib. II. cap. 12.

§. 2. Vor dem funfzehnten Jahrhundert ist kein allgemeines Gesetz in Deutschland vorhanden gewesen, wodurch die Größe der Zinsen bestimmt worden. Man verglich sich darüber bey dem Ausleihen, und die Verträge dienten zur einzigen Richtschnur. Diejenigen irren, so dafür halten, daß die Deutschen, nachdem sie Handel und Wandel zu treiben angefangen, ihre Gelder ohne Zinsen ausgeliehen hätten. Man vermuthet vielmehr, daß niemand die Absicht habe solches zu thun, und in dem Lübischen Rechte heißt es ausdrücklich: Daß Geld, so keine Renten giebet, nicht vermuthet werde 1). Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß die Größe der Zinsen öfters übertrieben worden, und daher das angeführte Sprüchwort entstanden. Nach der Zeit sind durch verschiedene Reichsgesetze die Zinsen auf fünf von Hundert gesetzt worden 2). Man ist aber nicht einig, ob diese angeführte Verordnung als ein allgemeines Gesetz angesehen und der sechste Zins

Zinsthater dadurch gänzlich für verboten gehalten werden soll 3), als welcher ohnedem in verschiedenen deutschen Ländern erlaubt ist 4). Es wird auch derjenige, so nur sechs von Hundert empfängt, unter die eigentlichen Wucherer nicht gezählet.

1) L. Lub. P. III. tit. I. Art. 12.

2) Ord. pol. Imper. de 1537. tit. 20. §. 6. R. I. de 1600 so viel nun R. I. de 1654. §. 174.

3) u. Meyern von der Rechtmäßigkeit des höchsten Zinsthaters in Deutschland. Die hierher gehörige Literatur s. bei Kunde am a. O. §. 205. D. S.

4) Ludwig de differentia juris Roman. et Germ. in usur. Pfennigk de rei nummariae mutatione et augmento.

## XLI. B.

**Wuchern ist mir verboten, es fehlt mir an der Hauptsumme. (d. S.)**

### Anmerkung.

§. 1. Zinsen bestehen in einer bestimmten Geldsumme, welche jemanden dafür gegeben wird, weil derselbe den Gebrauch eines Capitals entbehren muß 1). Aus diesem Begriffe von den Zinsen ergibt sich, daß dieselbe jederzeit ein Capital (eine Hauptsumme), wofür sie entrichtet werden, zum voraus setzen. Justinian sagt daher sehr richtig 2): „principali actione non subsistente, satis supervacuum est, super usuris vel fructibus adhuc judicem cognoscere.“ Dieses ist denn auch der Sinn des angezeigten Spruchwortes.

1) Pestel diff. de fonte errorum de odio usurarum, legitimo investigato et obstrueto, §. 2, Rintel. 1753.

2) L. 26. pr. C. de usuris.

§. 2. Die Verbindlichkeit zur Zinszahlung entspringt entweder unmittelbar aus einem Gesetze, oder mittelbar aus einem Vertrage, und nach dem teutschen Rechte auch aus der unerlaubten Verzögerung in Bezahlung einer Schuld 1). Am häufigsten pflegt mit dem Anlehnscontracte (*contractus mutui*) ein Zinsvertrag verknüpft zu werden. Aus unserm Sprüchworte folgt, daß, sobald die Hauptschuld getilgt ist, auch die Verbindlichkeit zur Zinszahlung aufhören muß, so wie im entgegengesetzten Falle dieselbe fort dauert 2). Hingegen hört diese Verbindlichkeit keinesweges auf, wenn dem Schuldner das Anlehn, es sey nun mit oder ohne seine Schuld, verloren gegangen ist, indem bey den Anlehnscontracte das Eigenthum des vorgeliehenen Geldes nach geschehener Auszahlung auf den Schuldner übergeht. Das Gesetz der Westgothen 3), dessen beyt vorigen Sprüchworte gedacht werden ist, weicht hiezu von ab, und verordnet, daß, wenn der Schuldner ohne seine Schuld das Anlehn verloren habe, er zwar dem ungeachtet zur Wiederbezahlung des Capitals, nicht aber zur Entrichtung der versprochenen Zinsen weiter verbunden sey. Man sieht aus dieser Verordnung so viel, daß die Westgothen die Zinsen aus einem andern Gesichtspuncte als die Römer betrachtet haben. Diese sahen dabey nämlich mehr auf Entschädigung des Gläubigers, welcher den Gebrauch des weggeliehenen Geldes entbehren muß, diese hingegen mehr auf den Vortheil, welcher dem Schuldner aus dem gemachten Anlehn zuwachsen kann.

1) v. Zellfelds Pandecten §. 1130.

2) In einigen Gegenden und Orten leidet indeß bey Concursen diese Regel eine Ausnahme. S. Kunde Grundf. des allg. deutsch. Privatr. §. 206.

3) L. 5. tit. 5. lex. 4. bey Georgisch S. 200L.

## XLII.

## Byl Brief gaet vor Bodmery Brief.

## Anmerkung.

§. 1. Nunmehr folgen einige zur Erläuterung der Seerechte gehörige Sprüchwörter, unter welchen das gegenwärtige von dem Vorzug desjenigen Gläubigers bey einem entstandenen Concurs handelt, welcher sein Geld zur Ausrüstung eines Schiffes dargeliehen hat. Durch den Bylbrief wird (hier) dasjenige Instrument verstanden, so über ein solches zur Ausrüstung des Schiffes hergegebenes Darlehn, errichtet wird 1). Die Bodmery, Boddemery oder Bodmery, welches Wort von dem Wort Boden (carina navis) herkommt, ist ein bekannter Seecontract, welcher darinnen bestehet: daß jemand auf seine Gefahr auf den Boden des Schiffes als ein Unterpfand Geld und Geldes Werth dem Schiffsherrn, Anlehnsweise mit der Bedingung vorschießet, daß, wenn das Schiff gut behalten, an dem bestimmten Orte einlaufe, der Vorschuß benebst dem abgeredeten Zins, welcher gemeiniglich das Maas der gewöhnlichen Zinsen übersteiget, erstattet werden soll 2). Das Instrument, so über ein solches Darlehn errichtet wird, heißet ein Bodmerybrief 3). Weil dieser Bodmerycontract mit eben so vieler Gefahr verbunden ist, als Vortheile davon zu hoffen sind, so sagt man daher auch im Sprüchwort: wer Geld auf Bodmery giebt, lauft risico, und die Gefährlichkeit, welcher derjenige sich aussetzet, der sein Geld auf diese Weise ausleihet, ist der Grund, warum der Gläubiger über das sonst gewöhnliche Maas Zinsen nehmen darf.

1) Bylbrief bedeutet auch ein Zeugniß der Obrigkeit, worin sie bekräftigt, daß der Schiffsbauer auf Verlangen

langen des Rheders eidlich ausgesagt habe, wie von ihm und seinen Leuten ein dem Rheder zugehöriges Schiff um bemerkte Zeit an dem Orte der Obrigkeit verfertigt worden sey. C. Surland Grundf. d. Europ. Seerechts, §. 209. D. 5.

2) Wohlinstruirter Schiffer C. 2. c. 3. §. 13. Schottelius de Singularib. quibusd. et antiquis in German. juri- bus cap. 22.

3) Ist in einem solchen Instrumente insbesondere der Boden oder Kiel des Schiffes verpfändet, so wird selbiges ein Kielbrief genannt. C. Surland am a. D.

D. 5.

§. 2. Die Ursach, warum bey einem entstandenen Concurs die Zylbriefe den Bodemereybriefen vorgezogen werden, ist keine andere als diese, daß durch ein solches Darlehn, der Schiffsherr in den Stand gesetzt worden, seinen Seehandel desto leichter und bequemlicher zu treiben, und über dieses ein solches Geld zur Ausrüstung des Schiffes unmittelbar gegeben worden.

### XLIII.

Von Bodmeren ist man keine Haweren schuldig.

#### Anmerkung.

Von dem Ursprung des Wortes Haweren sind verschiedene Meinungen vorhanden, welche Kuricke 1) anführet. Die wahrscheinlichste ist die, so Schilter 2) behauptet, daß solches von dem deutschen Worte Haab herkomme, welchem, wie es mit mehreren Worten als mit dem Wort Bodmeren ergangen, die Endigung ren noch beygefüget worden, und es also so viel heisset als Haberen. Es besteht aber dieses Haberenrecht darin: daß, wenn ein Schiffer in Wassernoth gerathen, und man zur Rettung des Schiffers, und der darauf

befindlichen Personen, die Güter in die See werfen muß, der Schade der ausgeworfenen Güter über das Schiff und Gut, so im Schiff erhalten worden, dergestalt ergehe, daß sowol der Kaufmann als auch die übrigen Personen den andern, deren Güter ausgeworfen worden, den Werth derselben bezahlen müssen. Von dieser Wiederbezahlung ist derjenige befreuet, so sein Geld auf das Schiff geliehen, weil man dafür hält, daß es unbillig seyn würde, von demjenigen eine solche Wiedererstattung zu verlangen, dessen Geld ohnedem der Gefahr unterworfen ist, daß es verlohren gehet, wenn das Schiff verunglücken sollte. Von den verschiedenen Gattungen der Haberes, und heutigen Beschaffenheit hat Wedderkopp mit mehrerem gehandelt 3).

1) ad I N. Hans. T. 8. pr.

2) Exercit. 27. §. 28.

3) in jur. nautico Lib. IV. tit. 1.

#### XLIV.

Der jüngste Bodmerybrief gehet allen andern dergleichen Briefen vor.

#### Anmerkung.

In diesem Sprüchwort ist eine Verordnung enthalten, welche durch das Seerecht der mehresten Länder und Städte bekräftiget wird 1). Die Ursache des Vorzugs, welchen derjenige, so das letzte Darlehn auf das Schiff gegeben, für älteren dergleichen Gläubigern hat, gründet sich auf eine Vermuthung, daß ohne desselben Erhaltung das Schiff nicht absegeln können, und also dadurch das Beste des Handels befördert worden 2).

1) Wed-

1) *Wedderkopp* l. c. Lib. III. Tit. XI. §. 135.

2) *Schottelius* l. c. cap. 23. §. 9. — Es ist dieses Sprüchwort schon im römischen Rechte gegründet. Man vergl. den l. §. 6. pr ff. qui potior. in pignore. d. 5.

## XLV.

Die auf einem Schiff zur See, sind gleich reich.

### Anmerkung.

Wenn ein Schiff in die Gefahr geräth, daß demselben sein Untergang bevorsteht, und man daher nöthig findet, die auf demselben befindlichen Güter in die See zu werfen, so ist schon vorhin angeführet worden, daß dergleichen Güter den Eigenthümern wiederum ersetzt werden müssen, und daß daher eine Berechnung angestellet und untersucht wird, wie viel ein jeder von denen, deren Güter erhalten worden sind, zu seinem Antheil darzu beitragen muß. Man pflegt alsdann den Werth der geretteten Güter zu schätzen, hiervon sind aber Kleider, so ein jeder am Leibe trägt, imgleichen was ein jeder an Eß- und Trinkwaaren, wie auch Gelder, so zum Behuf des Schiffes mitgenommen worden, ausgenommen 1), als welche in der äußersten Noth, worinnen sich die Seefahrenden befinden, als gemeinschaftliche Güter angesehen werden, und da in einer solchen allgemeinen Noth die Gesetze unwirksam sind, und einem jeden erlaubt ist, sich sogar des andern Güter zu seiner eigenen Erhaltung zu bemächtigen, so erlauben die Seeordnungen dem Vorsteher des Schiffes, sich aller Eß- und Trinkwaaren, welche ein jeder bey sich führet, zu bemächtigen, und solche unter alle auf dem Schiffe befindliche Personen zu vertheilen 2). Daher wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß in dergleichen Nothfällen, wo es auf die

Er



Erhaltung des Lebens ankommt, alle mit einander gleiche Rechte haben, daß kein besonderes Eigenthum mehr statt finde, sondern alles gemeinschaftlich sey, als wenn wegen einer, dessen mitgenommene Eß- und Trinkwaaren in der allgemeinen Noth vertheilet worden, die Wiedererstattung verlangen kann.

1) *Wedderkopp* l. c. Lib. IX. Tit. I. §. 27.

2) *Idem* l. c. Lib. III. §. 19.

#### XLVI.

**Wagen gewinnt, wagen verliert. 1).**

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort trifft bey allen solchen Handlungen und Verträgen ein, wo der gehofte Vortheil von dem Glück abhänget. Wie solches bey dem Spielen, Wettungen, Lotterien, Loosen, Bodmieren, Affecuranzcontract und Leibrenthenkauf, imgleichen dem Kauf einer ungewissen Sache, die Erfahrung lehret. Daher so viel damit gesagt werden soll, daß, weil das Glück in dergleichen Dingen den Ausschlag einzig und allein giebt, niemand, der dergleichen Dinge waget, die Wiedererstattung des Verlustes verlangen könne, wenn die Hoffnung einen angenehmen Gewinnst und Vortheil zu erhalten, nicht eingetroffen, oder aber der wagende über die Hälfte verletzet worden ist.

1) Gleichen Sinn hat das Sprüchwort: Wer gewinnen will, muß beysetzen. D. 4.

§. 2. Daß unsere Vorfahren dem Spielen ungemeyn ergeben gewesen, berichtet *Tacitus* 1), und wir sehen aus seiner Erzählung, daß sie, so wie in andern Dingen, also auch im Spielen auf Treu und Glauben gehalten

gehalten, und ein jeder das, was er verlohren, treulich leistete. Und obwol unter denen Fränkischen Königen durch verschiedene scharfe Verordnungen das Spielen verboten worden 2); so ist man doch nach der Zeit von diesem strengen Verbot abgegangen, nachdem selbst an den Höfen der deutschen Kaiser und anderen Großen das Spielen ein Hauptvergnügen geworden. Mit den Wettungen ist es ebenfalls so beschaffen gewesen, daß man dafür hielt, daß dasjenige, was verlohren worden, entrichtet werden müsse. Ja aus dem sächsischen Landrecht 3), ist zu ersehen, daß man dasjenige, was einer im Wetten verlohren, als eine Strafe angesehen. Von den Asscuranzen und dem Kauf einer ungewissen Sache trifft man ebenfalls nichts in den alten deutschen Gesetzbüchern an. Das einzige Longobardische Recht gedenket des Verkaufs der künftigen Erndte, welcher aber verboten gewesen 4).

1) de M. G. c. 24.

2) Capit. Reg. Francor. L. III. §. 103. Auch im Sachsenspiegel B. 1. Art. 6 B. 2. Art. 60. B. 3. Art. 6, nebst der dazu gehörigen Gloss, im Sächsischen Weichb. Art. 101. und 102. und im Schwabenspiegel C. 255. und 319. und 320. nach der Königsthalischen Ausgabe finden sich Spuren römischer Gesetze, welche den Spielschulden nicht zu günstig sind. Vorzüglich verdient hiebey nachgelesen zu werden: *I. Heumann* diss. de aleatoribus in dessen Exercit. iur. V. Vol. III. nr. 5. S. 103.

2. 2.

3) I. P. Sax. Lib. I. c. 62.

4) L. Longob. L. II. tit. 31.

§. 3. Es ist aber von allen dergleichen Handlungen, so von einem Glücksfall abhängen, zu bemerken, daß in sofern, wie mit dem Spielen geschehen, solche nicht verboten, oder auf gewisse Weise eingeschränket worden sind, jedermann, der die freye Verwaltung

setz

seiner Güter hat, dergleichen eingehen kann. Daß ferner auch ein jeder schuldig ist, das im Spiel oder durch eine Wette verlohrene, nur zu bezahlen, hingegen bey den Bodmery- und Affecuranzcontract, bey Lotterien und Loosen wegen des Verlustes oder Verlesung keine Klage zugelassen werde, wiewol so viel den Hofnungskauf insbesondere anbelangt, ein anders zu sagen 1). In verschiedenen Ländern sind wegen des Mißbrauchs der zuweilen mit Lotterien vorgehet, nützliche Verordnungen ergangen, Kraft deren die Unterthanen nicht anders ihr Glück darinnen versuchen dürfen 2), als wenn dieselbigen von dem Landesherrn zuvor verstattet worden.

1) de *Cramer* de aequitate emtionis spei.

2) *Serenissimi* gnädigste Verordnung das Sammlen zu auswärtigen Lotterien betreffend Braunschweig den 4. Januar 1757. Diese Verordnung ist durch verschiedene nachfolgende theils erneuert, theils noch mehr geschärft worden. Man findet sie in *Fredersdorf's* promptuar. der Fürstl. Braunsch. Wolfenbüttelschen Landesverordn. Th. 2. S. 441. Th. 5. S. 217. ff d. 3.

## XLVII.

Gottes Allmacht ist allezeit ausgenommen.

### Anmerkung.

Unter der göttlichen Allmacht verstehen wir einen ohne vorhergesehenen und unangenehmen Vorfall, welcher uns einen Schaden und Verlust an unsern Gütern oder Vermögen zugezogen, den aber keine menschliche Gewalt verhindern können, und von diesem lehret das Sprüchwort, daß niemand, der andere Güter besitzt, einen solchen Schaden zu ersetzen schuldig sey. Ja gesetzt, daß jemand auch sogar den Schaden übernommen,

men, so wird doch dafür gehalten, daß, wenn derselbe durch einen ganz seltenen und sonst ungewöhnlichen Zufall entstanden ist, niemand dafür zu stehen schuldig sey 1).

1) *Hopp de edac. locustar. pern. Otto de praestation. cas. solit. insolitor. et insolentissimor. cap. II. §. 2. —* Den Unterschied zwischen einen gewöhnlichen und ungewöhnlichen Zufall, welchen der B. mit mehreren Rechtsgelehrten annimmt, scheint mir in Absicht des übernommenen Schadens ungegründet zu seyn. Derjenige, welcher den zufälligen Schaden überhaupt übernimmt, giebt dadurch hinreichend zu erkennen, daß er keine Gattung des Zufalls ausnehme. Dieses ist auch dem römischen Rechte (l. 78. § ult. ff. de contrahenda emt.) völlig gemäß. *S. Vinnii selectae juris quaestiones, L. II. c. 1. nach der Leidener Ausg. von 1653. S. 161. ff. d. 6.*

## XLVIII.

Für Gewalt ist man zu gewähren nicht schuldig.

### Anmerkung.

Es ist eine bekannte Sache, daß der Verkäufer dem Käufer die Gewähre leisten, oder dafür stehen muß, daß die Sache keinem andern zugehöre. Von diesem allgemeinen und bekannten Grundsatz ist dieses Sprüchwort eine Ausnahme, und nach demselben der Fall ausgenommen, wenn die Sache von einem andern gewaltsamer Weise weggenommen worden, indem ein dergleichen Verfahren mit einem ungefähren Zufall verglichen wird, so wie dieses in dem römischen Rechte gegründet 1). Denn dasselbe setzt zum voraus, daß dem Käufer durch ein Urtheil des Richters das Eigenthum an der Sache abgesprochen seyn müsse, wenn ihm der Verkäufer die Gewähr leisten soll 2), weil  
man

man nicht vermuthet, daß jemand einen ungefähren Zufall mit übernommen, und sich verbindlich gemacht habe, einen Schaden wiederum zu ersetzen, welcher durch eine erlittene Gewalt entstanden ist. Man hat lange über die Frage gestritten, ob der Verkäufer auch alsdenn die Gewähr zu leisten schuldig sey, wenn der Käufer von einem Fürsten mit Gewalt aus dem Besitz seiner Güter gesetzt wird, und ob solches als ein ohngefährer Zufall zu betrachten. Es ist aber dieses allerdings zu bejahen, jedoch findet auch hier und da eine Ausnahme statt, wie solches aus dem Gutachten, so Stryck 3) an dem angeführten Orte eingerücket hat, erschen werden kann.

1) L. 17. C. de Act. emt. vendit.

2) L. 70. D. de evictionib.

3) in V. M. Lib. XXI. Tit. II. §. 335

#### XLIX.

### Versähen ist auch verspielt.

#### Anmerkung.

Derjenige, so aus Unverstand oder Nachlässigkeit etwas versähet, woraus ihm oder andern Schaden entsteht, ist nach den Gesetzen schuldig, selbigen zu tragen 1). Dieses findet nicht nur bey allen denjenigen Contracten statt, bey welchen jemand zur Beobachtung eines besondern Fleißes und Sorgfalt sich verbindlich gemacht hat, sondern auch bey andern Handlungen, so binnen einer gewissen Zeit geschehen müssen, wie z. E. bey Processen, wo die Führung des Beweises und dergleichen Dinge mehr, an ein gewisses Ziel gebunden sind, wenn nur das Versähen nicht durch einen Betrug, wodurch einer von einem andern hintergangen worden, entstanden ist.

1) L. 2. C. de furt.

L.

L.

Kein Pfaff giebt ein Opfer wieder.

Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort von den Vermächtnissen, Schenkungen und Uebergaben an Kirchen und Klöster zu verstehen, und es wird damit so viel gesagt, daß dasjenige, was einmal an selbige auf eine solche Weise gekommen, nicht wieder zurückgefordert werden könne. Die Ursache davon ist in dem römischen Rechte gegründet. Die Heiden glaubten, daß dergleichen Dinge gleichsam dem Eigenthum der Menschen entnommen und den Göttern zugetheilet und geheiligt würden. Die Christen machten sich nachher von dergleichen der Kirche geschenkten oder vermachten Dingen eben diesen Begriff, und daher ist es gekommen, daß der Kaiser Justinianus die heidnischen Eintheilungen von den Sachen beibehalten, so wie überhaupt unter der Regierung dieses Kaisers vieles aus dem Heidenthum in das Christenthum aufgenommen worden 1).

1) *Kaestner* de jurisprudentia paganizante. *Kemmerich* de reb. divini et humani jur.

§. 2. Nachdem die Deutschen zu dem Evangelio bekehret, und die Grundsätze des römischen und päpstlichen Rechts ihnen nach und nach bekannt geworden, so haben sie auch die Lehre von der Eintheilung der Sachen und deren Rechten mit angenommen 1). Da man ohnedem denen Papen die Meinung von einem Verdienst und Erwerbung der ewigen Seligkeit brachte, wenn man seine Güter den Kirchen und Klöstern vermachte, so ist es kein Wunder, wenn man in der Geschichte so viele Beispiele von der Freygebigkeit unserer

Vor.

Vorfahren liefert, so sie gegen die Kirchen und Klöster erwiesen:

1) *Hertius* in notit. Franc. vet. cap. III. §. 49.

§. 3. Es fraget sich daher, ob dieses Sprüchwort heut zu Tage seine Anwendung habe, und also dasjenige, was Kirchen und Klöster, zu welchen wie billig auch andere milde Stiftungen rechnen, geschenkt worden ist, wieder zurückgefördert werden könne. Es ist nicht zu leugnen, daß die Ausleger viele Meinungen angenommen haben, so in der That nicht gegründet sind. Man rechnet hieher, daß eine Schenkung, wenn sie sich gleich über das in den Gesetzen verordnete Maas erstrecke, dennoch ohne geschene Bestätigung gültig sey, welches aber weder aus dem römischen noch päpstlichen Recht erwiesen werden kann, daß ferner bey einer solchen Schenkung keine Annehmung vonnöthen sey, sondern selbige als ein Gelübde bestehen könne 1). Daß die Kirche das Eigenthum aus der bloßen Schenkung erlange 2). Daß eine solche Schenkung unwiderruflich sey, wenn auch gleich jemand nach dem Rins der gezeuget. Es ist aber allezeit am sichersten, keine Privilegien zu erdichten, noch der Kirche andere zuzueignen, als welche derselben wirklich zukommen.

1) L. 3. pr. D. de pollicit. *Tiraquell* de privileg. par. causar. caus. privil. 115.

2) L. 13. C. de SS. eccles.

§. 4. Das päpstliche Recht erlaubt doch aber auch in einigen Fällen denen Bischöfen von denen Kirchengütern etwas zu verschenken 1), wenn jemand sich um die Kirche verdient gemacht hat. Es müssen aber in dem Schenkungsbrieße die Verdienste umständlich ausgedrückt werden, und es ist auch einer reichen Kirche erlaubt, an eine arme etwas zu verschenken 3).

Die

Die in der Christenheit angenommene Lehre, daß niemand ohne Opfer sich zum Altar nahen durfte, hat der Clerus Geschenke genug zuzugebracht, und diese Opfer, so Anfangs in Brodt und Wein bestanden, nachher aber in Geld verwandelt worden, haben verschiedene Rechte erhalten, die auch in der Evangelischen Kirche noch nicht alle abgeschafft sind.

1) C. 5. X. de donation.

2) C. 9. X. eod.

## LI.

**Schuld zahlen macht Hauptgeld.**

### Anmerkung.

Es kann dieses Sprüchwort in einem zweifachen Verstande genommen werden. Einmal kann es so viel heißen, daß derjenige, so eine Schuld abträgt, gleichsam ein Capital selber dadurch gewinnt, indem er nun nicht weiter nöthig hat, Zinsen abzutragen, sondern dieselbe gleichsam zu einem Hauptgeld oder Capital machen kann. **Herrtus** hingegen 1) meint, daß damit so viel gesagt werde, daß derjenige, so vor einen andern die Zinsen von einem schuldigen Capital entrichtet, von diesen bezahlten Zinsen wiederum Zinsen fordern könne. Es kann dieses bey einem Vormund, imgleichen bey einem Verwalter fremder Geschäfte eintreffen, und diese letztere Auslegung scheint auch in der That den Sinn des Sprüchworts deutlicher als die erstere auszudrücken.

1) de par. jur. Germ. L. I. p. 57. Diese Meinung gründet sich darauf, daß durch die beim vorangesetzten Falle vorhandene Delegation, die vorige Verbindlichkeit völlig aufgehoben wird, und ein neuer Contract

zwei



zwischen dem alten Gläubiger und dem belegirten Schuldner entsteht. *S. Hertii* T. I. Resp. 461. *Cramer* Obs. I. V. Tom. III. obs. 873. S. 361.

d. 5.

## LII.

### Herren und Heiligen gehen über alles.

#### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort wird von dem Vorzugerecht gehandelt, welches die herrschaftliche Schulden und die sogenannte milde Stiftungen bey einem entstandenen Concurs vor andern Gläubigern haben. Die Ursache von diesem Vorzug soll seyn, weil die allgemeine Wohlfahrt des Landes es nicht anders erfordert, als daß der Fiskus seine Forderung wieder erhalte, und was die Kirchen, Klöster, Schulen und andere dergleichen milde Sachen mehr anbelanget, solches zur Ehre Gottes gereiche, wenn denselben zu ihrer Forderung wieder geholfen worden. Allein es kann dieses Sprüchwort nimmermehr so angenommen werden, als ob beide schlechterdings allen übrigen Gläubigern vorgezogen werden müsse.

§. 2. Was die erste Gattung anbelanget, so finden dieselbe nach den Rechten ihren Platz in der ersten Classe 1). Ja nach den besondern Rechten einiger deutschen Länder gehen sie auch andern Schulden in dieser Classe vor 2). In andern Ländern hingegen erstreckt sich derselben Vorzugsrecht nur auf einige Jahre 3). Wenn aber der Fiskus von dem gemeinschaftlichen Schuldner aus einem Contract etwas zu fördern, oder dieser Güter, so dem gemeinen Wesen zugehört, in Verwaltung gehabt, - und davon noch etwas schuldig geblieben, so wird er damit in die andere Classe gesetzt 4), hingegen aber werden die verwaltete Ertafgel-

den

der, so derselbe anndch zu fordern hat, allen Schulden nachgesetzt.

1) L. 1. C. si propt. publ. pensitat. S. C. G. Emelin  
Ordnung der Gläubiger von dem über ihres Schuldners  
Vermögen entstandenen Concursproceß, Cap. 2. S. 9. ff.

2) Rudowici im Concursproceß Cap. 10. S. 23.

3) Es. ders. an dem a. D.

4) L. 28. D. de jur. fisci.

§. 3. Die Kirchen und andere milde Sachen betreffend, so ist ebenfalls bekannt, daß die besondern Rechte in Deutschland nicht mit einander überein kommen. Nach dem Justinianeischen Recht sollen die Kirchen mit dem Fisco gleiche Rechte genießen 1). Die Canonisten billigen dieses um so mehr, als man in der römischen Kirche ohnedem lehret, daß die Kirche eine besondere Republik ausmache, aber weder aus dem römischen noch päpstlichen Rechte ist dieses angebliche Vorzugsrecht zu ersehen, daher die Ausleger auch das selbe nur in gewissen Fällen zu vertheidigen gesucht. Sie halten dafür, daß der Kirche ein stillschweigendes Unterpfand und Vorzugsrecht in desjenigen Vermögen zukomme, von welchem derselben einigen Schaden zugefüget worden. Man eignet ihr ein gleiches auch in dem Vermögen derjenigen zu, welche geistliche Pfründen genießen, und dafür dieselbe im Baustande unterhalten müssen, und endlich behaupten die Ausleger, daß in demjenigen, was auf den Gütern zur Besoldung der Kirchen- und Schuldiener oder andern milden Sachen zu entrichten 2), aber das Vorzugsrecht ist nirgends gegründet 3). Es kommt also nur allein auf die Ordnungen eines jeden Landes an.

1) Brunnemann ad L. 20. C. de Episcop. et cleris.

2) L. 15. C. qui potior. in pignor. L. 31. de pignor.

3) Har-

2) *Harprecht* in *tract. vigint. pignor. tacit. sprior. vel dubior.* §. 1. 2. S. *Emelin* am a. D. Cap. 2. §. 22. und Cap. 4. §. 30. d. 5.

§. 4. So ist es auch mit den Kirchenschulden beschaffen, so aus einem Darlehn oder Contract herrühren. Weder das römische noch das päpstliche Recht gedenken eines stillschweigenden Unterpfandes oder Vorzugsrecht vor den Chirographarischen Gläubigern. Sie werden aber doch insgemein bey den Concurfen in die vierte Classe gesetzt, wiewol das Gesetz 1), womit man dieses beweisen will, solches in der That nicht erweist, auch von den Rechten, so der Republik zukommen, auf die Kirche kein Schluß gemacht werden kann. Da auch in einigen Landesordnungen versehen, daß bey entstandenen Concurfen, die Zinsen nicht bezahlet werden, als bis alle Gläubiger wegen ihres zu fordern habenden Capitals befriediget sind, so sind doch gemeiniglich die Kirchen und andere milde Sachen hievon ausgenommen.

1) L. ult. C. de SS. eccles.

### LIII.

**Kostgeld geht vor allen Schulden.**

#### Anmerkung.

Auch dieses Sprüchwort ist keinesweges so zu verstehen, als ob das schuldige Kostgeld allen übrigen Forderungen bey einem entstandenen Concurf vorgezogen werde 1). Man versteht aber unter dem Kostgeld dasjenige, was jemanden in einem letzten Willen oder Contract zu seinem jährlichen Unterhalt vermacht und ausgesetzt worden, ohne daß der andere, so solches vermacht, ein gewisses Grundstück benennet und angewiesen,

wiesen, aus welchem die zu dem jährlichen Unterhalt nöthige Kosten hergenommen werden sollen. Denn wenn dieses geschehen, so hat ein Gläubiger von dieser Art ein stillschweigendes Unterpfand auf dem angewiesenen Grundstücke 2). Sonsten wird dergleichen Forderung in die vierte Classe gesetzt, ohne darauf zu sehen, ob der Gläubiger reich oder arm sey, weil die bloße Armuth ihm kein Vorzugsrecht vor andern geben kann 3).

1) Ob Gastwirthe in Absicht ihrer Forderungen für Kostgeld, welches ihnen Reisende schuldig sind, genießen, darüber s. Struben rechtl. Bedenken, Th. 3. Nr. 12.

S. 76. D. 4.

2) L. ult. §. 1. D. de contrah. empti. E. 38. D. de usu et usufruct. rectit. et habitat. et oper. per legat. und arg. l. 2. §. 1. ff. de alimentis legatis. D. 4.

3) Brunemann de process. concurs. creditor. cap. V. §. 61.

#### LIV.

### Verdienter Lohn schreit für Gott im Himmel.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist hier die Rede von dem Liedlohn des Gefindes, und anderer Personen, so in des gemeinen Schuldners Hause und Kost gewesen, und demselben für die tägliche Kost und ein gewisses Liedlohn wirkliche Dienste geleistet haben. Die Entziehung und Verenthaltung dieses Liedlohns wird als die ungerechteste Sache angesehen, und daher heisset es, daß solches für Gott im Himmel schreiet, weil es mit so vieler Mühe und saurer Arbeit verdient werden muß. Aus dieser Ursache hat das schuldige Liedlohn einen Vorzug vor andern Forderungen erhalten, welcher zwar nicht in dem römischen Recht gegründet ist, nach

Eisenh. Sprüche.      Et      weh

welchem dem Gesinde nur eine persönliche Klage gegen seine Herrschaft zukommt, so sich auf den mit derselben geschlossenen Contract gründet, sondern das sächsische Landrecht, dessen Verordnung den Gebrauch bestätigt, hat dem Fiedlohn diesen Vorzug gegeben. Es heißt in demselben 1): Von dem Erb soll man erstlich dem Gesind geben ihren Lohn, so viel ihn gebürt, biß an den Tag, da ihr Herr starb.

1) Lib. I. Art. 22. Diese Stelle ist im Schwabenspiegel Cap. 267 §. 3. (nach der Königsbat. Ausg.) wörtlich wiederholt. D. S.

§ 2. Das rückständige Fiedlohn wird in die erste Classe gesetzt, aber auf verschiedene Weise. Nach den Sächsischen und Magdeburgischen Verordnungen wird selbiges den Begräbniskosten vorgezogen, andernwärts folgt dasselbe sogleich auf jene 1). Nach einer Fürstlich Hessen-Casselschen Verordnung vom Jahr 1751. soll nur das von den beiden letzten Jahren rückständige Dienstlohn in die erste Classe gesetzt, das übrige hingegen unter die persönlichen Schulden verwiesen werden 2). Nach der gemeinen Meinung der Rechtsgelehrten geht dieses Vorzugsrecht verloren, wenn das Gesinde und andere dergleichen Personen, ihr Fiedlohn bei dem Herrn stehen, und sich davon jährliche Zinsen reichen lassen 3).

1) Ludovici in Concurroß, cap. X. §. 16. seq. Brunnemann l. c. §. 16.

2) Kitor bürgerliche Rechtsgelehrsamkeit der Deutschen I. Theil, §. 496.

3) S. Gmelin's Ord. der Gläubiger u. s. w. Cap. 12. §. 7. D. S.

LV

**Abschlag ist gute Bezahlung.**

**Anmerkung.**

§. 1. **Abschlag oder Abrechnung**, imgleichen **Gegenrechnung** sind gleichlautende Wörter, und heisset Abschlagen hier so viel, als eine Schuld durch die andere aufheben, oder an der Forderung des Gegentheils wegen einer habenden Gegenforderung etwas abziehen. Eine solche Abrechnung wird in den Rechten als eine Bezahlung angesehen, und sie gründet sich auf einen Lehrsatz der Weltweisen: Was man mit der Kürze verrichten kann, dazu braucht es keiner Weitläufigkeit. Daß das römische Recht die Abrechnung unter die Arten, wodurch eine Verbindlichkeit aufgehoben wird, rechnet, ist bekannt genug. Aber auch die Deutschen, so in dergleichen Handlungen, Liebhaber der Kürze gewesen, haben besonders darauf gesehen, daß, so es möglich, wechselseitige Forderungen durch das Abrechnen gegen einander aufgehoben werden möchten. **Carl der Große** hat daher verordnet, daß derjenige seine Forderung und alle Ansprüche verlieren soll, welcher mit dem andern sich in eine Abrechnung einlassen weigert 1).

1) Capit. Lib. VII. cap. 303. Si quis debeat alicui solidos, decem et ille qui debet de quacunque ratione debeantur illi a creditore suo solidi quinque, et veniens creditor totos decem solidos a debitore petat, si probaverit illi debitor sibi ab eo quinque solidos deberi, quare illum in solidos pro totis decem solidis convenit, causam perdat qui noluit debitum compensare. Similis ratio est de frumento vel de aliis speciebus. Diese Verordnung ist, wie schon **Heineccius** in element. iur. Germ. Lib. II. §. 472. bemerkt, aus dem römischen Rechte (*Paulus recept. sent. Lib.*

Lib. II. tit. V. §. 3.) entlehnt. Heineccius hätte noch bemerken können, daß sie fast wörtlich aus des *Aniani* interpret. ad *Pauli* recept. sent. am a. D. in die Capitularien aufgenommen worden ist. *S. Schulting Jurisprudentia Antejustiniana*, S. 274. *Schilter* Ex. 28. §. 15. und 17. glaubt, daß nur die Franken von der Compensation etwas gewußt hätten, daß man hingegen bey den übrigen teutschen Nationen einen Vergleich mit seiner Gegenforderung zur Wiederklage verwiesen habe. Er will dieses aus dem *Sachsenspiegel* B. 3 Art. 12. erweisen, wo der Grundsatz: Geld vor Recht nach: aufgestellt ist. Diese Stelle ist aber nur von dem Falle zu verstehen, wenn die zu compensirenden Gegenforderungen noch illiquide sind. D. 5.

§. 2. Ueberhaupt ist aber bey diesem Sprüchwort zu bemerken, daß die Deutschen in der Lehre von der Abrechnung in vielen Stücken von dem römischen Recht abgehen. Also wird z. B. eben nicht erfordert, daß diejenigen, so mit einander abrechnen wollen, der Gläubiger und Schuldner selbst seyn müssen, ingleichen findet eine Abrechnung bey verschiedenen Schulden statt, bey welchen das römische Recht solche nicht zuläßet, und nicht weniger wird auch in Ansehung des Processes und Verfahrens wegen Befcheinigung der Gegenforderung ein Unterschied angetroffen 1).

1) *Carrach* de praecipuis different. jur. Roman. et Germanici in compensat. *Schilter* Ex. 28. §. 16, seqq.

## LVI.

### Anweisung ist keine Zahlung.

#### Anmerkung.

§. 1. Diesem Sprüchwort steht ein anderes entgegen, welches heiſet: Anweisung ist gute Zahlung

lung 1). Beide sind folgendermaßen zu erklären. Das Wort Anweisung wird im weitläufigsten Verstande sowohl von der Delegation als auch von einer bloßen Assignation verstanden. Wenn die Anweisung mit einer wirklichen Delegation dergestalt verbunden ist, daß die Schuld von einem andern gänzlich übernommen wird, so heisset es alsdenn: Anweisung ist gute Bezahlung. Denn so wird die vorige Verbindlichkeit zwischen dem Gläubiger und Schuldner aufgehoben, und es bekommt der Gläubiger eine andere Person zu seinem Schuldner. Er kann sich alsdenn an dem vorigen Schuldner nicht erholen, im Fall wenn der Afterschuldner nicht im Stande seyn sollte, ihn zu befriedigen.

1) *Pistorius* cent. II. par. 33.

2) *Lib. 26. §. 2. D. mandati 3. C. de novat.*

§. 2. Hat aber jemand nur eine bloße Vollmacht ertheilet, welches zu dem Ende geschieht, damit der Gläubiger bey dem Schuldner desjenigen, welcher ihm die Anweisung gegeben, das schuldige Geld erheben und sich dadurch bezahlt machen möge, so bleibet es bey dem Sprüchwort, daß Anweisung keine Zahlung sey. Dieses wird auch in zweifelhaften Fällen vermutet, denn zu der Anweisung von der ersten Art wird die übereinstimmige Einwilligung von allen Seiten erfordert, die letztere geschieht aber auch ohne Vorwissen des Afterschuldners. Wenn daher dieser letztere in dem andern Fall nicht bezahlen kann, so muß der Assignante seine Anweisung zurücknehmen, und seinen Gläubiger auf eine andere Weise Genugthuung verschaffen 1).

1) *Cocceii de assignationib. Stenger de assignationib. mercator.*



## LVII.

## Mißrechnen ist kein Bezahlen.

## Anmerkung.

Mißrechnen heißet hier so viel, als einen Irrthum im Rechnen begehen, und es soll durch dieses Sprüchwort angezeigt werden, daß, wenn jemand aus Irrthum mehr in Rechnung gebracht als er eingenommen, und daher mehr ausgezahlt als er schuldig gewesen, ihm solches nicht im geringsten schaden könne. Es ist dieses Sprüchwort in den Rechten gegründet. Denn die Gesetze sagen ausdrücklich, daß aus einem deutlich zu zeigenden Irrthum auch alte längst abgethane und quittirte Rechnungen wieder hervorgesucht und retractirt werden können 1). Daß solches auch nach 10 oder 20 Jahren geschehen möge 2), und daß die wegen Irrthums anzustellende Klage erst nach 30 Jahren verjähret werde 3).

1) L. ún. C. de error. calculi.

2) L. 8. pr. D. de Administrat. rer. ad civitates.

3) L. 3. C. de praescript. 30. vel 40. annor.

## LVIII.

## Geld vor, Recht nach 1).

## Anmerkung.

§. 1. Man findet den Grund von diesem Sprüchwort in dem sächsischen Landrecht, wo es heißet: Welcher Mann auf den andern klagt und jener wieder auf ihn: der zuerst klagt der hat dem andern nicht zu antworten, er sey denn erst ledig von ihm, und es wird dadurch angezeigt, daß, wenn jemand von dem andern einer klaren Forderung halber belanget worden, der Beflagte aber eine

Wie,

Wiederklage ansetzet, diese erst nach ausgemachter Hauptklage statt finden soll, wenn der Beklagte dem in der Hauptsache ergangenen Urtheil ein Genüge geleistet hat. Womit auch das schwäbische Landrecht ebenfalls übereinkommt 3).

1) Meiner Meinung nach hat das in Pistor's thesaur. parocem. Cent. VII. nr. 65. angeführte Sprüchwort: Es hemmet keine Schuld die andere; oder: Es hält keine Schuld die andere auf; mit dem vom B. angezeigten gleichen Sinn. D. 5.

2) L. P. Sax. Lib. 3. Art. 12. — In dem Magdeburgischen Schöffenrecht, des Stadt Görlitz mitgetheilt, Art. 94. in Schott's Samml. zu den deutschen Land- und Stadtrechten Th. 1. S. 76. heißt es ebenfalls: „Welch man vffe den anderen klaget. vnde iener wi- „der vffe in. der erst klaget. en hat ieme nicht zu „antworten. her an sie allererst von eine ledich wort „dat. n. D. 5.

3) L. P. Suev. cap. 87. Nach der Königsthal'schen Ausg. Cap. 145. D. 5.

§. 2. Es ist aber dieses Sprüchwort heut zu Tage nicht von einer allgemeinen Anwendung, und nur von dem sächsischen Rechte, nach welchem die Wiederklage erst statt findet, wenn die Hauptklage durch wirkliche Auszahlung desjenigen Geldes, wozu der Beklagte und Wiederkläger verurtheilt worden, geendigt ist, zu verstehen. Mit diesem stimmt auch das Hamburgische und Lübsche Recht überein 1), dahingegen nach den gemeinen Rechten Klage und Wiederklage zugleich fortgesetzt wird. Wiewol doch auch in den gemeinen Rechten einige Fälle ausgenommen sind, bey welchen dieses Sprüchwort eintrifft. Hieher gehören vornemlich Klagen, so auf klare Briefe und Siegel sich gründen, wenn der Grund von der Wiederklage erst durch Zeugen bewiesen werden soll, und überhaupt, wenn die Hauptklage nur summarisch ist, die Wiederklage aber nicht,

nicht, oder aber wenn die Niederlage von der Verschaffenheit ist, daß man nicht wissen kann, ob dieselbe gegründet sey oder nicht, und der Ausgang der Sache nur verzögert werden würde, wenn man dieses erst untersuchen wollte.

- 1) *Martini* ad O. P. S. tit. 6. §. 1. n. 14. *Mevius* ad jus Lubecense, L. V. tit. III. art. 3. d. 5.

### LIX.

**Wer nichts im Beutel hat, muß mit der Haut bezahlen.**

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses in Deutschland sehr bekannte Sprichwort, dessen Verstand gar leicht einzusehen ist, hat eigentlich seinen Grund in den römischen Rechten und Gewohnheiten. Die Gesetze der zwölf Tafeln enthielten schon eine strenge Verordnung in sich, wie man mit solchen Schuldnern verfahren soll, welche nicht im Stande sind ihre Schuld zu bezahlen 1). *Livius* gedenket insonderheit der Grausamkeiten mehrmals, womit strenge Gläubiger ihren armen Schuldnern öfters begegnet sind, welche man auch durch Gesetze abschaffte 2). Bey den alten Deutschen ist es mit der an Hand und Halsstrergebung 3) eben so beschaffen gewesen, obwol dieselbe weniger grausam schien. Der Schuldner mußte dem Gläubiger so lange dienen, bis er durch seine Arbeit so viel verdienet hatte, daß damit die Schuld abgetragen worden 4).

- 1) *Gellius* in N. A. Lib. XX. cap. 1. *Quintilian* Instit. orator. Lib. 1. cap. 6. Die Stelle der XII. tab. t. 3: „Ast si plures erunt rei, tertis nundinis parvis secanto: si plures minusve secuerunt, se fraud esto: si voluc uls Tiberim peregre venum danto“; wird bekannt:

bestimmlich sehr verschieden erklärt. Bynkershoek, Bach, Heindcl. (in diss. de debitorum ante legem XII. Tabb. fortuna, Lips. 1754.) verstehen dieselbe von der sectione bonorum debitoris obaerati. Sinegen Jugler in progr. dubia de sectione debitorum apud Romanos interpretationi Bynkershoekianae opposita, Lips. 1741. erklärt es von der sectione corporis. Es ist hier der Ort nicht, die Gründe jeder dieser Meinungen aus einander zu setzen und zu prüfen. D. S.

2) *Livius* Lib. VIII. c. 28.

3) Man nannte sie auch die Ueberantwortung bey dem Gerer. Gerer hieß nämlich so viel, als ein Rodczipfel (*lucina vestis*). S. Kopp ausführliche Nachricht von der ältern und neuern Verfassung der geistl. und Civilgerichten in den Fürstl. Hessencasselschen Landen, Th. I. S. 47. und 498. *Haltens* gloss. m. a. unter dem Worte Gerer. D. S.

4) *Vogt* de Addition. ad manus creditor. *Eugen* de tradition. debitor. ad manus creditor.

§. 2. Auch in den mittlern Zeiten ist es im beständigen Gebrauch gewesen, daß man böse Schuldner mit der Haat büßen lassen, wenn man von ihnen nicht die Wiedererstattung der Schuld erhalten konnte. Es heisset davon in dem sächsischen Landrecht 1): Wer da Schulde fordert vor Gerichte auf einem Mann, der nicht gelden mach, noch Bürgen setzen, der Richter soll ihm dem Mann antworten für das Geld: den soll er halten gleich seinem Gefinde mit Speiß und mit Arbeit. Will er ihn dann spannen mit einer Faden, oder mit einem Fessel, das mag er thun; anders soll er ihn aber nicht peinigen. Eben so lauten auch die Worte in dem Schwabenspiegel 2). Man sieht hieraus, daß dergleichen böse Schuldner in die Knechtschaft verstoßen worden sind, und dem Schicksal der Knechte sich in allen Dingen unterwerfen mußten.

Es wurden dergleichen Leute an einen Schieflappen geschlossen und zu der allgeringsten Arbeit gebräuchet.

1) Lib. II. Art. 39. und Sächsisch Weichbild, Art. 27.

D. S.

2) Cap. 130. nach der Königschalschen Ausg. Cap. 133.

War allen andern s. Quistorp von der Strafe der Banquerottirer oder der bösen Schuldner nach ältern und neuen Gesetzen, in dessen Beiträgen, V. D. Nr. 13.

D. S.

§ 3. Verschiedene neuere Gerichtsordnungen und Stadtrechte, als die Sächsisch Gotha'sche, Eisenach'sche und Schwarzburg'sche Gerichtsordnungen, imgleichen das Städtische Stadtrecht 1), verdammen einen bösen Schuldner ebenfalls zu der Arbeit. Ja Carl der Fünfte hat in seinen Erblanden sogar die Strafe des Stranges vermöge einer Verordnung vom 7. October 1531 und 6. October 1540 auf diejenigen gesetzt, welche muthwilliger Weise sich in Schulden stürzen und ihre Gläubiger betrügen. Sowol in den Königlich Preussischen 2), als auch Churfürstlich Braunschweig - Lüneburg'schen Landen 3), sind in den neueren Zeiten auch solche strenge Verfügungen wegen dergleichen muthwilligen Falliten ergangen. Es trifft aber die Strenge der Gesetze nur diejenigen, welche vorsätzlicher Weise Schulden machen und sich nachher nicht im Stande befinden, selbige zu bezahlen. Denn derjenige, so durch Unglücksfälle außer Stand gesetzt worden, seine Gläubiger zu befriedigen, verdient allerdings Mitleiden. Und obwohl einige in dem ersten Fall dafür gehalten haben, daß die Todesstrafe zu streng sey, so ist doch das Gegentheil öftersmal zu behaupten 4).

1) Riccius in Spicil. p. 90. Pufendorf T. 1. obs. 120. D. S.

2) Gene-

2) General-Edict von Banquerout d. 2. Jun. 1794. tit.

3) Const. wider die muthwilligen und vorfesslichen Banquerouten d. 12. Mart. 1716.

4) Hoffmann de justitia poenae capitalis de reoribus obiectis imponendae. S. über Quistorp's Strafsätze des deutschen peinl. Rechts, Th. 1. §. 442. —

Der B. scheint mir dem angezeigten Spruchworte einen zu engern Sinn beygelegt zu haben, indem er es nur von der Verbindlichkeit eines Schuldners, falls er seinen Gläubiger nicht befriedigen kann, mit seinem Körper zu büßen erklärt. Es findet auch in dem Falle seine Anwendung, wenn jemand ein Verbrechen begangen hat, welches ordentlichweise mit einer Geldstrafe bestraft wird, und er selbige zu entrichten nicht vermögend ist. Es ist gewöhnlich, alsdann die Geldstrafe in eine Leibstrafe abzuändern. S. L. Meuschen diff. de re ergo subsidario, und Meisters ausführl. Abhandl. des peinl. Processes in Deutschl. 1ster Abschn. 2tes Hauptst. S. 35. p. 6.

LX. A.

Der Kerker quälet aber bezahlet nicht.

Anmerkung.

§. 1. Unter die Mittel, welcher man sich gegen solche Schuldner bedient, ist auch das Befängnis oder Schuldthum zu rechnen, daß man sie so längendurchein sitzen läßt, bis sie durch Abtragung des Schuldsich dadurch losmachen können. Damit aber dergleichen Schuldner wissen mögen, daß der Schuldthum nur ein Mittel sey, sie zur Bezahlung zu zwingen, keinesweges aber jemand von der Verbindlichkeit zu bezahlen befreiet werde, sobald er in den Schuldthum geworfen wird, so hat man dieses letztere durch das angeführte Spruchwort anzeigen wollen. Es ist auch in Deutschland nicht ungewöhnlich gewesen, und gehörte mit

mit unter die Nebenverschindlichkeiten, wodurch man einen Hauptcontract noch mehr bekräftiget, daß der Schuldner sich anheischig machen mußte, so lange im Gefängniß in Ketten und Banden zu verbleiben, bis von ihm die Schuld abgetragen werden könne 1).

1) *Rumpff* de nonnullis conventionib. Germanorum accessorius quibus debitores suos arctius obligare nitentur §. 14. *Zeitler* de carcere debitore. — Daß noch heut zu Tage ein Schuldner an Orten, wo die Landesgesetze den Schuldner mit dem Gefängnisse bedrohen, sich auch dazu in einer Verschreibung freiwillig verbinden könne, behaupten aus hinlänglichen Gründen: *Kobz* in comment. de pecunia mutua tuto collocanda, cap. 3 §. 26. S. 40. und *Riccus* delineat jur. germ. de conventione ad carcerem in causa debiti, §. 15 — 53. D. 5.

§. 2. Was den heutigen Gebrauch von diesem Sprüchwort anbelangt, so trifft solches ein, wenn jemand einen Wechsel von sich gestellet, indem es bekannt ist, daß man einen Wechselschuldner sofort zur gefänglichen Haft bringet, wo er nicht alsobald die Zahlung leistet. Sonsten aber ist es der Billigkeit und den gemeinen Rechten gemäß, daß derjenige Schuldner, welcher durch Unglücksfälle um sein Vermögen gekommen, vom Gefängniß befreiet bleibt 1). Soll aber in dem andern Fall der Schuldner in gefängliche Verwahrung genommen werden, so pfleget man ihn doch nicht in ein gemeines Gefängniß zu setzen, wo sonst Schelmen und Diebe hingesezt werden, sondern es wird ein seinklicher Ort für ihn erwählet 1).

1) *S. Mevius* P. VIII. decis. 389. D. 5.

2) *Zeitler* loc. cit.

LX. B.

Quinquennellen kommen aus der Hölle. (v. S.)

Anmerkung.

§. 1. Der R. Justinian verordnete 1); daß, wenn ein zahlungsunfähiger Schuldner sich der thätigen Rechtswohlschat der Cession seines Vermögens bedienen will, es in der Wahl seiner Gläubiger stehen soll, ob sie noch fünf Jahre (quinquennale spatium) mit ihren Forderungen Geduld haben, oder die Cession sogleich annehmen wollen, und daß bey dieser Wahl die Größe der Forderungen, und, wenn diese auf beiden Seiten gleich ist, die Mehrheit der Stimmen den Ausschlag gebe. Dieses Gesetz hat zur Einführung der Moratorien oder Anstandsbriefe in Teutschland und andern Ländern Gelegenheit gegeben, welches auch die Benennung Quinquennell, wie man die Moratorien ebenfalls zu nennen pflegt, zu erkennen giebt 2). Das erwähnte quinquennale spatium, welches Justinian verordnete, ist aber von den Moratorien wesentlich verschieden, indem die Ertheilung jenes von dem Willen der Gläubiger abhängt, diese aber vom Regenten als ein Privilegium einem zahlungsunfähigen Schuldner ertheilt werden 3). Es unterscheiden sich auch letztere von dem quinquennali spatio dadurch, daß der Regent nicht gerade auf fünf Jahre ein Moratorium zu ertheilen verbunden ist, sondern nach Gefallen eine Frist, während welcher die Gläubiger mit ihren Forderungen warten müssen, festsetzen kann 4). Anfänglich hat man indeß gemeiniglich nach der Analogie der angeführten Verordnung des R. Justinian den Anstand auf fünf Jahre ertheilt. — Das Recht, ein Moratorium zu ertheilen, steht in Teutschland dem Kaiser nicht nur in Ansehung der unmittelbaren, sondern auch der mittelbaren



selbaren Reichsbürger zu. In Absicht der letzten wird aber erfordert, daß der Schuldner zuvor ein Zeugniß seiner Obrigkeit beibringen muß, daß er nicht durch eigene Schuld, sondern durch unversehene Unglücksfälle in den zahlungsunfähigen Stand gerathen sey 5). In den meisten Reichsländern ist aber dieses Recht des Kaisers dergestalt eingeschränkt, daß nicht anders dem kaiserlichen Moratorium Wirkung begelegt wird, als mit Einwilligung des Landesherrn 6). Außerdem ist aber auch jeder Landesherr, in Absicht seiner Unterthanen, zur Ertheilung der Moratorien berechtigt. Schon aus dem 14ten Jahrhundert lassen sich Beispiele anführen, daß Landesherrn dieses Recht ausgeübt haben 7), welches ihnen durch die angeführten Reichsgesetze keinesweges entzogen worden ist 8).

1) *l. ult. C. qui bon. ced. poss.*

2) *P. Cuiacii* obs. l. II. obs. 16. Andere suchen den Ursprung der Moratorien im *l. 2 C. de precib. imp. offerent.* S. aber *Pufendorf* Obs. I. V. Tom. III. obs. 22. §. 1.

3) *S. I. H. Boehmer* diss. de litteris respirationis c. 17. §. 2. ff. in dessen exercit. ad P. Tout III. nr. 46. S. 159.

4) *S. Boehmer* am a. O. Beispiele sowohl auf Jüngere als ältere Zeit ertheilter Moratorien geben *Pessingear* in *Vetiar. illustr.* T. III. S. 138. ff. *Pufendorf* am a. O. §. 2.

5) *M. D.* von 1548. tit. 22. §. 2. und von 1577. tit. 23. §. 4. *J. R. A.* §. 175.

6) Zur allgemeinen Regel läßt sich solches indessen nicht machen, wie *I. H. Frick* in *program. meditationes de moratorio*, Kiel 1778. behauptet hat.

7) *S. J. B. Senckenberg* Sel. iur. et histor. T. IV. S. 301.

8) *S. Schwanberts* Anfangsgründe des Staatsr. der gesammten Reichsländer, S. 267. und 377.

§. 2. Die Billigkeit und Rechtmäßigkeit der Moratorien ist von einigen angefochten, von andern vertheidigt worden. Die ersteren halten sie der Treue und dem guten Glauben zuwiderlaufend, indem der Gläubiger verletzet werde, wenn er später seine Befriedigung erhalte, als ihm der Schuldner versprochen hatte. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Deutschen über die Ertheilung der Moratorien um so mehr unzufrieden waren, da sie in Ansehung des Verfahrens gegen die Schuldner so strenge Grundsätze hegten, wie aus den vorhergehenden beiden Sprüchworten erhellt 1). Diese Unzufriedenheit wurde dadurch noch vermehrt, daß vor der Reichs-Polizey-Ordn. von 1548. am a. D. die Moratorien nicht immer solchen Schuldnern, welche unverschuldet in Armuth gerathen waren, ertheilt seyn mochten, wie dieses der Inhalt selbst des eben bemerkten Reichsgesetzes bestätigt. Hierin liegt der Ursprung unsers Sprüchwortes, welchem zufolge die Quinquenellen für eine Erfindung aus dem Reiche Lucifers gehalten werden. — Mit Recht wird aber zur Vertheidigung der Moratorien angeführt: 1) daß es billig sey, einen durch erwiesene unverschuldete Unglücksfälle heruntergekommenen Schuldner, (und nur einem solchen soll nach den Reichsgesetzen ein Anstandsbrief ertheilt werden dürfen) durch ein Privilegium noch eine gewisse Zahlungsfrist zu gestatten, welche ihm vielleicht die Harttherzigkeit seiner Gläubiger verweigern möchte; 2) daß die Gläubiger dadurch ihre Forderungen nicht verlieren, sondern daß nur bloß ihr Recht, ihre Forderungen herzutreiben, dadurch noch auf einige Zeit ausgesetzt wird; hierdurch aber 3) nicht selten das Beste der Gläubiger selbst befördert werde, indem bey einem Concurse gewöhnlich der größte Theil der Gläubiger leer ausgeht, hingegen durch die erhaltene Frist der Schuldner unterweilen Gelegenheit erhält, in bessern Umständen

Umstände zu kommen, und alle seine Gläubiger befriedigen zu können; endlich 4) um so weniger den Morastoren eine Unbilligkeit vorzuwerfen stehe, da sie gegen Tagelöhner, Gesinde, miserabele Personen, und andere Gläubiger mehr, welche das ihrige nicht lange und ohne großen Schaden entbehren können, keine Wirkung haben 2).

1) S. auch *A. Ph. Frickii* d. de exceptione litterarum respirationis et vel debitoris fidejussoribus proficuum, S. 8. (Helmstädt 1779.)

2) *E. Rosbmer* am a. O. c. 1. §. 17. und 18. und c. 3. *Pfeffinger* am a. O. S. 139.

## LXI.

**Böse Schuldner kriechen den Weibern unter den Pelz.**

### Anmerkung.

§. 1. Es ist was sehr gewöhnliches, daß, wenn es mit jemand zum Concurs kommt, gemeinlich des Schuldners Ehefrau sich meldet, und ihr eingebrachtes Gut wiederum zurückfordert. Daher auch dergleichen Schuldner, wenn sie sehen, daß ihr Vermögen von ihren Gläubigern hingenommen werden soll, vorzugesen pflegen, daß sie eine große Summe Geldes von ihren Ehefrauen zum Heyrathsgut empfangen haben, ob sie gleich oftmals wenig oder gar nichts erhalten haben. Denn sollten sie so glücklich seyn, daß die Frau das angegebene Heyrathsgut aus dem Concurs erhielte, so hat der Schuldner alsdenn nicht zu befürchten, daß er Mangel leiden werde. Von dieser denen übrigen Gläubigern so nachtheiligen Gewohnheit, ist dieses Sprüchwort zu verstehen 1).

2) *E. Mevius* P. V. decis. 57. §. 2.

§. 2. Heut zu Tage ist man vorsichtiger geworden, denen Betrügereyen zu begegnen, so unter dem Vorwande, daß die Ehefrau ein großes Heirathsgut dem Manne zugebracht habe, gespielt werden können. Des Schuldners Geständniß nach dem bereits entstandenen Concurs, ist von keiner Wirkung, und wenn er auch gleich dasselbe eidlich bestärken wollte, und von Seiten der Ehefrau wird ebenfalls ein strengerer Beweis erfordert, als des Mannes bloßes Bekenntniß 1).

1) Ludovici im Concursproceß cap. VI. §. 4. und Clapieroth Einleitung in sämtliche summarische Proceße Abschn. IV. Hauptst. 6. §. 402. nebst der Note c.

D. 6.

---

**Fünfte Abtheilung**  
von  
**Verbrechen und deren Strafen**  
wie auch der übrigen  
daher entstehenden Obliegenheit.

---

**I.**  
**Gedanken sind Bollfreu.**

**Anmerkung.**

**§. 1.**

Dieses so alte Sprichwort, welches schon im römischen Rechte angetroffen 1), und täglich im Munde geführt wird, soll anzeigen, daß ein Mensch der bloßen Gedanken wegen, weil selbige vor den Menschen verborgen sind, von der Obrigkeit nicht bestraft

Eisens. Sprachm.                      § f                      wies

werden könne. Soll eine Strafe statt finden, so muß ein Verbrechen vorhergegangen seyn, denn jene ist eine Folge von dem letzteren und hat in demselben ihren Grund. Wer an ein Verbrechen gedenket, begehet dasselbe noch nicht, noch weniger kann man von ihm sagen, daß er es begehen wollen, weil er daran gedacht hat. Denn man sieht bey dem Verbrechen nicht sowohl auf die Absicht des Verbrechers, als vielmehr auf den Ausgang und ob selbiges wirklich begangen worden. Sollten die Menschen um der Gedanken willen auf der Welt bestraft werden können, so müßten fast alle Menschen bestraft und ein großer Theil wol gar umgebracht werden. Denn wo ist ein Mensch zu finden, dem nicht böse Gedanken eingefallen sind, welche aber die Vernunft wieder unterdrückt und nicht über den Willen siegen lassen. Und gesetzt, daß jemand freiwillig bekennete, daß er die Gedanken gehabt, eine Mordthat oder sonst ein Verbrechen zu begehen, so würde man einen solchen Menschen als einen Wahnsinnigen, oder mit einer Melancholie behafteten, betrachten. Es ist daher ein hartes Verfahren gewesen, wenn Bodinus 2) von dem Könige in Frankreich Franz dem Ersten berichtet, daß dieser Monarch einen von Adel aus der Normandie darum hinrichten lassen, weil derselbe mit den Gedanken, den König umzubringen, umgegangen ist, und hieraus wird auch gar leicht die Strenge des päpstlichen Rechtes widerlegt, welches auf die Ketzer und Ungläubigen bloß wegen irriger Meinungen so schwere Strafen verordnet hat.

1) L. 14. D. de poen. *Stryck* de jure sensuum diff. 10. c. 6. d. 5.

2) de republ. L. II. c. 5. L. IV. c. 7.

§. 2. Alles dieses ist aber nur von den weltlichen Gerichten zu verstehen. Denn die heilige Schrift lehrt,

Ket,

ret, daß vor dem göttlichen Gerichte die Gedanken nicht frey sind, sondern die Menschen sowol von ihren bösen Gedanken, als auch von ihren bösen Werken Rechenschaft geben müssen. Das allsehende Auge Gottes hat an allem, was böse und sündlich ist, einen Greuel, und vor dem Gerichtstuhl dieses allerhöchsten Richters, werden diejenigen keine Entschuldigung finden, die auf der Welt durch dieses Sprüchwort ihre böse Luste und Begierden, entschuldiget haben.

## II.

### Unwissend sündigt nicht.

#### Anmerkung.

§. 1. Weil ein jedes Verbrechen entweder aus einem bösen Vorsatz oder Versehen entspringet, so einen Mangel an dem rechten Gebrauch des Verstandes zum Voraus setzt, und man daher demjenigen, welcher sich in einer Unwissenheit befindet, und ohne eine Erkenntniß von der Abscheulichkeit das Verbrechen zu besitzen, wie auch seinen freyen Willen zu haben eine That begehret, so nach den Gesetzen ein Verbrechen genennet zu werden verdienet, nicht als einen Verbrecher ansehen und bestrafen kann; so wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß diejenigen, so in einer solchen Unwissenheit sich befinden, und von dem, was erlaubt oder verboten ist, gar keine Begriffe haben, auch von aller Strafe befreiet sind, wie solches bey Kindern, rasenden Leuten und den Schlafenden eintritt.

§. 2. So richtig auch sonst dasjenige ist, was von den Eigenschaften, so zu einem Verbrechen erfordert werden, angeführet worden, so ist doch dagegen dieses Sprüchwort noch vielen Ausnahmen unterworfen. Verschiedene Rechtslehrer wollen nicht zugeben,

daß die Unwissenheit jemanden von der Strafe befreie, und sie führen zum Grunde an, daß, wenn jemand überhaupt gewußt hat, daß die von ihm unternommene Handlung unerlaubt sey, hingegen nicht gewußt, wie dieselbe bestraft werde, derselbe allemal die Strafe verdienet, wenn ihm gleich dieselbe unbekannt gewesen, genug, daß er überzogen ist, daß er eine wider die Gesetze laufende Handlung begangen 1). Andere machen einen Unterschied zwischen Fremdlingen, so sich nur in einem Lande auf eine kurze Zeit aufhalten oder erst angekommen sind, und zwischen einheimischen Bürgern. Von jenen wollen sie behaupten, daß ihnen die Unwissenheit, so sie von den Strafgesetzen des Landes gehabt, zu Statten komme: Aber man kann doch dieses nicht von solchen Verbrechen sagen, welche sowohl in denen göttlichen als in Deutschland durch die Halsgerichtsordnung und andere Strafgesetze verboten sind 2). Einige machen einen Unterschied zwischen verschiedenen Fällen der Unwissenheit 3). Die erste bestehet in der Unwissenheit der Handlung, das ist, wenn jemand weder den Vorsatz gehabt hat, eine böse Handlung zu begehen, noch dieselbe aus Versen begangen hat, und gleichwol einem andern an seinem Leib oder Leben unwissend Schaden zugesüget, wovon die in dem Anfang des 146. Artikels der Halsgerichtsordnung angeführte Exempel handeln. Ein anders ist, wenn jemand die Absicht, ein Verbrechen zu begehen, vorher gehabt, solches aber aus Unwissenheit an der unrichtigen Person verübet.

1) *Berger* in elect. jurispr. criminal. p. 3.

2) *de Leyser* Sp. CCLXXXIX. m. 7.

3) *G. Quistorp* Grundsätze des deutsch. peinl. R. Th. 1. §. 47. ff. D. 5.

§. 3. Die andere Art der Unwissenheit bestehet in der Unwissenheit der Gesetze. Diese kann eigentlich niemand zur Entschuldigung gereichen. Der Verbrecher, wenn er anders den Gebrauch seiner Vernunft und den freyen Willen zu der Zeit, als er die Uebelthat begangen, gehabt, hat auch allemal die Vermuthung gegen sich, daß er wol gewußt habe, daß seine böse Handlung, die auf eines andern Verleumdung gegangen, verboten sey, und daß er sich durch die Begehung derselben eine Strafe zuziehe. Nur bey einigen Fleischesverbrechen, als der Sodomiterey und der Blutschande, pflegen die Rechtsgelehrten eine Ausnahme zu machen, wenn sich bey dem Verbrechen eine grobe Unwissenheit in den göttlichen Gesetzen befindet, und sie halten dafür, daß dieselbe wenigstens die Strafe lindern müsse 1).

- 1) *Kressius* ad Art. 116. §. 4 et ad Art. 117. §. 3. C. C. C.  
*A. F. Schott* diff. de ignorantia populi circa poenas earum vim impediende Lips. 1788. 2. 5.

§. 4. Die dritte Art der Unwissenheit bestehet in der Unwissenheit der besondern Schärfe des Gesetzes, womit manchmal wichtiger Ursachen halber ein Verbrechen in einem Lande schärfer als in dem andern bestraft wird 1). Man glaubet, daß in diesem Fall die ordentliche Strafe nicht statt findet, weil man vermuthen muß, daß, wenn gleich der Verbrecher wol gewußt, daß er eine wider die Gesetze laufende Handlung begehe, dennoch zu vermuthen sey, daß er die Handlung nimmermehr begangen haben würde, wenn ihm die Strenge des Gesetzes bekannt gewesen wäre. Allein es läßt sich nicht überhaupt sagen, ob die Unwissenheit von dieser Art zu einer Entschuldigung gereiche. Derjenige, so einmal den Vorsatz gehabt, das Verbrechen zu begehen, muß sich auch die Folgen, so dasselbe nach sich



sich zieht, gefallen lassen 2). Es kann also die erste Art der Unwissenheit eine völlige Befreyung von der Strafe nach sich ziehen, wenn mehr ein ungeführter Zufall als der Wille des Thäters eine traurige Begebenheit hervorgebracht hat.

- 1) Der B. hat hier den Fall vor Augen, wenn ein Fremder eine Handlung begangen hat, welche nach den Gesetzen des Landes seines gegenwärtigen Aufenthaltes, als ein Verbrechen betrachtet und bestraft, hingegen in dem Lande, wo er seinen eigentlichen Wohnort hat, entweder gar nicht als ein Verbrechen angesehen, oder doch wenigstens mit einer minder harten Strafe geahndet wird. Die Regel ist, daß ein Fremder den Gesetzen des Landes, wo er sich aufhält, unterworfen sey, und sich daher aller daselbst unerlaubten Handlungen enthalten muß, indem das Wohl des Staats es erfordert, daß auch Fremde keine Verbrechen begehen, welche dem Staate schädlich sind. *de Vattel droit des gens livr. IV. § 92. Abhandl. von Freyheiten und Immunitäten in fremden Gebieten, §. 2. in Siebenkees Vorträgen zum teutschen Recht, 1ster Th. S. 118.* Jedoch entschuldigt alsdenn die Unwissenheit der Gesetze einen Fremden, und befreiet ihn von der Strafe, wenn die Handlung an und vor sich nicht strafbar, sondern der Grund ihrer Strafbarkeit bloß in der Willkühr des Gesetzgebers des Landes beruhet, der Fremde aber eine wahrscheinliche und rechtmäßige Ursache seiner Unwissenheit anzugeben im Stande ist. *C. A. F. Schott diss. de vi legum civilium in subditos temporarios, §. 34. D. 5.*

- 2) *Kressius ad Art. 177. C. C. C.*

Was einer trunkenen Weise sündigt, das muß  
er nüchtern büßen.

### Anmerkung.

§. 1. Man kann eben nicht sagen, daß dieses Sprichwort ohne alle Ausnahme sey, sondern es müssen verschiedene Fälle von einander gesetzt werden, um den Gebrauch desselben deutlich zu zeigen. Die Trunkenheit kann zwar so groß seyn, daß sie den Menschen auf eine Zeitlang seiner Vernunft völlig beraubet, und derselbe einem Rasenden gleicht. Sie kann aber auch so beschaffen seyn, daß sie den Gebrauch der Vernunft nicht gänzlich entziehet, sondern noch einige Ueberlegung dem Betrunkenen übrig läßt. Aber wie man bei allen Verbrechen auf den ersten Grund, woher dasselbe entstanden ist, gehen muß, so muß man auch bei der Trunkenheit, wenn sie anders denjenigen, der sich mit derselben entschuldigen will, von aller Strafe entbinden soll, auf die Ursache zurückgehen, woher dieselbe entstanden ist 1).

1) S. Quistorp Grundr. des d. peinl. R. Th. I. §. 42-45. d. 6.

§. 2. Die Trunkenheit an sich betrachtet, ist schon ein Faſter, welches zu vermeiden ein jeder Mensch verbunden ist. Man muß aber einen Unterschied machen, ob jemand freiwillig und ohne genöthiget zu werden, sich betrunken hat, oder nicht. In dem ersten Fall hat er sich freiwillig seiner Vernunft beraubet. Begeht nun der Mensch in diesem Zustand ein Verbrechen, so wird ihm dasselbe allemal zugerechnet. Denn er hat sich den Verlust des Gebrauchs seiner Vernunft alsdenn zuschreiben. In dem andern Fall, muß man

man darauf sehen, wie das Nöthigen beschaffen gewesen, ob solches nur in Ehrenworten, und vermeinten Höflichkeiten bestanden, oder ob jemand wider seinen Willen zum Volltrinken gezwungen worden. Ist das erste geschehen und das Nöthigen so beschaffen gewesen, daß man Ehrenhalber nicht wohl widerstehen konnte, so kann auch die Trunkenheit so sehr niemand zugerechnet werden 1), und das in einer solchen Trunkenheit begangene Verbrechen, ist nur als ein aus Versehen begangenes Verbrechen anzusehen. Weit weniger kann eine mäßige Trunkenheit zur Entschuldigung gereichen.

1) *Bodinus de jure circa ebrietatem. Beckmann de poena et jure ebrior.*

§. 3. Die verschiedenen Rechte kommen nicht mit einander überein, wie diejenigen bestraft werden sollen, so betrunkenen Weise ein Verbrechen begangen haben. Das römische Recht verordnet, daß dergleichen Verbrecher von der ordentlichen Strafe befreiet seyn sollen 1). Allein in Deutschland sind von Zeit zu Zeit weit schärfere Gesetze davon gemacht worden 2). Ist die Neigung zum Volltrinken, wie man sagt, bey den Deutschen ein Nationalfehler von jeher gewesen, was ist es denn Wunder, wenn man mit der Zeit so scharfe Gesetze der Trunkenheit halber gemacht hat, um den übeln Folgen vorzukommen, so gemeinlich aus denselben entstehen. Die Rechtsgelehrten haben indessen es doch als eine Regel angenommen, daß eine übermäßige Trunkenheit, von der ordentlichen Strafe, so auf das Verbrechen verordnet, welches jemand betrunkenen Weise begangen, befreie, es wäre denn, daß, nachdem der Betrunkene wiederum zu dem Gebrauch der Vernunft gelanget, er das begangene Verbrechen nicht bereuet. Denn eine solche Aufführung wird zum

Be

Beweis dienen, daß er das begangene genehmige, und nunmehr gleichsam anzeigen wolle, daß, wenn er auch nicht betrunken gewesen wäre, er dennoch solches begangen haben würde. Allein eine mäßige Trunkenheit wird niemals zu der Befreyung von der ordentlichen Strafe für hinreichend gehalten.

1) L. 6. §. 7. D. de re militar.

2) K. I. de 1512. Reformat. polit. 1530. et 1548. Maximil. II. Reuterbestallung de A. 1570. Ordinät. polit. de 1577. Tit. 8.

§. 4. Aber auch eine unmäßige Trunkenheit befreiet nicht von der ordentlichen Strafe, wenn der Gesetzgeber ausdrücklich befohlen hat, daß auf dieselbe nicht gesehen werden soll. In dem Kriegszustande wird ein Soldat, welcher in seiner Trunkenheit etwas Böses begangen, noch weit härter bestraft, als wenn er solches nüchtern Weise verübet, wie darinnen, die mehresten Kriegsartikel überein kommen. 2) Ein gleiches finden wir auch in verschiedenen Dueledicten. verordnet, und gewiß, wenn man erwäget, wie die mehresten Todtschläge aus der Trunkenheit entstehen, so wird niemand über die Strenge von dergleichen Gesetzen zu klagen Ursache haben. Die einzige Ausnahme, so gegen dieses Sprüchwort gemacht werden könnte, wäre diese, daß alsdenn die Trunkenheit niemanden zugerechnet werden könne, wenn jemand dem andern unerlaubter Weise ein solch starkes Getränk gegeben, so denselben sofort aller Vernunft beraubet oder in ein sonst gewöhnliches Getränk etwas geschüttet hätte, welches berauschte.

1) Corp. Constit. Calenberg. P. III. cap. IV. p. 1044.

2) Serenissimi Gnädigst approbirte Kriegs- Articuli de daro Braunsch. den 26. Febr. 1752.

## IV.

## Einmal, Keinmal

## Anmerkung.

Obwol alle und jede Verbrechen bestraft werden können, so ist es doch nicht immer nothwendig, daß sie auch bestraft werden müssen. Der Gesetzgeber kann die Strafe erlassen, wenn nur das Verbrechen so beschaffen ist, daß solches mit gutem Gewissen geschehen kann. Man muß besonders zwischen großen und geringen Verbrechen einen Unterschied machen. Die letztere sind allemal eher zu verzeihen, und von solchen handelt dieses Sprüchwort, welches dahin ausgelegt werden kann, daß, wenn ein Mensch aus Uebereilung oder Unvorsichtigkeit, ein an sich sonst geringes Verbrechen begangen hat, demselben wol zum erstenmal die Strafe erlassen werden kann, wenn zumal durch eine Warnung die Absicht der Strafe ohnedem erreicht wird.

## V.

## Gelegenheit macht Diebe

## Anmerkung.

§. 1. Man hat in dem peinlichen Rechte die Meinung angenommen, daß ein Verbrechen, wenn es bloß bei Gelegenheit begangen wird, nicht so groß angesehen werden könne, als wenn desselben Unternehmung mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist, oder solches aus einem langen vorher gefaßten und überlegten Vorsatz geschehen. Denn man vermuthet, daß der Verbrecher nicht an die begangene Uebelthat gedacht haben würde, wenn er nicht eine bequeme Gelegenheit dazu gefunden hätte, und daß der Vorsatz, das Verbrechen

brechen zu begehen, erst bey ihm entstanden ist, als sich die Gelegenheit dazu gezeigt, welche ihm die Erreichung seines Endzwecks leicht gemacht hat. Man sagt daher, daß derjenige, so bey Gelegenheit stiehlt, zwar einen wirklichen Diebstahl begehe, daß aber alsdenn die ordentliche Strafe nicht statt habe, weil der Dieb nicht mit dem vorher überlegten Vorsatz auf den Diebstahl ausgegangen, indem nur die Schwierigkeiten, die mit einem Verbrechen verbunden gewesen, die Anstalten, so deswegen gemacht werden müssen, die Strafen desselben vermehren, hingegen die Gelegenheit dazu selbige mindere. Aus dieser Ursache haben die meisten Völker, besonders die Römer, den Hausdiebstahl nicht für strafbar angesehen 1), und auch in Ansehung anderer Personen, welche bey Gelegenheit einen Diebstahl begangen, dafür gehalten, daß die Strafe gelindert werden müsse 2).

1) L. II. D. §. 1. de poenis. Aus diesem Gesetze läßt sich keinesweges erweisen, daß die Römer den Hausdiebstahl nicht für strafbar angesehen hätten, vielmehr folgt daraus das Gegentheil, indem es darin §. 1. heißt: „furti domestica, si viliora sunt, publice vindicanda non sunt.“ War also der Hausdiebstahl nicht geringe, so fand allerdings eine öffentliche Strafe und Anklage statt. D. S.

2) Kressius ad Art. 179. C. C. C. §. 1. N. 4. Die Gelegenheit wird alsdenn nur einen Milderungsgrund abgeben können, wenn sie sich dem Verbrecher un erwartet dargeboten hat, und ihm keine Zeit zur Ueberlegung gestattet. S. Püttmanni opuscula I. criminalis, Nr. 4. D. S.

§. 2. Wenn also durch dieses Sprüchwort angezeigt werden soll, daß die bey Gelegenheit begangene Diebstähle, nicht für so groß angesehen und gleich andern Diebstählen bestraft werden sollen, und daß derjenige:

jenige nicht für einen verheimlichten Dieb zu halten sey, welcher etwa in einem Hause bei Gelegenheit, da er sonst ein und ausgehen pfleget, etwas zu verschiedenenmalen entwendet; so sind doch einige Arten von solchen Gelegenheitsdiebstählen ausgenommen. Besonders gehört hieher der Hausdiebstahl. Die Halsgerichtsordnung gedenket dieses Diebstahls nicht 1), aber die Ausleger derselben halten dafür, daß er gleich einem andern Diebstahl zu bestrafen sey 2), ob schon andere behaupten, daß, wo es an einem Landesgesetze fehle, welches den Hausdiebstahl zu bestrafen befiehlt, die Todesstrafe nie statt finde. Es ist aber bekannt, daß in verschiedenen Ländern ein von dem Gefinde begangener Hausdiebstahl auch schon mit dem Strange bestraft wird, wenn der Werth der gestohlenen Sachen über fünf Thaler beträgt, und der Dieb oder die Diebin bereits das achtzehnte Jahr zurückgeleget hat 3). Dergleichen Gesetze werden niemand zu streng scheinen, wenn man bedenket, wie leicht ein solches Verbrechen, mit welcher Verletzung der dem Brodtherrn schuldigen Treue ohnedem verbunden ist, begangen werden kann, und daß die allgemeine Wohlfahrt es erfordert, daß die Strafe des Verbrechens desto größer seyn müsse, je leichter sich die Gelegenheit dasselbe zu begehen darbietet.

1) *Kressius* ad Art. 165. C. C. C. §. 5.

2) Es ist ohne Zweifel die richtigere Meinung, daß der Hausdiebstahl, wo nicht härter, doch wenigstens ebenso streng, als ein anderer Diebstahl der Regel nach in Deutschland zu bestrafen sey. Es folgt dieses aus dem Grundsatz des peinlichen Rechts, daß, je schwerer es ist, ein Verbrechen zu verhüten, desto mehr muß demselben Einhalt geschehen. Zu dem kommt noch hinzu, daß auf das Hausgesinde ein ganz besonders Vertrauen gesetzt wird, und daher bei Bestrafung eines Hausdiebstahls auch die Verletzung dieses auf den Verbrecher

brecher gesetzten Vertrauens schon an sich eine Abkündung verdient. S. C. A. Günther diff. de furto domestico, Lips. 1785. In Frankreich wird der Hausdiebstahl ordentlicherweise mit dem Tode bestraft. Philosophische Bemerkungen darüber s. in de la Croix philosophischen Betrachtungen über den Ursprung des gesellschaftl. Lebens zur Verbesserung der peincl. Gesetzgebung (Münch. 1783.) Kap. 11. S. 158. ff. d. 5. 1

- 3) *Ayrer* de furti domestici poena in terris Brunsvicensibus. Die neueren Hannövr'schen Verordnungen, dem Hausdiebstahl betreffend, s. in Strubben R. V. Th. 2. S. 417. ff. und Th. 5. B. 40. S. 72. Von Bestrafung der Hausdiebe im Mecklenburg'schen, s. Quistorp Grundf. des deutsch. peincl. R. Th. 1. S. 378. in der Note; in Ehursachsen die Suppl. Cod. Aug. T. I. S. 980; im Saireuth'schen in Corp. Const. Brandenburg. Culmbacens. Tom. II. V. I. S. 993. und auszugsweise in Klübers kleiner jurist. Bibliothek, 1ster B. 2tes St. S. 133. ff. d. 5.

## VI.

### Noth hat kein Gebot.

#### Anmerkung.

In diesem bekannten Sprüchwort ist die Lehre enthalten, daß dasjenige für kein Verbrechen gehalten werden kann, wenn man aus einer unvermeidlichen Nothwendigkeit etwas begehrt, was sonst den Gesetzen und Pflichten der Menschen entgegen ist. 1). Denn wenn der Mensch sich in solchen Umständen befindet, daß er etwas thun muß, welches zu unterlassen nicht in seiner Gewalt steht, so kann man nicht von ihm sagen, daß er wider die Gesetze handle. Es ist genug, daß eine unvermeidliche Nothwendigkeit ihm keine Freiheit übrig gelassen, anders zu handeln, als er gethan hat. Denn wo die Handlung noch vermittelst

den



den können, so hat er ein Versehen begangen, und kann nicht von aller Strafe befreiet werden. Uebrigens so lehret die Carolina selbst, daß gewisse wider die Gesetze laufende Handlungen für keine Verbrechen gehalten werden, wenn eine Nothwendigkeit vorhanden ist 2).

1) Der Gebrauch dieses Sprüchwortes schränkt sich nicht bloß auf peinliche Fälle ein, sondern die Regel, daß Nothwendigkeit kein Gebot kennt, ist allgemein, und entschuldigt die Uebertretung eines jeden Gesetzes, außer, daß man eine Einschränkung bey einigen Pflichten gegen Gott machen muß. S. *Nettelblatt* diff. de necessitate ejusque in jure effectu, §. 2. D. 5.

2) Art. 139. 166. *Fritsch* de praesidio necessitatis contra legem. — Was insonderheit den Diebstahl aus Noth betrifft, so sind dessen Erfodernisse, wenn er von aller Strafe befreiet soll: 1) daß die äußerste, dringendste Noth vorhanden war, und schon alle Mittel, dieselbe abzuwenden, vergeblich angewandt worden sind; 2) daß diese Noth keine Folge eigener Schuld ist; 3) Nichts mehr entwendet worden ist, als hinreichte, dieser Noth abzuhelpen; und 4) die Entwendung mit dem Vorsatze, das genommene einmal wieder zu ersetzen; geschehen ist. Außer dem bey *Koch* in institut. jur. crim. §. 174. allegirten Schriftst. s. *Nettelblatt* §. 19. und 20. *Canz* diff. de furto ex necessitate commisso ad Art. 166. O. C. Carol. Tabing. 1772. D. 5.

## VII.

Mit gegangen, mit gehangen. Mit gestohlen,  
mit gehenket.

### Anmerkung.

§. 1. Es handelt dieses Sprüchwort von denenjenigen, welche vorsätzlicher Weise Dieben Hülfe und Beystand leisten, um von dem gestohlenen Gut auch einen

Einen Antheil zu erhalten, und es soll damit angezeigt werden, daß derjenige sich des Verbrechens eines andern theilhaftig mache, welcher demselben bey der Begehung wirkliche Hülfe geleistet, ja daß der Helfer diesermegen eben so als wie der Hauptthäter zu bestrafen sey. Denn derjenige, welcher bey der Ausführung eines Verbrechens wirklich Hülfe leistet, verursacht, daß solches auch wirklich begangen wird. Man kann von ihm sagen, daß er solches sogar mit begäh, weil der auch, so an eines andern Verbrechen Antheil nimmt, schon selbst ein Verbrechen begähet.

§. 2. Die alten deutschen Gesetze haben schon verordnet, daß diejenigen bestraft werden sollen, die an eines andern Verbrechen Theil genommen und besonders Dieben hülfsliche Hand geleistet haben 1). Die peinliche Halsgerichtsordnung besaget ebenfalls, daß dergleichen geleistete Hülfe peinlich bestraft werden soll, jedoch in einem Fall anders als in dem andern 2), welches denn auch beobachtet wird 3).

1) Lex Bajuvarior. Tit. VIII. c. 6. Capitular. Reg. Francor. Lib. VII. c. 340. — Auch die teutschen Gesetze des Mittelalters kommen hiermit überein. S. Sachsenspiegel Landr. B. 2. Art. 13. woselbst es heißt: „Wer Diebe behauset, oder Raub heelet, oder einem mit Hülfe dazu stärket, wird er deß überwunden, man soll über ihn richten, als über jenen der es selbst gethan.“ Noch deutlicher sagt dieses der Schwabenspiegel Art. 212. nach der Königsrathschen Ausgabe. Nach den Lauenburgischen Statuten bey Pufendorf O. I. V. Tom. III. app. S. 339 sollen bey der Hurerey die Gehülffen sogar härter als die Thäter selbst bestraft werden. S. E. Cbr. Westphal diss. de consortibus et adjectoribus criminum eorumque poena et noxa, secundum leges Germaniae criminales generales §. 72. S. 46. D. 5.

2) Art. 177.

3) Carpzov. P. II. qu. 87.

## VIII.

**Der Hehler ist so gut, als der Stehler. Wenn nicht wäre der Hehler; so wäre auch nicht der Stehler.**

## Anmerkung.

§. 1. Diebeshehler werden alle diejenigen genannt, welche Diebe und Räuber wissentlich und gefährlicher Weise aufnehmen, mit Kost und Trank versehen, heimlich beherbergen und nicht anzeigen, ja wol gar das gestohlene Gut verkaufen und von demselben ihren Antheil nehmen 1). Dergleichen Leute sind in vielen Stücken weit gefährlicher als die Diebe selbst. Sie haben nicht allein oftmals mehr Gewinn und Vortheil von dem gestohlenen Gut, sondern sie machen zugleich die Diebe sicher und kühner, mehrere Diebstähle zu begehen, und verhindern, daß die Obrigkeit dergleichen Missethäter nicht zu gehöriger Strafe ziehen und auskundschaften kann. Unsere Vorfahren haben daher geglaubt, daß solche Diebeshehler eben so als wie Diebe selbst zu bestrafen wären, und durch dieses Sprüchwort solches angezeigt. Ja man findet in verschiedenen alten deutschen Gesetzen 2), daß alle diejenigen, so gestohlen Gut wissentlich angenommen und selbiges dem Eigenthümer nicht zurückgegeben, als Diebe angesehen und bestraft worden:

1) Art. 40. C. C. C.

2) Lex Wisigoth. Lib. VII. tit. 1. §. 7. Lex Ripuar. tit. 78. L. Bajuvar. tit. 8. cap. 7. §. 4. L. Longob. Lib. I. tit. 25. §. 8. Capit. Francor. Lib. VI. §. 197.

§. 2. Eben diese Strenge ist auch in den mittlern Zeiten gegen die Diebeshehler beobachtet worden. Das sächsische Landrecht sagt 1): **Wer Diebe behauset, oder**

oder Raub behält, oder einen mit Hülfe dazu stärket, wird er des überwunden: man soll über ihn richten, als über jenen, der es selbst gethan. Ein gleiches liest man auch in dem schwäbischen Landrecht 2). Die Halsgerichtsordnung 3) verwirft dieses nicht, sie sezet nur mehr verschiedene Fälle aus einander, und will haben, daß wider den Fehler im Leugnungsfall mit der Warter verfahren werden soll, wenn er keine hinlängliche Ursache ansetzen kann, woher er die bey ihm gefundene Sachen erhalten, oder vorgeben will, daß er es nicht gewußt, daß die Person, so er beherberget, ein Dieb gewesen. Jedoch sind die Ausleger bewogen worden, daß sie glauben, daß den gefährlichen und wissentlichen Diebeshelfern niemals eine gleiche Strafe, wie den Dieben, zuerkannt werden könne 4), da doch allezeit derselbe Fehler, so schon vor dem begangenen Verbrechen mit den Dieben einen Vertrag eingegangen, gewiß allemal einer gleichen Strafe würdig sind 5).

1) Lib. II. Art. 13. — Bey den Juden, welche meistens ihr Gewerbe aus einem Trödelhandel und dem Wucher machen, und nach unserer Staatsverfassung bis jetzt zu machen genöthigt sind, ist es natürlicher Weise nicht selten der Fall, daß ihnen gestohlnes Gut zum Verkauf oder zum Verfaß angestellt werden. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Juden, bey welchen ihr jetziger Zustand das moralische Gefühl vom Guten und Bösen so leicht erstickt, gar häufig mit Jaunern und Dieben unter einer Decke spielen und wissentlich gestohlnes Gut annehmen. Im schaffischen Landrecht B. 3. Art. 7. ist daher verordnet: „Kauft ein Jude, oder nimmet zu Pfande, Reich, Wucher oder Kirchengüter, da er keinen Gewehren hat, findet man es in seinen Gewehren, man soll über ihn richten, als über einen Dieb. Was aber der Jude anders, als Dings kauft, oder zu Pfande nimmet, unverhohlet, und unverstohlen, bey Tages Licht, und nicht in Eynh. Sprach. 8

„beschlossenen Häusern, und mag er das gezeuget  
 „selb dritte er behält seine Pfennige daran, die er  
 „dorum gab, oder darauff hat, mit seinem Ende, ob  
 „es wol gestohlen ist.“ Deutlicher drückt sich hierüber  
 aus das Schwab. Landr. Cap 349. nach der Königs-  
 thalschen Ausgabe. Man vergleiche auch die alten  
 Statuten der Stadt Wyda in Longolii sichern Nach-  
 richten von Brandenburg, Culmbach, Th. 2. S. 190.  
 d. S.

2) C. 114. §. 11. Nach der Königthalschen Ausg.  
 Cap. 213. d. S.

3) Art. 40.

4) Carpzov P. III. Qu, 124.

5) Dieser Meinung ist auch Quistorp in den Grundf.  
 des deutsch. peinl. R. Th. 1. §. 57. und 372. d. S.

## IX.

**Stehlen und Sack aufheben ist eines wie das  
 andere.**

### Anmerkung.

Auch dieses Sprüchwort hat mit dem vorherges-  
 hendem eine gleiche Bedeutung, und zeigt an, daß  
 derjenige, welcher dem Diebe bey Ausübung des Diebs-  
 stahls Hülfe geleistet, auch als ein Dieb anzusehen und  
 zu bestrafen, und es einerley sey, ob jemand selbst  
 den Diebstahl begangen oder mit befördern helfen. Ge-  
 nug, wenn der Helfer nur die Absicht hat gehabt, von  
 dem Diebstahl Vortheil zu erhalten. Denn es kommt  
 hier nur einzig auf die wirklich geleistete Hülfe an 1).  
 Durch das Sack aufheben, werden hier alle Arten  
 verstanden, wodurch nur immer dem Dieb Hülfe geleis-  
 tet werden kann, als z. E. die Verschaffung der vers-  
 chiedenen nöthigen Werkzeuge, das Schildwacht ste-  
 hen, Thür halten, Erbrechen der Thüre und dergleichen  
 mehr.

1) Kyncker de auxiliatorib. furum.

X.

Den Dieb soll man hängen, und die Hür  
ertränken.

Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprichwort wird von der Strafe  
des Diebstahls und des Kindermordes gehandelt.  
Der Diebstahl ist in Deutschland allemal als ein öffent-  
liches Verbrechen angesehen; aber den den verschiede-  
nen deutschen Völkern nicht auf einerley Weise bestras-  
set worden. Ein gewaltthätiger Diebstahl, welcher mit  
Verbrechen vermischt worden; wurde bey den Burgun-  
dern 1), den Sachsen 2); und ein großer Diebstahl  
ebenfalls bey den Franken, mit dem Tode bestraft 3).  
Das Gesetz der Westgothen verordnete, daß Freyge-  
böhne neunfach, Knechte hingegen sechsfach den Werth  
des gestohlenen Gutes wieder ersetzen; beide aber über  
dieses noch mit hundert Streichen bestraft werden sol-  
len 4). Aus den übrigen Gesetzen sieht man ebenfalls,  
daß die Diebe entweder dreysach oder noch höher den  
Werth der gestohlenen Sachen ersetzen müssen, und  
außerdem mit einer gewissen Zahl von Schlägen bestras-  
set worden sind 5). Doch wurden keine Diebe schwer-  
er bestraft, als diejenigen, welche des Nachts ge-  
hauen Holz und abgemähetes Gras gestohlen. Der-  
gleichen Uebelthäter wurden mit der Weide gestraft;  
das ist, vermittelst eines frischen Reiß von einem Weis-  
denbaum, so man sich anstatt des Stricks bedienet, an  
einen Baum aufgehängt 6).

1) Lex Burgund. Tit. 29. §. 3.

2) Lex Saxon. tit. IV. §. 1. 2. 3. 4. 5.

3) Lex Ripuar. tit. 79.

4) Lex Wisigoth. Lib. VII. tit. 11. §. 3.

5) *Heineccius* in element. jur. German. T. II. Lib. II. tit. 19. §. 41. seqq.

6) I. P. Sax. Lib. II. Art. 18.

§. 2. Es ist also die Strafe des Aufhängens nicht zuerst vom Kaiser Friedrich dem Ersten auf den Diebstahl verordnet worden, sondern dieser Kaiser hat nur die Fälle bestimmt, in welchen die Todesstrafe statfinden soll, nemlich, wenn der Diebstahl fünf Schillinge oder darüber betragen wirds. 1). Die Ausleger verstehen unter einem Schillinge eine Münze, so nach dem iltigen Werth zwei Mariengroschen ausmacht. Allein andere haben schon erwiesen, daß die Verordnungsung des Kaisers von großen Schillingen zu verstehen sey, deren ein jeder sechzehn Gütengroschen nach unserer heutigen Münze beträgt 2). Eben dieser Strafe wird auch in dem sächsischen und schwäbischen Landesrecht gedacht 3), doch nur mit dem Unterschied, daß in jenem schon die Strafe des Strangs auf einen Diebstahl, der nur drei Schillinge beträgt, verordnet worden. In verschiedenen Stadtgesetzen findet man ebenfalls diese Strafe angeführt.

1) II. F. 27. §. 8.

2) *Eccard* ad L. Salicam. p. 13. *du Fresne* in glossat. p. 894. T. II. *Lehmann* in Chronico Spirensi, Lib. IV. cap. 17.

3) I. P. Sax. Lib. II. Art. 13. I. P. Suev. cap. 114. Nach der Königsthalischen Ausg. Cap. 116. d. 4.

§. 3. Die Strafe des Strangs ist in Ansehung eines gewaltsamen Diebstahls und der verleumdten Diebe, ohne Absicht, auf den Werth des gestohlenen Gutes, geordnet 1). Wer zum erstenmal über fünf Gulden werth gestohlen hat, soll nach Befinden des Urtheils am Leben oder Leib bestraft werden 2). Die Aus-

Ausleger verstehen unter den Gulden ungarische Dukaten, und rechnen einen jeden zu zwey Thaler sechszeihen Gütgroschen 3). In verschiedenen Ländern hat man diese Summe erhöht.

1) Art. 159, 162.

2) Art. 160.

3) Es muß auch der Diebstahl das Aglo, welches etwa die fünf Dukaten geben, mit übersteigen. de *Roehmer* meditationes ad C. C. C. §. 768. — Die durch den Gerichtsgebrauch eingeführte Bestimmung des Werthes der fünf Gulden, welche die Carolina zu einem großen Diebstahl erfordert, zu fünf ungarische Dukaten hat zu dem Spruchwort: Mit fünf Dukaten ist der Strang bezahlt; Gelegenheit gegeben, dessen I. G. *Heineccius* in recitat. in element. jur. civ secundum ordin. Institutionum §. 1065 - 1070. §. 533. gedenkt. Der Sinn dieses Spruchworts ist, wie in die Augen fällt, kein anderer, als daß ein Diebstahl, der fünf Dukaten oder darüber beträgt, mit dem Strang bestraft werden muß, und der Dieb sich gleichsam den Strang durch den begangenen Diebstahl von fünf Dukaten erkaufte habe. A. S.

§. 4. Der Kindermord ist hingegen ungleich gelinder bey den alten Deutschen bestraft worden, und man trifft wenig in den Gesetzen unserer Vorfahren davon an. Ja das Frisische Gesetzbuch legt sogar dar, daß der an einem neugebohrnen Kinde verübte Mord unbeftraft geblieben 1). In dem Gesetze der Westgothen heiet es aber, daß die Kindermörderin mit dem Tode bestraft, oder wenn der Richter ihr das Leben lassen will, derselben die Augen ausgestochen werden sollen 2). Die Carolina gedenket noch der ehemals sehr gewöhnlichen Strafe der lebendigen Begrabung und Durchpfählung 3), welche aber selbst von Kaiser Carl dem Fünften, nicht gebilliget worden. Die Strafe des Ertränkens ist aus dem römischen Rechte her:



hergenommen, und schon im dreizehnten Jahrhundert in Deutschland eingeführt gewesen 4). Aber sie ist auch heut zu Tage an den mehresten Orten abgekomen, und dagegen die Strafe des Schwerdtes eingeführt worden.

1) Lex Frisonum Tit. V.

2) Lex Wisigoth. Lib. VI. Tit. III. 7.

3) Art. 131. C. C. G. vid. *Dreyer* in Diss. de poena defossionis vivi et pali.

4) Glossa ad I. P. Sax. Lib. II. Art. 14.

## XI.

**Kleine Diebe hängt man, große läßt man laufen.**

### Anmerkung.

§. 1. Es wird durch dieses Sprüchwort die Ungerechtigkeit derjenigen getadelt, welche dafür halten, daß man bey Bestrafung der Verbrechen, zugleich auf den Stand und Ansehen der Person des Verbrechers sehen müsse 1), und zugleich der Mißbrauch verworfen, daß man so gelinde mit vornehmen Dieben verfähre, hingegen Diebe von schlechten Herkommen, niederer Geburt, nach der Strenge der Gesetze sofort zum Galgen verdamme.

1) Ist bey Bestimmung der Strafe eines Verbrechens in keinem Falle auf den Stand des Verbrechers zu sehen? Man verwechsle hiermit nicht die Frage: Ob der Stand einen Verbrecher von aller Strafe befreien könne? Diese ist schlechterdings zu verneinen, weil aus der Bejahung derselben das Absurdum folgen würde, daß dieser oder jener Stand mit der Freyheit, Verbrechen zu begehen, verknüpft wäre. Was aber die erstere Frage betrifft, so ist allerdings in gewissen Fällen auf den Stand des Verbrechers Rücksicht zu nehmen, insonderheit, falls man dieses für nöthig, in Absicht will.

willkürlicher und in Absicht ehrenrühriger Strafen. S. G. J. Meister Abb. über den Einfluß, welchen der Stand des Verbrechers auf die Strafen, und das Verfahren in Strassachen hat, Götting. 1784. In Ansehung der Bestimmung willkürlicher Strafen ist dieses allerdings in vielen Fällen richtig. Hingegen, ob der vornehme Stand des Verbrechers in Betrachtung zu ziehen sey, wenn auf dessen begangenes Verbrechen die Gesetze eine ehrenrührige Strafe bestimmt haben, und ob selbige wegen des Standes in eine andere Strafe abzuändern sey, scheint mir sehr zweifelhaft zu seyn. Man führt zwar zum Grunde für diese Meinung an, daß eine solche Strafe gewissermaßen auch die Familie des Verbrechers mit treffe, und deren Ansehen nachtheilig sey. Allein dieses beruht auf einer irrigen Vorstellung, welche sich der gemeine Haufe von den ehrenrührigen Strafen macht, und, der verschwinden muß, wenn man nur anfängt, keine Rücksicht darauf zu nehmen. Nach weniger läßt sich annehmen, daß des Verbrechers wegen selbst, weil er vornehmen Standes ist, die ehrenrührige Strafe abzuändern sey, gerade als wenn eine solche Person, mehr an bürgerlicher Ehre zu verlieren hätte, als eine Person geringern Standes. Man bedenke, daß die bürgerliche Ehre ein Gut ist, welches für den Bauer eben den Werth haben muß, welchen es für den Freyherrn und Grafen hat.

§. 2. Man könnte zwar sagen, daß der vornehme und reiche Dieb, den Schaden allemal eher wieder ersetzen und noch ein mehreres dazu geben könne, als ein geringer und armer Dieb, der das gestohlene Gut durchgebracht, und außer Stande sich befindet, den Schaden zu vergüten, welchen er dem beleidigten Theil zugefüget hat. Allein da es hier Bestimmung der Strafen darauf ankommt, daß das Verbrechen abgewendet und die Sicherheit eines jeden unterstützt werde, ja, der Diebstahl doch allemal, er mag auch von wem er will, nur immer seyn begangen worden, ein öffentli-

ches

des Verbrechen bleibt, so folget nothwendig, daß bey der Bestrafung das Ansehen der Person nicht in Betrachtung gezogen werden kann.

## XII.

## Tausch ist kein Raub.

## Anmerkung.

Der Straßenraub gehöret nach der Halsgerichtsordnung unter die öffentlichen Verbrechen 1), und wird für ein weit größeres Verbrechen als der Diebstahl gehalten. Es kommt daher gar nicht darauf an, ob der Verbrecher viel oder wenig geraubet hat, sondern es ist schon genug, daß er die Sicherheit der öffentlichen Straßen verletzet. Weil es aber doch bey einem jeden Verbrechen auf den bösen Vorsatz des Uebeltäters ankommt, so ist ein Zweifel entstanden, ob derjenige auch als ein Räuber zu bestrafen sey, welcher auf der Flucht begriffen, und um nicht erkannt zu werden, eine Person, so ihm begegnet, mit Gewalt zwinget, die Kleidung mit ihm zu vertauschen. Die Frage wird durch dieses Sprüchwort entschieden, durch welches angezeigt wird, daß dergleichen gewaltsamen Tausch eigentlich kein Raub zu nennen sey, weil die Gewalt aus einer andern Absicht, als bloß einen Raub zu begehen, verübet worden. Man hält dafür, daß dergleichen Person nur eine außerordentliche Strafe verdiene 2).

1) Art. 126. C. C. C.

2) Carpzov P. II. Qu. 91. n. 9. 10. — Mit Recht bemerkt Bachmer in Observat. ad Carpzov. l. c. daß zu unterscheiden sey, ob der durch Gewalt erzwungene Tausch Gewinnstes wegen unternommen worden ist, oder nicht. Im letztern Falle nur findet unser Sprüchwort seine Anwendung, im erstern hingegen ist der Tausch

Tausch nach den Grundsätzen des Raubes oblig zu be-  
urtheilen — Hommel in Rhaps. quæst. obs. 694  
V. v. C. 1591. will dieses Sprüchwort aus dem Lehns-  
rechte von dem Falle erklären, wenn der Vasall ein  
Stück von seinem Lehen ohne Einwilligung des Lehn-  
herrn vertauscht hat. Hierdurch leide der Lehnherr kei-  
nen Schaden, und könne derselbe diesermwegen auf keine  
Privation des Lehns bringen. Hommel macht dem  
Hertius und unserm W. den Vorwurf, daß sie, ohne  
einen Grund anzuführen, das angezogene Sprüchwort  
vom eigentlichen Raube erklärt hätten. Allein dieser  
Vorwurf trifft ihn selbst, da auch er keine Gründe für  
seine Erklärung angeführt hat, welches er um so mehr  
hätte thun müssen, weil er dieses Sprüchwort von ei-  
nem ganz besondern Falle verstanden wissen will, die  
Worte aber desselben allgemein reden. Hertius und  
der W. hatten diesermwegen ganz Recht, diese Worte in  
ihrer eigentlichen und natürlichsten Bedeutung zu nehs-  
men. C. Püttmanni observat. jur. feud. c. 38. Nr. 9.  
C. 236. d. 2.

### XIII.

Auf eine Maulschelle gehöret ein Dolch.

#### Anmerkung.

§. 1. Um den Verstand dieses Sprüchworts ein-  
zusehen, so muß man merken, daß die alten Deutschen  
von Injurien = Klagen und Processen nichts wußten,  
sondern es rächte ein jeder die ihm zugefügte Beleidig-  
ungen selbst 1). Nachdem die mehrentheils deutschen  
Völker ihre Gewohnheitsrechte schriftlich verfaßt, so  
haben sie darinnen auch gewisse Strafen verordnet,  
womit sowohl die Schimpfreden als auch thätliche Be-  
leidigungen, so einer dem andern zugefüget, bestraft  
werden sollten 2). Allein in Ansehung der letzteren  
verwehrete man es doch dem beleidigten Theil nicht,  
wenn er sich selbst rächte, und nur das langobardische

Gesetz hatte die Selbststrafe verboten 3). Die Capitularien der fränkischen Könige gedachten ebenfalls gewisser Strafen, so auf Schmähschriften und andere Arten von Beleidigungen gesetzt gewesen waren 4). Allein alle diese gute Verordnungen geriethen mit der Zeit in die Vergessenheit. Man glaubte vielmehr, daß eine zugesetzte thätliche Beleidigung nicht anders als durch Blut ausgesöhnet werden könnte, und man glaubte, daß derjenige, so eine solche erlittene Schmach auf sich sitzen lasse, seine Ehre verlihren müßte, und des Umganges seiner Nebenbürger sich unwürdig gemacht habe. Niemand, der eine solche empfangene Beschimpfung auf sich sitzen ließ, konnte weiter bey den Turniren und in den Gesellschaften des Adels erscheinen, er wurde von allen Ehrenämtern ausgeschlossen, und ihm Treu und Glauben abgesprochen. Die mehresten Stadtrechte, so in den mittlern Zeiten gesammelt worden, erlauben einem jeden angesehenen Manne, die ihm von schlechten Leuten zugesetzte Schimpfrede mit einer Maulschelle, als einer der schimpflichsten Strafen zu rächen 5). Der Degen war also das Mittel bey unsern Vorfahren gewesen, wodurch man die verlohrene Ehre wiederum erlangen mußte, und die Meinung, daß man durch einen Zweikampf dieselben wieder erhielt, gründet sich auf einen solchen Begriff von der Ehre. Dieses Mittel wurde von Fürsten, von Gerichten, ja von der Kirche selbst gebilliget 6). Wenn man bedenket, daß unsere Vorfahren unter den Waffen gekämpft worden, und wie weit der Begriff von der Ehre bey Soldaten sich erstrecket, so wird man leicht die Ursache einsehen können, warum sie meinten, daß der Schimpf, den sich jemand durch eine empfangene Maulschelle zugezogen, nicht anders als durch den Degen vertilget und durch Blut ausgelöschet werden mußte.

- 1) Tacitus de M. G. c. 21.
- 2) Heineccius in element. jur. germ. Lib. II. §. 109. seqq.
- 3) L. Long. L. I. Tit. 17. §. 1.
- 4) Lib. VII. §. 142. et 178.
- 5) Dreyer vermischte Abhandlungen I. Th. n. 1. §. 2.  
Es beweiset dieses auch das in Pistor's Thesaur. paroem. Cent. I. paroem. 61. erklärte Sprüchwort: Es thut einem ehrlichen Manne eine Wunde nicht so weh, als eine Ohrfeige. d. S.
- 6) E. I. H. Boehmer de probatione in criminalibus spuria §. 22. und 23. In dessen Exercit. ad P. Tom IV. Nr. 64. S. 145. d. S.

§. 2. Dieser barbarische Gebrauch, die Beleidigungen selbst zu rächen, findet in unsern erheiterten Tagen keinen Beifall mehr. Eine glückliche Strenge, wodurch weise Gesetzgeber den Zweikampf abzuschaffen gesucht, macht, daß man heut zu Tage selten an diesem unseligen Mittel mehr Geschmack findet, und wo ja jemand diese betrübte Gewohnheit, die ihm zugefügte Beschimpfungen zu rächen, erwählen will, so kann er solches doch nicht ungestraft thun, nachdem die Selbst- rache einmal durch so viele Landesherrliche Gesetze für strafbar erklärt worden 1). Nur in der Klage auf den Widerruf wird noch eine Spur von der Selbst- rache angetroffen, wenn der Injuriant seiner ausgestoßenen Schmähungen halber sich selbst auf das Maul schlagen soll 2).

- 1) Struvius de vindicta privata cap. X. Aph. 10. n. 11.  
de Boehmer meditat. ad C. C. C. ad art. 140. §. 2. d. S.

2) Thomastus de homicidio linguae. — Hierauf bezieht sich das Sprüchwort: Auf das Lügen gehört eine Maulschelle. So wie man die Maulschelle als die Strafe des Lügners gebraucht, so bediente man sich auch ihrer im Mittelalter als ein Mittel, das Andenken

denken wichtiger Handlungen den zugezogenen Zeugen  
 mitzutragen. *G. Carpanzier* Glossar. novum ad  
 scriptor. med. aevi l. supplement. ad auctior. Glossar.  
 Cangiani editionem; G. 138. Von den Gränzberich-  
 tigungen hat sich noch hin und wieder der Gebrauch ge-  
 halten, daß man Knaben bey der Setzung der Gränze-  
 steine hinzuzieht, ihnen dabey eine Ohrfeige, aber auch  
 Spielzeug giebt, damit sie das Geschehene lebhaft im  
 Gedächtnisse erhalten mögen. In jetzigen Zeiten, wo  
 man über die Gränzberichtigungen, Gränzrecessse auf-  
 setzt, und selbigen einen Riß bezufügen pflegt, ist  
 freylich diese Cautel meistens überflüssig, und in so-  
 fern hat *Claproth* in iurisprud. heurematic. P. I.  
 §. 74. Recht, sie für kindisch zu halten. P. 3.

## XIV.

## Vom Drohen stirbt man nicht.

## Anmerkung.

§. 1. Die Drohungen machen zwar an sich  
 schon ein Verbrechen aus, welches eine Strafe verdies-  
 net, allein, weil man bey der Bestrafung eines Ver-  
 brechens hauptsächlich auf die äußerliche Handlung sie-  
 het, ob dasselbe wirklich begangen worden; so folget,  
 daß derjenige, so einem andern ein ungewisses Uebel  
 drohet, nicht so bestrafet werden könne, als wenn der  
 Schaden wirklich verübet worden. Es gehet also die  
 Meinung dieses Sprüchworts dahin, daß, weil der,  
 so den andern einen Schaden zuzufügen drohet, nur  
 seinen Willen erkläret, ein Verbrechen zu begehen, er  
 diesswegen noch nicht so bestrafet werden könne, als  
 habe er das Verbrechen wirklich begangen. Aber auch  
 zugleich wird dadurch gelehret, daß derjenige sich mit  
 seiner Nothwehr entschuldigen könne, welcher auf die  
 ihm bezeugte Drohungen sofort zu Thätlichkeiten schre-  
 tet, um das ihm gedrohte Uebel abzuwenden, denn  
 ist



Ist er gleich nicht gesichert, ob die Drohung von einem Erfolg wird begleitet werden, so ist doch noch keine Ursache vorhanden, zu einer Gewalt zu schreiten. Wo man noch keine Anstalten vor Augen sieht, daß selbige erfolgen werde, und hingegen Mittel hat, die Drohungen kraftlos zu machen.

§. 2. Diese Mittel werden in der Kaiserlichen Verordnung Carl des Fünften angezeigt 1). Bei Verurtheilung der Drohungen sieht man darauf, in wie weit dieselben schon auf den Ausbruch gestanden, oder noch entfernt gewesen. Von demjenigen, welcher auf eine bloße Drohung, sich gewaltsamer Mittel bedienet, um die Wirkung derselben abzuwenden, wollen einige Rechtslehrer behaupten, daß ein solcher zu entschuldigen sey 2). Aber es läßt sich dieses wol nicht überhaupt sagen. Es kommt hier vieles auf die Erkenntniß des menschlichen Herzens an, daß man untersucht, welchen Eindruck die Drohung in demselben gemacht habe. Eine Nothwehr würde man ein solches Verfahren wol nicht nennen können, denn bei dieser muß allemal eine gegenwärtige Gefahr vorhanden seyn. Die Drohung enthält gemeiniglich nur ein künftiges Uebel in sich, welchen man noch entrinnen kann 3).

1) Art. 176.

2) Carpzov. P. II. Q. 18. no. 5c.

3) In dem Falle berechtigt eine Drohung zur Nothwehr, wenn sie zugleich mit einem gefährlichen Angriff, oder einer gefährlichen Zurüstung, sie in Erfüllung zu bringen, verknüpft ist. E. de Böhmer ad art. 140. §. 1.



## XV.

**Einem vollen Mann soll ein geladener Wagen ausweichen.**

## Anmerkung.

Es ist bey Erklärung des dritten Sprüchworts in dieser Abhandlung schon angeführt worden, in wie weit bey einem Verbrechen, so jemand in der Trunkenheit verübet, eine Begnadigung statt finde oder nicht. Da nun die Trunkenheit in gewissen Fällen den Verbrecher entschuldiget, so wird in diesem Sprüchwort die Lehre gegeben, daß niemand betrunkenen Leute zum Zorn reizen soll, weil man alsdenn keine Wiedetersehung des Schadens verlangen kann, den dergleichen Leute jemand zugefüget haben. Hat man sie vollends noch zu Noth und Zorn gebracht, und dadurch sich selbst ein Unglück zugezogen, so muß man seinem eige- nen Versehen den erlittenen Schaden zuschreiben.

## XVI.

**Wer sich in Gefahr begiebet, verdirbt darin.**

## Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort ist eine Warnung für alle diejenigen enthalten, welche aus eigenem Versehen sich ein Unglück zugezogen, so gar leicht zu verhüten gewesen wäre, und die daher, in so weit sie andern Schaden zugefüget, dafür büßen müssen. Es kann die Anwendung gar füglich auf diejenigen gemacht werden, welche sich in einen Zweykampf einlassen. Denn obgleich dergleichen Personen, so einen andern in einem Zweykampf entleibet haben, zu ihrer Entschuldigung vorgeben wollen, daß sie nicht die Absicht gehabt, ihren Gegner zu tödten, so haben sie

della

Dennoch eine Handlung unternommen, wodurch der Tod, als das, was man eigentlich will, e kann. Und wenn man auch gleich nicht anführt, daß diejenigen, so sich in einem Zweykampf schon dadurch ein strafbares Verbrechen begehen, dergleichen Privatkriege an sich schon verboten, ist doch allemal ein Todtschlag begangen worden, welcher nicht so ungestraft hingehen kann. Eben so ist auch der Selbstmord als ein Selbstmord anzu sehen, und als ein Selbstmord zu bestrafen, weil er in den Zweykampf gewilliget, und also durch einen andern, als das von ihm erwählte Werkzeug, einen Selbstmord begangen hat.

§. 2. Auch von demjenigen ist dieses Sprüchwort zu verstehen, welcher einen andern mit tödtlichen Waffen gewalthätiger Weise angreift, und zu wehr genöthiget, und daher um so weniger ei des Schadens verlangen kann, welcher ihm worden, so wenig als von dem angefallene sagt werden kann, daß derselbe ein Verbre gen habe 1). Es ist vielmehr der angrei welcher eine Strafe verdienet hat.

1) Art. 19. C. C. C.

## XVII.

**Wer einen erwürgt, darf zehn ermorden.**

### Anmerkung.

Wollte man dieses Sprüchwort nur in seinem buchstäblichen Verstande nehmen, so würde eine unges reimte Folge daraus entstehen, und man könnte dar aus den Schluß machen, daß derjenige, so einen schon ermordet hat, die Freyheit, noch mehrere Mordthaten zu begehen, dadurch erhalten habe. Allein die Mei nung

nung desselben geht dahin, daß, weil derjenige, so eine Mordthat begangen, das Leben verwürket hat, es in Ansehung der Strafe einerley sey, ob er mehr als nur eine Mordthat begangen, weil doch allezeit nur eine Art der Todesstrafe statt findet, und der Verbrecher nicht auf verschiedene Weise seines Lebens beraubet werden kann 1). Allein es steht demselben dens noch entgegen, daß die Wiederholung eines Verbrechens die Strafe erhöhet.

1) *Treiker de poena gladii post suspendium.*

## XVIII.

## Marrenspiel will Raum haben.

## Anmerkung.

Hier wird von solchen Verbrechen, so aus der Geilheit, Scherz und Muthwillen begangen worden, gehandelt. Die Halsgerichtsordnung saget schon, daß bey Entleibungen, so aus Geilheit geschehen, mehr Barmherzigkeit zu beobachten sey, als mit solchen, die mit des Thäters Wissen und Willen erfolgt 1). Die Unternehmungen einer schädlichen That aus bloßer Lust und Muthwillen, ist an sich schon ein großes Versehen, und wenn auch gleich die Absicht der begangenen Handlung einen unschuldigen Scherz zum Vorwurf zu haben scheint, so können doch unzulässige Pöffen und ein grobes und unerlaubter Scherz zu einem großen Unglück Gelegenheit geben, so doch allemal hätte abgewendet werden können, wenn man mit einiger Ueberlegung den traurigen Erfolg bedacht hätte, so hieraus entstehen kann. Es lehret daher das gegenwärtige Sprüchwort, daß man auch bey dem Scherz ein gewisses Ziel beobachten müsse, damit derselbe zu keiner betrübten Begebenheit Anlaß gebe.

1) Art. 146.

XIX.

Wenn der Wurf aus der Hand ist, so ist er des  
Teufels.

Anmerkung.

Auch dieses Sprüchwort handelt von Verbrechen, so aus einem Versehen entstehen. Es wird damit angezeigt, daß man sich hüten soll, eine gefährliche Handlung an einem Orte zu begehen, wo man jemand gar leicht schaden kann. Soll das Unglück, so sich begeben hat, als ein ungefährer Zufall angesehen werden, so wird erfordert, daß die Handlung, welche dazu Gelegenheit gegeben, an sich erlaubt gewesen seyn müsse, daß sie an einem Orte unternommen worden, wo man dergleichen sicher begehen kann, und daß sie zu einer sonst gewöhnlichen Zeit geschehen sey. Alles dieses wird mit einem Beispiel von einem unglücklichen Wurf in diesem Sprüchwort vorgestellt. Unsere Vorfahren haben schon um dergleichen Verbrechen, so aus Muthwillen, Heilheit, großer Unvorsichtigkeit entstehen, zu steuern, Strafe gesetzt, und das sogenannte Wehrgeld, Mann- oder Edhnegeld eingeführt gehabt 1). Heut zu Tage wird die Strafe nach der Beschaffenheit des Verbrechens eingerichtet.

1) Heinseccius in element. jur. Germ. Lib. II. Tit. XXI.

XX.

Junge Huren, alte Bettelmadchen.

Anmerkung.

S. 1. Die Weltweisheit, so die Rechtsgelehrtheit von dem Aberglauben gereinigt, hat den Gebrauch  
alt. Sprachen. 24 von

von vielen Gesetzen, die auf Aberglauben sich gründen, in unsern erheiterten Tagen aufgehoben und gemacht, daß von diesem Sprüchwort heut zu Tage auch kein Gebrauch mehr gemacht werden kann. Es ist also nur anzuführen, was zu demselben Gelegenheit gegeben. Die Huren und Ehebrecherinnen sind bey unsern Vorfahren allezeit als ehrenlose Leute angesehen und mit schimpflichen Strafen belegt worden 1). Die ersten Gesetzbücher unserer Vorfahren gedenken derselben 2). Eine ledige Frauensperson, so freiwillig ihren Leib zur Unzucht feil geboten, versiel in eine ewige Unehre. Bey einigen Völkern mußte der Hurer die von ihm geschwangerte Person heyrathen. Das Longobardische Gesetz bestrafet außerdem eine sich zum Opfer der Heiligkeit freiwillig darbietende Weibsperson mit der Enterbung 3).

1) *Tacitus* de M. G. cap. 19.

2) *Heineccius* l. c. Tit. XXIV. *Wunfried*, auch *Vonifacius* genannt, der Apostel der Deutschen, schreibt in einem Briefe an den Englischen König *Ethelbald*, daß die Cimbrischen Sachsen in Bestrafung der Hurerey und des Ehebruchs so strenge wären, daß die Eltern selbst, das im väterlichen Hause geschwächte Mädchen, oder die im Ehebruch betretene Frau umgebracht, und um völlig das Andenken derselben zu vernichten, den entseelten Körper verbrannt hätten. *S. Fabric. L. I. Orig. Saxon. C. 67. d. 2.*

3) *Idem* l. c.

§. 2. Die Zauberey und Hexerey ist ebenfalls den Alten nicht unbekannt gewesen. Das Gesetz der Westgothen gedenket der Wettermacherinnen und andern Arten der Zauberey 1), welcher auch die mehren andern Gesetzgeber Meldung thun 2). Die Fränkischen Könige machten daher gegen die Hexerey sehr scharfe Gesetze, und man glaubte damals schon, daß

Daß die Heger jährlich einigemal zusammen kämen, und ihre besondere Spiele und Lustbarkeiten hielten. Man hat endlich sogar, nachdem das Christenthum in Deutschland eingeführet worden, die Todesstrafe auf die Hegeren gesetzt, und Gott weiß, wie viel unschuldige Personen ihr Leben auf dem Scheiterhaufen, bey der grausamen Weise, mit welcher man gegen die der Hegeren beschuldigte Personen zu verfahren pflegte, einbüßen mußten 3).

1) Lex Wisigoth. Lib. VI. Tit. 2. §. 3.

2) Heineccius l. c. Tit. 26. Meinders de statu religion. et reipubl. sub Carolo M.

3) Thomafius de crimine magiae.

§. 3. Zu diesem unvernünftigen Verfahren gehörte unter andern auch dieses, daß man ohne hinlängliche und gegründete Anzeigen die der Hegeren beschuldigte Weibspersonen so lange marterte, bis man ein Bekenntniß erpreßet hatte. Wenn nun eine Frauensperson, die in ihrer Jugend eine liederliche Lebensart geführt, und ihre Ehre eingebüßt hatte, oder eine von ihrem Ehemann verstoßene Ehebrecherin, so vor jedermann in Berachtung lebte, durch das Alter den Reiz ihres Gesichtes, wodurch sie andere verführte und vormals an sich lockte, verloren hatte, so glaubte man, daß sie nunmehr sich auf die Kunst, Wetter zu machen, legte, um doch auf einige Weise ihr Brodt verdienen zu können 1). Und gewiß diese Anzeigung ist eben so ungereimt und gefährlich gewesen, als die Hegerprobe mittelst des Schwimmens, mit welcher es doch, ganz natürlich zugehet 2).

1) Crusius de indicis delictor. P. II. cap. 32. n. 43.

2) Wer sollte es denken, daß noch im Jahre 1787 unterm 18ten September ein Westpreußischer Edelmann an den König von Preußen um die Erlaubniß nach-

suchte, mit einigen Leuten auf seinem Gute eine kleine Wasserprobe anzustellen. Seine Vitterschrift schloß mit folgenden Worten, welche seiner Aufklärung große Ehre machen: „Das Wasser ist heilig, die Wasserprobe ist gerecht, kein Zauberer wird verkauft, noch zu Grunde gehen, ein Zauberer hat Teufelszeichen am Leibe, wie ein Schwamm, wenn er bestochen wird, hat (er) Fühlung, ein guter Mensch, ein Gottesknecht, wenn er auf Wasser geschmissen wird, geht den Augenblick zu Grunde. Seel. Andenken hohen Monarchen, hochseel. Königl. Majestät Friedrich Wilhelm Regierung sind noch Protocolle vorhanden, daraus deutlich zu ersehen, was das für eine Beschaffenheit habe.“  
 C. Büschings wöchentl. Nachrichten, 13ter Jahrg. St. 48. D. S.

## XXI.

Ein Nachbar ist dem andern einen Brand schuldig 1).

## Anmerkung.

Bei einem jeden Schaden, der andern zugefügt worden, kommt es darauf an, ob selbiger mit Vorsatz verübet worden, oder aus einem Versehen entstanden, oder ob eine göttliche Schickung, welche man weder vorher sehen noch abwenden können, die Ursache davon gewesen. Von dieser letzteren ist das gegenwärtige Sprüchwort zu verstehen, welches anzeigen soll, daß, wenn in jemand's Haus von ohngefähr Feuer aufgekommen, und die ausgebrochene Flamme die benachbarte Häuser ergriffen und beschädiget, der Herr des Hauses, bey welchem das Feuer entstanden, zu keiner Wiedererstattung des Schadens verbunden sey, wenn er nur dargethan habe, daß das Unglück so wenig aus einem Vorsatz als aus einem Versehen entstanden 2).

1) In Agricola's teutschen Sprüchwörtern ist Nr. 243. dieses Sprüchwort viel deutlicher so ausgedrückt: „Es muß

„muß ain nachbawer mit dem andern ein Brand  
„feuer für liebe nemen.“ D. A.

- 2) Damit stimmt auch der Sachsenspiegel, B. 2. Art. 38.  
überein: „Der Mann soll gelten den Schaden, der  
„von seiner Verwundung wegen andern Leuten geschiet  
„het, es sey vom Feuer, oder vom Wasser.“ D. A.

## XXII.

### Ein neuer Arzt ein neuer Kirchhof.

#### Anmerkung.

§. 1. Es würde die größte Unbilligkeit seyn, wenn  
man dieses Sprüchwort ohne einzige Ausnahme so an-  
nehmen und zum voraus setzen wollte, daß nothwendig  
viele Kranke, so sich einem jungen Arzt anvertrauet  
haben, sterben müssen, ehe derselbe es in seiner Wis-  
senschaft zu einer Vollkommenheit gebracht, und zu ders-  
jenigen Erfahrung gelanget, die man an einem Arzte  
besonders hoch schätzt. Eigentlich ist die Rede von  
unvorsichtigen jungen Ärzten, welche sich bey einer  
noch geringen Erfahrung schwere Krankheiten zu heilen,  
unterstehen, ohne andere ältere und in der Arzneywis-  
senschaft erfahrene Männer um Rath zu fragen. Man  
muß aber bey diesem sehr alten Sprüchwort auch be-  
messen, daß in den ältern Zeiten die Arzneywissenschaft  
nicht in so hohem Ansehen gestanden als jetzt, auch  
in Deutschland lange Zeit es an der Gelegenheit gefehl-  
et, selbige aus richtigen Grundsätzen zu erlernen, wel-  
ches erst nachher geschehen, als man auf hohen Schu-  
len diese Wissenschaft zu lehren angefangen hatte. Da-  
her viele ungelehrte Quacksalber unter dem Namen  
eines Arztes durch ihre Praxis eine große Verheerung  
unter dem menschlichen Geschlechte angerichtet haben.



§. 2. Die Sorgfalt weiser Landesherren um die Erhaltung des Lebens ihrer Unterthanen, ist in unsern Tagen nicht hoch genug zu schätzen 1). In verschiedenen Ländern, und besonders in den Chur- und Herzoglich-Braunschweigischen Landen, wird keinem Arzt die Ausübung seiner Wissenschaft erlaubt, bevor nicht eine besondere Prüfung mit ihm vorgenommen worden. Diese so gute Einrichtung muß nothwendig den Schaden abwenden, welchen ein ungelehrter Arzt dem Lande durch seine Unwissenheit verursachen kann.

1) *Heister de cura principum circa sanitatem subditorum.*

§. 3. Hat man sonst im Sprüchwort gesagt, daß nur der Arzt allein den Menschen das Leben ungestraft nehmen dürfe; so ist dieser Meinung die peinliche Halsgerichtsordnung entgegen 1). Denn nach dieser wird ein Arzt für strafenwerth gehalten, wenn er aus Unwissenheit und ohne die Regeln der Arzeneiwissenschaft zu beobachten, jemand um das Leben gebracht oder durch eine Verwahrlosung den Kranken umkommen lassen. Er zieht sich noch eine weit größere Verantwortung zu, wenn er um unerlaubter Absichten wegen nicht einmal den Kranken in seine Cur nehmen wollen, dem er doch gar leicht das Leben erhalten können. Wie nach denen verschiedenen Stufen des Versehens die Strafe zu bestimmen sey, kann man bey den Auslegern der Halsgerichtsordnung sehen 2).

1) Art. 134.

2) *Kressius ad Art. cit.*

XXIII.

Der Sachen Feind, der Person Freund.

Anmerkung.

§. 1. Möchte doch dieses schöne Sprüchwort von allen denjenigen, welche mit ihrem Nächsten in Zerungen gerathen sind, und in eine Klage verwickelt worden, wohl überleget und noch häufiger ausgeübet werden <sup>1)</sup>. Würde nicht ein solches Bezeigen die Herzen wiederum vereinigen und zu einer Versöhnung die Wege bahnen. Wie mancher mit so vielen Unkosten verbundener Proceß könnte durch einen gütlichen Vergleich beygelegt werden, und wie bald würde manche unnütze Injurienklage ein Ende nehmen. Aber leider! die Erfahrung lehret, daß gemeiniglich aus Privatstreitigkeiten ein Haß unter den streitenden Theilen entsteht, der die Gemüther gegen einander erbittert und zu Todtfeindschaften Gelegenheit giebet. Ist es denn nicht möglich, die Streitigkeiten so zu führen, daß man seine Sachen bloß der Gerechtigkeit der Gesetze unterwirft, und den Ausspruch von derselben erwartet, und ohne daran zu denken, daß man mit dem Nächsten in einen Proceß verwickelt ist, die Pflichten der Freundschaft gegen einander ausübet.

1) Leider lehrt die Erfahrung, daß das angezeigte Sprüchwort selten befolgt wird. Diese Erfahrung hat Anlaß zu dem Sprüchworde gegeben: Das Recht scheidet wohl, aber es freundet nicht. S. Pistor's Thesaur. paroem Cent. 1. par. 22. Daher besser ein magrer Vergleich als ein fetter Proceß. Ein Sprüchwort, welches der B. im folgenden Abschnitt erklärt. D. 5.

§. 2. Wenn also dieses Sprüchwort lehret, daß man auch ohne einen persönlichen Haß und Feindschaft  
auf

auf seinen Gegner zu werfen, mit demselben processirend zu danc, daß man keinesweges die mit demselben bisher unterhaltene Freundschaft brechen, sondern die Entscheidung des Streites von dem Urtheil des Richters erwarten soll; so wird zugleich damit angezeigt, daß man aus dem freundschaftlichen Umgang, welchen zwei in Streit mit einander gerathene Personen unter sich haben, noch nicht schließen kann, daß dadurch der Streit aufgehoben worden. Aber bei Injurienprocessen hält man doch dafür, daß, wenn der Beleidigte der vorhergegangenen Beschimpfung ohngeachtet, freundlich und vertraulich mit seinem Gegentheil umgeht, oder in desselben Gesellschaft isst und trinkt, die bereits erhobene Klage durch ein solches Bezeigen aufgehoben worden, und das erlittene Unrecht vergeben sey 1).

- 1) §. ult. I. de injur. S. Quistorp Grundsätze des deutsch. penal. R. §. 332. nebst der Note e. d. S.

## XXIV.

Es gilt mir gleich, ob mich eine Hure lobet,  
oder ein Spelm schilt.

### Anmerkung.

Die äble Gewohnheit, alle Beleidigungen zu rächen, so ehemals in Deutschland herrschte, scheint zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben zu haben. Man hielt denjenigen selbst des Verlustes der Ehre würdig, welcher die ihm zugefügte Beschimpfung auf sich sitzen ließ. Unter so vielen Mißbräuchen, so ehemals unter den Handwerksleuten herrschten, ist auch dieser gewesen, daß man denjenigen aus der Zunft warf, welcher von jemand beschimpft worden, und den erlittenen Schimpf nicht sogleich gerächt hatte. Verschiedene  
Reichs-

Rechtsgefesse gedenken dieses Mißbrauches ausführlich 1). Denn da man den Begriff von der Ehre manchmal bis auf das lächerliche trieb; so muthmaßete man, daß, wenn jemanden ein Verbrechen von dem andern vorgeworfen worden, ein solcher Vorwurf gar leicht Verdacht erwecken konnte. Es mußte daher derjenige, welchem dieses widerfahren, sich von dem Verdacht los machen, und durch eine baldige Rache seine Ehre retten. Da es aber doch darauf ankommt, ob der Urheber einer solchen ehrenrührigen Rede ein unbescholtener Mensch sey oder nicht, so giebt dieses Sprüchwort die Lehre, daß man von unrüchtigen und ehelosen Leuten, so wenig gelobet noch beschimpfet werden könne, weil dieselben ohnedem keinen Glauben verdienen, und daß man dieserwegen nicht nöthig habe, sich an ihnen zu rächen.

1) Ord. polit. de 1548. in fin. tit. von Handwerksleuten. Ord. polit. de A. 1577. lit. 37. §. Es sollen.

## XXV.

Gut Gruß, gute Antwort.

### Anmerkung.

§. 1. Es ist eine große Schwachheit, wenn oftmals Menschen in Gesellschaft das Ziel eines vernünftigen Scherzes überschreiten, und durch anzügliche Spöttereien ihren Nächsten in anderer Leute Augen lächerlich zu machen suchen, hingegen zum höchsten empfindlich werden, wenn von dem Beleidigten ihnen wiederum etwas unangenehmes vorgehalten wird. Diesen Leuten dienet gegenwärtiges Sprüchwort zur Lehre, dessen Meinung dahin geht, daß niemand sich für beleidiget halten könne, wenn ihm eben so begegnet wird wie er andern zu thun pfleget. Denn derjenige, welcher

der sein Vergnügen daran findet, alles zu sagen, was ihm einfällt, muß auch dasjenige, gelassen anhören, was ihm mißfällt. Es wird aber auch zugleich durch dieses Sprüchwort angedeutet, daß jemand, der von einem andern beleidiget oder beschimpfet worden, durch eine Gegenbeschimpfung oder Erwiderung der Beschimpfung sich selbst eine Genugthuung verschaffe, und daher keine Klage erheben könne.

§. 2. Diese Weise sich wegen der erlittenen Beschimpfung zu rächen, findet eigentlich nur bey den förmlichen Schmähungen statt: Sie scheint noch ein Ueberbleibsel des Faust- und Kolbenrechts zu seyn. Denn die Stelle in dem römischen Rechte 1), aus welcher man beweisen will, daß dieses Mittel, sich eine Genugthuung für eine empfangene Beleidigung, zu schaffen, bey den Römern schon bekannt gewesen, beweiset es noch nicht 2). Aber in Deutschland ist sie noch eben so, wie in den finstern Zeiten, an verschiedenen Orten üblich, und man gehet manchmal so weit, daß man die Gegenbeschimpfung schriftlich aufsetzet, und durch einen hungrigen und niederträchtigen Rabulisten, mit den gröbsten Ausdrücken dem Injurianten aufstellen läset. Muß man gleich dieses außergerichtliche Mittel hier und da dulden, so kann man doch dieses nimmermehr loben. Es ist eine Selbststrache, die so wenig mit den Lehrsätzen des Christenthums, als mit den Rechten der Natur übereinkommt, daher dieser Gebrauch in verschiedenen deutschen Ländern durch Landesherrliche Verordnungen abgeschafft worden. Es sollte dieserwegen billig die Erwiderung der Beschimpfung ebenfalls bestraft werden 3).

1) L. 14. §. 6. C. de bon. libert. L. 25. D. de procurator.

2) Stru-

2) *Struvius* de vindicta privata cap. 10.

3) *E. Quistorps* Grundr. des deutsch. peinl. R. Th. 1. S. 330. d. 4.

## XXVI.

### Wehrmann haben hilft nicht.

#### Anmerkung.

Nichts ist gewöhnlicher, als daß derjenige, so von einem andern etwas Ehrenrühriges gesprochen, oder demselben vorgeworfen hat, sich dadurch zu entschuldigen, und von der verlangten Genugthuung loszumachen pfleget, daß er es von andern gehört habe, und daß der Beleidigte sich an denselben, als an einen **Wehrmann**, unter welchen derjenige zu verstehen, von welchem man etwas empfangen hat 1), halten müsse. Aber dieses Sprüchwort lehret, daß man mit dieser Entschuldigung die Klage nicht von sich schieben, noch sich von der verlangten Genugthuung befreien könne, sondern daß auch der eine Beleidigung begehe, der dasjenige weiter ausposaunet, was andere aus Haß erdacht haben 2).

1) *Besoldus* voc. Wehrmann.

2) Es ist bey der Verbreitung der Injurien darauf zu sehen, ob derjenige, welcher eine ihm erzählte Injurie, als eine wahre Sache, von deren Gewißheit er überzeugt ist, andern wieder gesagt hat, oder ob er dieselbe nur historisch, als eine Sache, die ihm erzählt worden sey, andern mittheilt. In diesem letzten Fall fällt die Absicht zu beleidigen weg, und folglich auch die Bestrafung. *E. Manzel* Selecta Rostochiensia, P. II. S. 98. d. 4.

## XXVII.

**Es ist besser zeihen als beweisen.**

**Anmerkung.**

§. 1. Man hat durch dieses Sprüchwort den Unterschied zwischen einem bloßen Denuncianten und ordentlichen Ankläger anzeigen wollen. Der erstere ist gar nicht schuldig, den Beweis von der angebrachten Anzeige zu übernehmen, noch die Unkosten zu der Untersuchung herzugeben, dahingegen der Ankläger zu beiden Dingen verbunden ist. Hat der Denunciant nur einige Wahrscheinlichkeit auf seiner Seite, so muß ihn der Richter schützen, wenn die Person, von welcher ein Verbrechen dem Gerichte angezeigt worden, den Denuncianten aus dem bekannten *Legis Diffamari* belangen wollte, um dadurch die anzustellende Untersuchung abzuwenden. Denn es müßte sonst derselbe mit der Beweisführung beschweret werden, welches nothwendig viele Denuncianten abschrecken würde. Die Klugheit befielet einem Richter lieber den Namen des Denuncianten zu verschweigen, und solchen alsdenn erst dem unschuldigen Theil zu offenbaren, wenn der Ausgang von der Untersuchung an den Tag leget, daß die Anzeige aus Haß und Verleumdung geschehen 1).

- 1) Der wahre Sinn dieses Sprüchwortes scheint mir durch die vom B. gegebene Erklärung, und welche auch *Hertius* in *epid. paroem.* Nr. 31. in dessen *Opuscul.* Vol. II. Tom. III. S. 448. davon giebt, noch nicht völlig aufs reine gebracht zu seyn, indem es noch eine Frage ist, ob zeihen so viel als Verbrechen anzeigen, und beweisen so viel als anklagen bedeuten soll. Sollte nicht vielleicht dieses Sprüchwort aus der ehemaligen teutschen Gerichtsverfassung erläutert werden müssen, und anzeigen, daß es leichter sey, jemanden anzuklagen, als den Beweis einer Anklage zu führen.
- Hier

Hier sind meine Gründe. Zeihen heißt in der teutschen Sprache des Mittelalters, so viel, als eine Person anklagen, und daher Zicht so viel als eine Anklage.

*S. Haltaus und Wachter in gloss. m. a. unter dem Worte Zicht, inzicht.* Das Beweisen eines Verbrechens war eine sehr gefährliche Sache. Bey den Longobarden mußten die Zeugen des Anklägers und Angeklagten, wenn sie sich widersprachen, mit einander kämpfen. Bey mehreren teutschen Nationen war es üblich, daß der Ankläger mit den Angeklagten die Sache durch einen Zweykampf ausmachen mußte. Es kam zwar nachher das Conjuratorische Verfahren ab. Allein unter K. Friedrich II. kam der Kampsproceß wieder stark in Gang. Sowol das Sächsishe als das Schwäbische Landrecht handeln in vielen Stellen von dieser Art des Processus, als einer erlaubten Sache. Der Kürze wegen beziehe ich mich auf J. L. Hauschild's Gerichtsverfassung der Teutschen, S. 62, ff.

D. H.

§. 2. So leicht es also ist, jemand etwas nachzusagen, so schwer ist es hingegen zuweilen, wenn man den Beweis davon führen soll. Es dienet daher dieses Sprüchwort denjenigen zur Lehre, welche so gerne ihrem Nächsten übel nachreden und oft unvorsichtiger Weise demselben etwas nachsagen, welches zu verdrüsslichen Injurienflagen Gelegenheit giebt. Denn hat der Verleumdete ein gutes Gewissen, so wird er alles mal zur Rettung seiner Ehre den Beweis von demjenigen, dessen er beschuldiget worden, fordern, und von dem Urheber des ausgestreuten nachtheiligen Gerüchts Genußthung verlangen. Was hat aber ein solcher unbesonnener Planderer anders als Schimpf und Strafe zu erwarten, wenn er seine Aussage nicht zu beweisen im Stande ist, sondern seiner Thägen halber vor jedermann beschämnet stehen muß.



## XXVIII.

Von hören und sagen wird mancher aufs Maul geschlagen.

## Anmerkung.

§. 1. Es ist eine große Schwachheit, wenn gewisse Menschen gar zu leichtgläubig sind, und alles für wahr halten, was von diesem und jenem gesagt wird, ohne auf den Grund zu gehen, woher ein solches Gerücht entstanden. Viele haben oft das Unglück, daß ein übles Gerücht von ihnen ausgebreitet wird, und die Welt ist so unbarmherzig, demselben so fort, Staus ben beizulegen, ohne vorher zu untersuchen, ob dasselbe gegründet sey oder nicht. Ein jeder erzählt es dem andern, und es wird immer mit neuen Zusätzen vermehret, wenn der andere es dem dritten immer weiter anvertrauet, welches denn immer weiter geht. Ein Glück ist es endlich, wenn ein solches Gerüchte durch solche neue Zusätze bis auf den höchsten Grad der Unwahrscheinlichkeit getrieben wird, denn so verlieret es sich endlich von selbst. Indessen ist doch so viel gewiß, daß solche Lügen, wenn sie auch sich auf das Hörensagen gründen, dennoch leichter geglaubet als widerlegt werden, und es wird viele Zeit und Geduld erfordert, ehe sich dergleichen zum Nachtheil eines Menschen ausgesprengte Lügen wiederum verlieren.

§. 2. Da es bey einem allgemein gewordenen Gerüchte vornehmlich darauf ankommt, ob solches einigen Grund habe oder nicht, so hat dieses Sprüchwort zur Lehre dienen sollen, daß solchen Denuncianten und Zeugen, die alles was sie wissen, von dem Hörensagen haben, kein Glauben bezumessen sey. Besonders soll der Richter, wenn von jemand ein übles Gerücht aus-

ausgebreitet worden, wohl untersuchen, wer der Urheber davon sey, oder so jemand von dem andern ein Verbrechen angezeigt, sich erkundigen, ob der Denunciant seine Anzeige nur auf das Hörensagen gründet, oder ein Augenzeuge gewesen.

## XXIX.

Wenn man unter die Hunde wirft, welchen es trifft, Der schreiet.

### Anmerkung.

§. 1. Die Menschen finden oftmals ein unerlaubtes Vergnügen darinnen, indem sie anderen ihre Fehler in Gesellschaft auf eine solche Weise vorrücken, daß ihre Spöttereyen mehr ein Scherz zu nennen sind, als für eine Beleidigung aufgenommen werden können. So angenehm ein vernünftiger Scherz anzuhören ist, so betrübte Folgen entstehen daraus, wenn derselbe übertrieben wird, und auf die Verkleinerung eines andern gerichtet ist. Heimliche Feindschaften, Lästereien, Verläumdungen und dergleichen Dinge, sind die unglücklichen Wirkungen, so daraus entspringen, und denjenigen, der sich durch dergleichen Scherzreden getroffen findet, zu einer Selbststrafe reizen. Es ist freylich eine Pflicht, daß wir unsern Nächsten vollkommen zu machen suchen sollen, und dieses wird auch dadurch erreicht, wenn man ihm seine Fehler zeigt, damit er sich bessern könne. Dieses kann auch füglich durch einen klugen Scherz geschehen, welcher oftmals die nützlichsten Wirkungen in ehrhebenden Gemüthern erregt. Aber wie wenige verstehen die Kunst auf eine solche angenehme und scherzhafte Art, die mehr erbauet als erbittert, dem andern seine Fehler und Schwachheiten zu zeigen. Viele, so diese Kunst nicht verstehen.

verstehen, verfallen in das grobe, und beleidigen ihren Nebenmenschen, indem sie ihn scherzweise bessern wollen. Da nun nichts gewöhnlicher ist, als daß in Gesellschaften im Scherze etwas geredet wird, wodurch sich jemand unter den Anwesenden getroffen findet, so kann wol ein solches Verfahren als eine Beschimpfung ausgedeutet werden. Allein da eine Beschimpfung einen bösen Vorsatz zum voraus setzt, hingegen eine scherzhafte Rede mit solchen Umständen verbunden ist, aus welchen man gar bald merken kann, daß derjenige, welcher dieselbe geführt, nicht die Absicht gehabt, den andern zu beleidigen, so hat dieses Sprüchwort anzeigen sollen, daß Scherzreden oder beißende Worte keine Scheltworte sind, und derjenige, welcher sich durch dieselbe getroffen findet, keine Ursache zu klagen habe.

§. 2. So wie nun nach dem Verstande dieses Sprüchwortes es keine Beschimpfung ist, wenn jemand nicht im Ernste etwas gesprochen, wodurch ein anderer an seiner Ehre gekränkt werden könnte; so wenig ist es auch als eine Beleidigung anzusehen, wenn eine Person vor der andern das Recht hat, ihren Nebenmenschen durch Worte zu bestrafen. Denn hebet die Nothwendigkeit etwas zu thun, den Gedanken von einem bösen Vorsatz auf, so kann es auch für keine Beschimpfung gehalten werden, wenn einer aus Pflicht und Schuldigkeit gegen den andern solche Reden führt, die bey andern als beleidigende Reden und für eine wirkliche Beschimpfung anzusehen sind, aber als dann nicht dafür gehalten werden können, wenn man die Absicht gehabt hat, einen andern dadurch zu bessern.

§. 3. Wenn also nach dem Verstande dieses Sprüchwortes nicht alle beißende Worte und Ausdrücke, für Schimpfworte zu halten sind; so fragt es sich, ob  
ein

ein Prediger, welcher die Grenzen des Strafamtes überschreitet, als ein Injuriant anzusehen, und dafür zu bestrafen sey. Es ist nicht zu leugnen, daß mehrmals Prediger in Injurienproceſſe verwickelt worden sind, wenn sich einer oder der andere durch denselben Vortrag getroffen zu seyn geglaubet hat, und es ist so viel gemiß, daß allemal dergleichen Begebenheiten ein großes Aergerniß in christlichen Gemeinden stiften. Aber da auch ein Prediger unter seinen Zuhörern oft solche tohe Leute hat, bey denen sanftmüthige Ermahnungen wenig helfen; so würde es ein Unglück für ihn seyn, wenn er um solcher harten Worte und Ausdrücke wegen als ein Ehrenschränker angesehen und bestraft werden sollte, die vielmehr aus einem gewaltigen Eifer hergeflosset, als in der Absicht, jemand zu beleidigen ausgesprochen worden 1). Ein anders ist, wenn gar zu merckliche Anzüglichkeiten auf die Kanzel gebracht, die Leute mit Namen genennet, oder so abgeschüldert werden, daß jedermann gleich weiß, wer das mit gemeknet sey, oder kurz, wenn Haß und eigner Rachgier die Quellen von dergleichen lieblosen Handlungen sind 2). Dergleichen tadelhaftes Bezeigen, verurtheilen unsere Evangelische Kirchenordnungen ausdrücklich 3).

1) *Reges de iurib. princip. Evangelicor. circa iustitias sacras.* und *Quistorp Grundr. des dänisch. Recht. Th. I. §. 310.* D. 5.

2) a *Leyser* Sp. 548. S. des Verf. Erzählungen von besondern Rechtshändeln; *Th. IV. S. 527.* Von diesem Falle ist auch das Sprichwort: *Scallixen* gehört nicht auf die Kanzel; zu verstehen, welches *Kistor* in *thelaur. paroem Cent. I. par. 79.* erklärt. D. 5.

3) *Herrn. Braunschw. Hann. Kirchenordnung vom Jahr 1709. cap. IV. §. 11.*

## XXX. A.

Er muß es hinnehmen, als wenn ihn ein Hund gebissen hätte.

## Anmerkung.

§. 1. Das Lübische Recht ordnet unter andern 1), daß, wenn jemand in einem fremden Hause von einem Hund oder andern Vieh gebissen worden, der Hauswirth keinesweges verbunden seyn soll, für einen solchen Schaden zu stehen, es wäre denn, daß ihm die böse Art des Hundes vorher bekannt gewesen wäre, ja, wenn jemand von des andern Hund auf der freyen Straße beschädiget worden, und der Herr des Hundes sich desselben nicht annehmen wollte, so solle derselbe ebenfalls von der Wiedererstattung des Schadens befreiet seyn. Diese Verordnung, mit welcher auch das sächsische Landrecht 2) übereinkommt, soll zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben haben 3), welches so viel zu sagen scheint, daß, so wenig jemand, der von einem Thiere beschädiget worden, verlangen kann, daß das Thier bestraft werden möge, oder derselben Herr den Schaden wieder ersetze, welchen das Thier, ohne desselben Versehen, jemand zugefüget hat; eben so wenig könne, um aller und jeder Beleidigungen willen, Klage erhoben werden, sondern, daß man mit Geduld einen Schaden ertragen müsse, der nicht fählich ersetzt werden kann.

1) Lib. III. Tit. XI. Art. 1.

2) I. P. S. Lib. II. Art. 40.

3) *Mevius* in commentar. l. c.

§. 2. Es kann daher dieses Sprüchwort von allen solchen unangenehmen Fällen verstanden werden, die als eine Beleidigung und Beschimpfung angesehen werden

den können, wenn nicht der böse Vorsatz bey der Person, von welcher wir beleidiget worden, fehlte. Denn ohne den bösen Vorsatz kann man sich von der Beleidigung und Beschimpfung keinen Begriff machen. Man muß sich daher mit Geduld darcin fassen, wenn Kinder, Blödsinnige und tolle Leute jemand etwas unbescheidenes oder unglimpfliches gethan und gesagt haben. Man kann Scherzreden oder sonst ein scherzhafte Bezeigen nicht als eine Beleidigung ansehen. Man kann sich nicht für beschimpfet halten, wenn uns ein anderer aus Versehen übel begegnet hat, wiewol in diesem Fall, nach dem römischen Rechte, ein Versehen verziehen wird, wenn jemand z. E. seinen Knecht schlagen wollen und von ohngefähr einen freyen Bürger getroffen, nicht aber wenn jemand die Absicht gehabt, einen Menschen thätlich zu beschimpfen und den unrecnten getroffen 1). Es gehöret auch hieher der seltsame Rechtsandel, welchen der sel. Thomasius anführet 2), da jemand eine Ohrfeige bekommen und nicht wußte von wem, und doch gleichwol von einem gewissen Schöppenstuhl über die Frage, wen er verflagen und was er für eine Genugthuung fordern sollte? ein Gutachten einholte, aber auch die kurze Antwort erhielt: Habt ihr eine Ohrfeige bekommen, und wisset nicht von wem, so seyd ihr dieselbige zu behalten schuldig. D. R. W.

1) L. 3. §. 4. L. 4. D. de injur.

2) Siehe desselben außerlesene Juristische Andel, erster Theil, S. 152.

## XXX. B.

Er schlägt auf den Sack und meint den Esel  
(d. P.).

## Anmerkung.

Wissenbach 1) und Hertius 2) führen dieses Sprüchwort zum Beweise an, daß, wenn in einem Urtheil, welches auf einen Procurator gerichtet ist, auf Infamie erkannt worden sey, selbige nicht den Procurator sondern dessen Principat treffe. Beide geben zwar zu, daß nach der geschehenen Einlassung auf die Klage das Eigenthum des Rechtsstreites auf dem Procurator übergehe, sie leugnen aber solches von dem Geschäfte selbst, worüber gestritten wird, und behaupten, daß die Infamie nur aus dem streitigen Geschäfte selbst, nicht aber aus dem Rechtsstreite entspringen. Diese Meinung ist allerdings gegründet, nur zweifle ich, daß man das angezeigte Sprüchwort zum Beweise für dieselbe gebrauchen kann, und daß die Erfinder desselben an jene Subtilitäten des römischen Rechts gedacht haben. Weit natürlicher scheint es mir zu seyn, wenn man es von den mittelbaren Injurien versteht, indem es nichts anders sagen will, als daß oftmals eine Injurie jemanden nicht geradezu zugefügt werde, sondern mittelbar, indem entweder Personen, welche mit ihm in sehr genauer Verbindung stehen, beleidigt, oder ihm zugehörige Sachen beschimpft und verächtlich behandelt worden sind 3). Indes wird bei einer mittelbaren Injurie vorausgesetzt, daß der Injuriant das Verhältniß, worin die beleidigte Person oder beschimpfte Sache mit dem dritten, welcher wegen der ihm mittelbar zugefügten Injurie klagend will, gewußt habe, indem außerdem ihm keine Absicht, diesen zu beleidigen, bemessen werden kann 4).

- 22) in Disp. ad D. P. 2. d. 13. §. 20.  
 23) in epid. paroem. par. 2. in Opusc. V. II. T. III.  
 §. 414.  
 24) Quistorp Grundriss des deutsch. peinl. R. Th. I.  
 §. 304 und §. 311. S. Leyser Sp. 546.  
 25) Koch institut. jur. crim. §. 371.

### XXXI.

## Eine Frage steht frey.

### Anmerkung.

§. 1. Auch dieses Sprüchwort gehöret unter diejenigen, welche lehren, daß man nicht sogleich eine jede verhängliche Rede sich zu Gemüthe ziehen, und so gleich aus Nachbegierde den Richter überlaufen soll, sonder wenn noch nicht einmal ausgemacht ist, ob jemand den Vorsatz gehabt, durch dergleichen Worte den andern zu beschimpfen, und es handelt insbesondere von einer ungebührlichen Frage, die an jemand gethan werden, welche aber so beschaffen ist, daß sie nicht so gleichgültig aufgenommen werden kann. Es soll damit so viel gesagt werden, daß, weil das Fragen eine erlaubte und gleichgültige Handlung ist, niemand sich für beleidiget halten soll, wenn solche Fragen an ihn geschehen, die dem Befragten einiges Nachtheil erwecken würden, wenn er dieselben bejahet. Das Fragen gehöret mit unter diejenigen Mittel, wodurch man hinter die Wahrheit einer Sache kommt. Man vermuthet, daß dem Fragenden daran gelegen sey, die Wahrheit von einer Sache zu wissen, und die Vermuthung erlaubt nicht zu glauben, daß derselbe den bösen Vorsatz habe, hinter Dinge zu kommen, die dem Befragten zum Nachtheil gereichen können, wenn sie bekannt gemacht werden, indem dieser nicht schuldig ist, die Frage zu seinem Schaden zu beantworten.



§. 2. Allein man muß doch billig einen Unterschied machen, ob eine solche Frage aus unschuldiger Neugier, oder aus einem erlaubten Scherz geschieht, oder aus einer verbotenen Neugier entspringet, und so beschaffen ist, daß sie wirklich etwas beleidigendes und ehrenrühriges in sich enthält. In diesem Fall kann man nicht wohl behaupten, daß eine Frage allemal frey stehe. Wer den andern um solche Dinge fragt, die die Ehre betreffen, der giebt durch dergleichen verfangliche Fragen schon zu verstehen, daß er des andern Tugend, Ehrlichkeit und Unschuld in Zweifel zieht, und dieses ist allemal als eine Beleidigung anzusehen, weil man dadurch jemand wegen gewisser Verbrechen oder anderer Laster und strafbaren Handlungen für verdächtig hält, ohne dabei zu bedenken, daß auch ein ungegründeter Verdacht fähig ist, einen Menschen bey andern seines Gleichen, um die gute Meinung zu bringen, in welcher er bisher gestanden ist 1). Es hat ein solches Bezeigen das Ansehen, als wollte man jemand zwingen, seine eigene Schande zu offenbaren.

1) *Hoppius de ioco cap. V. §. 17.*

§. 3. Aus diesem erhellet nunmehr, daß es nunmehr erlaubt sey, bey einem vorzunehmenden gerichtlichen Zeugenverhör den Zeugen ehrenrührige Fragestücke vorzulegen, so ihre eigene Person und Handlungen betreffen. Es ist dieses der Rechtsregel: daß niemand seine eigene Schande zu offenbaren schuldig sey, gänzlich zuwider. Der neuere Reichsabschied verbietet solches ausdrücklich, und es heiſet in demselben: Es sollen aber keine *interrogatoria criminosa et quae turpitudinem respondentis continent*, bey Straf nach Ermäßigung gesetzt, weniger er der Zeug darüber *examinirt* und angefragt werden 1).

Auch

~~Wenn~~ ~~ein~~ Richter ~~steht~~ eine Frage nicht ~~immer~~ frey,  
zumal wenn dieselbe in die Entscheidung der Hauptsache  
keinen Einfluß hat, und nur aus bloßer Neugierde  
oder Haß geschieht.

1) R. I. de 1654. §. 51.

## XXXII.

Einen Kuß in Ehren kann niemand verwehren 1).

### Anmerkung.

§. 1. Das Küssen gehört unter diejenigen Handlungen, welche theils als etwas unschuldiges, theils als etwas strafbares angesehen werden können, nach dem andere Umstände damit verbunden sind. Das gegenwärtige Sprüchwort handelt von dem erlaubten Küssen. Der Kuß ist allemal ein Zeichen der Freundschaft und des Friedens gewesen. Die ersten Christen empfingen einander mit dem Friedenskuß in ihren Versammlungen, und diejenigen, so aus der christlichen Gemeinde verstoßen, aber nachdem wiederum aufgenommen worden sind, empfingen bey ihrer Aufnahme, zum Zeichen der erneuerten Freundschaft und der Versöhnung, einen Kuß. Bey den alten Deutschen wurde die Versöhnung durch einen Kuß bekräftiget, und der Bräutigam durfte seine Braut öffentlich küssen, wenn dieselbe ihm einmal übergeben worden war 2). Auch wenn Fürsten ihres gleichen, oder ein Geringerer einen Vornehmen belehnte, so geschah die Belehnung bloß durch einen Handschlag, worauf von Seiten des Lehnherrns ein Kuß erfolgte 3). Von dem Küssen überhaupt und denen Feierlichkeiten, so durch einen Kuß bekräftiget worden, sind die unten angeführten Schriftsteller mit mehrerem nachzulesen 4).

(a) *Erhöhet auch nicht ein Sprichwort: Tamen laudat si frequenter est, welches Rissari in Thesaur. patoem. Cent. I. Nr. 16, erläutert.*

2) *Gundling de emione uxorum, Muller de osculo Sancto.*

3) *Buder in Amoenitat. jur. feudali n. 18.*

4) *Romanus de osculis. Otto in jurisprudent. Symbol.*

II XXX

§. 2. Hier wird von einem Ehrenfuß gehandelt, der zum Zeichen einer wahren Freundschaft, oder einer Auslösung, oder auch von Amtswegen, wie bei verschiedenen feyerlichen Handlungen noch gewöhnlich ist, jemand gegeben wird, und wozu man auch einen Fuß rechnen kann, welcher bei einem erlaubten und unschuldigen Spiel, wie bei dem Pfandspiel einem Frauenzimmer, gegeben wird. Ein solcher Ehrenfuß soll nicht als eine Beleidigung angenommen werden, weil ihn die Gewohnheit der Sitten und manchmal die Amtspflicht erfordern und erlauben.

§. 3. Es betrifft dieses Sprichwort vornehmlich das schöne Geschlecht, und besonders das unverheirathete Frauenzimmer, welches wider den Wohlstand handelt, wenn es von einem jeden sich fassen läßt 1). Die römischen Gesetze machen es zu einem Verbrechen, wenn man ein Frauenzimmer wider ihren Willen fasset, und sie verurtheilen denselben, denselben, welcher sich dergleichen unternimmt, gerichtlich zu belangen 2). Daß aber auch nicht nach denen deutschen Rechten in solchen Fällen eine Injurienklage statt finden sollte, daran darf man um so weniger zweifeln, da uns die alten Gesetzbücher der Deutschen belehren, wie scharf unsere Vorfahren solche Beschimpfungen bestraft haben, die dem Frauenzimmer zugesagt worden 3). Ein unzüchtiger Fuß, wodurch der Vasall seines Lehnherrns Gemahlin

müßten oder Tochter beleidiget, gehörte zu den Lehnsverbrechen, und wurde mit der Einziehung des Lehns bestraft<sup>4)</sup>. Das päpstliche Recht sieht denjenigen als einen Kirchenschänder an, welcher eine Nonne wider ihren Willen und mit Gewalt küßt. Wenn man inzwischen bedenket, daß von dem guten Namen der Hochachtung, Ehre, und äußerlichem Wohlstand verschiedener Menschen Glück abhänget, und dieses bey dem weiblichen Geschlecht besonders und mehr als bey dem männlichen, in manchen Stücken eintritt, so ist gar leicht zu sehen, warum der an einem Frauenzimmer, deren Glück auf den Wohlstand und guten Ruf einzig beruhet, verübte geringste Unthug, wodurch ihre Ehre beleidiget worden, weit schärferen Strafen angetworfen ist<sup>5)</sup>.

1) Einen mit Laune und Schalkhaftigkeit geschriebenen Aufsatz: von dem Rechte des Frauenzimmers gegen eine Mannsperson, die wider seinen Willen küßt; in den Beyträgen zu der juristischen Literatur in den Preussischen Staaten; 3te Samml. 2ter Theil, Nr. 1, S. 125. ff. Der V. giebt folgende Eintheilung von den Tugenden überhaupt: Ein Tugend ist entweder I) erlaubt, als A) ein geistlicher; B) zur Beförderung und zum Nutzen; C) aus Landessitte und Landesgewohnheit; theils a) zum Groß bey dem Vorgesetzten, zur Kunst und zum Vorgehen; b) aus Höflichkeit; c) aus Ehrer; D) aus Ehrerziehung; E) zur Feuersicherheit; F) aus reiner Zärtlichkeit a) zwischen Ehegatten; B) bey Verlobten; c) bey Eltern und Kindern; d) bey Anverwandten; e) bey guten und vertrauten Freunden. Oder er ist II) unerlaubt: als a) aus Falschheit, Bosheit oder Verrätherey; b) aus verbotener Wollust.

2) L. 1. §. 2. D. de injur.

3) Heineccius in element. jur. germ. Tom. II. Lib. II. §. 194.

4) 1. F. 5. „Feudum amittere debet. Idem si Fidelis „cucurbitaret Dominum, id est; cum uxore ejus „con-

concupierit, vel concumbere se exercuerit, aut cum ea turpiter luferit. D. 3.

5) Stryck de jur. Senf. Diff. VII. c. V. n. 10. Idem de alapa, c. 3. n. 5. D. 3.

### XXXIII.

**Wer ertappt wird, muß das Bad austragen.**

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist in diesem Sprüchwort die Rede von dem was Rechtens ist, wenn ihrer viele an einem Verbrechen Theil nehmen. In diesem Fall hat der belesigste Theil die Befugniß, wider einen jeden Theilnehmer, dessen er sich nur bemächtigen kann, eine gerichtliche Klage anzustellen, und demselben zu der Ersetzung des ihm zugefügten Schadens anstatt der übrigen quā zuhalten. 1). Es ist aber hierbey zu merken, daß, wenn der ertappte den Schaden gänzlich ersetzt, und keine Strafe erlegt hat, seine Mitgenossen zwar in Ansehung der Ersetzung, aber keinesweges in Ansehung der Strafe losgesprochen werden, sondern es muß ein jeder dennoch für seinen eigenen Muthwillen büßen 2). Dieses ist den deutschen Rechten und Gewohnheiten besonders gemäß, so wie man solches aus dem sächsischen 3), noch deutlicher aber aus dem schwäbischen Landrechte 4) ersehen kann.

1) L. 1. C. de condition. fortiv. Carpzov. Prax. crim. P. II. qu. 78. n. 35.

2) Schilter exercit. XIX. §. 7.

3) Lib. III. Art. 45.

4) cap. 174. Nach der Königsthalschen Ausgabe, Cap. 177. D. 3.

§. 2. In solchen wichtigen peinlichen Verbrechen, wo es nicht auf eine bloße Ersetzung des zugefügten Schadens

Gebühren ankommt; sondern die Rede zugleich von einer Strafe ist; geht es also nicht an, daß einer die begangene That allein über sich nehmen, und für die andern die Todesstrafe aussetzen sollte. Alle Theilnehmenden werden auf eine gleiche Weise bestraft, wenn sie mit vereinigten Willen das Verbrechen begangen haben, insofern ohne die vorhergegangene Einwilligung und Berathschlagung das Verbrechen vielleicht unternommen seyn würde, und es ist einem jeden zuzurechnen, wenn dasselbe erfolgt. <sup>a)</sup> hingegen ist es ausgemacht, daß die Theilnehmer an einem Verbrechen nicht auf eine gleiche Weise bestraft werden können, wenn keine Berathschlagung und Einwilligung in das Verbrechen vorhergegangen; sondern das Unglück von ohngefähr geschehen, in welchem Fall der Hauptthäter ausgemacht werden, und die Strafe nach Beschaffenheit der Umstände in Ansehung der andern Mithelfer eingerichtet werden muß.

<sup>b)</sup> *Grönius Dissert. de vera criminis socii notione.*

<sup>c)</sup> *Kressius ad C. C. C. Art. 148.*

### XXXIV.

Mit dem Tode bezahlt man alles.

#### Anmerkung.

§. 1. Zu diesem Sprichwort hat der Glossator über das sächsische Landrecht Gelegenheit gegeben, wenn er schreibt: mit dem Tode wettet man dem Richter und büßt dem Kläger 1). Wette, heißt es bey dem Verfasser des dem sächsischen Landrecht angehängten Wörterbuches, ist die Busse, die man dem Richter giebt, wegen einer begangenen Missethat; und die Busse bedeutet insbesondere dasjenige Geld, so ein Man in bürger-

gefalligen Sachen, die er verbüßet hat, gelien-  
migt. Man hat also mit diesem Spruchwort sagen  
wollen, daß, wenn der Riffelhäuslein mal hingeworfen  
worden, desselben hinterlassene Erben, wenn das von  
ihm dem beleidigten Theil zugesügten Schadens, mit  
weiteren Klagen versehen werden müssen. Man will  
damit besonders wegen des Verbockens des Diebstahls  
dafür halten, daß der Diebstahl durch die von dem  
Dieb erlittene Todesstrafe theuer genug bestraft sey,  
und es eine Unbilligkeit war würde, das zugesügte  
Diebes Erben noch durch Processiren zu hemmen. Das  
wird ein schlechter Trost für diejenigen Diebstahlten  
fordern sind, welche auf diese Weise ihre Güter in  
fremden Händen lassen müssen, wozu doch nach dem  
natürlichen Billigkeit ihnen der reichhaltigste Anspruch  
zustehet.

1) Lib. II. Art. 35. S. auch sächsisch Landr. B. 3.  
Art. 50. „Wo ein Mann seinen Leib oder seine Hand  
verletzt (mit ungerecht) er löse sich mit Wette oder  
„nicht, da darf er weder Wette noch Buße um geben.“  
Diese und ähnliche Stellen haben zu den angezeigten  
Sprüche Worte Anlaß gegeben, indem man sie nicht ge-  
hörig verstand. Wette nämlich im engeren Sinn zeigte  
eine Geldstrafe an, welche dem Richter gegeben wer-  
den mußte; hingegen Buße, oder Wehrgeld, wie  
man sie in peiml. Sachen eigentlich nannte, eine Geld-  
strafe, die dem beleidigten Theil zur Privatgenugthuung  
zuwenden wurde. Von der Wette s. Wol, als dem  
Wehrgelde finden sich schon beim Tacitus de m. G.  
Cap. 22. und 21. Spuren. Gebauer in vestigiis  
juris Germanici antiquissimi, B. 17, 18, und 19.  
hat die angezeigten Stellen aus dem Tacit. vortreflich  
erläutert. Diese Strafen betrachtete man als Mittel,  
den Verbrecher mit dem Staate und mit seinen Mit-  
bürgern wieder auszusöhnen. Sie fielen daher weg,  
wenn jemand an Leib und Leben gestraft wurde. S.  
Leupold's Gerichtsverfassung der Teutsch. S. 10.  
S. 25. Die Verbindlichkeit zur Schadenersetzung  
wur,



wurde aber keinesweges durch die Todesstrafe aufgehoben, wie solches aus dem Sachsenspiegel B. 2. Art. 31. deutlich erhellet, wo es heißt: „Wer durch Urteil und Recht oder vom Gerichtswegen seinen Leib verliert, sein nächster Erbe nimmt sein Gut. Diebsten und Raub, die man unter einem Manne findet, der zum Tode gerichtet wird, die sol der Richter halten Jahr und Tag. Ob sich da binnen niemand dazu zeucht, so lehre es der Richter in seinem Rath, forsten soll ers geben dems nachder.“ Noch deutlicher spricht sich hierüber der Schwabenspiegel Cap. 296. nach der Königsrathlichen Ausgabe: „Wer von gerichtswegen seinen Leib versaumet (verliert), der nächster erben erbent sein gut. Dem Richter soll seines guts nicht wenden, wann über ihn gerichtet ist, als recht ist. Hat er des Klägers gut icht inne. Ist es do ze geringem, man sol es im wider geben. Und hat er es verthan, man sol im es geben, und zwifaltig gelten von dem got das er hinder im gelassen hat.“ Die doppelte Ersetzung des Werths der gestohlenen oder geraubten und veräußerten Sache, deren der Spiegel am Ende gedenkt, halte ich nicht sowohl für eine eigentliche Buße oder Wehrgeld, als nur für eine Ersetzung des Interesses, welches der Eigenthümer daran hat, die gestohlene oder geraubte Sache nicht selbst wieder erhalten zu haben.

§. 2. Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Spruchwort sich auf eine Unbilligkeit gründet, und wenn gleich einige berühmte Rechtslehrer es für höchst unangenehm und grausam achten, einen Dieb an Leib und Leben zu bestrafen, und zugleich von demselben oder seinem Erben die Ersetzung des Schadens zu verlangen 1), so ist doch diese vermeinte Unbilligkeit in der bloßen Einbildung nur gegründet. Es ist vielmehr dem Rechte der Natur und der Billigkeit gemäß, daß ein Missethäter nicht allein den verursachten Schaden ersetze, sondern auch wegen des dem gemeinen Wesen gegebenen Vergernisses eine öffentliche Strafe ausstehe 2). Denn



hat der Verbrecher sich wider die Gesetze vergangen, und andern Schaden zugefügt, so ist er auch schuldig, den Schaden zu ersetzen. Er bleibt, so lange dieses nicht geschieht, des beleidigten Theiles Schuldner, und hieraus folget deutlich, daß man wegen einer jeden begangenen Uebelthat, sowohl auf die Ersetzung des Schadens, als auch auf die Strafe dringen könne, und mit dem Gölse nicht alles bezahlt werde.

1) *Carpzov.* Quaest. crim. 80. n. 111. *Philippi* deo 86. obs. 1. n. 16. Den ersteren hat *Huberus* in praelection. ad tit. D. de furtis §. 6. gründlich widerlegt, und *Boehmer* ad *Carpzov.* ad q. 80. obs. 10. d. 5.

2) *Loyfer* Sp. 149. m. 4.

§. 3. Soll von diesem Sprüchwort einiger Gebrauch gemacht werden, so kann es nur von den Gerichtskosten und was etwa auf die Vollstreckung des Todesurtheil aufgegangen, verstanden werden 1). Die Klage gegen des Verbrechers Erben wegen Ersetzung des zugefügten Schadens, kann nur alsdenn nicht stattfinden, wenn ein Landesgesetz oder Gewohnheit desselben Gebrauch bestätigt hat, wie solches von den Ländern bekannt ist, wo das sächsische Recht gilt 2). 2

1) Art. 104. C. C. C. ibique *Kressius* §. 15. n. 4.

2) In Chursachsen ist durch eine ausdrückl. Verordn. vom 17. Jul. 1719. (in C. A. T. I. S. 1902.) der Gebrauch dieses Sprüchwortes abgeschafft worden. d. 5.

## XXXV.

**Der Tod hebt alles auf.**

### Anmerkung.

§. 1. Die Anwendung von diesem Sprüchwort, kann auf alle Verbindlichkeiten gemacht werden, in welchen

Wenn ein Mensch in seinem Leben gestanden ist, so wird er mit demselben Tod aufgehoben werden. Hieher gehören besonders diejenigen Contracte, welche man mit solchen Personen eingegangen, die man sich des besondern Vertrauens halber erwählet, wie wir an der Auftragsung eines Geschäftes, Errichtung einer Gesellschaft und dergleichen sehen, als welche man nicht nöthig hat, mit den Erben des Verstorbenen fortzusetzen. Der Mensch verlieret ebenfalls alle Rechte und Befugnisse, so er auf der Welt gehabt, wenn der Tod seinem Leben ein Ende macht, und nur solche Verbindlichkeiten fallen auf die Erben, wenn jemand dem andern von dem Seinigen etwas zu leisten schuldig ist.

§. 2. Wir können aber auch dieses Sprüchwort besonders von dem Fall verstehen, wenn jemand einer Missethat halber, sich eine peinliche Untersuchung zu gezogen, und vor derselben Endschafft verstorbet, daß alsdenn auch an dem todten Körper keine Strafe weiter vollzogen werden könne, sondern durch den Tod die weitere Untersuchung sowol, als auch die bereits zuerkannte Strafe aufgehoben werde. Denn gehen mit dem Verlust des Lebens alle Güter, die ein Mensch in Ansehung seines Leibes und des Glückes in der Welt besessen, unter, so kann nicht wohl eine Strafe mehr nach dem Tode statt finden, als welche eigentlich in der Beraubung eines Gutes, so unsern Leib oder Glück betrifft, besteht.

§. 3. Aber es leidet dieses Sprüchwort dennoch eine Ausnahme, so daß man nicht sagen kann, daß mit dem Tod alles aufgehoben werde, sondern es finden auch noch manchmal Strafen nach dem Tode statt. Wir können hieher solche Strafen rechnen, die in der Beraubung gewisser Rechte und Vorzüge bestehen, so einem jeden Menschen zukommen, dergleichen ein Schimpf,

schimpfliches, oder unehrliches Begräbniß ist. Die Ehre der Menschheit erfordert, daß man auch den Verstorbenen noch gewisse Pflichten erweise. Diese können einem Menschen nach seinem Tode noch entzogen werden, und denn heißt man sie billig eine Strafe. Das sogenannte Eiselbegräbniß, die Nichterfüllung des letzten Willens, die Errichtung einer Schandhülle, die Vertilgung des Namens und Andenkens sind alle mit einander von der Beschaffenheit, daß sie auch einem Missethäter noch nach seinem Tode können angethan werden.

§. 4. Es wird auch diese Strafe oftmals wegen der Schwere des Verbrechens nicht aufgehoben, wenn der Missethäter verstirbt, nachdem schon dasselbe bekannt, oder bereits überwiesen gewesen, und schon zum Tode verdammt worden war 1). In solchen schweren Verbrechen, als der Hochverrath, das Verbrechen der beleidigten Majestät und dergleichen, pflegt man die Körper der verstorbenen Missethäter öffentlich aufzuhängen, auf das Rad zu flechten, oder zu verbrennen, oder die Strafe an den Körper so zu vollziehen, als der Verbrecher sie würde haben ausstehen müssen, wenn er das Leben behalten hätte. So werden auch diejenigen, so sich aus Verzweiflung das Leben nehmen, allemal noch nach ihrem Tode bestraft, und besonders eines ehrlichen Begräbniß beraubt 2).

1) S. Quistorp Grundr. des deutsch. peinl. R. Th. 2. §. 361. d. 2.

2) Croll de jur. manuum et poenis.

## Sechste Abtheilung

von den

## Gerichten, Proceß und Urtheilen.

I.

## In bürgerlichen Sachen.

I.

Wer dich richtet ist dein Herr.

Anmerkung.

§. 1.

Es folgen nunmehr einige Sprüche, so zur Erläuterung des Gerichtswesens in Deutschland gehören. Die alten Deutschen sind zwar keine Liebhaber von langwierigen Processen gewesen, allein sie hatten doch auch ihre Gerichte gehabt 1). Diese Gerichte sind von verschiedenen Gattungen gewesen, als Heilige, Bürgerliche und Kriegogerichte. Sie wurden in dem freien Felde oder sonst an öffentlichen Orten bey gewissen dazu ausgesuchten Wahlstätten gehalten. In wichtigen und besonders peinlichen Sachen, rufte man die ganze Gemeinde zusammen. Ueberhaupt aber war in den Gerichten eine vorstehende Person nebst ihrem Amtsverwalter und Beisitzer, zu welchen Aemtern die Aeltesten aus dem Volke erwählt worden sind. Unter den Franken gieng mit der Gerichtsverfassung eine Veränderung vor. Die Könige und Kaiser, richteten selbst an ihren Höfen, in den Provinzen führten die Herzoge das Regiment, die Pfalzgrafen

großen hatten, in solchen Sachen die Gerichtsbarkeit, so des Kaisers Kammergüter betrafen, außerdem sind noch andere geringere Richter vorhanden gewesen. Diese Gerichtsverfassung wurde sehr verändert, nachdem die Stände des deutschen Reichs die Landeshoheit erhalten, ja die Einführung des römischen Rechts, und die Einrichtung des Kaiserlichen Kammergerichts hat nicht weniger eine Aenderung veranlaßt. Mehreres von der ehemaligen Gerichtsbarkeit der Deutschen anzuführen, würde überflüssig seyn, nachdem verschiedene gelehrte Männer umständlich davon gehandelt haben 2).

1) Tacitus de M. G. cap. 12.

2) Conring de judic. reipubl. german. Kressius de variis jurisdict. criminal. in german. generibus. Pufendorff de jurisdict. germanica. Hauschild von der Gerichtsverfassung der Deutschen, und J. E. Maerler's Geschichte und Verfassung der Rechtspflege und Processform in bürgerlichen Sachen bey den alten Deutschen und Sachsen. Leipz. 1790. b. 5.

§. 2. Die Gerichtsbarkeit über die Unterthanen, gründet sich auf die Rechte der Landeshoheit, und das wahre Wohl eines jeden Landes erfordert es, daß Gerichte angeordnet, und mit geschickten Personen besetzt werden, damit den Streitigkeiten und Klagen der Unterthanen auf eine baldige Weise abgeholfen werden möge. Da nun aber der Kläger den Beklagten in seinem Gerichtszwang belangen muß, und hierzu erfordert wird, daß der Richter zugleich das Recht besitze, denjenigen zu zwingen, welcher seinem Ansehen und Verordnung sich widersezt, so ist nöthig, daß die Klage bey derjenigen Obrigkeit angebracht werde, unter deren Gerichtsbarkeit der Beklagte seine Wohnung hat, oder die Sache, so jemand in Anspruch nimmt, gelegen ist. Das angeführte Sprüchwort soll daher

angeh.

anzeigen, daß, weil man den Gerichtsstand, welchen man unterworfen ist, zum Nachtheil der Obrigkeit nicht entsagen kann. 1), nothwendig folge, daß der Richter zugleich des Beflagten Obrigkeit sey. Dieses läßt sich insonderheit von den Gutsherrn sagen; so auf ihren Dörfern mit der Erbgerichtsbarkeit versehen sind, und deren Unterthanen den Landesherrn zwar unterworfen, aber auch zugleich den Gutsherrn wegen der ihm zukommenden Gerichte als ihren Erbherrn erkennen müssen.

1) u. *Leyser* Sp. 67.

§. 3. Inzwischen macht die ungleiche Verfassung des Gerichtswesens in Deutschland, wie auch die verschiedene Eintheilung der Gerichtsbarkeit, daß dieses Sprächwort nicht durchgängig in dem Verstande angenommen werden kann. Wie viele Beispiele findet man nicht in Deutschland, daß ein Landesherr in eines andern Gebiete die Gerichtsbarkeit, vermöge eines Vertrages oder als eine Lehnbarkeit ausübet 1), oder daß einer die hohe Landesobrigkeit, der andere den Wildbann, ein dritter die peinliche Gerichte und so weiter in einem Gebiete besizet.

1) *Hildebrand* de jur. regal. in alieno territor. superioritatem non inferente.

## II.

**Botmäßigkeit ist nicht flugs Gerichtsbarkeit.**

### Anmerkung.

Unter der Botmäßigkeit wird diejenige Gerichtsbarkeit verstanden, so jemand von Amtswegen fährt, und die denen in den Städten und auf den Dörfern von dem Landesherrn bestellten Richtern zukommt.

kommt 1), dahingegen die Gerichtsbarkeit von dem Landesherrn und denen Erbherren zustehenden Gerichtsbarkeit zu verstehen ist, überhaupt aber damit so viel gesagt werden soll, daß die anvertraute Verwaltung des Richteramtes den Beamten nicht berechtige, die seinem Gerichtszwang unterworfenen Personen, als seine Unterthanen zu betrachten. Es wird aber auch zugleich dergleichen Amtsrichtern gezeigt, daß sie die Grenzen ihres Amtes nicht überschreiten sollen, welches allezeit geschieht, so oft sie den ihrer Gerichtsbarkeit untergebenen Unterthanen solche Dinge auflegen, welche wol ein Regent, nicht aber der Richter fordern kann 2).

1) *G. Heltius* Glossar. med. aevi unter dem Worte *Bornmäßigkeit*. D. 6.

2) *Christ. Thomasi* diff. de jurisdictionis et magistratum differentia secundum mores Germanorum. Hal. 1703. D. 5.

### III.

So weit die Flur geht, so weit geht auch das Gericht.

#### Anmerkung.

§. 1. Es bedeutet das Wort Flur im engeren Verstande einen gewissen Theil von Ländereyen, so zu einer Stadt oder Dorf gehören, als z. B. die Sommerflur; die Winterflur. Im weitläufigen Verstande heisset es so viel, als der ganze Bezirk von Ländereyen, der die Feldmark einer Stadt oder eines Dorfs ausmacht, und aus Wechern, Pflanzungen, Wiesen, Weinbergen und dergleichen besteht 1). Man versteht demnach die Markung eines Ortes darunter, welche auch das Weichbild, das Reich genennet wird 2). Das  
Spruch

**Spruchwort** selbst ist deutlich zu verstehen, und enthält eigentlich nichts anders in sich, als daß die Obrigkeit einer Stadt oder eines Dorfes die Gerichtsbarkeit binnen dem ganzen Bezirke, der zu einer Stadt oder einem Dorfe gehört, ausüben kann.

1) **Einrich vom Starrecht.**

2) **Ludolf T. III. observat. forens. p. 414.**

§. 2. Es läßt sich aber gegen dieses Spruchwort verschiedenes einwenden. Denn es gibt sowohl Städte als Dörfer, binnen deren Bezirk ein anderer die Obrigkeit verwaltet. Manchmal ist die Strafengerichtsbarkeit davon ausgenommen 1). Ist aber ein Zweifel vorhanden, ob einer Stadt die Gerichte so weit zuzukommen, als verfahren Grenzen gehen oder nicht, so wird doch das erstere allemal so lange vermuthet, so lange das Eigenthum noch unermittelt ist 2).

1) Der Regel nach wird vermuthet, daß, wenn jemand von der Gerichtsbarkeit über einen gewissen District vertrieben worden ist, darunter die Gerichtsbarkeit über die Herrschaft nicht mit begriffen sey. **E. Ritters Grundr. des allg. deutsch. Privatre. §. 129. und die dafelbst angeführten Schriftsteller. D. 4.**

2) **E. meinen Versuch einer Anleitung zum deutschen Recht, und Bürgerrecht §. 20. und die dafelbst angef. Schriftst. D. 4.**

#### IV.

**Wo einer Recht fordert, da soll er Recht pflegen.**

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Spruchwort handelt von der **Wiederverklage**, und sagt an, daß der Kläger vor eben demselben Gerichte, bey welchem er seine Klage angebracht hat, auch auf die **Wiederverklage** sich einlassen müsse.



müsse. Die alten Deutschen wußten schon von der Wiederklage, sie war aber nur in Sachen, so mit der Hauptklage einen Zusammenhang hatten, gewöhnlich. Sowol das sächsische, als auch das schwäbische Landrecht, aus welchen dieses Sprüchwort hergenommen, kommen darinnen überein 1). Nur wegen der Geistlichen findet sich ein Unterschied, indem das schwäbische Landrecht ausdrücklich an dem angeführten Orte erfordert, daß die Wiederklage gegen einen Geistlichen vor dem geistlichen Gerichte angebracht werden müsse, das hingegen der Glossator des sächsischen Landrechtes 2) hinzu setzt: Siebey aber wisse dieses, daß in der Wiederklage muß auch ein Bischoff vor einem Schultheissen zu Rechte stehen und der Baiten Urtheil leiden, vor den er zuvor geklagt hat.

1) *Ius prov. Sax. L. I. Art. 61. und L. III. art. 79.* In dieser letztern Stelle heißt es: „Wo der Mann klagt, da muß er wieder antworten, ob man wieder auf ihn klag, ohn zu Kampffwarz;“, d. i. wie die Glosse sagt, „nur nicht zur peinlichen Klage.“ Nach dem teutschen Rechte mußte nemlich ein Verbrechen bey dem Gerichte angeklagt werden, in dessen Gerichtsbezirke dasselbe begangen war. *S. Pufendorf de jurid. germ. P. I. c. IV. §. 86. S. 103. — Ius prov. Suer. c. 87. nach der Königsthalischen Ausg. c. 69. D. 4.*

2) *Lib. II. Art. 12.*

§. 2. Daß die Wiederklage heut zu Tage vor demjenigen Gerichte angestellt werden müsse, bey welchem die Hauptklage angebracht worden, ist außer allen Zweifel gesetzt. Was aber die Geistlichen anbelangt, so ist es heut zu Tage ausgemacht, daß gegen einen Geistlichen die Wiederklage vor einem weltlichen Gerichte angestellt werden könne, wenn derselbe bey einem weltlichen Gerichte zuvor jemand belanget hat.

Und

Und ob wol einige eifrige Ausleger des päpstlichen Rechtes diesem widersprechen, so ist doch ihrer Meinung der Gerichtsbrauch entgegen. Das einzige, was nur zum Voraus zu setzen ist, besteht darinnen, daß die Wiederklage eine weltliche Sache zum Vorwurf haben muß. Betrifft sie eine Sache, so unmittelbar vor die geistlichen Gerichte gehört, und worinnen der weltliche Richter nicht erkennen kann, so muß sie auch beglaubigtem angebracht werden 1).

- 1) G. G. L. Boehmeri principia juris canonici §. 696. und die daselbst in der Note b. angef. Schriftst. d. 4.

## V.

Wer nicht thun kann, was die Leute verdrießt,  
gibt keinen Schützen.

### Anmerkung.

§. 1. Hier ist die Rede von dem Amt eines Schützen, und besonders von denen damit verbundenen Besorglichkeiten. Das Wort Schuldheiß hat mancherley Bedeutungen. In den älteren Zeiten wurde derjenige von den Besitzern oder Schöffen, der Schuldheiß genennet, welchen der Voigt zur Vollstreckung der gerichtlichen Hülfe abordnete. Er hat deswegen von dem Wort Schuld und heißen seinen Namen erhalten, indem das Wort Schuld nicht nur dasjenige bedeutet, was wir überhaupt darunter verstehen, sondern auch so viel als eine vermüthete Strafe heisset 1). Es wird aber auch bald ein Stadtrichter, bald ein Dorfrichter darunter verstanden. Denn es ist bekannt, daß die Kaiser ehemals die Städte durch einen Voigt und Schuldheiß regieren ließen. Jener war vornemlich über das Gericht gesetzt, dieser mußte die dem Kai-  
ser

fer zukommende Steuern beztreiben und die Vollstreckung der gerichtlichen Hülfe besorgen. Die Zeit hat hierinnen vieles geändert, nachdem durch die entstandene Landeshoheit die Stände des Reichs, Deutschland ein anderes Ansehen erhalten. Die Dorfschulzen werden noch häufiger angetroffen, aber es giebt derselben verschiedene Arten. Bald werden adeliche Gerichtshalter darunter verstanden, bald ein Bauer, welchem verschiedene Verrichtungen aufgetragen worden 2), und der in unsern Gegenden ein Bauermeister genennet wird.

1) *Hartung* de Scultet. *Heimbürg.* de Scabin. *Specht* de Scultet. et Scabin.

2) *Estor* teutsche Rechtsgelahrtheit, 2ter Theil, §. 5059. — Die Dorfschulzen, Bauermeister, Heimbürger, sind eigentlich Vorsteher einer Dorfgemeinde und müssen für das gemeinsame Beste derselben sorgen. Meistens sind sie aber zugleich auch Diener des Gerichtsherrn, und werden in gerichtlichen Angelegenheiten mit gebraucht. In diesem letztern Falle hat der Regel nach der Gerichtsherr das Recht die Bauermeister zu wählen. Im erstern Falle hingegen hat, wie ich glaube, die Gemeinde die Vermuthung so lange für sich, das Wahlrecht ausüben zu dürfen, bis eine gegenseitige Observanz erwiesen worden ist. Diese beiden Fälle scheint mir Struben in den rechtl. Bedent. Th. V. B. 23. §. 47. ff. nicht hinlänglich genug von einander abgesondert zu haben. Am und wieder ist das Amt eines Dorfschulzen ein Lehn, und pflegt alsdenn das Lehnschulzengericht genannt zu werden. *Wildvogel* de feudo scultet. in *Jenichen Thesaur. jur. feud.* T. 3. §. 192. ff. d. 5.

§. 4. Von diesem letzteren scheint das angeführte Sprichwort zu handeln. Denn das Amt dieser Dorfschulzen ist mit vielen beschwerlichen und verdrießlichen Verrichtungen verbunden, welche dergleichen Leuten bey

bey andern einen Haß und Feindschaft leichtlich zuziehen können. Er muß die Bauern zusammen berufen, denenselben die Landesherrlichen Verordnungen bekannt machen, die im Dorf und auf desselben Feldmark begangene Verbrechen anzeigen, dahin sehen, daß die Herrendienste zu rechter Zeit geleistet werden, die rückständigen Zinsen und Geldstrafen betreiben, die Grenzen der Dorfflur genau beobachten, und was dergleichen mehr ist 1).

1) *Leiser* jur. georg. III. 5. und Westphal im deutschen und reichsständischen Privatr. Th. I. Abh. 27. §. 1. und 2. S. 243. ff. D. 5.

§. 3. Der Verstand von diesem Sprüchwort gehet demnach dahin, daß dergleichen Schulzen bey der Verrichtung ihres Amtes nicht auf dasjenige hören sollen, was übelgesinnete Leute von ihnen sprechen, und daß derjenige, welcher zum Mitleiden gar zu sehr geneigt ist, ein dergleichen Amt nicht übernehmen müsse, dessen Verrichtung manchmal Verfolgung nach sich ziehet. Daß ferner ein Schulze, wenn er denen Bauern verdriessliche Nachrichten bringen, rückständige Zinsen betreiben, die Urtheil vollziehen muß, sich an die Klagen und Beschwerden der Leute nicht kehren, sondern sein Amt ohngehindert verrichten, oder wie man auch in einem andern Sprüchwort zu sagen pfleget: **Er hat Schulzen Ohren**, sich so stellen soll, als ob er dergleichen nicht höret. Alles dieses kann von einer jeden andern Obrigkeit auch gesagt werden, welche bey dem gerechtesten Urtheil, so sie in einer Sache abgefaßt, doch nicht immer den Unwillen desjenigen Theils vermeiden kann, gegen welchen dasselbe ausgefallen ist.

## VL

**Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter.****Anmerkung.**

Dieses Sprüchwort, so aus dem sächsischen Landrecht hergenommen 1), ist auch in dem römischen Rechte gegründet 2), und es soll so viel anzeigen, daß der Richter nicht schuldig sey, jemand zum Klagen zu zwingen, oder ohne vorher angebrachte Klage, sein richterliches Amt in einer Sache zu verwalten. Es sind aber doch in dem römischen Rechte verschiedene Fälle ausgenommen, in welchen ein Richter auch ohne vorhergegangene Klage jemand auch in bürgerlichen Sachen vor sein Gericht ziehen kann, wovon die Sachen der vater- und mütterlosen Waisen, imgleichen der elenden Personen zum Beweis dienen 3). Und was insbesondere die Verbrechen anbelangt, so ist es der Obrigkeit Pflicht, eine Untersuchung anzustellen, wenn auch gleich kein Kläger sich gemeldet 4). Ja selbst das römische Recht hat bei gewissen Verbrechen den Obrigkeiten solches auferlegt 5).

1) Lib. I. Art. 62.

2) L. 4. §. 8. D. de damno infecto. L. 6. §. 2. D. de munerib. et honorib.

3) L. 3. §. 4. D. de suspect. tutor. L. 9. §. 5. D. de officio praefecti.

4) So gegründet dieses nach der heutigen Gerichtsverfassung ist, so läßt sich doch nicht behaupten, daß in der Stelle des Sachsenspiegels, woraus dieses Sprüchwort genommen worden ist, die Regel; Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter; nur auf bürgerliche Sachen eingeschränkt worden sey. Es behauptet zwar Hertius Lib. I. par. 16. in Opusc. V. II. T. III. S. 278. daß in dem angezeigten Sprüchworte nur von den bürgerlichen Klagen, oder von der Privatgenugthuung in peinlichen Fällen die Rede sey. Allein die ange-

angeführte Stelle aus dem Sachsenspiegel redet allgemein und schränkt die in unserm Sprüchwort enthaltene Regel nicht auf die bürgerlichen Sachen ein. Es bedient sich zwar der Spiegler des Wortes: *Klage*; welches jetzt nur bey bürgerlichen Sachen gebraucht wird. Allein im Sachsenspiegel werden die Wörter: *Klage* und *Anklage*, *Kläger* und *Ankläger* als gleichbedeutend gebraucht. Es kommt noch hinzu, daß der Artikel, woraus dieses Sprüchwort genommen ist, von den peinlichen Klagen redet, und daher um so mehr die bemerkte Regel nach den Grundsätzen des Rechts aus dem Mittelalter auch von peinlichen Sachen verstanden werden muß. S. *Gebauer* in *vestigiis jur. Germ. antiquiss.* nr. 18. und 19. *Kreyer* *Nebenstunden*, S. 30. ff. D. 4.

5) L. 3. D. de offic. praesid.

## VII.

Eines Mannes Red, eine halbe Red:  
Man verhör sie alle beed.

### Anmerkung.

Wenn *Zertius* 1) und *Vistorius* 2) dieses Sprüchwort von der Unzulänglichkeit eines einzigen Zeugens verstehen, so ist diese Auslegung, in Ansehung des ersten Satzes gar wohl zuzulassen, allein man wird alsdenn nicht wohl den andern Satz verstehen können. Ich halte dafür, daß dieses Sprüchwort eine Lehre für den Richter in sich enthält, welcher dadurch erinnert werden soll, daß er des Klägers Worten und Anbringen nicht so schlechterdings trauen, und was in der Klage vorgetragen worden, als wahr annehmen, sondern auch den Beklagten dagegen hören, und nicht nach einem einseitigen Vortrage ein Erkenntniß abfassen soll. Es ist dieses um so wahrscheinlicher, da man findet, daß die alten deutschen Gesetze vieles zu dem Wort

Vorthail des Beklagten verordnet, und überhaupt die billige Meinung angenommen hatten, daß man demselben nichts abschlagen soll, was er nur immer zu seiner Vertheidigung verlangen mag 3).

1) de paroem. jur. Lib I. par. 60.

2) in thesaur. paroem. Cent. VIII. nr. 70.

3) Heineccius in element. jur. german. Tom. II. Lib. III. §. 160. seqq.

## VIII.

Es ist besser ein magerer Vergleich, denn ein feistes Urthel.

### A n m e r k u n g.

§. I. Ist jemals ein Volk auf dem Erdboden gewesen, so einem größeren Abscheu gegen das langwierige Processiren gehabt, so muß man dieses von den alten Deutschen mit Recht sagen. Ihnen war nichts verhaßter, als das gerichtliche Streiten gewesen, und daher beflissen sie sich, die entstandenen Irrungen auf das baldigste durch einen gütlichen Vergleich beizulegen 1). Diese Neigung ist mit der Zeit immer fortgepflanzt worden. Man erwählte lieber vorher Friedensrichter, ehe man den Ausgang des Streites auf den richterlichen Ausspruch ankommen ließ. Dieses beweisen so viele Verträge, welche große Prinzen unter sich errichtet haben, vermöge deren sie sich Schiedsrichter erwählten, welchen sie die Güte unter ihnen zu stiften aufgetragen. Es beweisen solches fast alle Gerichtsordnungen 2) und selbst die Reichsgesetze verordnen, daß man vor allen Dingen unter den Warthenen die Güte pflegen solle 3).

1) Conring de veter. German. judic. §. 18.

2) Brandt

2) *Brandt de amicae inter litigantes compositionis tentamine* Cap. III, §. 14.

3) *Idem* l. c. §. 14. R. I. de 1654. §. 110.

§. 2. Es werden demnach in diesem Spruchwort die Vortheile, so mit einem Vergleich verbunden sind, dargestellt, und es soll den streitenden Theilen zu einem Bewegungsgrunde dienen, den ihnen vorgeschlagenen Vergleich anzunehmen, und die Güte dem Streit vorzuziehen. Der ungewisse Ausgang einer zweifelhaften Rechtsache, der Aufwand vergeblicher Unkosten, die zu befürchtende Verzögerung, und mehrere Umstände, sind Ursachen genug, einen geringen Vortheil, den man durch den Vergleich erhalten kann, dem Verluste vorzuziehen, welchen man durch einen langwierigen und kostbaren Proceß befürchten muß, der endlich jemanden gar in die äußerste Armuth stürzen kann. Wie glücklich ist ein Richter, nicht, wenn er unter den Partheyen in einer dunklen und zweifelhaften Sache die Güte zu Stande bringet, und sie von den Beschwerlichkeiten des Processes befreiet. Es ist die Pflicht gewissenhafter Beysände zu der Güte zu raten, und man trifft in verschiedenen Ländern, als in Sachsen, dergleichen an, aber der Rath muß nicht so wie derjenige beschaffen seyn, den jener Alte bey *Hagedorn* giebt. 1):

Ist eure Sache gut: so schreitet zum Vergleich;  
Und ist sie schlimm; mein Herr, so rechet.

Sonst pfleget man auch zu sagen: Wer will hadern um ein Schwein, der nehme eine Wurst und laß es seyn.

1) Siehe desselben poetische Werke im zweyten Theil, S. 116.



## IX.

**Es ist besser ein halb Ey, als eine ledige Schale.**

## Anmerkung.

Es ist dieses Sprüchwort mit dem vorhergehenden von einerley Bedeutung, und gehet auch dahin, daß man einen göttlichen Vergleich allemal einem festbaren Proceß vorziehen soll. Die Erfahrung ist für die darin enthaltene Wahrheit Bürge.

## X.

**Laß dich in kein Compromiß, du verlierst die Sach,  
Das ist gewiß.**

## Anmerkung.

§. 1. Daß bey den Gothen es schon gewöhnlich gewesen, Schiedsrichter zu erwählen, und vermöge eines errichteten Vertrages denenselben die Entscheidung einer Streitsache aufzutragen, bezeuget unter andern das Gesetzbuch der Westgothen 1). Es ist aber wahrscheinlich, daß auch bey den übrigen deutschen Völkern eine gleiche Gewohnheit beobachtet worden. Man darf nur, um davon überzeugt zu werden, bedenken, daß die alten Deutschen Feinde von langwierigen Processen gewesen, und das Erscheinen vor dem Gerichte für einen ihrer Freiheit unanständigen Zwang hielten. Witten in den unglückseligen Zeiten des Fausts und Kolbenrechts, und der Befehdungen, fanden sich doch noch immer vernünftige Leute, welche ihre gute Freunde zu Schiedsrichtern erwählten 2), die man Austräge nannte, indem Austrag oder Ustrag eine Entscheidung bedeutet, und wenn diese Austräge sich nicht vergleichen konnten, so wählten sie noch einen Obmann

mann 3). Diese sind in den unruhigen Zeiten des dreizehnten Jahrhunderts die Zuflucht der streitenden Theile gewesen.

1) L. Willigoh. Lib. II. tit. I. §. 14.

2) *Dattius* da pace publ. Lib. I. cap. 27. n. 57. Auch  
J. Pütter historische Entwicklung der heutigen Staats-  
verfassung des teutschen Reichs, Th. I. S. 213. ff.  
d. 6.

3) *Boechmer* de Super. arbitria.

§. 2. Das Recht Schiedsrichter oder sogenannte Austräge sich zu erwählen, ist nachher, unter diejenigen Freyheiten und Gerechtigkeiten gerechnet worden, welche den Reichsständen zukommen, so daß, wenn dieselben unter sich Streitigkeiten haben, die Austräge als die erste Instanz angesehen werden, deren es wiederum verschiedene Gattungen giebet, indem einige nach eigenem Gefallen der Reichsstände erwählet, und in Bundes- Erb- Stamm- und Hausausträge eingetheilet werden 1). Andere heißen gesetzliche Austräge, welche durch die Reichsgesetze verordnet, und denn giebt es Privilegirte, so durch ein Kaiserliches Privilegium herkommen 2), und dergleichen sollen nur den Churfürsten, Fürsten und Fürstenmäßigen Reichsständen sich zu bedienen frey stehen, nicht aber den Reichsstädten 3), wenn sie nicht ausdrücklich dieses Recht erhalten. Die Prälaten, Grafen, Freyherrn, genießen des Rechts der Austräge, wenn der Kläger höher oder mit ihnen gleichen Standes ist. Die Beschwerden; so die Reichsgrafen der Austräge halber geführt, sind noch nicht entschieden 4). Willkührliche Austräge können nur die unmittelbare Reichsstände unter sich errichten, welches auch ohne Kaiserliche Einwilligung geschehen kann 4).

1) *Schroer*

- 1) *Schroeter* de aufregis conventional. *Heitmann* de aufreg. conventional Ganerbior. Auch f. *F. D. Haebelin* diff. de Auftraegis generatim nec non de jure Auftraegarum S. R. I. Lib. Civit. Ulmanae specialim, Sect I §. 8. ff d. 4.
- 2) *Stryck* de aufregis. *Pütter* am a. O. S. 320 ff. d. 4.
- 3) Bergeblisch haben sich die Reichsstädte bis jetzt um das Recht der Austrägal-Instanz bemüht. Von ihren deswegen auf dem Wahltag R. Joseph II. geschehenen Vorstellungen, f. *Moser* Reichstagshandbuch, Frankf. 1768. S. 14. Einzelne Reichsstädte genießen indess vermöge besonderer Privilegien das Recht der Austrägalge, wie z. B. Ulm vermöge eines Privilegiums R. Sigismund vom J. 1433. S. *Haebelin* am angef. O. Sect II. per tot. Augsburg vermöge eines Privilegiums Rudolph II. vom J. 1606. S. *C. F. Haebelin* diff. de Auftraegis privilegiatis liberae S. R. I. Civitatis Augustae Vindelicor. Erlangae 1781. Ueberhaupt handelt von dieser Materie *C. F. Haebelin* in program. de causis ex quibus liberae S. R. I. civitates iure Auftraegarum legalium sint exclusae. Erlang. 1781. d. 4.
- 4) *Moriz* von den Austrägalen der unmittelbaren Grafen des Reichs gegen mittelbare Kläger. *Repertorium iur. publici et feudat. voo. Austräge.*
- 5) *Struvius* de foro aufregan.

§ 3. Ob nun wol die höchsten Reichsgerichte verbunden sind, auf die Austräge, von welcher Art sie auch immer seyn mögen, zu sehen 1); so haben doch die Reichsstände mehrmals Beschwerden geführt, daß von denselben nicht auf die Austräge gesehen werde 2). Man hat sich wegen der Fälle, welche für die Austräge gehören, nicht vergleichen können. Die Unkosten, so zur Errichtung eines Austrägalgerichtes erfordert werden, haben auch gemacht, daß man die Austräge verhaft zu machen gesucht hat. Es ist daher wahrscheinlich,

lich, daß dieses Sprüchwort in neuern Zeiten in dieser Absicht erst ausgedacht worden, und man damit nichts anders sagen wollen, als daß man lieber sogleich an die Reichsgerichte sich mit seiner Klage wenden soll 3). Andere 4) behaupten, man habe durch dieses Sprüchwort denjenigen, so eine schlechte Sache haben, die Warnung geben wollen, keinen Schiedsrichter anzunehmen, weil derselbe auf eine baldige Weise die Sache zu endigen suchet, und man daher keine Hoffnung hat, den Proceß in die Länge zu spielen. Andere behaupten, daß, weil es eine sehr müßliche Sache ist, einen Schiedsrichter anzunehmen, und man vorher nicht wissen kann, ob derselbe auch die erforderliche Eigenschaften besitze, ein gründliches Urtheil abzufassen, so sollte damit angezeigt werden, daß man bey Annahme eines Schiedsrichters allemal befürchten müsse, seine gerechte Sache zu verlieren, und daher lieber vor seinen ordentlichen Richter klagen soll, indem man vom dem Ausspruche des Schiedsrichters eigentlich nicht wieder abgehen kann, hingegen einem jeden frey steht, gegen das Urtheil des ordentlichen Richters seine Beschwerden anzubringen.

1) I. P. W. Art. V. §. 56. R. I. de 1654. §. 105.  
O. C. P. II. tit. 2. §. 1. Tit. II. §. 1. Capitulat.  
Francisci I. Art. XVIII. §. 4. C. Pütter am a. O.  
Th. 3. §. 164. d. 3.

2) Schroeter l. c. cap. I. §. 27.

3) Estors teutsche Rechtsgel. II. Theil, §. 6215.

4) Pütter in thesaur. paroen. Cent. III. par. 40.

## XL

## Wer will klagen, der klage fest.

## Anmerkung.

§. 1. Die alten Deutschen folgten bey Anbringung einer gerichtlichen Klage nur allein dem Recht der Natur und der gesunden Vernunft. Der Kläger brachte bey dem Gerichte seine Beschwerden auf eine ganz natürliche und schlechte Weise und ohne ängstliche Sorgfältigkeit an. Alle künstliche ausgedachte Handgriffe und Verstellungen wurden für unnöthig und überflüssig gehalten, und die vielen Eintheilungen der Klagen in gewisse Ordnungen und Arten, so im römischen Rechte vorkommen, ist lange unbekannt gewesen. Der Verfasser des Richtsteiges, welcher die Art und Weise, wie die alten Deutschen ihre Klage vor Gericht angebracht hatten, so sorgfältig beschrieben, gedenket nur der Haupteintheilung der Klagen, in bürgerliche, peinliche und vermischte. Die alten Deutschen beobachteten eine ungemeine Hochachtung und Ehrfurcht gegen ihre Richter, welche sie vor Anbringung der Klage um Erlaubniß baten. So bald die erfolgt, ward die Klage in kurzen Redensarten vorgetragen, welche der Gerichtsschreiber aufzeichnete. Man schritt zum Beweis, und nach diesem erfolgte das Endurtheil. Alles dieses ist in dem angeführten Richtsteig enthalten.

§. 2. Da es also, wenn man klagen will, darauf ankommt, daß man die rechte Klage erwähle, den Beklagten bey seinen Gerichten belange, und übrigens andere Gebräuche und Gewohnheiten genau beobachte, wenn die Klage angenommen, und der Kläger nicht von dem Gericht abgewiesen werden soll, so hat man durch dieses Sprüchwort demselben die Lehre geben wol-

wollen, daß er zuvörderst die rechte Klage anstellen und dabey alles beobachten soll, was nach der Gerichtsordnung beobachtet werden muß, wenn man nicht vergeblich klagen will 1).

- 1) Die Veranlassung zu dem gegenwärtigen Sprüchwort scheint mir die Gewohnheit im Mittelalter gegeben zu haben, daß der Kläger auf Verlangen des Beklagten die Gewehr angetoben mußte, seine Klage nicht zu verändern, oder widrigenfalls dem Richter die Wette, eine Geldbuße, zu bezahlen. S. das sächsische Landesrecht B. 1. Art. 63. B. 2. Art. 15. und B. 3. Art. 14. In diesem letzten Artikel heißt es: „Wer um Umgerichte beklagt wird, der bitte zum ersten die Gewehr.“ Die Hesse macht hierbey die Anmerkung: „Das ist die dazu gut, daß der Kläger sich der Klage muß gewehren, ob du dich ihr gegen ihm verantwortest, auf daß dich um dieselbe Sache vorhaß kein ander mehr beschuldigen dürfe.“ Hauschild Gerichtsversf. der Deutschen, S. 13. ff. Im Sächsischen hat sich diese Angelobung der Gewehr meistens noch erhalten. In Ehursachsen ist sie aber, weil sie in der That von keinem Nutzen ist, in der neuen Proceßordn. Tit. 12. abgeschafft worden. S. Schaumburg principia prax. juridicae judicariae edit. 2. S. 107. nebst der Ketschardschen Note \*) d. 5.

§. 3. Auch heut zu Tage dienet dieses Sprüchwort einem jeden Kläger zur Lehre, daß er nach demselben wohl erwäge, ob er mit Vortheil klagen könne, ob es nicht besser sey, der Klage sich zu begeben, als mit einem Gegentheil, von welchem am Ende doch nichts zu erhalten, lange mit vergeblichen Kosten zu processiren. Daß er ferner die Art des Processus prüfe, die rechte Klage anstelle, auf die Beweismittel vorher bedacht sey, und was dergleichen mehr ist.

## XII.

## Die Ladung bringt das Geleite mit sich.

## Anmerkung.

§. 1. Die Vorladung vor das Gerichte geschehe bey den alten Deutschen auf verschiedene Weise. Bald verrichtete sie der Richter selbst, bald die Partheen, bald brauchte man dazu den Gerichtsdienner. Ein jedes Volk hatte hierinnen seine eigene Gebräuche und Gewohnheiten beobachtet 1). Die Vorladung mußte eine gewisse Frist in sich enthalten, deren Bestimmung auf des Richters Willkühr ankam. In den mittlern Zeiten sind die schriftlichen Vorladungen aufgekommen, welche durch den Gerichtsdienner dem Beklagten zugestellt wurden. Die Frist wurde von 14 Nächten zu 14 Nächte eingetheilet, und mußte drey mal wiederholet werden, wenn sich der Beklagte nicht stellte 2). Die Vorladung zog die Würfung nach sich, daß der Beklagte nicht nöthig hatte, erst um ein sicheres Geleite anzuhalten, sondern sowol der Richter als auch der Gegentheil durften demselben nicht das mindeste Leid zufügen. Daher denn dieses Sprüchwort nichts anders sagen will, als daß der Vorgeladene kein Bedenken tragen soll, in dem Gerichte zu erscheinen, oder nicht nöthig habe, um ein sicheres Geleite vorher anzuhalten, weil die an ihn erlassene Vorladung, das Versprechen eines sicheren Geleites in sich enthält, und er vor aller Gewalt sicher seyn könne, welches aber jedoch nur von einer solchen Gewaltthätigkeit zu verstehen, so der Richter oder der Gegentheil dem Beklagten zufügen könnte, nicht aber, wenn solche von andern Leuten herkommt.

- 1) *Heineccius*, in *element. jur. german.* T. II. Lib. II.  
§. 104. seq.  
2) *I. P. Sax.* Lib. I. Art. 11. et 67. *I. P. Suer.* c. 63.

§. 2. Von dem heutigen Gebrauch dieses Sprüch-  
worts ist zu merken, daß in bürgerlichen Sachen dem  
Vorgeladenen allemal das sichere Geleit geleistet werden  
muß, wenn auch schon dasselbe in der Vorladungsfors-  
mel nicht versprochen worden 1). Man pfleget auch  
den Ort, wo der Beklagte sich einfinden soll, demselben  
bekannt zu machen. Hat der Beklagte Bedenklicheit  
ten, so steht ihm ohnedem frey, sich einen Ort vorher  
auszubitten, wo er vor aller Gewalt vollkommen sicher  
ist 2). Von dem sicheren Geleit in peinlichen Fällen  
wird nachher gehandelt werden.

- 1) *E. Schmidts Rechtsprüche*, S. 252. ff. D. 4.  
2) *Mevius ad Ius Lubec.* Lib. I. Tit. I. Art. 11. n. 40.

## XIII.

### Zweymal darf man wol ausbleiben.

#### Anmerkung.

§. 1. Die Gesetzbücher der alten Deutschen gebens  
ten ebenfalls der Strafen des Ungehorsams, die  
denen zugesüget worden, so auf die an sie erlassene  
Vorladung nicht erschienen sind. Der ungehorsame  
Theil wurde zu einer Geldbuße verdammet, und wenn  
er dieselbe nicht erlegen konnte, so mußte er dafür mit  
seiner Haut büßen, und wurde mit einer gewissen An-  
zahl von Streichen bestraft. Hatten aber Geistliche  
sich gegen den Richter ungehorsamlich erwiesen, so be-  
stand die Strafe in einem Fasten von einigen Tagen.  
Indessen wurde er auch nach einem zweymaligen Ausblei-  
ben noch nicht sachsällig, sondern dieses geschähe  
erst



erst nach der dritten Vorladung, wiewol die Gewohnheiten der verschiedenen alten Einwohner Deutschlands hierinnen nicht mit einander überein kamen 1). Aus dem sächsischen und schwäbischen Landrecht 2) ist zu ersehen, daß in den mittleren Zeiten derjenige, so beklagt worden, aber nicht erschienen, sich entweder entschuldigen mußte, oder nach geschעהner weiteren Vorladung bestraft wurde. Ist aber die zum drittenmal verstattete Frist verstrichen gewesen, so wurde nach vorhergegangener Ungehorsamsbeschuldigung der Angebliebene für Sachfällig erklärt, oder ihm sonst nach Beschaffenheit der Umstände eine Strafe zuerkannt. Aus diesem allen ist nunmehr zu ersehen, daß der Verstand von diesem Sprüchwort kein anderer sey, als daß erst nach geschehenem dreyimaligen Außenbleiben und begangenen Ungehorsam jemand sachfällig werde.

1) Heineccius in element. jur. german. T. II. Lib. III. §. 107. Walch vom Näherrecht B. 1. Hauptst. V. §. 13. d. 4.

2) I. P. Sax. Lib. I. Art. 2. 67. Lib. III. Art. 1. I. P. Suev. cap. 91. Nach der Königsthalischen Ausg. Cap. 93. d. 4.

§. 2. Es ist auch noch heut zu Tage üblich, daß niemand in die Strafe des Ungehorsams eher verdammet wird, als nach geschehenem dreyimaligen Außenbleiben, es wäre denn, daß die erste Vorladung bey Strafe des Ungehorsams erlassen worden wäre.

#### XIV.

### Gemeine Verzeihung hat keine Kraft.

#### Anmerkung.

§. 1. Rechtmäßige Ehehaften befreyen von der Strafe des Ungehorsams. Diese wurden von den Franken

ten *fumis, funnis, funnia, sonia, effonia*, genantet 1). In den mitlern Zeiten fiel die Strafe des Ungehorsams ebenfalls hinweg, wenn dergleichen rechtmäßige Ehehaften vorhanden gewesen waren. Das sächsische Landrecht rechnet unter selbige Gefängniß, Krankheiten, Wallfahrten außer Landes, und des Reiches Dienst 2). In dem schwäbischen Landrecht wird der Herrendienst noch hinzugesüget 3). Es kann aber jemand auf diese Nothfälle oder Ehehaften Verzicht thun, und von diesem Fall handelt unser Sprüchwort, welches aber zugleich lehret, daß eine gemeine Verzeihung von keiner Kraft sey, sondern erfordert werde, daß solche in Ansehung der besonderen Fälle geschehen müsse. Es ist dieses um so mehr der Billigkeit gemäß, da allezeit zu vermuthen ist, daß derjenige, so überhaupt auf das Anführen der Ehehaften Verzicht gethan hat, nicht an besondere Nothfälle gedacht habe, welche allemal zur Entschuldigung gereichen müssen. Hiemit stimmt auch das römische Recht überein 4), aus welchem dieses Sprüchwort vermuthlich hergenommen ist 5).

1) L. Salica Tit. I. §. 3.

2) I. P. Sax. Lib. II. Art. 7. Mit diesem Artikel des Sachsenspiegels stimmen auch über die *leges et consuetud. judic. Westphal. Tremonens. nr. 21. im Königsstalschen Corp. Iur. Germ. T. 1. in app. §. 104.* Es wird darin zugleich gesagt, daß, wenn eine der vier Ehehaften eintrete, selbige so lange, als sie fortdauern, entschuldige, indeß müsse sie bewiesen werden, und zwar, wenn sie in Gefangenschaft bestehe, so müsse solches durch ein schriftliches Zeugniß (Brief) desjenigen geschehen, welcher den voradeladenen gefangen hält. In den übrigen Fällen soll der Vorgegeladene das rechtmäßige Hinderniß beschwören, jedoch, kann er noch überdies Zeugen stellen, so wird dadurch sein Beweis noch desto bündiger. D. 5.

3) I.

- 3) I. P. Snov. cap. 262. nach der Königsthälschen Ausgabe Lap. 274. d. 3.
- 4) L. 4. §. 4. D. si quis cautionib. in judicio sistendi causa fact. non obtemperaverit.
- 5) Daß dieses Sprüchwort nur von dem Verzichte der Ehehaften zu verstehen sey, scheint mir unerweislich zu seyn. Richtiger glaube ich, erklärt es Gertius in epid. paroem. nr. XXV. von der im römischen Rechte enthaltenen Regel: „renunciatio generalis non semper „obest renuncianti.“ Dieser Erklärung zufolge würde dieses Sprüchwort in die vierte Abtheilung gehören, wo diejenigen Sprüchwörter, welche die Lehre von den Verträgen zum Gegenstand haben, angeführt worden sind. d. 3.

§. 2. Hent zu Tage werden alle Nothfälle, zur Befreyung von der Strafe des Ungehorsams, hinreichend gehalten, wenn nur der Borgeladene, daß er ohne seine Schuld verhindert worden, bescheinigen, und die vorhandenen Umstände erweisen kann. Es ist auch so viel gewiß, daß eine allgemeine Verzicht in Ansehung dieser Ehehaften für unzulänglich gehalten, und niemals von solchen unermutheten Hindernissen verstanden wird, welche der Mensch vorher weder vermuthen noch sehen können.

## XV.

### Ein Zeug, kein Zeug.

#### Anmerkung.

§. 1. Es folgen in der Ordnung nunmehr einige Sprüchwörter, so zu der Lehre von dem Beweise gehören. Der Beweis geschah bey den alten Deutschen ebenfalls durch Zeugen, Briefschaften, oder durch einen Eid. In zweifelhaften Fällen ließ man es auf Gottes Ordel (Urtheil) ankommen, welches bald dem Kläger und dem Beklagten nach Beschaffenheit der Umstände,

stände, entweder gleich von Anfang, oder nach dem geführten Beweis und Gegenbeweis überlassen wurde 1). Was insbesondere den Beweis durch Zeugen anbelangt, so sah man darauf, daß dieselben keinen Mangel des Leibes, Gemüthes oder Standes an sich hatten, hauptsächlich aber mußten sie mit dem Beflagten von gleichem Stande seyn 2). Sie wurden von den Parteyen vorgeschlagen, oder aber auch von dem Richter gewählt, welcher sogar in gewissen Fällen dieselben zu einer Aussage zwingen konnte. Bey einigen Völkern pflegte man die Zeugen bey den Ohren zu zupfen, damit sie sich der Sache, wodon sie ein Zeugniß ablegen sollten, desto besser erinnern möchten 3). Bey Ablegung des Zeugeneides legte der Schwörende seine Hand auf den entblößten Degen, oder auf das Evangelienbuch, welches letztere bey denjenigen Völkern beobachtet wurde, so frühzeitig den christlichen Glauben angenommen hatten 4). Ein einziger Zeuge wurde gar nicht geachtet, und seine Aussage kam in gar keine Betrachtung, sondern nach Beschaffenheit der Umstände mußte der Beweis in einigen Fällen durch zwey, in andern durch drey, ja manchmal durch mehrere Zeugen geführt werden.

1) *Heineccius* in element. jur. german. T. II. Lib. III. §. 183. seq.

2) *Waltbuius* de testis reo paris praestantia.

3) *Dreyers* vermischte Abhandlungen, erster Theil, n. 1.

4) *Heineccius* l. c. §. 194. seq. Die Gewohnheit bey der Ableistung eines Eides, die Finger auf ein Schwert zu legen, war bey den alten teutschen Nationen durchgängig üblich. *E. Dreyer* am a. O. Th. 1. S. 180. und *Mangelsdorf* diss. de jurejurando per gladium (Halae 1770.) Jedoch fand dieses nur bey den Männern statt. Frauenzimmer legten statt dessen zwey Finger auf die Brust. *Hommel* in Rhaps. Iur. obl. 610.

erklärt

erklärt hieraus den heutigen Gebrauch, daß die Männer, wenn sie schwören, den Mittel- und Zeigefinger in die Höhe halten, Frauenzimmer hingegen, und auch geistliche Personen, welchen der Gebrauch des Schwerts nicht ziemte, noch jetzt die Finger auf die Brust legen. Eine andere Erklärung, welche Gundling in Gundlingian. P. 4. nr. 2. S. 211. giebt, widerlegt Hommel am a. O. mit vielem Scharfsinne. — Bey wichtigen Angelegenheiten schwur man, nachdem das Christenthum eingeführt worden war, auf ein Evangelienbuch oder auf Reliquien. D. S.

§. 2. Alles dieses, was von den Eigenschaften der Zeugen angeführt worden, wurde auch in den mitlern Zeiten beobachtet. In dem sächsischen und schwäbischen Landrecht wird von den nothwendigen Eigenschaften der Zeugen umständlich gehandelt 1). Man hat auch damals behauptet, daß durch einen einzigen Zeugen nichts erwiesen werden könne, und nur des Frohnboten Zeugniß ward ausgenommen, und der Aussage zweyer vollkommener Zeugen gleich geachtet 2). Hieraus ist also die Absicht von diesem Sprüchwort leicht zu ersehen.

1) I. P. Sax. Lib. III. Art. 37. I. P. Suev. cap. 76.

2) I. P. Sax. Lib. I. Art. 8. I. P. Suev. cap. 395.

§. 3. Daß eines einzigen Zeugens Aussage ordentlicher Weise keinen vollen Beweis ausmache, ist bekannt genug, aber es giebt doch Fälle, so hievon ausgenommen sind, und welche Horn an dem angeführten Orte auf das fleißigste angemerkt hat 1).

1) in Diss. de probatione plena per unum testem, S. auch Hortius lib. 1. paroen. 60. §. 2. D. S.

XVI.

Die in eines Brod seyn, müssen auch in seinem Besten seyn.

Anmerkung.

§. 1. Nach diesem Sprüchwort sollen auch diejenigen Personen als gültige Zeugen zugelassen werden, so in dem Dienst derjenigen Person stehen, welche den Beweis durch Zeugen zu führen übernommen hat 1). Allein aus demjenigen, was bey dem vorhergehenden Sprüchwort angeführet worden, ist schon zu ersehen, daß bey den Deutschen dergleichen Leute niemals für tüchtige Zeugen gehalten worden sind. Das Gesetz der Longobarden 2), der Westgothen 3), die Verordnungen der Fränkischen Könige 4), kommen darinnen mit einander überein, und nehmen nur einen einzigen Fall aus, nemlich den Stand der freyen Geburt, wenn derselbe einem Menschen streitig gemacht wird, und keine andere Zeugen zu haben sind.

1) Der Sinn, welchen der B. dem angezeigten Sprüchworde hier beylegt, liegt meiner Meinung nach darin nicht. Vielmehr, wie ich dafür halte, enthält es einen gewöhnlichen Grundsatz sowol der Herrschaften, daß die Personen, welche in ihren Diensten stehen, in allen Stücken auf ihr Bestes bedacht seyn müssen; als auch der Dienstboten, daß, da ihnen ihre Herrschaft Unterhalt giebt, es ihre Pflicht und ihr Vortheil erfordert, dem Interesse derselben das Interesse anderer nachzusetzen. Es hat dieses Sprüchwort demnach mit dem Sprüchworde: Wessen Brod ich esse; dessen Lied ich singe; wol gleichen Sinn. Aus dieser Erklärung folgt zugleich, daß dieses Sprüchwort eigentlich einen Grund enthält, warum dem Zeugnisse eines Gesindes für den Brodherrn kein voller Glaube bezumessen steht. Aus diesem Gesichtspuncte betrachtet es auch *Hertius* lib. 1. parocm. 62. D. 3.

2) L.

- 2) L. Longobard. Lib. II. tit. 50. § 1.
- 3) L. Wisigoth. Lib. V. tit. VII. § 12.
- 4) Capitular. lib. IV. § 7. lib. VI. § 159. und § 352.  
D. 5.

§. 2. Die Frage, ob heut zu Tage Personen, so in jemandes Brodte stehen, in ihres Brodherrn Sache zeugen können, wird verschiedentlich beantwortet. Nachdem in der Lehre von der Zeugen Beschaffenheit das päpstliche Recht zur Richtschnur angenommen worden, so kann man nicht sagen, daß das Zeugniß des Befindes und anderer Personen, so in jemandes Brod stehen, zu verwerfen sey. Es heißt zwar in demselben, daß dergleichen Leute unter die tüchtige Zeugen nicht gehören, aber es wird auch diesem hinzu gefügt, daß man ihr Zeugniß gelten lassen solle, wenn sie wegen ihrer Person und Ehrlichkeit unverdächtig sind 1). Das römische Recht läßt dieselben in allen solchen Fällen zu, wo man die Wahrheit nicht anders an des Tages Licht bringen kann 2). Die Rechtsgelehrten halten daher dafür, daß, wenn auch dergleichen Personen keine tüchtige Zeugen sind, ihr Zeugniß dennoch eine starke Vermuthung habe, wodurch immer etwas bewiesen werde, wenn andere Umstände noch hinzu kommen. Es ist auch so viel gewiß, daß dergleichen Zeugnisse für gültig angenommen werden müssen, wenn die Rede von solchen Dingen ist, die in den Häusern vorgefallen, und wovon niemand bessere Wissenschaft besitzt, als diejenigen, vor deren Augen sich dergleichen Begebenheiten zutragen haben 3).

1) c. 24. X. de testib.

2) L. 7. D. de testib.

3) a. *Leyser* Sp. 282. m. 11. 12. 13. und *Hommel* Rhapf. iur. obf. 211. unter dem B. *Famuli* C. 219.

XVII.

**Pfaffen sollen nicht aus der Beicht schwagen.**

**Anmerkung.**

§. 1. Die Geheimhaltung der Beichte, und überhaupt desjenigen, was dem Priester in oder außer der Beichte von verborgenen Sünden geoffenbaret worden, wird bereits in den Capitularien der Französischen Könige den Priestern anbefohlen 1). Der römische Pabst Innocentius der Dritte, hat bey Einführung der Ohrenbeichte zugleich die Verordnung erlassen lassen, daß kein Beichtvater das geringste von dem, was ihm in der Beichte offenbaret worden, entdecken soll, und nicht unterlassen, schwere Strafen auf die Uebertreter dieses Verbotes zu setzen 2). Er wollte haben, daß der Beichtvater, so das Siegel der Geheimhaltung brechen würde, seines Amtes beraubt, und für sein Verbrechen zu büßen, in ein Kloster gesteckt werden sollte. Als eine Ursache dieser anbefohlenen Verschwiegenheit, wird angeführt, daß zwischen dem Beichtvater und dem Beichtkinde ein stillschweigender Vertrag vorhanden sey, welchem es zuwider seyn würde, wenn der Beichtvater dasjenige, so ihm anvertrauet worden, offenbaren dürfte, und daß aus Furcht vor den weltlichen Gerichten, Niemand seine Sünden bekennen, ja die Beichte auf diese Weise den Leuten zum Schaden erreichen würde 3); da doch der Beichtstuhl die Zuflucht geängsteter Seelen seyn soll. Die Ausleger des päpstlichen Rechtes führen an, daß auch Layen, so im Nothfall Beichte geführt, zu der Geheimhaltung eben so gut als wie die Priester verbunden sind 4).

1) Capitular. Reg. Francor. de A. DCCCXIII. cap. 16.  
apud Georgisch p. 774.



1) C. 12. X. de poenitent. et remission.

2) Pertsch vom Recht der Weichstühle Sect. II. cap. 4. §. 6.

4) Gerdesius de jure Revelation. Cap. I. §. 15.

§. 2. Aus diesem wird man die Absicht dieses Sprüchworts leicht errathen können, die dahin gehet, daß ein Weichtvater nicht nur verbunden sey, dasjenige zu verschweigen, was ihm von seinem Weichtfinde offenbaret worden, sondern daß er auch nicht als ein Zeuge aufgeführt werden könne, wenn man vermuthet, daß er gewisse Geheimnisse in der Beichte erfahren habe, so man gerne wissen will. Viele Rechtsgelehrten behaupten, daß, wenn auch die Obrigkeit dem Weichtvater den Reinigungseid zuerkennete, daß er von dem, was man gerne wissen will, nichts wüßte, so könnte er solchen mit guten Gewissen schwören 1). Panormitanus, ein berühmter Ausleger des päpstlichen Rechtes jaget, daß sogar der Pabst selbst keinen Weichtvater zwingen könne, das Siegel der Verschwiegenheit zu brechen 2). Hat ein Weichtvater wider seine Pflicht gehandelt, so ist dennoch seine Aussage nicht von der geringsten Wirkung, und es kann nicht einmal von demjenigen der Reinigungseid gefordert werden, zu dessen Nachtheil selbige geschehen 3).

1) Damhouder in prax. rer. criminal. cap. 150. n. 8.

2) ad c. 13. X. de excessib. praelator.

3) Boehmer in I. E. P. L. II. tit. 21. §. 10.

§. 3. Die Kirchenordnungen der Evangelischen kommen wegen der Geheimhaltung der Beichte mit dem päpstlichen Rechte überein 1); aber sie leiten die Verbindlichkeit zum Geheimhalten aus einer andern Quelle her. Das päpstliche Recht zählt die Beichte unter die Sacramente, und will daher haben, daß alles, was

in

in dem Beichtstuhl dem Beichtvater anvertrauet worden, von demselben als ein Geheimniß bewahret werde. Die Evangelischen sehen hauptsächlich auf den Schaden und die Gefahr, welche der Kirche begegnen würde, wenn der Priester dasjenige offenbaren dürfte, was ihm anvertrauet worden. Den Evangelischen Obrißkeiten ist ebenfalls nicht erlaubt, einen Beichtvater anzuhalten, daß er von demjenigen, was ihm gebeichtet worden, ein Zeugniß ablege 2). Ja wenn auch ein Priester aus Unvorsichtigkeit oder wol gar aus einem bösen Vorsatz, dasjenige bekannt macht, was ihm in dem Beichtstuhl offenbaret worden, so hat doch eine solche Aussage überall keine Wirkungen, und man kann weder eine Untersuchung anstellen, noch dem Beschuldigten mit einem Reinigungseide beschweren 3). Die Evangelische Kirche verabscheuet aber, wie billig die gefährliche Lehre, daß das Siegel der Verschwiegenheit auch unverleglich sey, wenn jemand seinem Beichtvater seinen bösen Vorsatz, wegen annoch zu bestehender Sünden und Lasterthaten offenbaret hätte.

1) Man sehe auch hiervon die Fürstl. Braunsch. Lüneburgische erneuerte Kirchenordnung, 1. Theil, Cap. 10. §. 12.

2) *Bechmer* l. c. Lib. V. tit. 38. §. 49.

3) *Beyer* de sigillo confession. c. IV. §. 2. *Kressius* ad Art. 32. C. C. C. §. 3. *Manzel* in selectis Rostochiens. P. I. S. 209. d. 4.

§. 4. Indessen haben doch die Gottesgelehrten sowol als auch Rechtslehrer, einige Fälle ausgenommen, bey welchen das Siegel der Geheimhaltung gebrochen werden kann; wovon der sel. Hofrath *Pertsch* 1) nachzulesen, welcher zugleich von den Strafen handelt, die wegen des verlegten Beichtsiegels sowol in der Römisch-catholischen als auch Evangelischen Kirche üblich sind 2).

1) Rom

- 1) Vom Recht der Beischläge, II. Bkth. 4. Hauptst.  
 §. 20. seq. G. L. Boechmer principia iur. canon.  
 §. 318. d. 5.  
 2) Eben ders. §. 30.

## XVIII.

## Briefe sind besser denn Zeugen.

## Anmerkung.

§. 1. Es ist hier die Rede von dem Vorzuge der Urkunden, so hier unter den Briefen verstanden werden, vor den Zeugen bey der Beweisführung. Der Verfasser des schwäbischen Landrechts, aus welchem dieses Sprüchwort hergenommen, giebt davon die Ursache an, indem er schreibt 1): Wir sprechen daß Brief besser seyen, denn Zeugen, denn Zeugen die sterben, so bleiben die Briefe immer stät, diß heißen Sandfesten, da hilft ein todtet Gezeug als ein lebendiger. So bald die alten Völker Deutschlands nach der großen Völkerwanderung eine weit ordentlichere Gerichts- und Regierungsverfassung unter sich eingeführt hatten, so wurde es auch unter ihnen gewöhnlich, über alle gerichtliche und außergesichtliche Handlungen ein Instrument zu verfertigen, und bey allen schriftlichen Handlungen Zeugen zu gebrauchen 2). Das Westgothische Gesetz erforderte zu einem gültigen Instrument, daß das Jahr und Tag, an welchem es gemacht worden, darinnen angemerket, und selbiges, außer den Hauptpersonen von Zeugen, nebst beygefügtem Siegel unterschrieben werden mußte 3). In den Capitularien der fränkischen Könige und andern Gesetzbüchern, trifft man ebenfalls die Eigenschaften umständlich erzählt an, so bey einem Instrument erfordert werden 4).

1) Cap.

- 1) Cap. 299. §. 2. edit. Rarger. Nach der Königs-  
thälischen Ausgabe Cap. 305. nr. 6. d. 5.
- 2) Hierin liegt wahrscheinlich die Veranlassung zu dem  
angezeigten Sprüchwort. Urkunden hatten bey den  
Deutschen in den ältern Zeiten und im Mittelalter al-  
lein keine Beweiskraft, sondern sie mußten von Zeugen  
unterschieden seyn. Waren die Zeugen auch gestorben,  
so schadete solches der Beweiskraft der Urkunde nicht.  
Der todte Zeuge, war im Mittelalter eine Regel, hilfe  
der Handfeste so viel als ein noch lebender. S. das  
schwäbische Landrecht, Cap. 388. §. 10. nach der Kö-  
nigsthal. Ausg. Bayerisches Landr. tit. 2. in J. Hen-  
mann's opusc. S. 136. Hauchild's Gerichtsverf.  
der Deutschen, S. 26. Note 1. C. F. Walch diss. de  
instrumentorum post juratum eorum diffisionem fide,  
§. 2. Es liegt hierin der Grund, warum die ältern  
kaiserlichen Urkunden von so vielen Zeugen unterschrie-  
ben sind, und warum man noch heut zu Tage an eini-  
gen Orten bey Lehnbriefen und andern wichtigen Ur-  
kunden die Zeugenunterschrift erfordert. S. Kritisches  
Wörterbuch über juristische Sachen, 1. B. 4tes Alpha-  
bet, S. 116. Aus dem bisher gesagten ergiebt sich  
der wahre Sinn der vom Verfasser aus dem Schwa-  
benspiegel angeführten Stelle, worin Briefe aus dem  
Grunde den Zeugen vorgezogen werden, weil jene dazu  
dienen, die einmal geschene Bestätigung der Zeugen  
bey Kraft zu erhalten.
- 3) L. Wisigoth. Lib. II. tit. 5. §. 1. et 2.
- 4) Heineccius in element. jur. german. T. II. L. III.  
§. 204. seq.

§. 2. Die Art des Beweises durch Brieffschaften,  
ist bey den Deutschen für die allersicherste und beste ge-  
halten worden, und dieses ist es, was das angeführte  
Sprüchwort in sich enthält. Jedoch beweisen die ge-  
richtlichen mehr, als die außergerichtlichen. Es ist  
auch nicht zu leugnen, daß der Beweis durch Brief-  
schaften mit mehreren Vortheilen verbunden ist, wie  
der Verfasser des schwäbischen Landrechtes an dem vor-  
Eisenh. Sprüchw. M m hin

hin angeführten Orte wohl eingesehen hat. Die Führung des Beweises durch Zeugen ist mit größeren Schwierigkeiten verknüpft, und öfter nicht mehr thunlich, wenn die Menschen mit Tode abgegangen sind, so von demjenigen, was bewiesen werden soll, Nachricht gehabt haben. Sein eigenes Siegel und Unterschrift, kann man nicht so leicht verleugnen.

§. 3. Solche Urkunden, so ein Schuldbekenntniß in sich enthielten, wurden insbesondere Handfesten genennet. Der Gläubiger bekam ein solches Instrument, und der Schuldner behielt das andere für sich, worunter ein jeder sein Siegel hängte 1). Man kann heut zu Tage die sogenannten instrumenta guarentigiata hieher rechnen, auf welche sich der processus executivus gründet, mit welchem es die Bewandniß hat, daß keine Einwendungen statt finden, es wäre denn, daß selbige sogleich erwiesen werden könnten 2). Ist dieses nicht, so wird der Beklagte mit seinen Einwendungen abgewiesen, und ihm freigestellet, selbige in einem besondern Proceß weiter auszuführen. Dieses rühret noch von der großen Treue und Glauben unseres Vorfahren her, welche dafür hielten, daß keine Einwendungen statt fänden, wenn man sich schlechterdings etwas zu leisten verbindlich gemacht habe.

1) *Leyser de contra sigillis medii aevi. Heinccius de sigillis.*

2) *Berger in elect. process. executivi. G. Fischers Geschichte des teutschen Handels, Th. I. S. 34.*

XIX.

Schwarz auf weiß scheidet die Leute.

Anmerkung.

§. 1. Schwarz und Weiß bedeutet in dem gegenwärtigen Sprüchwort einen schriftlichen Aufsatß des vorgegangenen Handels. Man hatte ehemals in Deutschland die Gewohnheit, eine getroffene Abredung zweymal auf einem Blatte zu schreiben, und solches in der Mitte Schlangenweiß oder Korbweiß von einander zu schneiden, wovon jeder der Contrahenten ein Exemplar bekam. Man pflegte auch manchmal ein Wort in der Mitte durchzuschreiben, und alsdenn das Wort durchzuschneiden. Ein solches von einander geschchnittenes Blatt hieß man eine Zerte oder Lerte, imgleichen eine Partite 1), welche Benennung besonders in Frankreich bekannt ist. Dergleichen Korbzettel bewiesen dasjenige vollkommen, was darinnen versprochen oder verabredet worden, und derjenige, so ein solches Instrument empfangen zu haben leugnete, mußte solches eidlich erhärten. Aus dieser Ursache wird durch das gegenwärtige Sprüchwort angezeigt, daß es weiter keines Streitens bedrauche, wenn jemand den andern durch Vorzeigung einer solchen schriftlichen Urkunde überführen kann, welche Meinung in verschiedenen Statuten von berühmten Städten enthalten ist 2).

1) *Stryck de bacillis fissis. Wehner in observation. pract. voc. Korbhölzer. Mabillon de re diplomatica. l. 1. cap. 2. §. 5. und 6.*

2) *Wehner l. c.*

§. 2. Die Korbzettel sind heut zu Tage nicht mehr so im Gebrauche, ja in einigen Ländern bey dem Kauf und Verkaufen gar verboten 1). Es kann aber

W m a                      den

dennoch dieses Sprüchwort auch noch heut zu Tage von allen schriftlichen Urkunden verstanden werden, so auf eine rechtsbeständige Art aufgesetzt worden.

3) *Idem* L. 8.

XX.

**Was man schreibt, das bleibt.**

#### Anmerkung.

§. 1. Nach dieses Sprüchwort handelt von dem Vorzug schriftlicher Nachrichten, und es enthält eine unlängbare Wahrheit in sich, daß nemlich durch Urkunden und Brieffschaften der Beweis am sichersten und leichtesten geführt werden könne. Denn werjenige, so eine Handschrift von sich gestellet, muß es sich gefallen lassen, wenn man sich selbiger zum Beweis gegen ihn bedient. Noch mehr aber gilt dieses von gerichtlichen Urkunden, Protocollen und Vergleichen, welche allemal von geschehenen Handlungen und Begebenheiten ein sicheres Zeugniß an den Tag legen.

§. 2. Es ist bereits angeführt worden, daß die Deutschen sowol über gerichtliche als auch außerordentliche Handlungen, Instrumente verfertiget, und solbige besonders mit vieler Sorgfalt aufbewahret 1). Man muß den Geislichen der mittlern Zeiten zum Ruhm nachsagen, daß sie besonders bemühet gewesen, wichtige Handlungen aufzuzeichnen, und solche wohl aufzubewahren 2). Ich will hier nichts von dem Verdienst der Geislichen um die Geschichte gedenken, sondern nur so viel anführen, daß wir ihrem Fleiß manche Urkunde zu danken haben, so in dem Kirchen- Lehn- und Privatrecht zu einer großen Erläuterung dienen. Und es ist bekannt genug, wie viel in diesen Wissenschaften

schaften durch die Bekanntmachung von dergleichen Urkunden verbessert, und wie mancher Irrthum beseitiget worden ist.

1) B. Avi mei Io. Bischoffs tractat. de. iud. diplomar. c. I. 6. 7.

2) Die Geistlichen wurden hierzu dadurch veranlaßt, daß sie vornemlich zu Canzlen, Geschäften gebraucht wurden, indem die Layen meistens somol der lateinischen Sprache, welche im Mittelalter Geschäftssprache wurde, als auch überhaupt der Schreibkunst unfähig waren. S. Dreyer Nebenstunden. S. 60. ff. d. 6.

## XXI.

Wer recht schwöret, betet recht.

### Anmerkung.

§. 16. Bei diesem und einigen folgenden Sprüch-  
wörtern, ist vorläufig anzuführen, daß man in den  
ältern Zeiten in Deutschland den Eid als ein solches  
Beweismittel angesehen, zu welchem man nur alsdenn  
schreiten müsse, wenn kein anderer Beweis vorhanden  
ist. Dieses erhellet aus verschiedenen der ältesten Ge-  
sezbücher, und auch in den mittlern Zeiten wurde ein  
gleiches beobachtet 1). War jemanden ein Eid zuer-  
kannt worden, so pflegte der Richter einen besondern  
Tag zu desselben Ablegung anzusehen, nachdem derje-  
nige, so schwören sollte, befristet Gedung eines Be-  
stätigungseides einen solchen Eid zu rechter Zeit zu  
geloben, sich besonders anheftig machte. So nachdem  
die Sache beschaffen gewesen war, so mußte auch der  
Schwörende Mitschwöret haben, deren Anzahl nicht  
immer gleich gewesen 2). Diese mußten eben die Ei-  
genschaften besitzen, welche von den Zeugen erfordert  
worden, und mit dem Schwörenden von einem Stande,

Ge.



Geschlechter und manchmal aus seiner Anverwandtschaft  
seyn.

1) L. Wisigoth. Lib. II. tit. I. §. 22. L. Alamann.  
Tit. XLII. capit. Lib. V. §. 607 I. P. Sax. Lib. I.  
Art. 15.

2) *de Profite glottat*, lat. P. II. p. 146.

§. 2. Man beobachtete bey der Ablegung des Eides verschiedene Gebräuche. Einige Völker hatten ihre eigene Feyerlichkeiten, andere wurden bey mehreren zugleich angetroffen. Andere Gebräuche wurden von den Deutschen beobachtet, so lange sie noch in dem Heidenthum lebten; andere hingegen nach der Zeit eingeführt, als sie die christliche Religion angenommen hatten 1). Man schwur gemeinlich in der Kirche durch Auflegung der Hände auf das Kistchen, in welchem Reliquien verwahrt wurden, durch Anfassung des Kreuzes, imgleichen bey dem Evangelienbuch. Daß die Frauenspersonen und Geistlichen die Hand, indem sie schwören, auf die Brust legen, die Männer hingegen die Finger in die Höhe recken, ist ebenfalls unter diejenigen Feyerlichkeiten zu rechnen, so in den damaligen Zeiten schon bekannt gewesen waren 2). Man darf sich um so weniger verwundern, woher es gekommen ist, daß noch heut zu Tage so viele Feyerlichkeiten übrig geblieben sind, wenn man nur bedenket, daß unsere Vorfahren überhaupt große Liebhaber von dergleichen in die Sinne fallenden Gebräuchen gewesen 3), und daß diese Dinge auch nicht ohne Nutzen sind.

1) *Heineccius* in element. jur. german. T. II, Lib. VI.  
§. 220.

2) L. Alamann. Tit. LVI. §. 2. *Gundling*. P. IV. diff. 2.  
§. 10. *Gundlingianor*. §. 11. XV. dieser Abtheil.  
§. 1. Note 4.

3) Man

3) *Manzel de ingenio Germanor. qua sollennitates  
juridicas.*

§. 3. Was nun besonders unser Sprächwort an-  
belanget, so ist es sehr wahrscheinlich, daß dasselbe  
aus dem päpstlichen Rechte hergenommen ist. 1), dessen  
Ausleger auf die Gedanken gerathen sind, daß der Eid-  
schwur als ein Theil des Gottesdienstes, oder als ein  
Gebet betrachtet werden müsse. Da nun ehemals dieses  
eine allgemeine Meinung in der Kirche gewesen, so hat  
man durch dieses Sprächwort, dem gemeinen Haufen  
der Layen die Lehre beibringen wollen, daß derjenige,  
so schwört, zugleich an Gott ein Gebet verrichte, und  
dadurch demselben seine Pflicht erzeige. Es ist durch  
diese Lehre der römischen Clerisey gelungen, auch die  
weltlichen Sachen vor die geistlichen Gerichte zu ziehen.  
Man beredete die Layen, sich bey allen Handlungen  
des Eides zu bedienen, und damit niemand mit einem  
Gewissensbisse beschweret werden möchte, so lehrte  
man, daß der Eid zu dem Gottesdienst gehörte, und  
daß derjenige nur ein Gebet verrichtete, welcher einen  
Eid leistet. Wollte die weltliche Obrigkeit widerspre-  
chen, und sich solchen Eingriffen in ihren Gerichtsbar-  
keiten widersetzen, so hieß es alsdenn, daß in Sachen,  
so zu dem Gottesdienst gehörten, der weltliche Richter  
nicht sprechen könnte 2). Auf diese Weise hat oftmals  
die Religion zum Deckmantel der ungerechtesten Unter-  
nehmungen dienen müssen.

*Quantum Religio potuit suadere malorum!*

LUCRETIVS.

Hätte es mit dieser Lehre seine Richtigkeit, so ist es eine  
überflüssige und unnöthige Verordnung gewesen, nach  
welcher den Geistlichen eine Zeitlang das Schwören ver-  
boten, und, daß kein Eid an einem Sonntag abgelegt  
werden soll 1), befohlen worden.

1) c.

- 1) c. 26. X. de jurejurand.
- 2) *Roehmer* in I. E. P. Lib. II. tit. 24. §. 2. S. auch *Malblanc* doctrina de jurejurando §. 121. D. 5.
- 3) c. 1. X. de feriis.

§. 4. Es ist indessen dennoch dieser Meinung zuzuschreiben, daß man bei der Leistung eines Eides sich des Evangelienbuches bedienet, zuweilen Geistliche, mit denen gebrauchet, die Eidesformeln als ein Gebet eingerichtet, und es vor unerlaubt gehalten, von denselben abzugehen. Bedenken wir dagegen, daß unser Heiland die Eidschwüre auf alle Weise eingeschränket, daß die ersten Christen einen großen Abscheu gegen dieselben geheget, so werden wir auch niemals und überwinden können, den Eid als ein Gebet und Art des Gottesdienstes zu betrachten.

## XXII.

### Gezwungen Eid ist Gott leid.

#### Anmerkung.

§. 1. Wenn ein Eidschwur von Verbindlichkeit seyn und die daraus fließenden Würfungen nach sich ziehen soll, so wird als ein wesentliches Stück bei demselben zum voraus gesetzt, daß der Eid nichts unrechtes, und was den Gesetzen zuwider ist, in sich enthalte, daß der Schwörende die reine Absicht habe, dasjenige eidlich zu erhärten, was man von ihm zu wissen verlangt, und daß endlich derselbe nicht mit von der Wichtigkeit des Eides völligen Unterricht haben, sondern auch weder durch eine Gewalt noch List, zu der Ablegung des Eides gezwungen werde. Dieses alles ist nicht nur in der gesunden Vernunft selbst gegründet, sondern die Gesetze kommen auch damit überein 1). Von einem solchen gezwungenen Eide, der unter der

Vor

Vorstellung eines foglich zufliegenden Uebels oder durch äußerliche Gewalt von jemand erpresst worden, ist hier die Rede, und man hat mit diesem Sprachwort anzeigen wollen, daß ein solcher erzwungener Eid niemanden verbinde. Man findet in der Geschichte, daß bey allen gestitteten Völkern auf dem Schworen, diese Meinung von der Ungültigkeit eines erzwungenen Eides behauptet worden, und daß selbst die der Haischen Weltweisheit ergebener römischen Rechtsgelehrten, die einen erzwungenen Willen auch für einen Willen hielten 2), und daß ein erpresster Eid nach dem strengsten Rechte gehalten werden müsse, lehrten, doch die Billigkeit der Verordnung des römischen Prätors eingefes-  
hen haben, welcher demjenigen eine Klage verstatte, dem durch Gewalt und Zwang ein Eid abgenommen war, um von seiner Zusage befreiet zu werden 3). Daß aber auch die deutschen Völker die Freyheit des Willens bey dem Schwörenden zum Voraus gesetzt, und allen Zwang und Gewalt bey einer so wichtigen Handlung, als ein Eid ist, verabscheuet haben, ist aus ihren Gesetzen nicht unbedeutlich zu ersehen 4), ja der Verfasser des sächsischen Landrechts führt solches umständlich an 5).

1) c. 26. 28. X. de jurejur. c. 2. de pactis in 6.

2) Gundling. de efficienria merus.

3) L. 1. D. Quod met. causa.

4) L. Wisigoth. Lib. II. Tit. V. §. 5. et 8.

5) I. P. Sax. Lib. III. Art. 41.

§. 2. Daß also ein erzwungener Eid an sich schon für ungültig zu achten, ist keinem Zweifel unterworfen. Aber das päpstliche Recht, welches lehret, daß der Eid eine Art des Gottesdienstes sey und in einem Gebet bestehe, und daß man alle Eide halten müsse, die ohne Verlust der Seligkeit gehalten werden können, ist dies  
sem

sehr offenbar entgegen. Nach der Verordnung des Papstes Celestinus des Dritten, ist man auch einem erzwungenen Eid zu halten schuldig, und der Mensch, der selbigen geleistet, wird in seinem Gewissen von der Verbindlichkeit eines solchen Eides nicht eher befreiet, als bis er sich von dem Richter davon hat lossprechen lassen 1). Dieses hat verursacht, daß man die Meinung durchgehends in der Christenheit angenommen, daß die gerichtliche Lossprechung vonnöthen sey, und daß man ohne diese auch einen ungültigen Eid halten müsse. Selbst Grotius, welcher einen erzwungenen Eid verwirft 2), hat dennoch durch das Ansehen des päpstlichen Rechts sich bewegen lassen, denselben für gültig zu halten, bis die gerichtliche Lossprechung erfolgt. Betrachtet man aber das päpstliche Recht genau, so wird man finden, daß die Päpste selbst zumellen die gerichtliche Lossprechung für überflüssig gehalten haben, und von der Ungültigkeit eines erzwungenen Eides vollkommen überzeugt gewesen, wenigstens löset die Verordnung des Papstes Gregorii des Siebenten niemand daran zweifeln 3). Was in der Evangelischen Kirche hiervon gelehret wird, hat der sel. Rantler Böhmer umständlich angeführt 4).

1) c. 15, X. de jurejurand.

2) de iur. B. et P. Lib. II. c. 13. §. 14.

3) c. 2. X. de jurejurand.

4) in L. E. P. T. I. Lib. II. Tit. XXIV. §. 53. Conf. Stryck in cautel. juramentor. P. IV. Sect. II. cap. I.

n. 64. Struvius de relaxation. jurament. S. auch Malblanc doctrina de jurejurando, §. 123. d. 1.

XXIII.

Dem Teufel ist man keinen Schwur zu halten  
schuld.

Anmerkung.

§. 1. Es ist bey dem vorstehenden Sprüchwort  
angeführet worden, daß unter andern wesentlichen  
Erücken bey einem Eide auch erfordert werde, daß der  
selbe nichts ungerechtes und was den Gesetzen zuwider ist,  
in sich enthalte. Dieses Sprüchwort soll diesen Satz  
bestärken, und lehren, daß ein solcher Eid von keiner  
Gültigkeit und Verbindlichkeit seyn könne, wenn ja  
mand sich zur Begehung einer wider die Gesetze laufenden  
Handlung verbindlich gemacht habe. Denn könnte  
man einen solchen Eid als einen gültigen Eid ansehen,  
so müßte man auch die Sünde dem Menschen nicht zu  
rechnen, den sich zu derselben Begehung durch einen  
Eid verbindlich gemacht hat. Es wird vielmehr nach  
diesem Sprüchwort derjenige, welcher eine Sünde oder  
den göttlichen und menschlichen Gesetzen widrige Hand-  
lung zu begehen, schwöret, als ein solcher angesehen,  
der dem Teufel etwas angelobet. Verschiedene Schrift-  
steller der vortigen Zeiten, so in besondern Werken die  
Lehre von dem Eide abgehandelt haben, gegen den die-  
ses Umstandes, indem sie die Frage berühren, ob ein  
Eid, der bey dem Namen des Teufels abgelegt wor-  
den, von Verbindlichkeit seyn könne 1), und man muß  
sich wundern, daß christliche Schriftsteller sich bey einer  
Frage lange aufgehalten haben, welche doch kaum eine  
Untersuchung verdienet, wenn man diejenige erwäget,  
was die gesunde Vernunft und die christliche Religion  
von dem Eide lehren.

1) Sessor de iurament. Lib. I. cap. XV. n. 48.

§. 2. Der Gebrauch von diesem Sprüchwort be-  
 steht darinnen, daß derjenige, welcher einen solchen  
 mit der Vernunft und Religion streitenden Eid geschwor-  
 ren hat, keiner besondern Lossprechung bedürfe. Das  
 päpstliche Recht stimmt damit völlig überein, und er-  
 klärt einen solchen Eid für ganz und gar ungültig 1).  
 Man kann dieses Haupt von allen dergleichen Eid-  
 schwüren sagen, so nicht bey dem Namen des höchsten  
 Wesens geleistet worden. Es ist nicht zu läugnen, daß  
 zu einer Zeit in Deutschland mit dem Eide ein großer  
 Mißbrauch gemacht worden. Man that kein Beden-  
 ken bey solchen Dingen zu schwören, welche die Würfung  
 nach sich ziehen konnten, daß man den Eid entweder  
 als eine gleichgültige Sache betrachtete, so nur zum  
 Schrecken erfunden, oder wol gar in einem gewissen  
 Aberglauben dabey geth. Hierher gehöret der Eid  
 bey Kaiser Ottens Ertz, und man muß sich billig ver-  
 wundern, daß die Päpste auch solche Eide als gültige  
 Eide haben ansehen können 2).

1) c. 58. de Reg. jur. in 6.

2) c. 45. XI. de jurejur. Auch darin bestand vormals ein  
 Mißbrauch bey den Eiden, daß man mit der Anru-  
 fung Gottes zugleich die Anrufung an andere Dinge  
 verknüpfte, deren Heiligkeit sich nur in den Aberglau-  
 ben der damaligen Zeiten gründete. Es gehöret z. B.  
 hierher der Eid bey Gott und den Reliquien. C. 1. Ala-  
 man. tit. 6. §. 73. bey Gott und den Heiligen, Capit.  
 Reg. Franc. l. 6. Cap. 214. Formulae Marculfi lib. 1.  
 Cap. 38. D. 4.

## XXIV.

**Der Eid ist ein Ende alles Haders.**

### Anmerkung.

§. 1. Nicht nur die heilige Schrift erwähnt die-  
 ses Sprüchworts 1), sondern auch die römischen Ge-  
 setze



sege stimmen mit desselben Inhalts überein 2). Es lehret, daß der Eid das letzte Mittel sey, wodurch eine Rechtsfache entschieden werden könne, wenn alle Wege demselben ein Ende zu machen, vorher vergeblich versucht worden. Aber es wird auch zugleich dadurch angezeigt, daß man mit dem Eide sich nicht übereilen, sondern nur in dem Nothfall zu demselben seine Zuflucht nehmen soll. Man findet in der Geschichte, daß die mehresten Völker solchergestalt von dem Eide getheilt 3) und auch unsere Vorfahren denselben als das letzte Mittel, eine Rechtsfache zu entscheiden angesehen haben, welches nur statt findet, wenn kein anderes mehr übrig ist 4).

1) Hebräer VI, v. 16.

2) §. 11. I. de Action. L. 34. §. ult. D. de iurjurand. L. 23. C. de judic.

3) Grotius de I. B. et P. Lib. II. cap. 13. n. 13.

4) Heineccius in element. jur. germanic. T. II. Lib. III. §. 214.

§. 2. Soll nun der Eid ein Ende alles Habers seyn, so folget auch, daß nach abgelegtem Eide die streitige Sache eben so gut geendiget werde, als wenn sie durch ein rechtskräftiges Urtheil entschieden worden, und daß so wenig eine Appellation als anderweitige Beweisführung weiter mehr statt findet 1), welches besonders von demjenigen Eide gilt, den ein Theil dem andern angetragen 2). Lepsius macht hierwider verschiedene Einwendungen, und behauptet, daß auch jemand zu einem neuen Eide zugelassen werden müsse, wenn er anders beweisen könne, daß sein Gegentheil einen Meineid begangen 3). Er meint, daß es mit der natürlichen Billigkeit streite, daß derjenige, so aus Mangel eines bessern Beweises von seinem Gegentheil einen Eid fordern müssen, abgewiesen werden soll, wenn



§. 2. Da es aber indessen einem jeden Menschen frey steht, denjenigen von seiner Verbindlichkeit loszusprechen, welcher ihm etwas zu leisten zugesaget, so erregte doch die auf das päpstliche Recht sich gründende Lehre, daß der Eid unverletzlich sey, einen Zweifel, und gab zu der Frage Gelegenheit: Ob mit gutem Willen des einen Theils, der andere von seiner eidelichen Zusage befreyet werden, und ein Mensch dem andern einem ihm geleisteten Eid wiederum erlassen könne? Diese Frage wird in dem gegenwärtigen Spruchwort bejahet. Nach demselben bedarf es also keiner gerichtlichen Losprechung des Eides, sondern es ist genug, wenn derjenige zu dessen Vortheil der Eid geleistet worden, dem andern Theil denselben erlassen will, welches sowohl ausdrücklich, als auch auf eine stillschweigende Art geschehen kann, wenn es sich begiebet, daß ein Vater seine Tochter wegen seiner Erbschaft anfänglich Verzicht thun lassen, und gleichwol dieselbe nachher in seinem letzten Willen zu seiner Erbin einsetzt 1). Denn man kann nicht sagen, daß auf diese Weise ein Meineid begangen worden, weil hier die Rede von einer zu des andern Vortheil geschehener Zusage ist, bey welcher sich der Schwörende nur allein dahin verbindet, daß er sie erfüllen will, so lange der andere Theil darauf bestehet 2). Man macht aber doch eine Ausnahme bey Verlobten, so sich unter einer eidelichen Versicherung die Ehe zugesaget, die aber von dem geistlichen Gerichte von ihrer Zusage losgesprochen werden müssen.

1) *Scilicet de iurament. lib. I. cap. 24. n. 10.*

2) Der Eid, von dem hier die Rede ist, ist nur ein Mittel um eine Verbindlichkeit aus einem gültigen Vertrage zu verstärken. Hört also die Hauptverbindlichkeit aus dem Vertrage auf, so fällt auch die Wirkung des Eides,

Eides, welche bloß accessorkisch war, von selbst weg:  
c. 2. X. de sponsal. G. L. Boehmer princip. I. C.  
§. 334. d. 5.

§. 3. Heut zu Tage zeigt sich der Nutzen von diesem Sprüchwort in mancherley Handlungen. Unterthanen wird der Eid erlassen, wenn sie in Streitsachen, so ihre Obrigkeit betreffen, ein Zeugniß ablegen sollen. Der Landesherr erläßt seinen Bedienten ebenfalls den Eid, wenn sie in seinen eigenen gerichtlichen Angelegenheiten ein Urtheil sprechen müssen. Privatpersonen können in allen Fällen sich ebenfalls von der Erfüllung desjenigen lossprechen, was eine der andern eidlich zugesaget hat 1).

- 1) Eine sehr scharfsinnige Beantwortung der Frage: Ob ein Landesherr berechtigt sey, einen Unterthan, welcher einer Privatperson eidlich Stillschweigen der ihm von dieser anvertrauten Geheimnisse angelobt hat, den Eid erlassen und zur Bekanntmachung der ihm anvertrauten Geheimnisse zwingen könne? s. in Hommel's Rhapsod. obs. 699. d. 5.

## XXVI.

Nach dem todten Mund muß der Kläger seine Klage wider den Erben beweisen.

### Anmerkung.

§. 1. Der Verstand von diesem Sprüchwort gehet dahin, daß, wenn der Kläger von dem Beflagten einen Eid gefordert, dieser aber vor desselben Ablegung mit Tode abgegangen, jener nach des letzteren Absterben, sich um andere Mittel den Grund seiner Klage zu beweisen bemühen müsse, und von des Beflagten Erben nicht verlangen könne, daß sie nunmehr den Eid leisten  
Eisenh. Sprüchw.      Na      sollen,

soßen, weil nicht nur der Eid des Verstorbenen Person allein angegangen, sondern auch Umstände betreffen kann, die zwar dem Verstorbenen bekannt genug gewesen, wovon hingegen desselben Erben nicht die geringste Nachricht haben. Es ist aber diesem Sprüchwort nicht allein das sächsische Landrecht entgegen 1), sondern des Verstorbenen Erben, sind nach der Meinung der Rechtsgelehrten das juramentum credulitatis in gewissen Fällen zu leisten schuldig 2).

1) Lib. III. Art. 2.

2) *Lauterbach* de jurament. credulit. part. poster. §. 12.

§. 2. Wie aber, wenn der Beklagte den von ihm geforderten Eid abzulegen bereit gewesen, hingegen darüber gestorben, und an der wirklichen Abschworung des Eides durch seinen Tod verhindert worden, soll es alsdann noch nöthig seyn, daß der Kläger einen andern Beweis führen, oder die Sache so angenommen werden, als wäre der Eid wirklich geleistet worden? Die Meinungen der Rechtsgelehrten, welche *Stryck* 1) in einer besondern Abhandlung zusammen getragen, stimmen dieser Sache wegen nicht mit einander überein, und viele halten diese Frage ganz und gar für unnütz 2). *Leyser* hat nach meinem Ermessen am richtigsten hiers von geurtheilet 3), und den Fall am genauesten bestimmt, in welchem der zwar angenommene, allein wegen des erfolgten Todes nicht geleistete Eid, als wäre derselbe wirklich abgeschworen worden, geachtet werden kann. Nach den hiesigen Landesgesetzen, soll in dem Fall, wenn einer, nachdem er den von ihm geforderten Eid zu leisten bereitwillig gewesen, und darüber verstorben, ohne jedoch die Ableistung des Eides verzögert zu haben, der Eid für geleistet angenommen, und die Erben mit dem juramentum credulitatis verschonet werden.

werden, wobei aber auch zugleich erfordert wird, daß wenn der Eid von einem gerichtlichen Anwalt angenommen worden, dieser mit einer besondern Vollmacht versehen, und selbiger die Eidesformel eingerückt seyn müsse 4).

1) in diss. de morte loco jurisjurandi.

2) *Berger* in elect. disceptat. forens. p. 577.

3) Sp. 144. m. 1. — Mit der *Leyser'schen* Meinung stimmen verschiedene Particularrechte überein, z. B. die Hessische Oberappellations-Ordnung, P. II. tit. VIII. §. 12. Nürnbergsche Reformat. tit. VII. l. IX. §. 4. und die angeführte Braunschweigische Verordnung. *Malblanc* in doctrina de iurejurando §. 56. hält die *Leyser'sche* Meinung nur in dem Falle gegründet, wenn der Theil, welchem die Beweisführung eigentlich nicht oblag, aus freyen Willen dem Gegentheil den Eid zugeschoben hat, und dieser, nachdem er ihn angenommen hatte, verstorben ist. Hingegen behauptet *Malblanc*, wenn der den Eid zuschiebende Theil zur Beweisführung verpflichtet gewesen sey, müsse dieser, wenn der Gegentheil selbst nach Annahme des zugeschobenen Eides verstorben sey, durch andere Mittel den Beweis zu führen suchen, und überhaupt die Sache so angesehen werden, als wenn der Eid zurückgeschoben sey. Diese Meinung verdient, wie ich glaube, den Vorzug, indem die Annahme eines Eides heut zu Tage nicht nach Regeln, welche in Absicht der Verträge gelten, beurtheilt werden kann. *E. Malblanc* § 41. d. 5.

4) *Serenissimi* gnädigste Verordnung in puncto iuramentor. de dato Braunsch. den 17. May 1757.

## XXVII.

**Man muß nicht ein Altar bedecken und das andere entblößen.**

**Anmerkung.**

§. 1. Es ist eine bekannte Sache, daß nach dem päpstlichen Rechte in einer Kirche nothwendig Altäre seyn müssen 1), ob schon die erste Kirche von selbigen nichts gewußt hat. Die Lehre von dem Messopfer, so auf einem Altar gehalten werden muß, hat gemacht, daß man den Altären eine besondere Heiligkeit beugeleget, welche noch mehr vermehret worden ist, als man die Ueberbleibsel von den Gebeinen der Heiligen darunter zu verwahren angefangen. Die Altäre wurden mit besondern Zierrathen auf das prächtigste geschmückt und mit den kostbarsten Decken überkleidet. Reiche und begüterte Leute ließen auf ihre Unkosten in den Kirchen Altäre bauen. Sie vermachten an dieselben einen ansehnlichen Theil ihres Vermögens, unter der Bedingung, daß für die Ruhe ihrer Seelen, für die baldige Erlösung aus dem Fegefeuer, zu gewissen Zeiten Seelmessen an einem solchen Altar für sie gehalten werden möchten. Wenn ein neuer Altar erbauet werden sollte, so mußte auch alles übrige, was zu desselben Bedeckung und Auszierung erfordert wurde, angeschaffet werden, und man hielt es für eine Sünde, wenn man einen Altar seiner Zierrathen berauben und einen neuen damit bedecken wollte. Dieses hat zu dem gegenwärtigen Sprüchwort Gelegenheit gegeben. Es werden die Armen mit einem annoch mit Decken und andern Auszierungen nicht versehenen Altar verglichen, und dem Richter die Lehre dadurch gegeben, daß, obwohl die Gesetze vieles zum Besten der Armen verordnet haben, der Richter doch, denenselben zu anderer Schaden

den nicht geneigter seyn soll, als das Recht und die Billigkeit erfordert. Die Ausleger verstehen dieses Sprüchwort von dem Armenrecht 2), und daß von demselben kein Mißbrauch gemacht werden soll.

1) Voigt de iurari.

2) Mevius P. II. d. 278. P. V. d. 30. n. 7.

§. 2. In den Capitularien der Fränkischen Könige werden bereits verschiedene den Armen zum Besten gemachte Verordnungen angeführt. Es heiet, daß ihre Streitsache vor allen andern abgethan, und daß der Richter, wenn sie selbst nicht im Stande sich befinden, ihre Sache in dem Gerichte gehörig vorzutragen, dieselben mit einem geschickten Beystand versehen soll 1). Carl der Große hat insbesondere sich derselben angenommen, und daß alle Weitläufigkeiten bey ihren Streitigkeiten vermieden werden sollten, verordnet 2). Als in Deutschland von dem Kaiser Maximilian dem Ersten, das Gerichtswesen in eine bessere Verfassung gebracht, und das Kaiserliche und des heiligen Römischen Reichs Cammergericht gestiftet worden, so haben auch die Armen die besondere Wohlthat erhalten, daß ihnen ohne Kosten das Recht gesprochen und sowohl der Anwalt als Advocat ihnen umsonst dienen sollen 3). Es gedenket auch der Armen die Kaiserliche Wahlcapitulation 4), in welcher denselben versprochen wird, daß ihnen ohne Ansehen der Person Recht wiederfahren soll, und die besondern Gerichtsordnungen der verschiedenen deutschen Staaten kommen damit überein 5).

1) Capit. Reg. Francor. apud Georgisch. p. 837. —

2) apud eund. p. 1149.

3) Concept der Cammergerichtsordnung, I. Theil, Tit. 55.

Schulz de pauperib. in camera litigantib. Ehr. Voll von dem Armenrechte der Juden an dem Reichscammergerichte: Weßlar 1787. D. 5.

4) Ca-

4) Capitul. imperator. novissim. Art. 16.

5) S. die bey *Haltius* in gloss. m. a. unter dem Worte Arme und Reiche angeführten Stadtschre. Einer obrigkeitlichen Person kann die zu beobachtende Unparteilichkeit bey Streitsachen Armer mit Reichen nicht genug eingeschränkt werden, da es eine sehr richtige Bemerkung ist, welche Cicero (de offic. l. 11. c. 20.) macht: „a quo expeditior, et celerior remuneratio fore videtur, in eum fere est voluntas nostra propensior.“ D. S.

§. 3. Es wird aber bey dem Prozesse derjenige für arm gehalten, welcher die nöthigen Kosten zu tragen nicht vermag. Die Armen müssen, wenn sie zu dem Armenrechte gelangen wollen, von ihrer Armuth bewährte Zeugnisse beibringen. Sie müssen den Armeneid schwören, und vorher gewarnt werden, sich wohl zu prüfen, ob sie auch eine gerechte Sache zu haben vermeinen, weil sie sonst mit Leibesstrafen belegt werden 1). Denn da die Rechte sowohl zum Besten des Reichen als des Armen verordnet sind, so würde das größte Unrecht entstehen, wenn von dem Armenrechte ein Mißbrauch gemacht, und die Wohlthaten, so den Armen zum Besten verordnet worden, den Reichen zum Nachtheil gereichen sollten.

1) Estor Anfangsgründe des gemeinen und Reichsprocesses §. 2341. seqq. Cammergerichtsordnung l. c. §. 2.

## XXVIII.

Uebel gesprochen, ist wohl appelliret.

### Anmerkung.

§. 1. Ehe noch das römische und päpstliche Recht in Deutschland eingeführt worden, mußte man ein ausgesprochenes Urtheil entweder sofort erkennen, oder daß

Dasselbe schelten 1). Diese Urtheilsscheltung war nichts anders als eine Appellation gewesen. Es gedenken derselben verschiedene der alten Gesetzbücher 2). Die Capitularien der Fränkischen Könige beschreiben selbige noch ausführlicher 3). Der Sachsen- und Schwabenspiegel erwähnen derselben ebenfalls 4). Man brachte das beschwerliche Urtheil zuerst bey dem Oberrichter, und nachmals bey dem König oder den Pfalzgrafen an. In einigen Ländern erlaubte man auch den Partheyen, sich an gewisse Schöppenstühle zu wenden, unter welchen der zu Halle und Magdeburg besonders berühmt gewesen waren 5). Wollte jemand ein Urtheil schelten, so mußte er sich vor die Schöppenbank stellen und folgende Worte sagen: Das Urtheil das mir funden ist, das schilt ich, und ist unrecht, und will ein rechters finden, und bitte der Bank ein bessers Urtheil zu finden, und bitte den Schöppen aufzustehen, des Urtheil ich schelte 6). Der Richter hieß darauf den Schöppen, dessen Urtheil gescholten ward, aufstehen, hingegen den Urtheilsschelter sich an jenes Stelle setzen, um ein anderes Urtheil zu finden. So bald das neue Urtheil eröffnet worden, ward solches nebst dem gescholtenen Urtheil an den Oberrichter gebracht. Fügte es sich nun, daß das neue Urtheil Befall fand, und der Schöppe, welcher das gescholtene Urtheil gefunden hatte, einer Partheylichkeit verdächtig war, so mußte er schreiben, daß er es nicht besser gewußt, oder sich der Strafe des Handabhaltens unterwerfen, welche darauf gesetzt war, wenn er sich den Eid zu leisten weigerte. Dagegen auch der Urtheilsschelter nicht nur alle Unkosten tragen, sondern auch dem Schöppen, dessen Ausspruch er gescholten hatte, die Buße und dem Richter die Wette bezahlen mußte, wenn das von ihm gescholtene Urtheil bestätigt worden 7).



- 1) Die Redensart: ein Urtheil schelten; übertrug man auch ins Lateinische, und heißt es daher in Capitularien der Fränkischen Könige: blasphemare iudicium. Hiervon hat sich die französische Redensart: blamer une sentence; erhalten. S. du Fresne sub v. blasphemare. d. h.
- 2) Heineccius in element. jur. german. T. II. Lib. III. §. 289. seq.
- 3) apud Georgisch. p. 710.
- 4) I. P. Sax. Lib. II. Art. 12. I. P. Suev. cap. 106. Nach der Königsthalischen Ausg. Cap. 108. d. h.
- 5) Sächsisch Weichbild Art. 10.
- 6) I. P. S. Lib. II. Art. 12. Weichbild Art. 74. Magdeburgisches Schöppenrecht art. 87. in Schotts Sammlung zum deutschen Land- und Stadtrechten, Th. I. S. 74. d. h.
- 7) Hauschild Gerichtsverfassung der Deutschen §. 41. seq.

§. 2. Nachdem anstatt dieser Urtheilsscheltung die heutige Appellation eingeführt worden, so ist auch dieses Sprüchwort bekannt worden, dessen jedoch bereits der bekannte Rechtsgelehrte Baldus gedenket 1). Es soll damit angedeutet werden, daß; wenn von einem Urtheil appelliret worden, allemal zu vermuthen sey, daß das vorige Erkenntniß den Gesetzen nicht gemäß abgefaßt worden 2). Allein, daß dieser Schluß auf höchst unrichtigen Gründen beruhet, wird ein jeder leicht einsehen. Es kann auch oftmals heißen: Wohl gesprochen ist übel appelliret.

1) ad L. 3. C. de sentent. et interlocution.

2) Diesen Sinn möchte ich unserm Sprüchworte nicht beylegen, wozu in den Worten desselben nicht die mindeste Veranlassung liegt. Vielmehr enthalten diese nur den sehr richtigen Satz, daß eine ungerechte Sentence den Gebrauch der Appellation gegen dieselbe rechtfertige.

d. h.

XXIX.

**Suppliciren und appelliren ist niemand verboten.**

**Anmerkung.**

§. 1. Die natürliche Billigkeit sowol als auch die gemeinen Rechte bringen es mit sich, daß man niemand aus Uebereilung verdamme. Daß derjenige, so sich durch ein Urtheil beschweret findet, seine Beschwerde geziemend vortragen darf, um ein besseres Urtheil zu erhalten. Die römischen Gesetze sagen dieses ausdrücklich, und Ulpian nennet es eine in der allgemeinen Menschenliebe gegründete Pflicht, daß man einen jeden, der auf einen höheren Richter sich beruft, hören soll 1). Die Capitularien der Fränkischen Könige stimmen das mit überein, und verbieten zugleich einige Mißbräuche, so damals im Schwange gegangen 2), und aus demjenigen, was bey der Erklärung des vorigen Spruchwortes angeführet worden, ist genug zu ersehen, wie geneigt man in Deutschland zu allen Zeiten gewesen war, einem Menschen seine Bitte zu gewähren; wesscher wegen eines beschwerlichen Urtheils an ein höheres Gericht sich berief. Alle nichtige Einwürfe, als ob man den Richter, von dessen Erkenntniß appelliret wird, dadurch beleidiget, indem man seine Unzufriedenheit über sein ausgesprochenes Urtheil an den Tag leget, fallen hinweg, wenn man bedenket, daß beides das Suppliciren als auch das Appelliren eine Art von einer Vertheidigung ist, die man mit Beyfall der Rechte erwählet. Es ist keine Folge, daß, indem man ein erlaubtes Mittel gegen das beschwerliche Urtheil einwendet, der Richter dadurch einer Ungerechtigkeit beschuldiget werde, weil viele andre Ursachen vorhanden seyn können, welchen es eigentlich bezugemessen ist, warum das Erkenntniß so und nicht anders ausgefallen. Weist

Regel

Regenten haben ja aus keiner andern Ursache höhere Gerichte in ihren Staaten angeordnet, als damit die streitenden Theile weiter gehöret werden mögen, wenn sie durch des Unterrichters Urtheil beschweret worden.

1) L. 6. D. de Appellat.

2) Capitul. L. VII. cap. 333.

§. 2. Daß aber dieses Sprüchwort dennoch in vielen Fällen nicht als eine allgemeine Regel angesehen werden kann, ist eine bekannte Sache. Es kommt auch auf die Beschaffenheit des Processes an, ob nach demselben, gegen ein widriges Urtheil die Supplication oder Appellation einzuwenden erlaubt ist. Manchmal betrifft der Streit eine Sache, die keinen Verzug leidet, sondern eine baldige Entscheidung erfordert. In dergleichen Fällen wird ebenfalls die Appellation nicht verstatet 1). Nicht zu gedenken, daß derjenige, so vermöge eines mit seinem Gegentheil errichteten Vertrages, des Rechts von des Richters Urtheil zu suppliciren oder zu appelliren, wenn solches nicht nach seinem Wunsche ausfallen würde, sich begeben, es bey dem richterlichen Ausspruch bewenden lassen muß 2), welches auch von demjenigen gilt, der die Zeit verstreichen lassen, binnen welcher diese Rechtsmittel angebracht werden müssen.

1) *Stryck de Appellation. illicita.*

2) L. 5. §. 6. C. de temporib. et reparation. Appellat.

§. 3. So richtig es aber auch immer seyn mag, daß man die Beschwerden eines Appellanten höre, so sehr ist aber doch zugleich zu wünschen, daß der Mißbrauch aufgehoben werden möchte, welcher mit dergleichen Rechtsmitteln gemacht wird. Die oftmal werden nicht dieselben nur zu dem Ende eingewendet, damit

mit der Proceß in die Länge verzögert werden möchte. Dieses zu verhüten, haben einige gelehrte Männer den Rath gegeben, daß man die Appellation und andre dergleichen Vertheidigungsmittel alle mit einander abschaffen, und durch gütliche Vorschläge die Streitigen Partheyen aus einander setzen soll 1). Aber würde nicht ein weit größeres Uebel entstehen, wenn man diesem Rath folgen wollte 2)? Wer würde alsdenn der Ungerechtigkeit eines partheyischen Richters das gehörige Ziel setzen können?

1) v. Loen Gedanken von der Verbesserung der menschlichen Gesellschaft, S. 88.

2) Hauschild's Irrthümer in Beurtheilung der Justizverbrechen, S. 127.

### XXX. A.

#### In Policesachen gilt keine Appellation.

##### Anmerkung.

§. 1. Unter der Policey werden im weitläufigsten Verstande die zur Landes- und aller Unterthanen Wohlfahrt gereichende Anordnungen und Einrichtungen begriffen. Nach der engeren Bedeutung heißet die Policey eine Anordnung alles desjenigen, was zur Nothwendigkeit und Bequemlichkeit des Lebens, zum Wohlstande, zur Zierde, zur Reinlichkeit, guten Ordnung und Erhaltung des Staates gehöret. Von den Städten, so zu den Policesachen gerechnet werden, haben diejenigen umständlich gehandelt, welche zu der Policeywissenschaft Anleitung gegeben haben 1). In den alten deutschen Gesetzbüchern findet man nur einzelne das Policewesen betreffende Verordnungen. In den mittleren Zeiten ward an das Policewesen kaum gedacht, und man fieng erst nach Errichtung des Kaiserlichen

lichen Cammergerichts an, auf die Einführung einer guten Polizei bedacht zu seyn 2). Die Polizeyordnungen werden in allgemeine und besondere eingetheilet. Jene, unter welchen die vom Jahr 1530 die älteste ist, handeln von der Rechtspolicey, deren Anordnung für den Reichstag gehört. In den besondern Staaten unsers Deutschlandes kommt die Anordnung der Polizey lediglich dem Landesherrn zu, welches Recht den Ständen des Reichs auch durch die Kaiserliche Wahlcapitulation bestätigt worden 3).

1) von Justi Grundsätze der Polizeywissenschaft. *Heumanni initia jur. politiae Germanor.* S. Chr. Jos. Sischers Lehrbegriff sämmtlicher Cameral- und Polizeyrechte, 3. B. Frankf. an der Oder, 1783. 8.  
d. S.

2) *Heumann* l. c. cap. III. §. 16. seq.

3) Capitulat. *Francisci* I. Art. VII. §. 5. et *Josepb.* II. art. VII. §. 4.

§. 2. Policeysachen sind zwar mit Justizsachen nicht zu vermischen, allein sie werden in die letztern verwandelt, so bald sie zu einem Streit Gelegenheit geben, welcher nicht nur eine weitere Untersuchung, sondern auch eine rechtliche Entscheidung erfordert 1). Weil es aber mit denselben die Bewandniß hat, daß das gemeine Wesen darunter leiden würde, wenn man wegen der in gemeinen Sachen entstandenen Streitigkeiten ein langes Processiren verstaten wollte, so wird bey derselben nur summarisch verfahren. Ja man glaubet, daß in Policeysachen gar kein Proceß statt finden soll 2). Und wenn auch gleich dieses nicht behauptet werden kann, so hält man doch dafür, daß zu Vermeidung eines langwierigen Streites in Policeysachen keine Appellation zuzulassen sey, welches nicht nur der neueste Reichsabschied 3), sondern auch verschie-

schiedene besondere Landesordnungen zu bekräftigen scheinen 4).

- 1) *Schreiber de caufar. politiae et ear. quae iustitiae dicunt. conflict. et different.* Strubens Unterricht von Regierung und Justizsachen, und P. C. G. I. 6. ab *Hobenthal* über de Politia, §. 124. d. 3.
- 2) *Mencken in systemat. iuris civilis* p. 973.
- 3) R. I. de 1654. §. 106.
- 4) *Heumann l. c. cap. 38. §. 299.*

§. 3. Allein eben der angeführte Reichsabschied verbietet die Appellation in Policessachen nicht gänzlich. Es heißt in demselben nur, daß nicht leichtlich in dergleichen Fällen eine Inhibition erkannt werden soll, der tägliche Gerichtsbrauch widerleget auch dieses Sprüchwort hinlänglich. Auch hat der Freyherr v. *Cramer* an dem unten angeführten Orte die Gerichtsbarkeit der höchsten Reichsgerichte in Policessachen sehr gründlich bewiesen 1).

- 1) S. desselben *Weslarische Nebenstunden*, 1. Th. S. 88.

### XXX. B.

**Handwerksachen gehören vor den Rath. (d. 8.)**

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort kann einen zweyfachen Sinn haben. Erstlich kann es anzeigen, daß die Handwerksachen der ordentlichen Obrigkeit nicht entzogen werden dürfen, und folglich an Orten, wo der Stadtrath die Gerichtsbarkeit ausübt, dieser in Ansehung der Handwerksachen kompetenter Richter sey. In den meisten teutschen Ländern pflegt zwar den Handwerksinnungen die Befugniß zuzustehen, Innungsverbrechen oder solche Handlungen der Zunftgenossen, welche den Innungs-

Innungsorten und dem Handwerksgebrauche zuwider laufen mit einer mäßigen Geldbuße zu bestrafen, auch sonst in Streitigkeiten über Zunftangelegenheiten zwischen Zunftgenossen einen Ausspruch zu thun 1), allein die Innungen machen sich eines strafbaren Mißbrauchs schuldig, wenn sie sich eine Gerichtsbarkeit in andern Fällen, als den eben erwähnten, anmaßen wollen. Der Reichsschluß von 1731 2) untersagt ihnen solches ausdrücklich. In einigen Ländern ist überhaupt jede Art von Gerichtsbarkeit den Innungen genommen worden, wie z. B. in dem Chur-Braunschweigischen geschehen ist 3). Wo dieses aber der Fall nicht ist, kann derjenige Zunftgenosse, welcher sich durch den Ausspruch der Zunft für beschwert hält, seine Beschwerden bey der ordentlichen Obrigkeit des Orts anbringen und bey dieser die Sache anhängig machen.

1) Fricke Grundsätze des Rechts der Handwerker §. 35. und Weisers Recht der Handwerker, §. 45.

2) Art. 2. §. Iun weilen u. f. f.

3) Corp. Const. Calenb. Th. 3. C. 4. Nr. 1. Art. 12.

§. 2. Zweitens kann dieses Sprüchwort mit Adrian Beyer 1) auf die Weise erklärt werden, daß, wenn in einer Stadt der Rath sich nicht im Besitze der ordentlichen Gerichtsbarkeit befindet, sondern nur eine bloße Policingaufficht ausübt, dennoch die Handwerksfachen in erster Instanz nicht für das ordentliche Stadtgericht, sondern für den Stadtrath gehörten. Es sey dieses eingeführt, sagt Beyer 2), weil im Rathe gewöhnlich Zunftgenossen mit sitzen, von welchen zu vermuthen stehe, daß sie beste Kenntniß in dergleichen Angelegenheiten hätten. Er beruft sich hierbey auf das Beispiel verschiedener Städte, z. B. von Stettin, Naumburg. Ich will nicht leugnen, daß dieses wirklich in einigen Städten so gehalten werden mag, und

und unser Spruchwort einen partikulären Gebrauch habe. Allein zu einer allgemeinen Regel, läßt es sich meiner Meinung nach durchaus nicht machen. Es hat zwar seine Richtigkeit, daß in den meisten Städten, wo der Rath nicht die ordentliche Gerichtsbarkeit besitzt, ihm doch eine gewisse Policeaufsicht zusteht, vermöge welcher er auch über diese oder jene die Handwerke betreffende Einrichtung und Angelegenheit die Aufsicht zu führen berechtigt ist. Allein hiermit ist der Regel nach noch nicht die Polizeigerichtsbarkeit, d. i. das Recht verknüpft, in streitigen Policeysachen zu entscheiden, indem diese einer Stadt nicht anders zukommt, als wenn sie ihr vom Landesherrn entweder ausdrücklich beliehen worden ist, oder dieselbe sich im unordentlichen Besitze derselben befindet 3). So dann, wenn eine Stadt auch diese Befugniß besitzen sollte, würde der Stadtrath in Handwerksachen nur in so weit zu entscheiden berechtigt seyn, als selbige als Policeysachen betrachtet werden können. Hingegen in sofern dieselben die Eigenschaft einer Justizsache haben, würden sie für die ordentliche Obrigkeit des Orts gehören, und daher der Stadtrath in Ansehung derselben nicht anders kompetenter Richter seyn, als wenn der Stadtgermeinheit entweder ausdrücklich oder stillschweigend die ordentliche Gerichtsbarkeit verliehen wäre. Der Grund, welchen Beyer anführt, um unser Spruchwort zur allgemeinen Regel zu machen, ist von weniger Bedeutung, indem in solchen Fällen, wo es auf besondere Kenntniß der Handwerkersgebräuche ankommt, derjenige welcher sich darauf beruft, den Beweis, falls sie in Zweifel gezogen worden, führen muß. Vielmehr ist es sehr mißlich und schädlich, die Beurtheilung derselben den Handwerkern selbst zu überlassen, wie doch der Fall seyn würde, wenn die Handwerksachen ohne Unterschied in einem Collegio, das mit Personen aus  
den



den Handwerkern besetzt ist, entschieden werden sollten.

1) de collegiis opific. §. 379.

2) am a. D. §. 395. C. 17. Nr. 402.

3) C. in meinen Versuch einer Anleitung zum teutschen Stadt- Bürgerrechte, §. 90.

### XXXI.

## Unrecht ist auch Recht.

### Anmerkung.

§. 1. In diesem aus dem römischen Rechte 1) genommenen Sprüchwort, wird mit wenigen angezeigt, daß auch manchmal ein Urtheil einen Proceß aufhebet, wenn dasselbe schon auf unrichtigen Gründen beruhet, oder der Richter in der Anwendung der Gesetze auf den streitigen Fall ein Versehen begangen hat. Dieses geschieht, wenn kein Rechtsmittel dawider eingesetzt worden, sondern derjenige es bey dem richterlichen Ausspruche bewenden läßt, gegen welchen derselbe unglücklich ausgefallen. Denn hat jemand ein Urtheil einmal in Kraft Rechts ergehen lassen, so erhält der andere Theil nunmehr ein Recht, daß es bey dem rechtskräftigen Urtheil bleiben muß, welches ihm kein Richter entziehen kann.

1) L. II. D. de iustit. et jur.

§. 2. Es finden aber doch gegen dieses Sprüchwort viele Ausnahmen statt 1). Wenn sich Fälle ereignen, daß jemand wegen Ermangelung der zu der Ausführung seines Beweises nöthigen Urkunden verurtheilet worden, und nachher selbige erst nach Eröffnung des Urtheils erhält, so ist allemal zu vermuthen, daß der Richter ganz anders geurtheilet haben würde, wenn

wenn der Verurtheilte gleich im Anfange des Streites die zur Ausführung seines Beweises erst nachher aufgefundenen Nachrichten gehabt hätte. Das einzige, was hiebei erfordert wird, ist dieses, daß gegen Vergleichene neu entdeckte Urkunden und Nachrichten kein Zweifel, ob sie auch wahr sind, gemacht werden muß. Man rechnet auch den Fall hieher, wenn das Urtheil auf ganz unbilligen und wider alle Rechte laufenden Gründen beruhet, von welchen sowohl als auch noch von andern Vergleichenen Fällen Leyser mit mehreren handelt 2).

- 1) S. Hellfeld Jurisprud. forensis, in denen 2. Theil.
- 2) Spec. 470. A. J. Schnaubert Erörterung der Lehre von den heilbaren und unheilbaren Nullitäten. Gießen 1789. 8. D. 2.

## XXXII.

Was nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verlohren.

### Anmerkung.

§. 1. Auch dieses Sprüchwort ist sowohl in dem römischen 1) als auch päpstlichen Rechte 2) gegründet, und von solchen Schuldnern zu verstehen, denen man nichts mehr nehmen kann, und gegen welche man nur eine vergebliche Klage erheben würde, wenn man auch schon klagen wollte. Wie glücklich sind nicht dergleichen Leute, die, wenn sie außer dem übrigen ordentlichen Wege Geld verschwenderischer Weise durchgebracht haben, von allen verdrüsslichen Ansprüchen und gerichtlichen Anklagen sicher sind? Allein so richtig auch dieses Sprüchwort immer ist, so kann es doch bösen Schuldern, die von dem öffentlichen Credit einen Mißbrauch gemacht, und durch ihr verschwenderisches Leben sich in eine solche Armut geführt haben, daß sie außer

Es ist ein Sprüchwort.

allem Stande sind, sich jemals von der sie drückenden Schuldenlast zu befreien, nimmermehr zu einer Schutzhülfe dienen, wodurch sie etwa der verdienten Strafe entgehen könnten. Es ist in den Reichsgesetzen nicht nur verordnet, daß dergleichen Betrüger in das Gefängniß geworfen, und nach Beschaffenheit der Umstände bestraft, auch zu keinen Würden und ehrlichen Zusammenkünften weiter gelassen werden sollen 3), sondern auch in den mehren Ländern unsers Vaterlandes sind dergleichen Verordnungen zur Vermeidung aller Betrügereyen und Erhaltung des öffentlichen Credits bekannt gemacht worden, nach welchen dergleichen böshafte Schuldner theils am Leibe, theils aber auch am Leben bestraft werden sollen 4).

1) L. 6. D. de dol. mal.

2) c. 16. X. de restitut. spoliator. c. 3. X. de solution.

3) Polizeyordnung vom Jahr 1577. tit. 23. §. 7.

4) *Gerardus de decessorib. Hoffmann de iussu poen. capit. debitorib. obaerat. inponend.*

§. 2. Zu den besondern Strafen, welche dergleichen Betrügern angethan zu werden pflegen, gehöret auch diese, so in der Stadt Bretta in dem Königreiche Schweden üblich ist, wo man dergleichen Leute in der Straße herum führet, und mit Wasser begießet, so für ein Zeichen der Ueßre gehalten wird 1). Nach der Polizeyordnung der Reichsstadt Frankfurt am Mayn 2), müssen solche böse Schuldner drey Jahre hinter einander einen gelben Hut tragen, und nach der neuen Galliten-Verordnung 3) sollen sie nicht nur für Ehr- und Rechtlos erklärt, sondern auch als offenbare Betrüger mit schweren Leibes- und Lebensstrafen belegt werden. In Sachsen und einigen andern Orten werden sie zur Hand und Halfter geschlagen 4), welches darin bestehet, daß ein solcher Betrüger in der

Karre

Barre ziehen, und die geringsten Arbeiten verrichten muß.

- 1) Hertius de paroem. jur. german. Lib. I. par. 89.
- 2) de A. 1671. §. 10.
- 3) de A. 1708. §. 10.
- 4) Vogt de addition. ad manum. Delgens Anleitung zur gerichtlichen Praxis, §. 332. D. 5.

§. 3. Aber alle diese Verordnungen sind nur von solchen bösen Schuldnern zu verstehen, die boshafter und vorsätzlicher Weise andere betrogen haben. Denn diejenigen, so durch unverhoffte Unglücksfälle und wider ihre Verschulden außer Stand gesetzt worden, ihre Schulden zu bezahlen, verdienen eher Mitleid, als daß man sie bey ihrem Elende noch mehr quälen soll 1). Diese Ausnahme wird auch in der vorhin angezeigten Polizeyordnung vom Jahr 1577 angetroffen, wenn es heißt: Wären sie aber aus kündlichen, oder unversehenlichen zugestandenen Unfällen, oder Schäden, in Verderben und Ausstand kommen, alsdenn mögen sie aufgenommen und vergleydet, Mitleyden mit ihnen gehabt, und den gemeinen Rechten nach, gegen ihnen gehandelt werden.

- 1) Festingii diss. de Germanor. proverb. wo nichts ist da hat n. Cap. II. §. 14. Rostoch. 1688.

### XXXII.

Wenn es kommt zur Execution, so sucht man gern Dilation.

#### Anmerkung.

§. 1. Die Vollstreckung eines rechtskräftigen Urtheils geschah bey den alten Deutschen durch die Ant-

pfändung, und Verkaufung der Pfänder. Das Sas-  
lische 1), die Longobardischen 2), Fränkischen 3) und  
andere Gesetze kommen darinnen mit einander überein.  
In den mitlern Zeiten ist es ebenfalls dabey geblieben,  
wie solches aus dem sächsischen Landrecht sowohl 4) als  
auch aus dem Weichbild 5) zu sehen. In Schuld-  
sachen wurde dem zur Bezahlung verurtheilten nach  
der geschehenen Eröffnung des Urtheils, eine Frist von  
vierzehn Nächten zur Bezahlung, zur Erlegung der  
Bette aber sechs Wochen und vierzehn besondere Nächte  
zur Abführung der Buße verstatet. Geschahe die Be-  
zahlung nun binnen diesen Fristen nicht, so wurde dem  
Schuldner noch eine Frist von acht Tagen, ferner von  
drey und zwey, und endlich von einer Nacht vergön-  
net, worauf, im Fall der Nichtbezahlung die Ausptän-  
dung, und auf diese die Verkaufung der Pfänder er-  
folgte, von welchen aber das nach geschehener Befrie-  
digung des Gläubigers übrig gebliebene Geld dem  
Schuldner wider gegeben worden ist. Geschahe die  
Vollstreckung des Urtheils an des Schuldners unbe-  
weglichen Gütern, so ließ man durch die Frohnboten  
auf das Thor oder Haus ein Kreuz stecken, und das  
Haus wurde nach Ablauf eines Jahres verkauft, wenn  
derselbe binnen dieser Zeit seine Schuld nicht abgetra-  
gen hatte, jedoch konnten seine Erben solches binnen  
Jahr und Tag gegen Erlegung der Schuld wiederum  
einlösen 6).

1) tit. LIII. §. 3. apud Georgisch. p. 107.

2) LL. *Rothari* cap. 249. 256. 257. apud Georgisch.  
p. 991. 993.

3) Capitular. Reg. Francor. Lib. VII. c. 313. apud eund.  
p. 1692. L. Wisigoth. Lib. V. Tit. VI. ap. eund.  
p. 2003.

4) Lib. I. Art. 53.

5) Art. 91.

6) I. P. Sax. Lib. II. Art. 41. — S. Hauschyldts Gerichtsverfassung der Teutschen, §. 44. ff. d. 5.

§. 2. Von dieser Art der Vollstreckung des Urtheils ist die heutige sowohl in als außerhalb Sachsen wenig unterschieden 1). Aber die Erfahrung lehret auch, daß die Verurtheilten die Vollstreckung des Urtheils auf alle mögliche Weise zu verhindern suchen. In dieser Absicht bemühen sie sich, alle mögliche Einwendungen gegen dieselbe anzubringen, damit ein neuer Proceß entstehen möge. Der Richter muß sich daher angelegen seyn lassen, dieses zu verhindern, und wenn er findet, daß die Einwendungen kein ferneres Verfahren unter den Partheien erfordern, die Vollstreckung der Hülfe sofort vollziehen 2).

1) Kayfers Anweisung zum Hülfsproceß, cap. III. §. 7. *Brunnemann* in process. civil. cap. XX. n. 18.

2) Wenn der Richter sieht, daß die Advocaten aus bloßer Eitelkeit neue Einwendungen und Bitten vorbringen, um die Hülfsvollstreckung zu verzögern, muß er ihnen ihre Schriften zurückgeben, und sie noch überdies in Strafe nehmen. S. *Blum* in process. cameral. tit. 77. nr. 6. und 7. — Uebrigens wird unser Sprichwort angeführt in dem memoriali Visitationisjud. Cameral. Imp. von 1574. §. 18. d. 5.

## II.

## In peinlichen Sachen.

## I.

Es mag einer seine Sache verschweigen, wenn er will.

## Anmerkung.

## §. I.

Bei den Deutschen ist der Inquisitionsproceß zwar nicht unbekannt, aber doch die peinlichen Anklagen gewöhnlicher gewesen, von welchen Tacitus 1) berichtet, daß man sie vor der Landtagsversammlung wider einen jeden Uebelthäter habe anbringen können. Ein gleiches ist auch sowol aus den ältesten Gesetzbüchern, als auch aus dem sächsischen und schwäbischen Landrecht und dem Weichbild zu ersehen. Die Capitularien der Fränkischen Könige handeln hievon am umständlichsten, und bestimmen zugleich die Eigenschaften, welche derjenige besitzen mußte, der als ein peinlicher Ankläger wider jemand vor dem Gerichte auftreten wollte. Nach denselben konnte eine Anklage nur von Leuten von einem guten Ruf unternommen werden. Daher kein Knecht, kein Rechts- und Ehrloser, kein einer besondern Bosheit verdächtiger Mensch, kein Mörder, kein Zauberer, kein Giftmischer, kein Dieb, kein Kirchenräuber, kein Ehebrecher, kein Jungfrauen-schänder, kein Meineidiger, eine peinliche Klage wider jemand anstellen konnte 2). Außerdem war es auch nicht erlaubt gewesen, daß ein Freund oder Hausgenosse, ein Mensch von geringem Verkommen wider einen Mann von vornehmen Stande, ein Page wider einen Geist-

Geistlichen als Ankläger in dem Gerichte auftreten durfte 3).

1) de M. G. cap. 12.

2) Capitular. Lib. VI. 39. Lib. VII. 99.

3) Capitular. Lib. VII. 437. Lib. I. 35.

§. 2. In bairischen und schwäbischen Landrecht wird von Venter zu Anbringung einer peinlichen Anklage unächtigen Personen zwar nichts gemeldet. Es ist aber zu vermuthen, daß man in den folgenden Zeiten auch darauf werde gesehen haben. Die mannichfachen Stattungen der peinlichen Anklagen werden in dem Richeisberg 1), wie auch in dem sächsischen 2) und schwäbischen Landrecht 3), desto umständlicher angeführt. Man sieht daraus, daß man die Verbrecher in übernachtliche und handhafte Thaten eingetheilt, und daß man nach dieser Eintheilung auch einen Unterschied zwischen den Klagen machte. Hatte man die Uebeltäter auf frischer That betroffen, so mußte man mit einem lauten Geschrey den Richter um Hülfe anrufen 4), wovon bey dem folgenden Spruchwort mit mehrern gehandelt werden soll. Bey übernachtlichen Thaten mußte an den Verbrecher vorher eine Ladung geschehen 5). Bey der Strafe sah der Richter zugleich auf die Wiedererstattung des Schadens, welcher dem beleidigten Theil auf sein Verlangen oder dessen Verwandten, von dem Verbrecher ersetzt werden mußte. Alle diese Umstände haben nach Einführung der Halsgerichtsordnung Caroli des Fünften den Gebrauch verloren.

1) cap. 30.

2) Lib. II. Art. 9. Lib. III. Art. 36.

3) cap. 161. Nach der Königsheischen Ausgabe Cap. 162. d. 6.

4) Lib. II. Art. 35.

5) Lib. I. Art. 70.



§. 3. Von dieser Art wider die Verbrecher zu verfahren, war es dem Willen der von dem Verleumdeter beleidigten Person allein überlassen gewesen, ob sie ihres Schadens wegen gegen denselben mit einer peinlichen Anklage bey dem Gericht eintreten wollte oder nicht. Dieses ist es, was durch das gegenwärtige Spruchwort angezeigt wird. Es soll so viel sagen, daß niemand eine Anklage anstellen gezwungen werde, sondern es einem jeden frey stehen soll, ob er eine Genugthuung verlangen will oder nicht. Wir finden dieses nicht nur in dem römischen Rechte gegründet 1), sondern auch das sächsische und schwäbische Landrecht stimmen damit überein. In jenem heisset es 2): Man soll niemand zwingen zu einer Klage, die er vor Gerichte nicht angefangen noch begunst hat. Ein jeglicher Mann mag wohl seinen Schaden verschweigen und nicht klagen, dieweil er will, und fast eben diese Worte werden in dem letzteren angetroffen 3).

1) L. 48. §. 1. D. de furt. L. 21. §. ult. D. de jur. fisci.

2) Lib. 1. Art. 62.

3) cap. 90. Nach der Königsthalischen Ausg. Cap. 91.

Eben dieser Grundsatz galt auch bey den Westphälischen Freygerichten. C. leg. et consuetud. jud. Westphal. Tremonensis, in dem Königsthalischen Corp. iur. Germ. T. I. append. C. 110. d. 6.

Nach der Carolina 1) soll ebenfalls niemand zu einer Anklage gezwungen werden. Allein dieses Gesetz befiehlt doch dem Richter, daß er von Amtes wegen den Verbrecher strafen soll. Es gehet auch die vorhin angeführte Stelle aus dem sächsischen Landrecht nicht dahin, daß, wo kein Kläger, auch kein Richter seyn soll, sondern sie ist nur von der Wiedererstattung des dem beleidigten Theil zugefügten Schadens und dem sogenannten Wergeld zu verstehen 2). Wurde dies

dieses von dem Ankläger nicht gefordert, so pflegte auch der Richter von Amtswegen nicht darauf zu erkennen. Dieser mußte aber demohnachtet von Amtswegen das Gerichte anstellen und den Thäter bestrafen, wie solches aus einer andern Stelle des sächsischen Landesrechts deutlich erhellet 3), ja dasselbe sagt sogar, daß der Richter, welcher Ungericht nicht richtet, selbst des Gerichts schuldig seyn soll, so über den Missethäter ergehen sollte 4). Es würde überflüssig gewesen seyn, den Richter unter Androhung so scharfer Strafen zur Verwaltung seines Amtes zu ermahnen, wenn derselbe nur in dem Fall, wenn ein Ankläger sich eingefunden, offenbare Missethäter hätte bestrafen können. Ja es ist nicht glaublich, daß unsere Vorfahren Mordbrenner, Straßenräuber, Todtschläger und andere dergleichen große Missethäter, nur darum haben ungestraft dahin gehen lassen, weil kein Ankläger vorhanden gewesen. Es erhellet vielmehr hieraus, daß der Inquisitionsproceß auch schon vor der Einführung des päpstlichen Rechts in Deutschland bekannt gewesen 5).

1) Art. 214.

2) Der Verfasser ist hier der Meinung des Hertius Lib. I. par. 10. in Opusc. V. II. T. III. S. 278. gefolgt, welche ich aber schon oben beym Sprüchwörter Art. 6. der 6ten Abth. : Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter, näher geprüft habe. Die Stellen aus dem Sachsenspiegel, worauf der B. sich beruft, beweisen nicht, daß der Untersuchungsproceß im Mittelalter üblich gewesen sey. Der Art. 55. des 1sten Buchs sagt bloß, daß, wenn ein Dieb oder Räuber bei handhabtlicher That ergriffen werde, die Sache nicht bey ordentlichen Richter brache angebracht zu werden, sondern darüber auch ein Vogt erkennen dürfe. (S. Hanschilde teutsche Gerichtsverf. S. 172.) Der 13te Artikel des 2ten Buchs sagt zwar, daß der Richter, welcher Ungericht nicht richtet, selbst des Gerichts schuldig seyn soll, allein dieses ist, wie der Zusammenhang ergibt,

ergibt, von dem Falle nur zu verstehen, wenn der Richter zuvor dem Ankläger Rechts gewieget hat. Es ist indeß richtig, daß in einigen Städten wegen einiger Verbrecher der Untersuchungsproceß, ehe die Carolina gegeben war, eingeführt war. Besonders war dieses in den Fällen üblich, welche den Landfriedensbruch betrafen. Es war aber der Untersuchungsproceß den Leuten sehr zuwider, und es fand die Einführung desselben fast überall große Schwierigkeiten. S. Dreyer's Nebenstunden S. 31. f. Malblanks Geschichte der peinlichen Gerichtsordnung R. Karls V. Cap. 2. d. 4.

3) Lib. I. Art. 55.

4) Lib. II. Art. 13.

5) de Leyser Sp. 560. m. 5. 6. 7. 8. 9.

## II.

### Gerüht ist der Klage Anfang.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist bey dem vorigen Sprüchwort schon angeführt worden, daß man die Verbrechen in handhafte und übernächliche eingetheilet. Handhaft hieß, was noch mit der Hand ergriffen werden kann, und es bedeutete eine noch frische That, bey deren Vollbringung der Missethäter angetroffen worden. Man rechnete zu solchen handhaften Thaten auch den Fall, wenn der Uebelthäter, indem er betroffen wurde, davon lief, und man ihn verfolgte, oder, wenn man das gestohlene und geraubte Gut bey ihm antraf, und er keinen Gewehrsmann angeben konnte, von dem er solches erhalten, oder, wenn man den Mörder mit dem Mordgewehr in der Hand gefangen nahm 1). Hatte nun jemand bey einer handhaften That den Verbrecher mit dem herbeygerufenen Volke angetroffen oder verfolgt, oder sonst durch Hülf des zusammengerufenen Vol-

Volkes gefangen genommen; so wurde dieses das schlechte Gerüste genehmnet. Vornehmlich geschähe die Zusammenkunft des Volkes auch aus der Ursache, damit der Ankläger die sechs Zeugen bekommen möchte, welche mit ihm zugleich dem Uebelthäter seines begangenen Verbrechens halber eidlich überführen konnten 2). Mit einem solchen Gerüste konnte der Uebelthäter auch bis in ein anderes Gerichte verfolgt werden, nur mit dem Unterschied, daß, wenn der flüchtige Uebelthäter von den Nachseilenden in einem fremden Gerichte ergriffen worden, diese mit sieben andern Männern eidlich bezeugen mußten, daß sie ihm aus ihrem Gerichte auf frischer That nachgeeilet wären 3).

1) I. P. Sax. Lib. II. art. 35. Reichbild Art. 113.

2) I. P. Sax. Lib. III. Art. 88.

3) I. P. S. Lib. II. Art. 71.

§ 2. Das andere Gerüste bestand in dem Zetergeschrey, welches allemal erfolgte, wenn der Ankläger in Gegenwart des Verbrechers, oder in dessen Abwesenheit, seine Anklage vor dem Richter anbrachte 1). Dieses Gerüste gehörte nothwendig zu der Klage, und war derselben Anfang gewesen, wie aus dem sächsischen Landrecht, woraus dieses Sprüchwort hergenommen, deutlich erhellet 2). Dieses Zetergeschrey bedeutete nichts anders, als eine Anrufung um Rache, der Uebelthäter mochte entweder in gefängliche Verhaft genommen oder abwesend gewesen seyn; so ging solches allemal vorher, ehe das Gericht eröffnet worden. Der Kläger bat um Erlaubniß, ob er seine Anklage anbringen dürfte. Der Richter sammlet darüber die Stimmen der Schöppen, und diese erkannten: Er sollte mit der handhaftigen That, mit Zetergeschrey zweier und eins und mit geschliffener ausgezogener Wehre, wie recht, vorkommen. Hier  
auf

auf brachte der Ankläger mit ausgezogenem geschliffenen Gewehr bey Mordthaten den Entlebten, oder bey Diebstählen die gestohlene und mit dem Geräuste gefundene Sache, vor das Gerichte, und schrie dreymal Zeter über den Uebeltäter. Der Richter erlaubte ihm alsdenn seine peinliche Anklage anzubringen, nach deren Vorbringung die Zeugen verhört, das Urtheil gesprochen und die Strafe vollzogen, oder abwesende Verbrecher in die Acht erkläret worden 3).

1) S. Dreyers Nebenstunden, S. 90. ff. d. 3.

2) I. P. S. Lib. I. Art. 61.

3) Hauschilds Gerichtsverfassung der Deutschen §. 49.

§. 3. Der Gebrauch von diesem Sprüchwort findet bey dem heutigen peinlichen, besonders dem Inquisitionsproceß keine Anwendung mehr, und ob wol noch an manchen Orten die Hegung eines hochnothpeinlichen Gerichtes annoch üblich ist, so weiß man doch, daß solches nicht eher als nach geendigter Untersuchung, und bereits erfolgter Beurtheilung des Verbrechers, gehalten wird 1). Dahingegen die Hegung des peinlichen Gerichtes, Anhörung der Klage, Vernehmung der Zeugen, und Abfassung des Urtheils, ehemals oft in einem Tage geschehen. Die Halsgerichtsordnung befiehlt, daß man sich nach eines jeden Gerichtes Gebrauch in diesem Stücke richten soll 2).

1) Zu York im alten-Lande ist die Hegung des peinlichen Nothgerichtes vor der Untersuchung eines Verbrechens noch üblich. Ein daselbst über ein solches Nothgericht aufgenommenes Protokoll findet sich als ein Anhang hinter Kress Commentar. in Const. C. C., welches in Wiesand's juristischen Handbuche unter dem Worte: Nothgericht; wieder abgedruckt ist. Ein neueres Protokoll vom Jahre 1782. mit meinen Anmerkungen begleitet, s. in Lagemanns und Günthers Archiv für die theoretische und practische Rechtsgelehrsamkeit, Th. I. S. 218. ff. d. 3.

2) Art. 77. l.

III.

Man hänge keinen, man habe ihn denn.

Anmerkung.

§. 1. Es ist eine bekannte Sache, daß die Strafe an der Person des Verbrechers wirklich vollzogen werden muß, wenn anders die Absicht erreicht werden soll, die mit einer jeden Strafe verbunden hin gehet, daß das begangene Verbrechen nicht weiter geschehen möge. Aus diesem man fast dafür halten, daß es ein Verfahren sey, wenn man über einen entflohenen Verbrecher noch ein peinliches Urtheil will, da man doch die Strafe an ihm vollziehen kann, zumal wenn es eine solche Strafe ist, die nicht anders vollzogen werden kann, als wenn der Verbrecher gegenwärtig ist. Auf diesen Umstand zielt auch das gegenwärtige Spruchwort, welches anzeigen soll, daß der Richter die Person des Verbrechers in seiner Gewalt haben müsse, ehe derselbe die Todesstrafe an ihm vollstrecken will.

§. 2. Man hat vielleicht zu der Zeit, als dieses Spruchwort aufgekomen, noch nichts von der Vollziehung der Strafe an dem Bildniß eines Verbrechers gewußt, oder es ist etwa dieselbe noch nicht so durchgängig in Deutschland, wie bey andern Völkern, bekannt gewesen, als sie es nachher geworden. Will man hierbey gleich dasjenige anwenden, was vorhin angeführt worden, so muß man doch auch zugleich bedenken, daß, indem an dem Bildnisse eines Abwesenden die Strafe, so derselbe seines Verbrechens wegen würde aussehn müssen, wenn er gegenwärtig wäre, vollzogen wird, die mit der Strafe verbundene Absicht

Absicht gewissermaßen ebenfalls erreicht werde. Es wird ja dadurch andern auch ein Beispiel gegeben, und außerdem geschieht die Abbildung der Strafe in der Absicht, damit dieselbe hernach an dem Verbrecher sofort vollzogen werde, sobald man seiner habhaft wird.

§. 3. Die Anschlagung des Namens oder Aufhängung des Bildnisses an den Galgen, findet bey den Soldaten gemeinlich statt, wenn dieselben ausgerissen sind, allein bey andern davon entflohenen Verbrechern pfleget man doch ein höchstwichtiges Verbrechen zum voraus zu setzen, wenn an dem Bildniß des entflohenen Missethätters die Strafe vollzogen werden soll. Es ist auch der Billigkeit gemäß, daß, wenn der entflohene Missethäter sein Verbrechen zur Zeit weder eingestanden noch mit seiner Vertheidigung gehört worden, die Vollziehung der Strafe an seiner Person nicht eher als bis dieses geschehen, ausgesetzt bleibe, wenn gleich dieselbe an seinem Bildniß schon vollzogen worden 1).

1) *Struvius et Wicht de executione in effigie. Koch institut. jur. criminal. §. 97. und §. 934. und die dar selbst angeführten Schriftsteller.*

#### IV.

Wer des Geleites genießen will, muß sich gefällig halten.

#### Anmerkung:

§. 1. Das freye oder sichere Geleit besteht in der Ertheilung der Freyheit vor dem Gerichte zu erscheinen, und frey wiederum vom denselben abzugehen, ohne daß man die Gefangennehmung zu besorgen hat. Denn da jemand schon auf bloße Anzeigen in gefängliche Verhaft gezogen werden kann; so kann es sich gar

es, leicht zu zeigen, daß ein Mensch aus Furcht, daß wegen eines begangenen Verbrechens ein Verdacht auf ihn gefallen, die Flucht ergreift, um dadurch die Beschwerlichkeiten des Gefängnisses zu vermeiden. In dieser Absicht wird um das sichere Geleit Ansuchung gethan, welches zugleich zu dem Endzwecke geschieht, damit der Verdächtige seine Unschuld ausführen könne. In seinen unglücklichen Zeiten, als die öffentliche Sicherheit in Deutschland fehlte, und sowol der Adel als auch andere geringe Leute sich auf den Straßenraub legten, mußte man bey einem jeden Landesherren, durch dessen Gebiet man reisete, um ein sicheres Geleit anzuhalten. Nachher ist es auch aufgekommen, daß man denen eines begangenen Verbrechens beschuldigten Personen, das sichere Geleit gegeben, welches zu der Zeit, als die Westphälischen Gerichte noch dauerten, von dem Kaiser unmittelbar erhalten werden mußte 1).

1) Kressius ad Art. 76. C. C. C.

§. 2. Wenn aber das sichere Geleit nur wegen eines bereits begangenen Verbrechens ertheilet wird, so folget nothwendig, daß solches nicht auf diejenigen Verbrechen gezogen werden kann, so einer nachher noch verübet. Es kann daher ein Mensch des erhaltenen sicheren Geleites ohnerachtet gefangen genommen werden, wenn er ein neues Verbrechen begangen hat. Es muß sich also jedermann dergestalt verhalten, daß man ihn wider unrechtmäßige Gewalt schützen kann, welches aber nun nicht weiter statt findet, wenn ein neues Verbrechen begangen worden, und dieses ist es, was durch das gegenwärtige Sprichwort gesagt wird. Man pflegt auch daher in die Geleitsbriefe die Bedingung einzurücken: daß derjenige, so das sichere Geleit erhalten, sich auch gesetzlich verhalten soll. Es kommt aber  
noch



doch hierbei darauf zu sehen, ob auch jemand des neuen Verbrechens überführt worden. Denn gesetzt, daß nur ein bloßer Verdacht vorhanden ist, dieser aber von der beschuldigten Person abgelehnt und widerlegt werden kann; so genügt sie des ertheilten sicheren Geleites so gut als vorher 1).

1) *Brickner de salvo conducto*. Ludovici Einleitung in den peinlichen Proceß, Cap. 3. §. 21. D. 5.

§. 2. Die Wirkung des ertheilten sicheren Geleites äußert sich hauptsächlich darinnen, daß der Beschuldigte, wenn er anders sich geziemlich verhalten hat, so lange von der gefänglichen Verhaft befreiet bleibt, bis etwas peinliches wider ihn erkannt worden. Der Richter kann daher vor der Zeit das ertheilte sichere Geleit nicht widerrufen, wenn er auch gleich während der Untersuchung wahrnimmt, daß der Beschuldigte von der verdienten Strafe zurechnungsfähig befreiet werden kann. Es würde eine solche Aufhebung des sicheren Geleites mit der Heiligkeit der Verträge nicht bestehen können, und selbst der Landesherr, welcher das sichere Geleit ertheilet hat, wird dadurch auf das höchste beleidiget, wenn die von ihm zum Richter bestellte Obrigkeit solches unternimmt 1).

1) *Maier Sp. 628. m. 2. 2. 3.*

2) *Maier Sp. 628. m. 2. 2. 3.*

3) *Maier Sp. 628. m. 2. 2. 3.*

4) *Maier Sp. 628. m. 2. 2. 3.*

5) *Maier Sp. 628. m. 2. 2. 3.*

§. 1. Wenn es in dem vorigen Spruchwort heißt: daß derjenige sich geziemlich halten müsse, welcher des Geleites genießen will, so soll dieses Spruchwort eigentlich zu einer weiteren Erläuterung des ersten dienen.

dienen. Es will demnach so viel damit gesagt werden, daß das geleitlich halten in einer Unterlassung neuer Uebelthaten bestehe, und zwar solcher Uebelthaten, zu deren Begehung eine äußerliche Gewalt erfordert wird, und daß das ertheilte sichere Geleit durch ungeziemende Worte noch nicht verletzt werde.

§. 2. Es ist aber die Richtigkeit dieses Sprücheworts noch vielem Zweifel unterworfen. Ja man kann das Gegentheil, daß auch Worte das Geleit brechen, mit weit mehrerer Gewißheit behaupten. Wer wollte denjenigen des sicheren Geleites länger würdig halten, der durch schmählige, lästerliche und ehrenverletzliche Worte, zu neuen Beschwerden Anlaß giebet. Können nicht aus dergleichen ehrenrührigen Reden betrübte Thätlichkeiten entstehen? Nicht zu gedenken, daß durch ausgestoßene Drohungen auch die öffentliche Sicherheit in Gefahr gesetzt wird. Daher wohl billig das geleitliche Verhalten so zu verstehen ist, daß derjenige, welcher des sicheren Geleites genießen will, überhaupt niemand beleidige, es mag auf welche Weise, es auch immer sey, geschehen 1).

1) S. *Webner* obl. pract. sub v. Wort, S. 516. und *Quistorp* Grundsätze des deutsch. peinl. R. §. 242. d. 2.

## VI.

### Bekennen bricht den Hals.

#### Anmerkung.

§. 1. Da nicht zu vermuthen ist, daß ein Mensch sich zu einem Verbrechen bekennen werde, wenn er solches nicht wirklich begangen hat, so scheint hieraus zu fließen, daß derjenige der wahre Thäter seyn müsse, welcher sich für denselben ausgegeben, und daß daher

Eisend. Sprüchw.

P P

ders

derselbe, der sein Verbrechen bekannt hat, sofort bestraft werden könne. Denn ist einmal das Bekenntniß vorhanden, und die Handlung so beschaffen, daß sie eine Strafe verdienet, so würde es nur eine unnöthige Verzögerung seyn, wenn der Richter die Strafe länger aufschieben wollte. Daher dieses Sprüchwort so viel sagen soll, daß derjenige, so einmal sein begangenes Verbrechen bekannt hat, sich der in den Gesetzen darauf verordneten Strafe unterwerfen müsse 1).

- 1) Zu einer condemnatorischen peinlichen Sentenz ist erforderlich, daß der Delinquent entweder des Verbrechens überführt worden sey, oder dasselbe eingestanden habe. Eines von diesen beiden Erfordernissen ist hinreichend, wie auch der Verf. bey der Erklärung des Sprüchwortes Nr. VIII. dieser Abtheil. gezeigt hat. Inzwischen hat man ehemals dafür gehalten, daß die bloße Uebersführung eines Verbrechers ohne dessen Bekenntniß nicht zureichend sey, um ihn verurtheilen zu können. Die Folge von diesem Grundsatz war dann die, daß man in diesem Falle das Bekenntniß durch die Tortur zu erpressen suchte. Man vergleiche die *Bambergsche Halsgerichtsordn.* Art 20. Vielleicht ist in diesem irrigen Grundsatz die wahre Entstehung des gegenwärtigen Sprüchwortes zu suchen. D. S.

§. 2. Es wird aber doch ein mehreres erfordert, wenn auf das Bekenntniß des Missethätters die Strafe sofort erfolgen soll. Das eigene Angeben des Verbrechers macht nur eine Anzeige aus. Ja auch dieses nicht immer, wenn es von einem melancholischen, albernem, oder von einem Menschen herkommt, auf welchen kein Verdacht überhaupt fallen kann. Das Bekenntniß muß vornehmlich gerichtlich geschehen seyn, und durch andere Umstände untersucht werden. Hierzu gehört die genaue Untersuchung, ob die von dem Verbrecher in seinem Bekenntniß angegebenen Umstände, mit einander richtig befunden werden. Trifft dieses ein, so

so ist alsdenn dem Bekenntniß zu glauben, weil nicht zu vermuthen ist, daß der Verbrecher alle Umstände genau wissen könnte, wenn er nicht die That gethan hätte. Dieses ist es auch, was in der Carolina dem Richter so ernstlich anbefohlen worden ist 1). Es kann also auf das Bekenntniß die Strafe nicht anders erfolgen, als wenn die Gewißheit des Verbrechens und andere Umstände, mit des Thäters Bekenntniß genau überein kommen.

1) Art. 48. seq.

## VII.

### Bekannt ist halb gebüßet.

#### Anmerkung.

§. 1. Unter diejenigen Ursachen, um welcher Willen eine Milderung der Strafe statt findet, wird auch das freywillige Bekenntniß gerechnet, wie solches durch das gegenwärtige Sprächwort angezeigt werden soll. Daß man in den mittlern Zeiten schon darauf gesehen, davon giebt das sächsische Landrecht ein hinlängliches Zeugniß, wenn es in demselben heißet 1): Schlägt ein Mann den andern durch Nothwehr zu todt, und darf er bey ihm vor Furcht seines Leibes nicht bleiben, daß er ihm vor Gericht brächte, und über ihn Klagen mögte, kommt er denn ohne den Todten vor Gericht, und bekennet er es: ehe man über ihn Klaget, und beut sich darum zu recht, man soll ihm sein Hals nicht vertheilen. Es haben daher verschiedene Rechtslehrer die Meinung angenommen, daß, wenn ein solches Bekenntniß vor der Marter geschehen, die ordentliche Strafe allezeit gelindert werden müsse, und also anstatt der Strafe des Rades, das Schwert,

oder vor den Gölgen, der Staubbefen dem Uebeltäter zuuerkennen sey. Die Ursache dieser Linderung soll darin bestehen, weil der Verbrecher durch sein freywilliges Bekenntniß dem Richter nicht nur die Untersuchung erleichtert, sondern auch seine Reue über das begangene Verbrechen bezeige 2).

1) I. P. Sax. Lib. II. Art. 14. S. auch das schwäbische Landrecht, Cap. 167. nach der Königlichlichen Ausgabe. Aus beiden Stellen läßt sich aber kein Argument hernehmen, daß das freywillige Bekenntniß einen Grund zur Milderung der ordentlichen Strafe eines Verbrechens abgebe. Indem in den bemerkten Stellen der beiden Spiegel von dem Falle die Rede ist, wenn jemand aus Nothwehr einen andern getödtet hat, folglich sich keines vorsätzlichen Mordes zu Schulden kommen lassen. Das freywillige Bekenntniß erfordern beide Rechte sobald als möglich nur deswegen, damit der Richter im Stande ist, sich des Thäters gegen die Verfolgungen der Verwandten des Getödteten, und selbige, nach ausgezahltem Wehrgelde, zur Ruhe zu verweisen.

D. S.

2) E. Quistorp's Grundsätze des deutsch. peinl. Rechts, §. 116. und die daselbst angeführten Schriftsteller.

D. S.

§. 2. Es ist aber dieses Sprüchwort keinesweges so zu verstehen, als ob das freywillige Bekenntniß als lezert die Linderung der Strafe nach sich ziehen müsse. Das gemeine Volk erfordert vielmals, daß man über die gesetzten Strafen fest halte. Soll daher das freywillige Bekenntniß zu des Verbrechers Vortheil gereichen, so müssen noch andere dringende Ursachen vorhanden seyn, und es kommt alsdenn wol mehr auf die Gnade des Fürsten, als wie auf das Gutdünken des Richters an, ob und in wie ferne eine Linderung der Strafe statt finde. Setzt man diese noch hinzu, daß der Missethäter ohnedem schuldig ist, sein Verbrechen

ken zu bekennen, so wird man um so mehr an der Richtigkeit dieses Sprüchwortes zu zweifeln Ursache haben, welches, wenn es in einige Betrachtung gezogen werden soll, doch nur bey geringen Verbrechen angewendet werden kann 1).

1) E. C. J. G. Meister's rechtl. Erkenntnisse aus Gewohnheiten in peinl. Fällen, Th. 2. Nr. 69. S. 289. d. 3.

### VIII.

Wenn man mit Zeugnissen könnte davon kommen, würde niemand gehangen.

#### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort lehret, daß zu der Bestrafung eines Verbrechers weiter nichts erfordert werde, als daß derselbe seines Verbrechens überwießen sey, und demjenigen das Zeugnissen nichts helfen könne, welcher einmal hinlänglich durch unverwerfliche Zeugen oder auf eine andere Art überführt worden, daß er die Missethat begangen habe. Die heilige Schrift sagt 1): auf zweyer oder dreyer Zeugen Mund soll sterben, wer des Todes werth ist, und die Gesetze der meisten Völker kommen damit überein. In dem römischen Rechte wird der Aussage zweyer untadelhaften Zeugen ein völliger Glaube beigemessen 2), und die von Kaiser Constantin dem Großen gemachte Verordnung enthält mit ausdrücklichen Worten in sich, daß der Richter einen Angeklagten verdammen soll, wenn derselbe entweder sein Verbrechen eingestanden hat, oder sonst desselben überführt ist 3). Aus den Capitularien der fränkischen Könige ist zu sehen, daß man einen bereits überwießenen Todtschläger, Giftmischer, Ehebrecher und andern dergleichen Missethättern

leis

keine Appellation weiter verstattet hat 4). Die peinliche Gerichtsordnung Carls des Fünften 5) will ebenfalls haben, daß, wenn die Missethat mit zwey oder drey Zeugen genauam bewiesen worden, es auf des Verbrechers Geständniß nicht weiter mehr ankommen, sondern derselbe seines Zeugnens ohngeacht zum Tode verdammt, oder sonst nach Befinden bestraft werden soll.

1) Deuteron. XVII. 6.

2) L. 12. D. de testib.

3) L. 16. C. de poen.

4) capitular. Lib. VII. 181. apud Georgisch p. 1655.  
S. auch Anhang zum schwäbischen Landrecht in der Uffenbachschen Handschrift des Schwabensp. Cap. 16.  
Nach der Königsthalschen Ausg. des Schwabensp. S. 491. D. S.

5) Art. 69. Diesem Artikel scheint zwar der Artik. 16. entgegen zu stehen, allein es redet selbiger nur von dem Falle, wenn noch kein vollständiger Beweis gegen den Verbrecher vorhanden ist. S. Quistorp Grundf. des deutsch. peinl. R. § 677 - Verschiedene Particulair-Ordnungen bestimmen deutlich, daß bey vorhandenen vollständigen Beweise, auf das Bekenntniß des Verbrechers nichts weiter ankommen soll, welche zum Theil *Dressel* in diss. de lingueñte convicto licet non confesso poena ordinaria afficiendo (Zena 1726.) gesammelt hat. Von Chursachsen, s. *Püttmanni* element. jur. crim. §. 833. D. S.

§. 2. Ich will anjeko nichts von dem alten Streite gedenken, der über die Frage geführt worden, ob jemand auf eine bloße Ueberweisung verurtheilet werden könne, oder ob hierzu auch des Verbrechers Bekenntniß der Missethat erfordert werde 1)? Bey so deutlichen Gesetzen, als die angeführte Verordnung Kaisers Carl des Fünften ist, sollte wol kein Zweifel weiter mehr statt finden, es wäre denn die Rede von solchen Uebels-

tha-

thaten, so von den Rechtslehrern *facti transeuntis* genennet werden, als bey welchen es auf das Geständniß des Verbrechers hauptsächlich ankommt.

2) a *Leyser* Sp. 641.

## IX.

### Der Argwohn ist ein Schalk.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist hier die Rede von einem bloßen Argwohn, der nur allein in einer Muthmaßung besteht, daß es möglich sey, daß dieser oder jener das Verbrechen begangen habe. Man hat daher mit diesem Sprüchworte anzeigen wollen, daß die bloße Möglichkeit nicht als eine Wahrheit anzusehen sey, und keinesweges folge, daß, wenn ein Verbrechen begangen worden, solches eben derjenige begangen haben müsse, bey dem sich vor andern eine größere Möglichkeit ein Verbrechen zu begehen äußert. Hierinnen besteht eben der Unterschied zwischen einem bloßen Argwohn und Anzeigungen. Diese sind wahrscheinliche Gründe, daß einer ein Verbrechen begangen habe, oder desselben Thäter sey. Dahingegen jener nur in einem ungegründeten Wahn besteht. Auf diese soll ein Richter noch nicht bauen, sondern vor allen Dingen erst untersuchen und nachfragen, ob auch der Argwohn gegründet sey, denn auf den unschuldigsten Menschen kann auch der Argwohn fallen.

§. 2. Die in diesem Sprüchworte enthaltene Lehre, wird durch die peinliche Gerichtsordnung ebenfalls bekräftiget. Sie verordnet, daß ohne redliche Anzeigung, Verdacht und Argwohn niemand peinlich befraget werden soll 1). Es muß der Verdacht, der der verübten Missethat



Wissethat wegen auf jemand gefallen ist, desgestalt wahrscheinlich seyn, daß der Beschuldigte nicht anders sich davon losmachen kann, als daß er das Gegentheil beweiset.

1) Art. 19.

## X.

Gemein Gerücht ist selten erlogen. Es wird selten von jemand gesprochen, es ist etwas daran.

## Anmerkung.

§. 1. Die Anzeigen werden in die gemeine und besondere eingetheilt, deren überhaupt mancherley seyn können. Zu den ersteren gehöret auch das gemeine Gerücht, so wider eine Person wegen einer verübten Missethat entstanden. Da nun aber kaum zu glauben ist, daß, wenn an einem Orte ein allgemeines Gerücht von jemand ausgebreitet worden, solches ungegründet seyn soll, so hat man dafür gehalten, daß der Richter gar wohl durch einen solchen entstehenden allgemeinen Ruf eine Untersuchung anzustellen, bewogen werden könne.

§. 2. Aber haben wir nicht öfters erfahren, daß ein allgemeines Gerücht entstehen, und dennoch ungegründet seyn kann. Wie manchmal ist nicht in diesen jetzigen unglücklichen Kriegeszeiten, ein allgemeines Gerüchte von einem vorgefallenen blutigen Treffen und erhaltenen großen Siege, ausgebreitet worden, dessen Ungrund sich bald nachher gezeigt hat, ob schon die dabei erzählte Umstände den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit erreicht hatten. Wie leicht kann also auch ein Unschuldiger in eine verdriehliche Inquisition gerathen, wenn dem gemeinen Geschrey allemal zu trauen wäre. Wir hat daher der Ausdruck jener Kai-  
ser

ſer allemal gefallen, wenn ſie dem Richter die Lehren gegeben haben, daß er auf das Reden des Böbels nicht achten, noch auf deſſelben Stimmen einen Unſchuldigen verdammen, und einen Böfewicht loſſprechen ſoll 1). Die Carolina rechnet zwar das allgemeine Gerücht auch unter die gemeinen Anzeigen 2), aber ſie erfordert zugleich, daß der Beſchuldigte eine ſolche Perſon, und von ſolchen böſen Leumuth ſey, daß man ſich der Wiſſenſchaft zu ihr verſehen möge. Sie will weiter haben, daß jemand ſchon bereits ſich einer ſolchen Wiſſenſchaft verdächtig gemacht, oder ſelbige wol gar begangen haben müſſe, wovon der Ruf ſich ausgebreitet, und endlich, daß das Gerüchte nicht von Feinden ſondern von unpartheiſchen Leuten entſtanden ſey 3).

1) L. 12. C. de poen.

2) Art. 25.

3) Ein Richter, welcher auf ein ungewiſſes Gerücht einen Unſchuldigen in Inquiſition gezogen hat, kann zu ſeiner Geldſtrafe, Ehrenzerklärung oder Abbitte, und zur Erſtattung der Koſten welche dem Beleidigten verurſacht worden ſind, angehaſten werden. S. Struben rech. Bedenk. Th. 5. B. 80. Es iſt daher das Sprüchwort: Von hören ſagen wird mancher aufs Maul geſchlagen; ſehr gegründet, welches Röth. V. Nr. 28. erklärt worden iſt. D. 5.

## XI.

### Von hören ſagen leugt man viel.

#### Anmerkung.

§. 1. Es hat dieſes Sprüchwort mit dem vorhergehenden einerley Abſicht, daß der Richter einem ungegründeten Gerüchte feinen Glauben beymekken ſoll. Beſonders aber wird dadurch gelehret, was deſſelbe in Anſehung der Zeugen zu beobachten hat. In peinlichen Fällen werden vornemlich unverwerfliche Zeugen erfor-

erfordert, unter welchen man solche Personen versteht, die auf Befragen, woher sie dieses und jenes wissen, eine Ursache angeben können. Weiß der Zeuge keine Ursache anzugeben, so kann er auch für keinen glaubhaften Zeugen gehalten werden. Daher wird denjenigen gar nicht geglaubt, welche in ihrer Aussage sich auf andere berufen, und keinen andern Grund anzugeben wissen, als daß sie es von andern so gehört haben 1). Es giebt manchmal einfältige Leute, welche dasjenige für eine unumstößliche Wahrheit halten, was sie von andern gehört haben. Ihre Einbildungskraft, oder auch manchmal ein tadelhafter Wunsch, daß es so seyn möge, als man ihnen gesagt, kann dergleichen Personen gar leicht verführen, daß sie dasjenige erstlich selbst glauben, was ihnen andere gesagt haben, und sodenn weiter nachsagen, und am Ende müssen sie das Sprichwort, daß man von dem hören sagen, Lügen lerne, mit ihrem Beispiel bekräftigen.

1) Ein anders wäre es, wenn die Zeugen ihre Aussagen auf dasjenige gründen, was sie von dem angeschuldigten Verbrecher selbst gehört haben. D. 5.

§. 2. Alles dieses ist nicht nur in den gemeinen Rechten gegründet 1), sondern auch die Halsgerichtsordnung kommt damit überein 2). Da es außerdem in peinlichen Fällen darauf ankommt, daß die böse Handlung, oder das Verbrechen bewiesen werden soll, so ist leicht zu erachten, daß nur derjenige einen tüchtigen Zeugen abgeben kann, welcher alles mit angehört oder gesehen hat, und also eine gegründete Ursache seiner Aussage anführen kann.

1) L. 4. C. de testib. c. 33. 47. X. de testib.

2) Art. 65.

XII.

Flüchtig Mann, schuldig Mann.

Anmerkung.

§. 1. Hier wird von einer andern Anzeigung gehandelt; so daher entstehet, wenn jemand nach einem begangenen Verbrechen flüchtig geworden. Man glaubet, daß derjenige wahrscheinlich der Thäter seyn müsse, der sogleich nach dem begangenen oder ruchtbar gewordenen Verbrechen die Flucht ergriffen, weil sonst nicht abzusehen sey, warum ein Mensch flüchtig werden sollte, der sich keines Verbrechens schuldig weiß, und also keine Strafe zu befürchten hat. Es entstehet daher die Vermuthung, daß er die Flucht als ein sicheres Mittel der Strafe zu entgehen, erwählet habe.

§. 2. Aus diesen angeführten Ursachen hat der Kaiser Carl der Fünfte die Flucht ebenfalls unter die gemeinen Anzeigungen gesetzt 1). Allein die Ausleger haben mit Recht dabey erinnert, daß die Flucht allein noch keine hinlängliche Anzeigung sey. Nach dem wahren Verstand des Textes, muß jemand einer begangenen Missethat halber entflohen seyn, und dieses muß erst erwiesen werden. Es können noch andere mögliche Umstände vorhanden seyn, weswegen jemand sich mit der Flucht zu retten gesucht hat. Hieher gehöret die Absicht, seine Unschuld desto freyer und besser ausführen zu können, oder erst ein sicheres Beileid zu erhalten, und die mit dem Gefängniß verbundene Verschwerlichkeiten zu vermeiden 2), oder sonst einen ungegründeten Verdacht desto leichter zu entkräften. Ein andres aber ist zu sagen, wenn ein mit Anzeigungen schon genug beladener Angeschuldigter das Gefängniß erbricht und die Flucht ergreift, als in welchem Falle die

Die Ergreifung der Flucht schon für sich selbst ein Verbrechen ausmacht 3).

1) H. G. O. Art. 25. de Boehmer §. d. Art. §. 8. d. G.

2) Kressius ad Art. 25. a Leyser Sp. 635. m. 1.

3) Kressius in not. ad Art. 180. C. C. C. §. 3.

### XIII.

**Gleich sucht sich, gleich findet sich. Wie der Wirth, so bescheert Gott die Gäste.**

#### Anmerkung.

Dieses Sprüchwort handelt von dem Verdacht, welcher gegen einen Menschen entsteht, von dem man weiß, daß er mit solchen Leuten einen vertrauten Umgang gehabt, die dergleichen Missethat schon begangen haben, welcher jemand beschuldigt wird. Sicher gehören besonders diejenigen, welche verdächtige Leute beherbergen, ohne solche der Obrigkeit anzuzeigen, ingleichen solche Leute, die in verdächtigen Wirthshäusern und Schenken sich mehrmals aufhalten. Die peinliche Gerichtsordnung 1), setzt daher, daß man aus dem beständigen Umgang, welchen jemand mit verdächtigen Leuten gehabt, auch eine Anzeige nehmen kann. Man muß aber hiebei billig dieses auf den Fall einschränken, wenn der Verdächtige keine Entschuldigung anzugeben weiß, sondern wol gewußt hat, daß die Leute, mit welchen er einen vertrauten Umgang unterhalten, schon dergleichen Missethaten begangen haben. Auch der Richter ist verbunden, die Ursachen eines solchen Umganges fleißig zu untersuchen 2).

1) Art. 25.

2) Kres-

2) *Kressius* l. c. §. 6. — An sich macht der Umgang mit verdächtigen Personen keine Anzeige wider jemanden aus, wenn nicht andere Umstände hinzukommen, z. B. wenn der Umgang täglich gepflogen worden, zu einer ungewöhnlichen Zeit, an einem heimlichen, verborgenen Ort. und keine hinlängliche Ursach, wars um solches geschehen, angegeben werden kann. de *Boehmer* ad art. 25. §. 5. D. S.

#### XIV.

**Wer einmal stiehlt, heißt allezeit ein Dieb.**

##### Anmerkung.

Nach der Absicht dieses Sprüchworts soll auch dieses für eine gegründete Anzeige gehalten werden, wenn derjenige, auf welchen ein Verdacht gefallen, eben dasselbe Verbrechen schon einmal begangen hat, welches ihm nunmehr von neuem zur Last geleyet wird. Ein solcher Mensch hat sich bereits um seinen guten Ruf gebracht. Das böse Gerücht macht, daß man von ihm nichts anders vermuthen kann, als daß er abermal der wahre Thäter sey. Es ist aber doch der Schluß, daß derjenige, so einmal gestohlen, auch diesesmal den Diebstahl begangen haben müsse, nicht allezeit richtig. Dieserwegen ist der Richter auch verbunden, eine genaue Untersuchung anzustellen 1), denn ein Mensch der einmal ein Verbrechen begangen hat, kann sich gebessert, und die Wege, so zum Verderben führen, verlassen haben.

1) *Horn* de semel malo semper malo.

## XV.

## Die Krähe läßt das Hüpfen nicht.

## Anmerkung.

Der Verstand dieses Sprüchworts ist mit dem vorhergehenden einerley. Es wird ebenfalls dadurch zu verstehen gegeben, daß gegen denjenigen, der einmal eine böse That begangen hat, allemal ein begründeter Verdacht, wegen der ihm auf das neue angeschuldigten Missethat, vorhanden sey, weil es dergleichen Leuten gemeiniglich schwer fällt, ihre böse Gewohnheiten abzulegen. Es ist aber sowol bey diesem als dem vorigen Sprüchwort zu bemerken, daß sowol das vorher als auch von neuem begangene Verbrechen von einerley Art seyn müssen 1). Müßte man eben die Menschen nach den Ausschweifungen der Jugend beurtheilen, nach welchen man sie aber niemals beurtheilen muß, so würde gegen dieses Sprüchwort nichts einzuwenden seyn.

1) *Kressius* ad Art. 25. C. C. C. §. 3.

## XVI.

## Das Gesicht verräth ihn.

## Anmerkung.

§. 1. Nach dem Verstand dieses Sprüchworts soll auch die Physiognomie oder die Gestalt und Veränderung des Gesichts unter die Anzeigen gerechnet werden 1). Es ist nicht zu leugnen, daß man auch in den vorigen Zeiten ungemein viel auf die Gesichtsgestalt eines Menschen gebauet, aber es ist auch gewiß, daß man mehrmals dadurch betrogen worden. Man sagt, daß man das Gesicht als einen Spiegel der Seele ansehen müsse, in welchem sich ihre Neigungen

gen darstellen. Die Mienen verrathen das Herz so, daß man die Gemüthsart eines Menschen gar bald daraus erkennen könne. Ich will der Erfahrung, auf welche man sich gründet, nicht widersprechen, und gebe es gerne zu, daß alles dieses natürlich sey. Allein es ist eine andere Frage, ob man in peinlichen Fällen, wo es auf das Leben und die Ehre eines Menschen ankommt, allein darauf bauen kann. So lange man sich noch mit der Ausrottung der Hexen beschäftigte und der grausame Hexenproceß Mode gewesen war, pflegte man auch aus den Mienen, Gebärden und Gesichtslinien der Hexerey verdächtigen Weibspersonen eine Anzeige herzunehmen. Man glaubte, daß einer häßliche Gestalt, eine widrige Gesichtsbildung, das sicherste Merkmal eines bösen Gemüthes sey 2). Daß die Römer dieses geglaubet, wie der Jurist Callistratus 3), und der Dichter 4) bezeugen, wenn er sagt:

*ruber auditor, cui frigida mens est,  
criminibus tacita, sudant prae cordia culpa.*  
IUVENALIS.

kann uns noch keine Bewegungsurache seyn, ein gleiches zu glauben, und aus der Bildung des Gesichts auf die Gedanken des Herzens zu schließen.

1) Zu den physognomischen Sprichwörtern gehören: Er sieht aus wie ein Schelm; Roth: Bart, Schelm: Art; (beide erläutert *Hertius* in *epid. paroem.* nr. 33. und 35.); Ein spiziger Binn, bedeutet einen bösen Sinn; sie ist böse, hat eine spizige Nase; (*Pistor Cent. 1. nr. 51. S. 74.*) d. 5.

2) *Godelmann de magis Lib. III. cap. 111. p. 12. seq.*

3) *L. 19. §. 1. D. de offic. praesid.*

4) *Satyr. 1.*

§. 2. Ein gleiches ist auch von dem erröthen, blaßwerden und zittern zu sagen 1). Als diese  
Dina



Dinge können zwar Währungen eines bösen Gewissens seyn 2), und ein der begangenen Uebelthat überzeugtes Herz verrathen, aber sie können auch betrügen. Viele Menschen sind von Natur so furchtsam, daß, wenn sie in dem Gerichte vor dem Richter erscheinen, sie so heftig zittern, daß sie nicht wissen, was sie sagen sollen, ob sie schon die allerunschuldigsten sind. Das Erröthen, das Erblassen kann ebenfalls aus einer natürlichen Zaghastigkeit oder Bestürzung entstehen. Man muß also darauf sehen, ob ein Mensch noch durch andere Umstände verdächtig gemacht worden oder nicht. In dem ersten Falle werden die nähern Anzeigen durch das zufällige Erröthen, Zittern und Erblassen unterstützt, ja um dieser Ursache willen ist der Gebrauch, daß man auch des Beschuldigten äußerliches Bezeigen nach Gebührden, so er bei dem Verhör erwiesen, protocolliret, zu loben.

1) Daher das Sprüchwort: Dem Schuldigen schauet der.

2) *Stryck de jur. senf. Diss. X. cap. 11. n. 34. seq.*

## XVII.

Auf eine Frage gehöret eine Verantwortung.

### Anmerkung.

§. 1. In dem gegenwärtigen Sprüchwort ist die Rede von des Angeklagten Verantwortung und Ausführung seiner Unschuld. Die Vertheidigung der Unschuld ist allemal von den gesittesten Völkern als eine Sache angesehen worden, die keinem, auch nicht einmal den größten Verbrechern verweigert werden könne. Die Römer bezeugten gegen dieselbe die größte Hochachtung, und erlaubten einem jeden dieselbe zu übernehmen, wenn schon der Angeklagte nicht selbst das

darum angesucht hat. Sie sahen einen solchen Vertheidiger der Unschuld, als einen Menschen an, der die schönste Handlung beglunge, weil dem ganzen gemeinen Wesen daran gelegen, daß niemand unschuldig verdammt werde 1). Gleich Gefinnungen hegten unsere Vorfahren. Die Capitularien der fränkischen Könige gedenken ausdrücklich der Vertheidiger 2), und was es mit der Vertheidigung der Angeklagten in den mittlern Zeiten für eine Bewandniß gehabt, hat der Verfasser des Richtsteiges umständlich erzählt 3). Der Angeklagte hatte die Freyheit, ob er selbst seine Unschuld ausführen, oder aber solches durch andere berichten lassen wollte. Diese letztere geschah gemeinlich, wenn die Bestürzung, in welche sein Gemüth gerathen war, ihm nicht erlaubte, das Wort zu seinem Besten geschickt zu führen. Man erwählte alsdann seine besten Freunde und Anverwandten zu seinen Vertheidigern, deren wol dreißig, erscheinen durften, wie solches in dem sächsischen Landrecht gemeldet wird 4), wo es heisset: Wer umb Ungeticht beflaget wird, der mag nicht mehr denn dreißig Mann mit sich führen für Gerichte. Wann sie dann fürkommen, so sollen sie keine Waffen tragen, ohne allein Schwert.

1) L. 6. D. de Appellat.

2) Lib. VII. 339.

3) cap. 23.

4) I. P. Sax. Lib. II. Art. 67. ~~Es auch schwebt~~  
Landrecht Cap. 132, nach der Königssthalischen Ausgabe, und die leges et consuetud. iud. Westphalie. Tremonenf. nr. 26. im Königssthalischen C. 1. G. Tom. I. append. C. 108. woselbst es heisset: „ain  
„yeglicher cläger der an dem Freystul zu schaffen  
„hatt, der sol an gerichte komen, mit ainer anzahl  
„leuthe, vnd auch dergleichen der antwurter, Ir  
„yeglicher mag mit Im bringen treyßig Schöpffen,

„vnd nit mer ängerichte, mynder mag er ir wol  
 „haben, vnd der yeglicher sol keiner nit harnatch  
 „anhaben. „ Zu diesen Vertheidigern oder Mitschwö-  
 rern (consacramentales) mußten die nächsten Anver-  
 wandten genommen werden. Fehlte es den Ange-  
 klagten hieran, so mußte er beschwören, daß er keine  
 solche Anverwandten habe, welche sich seiner auf eine  
 rechtsbeständige Weise annehmen könnten, und daß er  
 dieserwegen zu Fremden seine Zuflucht nehmen müsse.  
 S. Dreyers Nebenstunden S. 49. ff. d. S.

§. 2. Die peinliche Gerichtsordnung gedenket an  
 mehr als an einem Orte der Fürsprecher mit aus-  
 drücklichen Worten 1), und sie versteht darunter fei-  
 nesweges diejenigen, so einen abwesenden in Verdacht  
 eines begangenen Verbrechens gefallen Menschen ver-  
 theldigen, sondern solche, die für einen gegenwärtigen  
 das Wort führen. Wenn es aber an dem angeführten  
 Orte unter andern heiet, daß dem Angeklagten aus  
 dem Gerichte einen Fürsprecher zu erwählen erlaus-  
 bet seyn soll, so ist dieses ein Umstand der mit der heu-  
 tigen Gerichtsverfassung nicht mehr überein kommt, wie  
 Aref in seinen Anmerkungen über die angeführte  
 Stelle mit mehrerem gezeigt hat. Es wird aber auch  
 heut zu Tage noch die Vertheidigung der Verbrecher  
 als eine in den Rechten gegründete Wohlthat angeses-  
 hen, die man den offenbaresten Missethåtern nicht ent-  
 ziehen kann, ja die auch nach der Rechtsgelehrten Mei-  
 nung geschehen muß, wenn sich gleich der Missethåter  
 derselben begeben hätte.

1) Art. 88. 89. 90.

XVIII.

Es ist besser stehlen, denn zeugen.

Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort muß nur in einer gewissen Absicht genommen werden, welche sich auf die Beschaffenheit des ehemaligen peinlichen Processes gründet 1). Es pflegten unsere Vorfahren falsche Ankläger mit harten Strafen zu belegen. Das Salische und Ripuarische Gesetz melden der Geldstrafen 2). In andern Gesetzbüchern wird eben der nemlichen Verbindlichkeit gedacht, wozu ein Ankläger bey den Römern sich verpflichten mußte, wenn er gegen den Angeklagten den Beweis nicht führen konnte 3), und welche darin vornemlich bestand, daß er sich eben derselben Strafe unterwerfen mußte, die dem Angeklagten widerfahren seyn würde, wenn er des beschuldigten Verbrechens hätte überzeuget werden können. In den mittlern Zeiten wurde der Ankläger zu einer Wette für den Richter und zu einer Buße für den Angeklagten verdammet 4), wenn er die Klage nicht fortgesetzt und bewiesen hatte.

1) S. das in der fünften Abth. Nr. 27. erklärte Sprüchwort: Es ist besser zeihen als beweisen. D. 5.

2) Lex Salica tit. 20. Lex Ripuar. tit. 28.

3) Lex Wisigoth. Lib. VII. tit. 1. §. 1. Lex Bajuvar. tit. VIII. cap. 17. capitular. Lib. VII. 282.

4) I. P. Sax. Lib. II. Art. 8.

§. 2. Eine andere Beschwerlichkeit, die aus einer übel abgelaufenen Klage entstehen kann, bestehet darin, daß gemeiniglich heftige Injurienprocesse daraus erwachsen, ohne der gethabten Unkosten zu gedenken, so aber dennoch bey solchen Personen hinwegfallet, welche Amtshalber die Stelle eines gerichtlichen Anklägers

vertreten müssen. Bey dem heutigen Inquisitionsproceß, fällt der Gebrauch von diesem Sprüchwort ohne dem hinweg, zumal da auch in der Halsgerichtsordnung schon die Verfügung gemacht worden, daß niemand zu Klagen genöthiget werden soll 1).

1) Art. 214.

## XIX.

Kommt es dem Wolf zur Heide und dem Diebe zum Eide, so haben sie gewonnen Spiel.

### Anmerkung.

§. 1. In diesem Sprüchwort wird vergleichungsweise gesagt, daß, so wie ein flüchtiger Wolf von den ihm nacheilenden Jägern sicher ist, so bald er den Wald erreicht, und sich in seine vorigen Schlupfböcher verbergen kann, also auch der Dieb der Strafe entgehe, wenn er erst zu dem Reinigungseid gelassen wird, weil allemal zu vermuthen ist, daß derselbe eher einen falschen Eid schwören werde, ehe er sein Leben am Galgen verlieret. Es soll aber auch zugleich der Richter erinnert werden, daß er nicht ohne erhebliche Ursache einen des Diebstahls, oder eines andern Verbrechens verdächtigen Menschen den Reinigungseid zuerkenne. Leute die sich einem läuderlichen Leben einmal ergeben, und einen nicht ungegründeten Verdacht auf sich gefassten haben, fragen wenig nach einem Eide, ja, sie schätzen sich vielmehr glücklich, wenn sie nur zu demselben gelassen werden können, weil sie ihn als das sicherste Mittel betrachten, der wohlverdienten Strafe zu entgehen.

§. 2. Man hat daher, um den Mißbrauch des Eides zu verhüten, die Regel festgesetzt, daß man nur in geringen Verbrechen, welche weder eine Leibes-, noch Lebens-

Lebensstrafe nach sich ziehen, jemand den Reinigungs-  
eid auferlegen könne, wenn anders der Missethäter  
eine solche Person ist, von welcher man eben keine Ur-  
sache, daß sie einen Meineid begehen werde, zu ver-  
muthen hat. Was aber hingegen solche wichtige Ver-  
brechen anbelangt, auf welche eine Leibes- oder Lebens-  
strafe in den Gesetzen verordnet ist, so kann nicht an-  
ders dem Beschuldigten der Reinigungs- und Reinigungseid zuerkannt  
werden, als wenn nur entfernte Anzeigen vorhanden  
sind 1). Es kommt aber doch in beiden Fällen vie-  
les auf des Richters Ermessen und die Beschaffenheit  
der Umstände an, von welchen letztern oft der geringste  
in peinlichen Fällen eine Aenderung veranlaßt.

1) Ludovici Einleitung zum peinlichen Proceß, cap. IX,  
§. 48. seqq. Quistorp Grundr. des deutsch. peinl. R.  
§. 755. ff. D. 5.

## XX.

Wer von sieben sagt, leugt gern.

### Anmerkung.

§. 1. Es war bey den Deutschen sehr gewöhnlich  
gewesen, daß, wenn jemand eines Verbrechens halber  
angeklaget worden, derselbe seine Unschuld auch durch  
einen Reinigungs- und Reinigungseid an den Tag legen konnte. Es  
mußte aber der Schwörende noch andere Personen mit  
sich bringen, welche mit ihm zugleich schwören mußten,  
daß er an der That, welcherwegen er angeklaget wor-  
den, nicht schuldig sey. Diese sind compurgatores  
und conjuratores genennet, und zu dem Ende einge-  
führt worden, damit derjenige, der sonst keine Zeugen  
von seiner Unschuld hat, sich wider eines andern Be-  
schuldigung vertheidigen konnte. Diese Leute mußten  
mit einander von gutem Ruf und Reumuth, und mit  
dem

dem Schwörenden besonders von einerley Stande und Herkommen seyn<sup>1)</sup>. Dieser schwur von seinem Wissen und Gewissen, daß er das Verbrechen, dessen man ihn beschuldiget, nicht verübet, jene aber, daß sie nicht glaubten, daß er solches verübet habe. Mit dem Kläger hatte es eine gleiche Bewandniß, wollte der Beschuldigte nicht bekennen, so wurde jener zum Eid mit noch sechs andern gelassen<sup>2)</sup>.

1) *Heineccius* in element. jur. germ. Tit. II. Lib. III. § 217.

2) *Hauschild* Gerichtsverfassung der alten Deutschen §. 21.

§. 2. Die Anzahl der Mitschwörenden war nach Beschaffenheit des Verbrechens bald geringe bald groß<sup>1)</sup>. Manchmal hatte man nur zwey bis drey oder vier nöthig gehabt. Gemeiniglich wurden sechs bis sieben erfordert. Daher nannte man dieses einen besiebenen, wenn man jemand durch noch sechs andere Mitschwörende überführen wollte<sup>2)</sup>. Aber es fehlt auch nicht an Beispielen, daß in wichtigen Fällen manchmal eine große Anzahl derselben erfordert wurde, deren auch die alten Gesetzbücher hier und da Erwähnung thun<sup>3)</sup>. Des Kaisers *Arnulphs* Gemahlin *Jutha* legte wegen beschuldigten Ehebruchs den Reinigungseid mit zwey und siebenzig Mitschwörenden ab<sup>4)</sup>, und so findet man auch in den Geschichten von einer noch weit größeren Anzahl Beispiele. In dem sächsischen und schwäbischen Landrecht<sup>5)</sup> wird des Besiebenen mehrmals gedacht, welches nachher zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben, als womit man so viel sagen wollte: Daß demjenigen, welcher sich nebst seinen Mitschwörenden zu dem Reinigungseid darbietet, nicht zu trauen, sondern vielmehr zu befürchten sey, daß eine solche Person, um der Strafe zu entgehen, einen Meineid begehen werde.

Es ist hierbey zu bemerken, daß ehemals ein großer Mißbrauch eingerissen gewesen, indem oftmals lüderliche Leute sich zusammengerottet, einen Unschuldigen angegeben, und durch dieses Besieben denselben um Leib und Leben gebracht. Im andern Fall sind auch manchmal die offenbaresten Bösewichter der wohlverdienten Strafe entgangen, indem sie leicht Leute ihres gleichen fanden, die für ihre Unschuld mit ihnen einen Eid zugleich ablegten. Dieser Mißbrauch hat daher Gelegenheit gegeben, daß das Besieben in vielen Ländern ehemals abgeschafft worden.

1) *Heineccius* l. c. §. 217.

2) *Webner* obs. pract. voc. Besieben. — Warum erforderte man gerade sieben Mitschwörer? Dreyer giebt in seinen *Rechtsk.* S. 135. ff. hiervon den Grund an, daß bey den Nordischen Nationen der Zahl sieben eine besondere Heiligkeit beygelegt worden sey, so sey z. B. die vornehmste Gottheit der Esten, der Thor, mit 7 Sternen in der linken Hand abgebildet worden, die Slawische Gottheit, Rugewith, mit 7 Gesichtern und 7 Schwerdtern, u. s. w. D. S.

3) *Heineccius* l. c.

4) *Aventinus* Lib. IV. cap. 20.

5) *I. P. Sax.* Lib. I, Art. 8. 15. 66. *I. P. Suer.* cap. 259. 395.

§. 3. In unsern heutigen peinlichen Gerichten sind dergleichen Mitschwörende nicht mehr gebräuchlich, sondern der Verdächtige statet den Reinigungs Eid allein ab 1). In der kaiserlichen Cammergerichtsordnung 2), wird derselben noch gedacht und dem richterlichen Ermessen überlassen, in wie ferne dergleichen Mitschwörer zugelassen werden sollen. Der Gebrauch äußert sich, wenn wegen eines begangenen Landfriedensbruch Klage erhoben worden 3). Man kann also nicht sagen, daß der Gebrauch von den Mitschwörern gänzlich aufgehoben



gehoben worden, aber es mehren auch nicht trift Fälle vorkommen, welche denselben bestätigen.

1) In der Bambergischen Halsgerichtsordnung Art. 273: ist das Besitzen als ein Mißbrauch verboten worden.

2) de 1555 P. II, Tit. 19. §. 1. 2. Im Württembergischen und verschiedenen andern Orten in Schwaben hat sich noch eine Spur von der Besizhenung erhalten, indem einem Delinquenten das bey der Tortur abgelegte Bekenntniß, nach Verlauf von 20 Stunden in Gegenwart 7 ehrlicher Männer, die auch der Tortur beygewohnt haben müssen, vorgelesen und von denselben in deren Gegenwart wiederholt werden soll, S. Gerstlachers Samml. württemberg. Gesetze, 2ter B. in der vorstehenden Beyl. 106. und 111. Freyer's N. St. G. 135. D. 5.

3) Weidler in Diss. de Sacramentalib. §. 22. Schilter exercit.

## XVI.

Ich will dir nicht alle Heilige hertragen.

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprüchwort handelt von einem Gebrauch, welcher ehemals bey Ablegung eines Eides üblich gewesen war. Als unsere Vorfahren sich zu der christlichen Religion bekannt hatten, so schwuren sie unter andern auch auf die Heiligen, unter welchen aber eigentlich die Reliquien zu verstehen. Man legte den Eid dergestalt ab, daß der Schwörende seine Hand auf das Kästgen legte, worinnen selbige verwahrt worden. Der Eid konnte sowohl in als außerhalb der Kirche geleistet werden. Geschehe das erste, so legt der Schwörende vor dem Altar, auf welchem die heiligen Ueberbleibsel lagen, in dem andern Fall brachte man sie vor die Kirche 1), wo sie auf ein seidenes Tuch gelegt wurden, da denn der Schwörende bey An-

brenz

brennenden Wachslicht kniend, und zumtusen auch barfuß den Erd ablegte. Man leistete auch den Eid manchmal bey demjenigen Heiligen ab, welcher der Schutzpatron des Ortes oder der Kirche gewesen. Betraf der Eid eine Sache von Wichtigkeit, so begnügte man sich mit einem Heiligen noch nicht, sondern der Schwörende mußte bey den Reliquien von mehreren Heiligen denselben ablegen. So legte Thassilo, der Herzog der Bajuvarier, bey den Reliquien des heiligen Dionysius, des heiligen Martins und des heiligen Germans, dem fränkischen Könige Pipinus, Carl dem Großen und Carlmannen den Eid der Treue ab 2).

1) Capitular Lib. VI. 214.

1) Eginhardus annal ad A. 757. So ließ auch Gregor VII. den anwesenden Fürsten zu Canossa, als er den K. Heinrich IV. unter gewissen Bedingungen des Bannes entließ, bey den Reliquien des Heiligen die Beobachtung dieser Bedingungen beschwören, S. allgemeine Weltgeschichte der n. Z. Th. 23. S. 927. — Wer über diese Art zu schwören mehr nachzulesen wünscht, findet davon Nachricht in Buders Symmilia Observat. et opusc. ex monument. diplom. S. 130; Dreyers N. St. S. 234. II.; Bepernicks Abh. von dem ehemaligen Gebrauch der Heiligen bey Lehnshandlungen, in dessen Miscellaneen zum Lehnrechte Th. 2. S. 301. ff.; und der Rostockischen Monatschrift (von Burhard und Koppe) 2tes Stück, 1791. Nr. 2, d, h.

§. 2. Biele bey der Eidesteistung übliche Feierslichkeiten haben zwar nach der Zeit ihren Gebrauch verloren, allein das Schwören bey den Heiligen ist denselben noch beygehalten worden. Dieses ist sowohl aus dem sächsischen 1) als auch schwäbischen Landrecht 2) zu sehen. Der Verfasser des Richtscheitges hat noch umständlicher die bey dieser Eidesteistung üblich gewesene Gebräuche beschrieben 3), von denen die Goslarschen Stat.

Statuten 4) folgendes ordnen: Der soll den fordern Fuß auf den Sül setzen, und die Hand auf die Heiligen legen, und sprechen: Daß mir Gott so hilffe, und die Heiligen.

1) I. P. Sax. Lib. II, Art. 4.

2) I. P. Suev. 341. Nach der Königtshalschen Ausg. Cap. 364, d. 5.

3) cap. 8.

4) Lib. I. Tit. Hupstynke §. 6.

§. 3. Was nun die Bedeutung von diesem Spruchwort anbelangt, so ist mit wenigem zu bemerken, daß zu den Zeiten der Apostel alle wahre Gläubigen, Heiligen genennet, nachher aber dieser Name denjenigen beugeleget worden, welche durch ihr sonderbares christliches Leben, oder durch die Wunder, so sie im Leben verrichtet haben, von der Kirche für würdig erkläret worden sind, nach dem Tode verehret zu werden. Im vierten Jahrhunderte hielt man sie bereits für die Vorbitter, und nachdem endlich die Heiligsprechung aufgekomen und die Verordnung erfolgt, daß derjenige, so unter die Schaar der Heiligen aufgenommen worden, auch mit einem öffentlichen Gottesdienst in der Kirche beehret werden sollte, und daher die Anrufung der Heiligen entstanden; so hat dieses Gelegenheit gegeben, daß man in dem Namen der Heiligen die Eide abgeleset. Man hat also dafür gehalten, daß von dem Eide bey den Reliquien kein Mißbrauch zu machen sey, und durch dieses Spruchwort den Ungläubigen begegnen wollen, welche nichts anders für wahr halten, als was mit vielen Eiden bekräftiget worden. Besonders wird damit auf den Gebrauch gezelet, nach welchem derjenige, so schwören sollte, auch zuweilen die Reliquien von verschiedenen Heiligen anschaffen mußte, welches denn Gelegenheit gegeben, daß man glaubte, daß, wenn

wenn jemand sich von einer ihm angeschuldigten Missethat, vermittelt des Reinigungseides losgemacht, derselbe nun nicht weiter nöthig habe, seine einmal eidlich erhärtete Unschuld noch durch mehrere Eidschwüre zu betheuren 1).

1) Thomastius im Versuch von Annalib. bey Welch. von Offe Testament, S. 19.

## XXII.

Niemand kann sein Leib und Gut zusammen verbrechen 1).

### A n m e r k u n g.

§. 1. Die Güterstrafen sind sowohl in den ältern als mittleren Zeiten in Deutschland nicht unbekannt gewesen 2), aber man glaubte, daß derjenige, so am Leib und Leben bestraft wird, zu keiner Geldstrafe verdammet, am allerwenigsten aber mit der Einziehung seines Vermögens bestraft werden könne. Es hieß alsdenn: Er wettet dein Leib, und Buße, Wette und Wehrgeld fiel hinweg. Daß man wenigstens in den mittleren Zeiten so geurtheilet, ist aus dem sächsischen Landrecht deutlich zu ersehen, wo es unter andern heiet 3): Wer durch Urtheil und Recht oder von Gerichts wegen seinen Leib verlost, und wer ihm selber den Tod anthut, sein nächster Erbe nimt sein Gut. Dieses gab Gelegenheit, daß nicht nur der Kläger gerne mit dem Beflagten einen Vergleich einging, sondern auch der Richter auf alle Weise selbigen beförderte, damit die Wette und das Wehrgeld erhalten werden konnten. Ein wichtiger Bewegungsgrund dem Streiten bald ein Ende zu machen! so aber in den damaligen Zeiten leicht angehen konnte, weil viele Fälle, nach des Richters Gutdanken, entschies

schieden werden konnten, so nach unsern heutigen Rechten strafbar sind.

1) Gleichen Sinn hat das Sprüchwort: Man soll niemanden mit zwey Kutben streichen. S. Pistor Cent. 5. § 12. A. Matthaeus de Crim. ad Lib. 48. tit. 1. § 10. c. 2. tit. 20. § 876 bemerkt, daß in der Provinz Utrecht und anderen Holländischen Provinzen, es eine alte Rechtsregel sey: das niemandt sin liif ende goert r'samen verbreucken kan; nur bey dem Verbrechen der beleidigten Majestät werde diese Regel nicht angewendet. D. K.

2) Heineccius in element. jur. germ. T. II. Lib. II. §. 379. seq.

3) Lib. II. Art. 31. imgleichen Lib. III. Art. 50.

§. 2. Man ist aber von dieser Regel im urtheilen nach und nach abgegangen, und es kann leicht seyn, daß die Einführung des römischen Rechts gemacht hat, daß man mit der Zeit bey verschiedenen Verbrechen mit der Todesstrafe auch die Einziehung der Güter verbunden. Es ist bekannt, daß bey den Römern die Güter derer zum Tode oder zur Knechtschaft Verdammten, von dem Fiscus eingezogen worden sind 1). Dieses strenge Recht hat der Kaiser Justinian keinesweges abgeschafft, sondern nur eingeschränket, daß den nächsten Blutsverwandten in der aufsteigenden und abstammenden Linie bis auf den dritten Grad des Verurtheilten Vermögen, so wie der Ehefrau ihr Theil, gelassen werden, in Ermangelung dieser Personen aber an den Fiscum verfallen soll 2). Bey den Römischen Gerichten war besonders der Gebrauch eingerissen, daß der Verurtheilten Gut dem Herrn allemal anheim gefallen. Die Carolina rechnet die Einziehung der Güter auch unter die Mißbräuche, so an etlichen Orten eingeführt worden. Sie macht nur eine einzige Ausnahme, es heisset 3): Item an etlichen Orten, so ein Uebelthäter außer-

ausserehalb des Lasters der Beleidigung unser Majestät oder sonst in andern Fällen, so der Uebeltäter Leib und Gut nicht verwürkt, vom Leben zum Tod gestraft, Weib und Kinder an Bettelstab, und das Gut dem Herrn zugewiesen werden. Die übrigen Fälle, in welchen nach den Reichsgesetzen die Einziehung der Güter statt findet, führt Kress in seinen Anmerkungen über diesen Artikel an 4).

1) L. I. §. 1. 2. 3. D. de bon, damnator.

2) Nov. 134.

3) Art. 218. S. zu dieser Stelle de Boehmer in medit. ad C. C. C. zu diesen Artikel.

4) §. 4.

### XXIII.

Man hängt keinen zweymal.

#### Anmerkung.

§. 1. Die Frage, ob ein zum Galgen verdamnter Dieb nicht begnadiget werden müsse, wenn der Strick, der seinem Leben ein Ende machen sollen, reisset, oder dieses für ihn sich ereignenden glücklichen Zufalls ohne erachtet den Tod erleiden müsse, ist von den Rechtsgelehrten nicht auf einerley Weise beantwortet worden. Einige halten dafür, daß es eine Grausamkeit sey, einen Menschen von neuem aufzuhängen, den ein so günstiges Schicksal das Leben erhalten hat. Andere behaupten das Gegentheil. Die Meinung der ersteren wird durch dieses Sprüchwort bekräftiget. Man führet zu derselben Behauptung an, daß man gewissermaßen die Absicht der Strafe schon erreicht habe. Der Dieb, sagt man, hat bereits die Todesangst ausgestanden, es würde grausam seyn, wenn man ihn dieselbe nochmals wollte fühlen lassen, und man setzet diesem noch hinzu, daß man in peinlichen Fällen allemal die

Ges

Gelindigkeit der Strenge vorziehen müsse, zumal da man alle Hoffnung hat, daß ein solcher Mensch künftig hin sich bessern werde, der auf eine so unvermuthete Weise noch am Leben erhalten worden ist 1).

1) *Carpzov Quæst.* 87. n. 40. seq.

§. 2. Diejenigen hingegen so das Gegentheil behaupten, gründen sich auf die Gesetze. Diese wollen haben, daß die zuerkannte Todesstrafe vollstreckt werde 1). Diese Vollstreckung des Todesurtheils wird aber alsdenn vollbracht, wenn dem verurtheilten Uebeltäter die zuerkannte Strafe wirklich zugefüget worden, welches bey Todesstrafen aber erst in der Veranbung des Lebens besteht. Gesezt, daß nun der Strick zerreiſet, und der Dieb noch lebendig wieder herunter fällt, so kann man ja nicht sagen, daß die zuerkannte Todesstrafe an demselben wirklich vollstreckt worden 2). Aus dieser Ursache muß die Zufügung der Lebensstrafe nochmals vorgenommen, und ein zum Tod verurtheilter Missethäter von neuem, und zwar so lange und so oft aufgehangen werden, bis er wirklich von dem Leben zum Tode gebracht worden, welches auch von andern Todesstrafen, als dem Enthaupten, Ertränken, zu verstehen ist 3). Und wer will mit Gewißheit behaupten, daß die Absicht der Todesstrafe dadurch schon erreicht worden, wenn der Missethäter die Todesangst empfunden, da dieselbe vielmehr dahin gerichtet ist, dem Verbrechen zu steuern, dem gemeinen Wesen und der menschlichen Gesellschaft schädliche und unnütze Leute auszurotten, und andere durch dergleichen Beispiel für dem Verbrechen zu warnen. In dieser letzten Absicht kann man dem angeführten Sprüchwort unmöglich Beifall geben 4).

1) Art. 162. 192. C. C. C.

2) *Struv. de furibus a poena laquei immunibus*, cap. ult. §. 7. D. 6.

3) de



- 3) *de Cocceii* de proport. furri ac suspend. rupto laqueo, und *Aeminga* de executione poenae capitalis interrupta interanda ac consumanda. *Pützmanni* Adversarior. lib. II. c. 26. D. S.
- 4) Die Erklärung, welche der Verf. von diesem Sprüch-  
worte giebt, ist zwar ganz richtig, indeß läßt sich das-  
selbe auch von der Regel des peinlichen Rechts: poena  
major absorbet minorem, verstehen. Diese Regel ist  
in der P. G. O. Carl des V. Art. 103. bestätigt, und  
findet in folgenden beiden Fällen ihre Anwendung.  
Erstlich wenn jemand mehrere ganz verschiedene Ver-  
brechen begangen hat, deren jedes, einzeln betrachtet,  
eine besondere Strafe nach sich zieht, so wird dem Thä-  
ter nur die härteste von diesen verschiedenen Strafen  
zuerkannt. Zweytens wenn jemand ein und dasselbe  
Verbrechen unter solchen Umständen begangen hat, daß  
selbiges aus mehrern aber verschiedenen Gründen die  
Todesstrafe nach sich zieht, so wird nur bloß Rücksicht  
auf den Grund genommen, welcher das Verbrechen  
am meisten erschweret, und darnach allein die Art der  
Todesstrafe bestimmt. *S. de Boehmer* meditat. ad  
C. C. C. ad artic. 163. D. S.

#### XXIV.

### Gnade geht vor Recht.

#### Anmerkung.

§. 1. Daß derjenige, welcher das Recht zu strafen  
hat, die Strafen jemand zum Theil gänzlich erlassen,  
zum Theil aber selbige mildern kann, ist eine bekannte  
Sache. Es wird daher in diesem Sprüchwort, einem  
Regenten die Vorstellung gemacht, daß derselbe, wo es  
möglich ist, Gnade vor Recht ergehen lassen möge,  
zumal in solchen Fällen, wenn die Absicht der Strafe  
auch ohne derselben wirkliche Vollstreckung geschehen  
kann. Manchmal sind die Umstände so beschaffen, daß  
ein Fürst die Gnade der Strenge des Rechts vorzu-  
ziehen sich genöthiget siehet, als wenn eine große Menge  
Bürger zugleich ein Verbrechen begangen, worauf eine  
Lebende



Lebensstrafe geordnet ist. Denn in diesem Falle würde der Verlust so vieler Glieder eines gemeinen Wesens der gemeinen Wohlfahrt gar sehr zuwider seyn.

§ 2. Die schon genug untersuchte aber noch immer unentschiedene Frage: ob die göttlichen geoffenbarten Gesetze, als ein allgemeines Recht anzusehen, hat verursacht, daß viele es noch in Zweifel ziehen, ob auch ein vorseßlicher Mörder ohne Verletzung des Gewissens begnadiget werden könne. Eine Frage, deren Bejahung allemal vielem Widerspruch unterworfen bleiben wird, wie Leyser sehr gründlich gezeigt hat 1).

- 1) Sp. 197. m. 6. - Hatten gleich Thomastius, Han-  
neson u. a. m. zur Zeit, als der Verfasser dieses Werk  
schrieb, die Existenz eines allgemeinen göttlichen posi-  
tiven Rechts bestritten, so war doch noch die gegensei-  
tige Meinung ziemlich herrschend. Seitdem aber Mi-  
chaelis in dem Mosaischen Rechte Th. I. §. 6. ff. dies  
se Lehre gründlicher untersucht hat, so ist von den meis-  
ten Rechtsgelehrten mit Recht ein allgemeines gött-  
liches positives Recht verworfen worden. Was insbe-  
sondere die Frage betrifft, ob der Regent einen vorseß-  
lichen Mörder ohne Verletzung des Gewissens begna-  
digen könne? so kommt es darauf an, was unter der  
Begnadigung verstanden werden soll. Soll sie bloß  
Erlassung der Todesstrafe anzeigen, so leidet ihre Be-  
jahung keinen Zweifel, da der Regent ohne Verletzung  
seines Gewissens alle Todesstrafen abzuschaffen befugt  
ist, wenn er sich für überzeugt hält, daß solches dem  
Staate zuträglich sey. Verstehet man hingegen unter  
Begnadigung eine gänzliche Erlassung der Strafe, dann  
ist sie der Regel nach allerdings zu verneinen, indem  
eine solche Begnadigung die gesetzlichen Folgen eines  
Verbrechens ungewiß macht, und daher bößhaften  
Menschen eine gleiche Behandlung hoffen läßt, wenn  
sie sich dünftlicher Uebelthaten, als der Begnadigte began-  
gen hatte, zu Schulden kommen lassen. Dem Regens-  
ten muß es aber, wie ich glaube, Gewissenssache seyn,  
solche Verfügungen zu treffen, welche dem Wohl des  
Staats offenbar zuwider laufen. D. 4.

# Siebente Abtheilung

vom

## S t a a t s r e c h t.

### I.

Wenn der Kaiser stirbt, setzt sich der König in den Sattel.

### Anmerkung.

#### §. 1.

Der Name eines römischen Königs wurde ehemals auch den regierenden und vom Papst gekrönten Kaisern begelegt. Manchmal führten denselben die zwar erwählten, aber von dem Papst noch nicht gekrönten Kaiser, und endlich ist es noch jezo gebräuchlich, daß der erwählte aber in Deutschland noch nicht gekrönte Kaiser, vor der Krönung, den Titel eines römischen Königs führet 1). In diesem Sprüchwort wird eigentlich diejenige hohe Person darunter verstanden, welche noch bey Lebzeiten des Kaisers von den Churfürsten zu desselben Nachfolger in der Regierung, auf den sich ergebenden Fall der Thronerledigung, erwählt wird 2). Die Wahl eines römischen Königs bey Lebzeiten des Kaisers, ist in dem Reichsherkommen gegründet, und man trifft in der Geschichte Deutschlands sowol vor als nach dem langen Zwischenreich, Beyspiele davon an 3), ob schon die güldene Bulle diesen Punct übergangen. Dieser Umstand hat daher in dem deutschen Reiche zu großen Bewegungen Anlaß gegeben, als Carl der Fünfte seinen Bruder Ferdinand zum römischen König erwählt haben wollte. Diese Mißhelligkeiten sind

Eisenh. Sprüche.

K r

durch

durch den Eadaniſchen Vertrag vom Jahr 1534 glücklich geendiget, und der Kaiſerliche Bruder Ferdinand von den Churfürſten und Ständen des deutſchen Reichs für einen römischen König erkannt worden 4).

1) *Hoffmann* de Rege Romanor. vivent. imperator. electo cap. 1. §. 1.

2) *Wagenſeil* de Rege Romanor.

3) Rechtsgegründete Unterſuchungen von dem römischen König.

4) *Gottröder* von den Urfachen des deutſchen Krieges, Lib. III. cap. 13. und *Mafers* Staatsrecht Th. 7. S. 250. ff. Zugleich wurde in dem Eadaniſchen Frieden feſtgeſetzt, daß in Zukunft bey einer vorzunehmenden römischen Königswahl zuvor die Frage, ob dieſelbe nöthig ſey? durch einen Churfürſtlichen Collegialſchuß entſchieden werden müſſe. D. S.

§. 2. Es entſtand aber ein neuer Streit zu des Kaiſers Rudolph des Zweiten Zeiten, ob auch wider den Willen des regierenden Kaiſers ein römischer König zu erwählen ſey 1)? Die Churfürſten behaupteten, daß durch ſie die Wahl eines römischen Königes mit oder ohne des regierenden römischen Kaiſers Einwilligung, wenn ſelbige auf geſchehene Vorſtellung verweigert werden ſollte, vorgenommen werden könne. Dieſes iſt auch den nachherigen Wahlcapitulationen einverleibet worden. Bey den Weſphälischen Friedenstractaten entſtanden neue Unruhen, als die Krone Frankreich und Schweden den Vorſchlag thaten, daß bey Lebzeiten eines Kaiſers kein römischer König erwählt werden ſoll 2). Man gieng aber wiederum davon ab, und behielt ſich vor, auf dem nächſten Reichstag beſondere Berathſchlagungen darüber anzustellen 3), welches auch bey Gelegenheit der Unterhandlungen wegen einer beſtändigen Wahlcapitulation geſchehen. Was in dieſer Sache weiter vorgefallen, kann man aus

aus der neuesten Wahlkapitulation sehen 4), in welcher es heiet: Und nachdem von Churfürsten und Fürsten zu Regensburg nach Anleitung *Articuli octavi instrumenti Paris*, von der Wahl eines römischen Königs, bey Lebzeiten eines erwählten römischen Kaisers, gehandelt und verglichen worden, daß die Churfürsten nicht leichtlich zur Wahl eines römischen Königs *vivente Imperatore*, schreiten, es wäre dann, daß entweder der erwählte und regierende römische Kayser sich aus dem römischen Reich begeben, und beständig oder allzulang aufhalten wollte, oder derselbe wegen seines hohen Alters, oder beharrlichen Unpäßlichkeit, der Regierung nicht mehr vorstehen könnte, oder sonst eine anderwärtige hohe Nothdurft, daran des heil. römischen Reichs *Conservation* und Wohlfarth gelegen, erforderte, einen römischen König noch bey Lebzeiten des regierenden Kaisers zu erwählen, und dann, daß in solchem ein, und andere angeregtem, wie auch erstgedachtem Nothfall, die Wahl eines römischen Königs durch die Churfürsten, mit oder ohne des regierenden römischen Kaisers Consens, wann derselbe auf angelegte Bitte ohne erhebliche Ursache verweigert werden sollte, vorgenommen, und damit der guldnen Bull, auch ihrem von dem heil. römischen Reich tragenden Amt und Pflichten nach, von ihnen allerdings frey und ungehindert verfahren werden solle &c.

1) *Limnaeus* in jur. publ. Lib. II. cap. XV. n. 11. seqq.

2) v. Meyern *Acta Pac. Westphal.* T. II. p. 920.

3) I. P. W. Art. VIII §. 3.

4) Art. III. §. 12. E. J. Jac. Mosers Betrachtungen  
über die B. E. Kaiser Joseph II. S. 131. ff.

§. 3. Wie alt die zu einem römischen Könige zu erwählende hohe Person seyn müsse, ist in den Reichsgesetzen nicht bestimmt. Man findet aber in der deutschen Reichsgeschichte Beispiele genug, daß mehrmals noch minderjährige Prinzen zu römischen Königen erwählt worden, unter welchen das Beispiel Kaisers Joseph II. das neueste ist. Er wird nach der geschehenen Wahl gekrönt, und genießt in Ansehung seiner Würde eben diejenigen Vorzüge und Gerechtsamen, die dem Kaiser zukommen, wovon aber doch dieses ausgenommen ist, daß er weder der Kaiserlichen Krone, noch der großen und güldenen Bulle, sondern nur eines königlichen Insigels, worinnen ein einfacher Adler gegraben ist, sich bedient, und die Ausübung der Majestäts-Rechte bleibt bis zu der erfolgten Erledigung des Kaiserlichen Throns verschoben 1). Er verrichtet aber jedoch in des Kaisers Abwesenheit, oder wenn derselbe verhindert wird, alles was dem Kaiser zu verrichten zukommt 2). Hieraus läßt sich nun die Bedeutung dieses Sprüchworts leicht errathen, die dahin gehet: Daß die Wahl und Krönung zum römischen König, auch die kaiserliche Würde schon nach sich ziehe, und jener nach des Kaisers erfolgtem Absterben, die Regierung sofort antreten könne. Es ist aber doch ein anderes zu sagen, wenn der neue Kaiser annoch minderjährig ist, als in welchem Fall den Reichsvicarien die Verwaltung der Regierung zukommt 3).

1) E. Hoffmann am a. O. S. 124. d. 3.

2) Seybold de Rege Romanor. vivent. Imperator. electo.  
Kleinfeldt de Rege Romanor. German.

3) capitulat. Francisci I. Art. XIII. §. 9. Gegen diesen §. ist von Seiten der Fürsten, als er 1745 zuerst in die  
die

die **M. C.** eingerückt wurde, protestirt worden, weil selbiger einen Punct enthielte, dessen Bestimmung für das ganze Reich gehöre. **E. Mosers Capitul, Franz I. P. I. S. 108. d. 3.**

## II.

**Wo der Kaiser hinkommt, da steht ihm das Recht offen.**

### Anmerkung.

§. 1. Dieses Sprichwort, in welchem von der ehemaligen kaiserlichen Gerichtsbarkeit gehandelt wird, ist sowohl in dem sächsischen 1) als auch schwäbischen Landrecht 2) gegründet: In jenem heisset es von dem Kaiser. In welche Statt des Reichs er kommt binnen dem Reiche, da ist ihm ledig Münz und Zoll, und in welch Land er kommt, da ist ihm ledig das Gericht daselbst, also daß er wohl richten mag alle die Klagen, die vor ihn kommen, und ehe vor einen andern Gericht nicht begunst noch geendet sind. Das andere kommt hiermit überein, und es ist nur noch dieses angehängt: er soll auch alles richten, das in der Stadt und in dem Land zu richten ist, ohn das begehrt ist zu richten, das sollen die Richter richten vollen aus, die das Begunnen haben zu richten. Es ist bekannt, daß zu den Zeiten der Carolinger die Kaiser die Gerichtsbarkeit allein hatten, und selbige entweder in eigener Person verwalteten, oder eigene Richter nach Belieben einsetzten. In des Kaisers Abwesenheit vertrat der Hofpfalzgraf desselben Stelle, und in den deutschen Ländern wurden geringere Pfalzgrafen bestellt, welche die Gerichtsbarkeit verwalteten, so wie solches auch die Grafen mit ihren Schöppen thaten 3). Nach Ausgang  
der

der Carolingischen Kaiser, erlangten die Stände die Landeshoheit, und eigneten sich auch die damit verbundenen Gerichte zu. Den Kaisern verblieb nur noch die Gerichtsbarkeit über die unmittelbaren Reichsglieder, oder wenn von der Stände Gerichte durch Appellation eine Sache an sie gelangte.

1) Lib. III. Art. 60.

2) cap. 35. edit. Berger. auch nach der Königsthal. Ausg.

3) *Kressius de variis jurisdict. criminal. in germ. generib. obs. V. §. 15.*

§. 2. Damit aber die Gerechtigkeit desto besser gehandhabet werden möchte, so reiseten die Kaiser in Deutschland herum, daher die Partheyen, so an den Kaiser appellirten wollten, desselben Ankunft erwarteten. Es ist aber irrig, wenn der Verfasser des Sachsenspiegels an dem angeführten Orte geglaubt hat, als wenn bey der Ankunft des Kaisers alle Gerichte in den Ländern der Reichsstände aufgehört hätten, welches nur in Italien geschehe 1). Aus diesem wird also leicht zu sehen seyn, wie das angeführte Sprüchwort zu verstehen sey, welches bey der jetzigen Einrichtung des Gerichtswesens in Deutschland, und besonders was von demselben die Cammergerichtsordnung in sich enthält 2), seinen Gebrauch verlohren.

1) *Kressius l. c. obs. V. §. 15.* — Mir scheint aus den beym vorigen §. angeführten Stellen aus dem Sachsens- und Schwabenspiegel keinesweges zu folgen, daß bey der Ankunft des Kaisers in einer teutschen Provinz alle Gerichte aufgehört hätten. Nur das erhellet daraus, daß, wenn der Kaiser in einer Provinz gegenwärtig war, „ihm das Gericht ledig war,, d. h. ihm die Ausübung der Gerichtsbarkeit zustam, und er die Beschwerden der Unterthanen anhören, und von den Aussprüchen der Grafen, Boigte u. s. w., als der ordentlichen Obrigkeit, unmittelbar an ihn appellirt werden

den konnte. Daß die Spiegel nichts anders hierunter verstanden haben, ist besonders aus dem Schwabenspiegel Cap. 35. §. 2. abzunehmen, wo es heißt: „an das „begeret ist ze richten Das söllent die richter richten „vol außs dye das begunnen habent zu richten.“ So halte ich es ebenfalls für unerwiesen (auch der angeführte Kress sagt davon nichts), daß in diesem Puncte die Gerichtsverfassung in Italien von der in Deutschland verschieden gewesen sey. Vielmehr ist so viel gewiß, daß in Italien die Richter der höchsten Instanz die kaiserlichen Pfalzgrafen waren, außerordentlicher Weise aber entweder die Kaiser in eigener Person, oder durch Bevollmächtigte (*Missi Regii*, *Missi discurrentes*, *Missi dominali*, *Legati Regii* u. s. w.) zu gewissen Zeiten Visitationen der Gerichte hielten, die Beschwerden der Unterthanen gegen ihre Obrigkeit anhörten und untersuchten, und die Grafen und übrigen Richter, wenn sie es verdienten, bestraften. *S. W. G. Tafinger praef. Hofaker*) de origine judiciorum curiae Imperialis Italici et Germanici et utriusque inter se nexu, §. 5. ff. Tübingen 1783. D. 3.

2) P. II. Tit. 1. §. 1. und Tit. V. per tot. D. 3.

### III.

Kaiserliche Majestät bringt das Geleit mit sich.

#### Anmerkung.

§. 1. Man versteht unter dem Geleit nichts anders, als ein Recht, dem andern Sicherheit auf der Straßen, wider allen ungebührlichen Anfall zu leisten. Der Ursprung dieses Rechts ist in den räuberischen Zeiten des langen Zwischenreiches zu suchen. Die Ausleger des Staatsrechts pflegen dasselbe in die Geleitsherrlichkeit und in das fürstliche Geleit einzutheilen. Jenes haben Kaufleute und andere Reisende zu genießen, dieses aber wird nur Fürsten und andern hohen Standespersonen geleistet, und bestehet eigentlich



lich in einer verketteten Durchreise durch eines andern Landesherrn Gebiete. Man hat daher behaupten wollen, daß einem Mächtigen die Durchreise nicht anders als mit des Landesherrn Einwilligung zukomme, und daß das mitgegebene Geleit auch nichts anders als ein Zeichen dieser gegebenen Erlaubniß sey 1). Die gültene Bulle verordnet daher, daß ein jeder Stand des Reichs den zum Wahltag reisenden Churfürsten auf ihr Ansuchen das sichere Geleit, so weit sein Gebiete sich erstreckt, geben soll, und es ist bekannt, daß die zum Wahltag reisende Churfürsten oder deren Gesandten sich noch heut zu Tage, jedoch nur zum Staate, des öffentlichen Geleites zu bedienen pflegen.

1) *Fritsch* de regal. viar. publicar. jur. cap. XIII.

2) A. B. cap. I. §. 17.

§. 2. Das gegenwärtige Sprüchwort enthält eine Ausnahme, von der vorhin angeführten Regel, daß die Durchreise eines Mächtigen nicht anders als mit des Landesherrn Bewilligung geschehen könne, in sich. Es soll damit so viel gesagt werden, daß der Kaiser nicht nöthig habe, einen Reichsstand um die Erlaubniß der Durchreise zu ersuchen. Man will sagen, daß Kaiser Ferdinand der Erste zu diesem Sprüchwort Gelegenheit gegeben haben soll, als er auf der Reise nach Frankfurt zu seiner Krönung begriffen gewesen. Es soll, als dieser Prinz nach Nürnberg gekommen, der Marggraf von Brandenburg, Georg Friederich, mit einer ansehnlichen Mannschaft an den Nürnbergschen Gränzen sich eingefunden, und sich des Geleites angemahlet haben, welchem Unternehmen aber sich der Rath zu Nürnberg widersetzt. Ferdinand habe beide zum Frieden ermahnet, und sich dabei der Worte bedient: Er bedürfe keines Geleitmannes, er wäre das Geleit selbst 1).

1) Hi.

- 1) Historische Nachrichten von dem Ursprung und Wachsthum des h. R. Reichs Stadt Nürnberg, S. 457.

§. 3. Die Verbindlichkeit zwischen dem Oberhaupt und Gliedern des deutschen Reichs, die Beschaffenheit der jetzigen Zeiten und Sitten und die Hochachtung, so die Großen gegen einander ohnedem zu beobachten pflegen, überzeugen uns, daß gegen dieses Sprüchwort nichts einzuwenden sey. Denn was die Durchzüge der Kaiserlichen Völker durch die Länder der Reichsstände anbelangt, so ist in den Reichsgesetzen ohnedem versehen, daß dieselben mit keiner Einquartierung, Musterung, Durchzügen und dergleichen Kriegebeschwerlichkeiten mehr, belästigt werden, sondern in dem Fall, wenn die Nothwendigkeit dergleichen erfordert, solches mit der gesammten Churfürsten, Fürsten und Stände Einwilligung geschehen soll 1).

- 1) Capitulat. Francisci I. Art. IV. §. 7. 8. 9. und neueste Wahlcapitulation Leopold des II. Art. IV. §. 8. und 15. d. 5.

#### IV.

Ein jeder Herr ist Kaiser in seinem Land.

#### Anmerkung.

§. 1. Das Alter dieses Sprüchworts ist nicht erst nach den Zeiten des Westphälischen Friedens zu suchen, sondern es ist schon in dem dreizehnten Jahrhundert bekannt gewesen, wie solches Hertius mit glaubwürdigen Zeugnissen bestätigt 1), und es ist eigentlich aus dem Lateinischen übersetzt 2). Die Absicht desselben ist leicht zu errathen. Es handelt von der Landeshoheit der Reichsstände, welche in einem Jubegriff aller derjenigen Rechte besteht, die zur Regierung von Land und Leuten erfordert und von dem Landesheeren auch mit

mit Ausschließung des Kaisers in den Grenzen seines Landes ausgeübet werden. Da nun aber die Stände des Reichs die Landeshoheit und alle derselben anfließende Stücke in ihren Gebieten nicht in dem Namen oder an Statt des Kaisers und des Reichs, sondern in ihrem eigenen Namen und aus eigener Macht und Gewalt ausüben, und hierinnen solchen souverainen Prinzen gleich sind, die niemand als Gott und das Schwerdt über sich erkennen, so wird deswegen von ihnen gesagt: daß ein jeder Herr in seinem Lande Kaiser sey.

1) De paroem. iur. Lib. II. par. 3.

2) Es ist diese Regel von den Glossatoren im 13ten Jahrhundert zuerst erfunden worden. S. die Glosse zum l. 7 ff. de jud. publ. l. 5. ff. de jurid. l. 26. C. de donat. und andern Stellen mehr. *H. ab Eyben* de origine Regulae: S. R. I. Principes tantum posse in suis territoriis, quantum Imperator in Imperio, c. 8. In dessen Operib. S. 251. *Pfessinger* Vitruv. Illustrat. T. III. S. 117 ff. woselbst auch die Einschränkungen dieser Regel näher bestimmt sind. D. S.

§. 2. Von dem Ursprung der Landeshoheit; welche in den ältern Zeiten Jurisdiction, Herrlichkeit, Macht und Gewalt, Recht und Gericht, Gebot und Verbot genennet worden 1), sind verschiedene Meinungen vorhanden. Die meisten halten dafür, daß dieselbe ihren Ursprung nach dem Ausgang der Carolingischen Kaiser nehme, unter deren Regierung die Großen in Deutschland nur Amtsbedienten gewesen. Man führet ferner an, daß nach dem Abgang der Carolinger die verschiedene deutsche Völker eigene Landesherrn angenommen hätten. Daß die Bayern den *Arnoldum*; die Schwaben den *Burchardum*; die Sachsen den *Otto* zu ihrem Oberhaupt, und die Franken am Oberrhein den *Conrad* zu ihrem König erwählten.

let. Daß ferner diese Völker aus Furcht vor dem Ueberfall ihrer Nachbarn sich in eine eigene Verbindung eingelassen und unter einem allgemeinen Oberhaupt zu stehen, beschlossen, jedoch mit dieser Bedingung, daß ein jedes Volk seinen besondern Landesherrn und diese Landesherrn ihre eigene Landeshoheit behalten sollten 2). Es hat zwar der berühmte Abt zu Gottwich in den neueren Zeiten diese Meinung zu widerlegen sich bemühet, welchem aber der Canzler von Ludewig wichtige Gründe entgegen gesetzt 3).

1) *Dn. de Westphalen de genuina origin. potentat. Princip. in Imperio S. R. Germanico.*

2) *Conring. de Ducib. German. §. 21. de Ludewig in German. princip. cap. IV. §. 30.*

3) *Gelehrte Anzeigen, erster Theil, S. 1005, 1052. Ueber den Ursprung der Landeshoheit und den verschiedenen Meinungen darüber, (s. Schnaubert's Anfangsgründe des Staatsrechts der gesammten Reichslande, §. 4. ff. und die daselbst angeführten Schriftsteller.*

*d. S.*

§. 3. Man mag aber auch gegen die vorhin angeführte Meinung, was man nur will, einwenden, so ist doch so viel gewiß, daß dieselbe durch ein altes Herkommen befestiget, und noch mehr durch das Westphälische Friedensinstrument bestätigt worden 1), daß die Stände des deutschen Reichs in einem wohlhergebrachten Besitze sich befinden, und die Kaiser in ihren Wahlcapitulationen versprochen: Churfürsten, Fürsten und Ständen (die ohnmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen) ihre Regalien, Obrigkeiten, Freyheiten, Privilegien, Gerechtigkeiten, Gebräuche und gute Gewohnheiten, so sie bishero gehabt oder in Uebung gewesen, zu Wasser und Land, auf gebührendes Ansuchen, ohne Weigerung und Aufenthalt,

halt, in beständiger Form zu confirmiren, sie auch dabey als römischer König zu handhaben und zu schützen 2). Unter dem Wort Obrigkeit wird hier die Landeshoheit verstanden, welches der gewöhnliche Ausdruck in allen Wahlcapitulationen ist.

1) I. P. W. Art. VIII. §. 1.

2) Capitul. Francisci I. Art. 1. §. 9. Noch bestimmter drückt sich die Wahlcapitulation Leopold des II. aus, wo Art. 1. §. 9. der Kaiser „die Kurfürsten, Fürsten und „Stände (die unmittelbare freye Reichsritterschaft mit eingeschlossen) „bey ihren Hoheitsrechten, Regalien „u. s. w. „ zu schützen verspricht. D. 4.

## V.

Ein Herr, kein Herr, zwey Herren, ein Herr.

### Anmerkung.

§. 1. Wenn wir bey dem vorhergehenden Spruchwort angeführt haben, daß ein jeder Stand des Reichs in seinem Gebiete die von der Landeshoheit abhängende Rechte aus eigener Macht und Gewalt ausübet; so ist in diesem Spruchwort eine Ausnahme hiervon enthalten. Man findet in Deutschland in Ansehung der Reichsstände unter sich und ihrer Länder vielerley Arten von Landeshoheit. In Schwaben, Franken und an dem Rheinstrom ist dieselbe zwischen zwey und mehreren oft gemeinschaftlich, so, daß entweder alle insgesamt solche unzertrennet mit einander besitzen, oder daß einer diese, der andere jene Stücke davon hat, oder die Unterthanen sind auch abgetheilet. Wo die Landeshoheit von mehreren gemeinschaftlich besessen wird, kann keiner ohne den andern die Gerichtsbarkeit über die Unterthanen und andere solche Rechte mehr ausüben 1), sondern alles muß im Namen der übrigen geschehen.

1) Do-

1) *Donner de juridiction. communi. Henmann*  
*de judiciis communitat.*

§. 2. Man hat also mit diesem Spruchwort nichts anders sagen wollen, als daß in einem solchen Lande, welches zwey oder mehreren Herren gemeinschaftlich zugehört, die Verordnungen, so ohne Einwilligung der übrigen Mitregenten von einem derselben an die Unterthanen erlassen worden, von keiner Verbindlichkeit sind, und alles dasjenige, was ein solcher für sich allein ordnet oder unternimmt, als wäre es nicht geschehen, anzusehen sey. Denn die gemeinschaftliche Herrschaft würde sogleich aufgehoben werden, sobald der eine von solchen Gesammtherren, vor den andern etwas zum voraus haben wollte 1). Die Unterthanen eines solchen vielherrigen Landes sind gemeinschaftliche Unterthanen, und sie verehren nicht einen jeden insbesondere, sondern die sämtlichen Gesammtherren als ihre höchste Landesobrigkeit. Der Nutzen von diesem Spruchwort äußert sich in allen dergleichen Staaten, die von der angeführten Beschaffenheit sind, von welchen unter andern auch Estor 2) eine umständliche Nachricht ertheilet, welches besonders von den Banerben zu sagen, bey welchen es nicht auf die Mehrheit der Stimmen ankommt, sondern die einmüthige Einwilligung bey allen wichtigen Handlungen erfordert wird.

1) *Hertius de specialib. Rom. Germ. imp. rebusp.*  
Sect. II. §. 27.

2) Siehe desselben deutsche Rechtsgelehrtheit zweyter  
Theil. §. 4995. seq. und Pütters historische Entwickelung  
der heutigen Staatsverfassung des deutschen Reichs,  
Th. 3. S. 288. D: 2.

## VI.

**Wer Landesherr ist, dem gebühret die Landeshuldigung.****Anmerkung.**

§. 1. In diesem Sprüchwort wird eigentlich von dem Unterschied zwischen einem Landesherrn und Lehnsherrn gehandelt 1). Die Landeshuldigung besteht in einer feyerlichen Angelobung der Unterthanen, dem Oberherrn treu, hold, gewärtig und gehorsam, auch unterthänig zu seyn, sein Bestes zu befördern, und seinen Schaden zu verhindern. Alle Landesstände und neu angenommene, oder sich sonst im Lande befindliche Bürger und Einwohner sind schuldig, den Eid der Treue oder die Huldigung zu leisten. Denn dadurch zeigt der Unterthan an, daß er den Landesherrn als seine höchste Obrigkeit erkennet. Denn obwohl die gesunde Vernunft schon einem jeden Bürger eines Landes die Beobachtung der von Gott den Menschen vorgeschriebenen Pflichten befiehlt, und wie man seinen Regenten verehren soll, lehret; so erfordert doch die Beschaffenheit der Staaten die Verschiedenheit der menschlichen Gemüther, daß sich der Landesherr von seinen Unterthanen eine feyerliche Versicherung ihrer Treue geben lässet 2). Diese Landeshuldigung ist nun von der Lehnshuldigung unterschieden, und daher wird durch dieses Sprüchwort angezeigt, daß nur derjenige für den Landesherrn anzusehen sey, welchem die Landeshuldigung geleistet wird.

1) C. F. Wilisch diss. de diversa officiorum civilium et vasalliticorum ratione §. 7. (Wittenberg 1787.) D. H.

2) Die Landeshuldigungen kamen später als die Lehnshuldigungen auf. Carl der Große ließ sich erst im Jahr 802. und 812. von seinen Unterthanen einen Eid der Treue leisten. (Capitul. Carl. M. d. a. 802. c. 1.

und de a. 811. c. 13), da von den Vasalleneid sich schon viel frühere Spuren finden. In den reichsfürstlichen Ländern kamen die Landeshuldigungen mit der Landeshoheit zugleich auf, und es finden sich davon schon Beispiele aus dem 12ten und 13ten Jahrh., f. *Hertius* de subjection. territor. cap. 13. *Schröters* Abh. 2. aus dem Oestreichischen Staatsrechte, Abschn. 2. §. 2. und 3. *Schäfer* Appel, Paderborn, ad a. 1332. d. 5.

§. 2. Einige pflegen einen andern Unterschied unter der Erb- und Landeshuldigung zu machen, und verstehen unter der letzteren diejenige Huldigung insbesondere, so einer in des andern Land wegen einiger ihm zustehenden Rechte einnimmt 1). Hieher gehört auch diejenige Huldigung, welche vorläufig einem Fürsten geleistet wird, an den, vermöge einer Erbverbrüderung, die Landesfolge dereinst kommen soll. Es fließet aber das Recht, die Landeshuldigung von den Unterthanen einzunehmen, aus der Landeshoheit, daher dieselbe als ein wesentliches Zeichen anzusehen ist, daß derjenige der Landesherr ist; welchem selbige geleistet wird. Sie wird aber auch manchmal von solchen Personen geleistet, welche in einem Lande zwar Güter haben, ohne jedoch für ihre Person darinnen zu wohnen 2).

1) *Bruningh* de homagiis subjectis.

2) In diesem Falle wird durch die Landeshuldigung ein voller Landsassat bewirkt, dergestalt, daß der Landsass nicht bloß in Absicht des Gutes, welches er in dem auswärtigen Lande besitzt, sondern auch für seine Person, der auswärtigen Landesherrschaft unterworfen ist. *O. Struben* R. V. Th. 2. B. 25. S. 113. Inzwischen kann ein Landesherr nicht von unmittelbaren Reichsunterthanen zum Nachtheil Kaisers und Reichs die Leistung des Unterthanenweises verlangen. *Cramers* B. II. St. Th. 110, Nr. XIV. S. 304.

d. 5.



## VII.

**Schutz- und Schirmgerechtigkeit giebt keine  
Obrigkeit.****Anmerkung.**

§. 1. Unter der **Schutz- und Schirmgerechtigkeit** versteht man das Recht, so jemand zukommt, eine schwächere Person oder Sache, vermöge eines mit derselben geschlossenen Vertrages, oder aus eines Obern Befehl und Zulassung, gegen unbillige Gewalt zu beschützen, und derselben Güter zu verwahren. Der Ursprung dieses Rechts ist in jenen unruhigen Zeiten zu suchen, in welchen die Befehdungen und andere Gewaltthätigkeiten noch üblich gewesen waren, welche endlich durch den allgemeinen Landfrieden vom Jahr 1495 aufgehoben worden. Die Schwächern sahen sich daher genöthiget, der Mächtigen Beystand zu suchen, und begaben sich unter verschiedenen Bedingungen unter derselben Schutz 1). Dieses geschah auch von den Stiftern und Klöstern, bey welchen aber auch noch eine Ursache hinzukam, daß, weil die Kirchengesetze den Geistlichen, sich in weltliche Handel zu mischen, untersagen, so trugen sie ihrem Schutz- und Schirmherrn die Verwaltung der Gerichte und anderer weltlichen Geschäfte auf, und gaben ihnen zur Besoldung ein Lehngut 2). Da nun also die Annahme eines Schutz- und Schirmherrns nur in der Absicht geschah, daß derselbe die Stadt, das Stift oder Kloster wider alle unbillige Gewalt schützen und schirmen soll, so hat man durch dieses Sprüchwort den Unterschied zwischen einem Landesherren und Schutz- und Schirmherrn anzeigen, und damit so viel sagen wollen, daß dem letzteren weder die Landeshoheit noch die eigene Gerichtsbarkeit, so wenig in peinlichen als bürgerlichen Handeln,

dein, zukomme, sondern daß, wenn demselben die Verwaltung der Gerichtsbarkeit ja übertragen worden, er dennoch selbige nur im Namen der Stadt, des Stifts oder Klosters führe, welches ihn zu seinem Schutz und Schirmherrn angenommen hat.

- 1) *Rechenberg de Advocatis et Advocatils germanie.*
- 2) *Kahl de feodo Advocati.*

§. 2. Daß aber dieses Sprüchwort nicht als eine allgemeine Regel anzusehen sey, sondern verschiedene Ausnahmen dagegen statt finden, ist eine bekannte Sache. Man muß überhaupt merken, daß es zweyerley Gattungen der Schutz- und Schirmherrlichkeit giebet; wovon es mit der ersten die Verwandniß hat, daß die Landesfürsten bey der Stiftung eines Stifts oder Klosters sich die Schutz- und Schirmgerechtigkeit vorbehalten haben, diese aber alsdenn in der Ausübung eben derselben Rechte bestanden ist, so aus der Landeshoheit fließen 1). Die andere Gattung der Schutz- und Schirmherrlichkeit ist diejenige, so sich auf einen Vertrag gründet, und von dieser heißet es: Schutz- und Schirmgerechtigkeit giebt keine Obrigkeit, weil der Schutz- und Schirmherr sich nicht mehrere Rechte anmaßen kann, als ihm vermöge des Vertrages gegeben worden, und die anfänglich nur auf die Verteidigung giengen 2). Alles aber kommt in dieser Sache auf die besondern Verträge einzig und allein an. Aus diesem sieht man, daß die Schutz- und Schirmherren in den vorigen Zeiten nicht einerley Verrichtungen gehabt. Einiger Amt bestand in einer bloßen Beschützung, andere hießen *causidici*, und mußten ihrer Schirmsverwandten Prozesse führen. Noch andere hatten mit Verwaltung der Kirchengüter oder des Gerichts zuthun 3).

- 1) Lehmanns Spenersche Chronik Lib. II. cap. 36.  
Hertius de iactat. vulg. Ordin. Cisterciens. liber-  
tat. Sect. III. §. 10.
- 2) Struv Syntag. I. P. c. 26. §. 79. Pütter's histo-  
rische Entwicklung der heutigen Staatsverf. des teut-  
schen Reichs, Th. 3. S. 279. ff. d. 3.
- 3) du Fresne in glossar. voc. Advocatus,

§. 3. Heut zu Tage führet nicht nur der römische Kaiser den Namen eines Schutzes und Schirmherrns über die christliche Kirche; und das ganze römische Reich und desselben Unterthanen in Deutschland über-  
haupt 1); sondern es haben auch noch jezo verschie-  
dene Städte; Stifter und Klöster ihre Schutz- und  
Schirmherrn, von welchen sich aber auch viele in den  
vorigen Zeiten losgemacht. Auch in Ansehung der  
Gerechtsamen wird ein großer Unterschied angetroffen 2).  
Einige haben viel, andere weniger zu sagen. Einige  
sind erblich und manchmal sogar auf Frauenzimmer ge-  
fallen, und durch Vermählungen an andere Häuser ge-  
kommen, andere sind hingegen unwiderruflich 3). Daß  
die unmittelbare Reichsstände, imgleichen die freie  
Reichsritterschaft sich zu ihrer Sicherheit in eines an-  
dern Schutz eben so gut begeben, als sie selbigen an-  
dern ertheilen können, ist um so weniger einem Zwei-  
fel unterworfen, da dieselben ohnedem das Recht be-  
sitzen, zu ihrer Erhaltung Bündnisse unter sich, und  
mit andern zu schließen 4). Nur dieses ist noch einem  
Zweifel unterworfen, ob ein Stand des Reichs sich  
unter den Schutz einer auswärtigen Macht begeben  
könne? Die Wahlcapitulation scheint solches zu vernein-  
en 5).

- 1) Capitulat. Francisci I. Art. I. §. 9. et 10. Art. XXVII.

- 2) Wilh. Frid. von dem Knefbeck, de Advocat. et  
jur. magni advocati in ducat. Cellensi.

- 3) Ma-

- 3) *Mayer a Schönberg* de advocat. armata.  
 4) I. P. W. Art. VIII. §. 2.  
 5) *Capitular, Francisci I. imperat. Art. XXVII. §. 3.*

## VIII.

**Wer ein Erbherr ist, ist auch ein Oberherr.**

## Anmerkung.

§. 1. Es ist zwar bekannt, daß diejenigen, so mit unbeweglichen Gütern angesetzt sind und Unterthanen haben, Erbherrn genennet werden, allein sie sind dieserwegen noch nicht Oberherren 1). Daher das gegenwärtige Spruchwort nicht von diesen handelt, sondern es sollen vielmehr die Vorfürsten, so ein Regent, der durch die Erbfolge in dem Besitz seiner Lande gelangt ist, vor demjenigen genießet, welcher durch die Wahl dazu gekommen, dadurch angezeigt werden. Der erste wird hier ein Erbherr genennet, und von diesem heißet es, daß er auch ein Oberherr sey. Dieses will so viel sagen, daß er eine weit größere Macht und Gewalt über seine Unterthanen, als ein anderer besitzet, welcher seine Erhebung zum Thron nicht der Geburt, sondern der für ihn ausgefallenen Wahl zu danken hat. Daher der Erbherr ungleich mehr thun kann, als der andere.

- 1) *Webner* Obl. pract. S. 104. *Geisler* de Landfassen, §. 39. S. 125. ff. D. h.

§. 2. Denn was solche Fürsten anbelangt, die durch die Wahl zu dem Besitz eines Fürstenthums gelangen, so pflegen dieselben gemeinlich unter gewissen Bedingungen erwählt zu werden, wie wir in Deutschland an dem Kaiser und den geistlichen Kurfürsten ein Beispiel haben 1). In diesen Bedingungen ist allezeit bestimmt,

stimmt, wie weit die Gewalt eines solchen Prinzen sich erstrecken soll, was er für sich allein verrichten kann, und in welchen Fällen die Einwilligung der Reichsstände erfordert wird. Es kann aber doch auch ein Fürst als ein Erbherr ein Land besitzen, ohne eine unumschränkte Gewalt zu haben, wie wir nicht nur bey einigen auswärtigen Reichen, sondern auch an verschiedenen Fürstenthümern in Deutschland wahrnehmen, wo die Landesstände annoch ihre Gerechtsame in einem ungleich größeren Grad, als in andern Ländern ausüben. Diese Gerechtsame sind aber auch in den Reichsgesetzen bestätigt, und die Landesstände des besondern Kaiserlichen Schutzes versichert worden 2).

1) Die Grundherrschaft geistlicher Lande kommt nach der richtigern Meynung nicht dem geistlichen Prälaten, Bischof u. s. w., sondern dem Domcapitel, welches ihn wählt, zu. S. Strubens N. St. Th. 1. C. 1. ff. Die meisten teutschen Domcapitel haben auch seit dem 13ten Jahrh. nach und nach angefangen, dem neu erwählten Bischof eine Wahlcapitulation beschwören zu lassen, welche in geistlichen Reichslanden zu den Landesgrundgesetzen gehört, indem durch sie die Art und Weise, wie die Regierung ausgeübt werden soll, bestimmt wird. S. A. J. S. Posse über die Rechtsbeständigkeit der Wahlcapitul. catholisch, geistlicher teutscher Fürsten, Götting. 1784. und ebenderselbe über Grundherrschaft und Wahlcapitulationen der teutschen Domcapitel. Hannover 1787. D. S.

2) Capit. imp. Francisci I. Art. XV. §. 1.

## IX. A.

Wer ein Schrift-Saß ist, hat auch einen Landes-Fürsten.

### Anmerkung.

§. 1. Schriftsassen werden diejenigen von Adel genennet, welchen die Befehle unmittelbar aus der Landes-

des Herrlichen Canzley zugefertigt werden. Von diesen sind die Amtssassen unterschieden, unter welchen diejenigen verstanden werden, so zwar adeliche Güter besitzen, jedoch aber in der ersten Instanz vor den Aemtern erscheinen müssen 1). Es werden aber auch Edelleute, so nur Bauergrüter, imgleichen andere Personen, welche Bauerlehne besitzen, Amtssassen genennet. Die Schriftsassen sollen nach Struvens 2) Meinung von den Edelleuten, so ehemals der Gerichtsbarkeit der Grafen, so wie die Amtssassen von denen, so in den ältern Zeiten der Gerichtsbarkeit der Centgrafen unterworfen gewesen, abstammen, und man will behaupten, daß, nachdem die Fürsten und Grafen ihre Länder erblich an sich gebracht hätten, so habe man jene Schriftsassen, diese aber Amtssassen genennet. Es soll daher dieses Sprüchwort anzeigen, daß diejenigen, so als Schriftsassen der Canzley eines Landesherrn unterworfen, auch desselben Unterthanen sind 3).

1) *Leyser* de Landfassis itemque Schriftfassis et Amtfassis: *Schilter* de Amtfassis.

2) de jur. Landfassarius in Thuring.

3) *Cramers* Wehl. N. St. Th. 18. Nr. 1. *Geisler* de landfassariu, §. 43. d. 5.

§. 2. Von beiden sind wiederum unterschieden die Reichssassen, welche dem Kaiser und dem römischen Reiche unmittelbar unterworfen, jedoch aber der, den hohen Ständen des Reichs zukommenden besondern Rechten nicht theilhaftig sind. In dem Reichsabschied zu Worms vom Jahr 1564. §. 29. werden sie dem heiligen Reich unmittelbar unterworfenen Personen genennet, so aber keine Stände des Reichs sind. Hieher gehöret unter andern die unmittelbare Reichs-Ritterschaft in Schwaben, Franken und an dem Rhein, deren Mitglieder zwar auch zuweilen eines Reichsstandes Vasallen

ten sind, jedoch aber in Sachen, so das Lehngut nicht betreffen, von der Gerichtsbarkeit des Lehnsherrn befreiet sind, wiewol die Lehnherren diesem widersprechen, und dargegen ihre Gerichtsbarkeit zu behaupten suchen. Es ist bekannt, was für Streitigkeiten noch kürzlich hierüber erregt worden sind 1).

- 1) Der W. scheint hier auf die Streitigkeiten zu zielen, welche über die Frage: ob reichsritterschaftliche Canzler, Consulenten und Diener, die sich in eines anherrn Standes Gebiete, vornemlich in Reichsstädten aufhalten, der Gerichtsbarkeit des Orts ihres Aufenthalts unterworfen sind? Diese Frage veranlaßte zur Zeit, als dieses Buch herauskam, mehrere Schriften, welche sie theils bejahten, theils verneinten. S. Siebenkees Beiträge zum deutschen Recht, Th. 4. Nr. 3. §. 28. S. 148. ff. d. 5.

## IX. B.

Studentengut ist zollfrei. (d. 5.)

## Anmerkung.

§. 1. Ich glaube dieses Sprüchwort-füglich in dieser Abtheilung erklären zu dürfen, da die Prüfung Desselben lediglich auf deutsche staatsrechtliche Grundsätze beruht. — Es ist bekannt, daß die ältern Rechtsgelehrten fast einstimmig die Zollfreiheit zu den Vorrechten der akademischen Personen, der Professoren, Doctoren und Studenten gerechnet 1). Mit diesem Vorrechte steht es aber in der That sehr mißlich aus. Man will dasselbe aus der l. 6. C. de Prof. et Med. und aus der authentica: *habita* l. ne filius pro patre, welche eine Verordnung Kaisers Friedrich I. enthält, beweisen. Allein diese Gesetze können erstlich jenes angelegliche Vorrecht nicht begründen, indem unsere heutige deutsche Staatsverfassung wol von der des ehemaligen römischen Reichs als auch der von Italien im Mittelalter

alter gänzlich verschieden ist, und deswegen, wenn auch dort die akademischen Personen eine Zollfreiheit genossen hätten, hieraus für die deutschen Landesherren, ein gleiches gelten zu lassen, nicht entstehen kann. Zwar heißt es in den kaiserlichen Wahlcapitulationen 2): „Auch sollen und wollen wir diejenigen Stände, (welchen die Zollfreiheit verliehen worden) — —, „daß sie die Churfürsten u. s. w. und andere gefreyete Personen, auch derselben Haab und Güter mit solchen von neuem gegebenen, erhöhten oder prorogirten Zöllen nicht beschweren.“ Moser 3) vermuthet nun, daß unter den gefreyeten Personen hier diejenigen verstanden worden, welche nach den gemeinen geistlichen und weltlichen Rechten zollfrey sind. Nach dieser Meinung scheint denn die Zollfreiheit der akademischen Personen außer Zweifel gesetzt zu seyn. Aber zweytens, wenn es auch mit der Moserschen Vermuthung völlig seine Richtigkeit hätte 4), so bleibt noch die Frage übrig: Ist in den gemeinen Rechten wirklich dieses Privilegium akademischer Personen gegründet? Mir scheint solches der Fall nicht zu seyn, indem die l. 6. C. de Prof. et Med. nur von dem Vermögen redet, welches ein Leibarzt oder Professor an seinem Wohnorte wirklich besitzt. In Absicht dieses Vermögen, sagt das Gesetz, sollen Leibärzte und Professoren von allen Abgaben frey seyn. In der angeführten Authentika findet sich aber gar nichts, was auch nur im mindesten hieher gezogen werden könnte.

1) C. 3. B. Schweder introduct. in jus publ. Imp. Rom. Germ. Part. Spec. S. I. c. XX. §. 6. Berger Oecon. Juris Lib. I. tit. 2. Th. 15. not 4. Rebuff de privileg. universitat. C. 402. u. a. m.

2) Art. VIII. §. 26.

3) in s. Betrachtungen über die Wahlcapitulation R. Joseph II. Th. I. S. 312. Note 13.

4) Wie



- 4) Wie ich glaube, sind unter den betroffenen Personen solche physische und moralische Personen zu verstehen, welchen die Zollfreiheit in den Reichsgesetzen oder in ältern kaiserlichen Privilegien ertheilt worden ist. So giebt es viele Städte, welche ehemals vom Kaiser mit der Zollfreiheit begnadigt worden sind. S. *Pfeffinger Vitriar illustrat.* T. III. S. 509. *Dreyers Einleitung in die Lübschen Gesetze*, S. 144. ff.

§. 2. Die richtigste Meinung bleibt demnach die, daß man einzig und allein auf die besondern Gesetze und Gewohnheiten jedes Landes zu sehen habe, ob und in wie fern akademische Personen eine Zollfreiheit genießen sollen. So viel ist aber richtig, daß gewöhnlich von dem litterarischen Apparat der Studenten kein Zoll pflegt gefordert zu werden 1), und, wenn man diesen nur unter dem Studentengute verstehen will, unser Sprüchwort einen Satz enthielt, der wenigstens in den meisten Reichslanden Gültigkeit hat.

- 1) *F. A. de Hopffgarten diss. de jure vectigallum in sacro Imp. Romana*, sect. 2. §. 12. (Lips. 1723.)

## Achte Abtheilung

vom

## Kirchenrecht.

## I.

Ein jeder Herr ist Pabst in seinem Land.

## Anmerkung.

## §. 1.

In diesem Sprüchwort wird von dem Rechte eines Fürsten in Religionsfachen gehandelt. Es ist bekannt, daß die Frage, wem die Kirchen- und Religionsfachen unterworfen seyn sollen? in der Christenheit zu vielem Streit Anlaß gegeben, und die Meinungen noch jezo verschieden sind. Einige halten dafür, daß selbige dem römischen Pabst allein zukomme, und nehmen dabei als ausgemacht an, daß dieser der Statthalter Christi, und das sichtbare Oberhaupt der Kirche sey. Andere eignen sie den Concilien, oder vielmehr den Bischöfen zu, welchen selbst der Pabst nach dieser Meinung unterworfen ist, wie solches in der französischen Kirche behauptet wird 1). Noch andere legen sie den weltlichen Regenten zu, und diese Meinung wird durch das gegenwärtige Sprüchwort bestätigt, welches nicht erst nach der Zeit der von dem unsterblichen Doctor Luther unter göttlichen Beystand und Segen unternommenen Kirchenbesserung entstanden ist, sondern lange vorher schon bekannt gewesen war, wie die Geschichte der ältern und mittlern Zeiten bezeuget 2).

1) Maim-

1) *Maimbourg. Traité historique de l'établissement et des prerogatives de l'église de Rome et de ses Evêques.*

2) *S. Hertii parœm. Lib. II. parœm. 2. und I. H. Reinhard medit. de jure principum Germaniæ cum primis Saxonie circa sacra ante tempora reformationis exercito. Hal. 1714. — Der Verf. übergeht eine dritte Meynung mit Stillschweigen. Die nemlich, daß den Religionsgesellschaften oder Kirchen die Befugniß zukommt, selbst gewisse Rechte unter sich festzusetzen, deren Inbegriff die sogenannte Kirchen-gewalt ausmacht. Diese kann aber von den Kirchen gewissen Personen, wie z. B. den Bischöfen, Landesherren u. s. w. übertragen worden seyn. S. Pfaff's akademische Reden über das allgemeine, als auch teutsch protestantische Kirchenrecht, 1ster Abth. Cap. 3. S. 159. d. 3.*

§. 2. Daß die ersten Christlichen Kaiser und nachher die fränkischen und deutschen Könige die Besorgung der Kirchen- und Religionsachen lange allein gehabt, ehe ihnen solches entrißen worden, ist eine bekannte und schon hinlänglich erwiesene Sache. Ja es ist bekannt, mit wie vielem Muth Kaiser Heinrich der Vierte, Heinrich der Fünfte, und Friederich der Erste ihre Gerechtsame vertheidiget. Selbst zu der Zeit der Reformation hat Kaiser Carl der Fünfte das durch am meisten das Recht eines Kaisers in Religionsachen behauptet, als er sich dem Pabst widersetzte, da dieser die unumschränkte Unterwerfung der Evangelischen verlangte, und der Kaiser die Protestanten von der Gewalt des Pabstes losmachte, und ihnen das völlige Kirchenregiment einräumte 1). Aber auch die Deutschen Reichsfürsten haben eine gleiche Gewalt ausgeübet, als ohne deren Einwilligung kein Bischof ordiniret werden konnte. Die Herzoge von Braunschweig Lüneburg, die Herzoge von Sachsen, Pommern, Bayern,

Baden, die Pfalzgrafen am Rhein, die Landgrafen zu Hessen, und andere hohe Reichsstände mehr, können zum Beispiel dienen, daß die evangelischen Fürsten nicht erst nach dem Religionsfrieden ein Recht erhalten, so ihre Vorfahren vorher nie gehabt, sondern daß sie vielmehr die ihren Anherren nach und nach entzogene Rechte wiederum erlangt 2).

1.) Untersuchung der höchsten Gewalt eines Fürsten in Kirchensachen, S. 152. 218.

2.) *Schilter de libertate ecclesiar. germanicar.*

§. 3. In Ansehung des heutigen Gebrauchs von diesem Sprüchwort, muß man einen Unterschied zwischen den catholischen und evangelischen Reichsständen machen. Jene sind entweder geistliche oder weltliche. Die Geistlichen üben die Gerichtsbarkeit in Kirchensachen zwar aus, aber nicht als Stände des Reichs, sondern als Erzbischöfe und Bischöfe oder Aebte. Die weltlichen catholischen Fürsten können nach den Reichsgesetzen Kraft der Landeshoheit solche allerdings ausüben 1); aber sie haben sie den geistlichen überlassen, in deren Kirchensprengel ihre Länder liegen, nur sind manchmal gewisse Fälle ausgenommen, welche aus dem Recht der Schutz- und Schirmherrlichkeit fließen, so catholische weltliche Fürsten über gewisse Stifter und Klöster haben. Von der Gerichtsbarkeit der catholischen Fürsten über ihre evangelischen Unterthanen, ist in dem Westphälischen Friedensinstrument verordnet 2), daß diejenigen evangelischen Unterthanen, so in dem Entscheidungsjahr der Gerichtsbarkeit eines catholischen geistlichen Landesherren unterworfen gewesen, selbiger auch künftig doch nur in solchen Fällen unterworfen seyn sollen, welche die Augspurgische Confession nicht betreffen. In Ansehung der catholischen weltlichen Stände ist über die Frage, ob auch diese die geistliche

Gewaltthätigkeit über ihre evangelischen Unterthanen in Religions- und Kirchensachen ausüben können? sehr viel gestritten worden. Nach den Rechten der Landeshoheit, ist dieses ebenfalls zu bejahen, und das westphälische Fidejussinstrument ist auch an dem angeführten Orte demselben nicht entgegen. Es erfordert aber auch die Billigkeit, daß dieses Recht so ausgeübet werde, daß den Unterthanen ihre Gewissens- und Religionsfreiheit ungefränket bleibe.

1) I. P. W. Art. V. §. 3. et Art. VIII. §. 1.

2) I. P. W. Art. V. §. 48.

§. 4. Von den evangelischen Reichsständen ist bekannt, daß dieselben die geistliche Gerichtsbarkeit über ihre Unterthanen, völlig besitzen 1), und die Gewalt des Papstes und der Bischöfe in ihren Ländern so lange aufgehoben worden, bis dereinsten unter den verschiedenen Religionsverwandten eine Vereinigung zu Stande kommt. So richtig dieses ist, so sehr hat man hingegen gestritten, ob die evangelischen Reichsstände, ihr Recht in Kirchensachen als Bischöfe, oder als Landesherrn ausüben? Dem Fürsten selbst kann aus diesem Schulstreit kein Nachtheil erwachsen, dessen Recht in den Reichsgesetzen hinlänglich gegründet ist. Diejenigen, so das erstere behaupten, führen an, daß, als in dem zwölften Jahrhundert und nachher, die Kaiser und Fürsten ihre Gerechtsame in Ansehung der Kirchen nach und nach verlohren, und solches den Päpsten und Bischöfen überlassen, so wäre das Recht eines Fürsten in Kirchensachen dadurch aus dem Verzeichniß der von der Landeshoheit abhängenden Gerechtsamen ausgestrichen worden. Dieses wäre noch mehr dadurch geschehen, daß die Fürsten durch verschiedene Verträge, das gedachte Recht den Bischöfen ausdrücklich und freiwillig übertragen hätten, und daß sie daher durch den

Reli-

Religionsfrieden diese von ihrer Landeshoheit getrennt gewesene Rechte unter einem andern Titel erhalten, und dieselben nunmehr nicht als Hoheitsrechte besitzen und ausüben, zumal da selbige nicht gänzlich abgetreten worden 2).

1) Religionsfriede de 1555. §. 2. I. P. W. Art. V. §. 1. 31. 48.

2) *Reinking* de regimin. saecular. et eccles. Lib. III. clas. 1. cap. 10. n. 1.

§. 5. Aber alle diese Gründe sind leicht zu heben, wenn man nur bedenket, daß auch nach dem Recht der Natur, das Recht in Kirchen- und Religionsfachen ein Theil der höchsten Majestät ist. Daß es mit dem Begriff, welchen die evangelische Kirche von der Kirche hat, nach welchem sie als ein Collegium angesehen wird, offenbar streitet, daß der Landesherr diese Rechte nicht als Landesherr, sondern als Bischof ausführen soll. Daß ferner der Name und das Amt eines Bischofs, eigentlich einen Lehrer bedeutet, die Rechte des Landesherrn aber von den Rechten des Lehrers gar wohl abgesondert seyn könne. Man bedenke ferner, wie vor der Reformation die Fürsten um dieses so vorzügliche Recht gekommen sind. Wie ihnen solches bald durch Gewalt abgedrungen, bald durch listige Ueberredungen abgenommen worden, welches in jenen finstern und abergläubischen Zeiten gar leicht geschehen konnte, so wird man bald einsehen, daß das Gegentheil zu behaupten ist 1). Und gesetzt, daß das Friedensinstrument sagt, daß sie solches nur so lange besitzen sollen, bis die Kirchenvereinigung wiederum erfolgt, so ist doch von Böhmern auch dieses gründlich beantwortet worden 2).

1) *Boehmer* in iur. eccles. protest. Lib. I. Tit. 31. §. 119.

2) 1.

Gerichtigkeit über ihre  
Religions- und Kirchensach-  
wenig gestritten worden. Die  
Hohheit, ist dieses ebenfalls  
physische Lebensinstrum-  
ten-Orte demselben nicht  
auch die Willigkeit, da-  
de, daß den Unter-  
gionsfreiheit ungek-

$$1) \text{ I. P.}^7 \text{ W. Ar}^4$$

2) I. P. W. A.

44

**Sannit, Daß:**

**ihre 'Unterschiede'**

## Des Pabstes

**aufgehoben**

benet ang

be com<sup>2</sup>

## Legend

Red

her'



10

er ihre e  
irchensache  
en. M  
ebenfall  
strenge  
nicht

1. In diesem  
 2. Angelegenheiten  
 3. 4. unmit-  
 5. ründen,  
 6. rchen  
 7. er

von welchen

Religiosi nr 6.

**richtige Idee**

... und

...entweder aus der

bestehen, da sie

100-30111-100

非 非 非

...für die ...

Wegen Ausfall  
am 17. 11. 1911

2,373,471

**Einzel**

sich die Güter, so in Recht eines

Religion und Sittensachen gehören, und

würde es zu weitläufig seyn, sie hier anzu-

1). Es ist nur noch dieses hinzuzufügen, daß

tem evangelischen Landesherrn dieses Recht in

19 seiner katholischen Unterthanen und Ritter

nachzusehe, als er solches in dem Jahr 1624

2) aber doch auf eben diese Weise, wie folches

von den katholischen Fürsten vorher angeführt war

den, daß nemlich dergleichen katholischen Unterthanen

nichts wider ihr Gewissen und Grundsätze ihrer Reli-

gion aufgebürdet werde.

2), Jergow Einführung in der Lehre von den Regalien,  
- 1. H. cap. 3.

g) I. P. W. Art. V, § 34, 42.

2) L. P. W. Art. V, p. 31, 48.

II  
Krummen

nam

650  
bekannt genug. Seis  
ed vornehme Person  
wurde zuletzt so  
erordnungen zu  
Einwilligung  
es gefoms  
zu Tage  
zu der

Zeit getrennt  
erhalten,  
beifsen  
gelte

649

Der  
otet, der Herrn

seiner Jünger, welche

angelium zu predigen, ausges

en übergeben haben: Accipe hunc ba

angens illum dic: Surge in nomine Do

raedica 1). Der Stab, den Petrus gefüh

ird noch zu Trier gezeigt, und soll durch ein

der erhalten worden seyn. Von dieser Zeit an

aben sich die Bischöfe beständig eines krummen Stab

bes oder einer Krücke bedienet, welcher aber zugleich

anzeigen soll, daß ihre Gewalt und Macht von der

päpstlichen Gewalt abhänge, und ihnen nicht unmit

telbar von Gott gegeben worden. Die ersten Bischöfe

bedienten sich eines von schlechtem Holz und ohne Zier

rath verfertigten Stabes. Als nachher der krumme

Stab zu einem Kennzeichen der bischöflichen Würde ge

macht worden, so wurde auch verordnet, daß dieser

krumme Stab aus Holz und Bein gemacht, und mit

crystallinen oder vergoldeten Knöpfen und Zierathen

versehen, unten aber mit Eisen oder einem andern kost

baren Metall beschlagen seyn sollte 2).

1) Bochner in I. E. P. Lib. III. Tit. XX. §. 24.

2) Kressius in Diss. de pascem. unter dem krummen  
Stabe ist gut wohnen, Cap. I. §. 3. n. 3.

§. 2. Es wird aber in dem gegenwärtigen Spruch  
wort unter dem krummen Stabe das bischöfliche Regis  
ment



2) I. z. §. 43. seqq. Der Verf. unterscheidet in diesem §. nicht zwischen denjenigen Rechten eines evangelischen Landesherrn, in Absicht der Kirche, welche sich unmittelbar auf die ihm zustehende Landeshoheit gründen, und denjenigen, welche ihrer Natur nach den Kirchen selbst zukommen, und die Kirchengewalt ausmachen. In Ansehung der letztern ist es freitig, ob evangelische Landesherren solche vermöge ihrer Landeshoheit, oder als Bischöfe, oder vermöge einer Uebertragung der Kirche erhalten haben. Jedes dieser Systeme (Systema territoriale, episcopale, collegiale) hat seine Vertheidiger unter den Gelehrten gefunden, von welchen sich in Mettelblads Observat. iur. Ecclesiastici nr 6. eine gute Litteratur-Notiz findet. Das richtigste dieser Systeme scheint das Collegialsystem zu seyn, indem bey der Reformation, die Kirchen ihre ursprünglichen und natürlichen Rechte vindicirten und selbige entweder ausdrücklich oder stillschweigend ihren Landesherren, da sie bisherige Kirchengewalt der Bischöfe nicht weiter anerkannten, übertrugen. Diese Uebertragung ist nicht Hypothese, sondern hat historische Beweise für sich. S. Pütter's historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des teutschen Reichs, Th. I. S. 373. 417. ff. P. 5.

§. 6. So viel die Stücke, so zu dem Recht eines Fürsten in Religion- und Kirchensachen gehören, anbelanget, würde es zu weitläufig seyn, sie hier anzuführen 1). Es ist nur noch dieses hinzuzufügen, daß auch einem evangelischen Landesherrn dieses Recht in Ansehung seiner katholischen Unterthanen und Klöster eben so noch zustehet, als er solches in dem Jahr 1624 besessen 2), aber doch auf eben diese Weise, wie solches von den katholischen Fürsten vorhin angeführet worden, daß nemlich dergleichen katholischen Unterthanen nichts wider ihr Gewissen und Grundsätze ihrer Religion aufgebürdet werde.

1) Jargow Einleitung zu der Lehre von den Regalien, Lit. IH. cap 3.

2) I. P. W. Art. V. §. 31. 48.

II.

Unter dem krummen Stab ist gut wohnen.

Anmerkung.

§. 1. Es ist bekannt, daß die Bischöfe zum Zeichen ihres Hirtenamts und bischöflichen Gewalt einen krummen Stab führen. Diesen soll, wie man in der römischen Kirche behauptet, der heilige Petrus zuerst geführt, und einem seiner Jünger, welchem er, den Deutschen das Evangelium zu predigen, ausgesendet, mit diesen Worten übergeben haben: Accipe hunc baculum, et tangens illum dic: Surge in nomine Domine et praedica 1). Der Stab, den Petrus geführt, wird noch zu Trier gezeigt, und soll durch ein Wunder erhalten worden seyn. Von dieser Zeit an haben sich die Bischöfe beständig eines krummen Stabes oder einer Krücke bedient, welcher aber zugleich anzeigen soll, daß ihre Gewalt und Macht von der päpstlichen Gewalt abhänge, und ihnen nicht unmittelbar von Gott gegeben worden. Die ersten Bischöfe bedienten sich eines von schlechtem Holz und ohne Zierath verfertigten Stabes. Als nachher der krumme Stab zu einem Kennzeichen der bischöflichen Würde gemacht worden, so wurde auch verordnet, daß dieser krumme Stab aus Holz und Bein gemacht, und mit kristallinen oder vergoldeten Knöpfen und Zierathen versehen, unten aber mit Eisen oder einem andern kostbaren Metall beschlagen seyn sollte 2).

1) Boetius in I. E. P. Lib. III. Tit. XX. §. 24.

2) Kressius in Diss. de paeon. unter dem krummen Stabe ist gut wohnen, Cap. I. §. 3. n. 3.

§. 2. Es wird aber in dem gegenwärtigen Spruchwort unter dem krummen Stabe das bischöfliche Regiment

ment verstanden, und dadurch so viel angezeigt, daß die Unterthanen der Bischöfe viele Vortheile vor den Unterthanen der weltlichen Fürsten genießen. Dieses ist besonders von den Deutschen Bischöfen zu verstehen, welche nach und nach weltliche Güter erlangt, so ihnen von den Layen gegeben worden, die sich um die Bette bemühet haben, die Stifter reich und groß zu machen. Man schenkte ihnen Ländereien, Grafschaften und Fürstenthümer, und viele Herren trugen ihnen ihre Güter zu Lehen auf. Von Otto des Großen Zeiten an 1), wurden sie regierende Landesherren, daher in keinem Lande das Ansehen der Bischöfe größer, als in Deutschland ist. Die gelinde Regierungsart der Bischöfe hat ihren Unterthanen viele Vortheile verschafft, welche in einem weltlichen Staate nicht angetroffen werden, und diese haben zu dem gegenwärtigen Spruchwort Gelegenheit gegeben.

1) *Meinders de iudiciis centeneriis cap. II. §. 31.*

§. 3. Da die Bischöfe keine unumschränkte Gewalt besitzen, sondern den Capituln ihre Rechte und Freiheiten eidlich bestätigen müssen 1), so ist leicht einzusehen, woher es gekommen, daß das bischöfliche Regiment so viel Vorzügliches besizet. Diese Vortheile betreffen den Adel, den Bürger- und Bauerstand. Viele öffentliche Lasten, denen die Unterthanen eines weltlichen Staates unterworfen sind, finden in einem bischöflichen Lande nicht statt. Der Nutzen von diesem Spruchwort zeigte sich besonders augenscheinlich in jenen unruhigen Zeiten, in welchen die Räuhereien, Befehdungen und andere Gewaltthatigkeiten die Ruhe aus Deutschland verbannen hatten, und dagegen Schwärmere ein Raub der Mächtigen wurden. Jene, um sicher zu seyn, und das Ihrige in Ruhe zu genießen, begaben sich unter den Schutz der Bischöfe, und trugen denselben

denſelben ihre eigenthümlichen Güter zu ſehen auf. Dieſer Umſtand verſchaffte ihnen ruhige Tage, und ſie erfuhren bald, daß es unter dem krummen Stabe gut wohnen ſey, weil man bey den größten Gewalthätigkeiten und Bedrückungen doch die Kirchen und die unter derſelben Schutz geſtandene Perſonen und Güter, aus Furcht vor dem Kirchenbanne, mit welchem damals mehr als mit den größten Kriegeſheeren ausgerichtet werden konnte, ungekränket ließ 2). Von andern Vortheilen, ſo durch dieſes Sprüchwort angezeigt worden, hat der ſel. Hofrath Krefß an dem angeführten Orte mit mehreren gehandelt.

1) *Buder* de jurament. princip. eccleſiaſticor. S. R. G. Imper.

2) *Hertius* de feudis oblatiſ.

### III.

#### Mit S. Peter iſt gut handeln.

##### Anmerkung.

Daß man in der römisch-catholiſchen Kirche den Apoſtel Petrus zu dem erſten römischen Biſchof macht, und als gewiß zum voraus ſetzt, daß derſelbe ſeinen Lehrſtuhl, deſſen er ſich ſchon zu Antiochia bedienet haben ſoll, nach Rom gebracht habe, wo man ſelbigen annoch zeigt, iſt eine bekannte Sache 1). Die Päbſte pflegen ſich daher die Nachfolger des heiligen Petri zu nennen. Dem Namen dieſes Apoſtels ſind nachher noch andere Bedeutungen beſeſt worden. Unter dem S. Peter wird die römisch-catholiſche Kirche bald überhaupt verſtanden, bald aber der römische Pabſt, als derſelben Oberhaupt, bald aber ein jeder Biſchof. In dieſer letzten Bedeutung wird er hier genommen, und betrifft eigentlich die Vaſallen der Biſchöfe

Bischöfe und anderer Prälaten. Weil diese mit ihren Lehnsleuten weit gelinder als die weltlichen Fürsten umgingen, und bei Auftragung der Lehen alle von ihnen geforderte Bedingungen gar gerne bewilligten, so sagte man: daß es mit dem heiligen Petrus gut handeln sey. Hierzu kam noch, daß die Vasallen der Bischöfe weniger Kriegsdienste leisteten, weil diese weniger Kriege führten 2).

1) *Phoebus* de identitate et antiquitate cathedrae, in qua S. Petrus Romae primum sedit.

2) *Böhmer* in I. E. P. Lib. III. Tit. XX. §. 26.

#### IV. A.

Wer die Kirche hat, der hat auch den Kirchhof.

#### Anmerkung.

§. 1. Die ersten Christen, deren Gottesdienst mehr in einem aufrichtigen Herzen gegen Gott, und in der Ausübung der von unserm Heiland vorgeschriebenen Pflichten, als in vielem äußerlichen Gepränge bestanden ist, hatten keine besondere Kirchen, sondern hielten ihren Gottesdienst theils in Privathäusern, theils an andern Orten, nachdem die Umstände beschaffen gewesen waren. In dem dritten Jahrhundert nach Christi Geburt, hatten sie zwar gewisse Bethäuser 1), welche aber von den ordentlichen Tempeln unterschieden gewesen. So wie nach und nach die Bischöfe sich eine Gewalt über die Gemeinden anmaßeten, und auf die Einführung eines prächtigen und mit vielen schimmernsden Gebräuchen verbundenen Gottesdienstes bedacht waren, so richteten sie ihr Augenmerk auch auf die Erbauung prächtiger Kirchen. Wie vieles Geld Constantin der Große hierzu verwendet, als er theils die heidnischen Tempel zu christlichen Kirchen einrichtete, theils

theils aber neue erbauen ließ, ist bekannt genug. Seinem Beispiel folgten viele reiche und vornehme Personen nach, und die Anzahl der Kirchen wurde zuletzt so groß, daß man für nöthig hielt, Verordnungen zu machen, daß niemand ohne bischöfliche Einwilligung eine Kirche erbauen durfte, und daher ist es gekommen, daß nach der Zeit, wie auch noch heut zu Tage in der römisch-catholischen Kirche geschieht, zu der Erbauung einer Kirche selbige erfordert werden 2). Man hat zugleich den Grundsatz angenommen, daß durch die Einweihung, die Kirche sowohl dem Eigenthum des Erbauers, als auch aller übrigen Menschen entnommen, und Gott, oder dem Heiligen, dem sie gewidmet worden, untergeben würde 3).

1) Böhmer in Diff. II. jur. eccles. ad Plinium et Tertullian.

2) Tit. X. de eccles. aedificand.

3) c. 26. C. 16. qu. 7.

§. 2. Mit den Kirchhöfen hat es fast eine gleiche Bewandniß. Die ersten Christen begrüßen ihre Todten, so lange sie noch unter den Heiden lebten, außerhalb den Städten, besonders aber an solche Orte, wo die Leichname der Märtyrer ruheten. Nachdem aber ordentliche Kirchen erbauet worden, und man die Gebeine der Märtyrer in dieselben brachte, und unter die Altäre begrub, so verlangte auch ein jeder in der Kirche und bey dem Altar begraben zu werden. Allein theils erlaubte es der enge Raum nicht, daß man einem jeden in der Kirche einen Platz zu seiner Ruhestätte bestimmen konnte, theils hatte man andere Bedencklichkeiten dabey, weil man sahe, daß dadurch ein gewisser Aberglaube unter den Christen eingeführt werden möchte, welches alles machte, daß man den Platz um die Kirche zu dem Begräbniß der Verstorbenen

widmete, und dadurch den Kirchhof zu einem Zubehör von der Kirche machte 1). Nur die Bornehmen und andere um die Kirche wohl-verdiente Personen, wurden noch nach ihrem Tode in den Kirchen begraben. Es ist aber den Kirchhöfen eben so als wie den Kirchen ergangen. Man hat sie der Aufsicht der Bischöfe untergeben, und durch die Einweihung ihnen eben die Rechte beugeleget, so man den Kirchen gegeben.

1) *Pertsch* de jur. erigend. coemeter.

2) *Saurmann* de jur. circa sepulcr.

§. 3. So lange die Deutschen noch in dem Heidenthum lebten, pflegten sie die Leichen der Bornehmen nebst ihren Waffen und Pferden zu verbrennen, und über den Aschenhaufen einen Hügel von Rasen und Steinen aufzuführen 1). Nachdem die christliche Religion eingeführet worden, fieng man auch an die Todten zu begraben, und zwar anfänglich vor der Stadt, nachher auf die Kirchhöfe 2). Denn diejenigen, so unsere Vorfahren zu Menschenfressern machen wollen, haben geirret 3). Allein die angeführten Grundsätze sind von den Franken und andern deutschen Völkern nicht angenommen worden. Sie hielten dafür, daß sowol die Kirche als auch die Kirchhöfe, dem Eigenthum der Menschen unterworfen seyn könnten, und daß solches dem Erbauer der Kirche zukomme 4). Man trieb mit den Kirchen Handel und Wandel 5). Bey Erbschaftstheilungen wurden sie, wie andere Güter, unter die Erben getheilet. Man belehnte andere damit, so, daß die Vasallen die zu der Kirche gehörigen Güter besaßen, und davon die Gebäude in gutem Stande erhalten, dem Priester aber, der den Gottesdienst darinnen versah, von den Einkünften seinen Unterhalt geben mußten 6). Eben so wurde es auch mit den



den Kirchhöfen gehalten, welche als ein Zubehör von der Kirche mit zum Schmuck vertheilt worden sind 7).

1) Tacitus de M. G. cap. XXVII.

2) Schminck de urnis sepulchralib. et arm. lapid. veter. Cator. 211 133

3) Schügens drey kleine Schusschriften für die alten Deutschen, n. 1.

4) Lex Longob. Lib. II. Tit. 81. l. 47.

5) Capit. Carol. M. de 794. c. 52. Schannat. in tradit. Böldens. nr. 4. du Fresne voc. ecclesia.

6) Thomafius de vet. et nov. eccles. discipl. P. II. Lib. II. c. 21. §. 1.

7) Böhmer in I. Br. P. Lib. III. Tit. 2. §. 1.

Hieraus folgt nun dasjenige, worauf dieses Sprichwort zielt, daß nämlich der Kirchhof der Gerichtsbarkeit desjenigen unterworfen ist, dem die Kirche gehört, von welcher der Kirchhof als ein Zubehör abhängt. Man muß aber doch, wenn ein Hauptverbrechen begangen worden, darauf sehen, ob der Eigentümer der Kirche auf seinen Gütern auch zugleich die weltliche Gerichtsbarkeit besitzt 1), welches aber nur in evangelischen Ländern statt findet, indem bekannt ist, daß nach den Grundsätzen des päpstlichen Rechts die Gerichtsbarkeit über die Kirche allein dem Papst zukommt 2). Noch weiter fließet aus diesem Sprichwort, daß derjenige, dem die Kirche zugehört, auch den dazu gehörigen Kirchhof erweitern könne, welches auch ohne Einwilligung des weltlichen Gerichts geschehen kann, da die Evangelischen die Kirchhöfe nicht unter die weltlichen Sachen rechnen.

1) Stryck in Uf. modern. Lib. II. Tit. I. §. 10.

2) J. H. Boehmer de jure erigendi coemeterium cap. 2. §. 19. in dessen Exercit. ad P. Tom. II. c. 1013.



## IV. B.

Die Kirche wird nicht in Anschlag gebracht.

(D. S.)

## Anmerkung.

§. 1. Die Kirchen gehören zu den rebus sacris, das ist zu denjenigen Sachen, welche unmittelbar zum Gottesdienste gebraucht werden. Bey den Catholiken werden Sachen dieser Art consecrirt und hierdurch erst zu ihrer Bestimmung fähig gemacht 1). Die Wirkung der Consecration äußert sich vornehmlich darin, daß eine consecrirte Sache, nicht weiter zu den profanen Dingen, welche willkürlich gebraucht werden können, gehört, sondern so betrachtet wird, als stähe sie unmittelbar in dem Eigenthume Gottes 2). Es bleibt demnach eine solche Sache keinen Gegenstand bürgerlicher Geschäfte ob 3), und darf deswegen, außer im Nothfalle und alsdenn mit Beobachtung der im Kirchenrechte vorgeschriebenen Fevlichkeiten, weder veräußert noch verpfändet werden 4). — Bey den ersten Christen wußte man von der Consecration nichts, erst unter den christlichen Kaisern ward sie eingeführt, wozu heidnische Begriffe und Gebräuche die Veranlassung gaben. Die Päpste haben nachher in der römischen Kirche dieselbe befestigt 5). Bey den Protestanten aber werden die unmittelbar zum Gottesdienste bestimmten Sachen nicht consecrirt, indem diese den Gebrauch, Gott in das Eigenthum einer gewissen Sache setzen zu wollen, den vernünftigen Begriffen vom höchsten Wesen widersprechend und unanständig gehalten haben. Man hält bey den Protestanten es hinlänglich, Sachen, die unmittelbar zum Gottesdienste dienen sollen, dazu auf eine feyerliche Art zu bestimmen. Eben dieses gilt nothwendig auch von den Kirchen, da sie zu den rebus sacris gehö-

gehören. Das Recht, eine Kirche zu erbauen, erfordert eine Landesherrliche Erlaubniß 6), das Eigenthum aber einer erbaueten Kirche gehört demjenigen zu, welcher sie aufrichten lassen, wenn er nicht sonst dasselbe auf einen andern übertragen hat. Es bleibt aber dieses Eigenthum in so fern eingeschränkt, als die Ausübung der Eigenthumsrechte der Aufsicht des Kirchenregiments, und der weltlichen höchsten Gewalt in Kirchengesachen untergeordnet ist 7).

1) *Fleury* Institut. juris ecclesiastici, P. II. cap. VII.

2) *I. H. Boehmer* I. B. P. Lib. III. tit. XL. §. 3.

3) Cap. 15. X de simonia.

4) *G. L. Boehmer* princip. jur. canon. §. 620. ff.

5) *I. H. Boehmer* am a. O. §. 11.

6) Ebenderselbe am a. O. tit. XLVIII. §. 15. und §. 14. der Erklärung des vorigen Sprüchwortes.

7) *G. L. Boehmer* princip. jur. can. §. 617.

§. 2. Bei dem angezeigten Sprüchworte liegt die Frage zum Grunde: Ob im Fall, wenn der Besitzer eines Dorfes, worin eine Kirche vorhanden ist, selbige einem andern verkauft, bei diesem Verkaufe die Kirche bei Bestimmung der Kaufsumme mit in Anschlag gebracht werden könne? Nach den Grundsätzen des römischen Rechts und catholischen Kirchenrechts hat es kein Bedenken, diese Frage zu verneinen, indem die Kirchen, als eine res sacra, kein Gegenstand bürgerlicher Geschäfte sind 1). Bei den Protestanten, welche zwischen Kirchengütern und rebus sacris keinen weiteren Unterschied machen, als den, daß jene mittelbar, diese aber unmittelbar zum Gottesdienste dienen, kann diese Beantwortung der aufgeworfenen Frage eher Zweifel erregen. *J. Z. Böhm* 2) verneint sie schlechterdings, und zwar aus dem Grunde, weil nach der Praxis die Kirchen in sofern noch zu den rebus sacris

cris nach dem Begriffe des römischen Rechts gehörten, als selbige dem Commerz der Menschen entzogen wären. Ich trete dieser Meinung nur mit einiger Einschränkung bey, indem mir der angegebene Grund nicht völlig richtig, wenigstens nicht richtig ausgedrückt zu seyn scheint. Daß die Kirche zugleich mit dem Besitze auf den Käufer übergeht, darüber ist kein Streit, und giebt solches auch Böhmer am a. O. zu. Der streitige Punkt ist nur dieser, ob die Kirche bey Bestimmung des Werthes des Gutes mit in Anschlag gebracht werden kann. Zuvörderst wird darauf zu sehen seyn, wem bisher das Eigenthum über die Kirche zugestanden hat; ob dem Verkäufer, oder der Dorfgemeinde? Im letztern Fall kann die Kirche nicht in Anschlag gebracht werden, da sie keinen solchen Theil des Guts ausmache, der zum Eigenthum des Gutsherrn gehöre. Im andern Fall hingegen wird es darauf ankommen, ob mit dem Eigenthum der Kirche solche Vortheile verknüpft sind, welche den Werth des Guts wirklich zu erhöhen im Stande sind, wie z. B. das Patronatsrecht 3). In diesem Falle, sehe ich nicht ab, warum bey Bestimmung des Werthes eines Guts die Kirche nicht in Anschlag sollte gebracht werden können. Dagegen gebe ich so viel gern zu, daß nach der Analogie des Patronatsrechts der Verkauf der Kirche ohne das Gut, worauf sie befindlich ist, ungültig und nichtig sey 4).

1) I. H. Böhmer I. E. P. L. III. tit. XXXVIII. §. 53. ff.

2) Ius parochiale, Sect. V. c. 1. §. V.

3) Böhmer I. E. P. L. III. tit. XXXVIII. §. 107.

3) arg. c. 16. X. de jure patronatus.

## V.

Die Filialisten gehören zu der Mutter todte und lebendig.

## Anmerkung.

§. 1. Man hat in den vorigen Zeiten manchmal für gut befunden, wenn eine Gemeinde gar zu stark angewachsen ist, so daß eine Kirche nicht hinreichend gewesen, daß alle zu derselben gehörige Mitglieder darin einen Platz finden können, noch eine Kirche zu erbauen, und jene die Mutter, diese aber die Tochter genennet 1). Die Gemeinde, so zu den letztern gehörten, bekamen daher den Namen der Filialisten. Nach der Zeit sind diesem Wort noch mehrere Benennungen beigelegt worden. Wenn eine Gemeinde zwar ihre eigene Kirche, aber keinen besondern Pfarrherrn hat, sondern dieser in zwey Kirchen den Gottesdienst verrichten muß; so wird alsdenn diejenige Kirche des Orts, wo der Geistliche zugleich wohnt, die Mutter, die andere aber die Tochter genennet 2). Wenn aber eine Gemeinde für sich keine Kirche hat, sondern bey einer andern Kirche eingepfarrt ist, so pfleget man dergleichen Eingepfarrte ebenfalls Filialisten zu nennen, und von dergleichen Filialisten ist das gegenwärtige Sprüchwort zu verstehen. Mehrere Bedeutungen dieses Namens führet Hertius und andere an dem angeführten Orte an 3).

1) Baumgartner de ecclesiis matre.

2) Boehmer in jur. parochial. Sect. III. cap. III. §. 5.

Idem in I. E. Protestant. L. III. c. 2. §. 44. ff.

3) Hertius de ecclesiis filiab. Ricc. de ecclesiis filiab. earumque jurib. cap. II.

§. 2. Dergleichen Eingepfarrete sind nun nach dem Verstande dieses Sprüchworts verbunden, bey der Kirche, zu welcher sie gehören, den Gottesdienst abzuwarten, die heiligen Sacramente zu empfangen, und zu der Unterhaltung des Pfarrherrn und der Kirche das Ihrige mit beizutragen, auch sollen sie auf dem Kirchhofe der Kirche, zu der sie gehören, begraben werden. Man muß aber doch darauf sehen, ob die Eingepfarzten nicht ihren eigenen Kirchhof haben 1). Ist dieses, so werden zwar die Todten nicht nach dem bey der Mutterkirche befindlichen Kirchhofe hingebbracht, um daselbst begraben zu werden, aber die Begräbnißgebühren müssen dem ordentlichen Geistlichen dennoch entrichtet werden 2), welches auch in dem Falle statt findet, wenn jemand sich an einem andern Orte ein Begräbniß erwählet, oder daselbst schon ein Erbegräbniß hat, und daß seine Gebeine an der Seite seines Vorfahren verweisen sollen, verlangt.

1) Es ist nicht ungewöhnlich, daß dergleichen eingepfarrete Gemeinden ihre eigenen Capellen haben, welche nicht zum Gottesdienst, sondern nur zum Taufen, Begraben und Trauen bestimmt sind. Es können daher der Regel nach die Eingepfarzten nicht verlangen, daß der Prediger der Hauptkirche, bey welcher sie eingepfarrt sind, darin Gottesdienst halten soll. *Ed. I. H. Boehmer* Consule. T. III. P. III. Resp. 915. d. 6.

2) *Boehmer* l. c. Sect. IV. cap. 2. §. 23.

§. 3. Ist eine Gemeinde, die sich zu einer andern Religion bekennet, in dem Entscheidungsjahr bey einer gewissen Kirche eingepfarrt gewesen, so bleibt sie solches auch in Ansehung gewisser Kirchenhandlungen und Rechte wie zuvor 1). Die Taufen und Trauungen müssen in der Mutterkirche gehalten, und von dem daselbst stehenden Geistlichen verrichtet werden. Auch werden die Todten auf den zu derselben gehörigen Kirchhof

hof begreifen, und der Geistliche genießt von diesen Eingepfarrten alle Einkünfte, zu deren Abtragung selbige verbunden sind. Nur solche Kirchenhandlungen sind ausgenommen, die auf die besondern Glaubenslehren sich gründen. Haben aber die Filialisten vor gedachten Entscheidungsjahr sich von ihrer Mutter bereits getrennet gehabt, so fallen alle derselben Rechte hinweg 2).

2) Es geht dieses aber nur bloß auf gewisse Kirchenhandlungen, wie der W. richtig bemerkt, indem dieses nur der Zweck der Vereinigung der eingepfarrten Gemeinde mit der Mutterkirche mit sich bringt. Singsagen ist sich diese Vereinigung nicht dergestalt ausbreiten, daß die eingepfarrte Gemeinde auch der Seelsorgerkeit der Hauptkirche unterworfen werde. E. Grauert's Abh. Ob ein der A. C. angehöriger Reichsstand, welcher bey der in seinem Lande gelegenen Haupt, oder Mutterkirche, als dominus territorii, die iura episcopalia exercitet, in dem, in eines catholischen immobilen Domini Territorii Herrschaft gelegenen Filial das ius episcopale gleichfalls exerciren und besitzen könne? in dessen Bechl. N. St. Th. 53. Nr. I. d. 6.

1. 2) I. P. W. Art. V. §. 44.

### V. A.

Wo der Pflug hinget, da gehet auch der Zehend hin.

### Anmerkung

§. I. Man rechnet zu den Einkünften der Geistlichen auch den Zehend, welcher in der jüdischen Gesetz public eingeführet, und zum Unterhalt der Priester und Leviten, so bey der Austheilung des Landes Canaan keinen Antheil erhielten, gewidmet gewesen war 1). Unter den ersten Christen ist dieser Zehend nicht gebräuchlich gewesen, allein so bald man in dem dritten Jahre

Jahrhunderte die Bischöfe, die Aeltesten und Diakonen mit den hohen Priestern, Priestern und Leviten zu vergleichen anfang, und dabei behauptete, daß die christliche Kirche mit der Kirche des alten Testaments übereinstimmen müsse; so hat man auch den Zehenden als eine notwendige Sache angesehen. Man ließ es zwar im Anfänge auf eines jeden guten Willen ankommen, und war mit den freiwilligen Gaben zufrieden. Aber im sechsten Jahrhundert ward die Abgabe des Zehenden durch Gesetze anbefohlen, und so wie ein Land nach dem andern zum christlichen Glauben gebracht worden, so wurde auch den Neubekehrten den Zehenden von ihren Gütern zu entrichten auferlegt, worüber manchmal Unruhe und Zerrüttungen entstanden ist, insondern diese sich nicht gutwillig begeben wollten 2).

1) *Hattinger de decimis indic. Spenc. de legib. Hebr. lib. 1. tit. 1. cap. 10.* Auch Schnaus aber's Kommentar über die Böhmer'schen *principia iuris naturalis*, Th. I. S. 192 ff. D. S. 100 ff.

2) *Hoeßner in I. E. P. lib. III. Tit. 30. §. 8. seq.*

§. 2. Ohne das übrige mit einander anzuführen, was von dem Ursprung, Schicksalen, Eintheilungen und verschiedenen Rechten des Zehenden zu sagen wäre, und von welchem allen Böhmer am a. D. umständlich gehandelt; so bemerke ich nur, daß das gegenwärtige Spruchwort aus dem päpstlichen Rechte hergenommen ist. Dieses verordnet, daß der Zehend von allen fruchtbaren Aeckern gegeben werden soll, welche nur von jemand besessen und genutzt werden 1). Hiervon sind die Geistlichen selbst eher nicht ausgenommen gewesen 2), bis endlich der Pabst Paschalis der Zweyte den Befehl ergehen ließ, daß die Geistlichen von einander keinen Zehenden fordern sollten 3), welches aber nur von denen zu verstehen ist, die bey einer Kirche

die



dienen, und deren Recter auch in einer Pfarochie belegen sind. Denn von niederen Geistlichen, deren Reichsväter sie sind, imgleichen von auswärtigen Geistlichen, die in ihrem Kirchensprengel Ländereien besitzen, können sie selbstigen allerdings erheben 4).

1) c. 14. X. de decim.

2) c. 4. 23. 29. X. eod. tit.

3) c. 2. X. eod.

4) *Hornius* de clerico clericum non decimante.

§. 3. Dem heutigen Gebrauch dieses Sprüchwortes steht manchmal eine gegenseitige Gewohnheit oder Landesordnung entgegen 1). Es wird auch manchmal die Befreyung von dem Zehenden durch einen Vergleich, Privilegium oder Verjährung erworben 2). Denn, wenn gleich die Canonisten behaupten, daß das Zehendreht durch keine Verjährung verloren gehen könne, und auch einige evangelische Rechtsgelehrten denselben Befall gegeben haben, so sind doch derselben Gründe schon satzsam widerleget worden 3). Ein anders ist freilich zu sagen, wenn eine Landesordnung keine Verjährung zuläßet. In dem westphälischen Friedensinstrument ist wegen der beiderseitigen Religionsverwandten in Deutschland ebenfalls ausgemacht worden, daß, wo ein Theil in dem Entscheidungsjahr sich in dem wirklichen Besiz des Zehendrechts befunden hat, derselbe auch ohne die geringste Einwendung, so dardem gemacht werden könnte, dabey geschützt werden soll 4).

1) *Schottelius* de singularib. quibusd. et antiq. in German. iurib. cap. VIII. §. 14.

2) *Klockius* Vol. IV. conf. I. n. 306.

3) *Boehmer* l. c. §. 48.

4) I. P. W. Art. V. §. 46. 47. — Dieses Sprüchwort findet vorzüglich seine Anwendung auf die sogenannten *Mott- oder Neubruchzehenten*, indem es die Lehre enthält,



hält, daß, wenn in einem zehntpflichtigen Districte bisher unangebautes Land urbar gemacht worden ist, so daß nun der Pflug darüber gehe, auch von den Früchten, welche es nunmehr hervorbringt, der Zehent entrichtet werden müsse. Im Fall jemanden nun in dem zehntpflichtigen Districte der geistliche Zehent zukömmt, so ist es alsdenn eine streitige Frage, ob dieser auch den Kottzehent verlangen könne, oder ob solcher nicht vielmehr zu den Landesherrlichen Regalien zu rechnen sey? Nach der richtigern Meinung ist letzteres zu verneinen, wenn nicht nach der besondern Verfassung dieses oder jenes Landes der Kottzehnte zu einem Regal gemacht worden ist, indem das Zehentrecht nach der allgemeinen teutschen Verfassung für kein Regal gehalten werden kann. Wer daher den geistlichen Zehent in einem Districte besitzt, ist der Regel nach auch zu den Kottzehnten berechtigt, wie solches mit dem Canonischen Rechte völlig übereinstimmt, c. 13. X. de decimis. S. G. L. Boebmer princip. iuris canonici, §. 657. und Schnauberr's Commentar über die Böhmischen principia iuris feudalis, Th. I. S. 165. ff. d. 5.

## VI. B.

Ein Priester lebt ein Jahr nach seinem Tode.

(d. 5.)

## Anmerkung.

§. 1. Die Erben solcher Personen, welche in einer Bedienung gestanden und dafür einen Gehalt gezogen hatten, haben ein Recht auf den Gehalt ihres verstorbenen Erblassers, in so weit er schon von demselben verdient, ihm aber noch nicht ausgezahlt worden ist. Es wird dieser rückständige Gehalt gewöhnlich das Sterbejahr (annus deservitus) genannt, nicht weil er immer in einem jährigen Gehalte besteht, sondern weil er für Dienste gegeben wird, welche der Erblasser in seinem Sterbejahre geleistet hatte. Dieses Sterbejahr, nach

Nach den allgemeinen Grundsätzen des Miethcontractes betrachtet, besteht nur in dem rückständigen Gehalte bis zum Tage, an welchem der Erblasser verstorben ist 1), allein nach den meisten Landesgesetzen und Gewohnheiten pflegen gewisse Termine bestimmt zu seyn, von welchen und bis zu welchen das Sterbejahr gerechnet werden soll, dergestalt, daß ein Beamter, welcher in der Zwischenzeit verstorbt, so betrachtet wird, als habe er den letzten Tag des bestimmten Termins erlebt, und den ihm festgesetzten Gehalt bis dahin wirklich verdient. Da meistens diese Termine in einem Zeitraume von drey Monaten bestehen, so pflegt das Sterbejahr auch wol das Sterbequartal genannt zu werden. Außer diesem Sterbejahre oder Quartale findet bey Personen, welche ein geistliches Amt bekleidet und dafür gewisse Einkünfte genossen haben, noch das sogenannte Gnadenjahr (*annus gratiae*) statt. Dieses ist vom Sterbejahre wesentlich unterschieden, indem es den Erben des geistlichen Beamten, vermöge eines aus besonderer Gnade ertheilten Privilegii zukommt, dahingegen das Sterbejahr in dem natürlichen und gemeinen Rechte gegründet ist, und nach diesem schon der Erblasser dazu ein vollkommenes Recht hatte. Die Veranlassung zur Einführung dieses Gnadenjahres ist darin zu suchen, daß im Mittelalter bey den meisten geistlichen Stiftern in Deutschland ein neuer Beneficiat einige Zeit warten mußte, ehe er zur Hebung seiner neuen Pfründe gelangte, damit die Schulden seines Vorgängers von dessen im Leben genossener Pfründe bezahlt, oder wenn er keine Schulden hinterlassen hatte, ihm zu Ehren davon noch auf fromme Stiftungen einiges verwendet werden konnte 2). Der angeführte Dürer 3) zeigt, daß noch bey sehr vielen catholischen Stiftern dieser Gebrauch üblich sey. Nach der Reformation machte man in protestantischen Ländern von dieser Einrichtung einen

einen andern Gebrauch, indem man fast überall die Einrichtung traf, daß die Witwen und Kinder der Geistlichen, außer dem Sterbejahr, auch noch ein Gnadenjahr genießen sollten. Unser Sprüchwort sagt daher, daß ein Priester ein Jahr nach seinem Tode lebe, d. i. noch eine gewisse Zeit nach seinem Tode zum Vortheil seiner hinterlassenen Familie so betrachtet werde, als ob er am Leben sey, und sein Amt verwalte. Es geht indeß dieses Privilegium nicht bloß auf Prediger, sondern auch auf andere geistliche Personen, daher auch Professoren und Schulbediente gewöhnlich dasselbe ebenfalls besitzen. Ja in vielen Ländern ist das Gnadenjahr selbst in Ansehung der Civilbedienten eingeführt worden. Es ist bekannt, daß in Absicht der Reichscammergerichtspersonen, so viel den Cammerrichter und die Assessoren betrifft, das Gnadenjahr gesetzlich festgesetzt ist 4).

1) *I. H. Boechmer* diss. de anno deservito seu de salario promerito, c. 2. in dessen exercit. ad P. Tom. III. S. 572.

2) *I. H. Boechmer* I. E. P. L. III. tit. V. §. 211. ff. *Dürr* diss. de annis gratiae canonicorum eccles. cathedral. et collegiatarum in Germania, in Schmid's Thesaur. iuris ecclesiastici, Tom. III. S. 166.

3) §. V.

4) Recess. deputat. de a. 1585. Concept. Ord. Cam. P. I. t. 57. Reichschl. von 1713. 1719. in Schmauß C. I. P. S. 1281. ff. *E. C. Schneider* de quadrante gratiae et speciatim quatenus obtineat in Augustissimo collegio Camerae Imper. Giess. 1772.

§. 2. Man würde sehr irren, wenn man unser Sprüchwort zum Beweise gebrauchen wollte, daß das Gnadenjahr geistlicher Personen, wo es eingeführt ist, allezeit ein Jahr dauern müsse. Nur in einigen Ländern ist dieses üblich, z. B. im Mecklenburgischen 1),  
jedoch

jedoch mit Inbegriff des Sterbejahres 2). In Chursachsen hingegen dauert das Gnadenjahr nach Endigung des Sterbequartals nur ein halbes Jahr 3). Ein gleiches gilt von dem Brandenburgischen 4), Churhannoverschen 5) und Herzogl. Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landen 6). Kurz die Dauer des Gnadenjahres ist einzig und allein nach den Gesetzen und Gewohnheiten jedes Landes zu beurtheilen.

1) *Manzel Selecta Rostochiensia*, P. I. S. 203.

2) *Cotbmann Resp. acad. Resp.* 46. nr. 17.

3) *Const. Ecclesiast. August. de a. 1580.* §. und zu weiterer Gnade.

4) *Ordinat. Consistor. de a. 1571.* §. 23.

4) Königl. Verordn. von 1738. im Corp. *Const. Calenb.* Tom. I. S. 857. *Pufendorf O. I. V.* Tom. III. obf. 50.

6) *Erneuerte Kirchenordn. Cap. XVII.*

§. 3. Ebenfalls würde es ein unrichtiger Schluß seyn, wenn man aus diesem Sprüchworte, nach welchem der Prediger noch einige Zeit, nachdem er verstorben ist, so angesehen werden soll, als ob er lebte, die Folge ziehen wollte, daß der verstorbene Geistliche auch auf das Gnadenjahr schon ein vollkommenes Recht gehabt habe, und selbiges ohne Unterschied der Fälle dessen Erben zu Gute kommen müsse. In Ansehung des Sterbejahres ist dieses allerdings die Regel. Allein das Gnadenjahr gründet sich auf ein Privilegium, dessen Absicht gewöhnlich nur auf Unterstützung der Witwe und Kinder des Verstorbenen geht, und welches daher nach den allgemeinen in Ansehung der Privilegien geltenden Grundsätzen keine ausdehnende Erklärung zuläßt. Wenn daher in einem Lande nicht deutlich festgesetzt ist, daß das Gnadenjahr den Seitenverwandten und Ascendenten des Verstorbenen zu Gute kommen soll, so sind selbige nach des richtigern Meis-

Eisenb. Sprachw.                      u u                      nung

nung davon auszuschließen, den Fall indeß ausgenommen, wenn selbiges durch den Tod der Witwe oder der Kinder auf sie transferirt seyn sollte, und sie auf die Weise deren Person vorstellen 1). Was übrigens in Ansehung des Gnadenjahres Rechtens ist, würde hier auszuführen, der rechte Ort nicht seyn 2).

1) *J. A. Hoffmann* - de anno gratiae et quatenus ad heredes collaterales transferri queat, Tubing. 1754. Ausdrücklich stimmt hiermit überein die angeführte Königl. und Churfürstl. Pandorische Verordn. von 1738.

2) Außer den schon bemerkten Schriftstellern s. *Stryck* de anno gratiae in dessen dissert. V. I. nr. 17. *Rechenberg* 2. program. de anno gratiae, Lips. 1734.

## VI. C.

### Kirchenbuße ist kein Staupbesen. (D. S.)

#### Anmerkung.

Der Sinn dieses Sprüchwortes ist, wie auch *Distor* richtig bemerkt 1), der, daß die öffentliche Kirchenbuße mit keiner Ehrlosigkeit verknüpft sey. Mit dem Staupbesen ist nemlich gewöhnlich außer der ewigen Landesverweisung der Verlust der bürgerlichen Ehre verbunden 2). Bey der öffentlichen Kirchenbuße hingegen ist es sogar von einigen bezweifelt worden, ob selbige nur für eine Strafe gehalten werden dürfe, indem nach den ältern catholischen Kirchenrechte sie als eine bloße der Kirche schuldige Genugthuung und Aussöhnung mit derselben betrachtet worden ist. Niemand wurde daher zur Kirchenbuße gezwungen, sondern es mußte darum von dem Büßenden erst nachgesucht werden 3). Nach dem neuern catholischen Kirchenrechte ist sie aber allerdings für eine Strafe zu halten, da seit dem 11ten Jahrhunderte die Kirchenbußen häufig in Geldstrafen sind abgeändert worden 4), welchen Gebrauch

brauch denn auch selbst die Tridentinische Kirchenversammlung gebilliget, und nur den Mißbrauch, welcher mit der Erlaufung der Indulgentien getrieben wurde, einzuschränken gesucht hat 5). Da die Kirchenbuße unter den Protestanten noch üblich ist, wird sie als eine Kirchenstrafe betrachtet und kann daher nur von dem geistlichen Richter, meistens den Consistorien, erkannt werden 6). Uebrigens zieht die Kirchenbuße weder bey den Catholiken noch den Protestanten an und vor sich die Ehrlosigkeit nach sich, wiewol die bürgerliche Strafe, mit der sie verknüpft ist, diese Wirkung haben kann 7). Bey den Protestanten war die Kirchenbuße ehemals eine sehr gewöhnliche Strafe geschwächter Frauenzimmer. Man hat sie aber in den meisten Ländern als eine fruchtlose, ja sogar schädliche Strafe 8), entweder völlig abgeschafft, oder in eine Geldstrafe (Send- und Hurenbrüche) abgeändert 9).

1) Thesaur. paroem. Cent. I. nr. 52.

2) S. Quistorp's Grundlege des deutsch. peinl. Rechts, Th. I. §. 77. Note c. und die daselbst angeführten Schriftsteller.

3) I. H. Boehmer I. E. P. Lib. V. tit. 32. §. 3. ff. und P. I. a Riegger diss. de poenitentis et poenis ecclesiasticis, c. 1. in Schmid's Thesaur. iur. ecclesiastic. Tom. VII. S. 256. ff.

4) G. L. Boehmer diss. de multis stuprorum, c. 1. §. 15.

5) Concil. Trident. Sess. 25. c. 3. Riegger am a. O. §. 20.

6) G. L. Boehmer princip. iur. can. §. 866. Cramers Wehl. N. St. Th. 107. S. 306.

7) Pistor am a. O.

8) I. H. Boehmer am a. O. §. 60. ff.

9) Quistorp am a. O. §. 82. G. L. Boehmer am a. O. §. 13. ff.

# Neunte Abtheilung.

## vom Lehnrecht.

---

### I.

Getreuer Herr, getreuer Knecht.

### Anmerkung.

#### §. 1.

**U**nter den verschiedenen Meinungen der Gelehrten von dem Ursprunge der Lehne 1); verdienet derselben ihre billig den Vorzug, welche derselben Erfindung den Deutschen zueignen. Es ist schon von andern die Anmerkung gemacht worden, daß, wo die Deutschen zu der Zeit der großen Völkerwanderung nur hingingen, man auch die Lehne findet, und hingegen in denjenigen Ländern, welche sie mit ihren siegreichen Waffen nie überwunden, auch keine Lehne angetroffen werden 2). Ihre Könige sahen sich genöthiget, in den eroberten Ländern zahlreiche Kriegesheere zu unterhalten, und der Mangel des Geldes nöthigte sie, ihren Soldaten dafür Ländereien zu geben. Sie theilten daher bey dem Eintritt in die römischen Länder die Heerführer der besiegten Völker unter die Soldaten aus, wie solches die Geschichte der Heruler, Ost- und Westgothen, Franken, Longobarden, Burgundier und anderer deutschen Völker bekräftigen.

1) Diese erzählen Gebauer in diss. origines Foedi qua vocem qua rem und Buri in der Erläuterung des Schitterischen Lehnrechts, S. 2.

2) Lommels academische Reden über Mascovs Buch de iur. feudor. cap. I. §. 5. — Ein Reim zu dem Lehnssystem

system lag wahrscheinlich schon in dem römischen Verhältnisse. In Rom, worin bey den alten Deutschen die *Comites* gegen ihre Fürsten standen (*Tacit. de morib. Germanor. c. 13. und 14.*), womit die Soldatier bey den Galliern gleichfalls Aehnlichkeit hatten. (*Caesar de bello gallic. Lib. III, c. 22. Lib. VI. c. 15.*). Es bildete sich aber die Lehnverfassung erst unter den Fränkischen Königen aus. *E. Biener commentarii de origine et progressu legum iuriumque Germanicorum, P. I. Lib. II. cap. IV. §. 61 - 68.* Bey der Fränkischen Beneficium finden sich schon die wesentlichen Erfordernisse eines Lehns, nämlich Ueberlassung des nutzbaren Eigenthums an den Vasallen, Zurückbehaltung des Ober-eigenthums von Seiten des Lehnherren, und gegenseitige Verbindlichkeit zur Treue. Die seit der Beförderung Conrad des Kaisers vom J. 1037 eingeführte Erblichkeit in den Lehnen bewirkte allerdings eine große Veränderung im Lehnwesen, allein im Wesentlichen veränderte sie nichts, wie *Historici* in *disq. de allodis, vassis, vassallis, beneficiis, feudis et castellavis in T. 1. antiquitat. Ital. S. 245.* und in *Jenischen Thesaur. iur. feud. T. III. S. 241.* zu behaupten suchen. Die Hauptschriften, welche für und gegen die Juratorische Meynung erschienen sind, führt *Biener* am a. O. §. 67. Note 2. an. D. 5.

§. 2. Die Errichtung eines Lehns geschieht durch einen Vertrag oder Contract, indem der Lehnsherr und Lehnmann zusammen treten, und mit einander eins werden, auf was Art und Weise, das Lehn von dem Lehnsherrn gestiftet, und von dem Lehnmann erlangt werden soll. Hierzu wird von dem Lehnsherrn erfordert, daß er dem Vasallen das nutzbare Eigenthum, und die ihm leistende Treue verspreche, von diesem aber, daß er solches unter der Gegenversprechung seiner Treue annehme, und gegen seinen Wohlthäter sich verbindlich mache, ihm treu, hold und gewärtig zu seyn. Indem beide sich also gegen einander ver-



verpflichten, so sind auch beide verbunden, gegen einander die Pflichten, so aus der Lehnverbindlichkeit entstehen, auf das genaueste zu erfüllen 1). Die Treue eines Lehnsherrn besteht hauptsächlich in der seinem Vasallen zu leistenden Vertheidigung und Beschützung wider alle Gewalt. Der Vasall aber ist hinwiederum verbunden, seinem Lehnsherrn mit Ehrerbietung zu begegnen, denselben zu beschützen, sich zu bemühen, allen Schaden von ihm abzuwenden, und endlich die versprochene Dienste gehörig zu leisten.

1) II. F. 6.

§. 2. Diese gegenseitigen Pflichten, welche der Lehnsherr und sein Vasall gegen einander zu beobachten schuldig sind, werden durch dieses Sprüchwort angezeigt, welches zugleich lehren soll, daß ein Lehnsherr nicht von aller Verbindlichkeit gegen seine Vasallen frey ist, ob wol diese zu mehreren Pflichten sich verbindlich machen müssen, als von jenem erfordert werden 1).

1) G. Globig de proedria domini directi in dessen commentat. de rebus dubiis in jure feudali, obs. IV. d. 5.

## II.

### Lehensmann kein Unterthan.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist in diesem Sprüchwort die Rede von dem Unterschied zwischen einem Lehensmann und einem Unterthanen, der eben so groß als der Unterschied zwischen einem Lehnsherrn und Landesfürsten ist. Man kann von einem Fürsten ein Unterthan durch den bloßen Aufenthalt in seinem Lande werden, aber wenn man eines andern Vasall werden will, so wird hierzu ein besonderer Vertrag erfordert. Die Pflicht des Un-  
ter,

terthanen besteht in dem Gehorsam, des Oberherrns Befehlen in allen Stücken nachzuleben, der Lehnmann ist nur zur Ausübung derjenigen Pflichten verbunden, wozu er sich ausdrücklich bey Errichtung des Lehnungsvertrags verbindlich gemacht hat. Diese ist seine einzige Richtschnur, nach welcher er sich richtet, dahingegen der Unterthan in allen seinen Handlungen sich nach den Landesgesetzen richten muß. Wenn dem Unterthan obliegt, schlechterdings die Befehle seines Fürsten zu vollziehen, ohne dagegen Einwendungen zu machen, oder eine Untersuchung anstellen zu dürfen, ob selbige auch dem Lande erspriesslich sind; so hat ein Vasall die Freyheit, daß er eine Untersuchung anstellen darf, ob die ihm erteilten Befehle mit seinem Lehnsvertrag auch übereinkommen. Und so ist es auch mit dem Umstand beschaffen, wenn beide wider ihre Pflichten durch einen bezeugten Ungehorsam gehandelt haben. Der Unterthan kann nach Befinden am Leibe oder Leben bestraft werden, dahingegen der Vasall nur allein seines Lehns verlustig wird 1).

1) Duri Erläuterung des Schitterischen Lehnrechts, S. 1338. *Wilisch* (resp. *Thalwitzer*) diss. de diversis officiorum civilium et vasalliticorum ratione. Wittenb. 1787. D. 4.

§. 2. Von beiden sowol von den Unterthanen als auch Lehnmann, unterscheidet sich der Beamte in Ansehung seiner Pflichten. Und ob wol unter den Fränkischen Königen zwischen dem Lehnsmann und Beamten kein Unterschied gewesen war, weil auch dieser ihre Besoldung in Lehnsgütern bestanden 1), so verhält es sich doch heut zu Tage damit ganz anders 2). Die Pflicht des Beamten gehet nur auf die Besorgung der ihm aufgetragenen Amtsgeschäfte, er bekommt seine Besoldung, vornehmlich in Gelde, und wird auch wegen

gen begangener Untreue in Ansehung seines Kindes, sowohl mit derselben Verräuthung als auch noch auf eine schärfere Weise bestraft.

1) *Beck de parib. Reipubl. ministri et vasalli iurib.*

2) *Kressius de iur. officior. et officialium.*

§. 3. Wenn also nach diesem Sprüchwort die Lehnenschaft keine Unterthänigkeit nach sich zieht, so folget, daß auswärtige Vasallen die Erbhuldigung zu leisten, nicht schuldig sind, wenn sie in einem andern Lande Lehnsgüter besitzen 1). Daher es gar wohl angehet, daß auch ein Reichsstand eines andern Vasall seyn kann, ohne an seiner Würde etwas zu verlieren, denn er erkennet nur in Lehnstreitigkeiten den Lehnsherrn als seinen Richter. Eine Ausnahme ist in den Sächsischen, Braunschweig-; Lüneburgischen und Hessischen Ländern, wie auch in der Mark Brandenburg, wo die Vasallen außer der Lehnspflicht auch den Unterthaneneid ablegen müssen 2).

1) *Hildebrand de vasallagio subiectionem non inferente,*

2) *Hornius in iurisprudenti. feudal. cap. XIII. §. 3.*

*Pufendorf in introduct. ad process. electorat. Brunsvic. Lüneburg. P. I. c. 10. §. 31. Conf. tamen*

*Leyser de feud. Brunsvic. addit. §. 23. et Qu. de*

*Sonkenberg de feud. Brunsvicens. et Lüneburgens. cap. IV. §. 1. — Pufendorf am a. O. behauptet von*

*den Lehnsleuten sämtlicher Braunschweig-; Lüneburgischer Lande, welche sich auswärts aufhalten, daß sie zur Leistung des Erbhuldigungseides verpflichtet wäre.*

*Leyser am a. O. behauptet das Gegentheil. Streuben in den rechtl. Bedenken Th. 2. B. 25. hat aber ge-*

*zeigt, daß das von Pufendorf behauptete Gewohnheitsrecht nur bloß in Absicht der in dem Herzogthum Lüneburg. belegenen Lehne gelte. Es mußten zwar die*

*Braunschweigischen Lehnsleute überhaupt schwören, ihr*

*rem*

rem Lehnsherrn treu, hold und gehorsam zu seyn, also das Wort Gehorsam sey in Lehnbriefen bloß von dem, Gehorsam zu verstehen, welchen der Vasall seinem Lehnsherrn schuldig ist. d. 5.

### III.

Wo kein Lehnmann, da ist auch kein Handlohn.

#### Anmerkung.

§. 1. Das Handlohn bedeutet dasjenige Geld, so bey der Lehnserneuerung zur Dankbarkeit, daß der Herr einen unter seine Vasallen aufgenommen hat, bezahlet wird, 1). Es wird auch das Kaufgeld, Loßgeld, Lehnwaare von dem Wort Gewähren genennet, weil der Lehnsherr demjenigen, der dasselbe bezahlet, das Lehn dagegen gewähret. Man behauptet, daß dasselbe erst durch das römische Recht eingeführet worden 2), allein andere 3) leiten den Ursprung desselben daher, daß der Lehnsherr, nachdem einmal die Lehne erblich geworden, das durch den Tod seines Vasallen ihm angestorbene Lehnigut ein Jahr lang inne behalten und die Früchte genießen dürfen, hierauf aber selbiges wieder ausleihen müssen. Da nun aber der Lehnsherr davon keinen besondern Nutzen gehabt, dem neuen Vasallen aber sein ererbtes Lehnigut ein ganzes Jahr hindurch zu entbehren höchstbeschwerlich gewesen, so habe man sich verglichen, dem Vasallen das Lehn sogleich zu überlassen, wofür aber dieser dem Lehnsherrn so viel an Gelde gegeben, als die Früchte des ersten Jahres ohngefähr betragen haben. Sowol das schwäbische 4) als auch das sächsische Lehnrecht 5), bestärken diese Meinung, welche auch noch durch andere Zeugnisse bekräftiget wird 6), daß es also damit eben die Bewand ist, als wie mit den Annaten gehabt, so darinnen bestanden, daß die Kaiser ehemals auch die

Ein

Einkünfte von einem Bisthume, nach dem Absterben eines Bischofs, auf ein ganzes Jahr lang eingezogen 7).

1) *Kasner de landemio.*

2) Die Lehnwaare, welche entrichtet werden muß, wenn das Lehn an einen Fremden veräußert wird (*landemium in sens. special.*), ist sehr wahrscheinlich nach der Analogie der *Quinquagesima*, welche das Römische bey den emphytentischen Gütern verordnet hat, sowohl bey den Bauer, als auch den eigentlichen Lehngütern eingeführt worden, indem sie erst nach Einführung des römischen Rechts besonders im 16ten Jahrh. in Teutschland üblich wurde. *S. Senckenberg prim. lin. jur. feud. §. 258. Pufendorf T. III. obs. 34. G. L. Boehmer princip. jur. feud. §. 195. J. H. Eberhard Betrachtungen über die Landemien, besonders in Beziehung auf die kaiserl. Wahlcapitulation (Bib. pub. 1771.) u. a. m.* Hingegen die Art der Lehnwaare, welche in dem Falle, wenn Seitenverwandten des verstorbenen Lehnbesizers zur Succession im Lehne gelangen, pflegt entrichtet werden zu müssen (*relevium*), hat wahrscheinlich in einem teutschen Herkommen seinen Grund, da vormalß bey verschiedenen teutschen Nationen dem Lehnherren aus der Nachlassenschaft des Vasallen das Heergewette zufiel. Ein Gebrauch, der sich noch hin und wieder in Teutschland erhalten hat. *S. Buder observ. iur. publ. feud. germ. C. 92. Schröter's Abh. von der Lehnwaare §. 14. 69.*

D. 5.

3) *Gommel in den academischen Reden über Mascovs Buch de jur. feudor. cap. VII. §. 32.*

4) *I. F. Alem. cap. 15. In Senckenbergs C. L. F. cap. 80. §. 2. C. 114.*

D. 5.

5) *I. F. Sax. cap. 75.*

6) *Gommel l. c. C. aber Schröter am a. D. C. 36. §.*

D. 5.

7) *de Ludwig de iure Annatar.*

§. 3. Man hält aber dafür, daß dieses Sandslohn, oder Lehnwaare alsdenn nur bezahlt werden müsse,

müsse, wenn das Lehn auf einen Fremden gebracht werde, nicht aber, wenn entweder der Lehnherr getödtet wird, oder die in der ersten Belehnung begriffene Lehnfolger folgen 1). Dieses wird durch das gegenwärtige Sprächwort angezeigt. Weil nach dem römischen Rechte die Kinder des verstorbenen Erbengimmes keine Lehnwaare entrichteten, so ist man auf die Meinung gefallen, daß auch die Kinder des verstorbenen Vasallen davon befreuet seyn müßten. In einer dieserwegen in Sachsen ehemals gemachten Verordnung heisset es ausdrücklich: Dergleichen wenn der Besitzer, Zins oder Erbmant stirbet, und läßt Kinder, so sind dieselben Lehnwaare zu geben nicht schuldig, weil sie in der vorigen Investitur begriffen. Es ist aber dieses Sprächwort keine allgemeine Regel, indem es nicht an Verordnungen und Gewohnheiten hier und da fehlet, daß in beiden vorhin angeführten Fällen die Lehnwaare bezahlt werden muß 2). Ist dieses in einem Lande durch eine Gewohnheit eingeführet, so muß der Lehnherr in dem Fall, wenn diese Gewohnheit noch einigem Zweifel unterworfen, den Beweis davon führen.

1) *Kaeſtler de iudemio* §. 18.

2) *Struvius in Syntagma iur. feudat. cap. X. Aph. 14. 17.* — Die Fälle, wo der Regel nach die Lehnwaare pflegt gegeben werden zu müssen, sind: 1) wenn das Lehn an einen Fremden veräußert wird; 2) wenn Seitenverwandten des zuletzt verstorbenen Vasallen zur Succession gelangen. (S. *Pützmanns element. iur. feud. §. 239.*) In vielen Ländern fällt aber die Entrichtung der Lehnwaare gänzlich weg, in andern hingegen sind entweder mehrere oder andere Fälle, als die genannten, bestimmt, in welchen sie entrichtet werden muß. Bey den Braunschweigischen Lehnen muß die Lehnwaare so oft, als eine Veränderung in der Person des Lehnherrn, oder des Senioratsinhabers, wie

als erahnt genannt wird, des Geschlechtstheils vorfällt, gegeben werden. *S. Hagemann analecta iur. feud. Brunsv. Lüneb. T. I. S. 288. D. 15.*

#### IV.

**Lehen fallen nicht auf die Spindel.**

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist in diesem Sprüchwort die Rede von der Erbfolge des Frauenzimmers in Ansehung der Lehnsgüter, und wenn es heisset, daß die Lehne nicht auf die Spindel oder Spinrocken fallen, so wird damit so viel gesagt, daß die Lehne nur allein auf die Söhne fallen. Das Longobardische 1) und Deutsche Lehnrecht kommen hierinnen mit einander überein 2). Die Ursache der Ausschließung des Frauenzimmers von der Lehnfolge, ist in der ersten Einführung der Lehen gegründet. Zu dieser hat der Krieg Gelegenheit gegeben. Es war also eine nothwendige Folge, daß das Frauenzimmer wegen seiner Unfähigkeit zu den Kriegsdiensten, von der Erbfolge, in Ansehung der Lehnsgüter, ausgeschlossen werden mußte.

1) II. F. 36.

2) *Sächsisch. Lehn. Cap. 2. bey Senkenberg C. I. F. S. 289. Sächsisch. Lehn. C. 1. §. 1. ebend. C. 30. A. 7. de bonis C. 1. §. 4. ebend. S. 238. Menck de feudo masculino, bey Ienichen T. II. S. 101. D. 5.*

§. 2. Man ist aber mit der Zeit hier und da von diesem Sprüchwort abgegangen, und hat den Frauenpersonen, nach Abgang der männlichen Nachkommen, das Lehn aus Gnaden gelassen, weil man glaubte, daß dieselben doch durch einen Lehnsträger die Kriegesdienste verrichten lassen könnten. Dieses hat Gelegenheit zu

Eins

**Einführung der Weiberlehnen, welche auch Erbleyer- und Künftellehne** genennet werden, gegeben, und die darinnen bestehen, daß nach Abzug des männlichen Geschlechts auch das weibliche die Nachfolge erlangt. Dergleichen Lehne werden in Deutschland häufig angetroffen 1). Die Frage, ob die Reichslehnen vor der güldenen Bulle dergleichen Weiberlehnen gewesen, hat unter den Gelehrten verschiedene gelehrte Streitigkeiten erregt, von welchen der sel. Canzler von Ludwig in seiner Erläuterung der güldenen Bulle ausführlich handelt 2).

- 1) Estors Abhandlung von den Hessischen Künftellehnen in dessen kleinen Schriften, erster Band, S. 201. 232. Schweder de successione feudali in feudo foeminino, in dikt. Schwederian. T. II. S. 490. ff. Schnaubert Kommentar über die Böhmerschen princip. iur. feud. S. 262. ff. de Globig de feudo masculino anomalo in dessen comment. de reb. dubiis in jure feudali, obs. XIV. S. 100. ff.
- 2) Erster Theil, S. 696. 699. Hierher gehört auch folgende Schrift: Unterricht von den Rechtsgründen, welche bey der Ihro Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen Ihrem Gemahl des Herzogs von Lothringen Königl. Hoheit, geschehenen Uebertragung des Königl. Böhmischen Churfürstenamts in Betrachtung müssen gezogen werden. — Die Gründe, welche zu der Behauptung, daß die Reichslehne vor der güldenen Bulle Weiberlehne gewesen, ist vorzüglich durch die Hypothese veranlaßt worden, daß alle Reichslehne 1) aufgetragene Lehne, und 2) diese Weiberlehne seyn. So wenig ersteres erwiesen werden kann, eben so wenig ist es bis jetzt erwiesen, daß die aufgetragenen Lehne für ungewöhnliche Lehne (fenda inpropria) der Regel nach zu haben sind. Eben so schwach ist der Grund, welchen einige aus einem Privilegio K. Heinrich VI. haben hernehmen wollen, vermöge dessen dieser Kaiser allen Reichslehnen die Eigenschaft eines Weiberlehns soll beygelegt haben. Nicht nur die Richtigkeit, sondern auch der wahre Sinn dieses Privilegii, und ob es wirkt.



wirklich zur Ausübung gekommen, sind wichtigen Zweifeln unterworfen. Begründeter ist daher die gegenseitige Meinung, indem schon vor der goldenen Bulle die neuern Longobardischen Lehngesetze als eine gültige Vorschrift in Ansehung der Lehnerefolge in Deutschland befolgt wurden. *S. Gribner* diss. de feudis Imperii masculinis non femininis. *Bay Ienichen Thesaur.* I. F. Tom. I. S. 669. von *Olenchlaget Erläuterung der goldenen Bulle*, S. 176. D. 3.

## V.

**Krummstab schleugt niemand aus.**

## Anmerkung.

§. 1. Es ist aus der Geschichte bekannt, daß die Fränkischen Könige sich die völlige Oberherrschaft über die Stifter, Kirchen und Klöster und die zu denselben gehörigen Güter zugeeignet, und öfters ihre weltlichen Bedienten damit belehnet, so viele Mühe sich auch die Geistlichkeit gab, diesen Mißbrauch abzuschaffen. Und ob wol nach der Zeit die Gewalt der Könige und weltlichen Fürsten über die Kirchen und Kirchengüter nach und nach abgenommen, so hat doch die Geistlichkeit wenig dabei gewonnen, weil die Bischöfe nunmehr dasjenige thaten, was man vorher an den weltlichen Fürsten tadelte, indem jene weltlichen Personen Lehngüter gaben. Denn da die Bischöfe mächtiger wurden, und so viele Grafschaften, Fürstenthümer und andere ansehnliche Güter durch Schenkungen erhielten, so ahmten sie den Königen und andern weltlichen großen Fürsten nach, indem sie theils zu ihrem Staat, theils zu ihrer Beschützung, Vasallen von mancherley Ausstattung brauchten 1). Hierzu kam noch dieses, daß viele weltliche Personen ihre Allodialgüter den Stiftern und Klöstern, theils aus einem Triebe der Frömmigkeit,

theils

theils aber den Schutz der Kirche zu genießen, aufzutragen, und solche wiederum als Lehn empfangen. Dergleichen aufgetragene Lehne wurden auch Gotteslehne, Gottesgüter, genennet.

1) *Schilter* ad jus Feud. Alem. ad rubr. §. 15. *Bochmer* in I. E. P. Lib. III. Tit. 10. §. 6.

2) *Treuers* Untersuchung des Ursprungs und der Bedeutung des Märtens, Mannes. Helmstädt 1723. 4. steht abgedruckt in *Depernicks* Miscellaneen zum Lehnrecht, Th. I. Nr. XV. S. 408.

§. 2. Ueberhaupt wurden diejenige Lehne, so jemand von einem Erzbischof, Bischof oder Abt empfangen, *Krumstäbische Lehne*, von dem *Krummen Stabe*, welchen die Bischöfe zum Zeichen ihrer Gewalt, wie vorhin bereits angemerkt worden, führten, genennet. Von diesen ist aber die Frage, ob auch die Frauenspersonen ohne Unterschied, nach Abgang der männlichen Nachkommen des Vasallen, solche erben können. Nach diesem Sprüchwort wäre dieses ohne Bedenken zu behaupten, und es ist auch nicht zu leugnen, daß man solches ehedem nicht einmal in Zweifel gezogen, sondern dafür gehalten hat, daß dergleichen *Krumstäbische Lehne* auch auf die Töchter des Vasallen und derselben Nachkommen fallen mußten. Allein ein Streit, der in dem vorigen Jahrhundert in dem Erzstift *Edlun* hierüber entstanden ist, als nach Absterben des Besitzers des Guts *Reinsheim*, dessen Schwester Sohn sich des Besitzes von diesem Gute anmaßete, hat Gelegenheit gegeben, daß man über die Natur und Eigenschaft der *Krumstäbischen Lehne* eine genauere Untersuchung angestellt. Ein geschickter *Edlunischer* Advocat, Namens *Thummermuth*, schrieb damals das bekannte Buch: *Krumstab schlenkt niemand aus*, und vertheidigte die Rechte des Adels gegen

gegen den Erzbischof und das Domcapitel; welche schon lange vorher behauptet hatten, daß in dem Erzstift Eöln die Weiber und derselben Nachkommen von der Erbfolge, in Ansehung der Lehne, ausgeschlossen wären. Dieser Schriftsteller ist mit seinem Buch unglücklich gewesen. Man hat es confisciret, und es ist mit der Zeit so selten geworden, daß man gar gezweifelt, ob ein solches Buch auch wirklich vorhanden sey. Der sel. Hofrath Kress hat es seiner Seltenheit wegen wiederum mit einer schönen Vorrede auflegen lassen 1). Es sind aber doch nach der Zeit verschiedene Schriften zum Vorschein gekommen, in welchen Thumtermuth widerlegt worden 2).

1) Leipzig 1718. f.

2) Hieher gehören: Eölnischer Krumstab schleußt die Weiber aus 2c. Hildesheim 1696. f. rec. ibid. 1725. Ingleichen: Gründliche Deduction, worin des Erzstifts Eöln Rechtame in den Lehnssachen, wider Wernerum Thumtermuth und dessen Nachfolger klärlich wird vorgestellet, in *Ludolphi Symphor.* Vol. I. Symphor. 3. n. 5.

§. 3. Ohne die Gründe anzuführen, mit welchen Thumtermuth seine Meinung unterstützt 1), so ist so viel heut zu Tage gewiß, daß das angeführte Sprüchwort nicht zu einer allgemeinen Regel dienen kann, sondern heut zu Tage Beispiele genugsam vorhanden sind, daß hier und da die Krumstabische Lehne nicht eben Weiberlehne sind 2). Ja selbst der berühmte Abt Schannat hat wegen der Fuldaischen Lehne, so man durchgehends für Weiberlehen ausgegeben, erwiesen 3), daß, wenn nicht in dem Lehnbriefe ausdrücklich enthalten, daß die Frauenspersonen in dem Lehne folgen sollen, auch niemals vermuthet werde, daß das Lehn ein Weiberlehn sey.

1) Man

1) Man findet selbige in der Vorrede, so der sel. Ludovici seiner Einleitung zum Lehnproceß vorgesetzt hat.

2) Wolf in element. jur. feudor. cap. X. §. 25. Barthius de succession. feminar. in reudo. — Im Zweifel ist zu vermuthen, daß die krumstäbischen Lehen keine Weiberlehen sind, indem für die gewöhnlichen Eigenschaften der Lehen (*naturalia feudorum*) die Vermuthung streitet. Ist es daher nicht notorisch und außer Zweifel, daß nach der Observanz der Lehencurie dieses oder jenes geistlichen Reichslandes die Lehen weiblich sind, so muß derjenige, der solches behauptet, erst darüber Beweis führen. S. Moeller primae lineae usus pract. distinct. feudal. cap. 3. d. 7. S. 96. und Börs in Bepernick's analect. jur. feud. T. I. obs. 48. S. 261. D. 5.

3) in clement. Fuldens. P. II. cap. II. §. 1.

## VI.

### Am Gedinge ist keine Folge.

#### Anmerkung.

§. 1. Es ist dieses Sprüchwort aus dem sächsischen Lehnrechte hergenommen 1), wo es heisset: Zween Mannen mag der Herr ein Gut leihen, also, daß einer die Gewehr daran habe, und der andere das Gedinge. Also, ob dieser, so die Gewehr hätte, ohne Lebenserben stürbe, daß der andere sein Geding daran behielte, sonst ist am Gedinge keine Folge nicht, es wäre denn, daß der stürbe binnen dem Jahre, dem das Gut in seine Gewehr gelassen war, welches auch in eben demselben hier und da wiederholet wird 2). Das Wort Geding, bedeutet hier so viel als Anwartschaft oder Zusage des Lehnsherrn, da er jemand verspricht, daß von dem Vasallen noch besessene Lehn, in dem Fall der Erledigung, zu geben 3). Es

Eisend. Sprüchw.

Es

ist

ist aber diese Benennung daher entstanden, weil jemand das Lehn oder Bedingung versprochen worden. Man pflegt es auch ein Gnadenlehn zu nennen.

1) cap. 5.

2) cap. 11. 26. 57. 59.

3) *Wehner* voc. *Beding.*

§. 2. Diese Anwartschaft wird aber entweder nur schlechthin ertheilt, oder sie ist mit einer vorläufigen Bezeichnung bereits verbunden, welche letztere jemand schon das Miteigenthum an dem Lehn weignet, dahins gegen die erste, von welcher dieses Sprüchwort handelt, demjenigen, der die Anwartschaft erhalten, nur ein persönliches Recht giebt. Hieraus ist der Bestand dieses Sprüchworts leicht abzunehmen, als welches so viel anzeigen soll, daß eine schlechte Anwartschaft noch niemand ein dingliches Recht an dem Lehn vergestalt giebt, daß man sogleich nach des Vasallen Tod, davon Besitz nehmen könne. Es folgt daher, daß dergleichen Anwartschaften allemal widerruflich sind. Daß die Erben desjenigen, der solche erhalten, keinen Anspruch an das Lehn machen können, wenn ihrer nicht ausdrücklich in dem Anwartschaftsbrief gedacht worden 1). Daß nach dem Tod des Versprechenden die ertheilte Anwartschaft von keiner Wirkung weiter sey, und daß endlich der gegenwärtige Besitzer dadurch an seinen Rechten nicht gekränkt werde, weil ihm das Gut selbst noch nicht entzogen wird.

1) Die bloßen Anwartschaften waren noch im 13ten Jahrh. in Teutshland nicht erblich, wie solches das sächsische Lehnrecht am a. O. und das schwäbische Lehnrecht cap. 109. §. 12. bey Senkenberg C. I. F. S. 140. erweist. Nach dem Longobardischen Lehnrecht arg. I. F. 9. gehen die Anwartschaften auf die Erben des Beantworteten über, wenn sie nicht ausdrücklich auf dessen Person eingeschränkt worden sind. Das Longobard-

Barbische Lehnrecht folgt dem Grundsatz des römischen Rechts: quisque pro se, suisque heredibus contraxisse praesumitur. *E. G. L. Boehmer de obligatione successoris ex expectativa feudali antecessoris, § 6. d. 4.*

§. 3. Allein was besonders die in diesem Spruchwort enthaltene Regel anbelangt, daß sowohl mit dem Tode des Versprechers als auch des Wartenden die Anwartschaft erlösche, so wird doch dafür gehalten, daß, wenn der Nachfolger des Lehnherren durch das Erbrecht folget, so, daß er dem Verstorbenen die Nachfolge allein zu danken hat, derselbe auch die von seinem Vorfahren erhaltenen Bedinge oder Anwartschaften halten müsse, daß aber ein anders zu sagen sey, wenn er nach seinem eigenen Rechte folget, und also sein Erbrecht seinem Vorfahren nicht zu danken hat 1). Aber auch in diesem Fall ist eine Ausnahme, in Ansehung des Kaisers zu machen, welcher in seiner Wahlcapitulation versprochen hat, die Anwartschaften, so seine Vorfahren erhalten haben, zu halten 2).

1) *Beyer de obligation. successor. illustris §. 42.*

*Müller primae lin. v. p. distinct. feudal. cap. 12 distinct. 13. d. 4.*

2) *Cap. Imperator. novissim. Art. XII. §. 12. E.*

*G. L. Boehmeri princip. jur. feudal. §. 449. d. 4.*

## VII. A.

Der gesamten Hand muß man Folge leisten.

### Anmerkung.

§. 1. Die gesammte Hand ist eine Art der Belehnung, die mehreren auf einmal geschieht, jedoch daß einer nur das Lehn wirklich in Besitz hat, und die übrigen erst nach desselben Tode solches dem Erbgangs-

Er 2

recht

recht gemäß erhalten. Sie wird auch die **Mitbelehnenschaft**, die **Lehnshand**, das **Gerwehr** und **Geding** genennet, und es wird derselben sowol in dem **Lombardischen** 1), als auch **sächsischen** Lehnrecht 2), aber in einem verschiedenen Verstande gedacht, daher auch die alte, von welcher das **Lombardische** und andere alte deutsche Gesetze zu verstehen sind, nicht mit der neueren vermischt werden muß. Jene bestehet darinnen, daß ihrer etlichen Lehn dergestalt gegeben wird, daß sie zugleich den Besitz davon erlangen. Die neuere aber ist so beschaffen, als wir sie vorher beschrieben haben. Die Ursache, warum sowol die **Sachsen** als auch andere deutsche Völker die **gesamte Hand** unter sich eingeführet, ist der Veränderung zuzuschreiben, so sich mit den Lehen nach der Zeit zugetragen, als dieselben erblich geworden. In Deutschland und besonders in Sachsen, nahm man den Grundsatz an, daß niemand ein Lehn als der Vater auf den Sohn vererbe 3). Die Seitenverwandten wurden demnach von der Erbfolge ausgeschlossen, allein wie nach der Zeit, in Ansehung der Erbfolge, die Lehngüter nach und nach den Erbgütern immer ähnlicher wurden, so brachten es die Vasallen dahin, daß, wenn sie ein neues Lehn gut erhielten, ihre Brüder und Seitenverwandten von dem Lehnherren zugleich als Vasallen angenommen worden sind, wodurch sie denn der Lehnfolge theilhaftig geworden 4). Diese gesamte Hand ist ehemals nicht nur bey allen Lehen in Deutschland üblich gewesen; sondern auch noch heut zu Tage außerhalb Sachsen sowol in Ansehung einiger Reichslehen 5), als auch landsässigen Lehen in einigen Ländern noch gebräuchlich 6).

1) I. F. 1. I. F. 14. II. F. 12. 18.

2) cap. 8. et 28.

3) I. F. Sax. cap. 44.

4) Da

- 4) *Dn. Koeber de Expectativ. et investitur. eventual. cap. III. §. 8. seqq.* Kopp in den Proben des deutschen Lehnrechts P. II. p. 189.
- 5) *I. P. W. Art. IV. §. 5. et 9.* Moser in der Einleitung zum Reichshofrathsproceß, III. Theil, cap. 4. §. 23. seqq.
- 6) *Schilter de simultanea Principum imperii investitur. de Ludewig de simultanea investitura.* — In Ansehung der Braunschweig-Lüneburgischen Lehnne ist es streitig, ob bey solchen die gesamte Hand notwendig sey. Die richtigere Meinung ist die, daß zur Erhaltung des Erbrechtes dieselbe ein notwendiges Erfoderniß sey, wenn gleich übrigens ex jure Sanguinis gemeinen Rechten nach in den Braunschweigischen Lehnne succedirt wird, indem die Observanz die Verwahrung der reutschen gesamten Hand erwiesenermaßen bestätigt hat. *S. Rave de investitura simultanea in terris B. L. in Hagemanns analectis jur. f. B. L. T. I. S. 391.* Struben rechtl. Bedenken, Th. I. B. 88. *Pufendorf O. I. V. T. II. obs. 56.* — Gemeinen Rechts ist übrigens diese Observanz nicht, indem im Zweifel die Vermuthung für das longobardische Lehnrecht streitet, nach dem Texte II. E. 11. über alle lehnfähige Seitenverwandten, die vom ersten Erwerber abstammen, Successionsfähig sind. Das longobardische Recht ist in diesem Puncte, ausdrücklich in den Reichsgesetzen bestätigt, arg. Reichs H. O. vom J. 1654. tit. 3. §. 12. *S. Püttmanni Observ. I. F. S. 157. d. 2.*

§. 2. Diese Mitbelehnenschaft zog nun auch die Wirkung nach sich, daß die Mitbelehnten bey einer vorgefallenen Veränderung des Lehnherren sich desselben Nachfolger darstellen, und vermittelst Ablegung des Lehnseides die Lehnne erneuern mußten. Dieses hieß nun der gesamten Hand Folge thun 1), welches so viel anzeigen soll, daß es ein wirklicher Lehnseid sey, wenn die Mitbelehnenschaft nicht erneuert worden, und daß dieser Verstandniß wegen das Recht der Mitbelehn-



belehnten- verlohren gehe. Die Rechtsgelehrten sind aber wegen des heutigen Gebrauchs von diesem Spruchwort unter sich nicht einig. Der eine Theil behauptet, daß wegen Verabsäumung der Lehnserneuerung die Hofnung der Mitbelehnten gänzlich verlohren gehe 2), der andere hält aber dafür, daß die Erneuerung der Mitbelehnenschaft den Mitbelehnten zu einer großen Last gereiche, wenn man ihnen selbige, da sie noch nicht zum Genuß des Lehns gelangt, aufbürden will. Daß die Schuldigkeit derselben in Ansehung der Mitbelehnten außerhalb Sachsen durch ein Gesetz oder hergebrachte Gewohnheit dargethan werden müsse, und daß auch selbst das Longobardische Lehnrecht, wenn man ja in Ermangelung deutscher Lehnsgesetze und Gewohnheiten nach demselben diese Frage entscheiden will, nur den Vasallen, welcher das Lehn wirklich besizet, hierzu verbindet 3). So viel ist gewiß, daß außerhalb Sachsen die Mitbelehnten der gesamten Hand die Folge zu thun in verschiedenen Ländern nicht eher schuldig, als bis sie wirklich das Gut bekommen.

1) Das Wort Folge, hat in diesem Spruchworte die Bedeutung, in welcher es in den teutschen Lehnsgesetzen des Mittelalters häufig vorkommt, daß es so viel anzeigt, als die Bitte um Erneuerung der Belehnung. *Haltius* glossar. m. aevi unter dem Worte: Folgen, Folge. D. S.

2) *Bauer* de communi Saxonum manu ob neglectam renovationem amissa.

3) *Boehmer* de indole et natur. expectativ. et investitur. feudal. et ejus renovatione.

## VII. B.

- I) Theilung bricht gesammte Hand. II) Mutterschierung bricht keine gesammte Hand.  
(d. S.)

## Anmerkung.

§. 12. Es ist schon bey der Erklärung des vorhergehenden Sprüchwortes §. 1. bemerkt worden, daß die gesammte Hand des alten teutschen und longobardischen Lehnrechts von der gesammten Hand des neuern sächsischen Rechts verschieden sey. Allein auch zwischen der gesammten Hand des alten teutschen und der des longobardischen Lehnrechts sind wesentliche Unterschiede vorhanden. Nach dem letztern verhält es sich anders bey neuen, anders bey alten Lehnen. Bey einem neuen Lehne bringt die Verleihung eines und desselben Lehns den mehreren gemeinschaftlich beliehenen Vasallen kein gegenseitiges Erbrecht zu Wege, sondern wenn einer derselben ohne lehnfähige Descendenz verstirbt, fällt dessen Antheil an den Lehnherren zurück; wenn nicht durch einen besondern Vertrag ein anders ausgemacht worden ist 1). Bey einem alten Lehne hingegen behalten alle lehnfähige Nachkommen des ersten Erwerbers ihr gegenseitiges Erbrecht, wenn sie gleich das Lehn unter sich theilen, und sich dabey nicht vom Lehnherren jeder für seinen Antheil, ausdrücklich als mit einem neuen Lehne haben belehnen lassen 2). Ganz andere Grundsätze treten nach dem alten teutschen Lehnrechte ein, zufolge dessen, ohne zwischen einem neuen und alten Lehne zu unterscheiden, die Belehnung, wodurch mehrere mit einem und demselben Lehne beliehen werden, diesen zu einem gegenseitigen Erbrechte verhilft, welches so lange unter ihnen statt findet, als sie in Gemeinschaft des Lehns verbleiben, und dadurch die gesammte

sammte Hand unten sich erhalten. Sehen sie sich das gegen durch eine Theilung aus dieser Gemeinschaft, so wird hierdurch die gesammte Hand gebrochen, so daß wenn einer der Besitzer ohne Eöhne verstirbt, der Lehnherr dessen Antheil einzieht 2). Hierauf bezieht das erstere Sprüchwort: **Theilung bricht gesammte Hand.**

1) I. F. 2. §. 3. I. F. 14. §. 2. II. F. 12. II. F. 25.

2) *Boerner* diff. de feudis antiquis jure novorum et novis jure antiquorum praeditis, cap. 1. in fin. S. 19.

3) Sächsisch Lehnrecht Cap. 32. das alte Lehnrecht, welches im Görlitzer Rath's Archiv aufbewahrt wird, Art. 20. in *Sepernick's* Miscellaneen zum Lehnrechte, B. I. S. 18. ff. Schwäbisch Lehnrecht Cap. 37. §. 2. ff. in *Senkenberg's* C. I. F. S. 70. Kaiserrecht Th. 3. Art. 25.

§. 2. Die Theilung, wenn dadurch die gesammte Hand gebrochen werden soll, muß aber von der Beschaffenheit seyn, daß dadurch das gemeinschaftliche nutzbare Eigenthum, welches die mehreren Vasallen bisher besessen haben, völlig aufgehoben wird. Eine solche Theilung erhält den Namen einer **Todtheilung**. Die Kennzeichen derselben sind vorzüglich die, wenn die theilenden Vasallen sich in den Theilungsurkunden solcher Ausdrücke bedient haben, aus welchen die gänzliche Aufhebung der Gemeinschaft deutlich zu schließen ist, oder, wenn diese nicht ganz deutlich wären, die Theilung selbst solche Folgen gehabt hätte, welche eine Todtheilung nothwendig zum voraus setzen 1). In Ansehung solcher Lehne aber, bey welchen die Sammtbelehnungen hergebracht sind, gehört als das sicherste Kennzeichen der Todtheilung, wenn die mehreren Vasallen sich jeder besonders für seinen Antheil haben bezeugen lassen 2). Von einer solchen Todtheilung ist eine bloße Theidigung, **Mitschierung** im engeren Sinne

Sinne 3) wohl zu unterscheiden, welche in einer solchen Gütertheilung besteht, wodurch nur einige Wirkungen des gemeinschaftlichen Eigenthumes, nicht aber dieses selbst und gänzlich, aufgehoben werden 4). Es gehört hieher die Art der Theilung, da die mehreren Vasallen, welche ein Lehn bisher gemeinschaftlich besaßen, den Besitz desselben bloß in der Absicht unter sich theilen, damit jeder einen bestimmten Antheil für sich administrieren und benutzen möge, und auf diese Weise den aus einer Gemeinschaft so leicht entspringenden Irrungen vorgebeugt werde. Hiervon ist das andere Sprüchwort: *Mutschierung bricht keine gesammte Hand*; zu verstehen. Diese Regel liegt wahrscheinlich schon im Kaiserrechte 5) bey folgender Stelle zum Grunde: „Syn ielich man sol wissin der gesamene lehin recht hat mit andern ludin Aber mit synen geborn mogen Der mag mutschar Ez en sy mit dez keyfers gebode wy enz den kompt so verlibint en dy ganerbin Teplet her aber se noch dez keyfers rechte also he ez dem lehin hat gesagt, Vorsterbin den dy eyne sythen so fallen sie in dez keyfers hant.“ Diese Mutschierung gab ohne Zweifel zu der Sächsischen gesammten Hand Anlaß, indem die auf diese Weise getheilten Vasallen zur Erhaltung ihres gemeinschaftlichen Eigenthums und des damit verknüpften gegenseitigen Erbfolgerechts sich gemeinschaftlich belehnen ließen 6), welche Art von Belehnung ursprünglich die Mitbelehnenschaft zum Unterschiede der gesammten Hand, die den wirklich gemeinschaftlichen Besitz des Lehns zum voraussetzte, benannt wurde 7). Heut zu Tage werden aber beide Benennungen als gleichbedeutend gebraucht.

1) S. Vorlegung der fideicommissarischen Rechte des Kurfürstl. Hauses Pfalz, auf die von dem 1777 verstorbenen Kurfürsten Max. Joseph in Baiern verlassene samtl.

Amn. Pande und Peure (Zwenbr. 1778. 4.) §. 47. C. 52. ff. und dazu die Beylagen Nr. 37. welche einen Ladtheilungs, Brief zwischen Graf Simon und Eberhard von Zweibrücken und Herrn zu Witschesnes und Graf Waltraben zu Zweibrücken andern Theils, von 1333 enthält.

2) *Pittmanni* element. jur. feud. §. 268. Note a.

3) In der weitern und etymologischen Bedeutung zeigt Wütschierung überhaupt eine jede freywilige Theilung an, jedem Mut in der alten teutschen Sprache so viel als freyer Wille; Willführ, schieren aber so viel als theilen angeigte. *Haltaus* gloss. m. a. C. 2382.

4) *C. G. L. Boehmer* de feudi communis divisione, §. 7. in dessen observat. jur. feud. nr. 8.

5) B. III. Art. 12. Man vergleiche hiemit die lateinische Uebersetzung von Senkenberg in dessen C. I. F. C. 16.

6) *Kind* diff. problema juris feudalis Sax. elect. cum in success. in feudum commune coinvestiti compossessores simultanee investitis potiores sint? §. 4. Lips. 1787.

7) *a Globig* comment. de rebus dubiis in jure feudali, obs. X. §. 2. B. 64.

§. 3. Da gegenwärtig in Deutschland das longobardische Fehnrecht die Regel ausmacht, so finden die angeführten Sprüchwörter nur alsdenn ihre Anwendung, wenn besondere Rechte oder Observanzen einer Fehnsecurie die Grundsätze des alten teutschen Rechts erhalten und bestätigt haben. Besonders ist dieses in den Ländern der Fall, wo die Sammtbelehrung den Grund der Fehnerbfolge abgiebt 1), von welcher beym vorigen Sprüchworte gehandelt worden ist.

1) *Boehmer* am a. O. §. 10.

## VIII.

## Lehen tragen Schulden.

## Anmerkung.

§. 1. Man hat sonst eine allgemeine Regel, welche heisset: Lehnfolger bezahlen keine Schulden, welche ihre Vorgänger gemacht haben, weil zwischen ihnen und den Gläubigern ihres Vorgängers gar keine Verbindlichkeit ist. Es ist aber auch bekannt, daß diese Regel nicht ohne Ausnahme ist, und daß die Schulden von dem Lehnfolger bezahlt werden müssen, wenn derselbe ein Sohn des verstorbenen Vasallen 1), oder eine wirkliche Lehnschuld vorhanden, oder das Lehen ein sogenanntes Erblehn ist. 2). Unter den Lehnsschulden werden diejenigen besonders verstanden, so dem Lehn gleichsam anfleben, und zu deren Abtragung der Lehnfolger allemal verbunden ist. Ganz anders verhält es sich mit den Erbschulden, so den Lehnfolger nichts angehen, sondern von den Landerben bezahlt werden müssen.

1) II. F. 45. S. von Braun: Ob der Sohn das Lehn behalten und die väterliche Erbschaft fahren lassen könne? in Schott's jurist Wochenbl Th. 4. Nr. 1. 1. Th. H. Pirner diss in II. F. 45. Frankf. an der Oder 1788. d. 5.

2) Gerdesius de onerib. vasalli feudalib. in dessen opusc. T. III. S. 305.

§. 2. Allein auch diese Regel hat ihre besondere Ausnahme, welche in diesem Sprüchwort enthalten ist. Nach demselben ist der Lehnfolger auch im Nothfall zur Bezahlung aller Schulden, ja sogar der Wechselschulden, in Ermangelung anderer Güter verbunden. Wenn auch gleich der vorige Besitzer, ohne Einwilligung des Lehnsherrns und der Seitenverwandten, das Gut

Gut mit einer Hypothek beschweret hätte. Aber es gilt dieses nicht allwärts, sondern es wird nur in dem Herzogthum Pommern 1) und Mecklenburg 2) so gehalten. In dem ersteren Lande soll dieses Spruchwort entstanden seyn 3). Entsteht nach dem Tode des letztverstorbenen Vasallen seiner Schulden wegen ein Conkurs, so werden jedoch dergleichen Erbschulden den Lehnschulden nachgesetzt 4).

1) Pommerische Lehen Constitut. tit. 22. *Mevius* P. II. d. 115. P. IV. d. 21.

2) *Müller* in usu pract. distinction. feudal. cap. XXI. dist. 1.

3) *Hertius* de paroem. jur. Epidipn. par. 43.

4) *Mevius* P. I. d. 254.

# R e g i - s t e r.

## A.

<b>Abrechnung statt Bezahlung</b>	427
<b>Abzugsgeld, desselben Ursprung 69. heutige Beschaffenheit</b>	71
<b>Acceptiren, was es nach sich zieht</b>	400
<b>Adel, wie derselbe erlanget wird 44. desselben Vorzüge</b>	45.
war ihn ertheilen kann 46. Freyheiten wegen der Güter	72
<b>Aemter, darunter werden Zünfte verstanden</b>	61
<b>Ärzte, unvorsichtige wie sie zu bestrafen</b>	478
<b>Ältere Leute, ob sie Zeugen abgeben können</b>	37
<b>Altar, Ursache ihrer Einführung in der Christenheit</b>	556
<b>Alter, desselben Eintheilung 25. 27. 28. hohes, desselben Vorzüge</b>	30 f.
<b>Alterthum kann Mißbräuche nicht rechtfertigen</b>	22
<b>Altwaterrecht, was es sey</b>	30
<b>Amtfassen, wer darunter zu verstehen</b>	673
<b>Ankläger, falscher wie derselbe bestraft worden</b>	603
<b>Anwartschaft auf ein Lehn was selbige wärte</b>	682
<b>Anweisung ist keine Bezahlung</b>	428
<b>Anverwandtschaft so durch die Taufe entsteht</b>	115
<b>Anzeigen, was sie sind 591. ihre Eintheilung</b>	592
<b>Appellation, ihre ehemalige Beschaffenheit</b>	559
<b>Argwohn, ob derselbe hinreichend zu einer Inquisition sey</b>	591
<b>Armen ihre Rechte 95. besonders bey Processen 557. können an einigen Orten keine Aemter erhalten</b>	95.
<b>Austräge, deren Ursprung und Eintheilung 518. Beschwerden so wegen derselben entstanden</b>	520

## B.

<b>Bären sollen vertilget werden</b>	195
<b>Bastart, Bedeutung dieses Wortes</b>	155
<b>Bauer, wer darunter zu verstehen</b>	48
<b>Bauern haben zuweilen Reichthumsrecht 7. Bauernhöfe 8</b>	
<b>Bedienten ihre Verbindlichkeit 55. Rechte, wenn sie Alters wegen nicht mehr dienen können</b>	57
<b>Beichte soll geheim gehalten werden</b>	533
<b>Bekennniß der Missethat wie sie beschaffen seyn muß 526. ob selbiges die Strafe mildere</b>	527
<b>Belie</b>	



## Register.

Beleidigungen, wie sie unter den Handwerkern ehemals be- straft worden	63
Beschimpfung, ob wider selbige eine Gegenbeschimpfung er- laubet	482
Beschreitung des Ehebettes 132. Rechte so daraus entste- hen	133
Bestehenen worinnen es bestanden	606
Besitz, dessen Eintheilung 325. Vortheile 326. und Ergreifung	328
Betrug, ob selbiger zu einer Ehescheidung Anlaß gebe	110
Bieber, ob solche zu fangen jedem erlaubt sey	197
Blinde, ihre Rechte	40
Blumenhuth	259
Bodmerencontract	410
Bodmerenbriefe der jüngsten Vorzug	412
Botmäßigkeit, was darunter zu verstehen	507
Braken, ob solches unter die Kaufmannschaft zu rechnen sey	60
Brangerechtigkeit, wer solche hat	57
Brant, wie sie ehemals e. langet worden	100
Brautschap, ob in Ansehung desselben eine Bürgschaft statt findet 106. worinnen er bey den alten Deutschen bestan- den	138
Briefe, Bedeutung dieses Wortes 11. von dem Beweis der durch sie geführt wird	537
Brüder, des älteren Vorzug bey Theilungen	31
Bubenjahre	27
Bürgen, Verbindlichkeit derselben bey den alten Deutschen 357. heutige Rechte	359
Bürger, ihr Ursprung 48. Nahrung und Gewerbe 58. Eintheilung	60
Bylbrief	410

### C.

Collegium, darin können keine Aunderwandten aufgenommen werden	175
Compromiß	518
Concubinar ist von der ungleichen Ehe unterschieden	153

### D.

Darlehn	345
Denunciant, wie derselbe von dem Ankläger unterschieden	424
	Deuts

## Register.

Deutsche sind Liebhaber von Gewohnheiten 9. ihre Auffich- tung gegen Fremde 13. Haupttugenden 21. Hochach- tung gegen den Ehestand 118. Verhalten bey Belaidigung- en 172. Seeräubereyen 127. Art zu Kriegen 243. Freysiebigkeit 243. Erbfolge 268. Gerichtsverfassung	509
Dienen auf Gnade	385
Dienstbarkeiten, der Güter ihr Ursprung 255. verschiedene Benennungen 256. Dauer	266
Dienstjahr	22
Dienstzwang	77
Dörfer, einige haben Reichbildrecht 6. wie sie solches er- halten 7. ob sie der Brangerechtigkeit genießen	58
Drohungen, ob selbige zu bestrafen	462

## E.

Edelmannsfreyheit in Bayern	193
Ehe, Haß der Deutschen gegen die andere 162. ob selbiger noch statt findet	163
Ehefrau ist bey einem entstandenen Concurs über ihres Man- nes Vermögen ihr Eingebrauchtes zu erweisen schuldig	441
Ehegatten ihrer Erbfolge	290
Ehehaften, verschiedene Benennungen derselben 326. ob man sich derselben begeben könne	252
Ehemann ist seiner Frauen Vormund 120. desselben Pflich- ten	125
Ehepacten	145
Ehescheidung wegen eines gespielten Betrugs	108
Ehestand, was zu desselben Vollziehung erfordert wird 96. Hochachtung der Deutschen gegen denselben	119
Ehre wird von den alten Deutschen hochgehalten 21. Ver- raubung derselben was sie wärte 22. wird durch die Heyrath mit einer Hure verlohren	85
Ehrenworte	334
Ehrlosmachung	23
Eichdämme, dürfen die Bauern nicht fällen	210
Eid, ob derselbe mündig mache 34. ob minderjährige zu demselben zuzulassen 35. Eperklichkeiten bey daffelber Ablegung 542. 608. erzwungener, ob solcher verbindet 545. sündliche Eide	547
Eigenthumsrecht 249. wie es behauptet werde 252. ge- meinschaftliches	395

## Register.

<b>Einlager, Ursprung desselben</b>	402.	<b>Beschaffenheit</b>	403
<b>Einlaß auf einem fremden Acker</b>			227
<b>Eintrittsrecht</b>	wird in Deutschland eingeföhret	276.	wie
	es in Ansehung der Entel damit gehalten wird		284
<b>Einwilligung, was sie würet</b>			377
<b>Eltern, ihre Schande gereicht den Kindern nicht zum Vorwurf</b>	89.	können wegen harter Begegnung von ihren Kindern gerichtlich belanget werden	160. von ihrer Erbfolge
			277
<b>Enterbung der Kinder</b>	wird in Deutschland bekannt		88
<b>Erbe, wer der nächste</b>			171
<b>Erbfolge der Deutschen</b>	268.	in Ansehung der Eltern	270.
	Entel	276.	Seitenverwandten
		271.	Ehegatten
<b>Erbchaft</b>	wird zuweilen von dem Elco eingelegen	326.	Theilung derselben wenn sie vorzunehmen
			311

## F.

<b>Fackel, was sie verzehret, ist Fährniß</b>			189
<b>Fahrlehn, was darunter zu verstehen</b>			42
<b>Faustwänder, ihre Rechte</b>			324
<b>Fällisten, verschiedene Gattungen derselben</b>	657.	ihre Rechte	658.
<b>Fischerey</b>	gehört unter die Regalien		198
<b>Fischottern zu fangen,</b>	ob solches jedem erlaubt sey.	ebend.	
<b>Flucht, ob sie eine Anzeige einer begangenen Missethat sey</b>			595
<b>Flur, verschiedene Bedeutungen hiervon</b>			508
<b>Forstgerechtigkeit, ob sie zur peinlichen Gerichtsbarkeit gehöre</b>			199
<b>Forstliche Herrlichkeit, worinnen sie bestehe</b>			ebend.
<b>Frage, ungebührliche, ob solche für eine Beleidigung zu halten</b>			493
<b>Frauenspersonen, Eintheilung ihres Alters</b>	28.	ob sie wegen läderlicher Aufführung enterbet werden können	88.
	sind zu einer größeren Keuschheit als die Mannspersonen verbunden		109
<b>Freiheit des Willens</b>	wird bey allen Handlungen erfordert		333
<b>Freiheiten adelicher Güter</b>	72.	heutige Beschaffenheit derselben	73.

## Index.

**Fremde** müssen sich nach den Rechten des Ortes ihres Auf-  
enthaltes richten, 131. **Verordnung** des Reichsgesetzes von  
denselben 130. 14  
**Früchte** wenn selbige den Erben gehören 263

## G.

**Gartenbau** wird den Deutschen bekannt 228  
**Gartenrecht** 230  
**Geldrecht** 14  
**Gedanken**, ob in Ansehung derselben eine Strafe statt fin-  
det 442  
**Gedinge**, was darunter zu verstehen 1  
**Geld** macht den Markt 364  
**Gegenheit** zum Stehlen, ob solche dem Dieb zur Entschul-  
digung gereiche 450  
**Geleit**, desselben Ursprung 582. Beschaffenheit 584. wie  
es durch Worte gebrochen wird 584. bringt der Kaiser  
mit sich 624  
**Gelten**, was es bedeute 391  
**Gemeinschaft** der Güter unter den Ehegatten 129. wenn  
sie anfängt 134. derselben Wirkung in Ansehung der  
Schulden 130  
**Gerade**, ihr Ursprung 294. Eintheilung 295. verschie-  
dene Rechte 296. Wirkungen derselben 298  
**Gerichtbarkeit**, kaiserliche, ihre ehemalige Beschaffenheit  
521  
**Gerichtswesen** in Deutschland wird von Carl dem Großen  
verbessert 15. ehemalige Beschaffenheit 505  
**Gerüchte**, allgemeines, was dabey zu beobachten 486. ob  
darauf eine Inquisition anzustellen 592  
**Gerüste**, worinnen es bestanden 579  
**Gesetze**, was sie sind 16. wenn sie ihre Kraft verlieren 185  
**Gewähr**, was darunter zu verstehen 342. 367  
**Gewährleistung**, wie lange sie verlangt werden könne 242.  
wenn sie nicht weiter statt habe 417  
**Gewohnheit** 9. alte, ob auf selbige zu halten sey 11. un-  
vernünftige ist abzuschaffen 20  
**Gilde**, Bedeutung hiervon 61  
**Glaube**, guter, worinnen er bestehe 240. ob er bey der  
Verjährung nothwendig sey 241  
**Gütscontracte**, verschiedene Gattungen derselben 414  
**Grade** wenn selbige dem Recht voranziehen 615  
**Heilb. Sprüche** 99 Gnade

## Regist.

Quadenkauf	378
Gut, eingebracht, was dazu gehört, 141. Nicht nicht zu rück, sondern vorwärts	272
Güter, adeliche, derselben Freyheiten	78
Güterstrafen	611

Hagen, Bedeutung hievon	203
Halbgeschwister, ihre Erbfolge	287
Hand, die ärgere, Bedeutung 152. blutige, was darunter zu verstehen 316. Hand muß Hand wahren 346. treue Hand, Bedeutung dieses Ausdrucks 353. Hand und Halftergebung	432
Handhafte Thaten	578
Handfesten	538
Handwerk, ob einer mehr als eines treiben darf	67
Handwerksleute, unvernünftige Gewohnheiten unter demselben 21. 63. werden abgeschafft 23. 63. ob sie das Recht zu strafen haben 64. derselben Vortheile	65
Handwerksachen gehören vor den Rath	565
Hauptgut, was darunter zu verstehen	143
Hausehre, dessen Bedeutung	126
Hausfrieden, Verordnungen davon	381
Haveren	411
Heergewette, was es sey	294
Heerschild, desselben Bedeutung	41
Fehler, desselben Strafe	456
Heilige werden bey der Eidesleistung gebraucht	608
Heurecht	258
Heren, wie man mit ihnen vormals verfahren	475
Heyrath der alten Deutschen 28. mit einer Leibesgenen Person, was sie würde 75. mit einer Hure zieht den Verlust der Ehre nach sich 86. wird durch das päpstliche Recht entschuldigt 87. ins Blut thut selten gut 112. ob sie den Miethscontract aufhebe	116
Huren gehören unter die ehrlosen Leute	85. 474
Hütungsgerechtigkeit, worinnen sie bestehe	257
Hypothenen, ihr Vorzugsrecht	323

Jagd gehöret unter die Regalien	195
Jahre der Kindheit	28. 27

Infas

## Register.

Infamie, wenn sie in einen Arthel erkannt wird, trifft nicht den Procurator, sondern dessen Principal	492
Injurienklage, ob sie gegen die Eltern statt habe	159.
den alten Deutschen unbekant gewesen	465
Inquisitionsschmerz bey den alten Deutschen	574
Juden dürfen keine unthätigen Güter kaufen	362
Jugend ob sie dem Verbrecher zur Entschuldigung gereiche	38
Jungfern, mündige, ob sie unter der Vormundschaft stehen	182
K.	
Kaßzeit	204
Kauf, was er erfordere 361. wie er aufgehoben werde 370. ob er die Miete aufhebt 388. Streit so darüber erregt worden	389
Kaiser, desselben Recht in Ansehung der Standeserhebung	44
Kerbzettel, ehemaliger Gebrauch	539
Kinder, ob sie Zeugen seyn können 37. werden manchmal um ihrer Eltern Missethat wegen bestraft 89. ehelich gebohrne ihre Rechte 150. ihre Erbfolge 285. 305. uneheliche, desselben Zustand bey den alten Deutschen 157. ihre Rechte	158
Kinderjahre wie weit sie gehen	26
Kindermord, desselben Strafe	451
Kindschaft, wenn selbige vermuthet wird	143
Kirchen, ihr Ursprung 650. sind bey den Catholiken consecrirt 654. bey den Protestanten aber nicht ebend.	
Kirchenbuße ist nicht ehrlos	666
Kirchengüter 191. dürfen nicht veräußert werden	193
Kirchhöfe, ihr Ursprung 651. Verschönerkeit über selbige 653	
Kirchenschulden, ihr Vorzug bey einem entstandenen Concurse	424
Kläger, was er zu beobachten hat	523
Köhre	1
König, römischer 617. Streitigkeiten über desselben Wahl	618
Kostgeld, desselben Vorzug bey einem entstandenen Concurse	424
Krumstab, dessen Bedeutung 647. schliesse niemand aus	678
Kürgeld, was es bedeute	310
Kuß, ein Zeichen des Friedens 495. unerlaubter, eine Beschimpfung	496

## Regist.

### L.

Landding	2
Landeshoheit, ihr Ursprung	626
Landeshuldigung 630. ihre Eintheilung	631
Laster, welches bey den alten Deutschen das größte gewesen	81
Lehen, ihr Ursprung 668. ob sie auf die Weiber fallen	676
Lehnmann ist von einem Unterthan unterschieden	679
Lehnschutden	691
Lehnwaare, ihr Ursprung	673
Leibeigene werden in die Städte verlegt 50. erhalten ihre Freyheit durch eine Verjährung 54. ihr Ursprung 73.	
Abgaben	392
Leibzigeuschaft, wie sie entsteht	74
Leibgeding	140
Leibgut	143
Leibhühner	52
Liedlohn, desselben Vorzug bey einem entstandenen Concurs	425
Lotterien	416
Lust ist der Herrschaft unterworfen	188

### M.

Meitenrecht	58
Meisterrecht	67
Meisterstück	ebend.
Menschliches Alter, desselben Eintheilung	27
Miete, ob sie durch den Kauf aufgehoben werde	388
Milderung der Strafe wenn sie statt habe	587
Minderjährige ob sie zu einem Eid zuzulassen	34
Mißbrauch macht keine Gewohnheit	22
Mißbräuche so abgeschafft worden 23. besonders bey den Handwerkern	23. 62.
Mißheyrathen	123
Mißrechnen ist keine Bezahlung	430
Missethat, Beweis derselben	589
Mitbelehnenschaft, ihr Ursprung	684
Mischwörter 541. in peinlichen Fällen	606
Moratorien, Beschaffenheit derselben	437
Mühlenrecht	256
Müller, Vorurtheil von denselben	90
Mündiges Alter, wenn es sich anhebet	28
Muthen, Erklärung davon	220
Mutschierung trägt keine gesammte Hand	627
Mutter, so zur andern Ehe schreitet	165

## Regist.

### M.

Nahrung der Bürger 59. gehört nicht zu dem Erbe	301
Nachlässigkeit, was sie nach sich zieht	418
Nachsteuer, Ursprung 69. heutige Beschaffenheit	71
Neubau, worinnen selbiger bestehe	240
Noth, allgemeine, ihre Wirkung 185. entschuldiget das Verbrechen	433
Nothlüge, ob solche erlaubt	336

### O.

Oberherr, Unterschied desselben von einem Erbherrn	635
Oberkeit, forstliche, worinnen sie bestehe	199
Obervormundschaft der Deutschen	177
Obrigkeit, weltliche, kommt mit der Clericalen der Gerichtsbarkeit wegen in Irrung	543
Opfer	421

### P.

Peinliche Anklage	574
Pfand wird in verschiedener Bedeutung genommen 318. ob es verjähret werde 321. Wiedereinlösung desselben	322
Pfandreht, desselben Dauer	379
Pferdehandel, was bey demselben zu beobachten 248. wird wegen der Hauptmängel aufgehoben	ebend.
Physiognomie, ob sie eine Anzeige angebe	598
Policensachen, was dazu gerechnet werde 564. ob sie eine Appellation zulassen	565
Priester, Pflicht, derselben wegen des Weichstuhls	533

### Q.

Quinquagenellen kommen aus der Hölle	437
--------------------------------------	-----

### R.

Raubthiere, Verordnung von selbigen	196
Rauchhuhn	54
Recht 16. zu viel ist unrecht 18. der Erstgeburt	309
Reichspfandschaften	320
Reichsassen, wer darunter zu verstehen	637
Reinigungseld	605
Reupuß	162
Religionsachen	641
Reliquien der Heiligen, ihr Gebrauch	608
Richter, worauf er im Urtheilen sehen muß	2. 12. 18
Ring, dessen dürfen sich nur Verlobte bedienen	99
Rittergüter, Freyheiten derselben	71. 72
Rückfallsrecht	280



# Register.

## S.

Sachen, gefundene, was bey selbigen zu beobachten	215. 216
Schaden so von ohngefähr entstanden	416
Schick so gefunden worden, wenn derselbe gehört	214
Scheinkauf	376
Scheim, Bedeutung dieses Worts	85
Schenkung, derselben Rechte 245. ob solche allezeit vermun-	
thet werde 345 a. Kirchen und Klöster	410
Scherz, was dabey zu beobachten	487
Schiedsrichter	518
Schild, was er bedente	41
Schöffen, wer sie gewesen	15
Schriftfassen	636
Schürfen	218
Schulden sind unter Ehegatten gemein 130. sind die Erben	
zu bezahlen schuldig 314. herrschaftliche, ihr Vorzug bey	
einem Concurs	411
Schuldbner, böse, ihre Bestrafung	433
Schuldhurm	435
Schützen, ihr Ursprung 511. Verrichtung	512
Schußgerechtigkeit, ihr Ursprung 632. Beschaffenheit	633
Selbststrache wenn selbige erlaubet sey 231. fand bey den	
alten Deutschen der Injurien halber statt	365
Senioratsrecht	31
Sequester, Beschwerlichkeiten so damit verbunden	356
Sibbe 166. ihre Eintheilung 167. Erbfolge nach derselben	
	283
Siegel, was darunter zu verstehen	11
Spanndienste der Bauern, was sie sind	79
Spiele, selbigem sind die alten Deutschen sehr ergeben ge-	
wesen	414
Städte; ihre Rechte heißen Willkühr 1. ob sie Gesetze	
machen können 3. ihr Ursprung in Deutschland	49
Standeserhebung, wenn selbige zukommt	46
Stehlen in Hungersnoth	186
Sterbejahr, wer den Nutzen davon hat	662
Stiefmutter	162
Stiftungen, milde, ihr Vorzugsrecht bey Concursen	422
Stillschweigen ob es für eine Einwilligung zu halten	97.
	343
Strafe, wenn sie erlassen werden könne 450. des Dieb-	
stahls 459. Kindermords 461. der Betrüger 570. wird	
zu	

## Regist.

zuweilen an dem Willen des Verbrechers vollzogen	581
und nach desselben Tod	503
Strenge der Gesetze wie sie zu mäßigen	48
Studentengut, ob es zollfrey ist	638
Stufen des menschlichen Alters	27. 58

## T.

Tauben wozu sie gerechnet werden	268
Taufe, aus derselben entsteht eine Verwandtschaft	115
Taufpachten	116
Tausch, gewaltsamer, ob er ein Raub sey 464. Tausch contract	400
Theilnehmung an einem Verbrechen	498
Theilung väterlicher Erbschaft, 307. bricht gesamte Hand	687
Tod hebet alles auf	503
Todesurtheil wie es zu vollstrecken	613
Trauring	99
Treue der alten Deutschen	338
Trunkenheit ob sie zur Entschuldigung gereiche	447
Tugenden der alten Deutschen	81

## U.

Ueberhang der Kasse in eines andern Garten	231
Umgang, vertrauter, durch denselben wird die Verleumdung verziehen 480. mit verdächtigen Worten ist eine Anzeig gang	596
Ungehorsam gegen die Richter wie er ehemals bestraft worden	525
Unmündige 26. von ihren Vormündern	177
Unrecht, hundertjähriges, ist keine Stunde recht 29. ist auch zuweilen Recht	668
Unschuld, derselben Vertheidigung zu führen ist jedem erlaubt	609
Unwissenheit, ob sie jemand zur Entschuldigung gereiche 443. verschiedene Grade derselben	448
Urkunden, ihre ehemalige Beschaffenheit	589
Urtheilsscheltung	537
Urtheilsvollstreckung	572

## V.

Voraussetzung der Kirchengüter 20. 198. wenn sie bey andern Gütern steht habe	254
Verbindlichkeit der Bedienten	15
	Vers

## Register.

Verbrechen, ihre Eintheilung 175. so aus Muthwillen begangen worden	472
Verfangenschaftsrecht	282
Vergleich gereicht zum Vortheil	517
Verjährung, ob durch dieselbe eine Gewohnheit eingeführt wird 20. durch sie wird die Befreyung von der Leibeigenschaft erhalten 54. wie viel Zeit ehemals dazu erfordert worden 233. heutige Verjährungszeit 234. ist in Deutschland verschieden 235. der alten Deutschen ist verschieden	237 f.
Verläufer, von denselben Pflichten	365
Verlöbniß bey den alten Deutschen 99. heimliche stiftet keine Ehe 101. wird in dem päpstlichen Recht für gültig gehalten 102. wie sie aufgehoben werde	118
Verlust der Ehre	83.
Verpfändung unbeweglicher Güter was hierzu erfordert werde	312
Verwaltung fremder Geschäfte	352
Vogelfang, ob selbiger unter dem Wildbann begriffen	207
Vollstreckung des Todesurtheils	614
Vorladung vor das Gerichte, ihre ehemalige Beschaffenheit 524. ist mit dem sichern Geleit verbunden	525
Vormundschaft, römische 120. der unmündigen 177. des unverheyratheten Frauenzimmers	122
Vorstädte, ihr Ursprung 50. verschiedene Rechte	51
Vorzüge des Adels 45. besondere, des ältern vor dem neuen 46. des Alters überhaupt	31

## W.

Waaren, verbotene 365. wie derselben Werth zu bestimmen	375
Wechselbrief, was denselben Annehmung nach sich ziehet	406
Wechselschuldner wie mit selbigem zu verfahren	436
Wehrmann	483
Weichbild, verschiedene Bedeutung 6. Weichbildrecht haben einige Dörfer	8
Weihnacht, wenn sie den Erben gehöret	264
Weichthümer	174
Wiederklage, was dabey zu bemerken	431
Wiedervergütungsrecht in Ansehung der Erben	301
Wiesen, derselben Rechte	259
Wildbahn, Erklärung davon	205

Wilde

## Register.

Wildbann, Erklärung davon	205
Wilddiebstahl, desselben ehemalige Strafe	200
Wildfangsrecht	75
Willführ, was darunter zu verstehen	1
Wind ist der Herrschaft unterworfen	187
Windmühlen, selbige zu erbauen ist nicht jedem erlaubt	188
Wittemon, Erklärung davon	99
Wittum, desselben ehemalige Beschaffenheit 139. ist von dem Leibgeding unterschieden	140
Witwen ihr Recht wegen des Leibgedinges 144. in Ansehung der eingebrachten Güter	145
Wölfe, Verordnungen wegen ihrer Ausrottung	196
Wuchern ist verboten	408
Würde, fürstliche, wie selbige ertheilet werde	41

## Z.

Zaungerichtigkeit	238
Zehend, Ursprung 659. wer solchen zu geben schuldig	660
Zerte, Bedeutung hievon	539
Zetterschrey, worin es bestanden	579
Zeugen, ihr Alter 37. Eigenschaften	529
Zeugeneid, Feyerlichkeiten bey desselben Leistung	ebend.
Zugniß der Kinder 37. der Brödlinge	531
Zinsen der Leibeigenen 51. von ausgeliehenen Capitalien	406. 407
Zünfte, verschiedene Benennungen derselben 61. Mißbräuche werden bey selbigen abgeschafft 63. Ob der Müller Söhne von selbigen ausgeschlossen werden können 92. Imgleichen der Schäfer und Schinder Söhne	93
Zusage, Verbindlichkeit so daraus entsteht	342
Zuwachs, von desselben Rechte	226
Zweykampf, ehemalige Erlaubniß desselben 466. Verbot	467

22  
23  
24  
25

100 100 100

100 100 100

100 100 100

100 100 100

26  
27  
28

100 100 100

100 100 100

3

29

100 100 100

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

100 100 100

1

100

100 100 100

100

# Verzeichniß der Sprüchewörter.

## Erste Abtheilung.

### von den deutschen Rechten überhaupt.

I. Wirtshaus bricht Landrecht, oder: Geding bricht Landrecht	S. 2
II. Wirtshaus haben auch Reichbildrecht	6
III. Eine alte Gewohnheit soll man nicht brechen	9
IV. Eine alte Gewohnheit ist stärker, als Brief und Siegel	11
V. Ländlich stilles. Oder: Landesweise ist Landes Ehre	13
VI. Der Schöff wecket zu recht	15
VII. Zu viel Recht ist Unrecht	18
VIII. Hundert Jahr unrecht ist keine Stunde recht	20
IX. Mißbrauch ist keine Gewohnheit	22

## Zweyte Abtheilung

### von den besondern Rechten der Personen.

#### I.

#### Nach dem Alter, imgleichen wegen Gebrechen.

I. Sieben Jahr ein Kind	25
II. Zehen Jahr ein Kind	26
Zwanzig Jahr ein Jüngling	
Dreißig Jahr ein Mann	
Vierzig Jahr wohl gethan	
Fünzig Jahr stille Pahn	
Sechzig Jahr gebts Alter an	
Siebenzig Jahr ein Greiß	
Achtzig Jahr nimmer weiß	
Neunzig Jahr der Kinder Spott	
Hundert Jahr Genade Gott	27

## Verzeichniß

III. Das Alter gehet vor	30
IV. Der Eid macht mündig	34
V. Kinder und Narren reden die Wahrheit	37
VI. Jugend hat nicht allezeit Jugend	38
VII. Ein blinder Mann ein armer Mann	40

### II.

#### Nach dem Adel, Bürger- und Bauerstande.

I. Es erhöht nichts des Mannes Schild, denn Fahnlehn	41
II. Wen der Kaiser adelt, der genießt auch des Kaisers Adel	44
III. Wer kein Edelmann ist, gilt vor einen Bauer	48
IV. Bürger und Bauer scheidet nichts, denn die Namen	48
V. Keine Henne fliegt über die Mauren	52
VI. Herrendienste sind keine Ehegeschäfte, oder: Herrendienst erbet nicht	54
VII. Einmal Bürgermeister, allezeit Bürgermeister	54
VIII. Das Brauen bringt den Bürgern eine goldene Nahrung	57
IX. Brauwerk ist keine Kaufmannschaft	60
X. Die Aemter und Zünfte müssen so sein seyn, als wenn sie von den Laien gelesen	61
XI. So weit Handwerksgewöhnheit geht, so weit können sich auch die Handwerker helfen	63
XII. Das Handwerk hat einen goldenen Boden	65
XIII. Bierzehn Handwerke, fünfzehn Unglücke	66
XIV. Meisters Sohn bringt das Recht mit sich	67
XV. Wenn einer zieht ein, soll man ihm helfen mit Rath; wenn er zieht aus, soll man ihm nehmen, was er hat	69
XVI. Frey Mann, frey Gut	72
XVII. Die Fast magst du freizeigen	73
XVIII. Erist du mein Huhn, wirfst du mein Hahn. Oder: Die unfreye Hand ziehet die freye nach sich	75
XIX. A. Wenn der Bauer nicht muß, so regt er weder Hand noch Fuß	76
XIX. B. Der Bauer muß dienen, wie er bespannt ist; und: Der Bauer dient, wie er bespannt seyn muß	78

### III.

#### In Ansehung der Ehre und guten Freymuths.

I. Man soll lieber zehen ehrlich machen, als einen guten Schelm	81
II.	81

## Der Sprichwörter.

II. Ehe verlohren aus Verlohren	S. 84
III. Wer eine Hure zur Ehe nimmt, der ist ein Schelm, oder will zum Schelm werden	85
IV. Eine Frau mag ihre Ehre wol kränken	87
V. Erleht mein Vater, so hängt ein Dieb	89
VI. Der Müller ist fromm, der Haare auf den Zähnen (auf der Zung und in der Hand) hat	90
VII. Schäfer und Schinder sind Geschwister Kinder	92
VIII. Armuth ist keine Schande noch Unehre	ebend.

## IV.

### Von Heyrathen und Rechten der Eheleute.

I. Anwerbung macht keine Verbindung	96
II. Keine Antwort, ist auch eine Antwort	97
III. Ist der Finger beringet, so ist die Jungfer bedinget	98
IV. Heimliche Verlobniß stifet keine Ehe	101
V. Alle Freyer reich, alle Gefangne arm	104
VI. Für einen Bräutigam ist gut Bürge seyn	106
VII. Es ist niemand schuldig, die Kuh mit dem Kalbe zu behalten	108
VIII. A. Schwägerschaft hindert am ehelichen Leben, fördert aber nicht zum Erben	111
VIII. B. Heyrathen ins Blut, thut selten gut	112
IX. Der Lauffstein schetdet	115
X. Wer freyen will, muß erst quaddienen	116
XI. Hast du mich genommen, so mußt du mich behalten	117
XII. Mann und Weib sind ein Leib	118
XIII. Mann und Weib haben kein geweytes Gut zu ihrem Leibe	120
XIV. Ein Ritters Weib hat Ritters Recht	121
XV. A. Der Männer Ehre ist der Frauen Ehre, der Weis per Schande ist auch der Männer Schande	125
XV. B. Hausehre liegt am Weibe und nicht am Manne	126
XVI. Die den Mann trauet, die trauet die Schuld	129
XVII. Ist das Bett beschriften, so ist das Recht erstritten	132
XVIII. Wenn die Decke über den Kopf ist, so sind die Ehe leute gleich reich	134
XIX. Ist der Schleyer, und Schleyer der Gut	136
XX. Leib an Leib, Gut an Gut. Wenn ich meinen Leib gönne, dem gönne ich auch mein Gut	137
	XXI.



## Verzeichniß

XXI. Reiche Weiber machen arme Kinder	S. 138
XXII. Eingbracht Gut ergreift auch ererbtes Gut	141
XXIII. Leibgut schwindet Hauptgut	143
XXIV. Theuer im Oef, theuer wieder heraus	145
XXV. Kinderzeugen bricht Ehestiftung	ebend.

### V.

#### Von den Rechten der Eltern und Kinder.

I. Die Mutter sagt es, der Vater glaubt es, ein Narr zweifelt daran	148
II. Das ehelich geborne Kind behält seines Vaters Heerschold	150
III. Das Kind gehöret zu der ärgern Hand	152
IV. Keine Mutter trägt einen Bastard	155
V. Kein Vater kann seinen Sohn schelten	159
VI. Ein Vater kann eher zehn Kinder ernähren, als zehn Kinder einen Vater	160
VII. Wer eine Stiefmutter hat, der hat auch einen Stiefvater	162
VIII. Ein Stiefvater, eine Stiefmutter. Wenn die Henne zum Hahn kommt, so vergift sie ihre Jungen	165

### VI.

#### Von den Rechten der Anverwandtschaft.

I. Im siebenten Grad endet sich die Liebe	166
II. Art läßt nicht von Art. Keine Ael heelt eine Taube	168
III. Das Hemd ist mir näher als der Rock	170
IV. Niemand schändet sein eigen Gesicht. Niemand sprietz in seinen eigenen Bart	172
V. Wenn die Frau todt ist, so hat die Schwägerschaft ein Ende	173
VI. Nimmer gut der Schwäger Rath thut	175

### VII.

#### Von Vormandschaften.

I. Es wird nie ein treuer Vormund gefunden	177
II. Bey viel Hirten wird übel gehütet	180
III. Wer die meisten Stimmen hat, der hat das meiste Recht	181
IV. Eine Jungfer steht vor einem Mann	182
	Dritt.

Dritte Abtheilung

von den Rechten der Sachen und Güter.

Von dem Eigenthum und dessen Erhaltung.

- |  |        |
|--|--------|
| I. In der Noth sind alle Güter gemein  | 185    |
| II. A. Der Wind gehöret der Herrschaft   | 186    |
| II. B. Was die Fackel verzehret ist Fahreniß   | 189    |
| III. Kirchengut hat eiserne Zähne  | 191    |
| IV. Die Edelknechte im Bayerlande mögen jagen, so weit sich<br>das Blaue am Himmel erstreckt               | 195    |
| V. Allen Thieren ist Erlebe-gesehet, außer Hirschen und Wolfen   | 195    |
| VI. Otter und Viber haben keine Hage   | 197    |
| VII. So weit ein Strafgericht gehet, so weit gehet auch der<br>Forst                                       | 198    |
| VIII. Wohin der Dieb mit dem Strang, dahin gehöret der<br>Hirsch mit dem Fang                              | 200    |
| IX. Wenn der Busch dem Reuter an die Sporn,<br>So hat der Unterthan sein Recht verlohren                   | 202    |
| X. Wer mag jagen, der darf auch hagen  | 203    |
| XI. Man muß der Kalbzeit ihr Recht lassen  | 204    |
| XII. Vogelfang gehöret zu dem Wildhahn   | 205    |
| XIII. A. Die Tauben haben keine Gall, und sind der Prete<br>überall  | 208    |
| XIII. B. Der Eichenbaum für die Stadt  | 210    |
| XIV. Was ich von meinem Feind bekomme, das ist mein  | 212    |
| XV. Dein Hund mein halb  | 214    |
| XVI. Ein Hund verhohlen, ist so gut als gestohlen  | 216    |
| XVII. Es hat jedermann ein freyes Schürfen   | 217    |
| XVIII. Der erste Findex ist auch der erste Bräther   | 220    |
| XIX. Nicht die Muthung, sondern die Bindung eines Garb<br>ges erlanget das Alter im Felde                  | 221    |
| XX. Aller Schatz unter der Erden begraben, wider dem ein<br>Pflug gehet, gehöret zu der königlichen Gewalt | ebend. |
| XXI. Ist die Henne stein, so gehören mir auch die Eyer   | 225    |
| XXII. Wer säet, der mähet  | ebend. |
| XXIII. Gartenwert Battenwert   | 228    |
| XXIV. Was in des Nachbars Garten fällt, das ist sein   | 230    |
| XXV.   |        |

## Verzeichniß

XXV. Dem der Hagen, dem ist auch der Graben	S. 232
XXVI. A. Dem Zweifler gebüret nichts	233
XXVI. B. Es ist schon über Jahr und Tag	237
XXVII. Ein Jahr böse, hundert Jahr böse	240
XXVIII. Jahr und Tag ist die rechte Gewähr	242
XXIX. Gargbadatba sch niemand reich	243
XXX. Wider Willen kann man einem wol was nehmen, aber nicht geben	246
XXXI. Einem geschenkten Gaul soll man nicht sehn ins Maul	248
XXXII. Wenn einer sein Gut findet, da spricht er es an	249
XXXIII. Das Gut folget seinem Herrn	251
XXXIV. Das Gut löset seinen Herrn	254

## II.

### Von Dienstbarkeiten der Güter.

I. Kein Müller hat Wasser und kein Schäfer Weide genug	255
II. Die Wiese gehet in das Heu zu St. Georgen: Tag	258
III. Das Holz muß pfeßlich gehalten werden	259
IV. Was die Erde bestrichen und die Hacke bedeckt, das folget dem Erbe	262
V. Du heist Urben, bist weder gerathen noch verborben	264
VI. Was nicht eine bestimmte, gemessene, und gemessene Zeit hat, wird allwege auf ewig verstanden	266

## III.

### Von Erbschaften.

I. A. Wer will wohl und selig sterben, laß sein Gut dem rechtem Erben	267
I. B. Es stirbt kein Gut zurück, sondern vorwärts	272
II. Es ist nichts liebers als Kindes Kind	274
III. Das Kind fällt wieder in der Mutter Schoß	277
IV. Das Goet moet gaen van dar et gekomen ist	280
V. Der nächste zur Ehre, der nächste zur Erbschaft	282
VI. So viel Mund so viel Mund	285
VII. Hochgeburts tritt ein Ehegatter weiter	287
VIII. Längst Leib längst Gut	290
IX. Der Letzte schließt die Thür zu	292
X. Bei der Raß hat, schiert den Vag	293
XI. Der nächste Mistel erbt die Gerade	294
XII.	

## Der Spottredner.

XII. Gerade hat viel ungerades	297
XIII. Die Gerade geht nicht über die Brücken	299
XIV. Nahrung ist kein Erbe	304
XV. Gleiche Brüder gleiche Kappen	305
XVI. Der älteste theilt, der jüngere kauft	307
XVII. Die Schulden sind der nächste Erbe	314
XVIII. Erbsitz ist kein Binst	314
XIX. Wer einen Heller erbt, muß einen Thaler bezahlen	313
XX. Die blödsige Hand neemt geen Erbsitz	316

### IV.

#### Vom Pfandrecht.

I. Pfand giebet oft Land	318
II. Verfaß verjähret nicht	321
III. Die ältesten Briefe gehen vor	322

### V.

#### Vom Besitz.

I. Selig ist der Besitzer	324
II. Der Tote erbt den Lebendigen	327
III. Wer nicht kann sechten, gewinnt nichts im rechten	328

### Vierte Abtheilung

von den Verbindlichkeiten bis aus allerley Bedingungen entstehen.

I. Der Wille ist des Wertes Gast; der Wille giebt dem Wert den Namen	332
II. Ehrenworte binden nicht	334
III. Eine Nothlüge schadet nicht	335
IV. Wenn die Füße gebunden sind, läuft die Zunge am meisten	337
V. Ein Wort ein Wort; ein Mann ein Mann	338
VI. Zusagen macht Schuld	342
VII. Schweigst du still, so ist dein Mund	343
VIII. Geborgt ist nicht geschenkt	344
IX. Hand muß Hand wahren	346
X. Freundschaft oder guter Wille macht kein Recht	349
XI. A. Man muß mit andern Sachen schaffender umgehen, als mit seinen eigenen	350
XI.	

## Verzeichniß

XI. B. Wer ist fromm, welcher ungepißt Geld wieder giebt	S. 353
XII. Sequester machen leere Nester	356
XIII. Bürgen soll man wählen	ebend.
XIV. A. Bieten und Wieberbieten macht den Kauf	360
XIV. B. Geld macht den Markt	364
XV. A. Kauf erfordert Kaufmannsgut und Kaufmanns Glauben	365
XV. B. Was mir einer gewähren muß, das kann er mir selbst nicht entzählen	367
XVI. Ein Verkäufer lobet seine Waare	368
XVII. Kaufmannschaft leidet keine Freundschaft	369
XVIII. Kauf und Vassensreich sind ungleich	370
XIX. Das Besehen hat man umsonst	371
XX. Wer die Augen nicht aufthut, der thut den Beutel auf	ebend.
XXI. Es ist ein Ding, wie man es achtet	373
XXII. Eine Tax kann ein jeder machen: aber Leute zu schaf- fen die auf den gemachten Tax kaufen, ist nicht eines jed- wedem Thun	375
XXIII. Man giebt nicht viel Goldes um ein Ey	376
XXIV. Wer sagt A der muß auch wol B sagen	377
XXV. Wer ein Haus bauet, der bezahlt es, wer eines kau- fet, der findet es	378
XXVI. Ein Haus ein Brand	ebend.
XXVII. Eigen Heerd ist Goldes werth	380
XXVIII. Wer das Bett verheuret, muß auf dem Stroh schlafen	382
XXIX. Gedingt Pferd macht kurze Weiten	384
XXX. Wer auf Gnade dienet, soll mit Warmherzigkeit be- lohnt werden	385
XXXI. A. Kauf geht vor Miete	388
XXXI. B. Was der Hirt in seiner Hut verlihet, das soll er gelten	391
XXXII. Die Henne trägt das Hantlohn auf den Schwanz mit sich	392
XXXIII. Gemein ist selten ein	395
XXXIV. Viel Köpfe viel Sinn	397
XXXV. Gesommt Gut, verdammt Gut	398
XXXVI. Wer ungedenken zur Arbeit gehet, der gehet auch ungedantet davon	ebend.
XXXVII. Man hüte sich vor der ersten Auslage	399
XXXVIII.	

## Der Spruchwörter.

XXXVIII. Getauscht ist getauscht	B. 395
XXXIX. Wer acceptiret, muß bezahlen	400
XL. Köstliche Mahl heisset Gieselmahl	402
XLI. A. Die Tochter frißt die Mutter	405
XLI. B. Büchern ist mir verbbren, es fehlt mir an der Hauptsumme	408
XLII. Ein Brief goet vor Bodmery: Brief	410
XLIII. Von Bodmery ist man keine Hawerey schuldig	411
XLIV. Der jüngste Bodmerybrief gehet allen andern dergleichen Briefen vor	412
XLV. Die auf einem Schiff zur See, sind gleich reich	413
XLVI. Wägen gewinnt, wagen verliert	414
XLVII. Gottes Allmacht ist allezeit ausgenommen	416
XLVIII. Für Gewalt ist man zu gewähren nicht schuldig	417
XLIX. Vorsehen ist auch verspielt	418
L. Kein Pfaff giebt ein Opfer wieder	419
LI. Schuld zahlen macht Hauptgeld	421
LII. Herren und Heiligen gehen über alles	422
LIII. Kostgeld gehet vor allen Schulden	424
LIV. Verdienter Lohn schreiet für Gott im Himmel	425
LV. Abschlag ist gute Bezahlung	427
LVI. Anweisung ist keine Zahlung	428
LVII. Mißrechnen ist kein bezahlen	430
LVIII. Geld vor, Recht nach	ebend.
LIX. Wer nichts imbeutel hat, muß mit der Haut bezahlen	432
LX. A. Der Kerker quälet aber zahlet nicht	435
LX. B. Quinghenellen kommen aus der Hölle	437
LXI. Böse Schuldner kriechen den Weibern unter den Pelz	440

## Fünfte Abtheilung

von Verbrechen und deren Strafen wie auch der übrigen daher entstehenden Obliegenheit.

I. Gedanken sind Zoffrey	441
II. Unwissend sündigt nicht	443
III. Was einer trunkener Welse sündigt, das muß er nachtern büßen	447
IV. Einmal, Reinmal	450
V. Gelegenheit macht Diebe	ebend.
VI. Noth hat kein Gebot	453
VII.	

## Verzeichniß.

<b>VII.</b> Mit gegangen, mit gegangen. Mit gestohlen, mit gehenket	S. 454
<b>VIII.</b> Der Fehler ist so gut, als der Ehrer. Wenn nicht wäre der Fehler, so wäre auch nicht der Ehrer.	456
<b>IX.</b> Stehlen und Eack aufheben ist eines wie das andere	458
<b>X.</b> Den Dieb soll man hängen, und die Hure ertränken	459
<b>XI.</b> Kleine Diebe hängt man, große läßt man laufen	462
<b>XII.</b> Tausch ist kein Raub	464
<b>XIII.</b> Auf eine Mausschelle gehört ein Dolch	465
<b>XIV.</b> Von Drohen stirbt man nicht	468
<b>XV.</b> Einem vollen Mann soll ein geladener Wagen antwet- chen	470
<b>XVI.</b> Wer sich in Gefahr begiebet, verderbt darin	ebend.
<b>XVII.</b> Wer einen erwürgt; darf gehen ermorden	471
<b>XVIII.</b> Narrenspiel will Raum haben	472
<b>XIX.</b> Wenn der Wurf aus der Hand ist, so ist er des Feur- fels	471
<b>XX.</b> Junge Huren, alte Wettermacherinnen	ebend.
<b>XXI.</b> Ein Nachbar ist dem andern einen Brand schuldig	476
<b>XXII.</b> Ein neuer Arzt ein neuer Kirchhof	477
<b>XXIII.</b> Der Sachen Feind, der Person Freund	479
<b>XXIV.</b> Es gilt mir gleich, ob mich eine Hure lobt, oder ein Schelm schilt	480
<b>XXV.</b> Gut Gruß, gute Antwort	481
<b>XXVI.</b> Wehrmann haben hilft nicht	483
<b>XXVII.</b> Es ist besser Zeihen als Beweisen	484
<b>XXVIII.</b> Von hören und sagen wird mancher aufs Maul geschlagen	486
<b>XXIX.</b> Wenn man unter die Hunde wirft, welchen es trifft der schreiet	487
<b>XXX. A.</b> Er muß es hinnehmen, als wenn ihn ein Hund gebissen hätte	490
<b>XXX. B.</b> Er schlägt auf den Eack und wirft den Efel	492
<b>XXXI.</b> Eine Frage steht fest	493
<b>XXXII.</b> Einen Ruß in Ehren kann niemand verwehren	495
<b>XXXIII.</b> Wer ertappt wird, muß das Bad austragen	498
<b>XXXIV.</b> Mit dem Halse bezahlt man alles	499
<b>XXXV.</b> Der Tod hebt alles auf	503

der Sprichwörter.

**Sechste Abtheilung**  
**von den Gerichten, Proceß und Urtheiln.**

**I.**

**Im bürgerlichen Sachen.**

- I. Wer dich richtet, ist dein Herr 505  
II. Schwadigkeit ist nicht kluge Genickbarkeit 507  
III. So weit die Flur geht, so weit geht auch das Gericht 508  
IV. Wo einer Recht fordert, da soll er Recht pflegen 509  
V. Wer nicht thun kann, was die Leute verdrießt, giebt keinen Schulzen 511  
VI. Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter 514  
VII. Eines Mannes Red, eine halbe Red: Man verhöre sie alle beed 515  
VIII. Es ist besser ein magerer Vergleich, denn ein fettes Urtheil 516  
IX. Es ist besser ein halb Ey, als eine ledige Schale 518  
X. Laß dich in kein Compromiss, du verlierst die Sach, daß ist gemiß 520  
XI. Wer will klagen, der klage fest 522  
XII. Die Ladung bringt das Geheiß mit sich 524  
XIII. Zweymal darf man wol ausschleiben 525  
XIV. Gemeine Verzeihung hat keine Kraft 526  
XV. Ein Zeug, kein Zeug 528  
XVI. Die in eines Brod seyn, müssen auch in seinem Verstand seyn 531  
XVII. Pfaffen sollen nicht aus der Weicht schwachen 533  
XVIII. Briefe sind besser denn Zeugen 536  
XIX. Schwarz auf weiß scheidet die Frust 539  
XX. Was man schreibt, das bleibet 540  
XXI. Wer recht schwört, hetet recht 541  
XXII. Gezwungen Eid ist Gott leid 544  
XXIII. Dem Teufel ist man keinen Schwur zu halten schuldig 547  
XXIV. Der Eid ist ein Ende alles Haders 548  
XXV. Die Hand, so den Eid aufnimmt, kann ihn auch erlassen 551  
XXVI. Nach dem toden Mund muß der Kläger seine Klage wider den Erben beweisen 553  
XXVII.



## Verzeichniß

XXVII. Man muß nicht ein Altar bedecken und das andere  
entblößen. 556

XXVIII. Uebel gesprochen, ist wohl appelliret 558

XXIX. Suppliciren und appelliren ist niemand verboten 561

XXX. A. In Polleysachen gilt keine Appellation 563

XXX B. Handwerksachen gehören vor den Rath 565

XXXI. Unrecht ist auch Recht. 568

XXXII. Wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht ver-  
loren 569

XXXIII. Wenn es kommt zur Execution, so sucht man  
gern Dilation 572

## II.

### In peinlichen Sachen.

I. Es muß einer seine Sachen verschweigen, wenn er will 574

II. Gerüß ist der Klage Anfang 578

III. Man hängt seinen, man habe ihn denn 581

IV. Wer des Geleites genießen will, muß sich geleitlich hal-  
ten 582

V. Worte brechen kein Geleit 584

VI. Bekennen bricht den Hals 585

VII. Bekannt ist halb gebüßet 587

VIII. Wenn man mit leugnen könnte davon kommen, wür-  
de niemand gehangen 589

IX. Der Argwohn ist ein Schalf 591

X. Gemüß Gerücht ist selten erlogen. Es wird selten von  
jemand gesprochen, es ist etwas daran 592

XI. Von hören sagen leugt man viel 593

XII. Glücklich Mann, schuldig Mann 595

XIII. Gleich sucht sich, gleich findet sich. Wie der Wirth,  
so bescheret Gott die Gäste 596

XIV. Wer einmal stiehlt, heißt allezeit ein Dieb 597

XV. Die Krähe läßt das Hüpfen nicht 598

XVI. Das Gesicht verräth ihn ebend. 598

XVII. Auf eine Frage gebietet eine Verantwortung 600

XVIII. Es ist besser stehlen, denn zeugen 603

XIX. Kommt es dem Dieb gut Heide und dem Diebe zum  
Eide, so haben sie gewonnen Spiel 604

XX.

22024

UNIVERSITY OF MICHIGAN



3 9015 06597 2047